

## Die Stellung der Weltmächte im Fernen Osten seit Potsdam

### Übersicht

„In Europa gibt es wohl eine Vielfalt von Wirren und Spannungen. Sie erwachsen jedoch mehr aus Konflikten unter den Siegern als aus der Nachkriegstätigkeit früherer Freunde und Protégés Deutschlands . . . . In verschiedenen asiatischen Ländern hingegen gedeihen die ehemaligen Kollaborateure oder werden in der Erinnerung hochgehalten, trotz des alliierten Sieges über die Japaner. Grund dafür ist die Unterstützung, die die Japaner in ihrem eigenen Interesse den Kräften des aufständischen asiatischen Nationalismus gaben, soweit es sich nicht um Chinesen handelte. Wenn auch diese Kräfte den Japanern wenig nützten, als sich ihr Kriegsglück wendete, sondern in der Niederlage jede Verbindung mit Japan lösten, so haben sie doch dem alliierten Sieg von Indien bis zu den Philippinen eine merkwürdige Wendung gegeben.“

*Economist*, 8. Februar 1947.

Geographische Übersichtskarte des Fernen Ostens  
(Vergleiche dazu die Karten in den einzelnen Beiträgen)



- 2. 8. 1945 Abschluß der Dreierkonferenz, auf der neben der Behandlung Deutschlands auch die abschließenden Operationen im Fernen Osten festgelegt wurden.
- 6. 8. 1945 Die erste Atombombe fällt auf Hiroshima.
- 8. 8. 1945 Die Sowjet-Union erklärt Japan den Krieg.
- 9. 8. 1945 Die zweite Atombombe fällt auf Nagasaki.
- 14. 8. 1945 Ein chinesisch-russischer Vertrag gewährt der Sowjet-Union gewisse Vorrechte in der Mandschurei. Der annamitische Kaiser Bao-Dai verkündet in einer Proklamation die Aufhebung aller mit Frankreich seit 1862 geschlossenen Verträge und die Eingliederung Cochinchinas in sein Reich.
- 17. 8. 1945 Die Fahne der Widerstandsbewegung Viet-Minh entfaltet sich zum ersten Mal in Hanoi (Indochina).
- 19. 8. 1945 Aufständische Massen in Hanoi (Indochina) befreien die politischen Gefangenen und veranlassen die Japaner, ihre Waffen auszuliefern.
- 25. 8. 1945 Kaiser Bao-Dai dankt ab.
- August 1945 Örtliche Volksräte bilden sich in Korea und übernehmen die lokale Verwaltung. Der gleichzeitig in Süß gebildete überparteiliche Ausschuß wird auf kommunistischen Druck hin aufgelöst. Der linke Flügel bildet daraufhin eine Volksrepublik. Eine indonesische unabhängige Regierung wird kurz vor der Kapitulation der Japaner unter dem Vorsitz von Dr. Soekarno von Japanern gebildet.
- 2. 9. 1945 An Bord des Kriegsschiffes „Missouri“ im Hafen von Tokio wird die Kapitulation Japans unterzeichnet. Die Republik Vietnam wird in Hanoi von Ho-Tschiminh ausgerufen.
- 6. 9. 1945 In einer Erklärung des Weissen Hauses wird die Besatzungspolitik in Japan vorgezeichnet.
- 7. 9. 1945 Amerikanische Verbände landen auf Korea, um die Verwaltung zu übernehmen.
- 10./27. 9. 1945 In der Londoner Außenministerkonferenz wird die amerikanische Politik in Japan von der Sowjet-Union angegriffen.
- 22. 9. 1945 Die zwanzigste indische Division unter Führung von Generalmajor Douglas Gracey trifft in Saigon ein und besetzt Indochina südlich des 16. Breitengrades. Das Hauptquartier der Unabhängigkeitsbewegung in Saigon (Indochina) wird durch britische Truppen geräumt und die französische Verwaltung eingesetzt.
- 24. 9. 1945 Sowjetrussische Verbände übernehmen die Verwaltung in Nordkorea bis zum 38. Breitengrad.
- 29. 9. 1945 Die ersten britisch-indischen Streitkräfte landen mit kleinen holländischen Kontingenten in Tandjung (Indonesien).
- 10. 10. 1945 Die Fernöstliche Beratende Kommission wird in Washington ohne Teilnahme der Sowjet-Union gebildet.
- 11. 10. 1945 In einer Verordnung des amerikanischen Hauptquartiers wird die Abhaltung von allgemeinen Wahlen in Japan unter Beteiligung der Frauen ausgeschrieben.
- 6. 11. 1945 Die japanischen Konzerne Mitsui, Mitsubishi, Jaisuda und Sumitomo legen einen Plan für ihre Zerschlagung vor. Das amerikanische Hauptquartier sperrt die Guthaben der Zaibatsu-Familien.
- 9. 11. 1945 Dr. Sutan Sjahrir wird Ministerpräsident und Dr. Soekarno Präsident von Indonesien.
- Mitte November 1945 Zwischen der chinesischen Zentralregierung und den Kommunisten finden Verhandlungen statt, um einen Bürgerkrieg zu vermeiden.
- 26. 11. 1945 Der indonesische Nationalrat tritt in Batavia zusammen, um die Regierungserklärung von Sjahrir entgegenzunehmen und über die Möglichkeit, mit den Alliierten zu einer Verständigung zu kommen, zu beraten.
- 18. 12. 1945 Edwin S. Pauley erstattet an den Präsidenten Truman einen Bericht über die Frage der Reparationen Japans.
- 21. 12. 1945 Die Entmilitarisierung Japans wird für beendet erklärt.
- 26. 12. 1945 In Chequers bei London findet eine Aussprache zwischen Ministerpräsident Attlee, dem holländischen Ministerpräsidenten Schermerhorn und dem holländischen Kolonialminister Jonkman statt.
- 27. 12. 1945 Die Moskauer Außenministerkonferenz sieht eine Viermächte-Treuhänderschaft für Korea vor. Eine gemischte amerikanisch-sowjetische Kommission soll zusammen mit Koreanern diese Frage behandeln. China gegenüber wird eine Politik der Nichteinmischung beschlossen. Für Japan wird eine Fernöstliche Kommission aus Vertretern derjenigen Länder, die sich im Kampf gegen Japan beteiligt haben, geschaffen und ein Alliiertes Rat mit beratenden Funktionen gebildet.
- Dezember 1945 Präsident Truman ernannt General George C. Marshall als Sonderbeauftragten in China, um einen Vermittlungsversuch zwischen den streitenden Parteien Chinas einzuleiten.
- 1. 1. 1946 Der erste Friedensvertrag nach dem zweiten Weltkrieg wird zwischen Großbritannien und Indien einerseits und Siam andererseits abgeschlossen.



1. 1. 1946 Kaiser Hirohito widerruft öffentlich seinen göttlichen Ursprung.
8. 1. 1946 General Marshall trifft in Tschungking mit General Tschang-Tschoun, dem Vertreter der chinesischen Zentralregierung, und General Tschou-En-Lai, dem Handlungsbevollmächtigten der kommunistischen Partei, zusammen.
10. 1. 1946 In China wird ein offizieller Waffenstillstand verkündet.
16. 1. 1946 Die erste Fühlungnahme der Besatzungsmächte in Korea über wirtschaftliche Fragen bringt keine Ergebnisse.
20. 1. 1946 Der britische Botschafter in Moskau, Sir Archibald Clark-Kerr, wird zum Sonderbeauftragten für Indonesien ernannt.
- Januar 1946 Die britischen Truppen ziehen sich aus Indochina zurück. Die Wahlen zur Nationalversammlung Vietnams finden statt. Ho-Tschi-Minh wird zum Präsidenten der neuen Republik erwählt. Der Weltsicherheitsrat befaßt sich mit der Lage in Indonesien.
11. 2. 1946 Der Text eines Geheimabkommens der Jalta-Konferenz wird mit einer erklärenden Verlautbarung durch Außenminister Byrnes freigegeben.
28. 2. 1946 In einem chinesisch-französischen Vertrag verzichtet Frankreich auf alle Vorrechte in China und dieses verpflichtet sich, seine Truppen aus Nordchina bis zum 31. März zurückzuziehen.
- Anfang März 1946 General Marshall kehrt nach den Vereinigten Staaten zurück.
6. 3. 1946 Zwischen Frankreich und Vietnam kommt eine vorläufige Übereinkunft zustande.
13. 3. 1946 In Batavia beginnen die Verhandlungen zwischen dem niederländischen Gouverneur van Mook, Sjahrir und Sir Archibald Clark-Kerr.
29. 3. 1946 Eine „Gemischte Kommission“ tritt gemäß den Abmachungen der Moskauer Außenministerkonferenz in Korea zusammen.
31. 3. 1946 Die ersten allgemeinen Wahlen finden in Japan statt. Die amerikanische Militärregierung übernimmt die japanische „Oriental Development Company“ in Korea und führt ihre Geschäfte unter dem Namen „Neues Korea G. m. b. H.“ fort.
22. 4. 1946 Rücktritt des japanischen Premierministers Schidehara.
30. 4. 1946 Das Bell-Tyding-Gesetz der Vereinigten Staaten regelt die wirtschaftlichen Fragen der Philippinen für die ersten Jahre der philippinischen Unabhängigkeit.
- April 1946 In den Wahlen auf den Philippinen siegt Manuel Roxas über den aus Washington zurückgekehrten Sergio Osmena.
9. 5. 1946 Die Konferenz der „Gemischten Kommission“ in Korea wird nach ergebnislosen Verhandlungen abgebrochen.
20. 5. 1946 Das amerikanische Hauptquartier in Japan verbietet Streiks, die gegen die Besatzungsmacht gerichtet sind. Premierminister Joschida übernimmt mit seinem neugebildeten Kabinett die Regierung in Japan.
4. 6. 1946 Präsident Truman proklamiert die Unabhängigkeit der Philippinen.
16. 6. 1946 Ein Friedensvertragsentwurf für Japan wird von den Vereinigten Staaten veröffentlicht.
6. 7. 1946 In Fontainebleau werden Verhandlungen zwischen Frankreich und der Republik Vietnam aufgenommen.
15. 7. 1946 Die Einberufung einer Sonderkonferenz für japanische Reparationsfragen scheitert am Widerstand der Sowjet-Union.
1. 8. 1946 Die Verhandlungen in Fontainebleau werden von der Delegation Vietnams abgebrochen, weil am 2. August 1946 in Dalat eine Konferenz zusammentreten soll, die den Verhandlungen in Fontainebleau vorgeifen würde.
14. 9. 1946 Die amerikanische Militärregierung beschließt, die Verwaltung in der amerikanischen Zone Koreas in die Hände der Koreaner übergehen zu lassen.
16. 9. 1946 Ein Modus vivendi wird von Minister Moutet und Ho-Tschi-Minh unterzeichnet, um eine vorläufige Waffenruhe in Indochina herzustellen.
10. 10. 1946 Tschiang-Kai-Schek wird von der Kuomintang erneut zum Präsidenten der Chinesischen Republik ernannt.
18. 10. 1946 Die amerikanische Militärregierung in Korea unterwirft alle Entscheidungen der koreanischen Nationalversammlung ihrem Vetorecht, sofern sie die koreanische Wirtschaft gefährden.
31. 10. 1946 Die neue japanische Verfassung wird proklamiert.
3. 11. 1946 Die koreanische Volksvertretung in der amerikanischen Zone Koreas wird gewählt. Gleichzeitig finden Wahlen in der sowjetischen Zone Koreas statt.
4. 11. 1946 Ein Handelsvertrag wird von China und den Vereinigten Staaten unterzeichnet.
8. 11. 1946 Eine neue Verordnung zur Säuberung der örtlichen politischen Führung in Japan wird vom amerikanischen Hauptquartier erlassen.
12. 11. 1946 Edwin S. Pauley erstattet Bericht über die wirtschaftliche Lage in der Mandschurei.
15. 11. 1946 Die chinesische Nationalversammlung tritt zusammen. Die Kommunisten und ein Flügel der demokratischen Liga wohnen der Versammlung nicht bei. Die niederländische Generalkommission verständigt sich in Cheribon mit einer indonesischen Delegation unter Vermittlung des britischen Sonderbeauftragten, Lord Killearn, über eine Holländisch-Indische Union (Abkommen von Cheribon).
17. 11. 1946 Im französisch-siamesischen Abkommen gibt Siam die im zweiten Weltkrieg annektierten Teile von Laos und Kambodscha an Indochina zurück.
- November 1946 Das im Mai 1945 gebildete Kabinett Burmas wird neu besetzt. Die Antifaschistische Freiheitsliga erhält 6 von 11 Sitzen. Im Manifest des Führers der Antifaschistischen Freiheitsliga wird Großbritannien aufgefordert, Burma bis zum 31. Januar 1947 zu räumen.
1. 12. 1946 Das alliierte Oberkommando Südost-Asien wird offiziell aufgelöst.
14. 12. 1946 Der gemäß Artikel 86 bis 91 der Charta der Vereinten Nationen vorgesehene Treuhandratsrat wird von der Vollversammlung der Vereinten Nationen gebilligt.
19. 12. 1946 Ein Überfall auf die französische Kolonie in Hanoi (Indochina) führt zu einer blutigen Auseinandersetzung zwischen Frankreich und der Republik Vietnam.
25. 12. 1946 Die chinesische Verfassung wird in dritter Lesung einstimmig angenommen.
31. 12. 1946 Tschiang-Kai-Schek unterzeichnet die chinesische Verfassung.
8. 1. 1947 General Marshall verläßt China, um seinen Posten als Außenminister der Vereinigten Staaten anzutreten.
13. 1. 1947 In einer Londoner Konferenz wird Burma freigestellt, innerhalb oder außerhalb des Commonwealth seine Unabhängigkeit zu erlangen.
29. 1. 1947 Die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses in Peking und die Vermittlungstätigkeit der amerikanischen Vertreter in Tschungking wird eingestellt.
31. 1. 1947 General MacArthur verbietet einen geplanten Streik von 1,2 Millionen Arbeitern in Japan, der Verkehr, Transportwesen und wichtige Industrien stillgelegt hätte.
4. 2. 1947 Frankreich erkennt Cochinchina als autonomen Staat an.
9. 2. 1947 Auf einer Konferenz in Panglon (Burma) wird zwischen britischen und burmesischen Vertretern und den Vertretern der burmesischen Gebirgsstämme über die Autonomie der Gebirgsstämme verhandelt.
- Auf einer Sitzung der Südseekonferenz in Canberra wird von Australien, Neuseeland, Großbritannien, Holland, Frankreich eine Südseekommission ins Leben gerufen, die Einrichtungen zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte der Eingeborenen schaffen soll.
16. 2. 1947 Der Oberste Rat der Antifaschistischen Freiheitsliga in Burma erklärt sich mit dem Londoner Abkommen vom 13. Januar 1947 einverstanden.
18. 2. 1947 Die Vereinigten Staaten fordern in einem Antrag an die Organisation der Vereinten Nationen die Treuhänderschaft über die 650 ehemaligen japanischen Mandatsinseln im Pazifik.
20. 2. 1947 Premierminister Attlee gibt im britischen Unterhaus bekannt, daß die Zurückziehung der britischen Truppen aus Indien noch vor Juni 1948 erfolgen soll. Der bisherige Vizekönig Lord Wavell tritt zurück; zu seinem Nachfolger wird Lord Mountbatten ernannt.
1. 3. 1947 T. V. Sung tritt von seinem Amt als Premierminister, das er seit November 1944 innehatte, zurück.
6. 3. 1947 Emile Bollaert, Präfekt des Departements Rhône, wird zum Nachfolger des Hohen Kommissars von Indochina, General d'Argenlieu, ernannt.
10. 3. 1947 Ein Bombenattentat auf Roxas, den Präsidenten der Philippinischen Republik, mißlingt.



## Die Unabhängigkeitsbewegungen in Südostasien

### Burma

#### Zeittafel

1560	Portugiesische Handelsstationen im burmesischen Küstengebiet.
1612	Englische Handelsniederlassungen in Prome und Awa.
1796	Britischer Resident in Rangun.
1824/1826	1. Englisch-burmesischer Krieg. Die Provinzen Arakan, Tenasserim und Assam werden britisch.
1852/1853	2. Englisch-burmesischer Krieg. Die Provinz Pegu wird besetzt.
1862	3. Englisch-burmesischer Krieg. Die britischen Gebiete in Südburma werden zur „United Province of Burma“ vereint.
1885	Annexion des restlichen Burma.
1886	Einverleibung Burmas in das indische Kaiserreich.
1903	Burma wird eine Provinz Indiens.
1937	Burma wird selbständige Kolonie (Government of Burma Act).

#### Die politische Entwicklung Burmas

Die 15 Millionen zählende Bevölkerung Burmas, von der etwa 90 Prozent Eingeborene sind, unterscheidet sich durch Religion, Rasse, Sprache und soziale Struktur von der Bevölkerung Indiens. Trotzdem war Burma bis 1937 verfassungsmäßig ein Bestandteil Indiens. Diese Verbindung, die aus Zweckmäßigkeitsgründen von der britischen Kolonialverwaltung geschaffen worden war, wurde von der einheimischen Bevölkerung heftig angefeindet. Ausschlaggebend für das Unabhängigkeitsstreben Burmas war dabei vor allem die Furcht, in finanzielle Abhängigkeit von Indien zu geraten. Ungefähr 58 Prozent des gesamten ausländischen in Burma investierten Kapitals stammen nämlich von Indern, die im Vergleich zu den Burmesen weit mehr wirtschaftliche Initiative entwickelten. Dank seiner Ölquellen und Reisvorräte — in Friedenszeiten wurden etwa 1,5 Millionen Tonnen Reis nach Indien eingeführt — war Burma für Indien wirtschaftlich von beträchtlicher Bedeutung. Die Handelsvorteile, die sich daraus ergaben, flossen jedoch nur zum geringeren Teil den Einheimischen zu, da der Handel vorwiegend in indischen und chinesischen Händen lag.

Die *Government of Burma Act* von 1935 bedeutete für das Land den ersten Schritt zur staatlichen Selbständigkeit. Sie trennte die Provinz Burma von Indien und der Verwaltung in Dehli und sah die Bildung einer eigenen Regierung in Rangun vor. An ihrer Spitze stand ein durch die britische Krone ernannter Gouverneur, dessen Stellung der des Vizekönigs von Indien ähnlich war. Ihm stand ein burmesisches Kabinett zur Seite (*Executive Council*), das in inneren Angelegenheiten volle Handlungsfreiheit besaß. Dem Gouverneur blieben die Verteidigungsfragen, die religiösen Fragen, die Vertretung nach außen und das Recht vorbehalten, in Notfällen aus Sicherheitsgründen in die innere Verwaltung einzugreifen. Das Kabinett war nach britischem Vorbild einer Legislative mit zwei Kammern verantwortlich. Die Mitglieder des Unterhauses durften nur von Steuerzahlern und Angehörigen einer gewissen Bildungsschicht gewählt werden. Ein Drittel wurde aus Vertretern des Handels, der Industrie und der Universität ernannt. Die Mitglieder des Senats wurden zur Hälfte durch das Unterhaus nach dem Verhältniswahlrecht gewählt, zur Hälfte von der Regierung ernannt. Dieses Wahlsystem begünstigte die konservativen Strömungen, erfaßte aber die breiten Massen des Volkes nicht. Daneben hatte sich eine Nationale Partei gebildet, deren Führer sich hauptsächlich aus dem einfachen Volk rekrutierten. Sie forderte als Hauptprogrammpunkt die völlige Unabhängigkeit Burmas. Etwa gleichzeitig mit der

Gewährung des Dominionstatus an Indien wurde im Herbst 1940 auch Burma durch den Kolonialminister Amery der Dominionstatus für die Zeit nach dem Kriege versprochen.

Als die Japaner 1942 in Burma einmarschierten, vermochten sie die Nationalpartei auf ihre Seite zu ziehen. Am 1. August 1942 bildeten sie eine ihnen vollständig ergebene Regierung unter der Präsidentschaft *Ba-Maw's*. Am 1. August 1943 versprachen die Japaner den Burmesen volle Unabhängigkeit. Die nationale Partei sah jedoch die Hoffnungen, die sie auf die Japaner gesetzt hatte, nicht bestätigt. Sie bildete daher 1943 eine Widerstandsbewegung, die den britischen Truppen gegen die Japaner beistand. Bezeichnend für den Geist dieser Kämpfe ist es, daß einer der Führer der Widerstandsbewegung, *U-Aung-San*, als er 1947 als Vertreter zu Besprechungen in London weilte, erklärte: „Ich habe mit den Japanern gegen die Briten gekämpft und dann mit den Briten gegen die Japaner. Ich kämpfe gegen jeden, der mein Land unterjocht.“

Am 1. Januar 1944 übernahm das Oberkommando Südost unter Lord Louis Mountbatten die Regierungsgewalt, die erst im Oktober 1945 wieder dem Gouverneur Sir Reginald Dorman Smith übertragen wurde. Nach der völligen Befreiung des Landes am 3. Mai 1945 gab die britische Regierung ein Weißbuch heraus. Sie erklärte darin, die von den Japanern angerichteten Verwüstungen seien derart, daß es unmöglich sei, sofort zu parlamentarischen Regierungsformen überzugehen. Für die Übergangszeit bis zu den neuen Wahlen im Jahre 1948 sei daher die Errichtung einer provisorischen Regierung an der Seite des britischen Gouverneurs vorgesehen. Nach den Wahlen solle die *Government of Burma Act* von 1935 wieder in Kraft treten und später, in einer zweiten Phase der konstitutionellen Entwicklung, solle die Voraussetzung zur vollständigen Selbstregierung geschaffen und unter Mitwirkung aller Parteien eine Verfassung entworfen werden. Als dritte Phase wurde die Zuerkennung des Dominionstatus für Burma vorgesehen.

Inzwischen hatte die größte Gruppe der Widerstandsbewegung eine Antifaschistische Freiheitsliga (*Antifascist People's Freedom League AFPFL*) gebildet. In zwei Kongressen griff diese Partei einmal vor 40 000, das andere Mal im Januar 1946 vor 200 000 Anwesenden das britische Weißbuch aufs schärfste an und weigerte sich, der provisorischen Regierung beizutreten. Sie forderte eine nationale Interimsregierung (*Caretaker Government*, vgl. Europa-Archiv I/125), die mit den notwendigen Vollmachten ausgestattet sein müsse. Der Gouverneur sollte eine rein repräsentative Rolle spielen. In den kommenden Wahlen sollte eine Verfassunggebende Versammlung und nicht, wie vorgesehen, nur ein Parlament gewählt werden. Außerdem wurde die Ausweisung aller ausländischen Firmen gefordert, sofern nicht Einheimische mit 75 Prozent daran beteiligt seien.

Als die britische Regierung diese Forderung als unannehmbar erklärte, ging die Antifaschistische Freiheitsliga zu bewaffneten Störungsversuchen über. Ende August 1946 löste Sir Hubert Rance Sir Reginald Dorman Smith als Gouverneur ab. Er verfolgte eine nachgiebige Politik und kam dem Wunsche der Antifaschistischen Freiheitsliga entgegen, indem er ihr sechs von den elf Sitzen des im November 1946 neu gebildeten Exekutivrates der provisorischen Regierung einräumte. Diesem standen jetzt de facto ministerielle Vollmachten zu. Die Gesetzgebende Versammlung wurde gleichzeitig mit dem alten Exekutivrat aufgelöst, aber nicht neu ernannt.

Das britische Entgegenkommen hinderte den Führer der Antifaschistischen Freiheitsliga, *U-Aung-San*, jedoch nicht,



in seinen Forderungen noch weiter zu gehen und in einem Manifest vom November 1946 Großbritannien aufzufordern, Burma bis zum 31. Januar 1947 zu räumen, andernfalls zu außergesetzlichen Mitteln gegriffen würde. U-Aung-San, dessen Großonkel die Rebellion nach dem ersten Weltkrieg geleitet hatte, hielt an sich eine gewisse Bindung an Großbritannien aus militärischen Gründen für wünschenswert, mußte aber aus innenpolitischen Gründen diese radikale Haltung einnehmen, um den Forderungen der Kommunisten zuvorzukommen.

Übersichtskarte von Burma, Siam und Indochina



Die britische Regierung sah die Entstehung des ersten Dominions mit farbiger Bevölkerung bedroht und beschloß daher nachzugeben. Die Proteste Churchills, dessen Vater Lord Randolph Churchill als Staatssekretär für Indien 1885 die endgültige Annexion von Burma angeordnet hatte, waren vergeblich. Am 20. Dezember 1946 erklärte Premierminister Attlee: „Es ist der Wunsch und die Absicht der britischen Regierung, die Unabhängigkeit Burmas entweder innerhalb oder außerhalb des Commonwealth zu beschleunigen, doch ist es im Interesse der Bevölkerung von äußerster Wichtigkeit, daß dieser Schritt, wenn auch schnell, so doch ordnungsgemäß vor sich geht.“ Für den 13. Januar 1947 lud die britische Regierung eine Vertretung des burmesischen Kabinetts nach London ein, um über die beschleunigte Durchführung der im Weißbuch vom Mai 1945 vorgesehenen Selbstregierung zu verhandeln.

Die Einladung wurde angenommen. Am 9. Januar 1947 traf die Abordnung in London ein. Ihr Leiter war der inzwischen zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannte U-Aung-San, der heute als einer der mächtigsten Männer Burmas gilt. Auch U-Saw, der Unterrichtsminister, wird für sehr einflußreich gehalten. Er war vor der japanischen Invasion Premierminister, anschließend an eine Mission nach England wurde er interniert und erst im Februar 1946 wieder entlassen. Auf britischer Seite nahmen Handelsminister Sir Stafford Cripps, Verteidigungsminister A. V. Alexander und Lord Pethick-Lawrence, der Staatssekretär für In-

dien, an den Verhandlungen teil, die auch Mitglieder der Kabinettsmission nach Indien (vgl. Europa-Archiv I/124) gewesen waren. Als Ergebnis der Verhandlungen wurden die Wahlen für den 9. April 1947 festgesetzt. Die daraus hervorgehende Verfassungsgebende Versammlung soll dann über die Frage entscheiden, ob Burma in der britischen Völkergemeinschaft verbleiben will oder nicht. In Kürze soll Burma diplomatische Beziehungen mit dem Ausland aufnehmen dürfen.

Die Frage der Grenzgebiete bot besondere Schwierigkeiten. Die dort ansässigen Volksstämme hatten sich bei der japanischen Invasion treu und tapfer gehalten. Schon im Krieg war ihnen versprochen worden, sie nicht ohne ihre Einwilligung der burmesischen Zentralgewalt zu unterstellen. Im Oktober 1945 sprach sich der britische König im gleichen Sinne aus. Auch U-Aung-San hatte noch vor den Londoner Besprechungen seine Bereitwilligkeit erklärt, diesen Gebieten volle Autonomie und wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Da jedoch in London keine Einigung darüber zustande kam, wurde eine Sonderkonferenz vorgesehen, an der neben den in London anwesenden Vertretern Burmas auch Abgeordnete der Gebirgsstämme teilnehmen sollten.

Auch die Frage der militärischen Stützpunkte für Großbritannien blieb in London ungeklärt. Da das Statut von Westminster militärische Fragen nicht berührt, müssen darüber auf jeden Fall, ob Burma im Commonwealth verbleibt oder nicht, noch gesonderte Abmachungen getroffen werden.

In Burma selbst verfolgt man das noch völlig unkontrollierte Bandenwesen mit Besorgnis. Die Erfahrungen des vergangenen Kriegs haben auch bewiesen, daß das Land nicht so außerhalb der internationalen Gefahrenzone liegt, wie es früher den Anschein hatte. Neben Großbritannien sind sowohl Indien wie China unmittelbar an der Verteidigung Burmas interessiert. Die Verhandlungen werden daher über den Rahmen britisch-burmesischer Besprechungen hinausgehen.

Am 9. Februar 1947, zehn Tage nach Beendigung der Verhandlungen in London, trafen der Unterstaatssekretär für die Dominien, Mr. Bottomley, der Direktor der Grenzgebiete, Mr. John Leyden, U-Aung-San, U-Tin-Tut und Sir Maung Gye erneut in Panglon in Burma zusammen. Diesmal waren, wie in London vorgesehen, auch die Vertreter der Bergstämme, der Schans, Katschins und Tschins anwesend. Schon vor der Ankunft der burmesischen Kabinettsmitglieder hatten vorläufige Besprechungen unter den Gebirgsstämmen stattgefunden. Bei Eröffnung der Konferenz erklärte U-Aung-San sich bereit, den Forderungen der Grenzgebiete nachzukommen und ihnen Autonomie in ihren inneren Angelegenheiten einzuräumen.

Diese Vereinbarungen können jedoch nur in Kraft treten, wenn die verschiedenen politischen Parteien in Burma sie billigen und gewillt sind, sie einzuhalten. Schon während der Verhandlungen in London fanden jedoch Demonstrationen statt. Am 16. Februar 1947 erklärte sich der Oberste Rat der Antifaschistischen Freiheitsliga einstimmig mit dem Londoner Abkommen einverstanden. Auch die Kommunisten äußerten sich zustimmend. Am 3. März jedoch erklärte das allburmesische Komitee der Myochit-Partei unter dem Vorsitz von U-Saw, daß es nicht an den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung am 9. April 1947 teilnehmen werde. Thakin-Ba-Sein, der Vertreter der Dobama-Partei, deren Führer der ehemalige Ministerpräsident Dr. Ba-Maw ist, teilte am 9. März seine Absicht, sich vom Kabinett zurückzuziehen, mit.

Sowohl die Briten als auch die burmesischen Führer hatten schon auf der Londoner Konferenz eine längere Zeit des Interregnums vorausgesehen. Großbritannien hofft jedoch, in gemeinsamen Bemühungen mit den gemäßigten Elementen in Burma das Land zu befrieden, den wirtschaftlichen Wiederaufbau einzuleiten und einen versöhnlichen Ausgleich der beiderseitigen Interessen zu erreichen.



## Siam

## Zeittafel

- 1519 Die ersten Portugiesen in Siam.
- 1538 Portugiesische Instruktoren bilden siamesische Truppen aus.
- 1657/1668 Der Grieche Konstantin Phalkon ist Minister des siamesischen Königs Phra-Narai. Er macht sich um die Entwicklung des siamesischen Überseehandels verdient und versucht, die Franzosen in Siam festen Fuß fassen zu lassen.
- 1662 Franzosen und Jesuiten landen in Siam.
- 1664 Siamesische Gesandtschaft in Frankreich.
- 1687 Französische Gesandtschaft in Siam.
- 1786 England besetzt das siamesische Gebiet von Pinang.
- 1795 Britische Annexion des Hafens Malaka.
- 1819 Das siamesische Sultanat Dschohor tritt die Insel Singapur an England ab.
- 1826 Britisch-siamesischer Vertrag über Singapur, Pinang und eine englische Interessensphäre auf Malaia.
- 1863 Siam tritt Kambodscha an Frankreich ab.
- 1874 Das siamesische Sultanat Negri Sembilan wird von Großbritannien erworben.
- 1885 Dschohor wird von Großbritannien erworben.
- 1887 Die Gebiete Pahang, Perak und Salangor werden der britischen Kronkolonie Straits Settlements eingefügt.
- 1888 Siam tritt Nord-Laos an Frankreich ab.
- 1893 Das Restgebiet von Laos wird an Frankreich abgetreten.
- 1907 Das siamesische Gebiet am westlichen Tonlé-sap kommt zu Französisch-Indochina.
- 1907/1909 Den Straits Settlements werden die siamesischen Sultanate Keda, Kalantan, Porlis und Tringano eingefügt.

## Siams Ausgleich mit den Alliierten

Im mittleren Teil der hinterindischen Halbinsel erstreckt sich über etwa 529 000 Quadratkilometer, im Westen von Burma, im Osten von Indochina flankiert, das Königreich Siam mit etwa 15 Millionen Einwohnern, eines der typischen Monsungebiete Südostasiens. Der Reis ist das Hauptnahrungsmittel und das wichtigste Exportprodukt des Landes, von dem durchschnittlich 1,5 Millionen Tonnen im Jahr ausgeführt werden. Daneben werden Tabak, Zuckerrohr, Mais, Baumwolle, Kopra, Kautschuk und Pfeffer angebaut. Entwicklungsfähig ist auch der Bergbau, vor allem die Gewinnung von Zinnerzen, deren Ausfuhr 1940 etwa 9 Prozent der Welterzeugung ausmachte. Die wichtigste Verkehrsader, auf der sich der Außenhandel im wesentlichen vollzieht, ist die Nord-Süd-Bahn von der Hauptstadt Bangkok nach den Häfen Pinang, Malaka und Singapur.

Unter der Bevölkerung, die rassisch und sprachlich mancherlei Verschiedenheiten aufweist, spielen chinesische Einwanderer eine wichtige Rolle. Ihre Zahl ist statistisch schwer erfaßbar, da die Kinder aus chinesisch-siamesischen Mischlingen grundsätzlich als Siamesen bezeichnet werden. Während die siamesische Regierung etwa 500 000 Chinesen zählte, sprachen chinesische Quellen von 2,5 Millionen. Durch ihre Genügsamkeit, ihre Ausdauer und ihre geistige Beweglichkeit konnte sich die chinesische Minderheit einen wichtigen Platz in der Wirtschaft Siams sichern. Chinesen beherrschen zum großen Teil den Reishandel mit dem Ausland. Sie sind aber auch im Binnenhandel, im Handwerk, in der Fischindustrie und im Transportwesen stark vertreten und stellen einen großen Teil der Arbeiter für den Bergbau und die Errichtung von Bahnen und Straßen.

Durch die chinesischen Einwanderer, die sich gegenüber dem siamesischen Staat im allgemeinen loyal verhalten, aber doch eine in sich geschlossene kulturelle Einheit bilden und durch viele Fäden mit China verbunden bleiben, greifen auch die großen inneren Spannungen Chinas auf Siam über.

Siams Geschichte ist reich an Auseinandersetzungen mit den benachbarten Burmesen, Annamiten und Chinesen. Durch eine geschickte Diplomatie vermochte sich das Land jedoch sowohl gegenüber China wie auch vor allem gegenüber den europäischen Mächten seine Selbständigkeit zu bewahren. Nachdem im Verlauf des 19. Jahrhunderts Großbritannien und Frankreich den größten Teil Hinterindiens besetzt hatten, beruhte diese Selbständigkeit vor allem auf vorsichtigem Tacten zwischen beiden Mächten, die den siamesischen Raum als eine Art terra nullius zwischen sich bestehen ließen. 1896 wurde eine britisch-französische Konvention abgeschlossen, in der Paris und London die Unabhängigkeit Siams garantierten, aber den Osten als französische und den Westen mit dem britischen Landzipfel auf Malaia als britische Interessensphäre bezeichneten. Die Stellung Siams wurde durch die energischen Reformen des Königs *Tschulalongkorn* (1868 bis 1910) wesentlich gestärkt. Er berief europäische Berater, meist Engländer und Franzosen, modernisierte die Armee, die Verwaltung, das Transport- und Finanzwesen. Wie in anderen Gegenden Südostasiens wuchs auch in Siam eine revolutionäre Intelligenz heran, die ihre Erziehung großenteils auf den Universitäten Europas oder in den Vereinigten Staaten erhalten hatte. In ihren Reihen entwickelte sich ein radikaler Nationalismus mit weitgesteckten politischen Zielen.

Am 24. Juni 1932 kam es zu einem Staatsstreich, der dem Absolutismus ein Ende setzte und eine konstitutionelle Monarchie nach westlichem parlamentarischem Muster einführte. 1935 trat König *Prajadhipok* zurück. Radikal nationalistische Gruppen gewannen beherrschenden Einfluß auf die Regierung. Die ausländischen Vertreter wurden entlassen und die Armee reorganisiert. Scharfe gesetzgeberische Maßnahmen richteten sich sowohl gegen den Einfluß der Chinesen wie auch gegen die ausländischen Wirtschaftsinteressen. So wurde der britische Einfluß auf dem Tiekholzmarkt zurückgedrängt, eine siamesische Handelsflotte geschaffen und 1939 die Tätigkeit ausländischer Oligenschaften unter Kontrolle gestellt. Trotz der Zurückdrängung des europäischen Einflusses gelang es Siam, gute Beziehungen mit den europäischen Mächten aufrecht zu erhalten und sich gleichzeitig den wachsenden japanischen Einfluß im Fernen Osten nutzbar zu machen. Nur mit China unterhielt Siam keine diplomatischen Beziehungen, da man von einer chinesischen Vertretung in Bangkok eine Stärkung der chinesischen Minderheit erwartete.

Zu Beginn des zweiten Weltkriegs verhielt sich Siam neutral, kam aber bald unter Führung des seit 1938 amtierenden Ministerpräsidenten *Phibul Songkhram* den japanischen Großraumbestrebungen entgegen. Im Dezember 1940 kam ein Freundschaftsvertrag zwischen Siam, das sich nun Thailand (Land der Freiheit) nannte, und Japan zustande. Nach der Kapitulation Frankreichs forderte Thailand die Gebiete von Paklai am Mekong und Gebiete von Westkambodscha, die 1907 an Indochina abgetreten worden waren. Es kam zu kurzen Kampfhandlungen. Unter japanischem Druck entschlossen sich die französischen Behörden, die sich der Vichy-Regierung unterstellt hatten, zum Nachgeben. Nach längeren Verhandlungen traten sie ein Gebiet von etwa 70 000 Quadratkilometer am 9. Mai 1941 durch einen in Tokio unterzeichneten Vertrag an Thailand ab. Kurz nach dem japanischen Anriff auf Pearl Harbour erklärte Thailand der Britischen Völkergemeinschaft und am 25. Januar 1942 den Vereinigten Staaten den Krieg. Als Gegenleistung für die Unterstützung, die sie durch Thailand erhalten hatten und die ihnen die Erreichung Singapurs auf dem Landwege wesentlich erleichterte, gestatteten die Japaner die Eingliederung von vier nordmalaiischen Sultanaten sowie zwei Provinzen der burmesischen Schanstaaten aus britischem Hoheitsgebiet.

Die französische Exilregierung General *de Gaulles* erklärte Thailand den Krieg. Da sich in Südostasien jedoch keine



gaullistischen Verbände befanden, die französischen Behörden in Indochina der Vichy-Regierung gehorchten und unter stärkstem japanischem Druck standen, kam es zu keinen Kampfhandlungen.

Der Kriegszustand zwischen Thailand und der Britischen Völkergemeinschaft wurde mit dem Jahr 1945 beendet. Nachdem die japanischen Garnisonen in Thailand entwaftet worden waren, begannen auf Ceylon im November 1945 britisch-siamesische Vorverhandlungen. Am 1. Januar 1946 wurde in Singapur als erster Friedensvertrag nach dem zweiten Weltkrieg der Friedensvertrag Großbritanniens und Indiens mit Siam unterzeichnet. Australien hatte schon vorher einen Vorvertrag mit Siam abgeschlossen. In der Präambel des Vertrages wurde festgestellt, daß die Nationalversammlung Siams das Bündnis mit Japan und die Kriegserklärung an Großbritannien für ungültig erklärt habe. Siam soll sich verpflichtet haben, den Isthmus von Krah nicht ohne britische Genehmigung zu durchstechen. Der Bau eines solchen Kanals, der nach Angabe von Technikern weniger kostspielig wäre als der Bau des Sues- und des Panamakanals und die Seeverbindung zwischen Europa und dem Fernen Osten um 1300 Kilometer verkürzen würde, war von den Japanern ins Auge gefaßt worden; jedoch taten sie nichts, um das Projekt zu verwirklichen. Unter rücksichtslosem Einsatz von Kriegsgefangenen hatten die Japaner jedoch eine Bahnverbindung zwischen dem Golf von Siam und dem Golf von Bengalen hergestellt. Von britischer Seite wurde nichts getan, um diese in großer Eile hergestellte Verbindungslinie auszubauen. Sie verlief wieder dem Dschungel. Auch sonst mußte Siam Großbritannien wichtige Konzessionen einräumen und sich zu Lieferungen von monatlich hunderttausend Tonnen Reis an die Notstandsgebiete der Vereinten Nationen verpflichten.

Die Vereinigten Staaten, die Siams Kriegserklärung 1942 ignoriert hatten, sahen keinen Grund, den Kriegszustand förmlich zu beschließen. Sie stellten sich auf den Standpunkt, eine solche Maßnahme, die nur durch den amerikanischen Kongreß erfolgen könne, sei nicht notwendig, da der Kongreß ja auch zur Kriegserklärung Siams nicht Stellung genommen habe.

Die französische Regierung begann die Verhandlungen mit Siam Ende 1945. Sie stellte die Forderung, daß Siam zunächst von sich aus den Vertrag von 1941 annullieren und durch Rückgabe der von der Vichy-Regierung abgetretenen Gebiete den Status quo ante herstellen müsse, ehe an eine Normalisierung der Beziehungen gedacht werden könne. Siam, das sich durch die Wiederaufnahme der Beziehungen zur Britischen Völkergemeinschaft und zu den Vereinigten Staaten gedeckt fühlte und durch die Fortsetzung des Kriegszustands mit Frankreich keine unmittelbaren Nachteile erlitt, widersetzte sich den französischen Forderungen. In Washington und London bestanden, obwohl man sich mit den unter japanischem Druck erfolgten Gebietsveränderungen nicht einverstanden erklären konnte, gewisse Sympathien für diese Haltung. Dabei verstand es Siam geschickt, zwischen den beiden angelsächsischen Mächten zu manövrieren, von denen ja die Vereinigten Staaten zum erstenmal ihren Einfluß in dieser bis dahin rein britischen Interessensphäre geltend machten. Versuche der siamesischen Regierung, einen internationalen Schlichtungsausschuß oder das Haager Schiedsgericht einzuschalten, verschleppten die Verhandlungen, bis zum Oktober 1946. Die Hoffnung der Alliierten auf umfangreiche Reislieferungen aus Siam verwirklichte sich nicht. Lord Killearn, der britische Sonderbeauftragte für Südostasien, gab in Singapur bekannt, daß der Plan der gemeinsamen Verteilungsorganisation der Alliierten für Lebensmittel (Combined Food Board) abgeändert werden mußte, da eine Verminderung der Lebensmittelnappheit in Malaia durch Reislieferungen aus Siam nicht eingetreten sei. Die siamesische Regierung erklärte dazu, daß die verschiedenen Lieferungen ausgeblieben seien, weil sich die chinesischen Reishändler, die eine Inflation befürchteten und außerdem den Reis lieber in die chinesischen Notstandsgebiete abgeliefert hätten, den Lieferungspflichten entzogen.

Mitte Oktober 1946 kamen die stockenden französisch-siamesischen Verhandlungen durch eine Note der Vereinten Staaten in Fluß. Der Gesandte Siams bei der Organisation der Vereinten Nationen nahm in Washington mit dem französischen Botschafter Bonnet Fühlung auf. Frankreich erklärte, sich der Aufnahme Siams in die Vereinten Nationen nicht zu widersetzen, falls Siam den Vertrag von 1941 aufgebe. Die Vereinigten Staaten legten der Regierung in Bangkok nahe, diesen Vorschlag anzunehmen. Darauf gab der Ministerpräsident Siams, Luang Dhamrong, den Entschluß seiner Regierung bekannt, auf die strittigen Gebiete zu verzichten.

Am 17. Oktober 1946 wurde dieser Entschluß von der Nationalversammlung mit 91 gegen 29 Stimmen gebilligt. Unmittelbar darauf trat in Washington eine Versöhnungskommission zusammen, in der China, Großbritannien, Frankreich, Siam und die Vereinigten Staaten vertreten waren. Am 17. November 1946 kam ein Abkommen zwischen dem französischen Botschafter Bonnet und dem Prinzen Wan Waithayakon als Vertreter Siams mit folgenden Punkten zustande:

1. Der Vertrag von Tokio wird von Siam annulliert und der Status quo ante wieder hergestellt. Die strittigen Gebiete werden der französischen Verwaltung überlassen.

2. Die diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern werden wieder aufgenommen. Der Vertrag vom 7. Dezember 1937 und das Handels- und Zollabkommen vom 9. Dezember 1937 treten wieder in Kraft. Siam wird seine Klage gegen Frankreich beim Sicherheitsrat zurückziehen. Frankreich wird sich der Aufnahme Siams in die Organisation der Vereinten Nationen nicht widersetzen.

3. Frankreich und Siam bilden eine Schlichtungskommission, der drei Neutrale angehören werden,

4. Die finanziellen Fragen, die sich aus dem Abkommen ergeben, einschließlich der Frage der Schadenersatzleistungen werden der Schlichtungskommission überwiesen.

Die Einzelheiten der Gebietsübertragung werden in einem Protokoll festgelegt. Anschließend an den Abschluß des Vertrages fand ein Schriftwechsel zwischen den Führern beider Delegationen statt, in dem die Frage der Nationalität der Bewohner der rückgegliederten Gebiete geklärt wurde.

Siam soll die Möglichkeit erhalten, ein Konsulat in Battambang zu errichten. Die französische Regierung wird bei den britischen Behörden dafür eintreten, daß die Verpflichtung zur Lieferung von 1,2 Millionen Tonnen Reis, die Siam am 1. Mai 1946 aufgenommen hat, um 200 000 Tonnen verkürzt wird, da aus den nun von Frankreich übernommenen Gebieten keine Reisausfuhr im Rahmen dieses Abkommens mehr stattfinden soll.

Am 29. Januar übergab der Hohe Kommissar Frankreichs in Indochina, Admiral d'Argenlieu, dem König von Kambodscha die Gebiete, die Siam abgetreten hat, und unterstrich dabei die bedeutende Rolle, die die französische Union bei den Verhandlungen mit Siam gespielt habe. „Dank der französischen Union“, fuhr der Admiral fort, „und dank der imposanten Anhängerschaft von Völkern, die sich um Frankreich geschart hatten, konnte unsere Diplomatie in der französisch-siamesischen Auseinandersetzung die Rechte Kambodschas wahren“.

Die im Abkommen vom 17. November 1946 erwähnte Klage Siams an den Weltsicherheitsrat charakterisiert die Stellung dieses Landes in Südost-Asien. Obwohl es kein Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen war, und bis zur Kapitulation Japans nichts unternommen hatte, um die schweren Schäden, die es den Alliierten im Kriege zugefügt hatte, wieder gutzumachen, konnte es doch einen Grenzzwischenfall zum Anlaß nehmen, um Frankreich vor dem Weltsicherheitsrat zu belangen. Es ist bezeichnend, daß die Erinnerung an Phibul Songkhram, den Ministerpräsidenten, der im Dezember 1940 den Freundschaftsvertrag mit Japan unterzeichnete und an Großbritannien und die Vereinigten Staaten den Krieg erklärte auch heute noch hochgehalten wird, weil er Siam aus dem Kampf der Weltmächte, der Burma so schwer heimsuchte, herausgehalten habe.



## Indochina

## Zeittafel

- 1637 Portugiesen und Holländer in Hanoi.  
 1700/1750 Zweite Invasion der Annamiten, die 1009—1220 zum erstenmal, aus China kommend, in Indochina eindringen, Gründung der Reiche Tongking und Cochinchina.  
 1737 Einfall der Taysong-Räuberheere in Tongking. Ihre Vertreibung mit französischer Hilfe, Restauration des annamitischen Königreichs.  
 1815/1825 Siam beherrscht Süd-Indochina.  
 1858/1861 Christenverfolgung durch die Annamiten führt zu einer französischen Strafexpedition; Turan und Saigon werden besetzt, die Schutzherrschaft über das Mekong-Delta errichtet.  
 1861 Frankreich erwirbt von Annam die Provinz Cochinchina als „colonie directe“.  
 1862 Entdeckung der Tempelruinen von Angkor.  
 1863 Französisches Protektorat über Kambodscha.  
 1883 Annam unter französischer Oberhoheit.  
 1884 Tongking französisches Protektorat.  
 1893 Siam tritt das östliche Mekong-Ufer mit dem Gebiet von Laos an Frankreich ab.  
 1904 Das siamesische Westufer des Mekong wird in 25 Kilometer Tiefe entmilitarisiert.  
 1907 Siam tritt das fruchtbare Gebiet um Tonlé-sap an Indochina ab. Die 741 250 qkm große Französisch-Indochinesische Union wird proklamiert.  
 1916 Kai-Dinh besteigt den Thron.  
 1920 Südhinesische Kommunisten unterstützen offen indonesische Nationalbewegungen.  
 1926 Bao-Dai besteigt den Thron.  
 1930 Infolge der Depression Aufstand, der blutig unterdrückt wird.  
 1936 Marius Moutet kommt unter der Regierung Blum mit den Autokratien zu einem Ausgleich.

## Wirtschaft und Bevölkerung

Der südöstliche, landwirtschaftlich reichste Teil der hindereindischen Halbinsel ist seit den achtzig Jahren des vorigen Jahrhunderts ein von keiner anderen Großmacht umstrittenes französisches Einflußgebiet geblieben. Den wichtigsten Bestandteil der Bevölkerung bilden die Annamiten, ein Volk chinesischen Ursprungs, welches das Delta des Mekong im Süden, das Delta des Roten Flusses im Norden und den dazwischenliegenden schmalen Küstenstreifen bewohnt. Verwaltungsmäßig bestand Französisch-Indochina vor dem zweiten Weltkrieg aus den vier Schutzstaaten Tongking, Annam, Kambodscha und Laos, die durch ein kolonialpolitisches Protektoratsverhältnis mit Frankreich verbunden waren. Eine Sonderstellung nahm Cochinchina ein (siehe Karte), das als „colonie directe“ der französischen Verwaltung unterstand und im französischen Parlament durch einen Abgeordneten vertreten war. Diese Verschiedenheit des Kolonialverhältnisses ergab sich aus den verschiedenen Phasen der Durchdringung des Landes durch die Franzosen, die nach und nach die chinesische Oberherrschaft aus den einzelnen indochinesischen Reichen verdrängten und mit den Fürsten Protektoratsverträge abschlossen.

Das landwirtschaftliche Hauptprodukt ist Reis, von dem jährlich etwa 5 Millionen Tonnen geerntet werden, insbesondere in den fruchtbaren Gebieten Cochinchinas. Die wichtigste Industriepflanze ist Hevea, wovon 1938 etwa 138 000 Tonnen geerntet wurden. Weitere landwirtschaftliche Produkte sind Tee (1946: 150 000 Tonnen), Kaffee (1946: 4000 Tonnen), Mais, Kautschuk (5 Prozent der Weltproduktion), Pfeffer, Häute, Baumwolle, Indigo, Tabak und Tiekholz. Der Gesamtvorrat an abbauwürdiger Kohle soll sehr beträchtlich sein. Er besteht in der Hauptsache aus hochwertiger Magerkohle (Anthrazit), von der etwa 30 Prozent im Tagbau gefördert werden. 1938 wurden 150 000 Tonnen ausgeführt, davon 43 Prozent nach Japan, 26 Prozent nach China, 12 Prozent nach Frankreich und 8 Prozent nach Hongkong. Zinn, das wertmäßig zweitwichtigste Bergbauerzeugnis Indochinas, kann infolge der ungünstigen Lage der Erzvorkommen nur schlecht abgebaut werden. Der

größte Teil der Förderung wird in Singapur verhüttet. Aus der Verarbeitung der Sole von abflußlosen Seen im Hinterland Indochinas wird eine erhebliche Kochsalzausfuhr für China gewonnen. In der Zementindustrie konnten vor dem Krieg 200 000 Tonnen verarbeitet werden. Vor dem Krieg wurden 400 000 Hektoliter reiner Alkohol aus Reis hergestellt. Die Branntweinbrennereien sind zu 80 Prozent moderne französische Industrien.

Diese kurzen Angaben zeigen die wirtschaftliche Bedeutung des Landes, das 1940, durch die Kapitulation Frankreichs der aktiven Unterstützung durch das koloniale Mutterland beraubt, zu einer verlockenden Beute für die Expansionsbestrebungen Japans wurde.

## Die Vorgeschichte der Unabhängigkeitsbewegung

Schon der Russisch-japanische Krieg erweckte unter den Völkern Indochinas die ersten Ansätze eines modernen Nationalismus. Damals war es der annamitische Prinz Coong-Da, der, teils in Japan, teils in Europa erzogen, für eine Befreiung der Eingeborenen von der französischen Herrschaft eintrat. Seine politische Agitation, die sehr aggressive panasiatische Devisen vertrat, blieb den französischen Behörden nicht verborgen, führte jedoch zu keinen nennenswerten Ergebnissen.

Nach dem ersten Weltkrieg, der 120 000 Mann indochinesische Truppen auf die Schlachtfelder Europas geführt hatte, ergriff die erste große Welle kommunistischer Aktivität im Fernen Osten auch Indochina. Es war die Zeit, als Sun-Jatsen sein Bündnis mit der Dritten Internationale schloß. 1925 traf Ho-Tschi-Minh, als Sohn eines begüterten annamitischen Präfekten 1890 geboren, nach einer bewegten Laufbahn als politischer Flüchtling, die ihn nach Frankreich und 1923 nach Moskau geführt hatte, in Kanton ein und begann mit dem Aufbau der jungen Annamitischen Revolutionspartei (Viet-Nam-Cach-Menh-Than-Nienh-Hoi), die bald ihre ersten Emissäre nach Indochina entsandte. Die Partei bildete darauf ein Zentralkomitee in Hongkong, das 1930 nach Haiphong, der Hafenstadt Tongkings, übersiedelte. Schon im gleichen Jahr war die Bewegung stark genug, um Unruhen hervorzurufen, die die französische Verwaltung zu scharfen Maßnahmen zwangen. Die Partei, die sich nun Indochinesische Kommunistische Partei nannte, wurde verboten, das Zentralkomitee floh nach China, kleinere Gruppen organisierten sich als Untergrundbewegung, deren Tätigkeit von Ho-Tschi-Minh unermüdlich geschürt wurde.

1942 kam in Kwangsi ein Zentralausschuß dieser Widerstandsgruppen unter dem Vorsitz von Ho-Tschi-Minh zusammen und konstituierte die Liga für die Unabhängigkeit Annams (Viet-Nam-Doc-Lap-Dong-Minh-Hoi), die allgemein als Viet-Minh bezeichnet wird. Kurz darauf vereinigten sich in Kweilin unter chinesischem Einfluß Vertreter der übrigen Widerstandsgruppen Indochinas als Volkspartei unter dem Namen Viet-Nam-Qoc-Dan-Dang (VNQDD). Diese Widerstandsgruppen nahmen Fühlung mit dem französischen Komitee der Nationalen Befreiung auf. In einer Deklaration vom 8. Dezember 1943 versprach General de Gaulle Indochina das Selbstbestimmungsrecht im Rahmen der französischen Gemeinschaft.

In Indochina selbst stand seit der Kapitulation Frankreichs die französische Verwaltung unter steigendem Druck von seiten der Japaner, dem die Vichy-Regierung keinen ernsthaften Widerstand entgegensetzte. Am 9. März 1945 übernahmen die Japaner selbst die Verwaltung und setzten eine gefügige Puppenregierung unter Tran-Trong-King ein, die allerdings eine Rückendeckung bei dem Viet-Minh suchte, sobald die ersten Zeichen den Zusammenbruch der japanischen Herrschaft ankündigten.

Auf der Konferenz von Potsdam wurde Ende Juli 1945 festgelegt, daß im Falle der japanischen Kapitulation britische Truppen Indochina südlich des 16. Breitengrades besetzen sollten, während chinesische Truppen in das Gebiet



nördlich des 16. Breitengrades einrücken sollten. Am 14. August 1945 erließ der annamitische Kaiser *Bao-Dai* (siehe Zeittafel) in Hué eine Proklamation, in der er die Aufhebung aller mit Frankreich seit 1862 geschlossenen Verträge verkündigte und die Eingliederung Cochinchinas in sein Reich verfügte. In Hanoi erließ tags darauf ein Vertreter des Kaisers einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem er erklärte, die Bevölkerung habe lange genug unter der französischen Herrschaft gestanden. Frankreich habe das Land den Japanern ausgeliefert, nun sei der Augenblick gekommen, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen. Auch nach Saigon, der Hauptstadt Cochinchinas, wurde ein Vertreter des Kaisers entsandt, um die Übernahme des Landes zu proklamieren.

Dieser Versuch der Dynastie, ihre Stellung aus dem Zusammenbruch der japanischen Herrschaft zu retten und sich an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung zu stellen, war jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Die beiden Flügel der Untergrundbewegung hatten bereits das Wettrennen um die Besetzung der Schlüsselpositionen in Annam begonnen. Die von Ho-Tschi-Minh geführte Viet-Minh kam dabei besser voran, da sie sich schon seit 1943 in unzugänglichen Gebieten Tongkings festgesetzt hatte und seit dem Frühjahr 1945 einen lebhaften Guerillakrieg gegen die japanischen Truppen führte. Am 17. August entfaltete sich zum ersten Mal die Fahne der Viet-Minh mit dem goldenen Stern auf rotem Grund in Hanoi. Am 19. August, während der Großteil der Truppen der Viet-Minh sich noch im Bergland Tongkings aufhielt, gelang es aufständischen Massen in Hanoi, die politischen Gefangenen zu befreien und die japanische Polizei zur Auslieferung ihrer Waffen zu veranlassen. Am 25. August dankte der Kaiser Bao-Dai ab. Es bildete sich ein nationaler Block, der stark unter dem Einfluß der Viet-Minh stand. Er nahm die Abdankung des Kaisers entgegen und bildete die erste Regierung des Viet-Minh unter der Präsidentschaft von Ho-Tschi-Minh, der am 2. September in Hanoi die Republik Vietnam (Land des Südens) proklamierte.

Im September 1945 traf die 20. indische Division unter Führung von Generalmajor Douglas Gracey in Saigon, der Hauptstadt Cochinchinas, ein. Der britische Kommandeur erklärte den Vertretern der Unabhängigkeitsbewegung, daß seine Regierung nur die Autorität der französischen Verwaltung anerkenne. Am 22. September wurde das Hauptquartier der Unabhängigkeitsbewegung in Saigon durch britische Truppen geräumt und die französische Verwaltung wieder eingesetzt. Die französischen Truppen, die von den Japanern interniert worden waren, wurden neu bewaffnet; neue französische Verbände trafen aus Frankreich ein. Die Entwaffnung der japanischen Verbände verlief reibungslos. Anfang Januar 1946 zogen sich die britischen Truppen zurück. Die Königreiche Kambodscha und Laos in Süd-Indochina fügten sich ohne Widerstand der französischen Verwaltung.

In das Gebiet nördlich des 16. Breitengrades zogen 200 000 Mann chinesische Besatzungstruppen ein. Die Chinesen zeigten keine besondere Neigung, die Viet-Minh zu stützen. Sie erlaubten aber auch den französischen Truppen in Hanoi nicht, Waffen zu tragen. Anfang 1946 schien es, als wollten sie sich in ihrer Besatzungszone für die Dauer niederlassen.

Am 28. Februar wurde in Nanking eine französisch-chinesische Übereinkunft unterzeichnet, in der Frankreich auf alle exterritorialen Rechte in China verzichtete, insbesondere die Übereinkunft von Peking aus dem Jahre 1901 kündigte und China besondere Rechte auf der Bahnstrecke Kunming—Hanoi—Haiphong einräumte. Gleichzeitig fand ein Notenwechsel zwischen der französischen und der chinesischen Regierung statt, in dem festgelegt wurde, daß die chinesischen Truppen bis zum 31. März 1946 ihre Besatzungszonen räumen. Während der chinesischen Besetzung vereinigten sich die beiden Flügel der annamitischen Widerstandsbewegung zu einer Einheitsfront, in der allerdings auf Grund der schlechteren Organisation der von den Chi-

niesen gestützten Gruppen sehr bald die Viet-Minh die Oberherrschaft gewann. Im Januar 1946 fanden in dem von chinesischen Truppen besetzten Gebiet Wahlen zur Nationalversammlung Vietnams statt. Ho-Tschi-Minh wurde zum Präsidenten der Republik gewählt.

Mit dem Abzug der chinesischen Truppen, die das Land außerordentlich geschwächt und unter chaotischen wirtschaftlichen Verhältnissen zurückließen, begann eine neue Phase der Unabhängigkeitsbewegung.

#### *Frankreich und die Unabhängigkeitsbewegung*

Im Rahmen der geschilderten Entwicklung hatte sich ein starker annamitischer Nationalismus entwickelt, der von Tongking über Annam aus auch nach Laos, Kambodscha und Cochinchina ausstrahlte. Diese Gebiete hatten jedoch teils durch ihre kulturellen und rassischen Eigenheiten — Kambodscha gehört dem indischen Kulturkreis an —, teils durch ihre eigene historische Entwicklung — Cochinchina ist die älteste französische Kolonie — eigene Autonomiebestrebungen. Die Gegensätze zwischen den einzelnen Territorien wurden noch durch die Tatsache verstärkt, daß der Sieg der von Kommunisten dominierten Viet-Minh über die gemäßigteren Gruppen in Tongking und Annam im wesentlich reicheren Süd-Indochina mit Mißvergnügen aufgenommen wurde. Außerdem konnten Laos und Kambodscha nur mit französischer Hilfe die Gebiete zurückgewinnen, die sie 1941 an Siam abgetreten hatten (vgl. Seite 373). So überkreuzte sich der allgemeine Wunsch nach Selbständigkeit mit Klassengegensätzen und widerstreitenden nationalen Zielen.

Die Wiederherstellung der französischen Oberhoheit war breiten Schichten, in denen sich eine lebendige Überlieferung der früheren chinesischen Mißwirtschaft erhalten hatte, keineswegs unwillkommen, da sie davon eine wirtschaftliche und soziale Stabilisierung erwarteten. Auch hatte die Bevölkerung, solange sie selbst unter japanischem Druck stand, die Resistance in Frankreich nicht ohne Sympathien verfolgt. Die Art, in der am 22. September 1945 die französische Verwaltung in Saigon von britischen Truppen wieder eingesetzt worden war, und verschiedene unglückliche Äußerungen von französischer Seite erweckten jedoch bald den Eindruck, daß Frankreich eine Rückkehr zum alten Kolonial-Imperialismus vorhabe. Da Frankreich Ende 1945 noch erheblich mit der eigenen Stabilisierung beschäftigt war, schien den radikalen Elementen Indochinas der Augenblick günstig, die eigenen Positionen möglichst stark auszubauen. So kam es zu den ersten Zusammenstößen zwischen den französischen Truppen und Verbänden des Viet-Minh in Cochinchina während des Winters 1945/46. Die französischen Truppen unter General Jacques Leclerc wußten sich jedoch bald Respekt zu verschaffen. Nach vier Monaten war Cochinchina im wesentlichen unter französischer Kontrolle. Das französisch-chinesische Abkommen, das am 28. Februar 1946 in Tschungking zustande kam (ratifiziert am 8. Juni 1946 in Nanking) und die Räumung Nord-Indochinas durch die chinesischen Truppen vorsah, machte es der Regierung von Vietnam klar, daß sie nicht auf chinesische Unterstützung rechnen könne.

So kam es am 6. März 1946 zu einer vorläufigen Übereinkunft zwischen Frankreich und Vietnam, die in Hanoi unterzeichnet wurde. In diesem Abkommen erklärt sich Vietnam bereit, der indochinesischen Föderation beizutreten. In Vietnam sollen nicht mehr als 15 000 Mann französische Truppen stationiert werden, die im Laufe der nächsten Jahre nach und nach zurückgezogen werden. Über die von Vietnam geforderte Eingliederung Cochinchinas soll eine Volksabstimmung entscheiden. Vom 19. April bis zum 11. Mai 1946 fand in Dalat eine Konferenz statt, in der die Einzelheiten der Durchführung des Abkommens vom 6. März besprochen werden sollten. Die Frage der Selbständigkeit Cochinchinas rückte sofort in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, die zu keiner Einigung führte. Im Juni bildete sich mit französischer Unterstützung eine selbständige Regierung Cochinchinas unter Dr. Nguyen van Tinh. Unter Führung von Ho-Tschi-Minh begab sich eine Delegation der



Republik Vietnam nach Fontainebleau zu weiteren Verhandlungen, die am 6. Juli begannen.

Die junge Republik wollte sich zwar der französischen Staatsgemeinschaft einfügen, der Hohe Kommissar sollte aber nur als Botschafter Frankreichs anerkannt werden. Außerdem forderte Vietnam das Recht, eine eigene Armee zu unterhalten, eigene diplomatische Vertretungen im Ausland und die Aufnahme in die Organisation der Vereinten Nationen. Diese Besprechungen wurden am 1. August abgebrochen, als die Nachricht nach Fontainebleau gelangt war, daß am 2. August eine neue Konferenz in Dalat zur Besprechung der Probleme der indochinesischen Föderation zusammentreten werde. Durch den Abbruch der Verhandlungen gab Ho-Tschi-Minh der Überzeugung Ausdruck, daß Frankreich nicht mit Vietnam und den übrigen Territorien Indochinas nebeneinander verhandeln könne, sondern die besondere Stellung Vietnams anerkennen müsse, das an allen Teilen Indochinas interessiert sei. Die Besprechungen zwischen Frankreich und Vietnam wurden auf den Januar 1947 vertagt. Um aber für die Zwischenzeit einigermaßen tragbare Verhältnisse zu sichern, kam zwischen Ho-Tschi-Minh und dem Minister für Frankreichs überseeische Bèlange, Marius Moutet, ein *Modus vivendi* zustande, der am 16. September 1946 in Paris unterzeichnet wurde (vgl. Dokumentenanhang, Seite 415 f.).

Als Ho-Tschi-Minh nach Hanoi zurückkehrte, fand er eine wesentlich veränderte Lage vor. Schon während der Verhandlungen, die zu dem vorläufigen Abkommen vom 6. März führten, hatte es sich gezeigt, daß neben dem verständigungsbedingten Flügel der Viet-Minh unter Ho-Tschi-Minh eine radikalere Gruppe bestand, die durch den 37-jährigen *Vo-Nguyen-Giap* beherrscht wurde. Diese Gruppe hatte das Abkommen vom 6. März von vornherein nur als Atempause betrachtet. Bereits am 8. März schrieb Giap in der in Hué erscheinenden Zeitung „*Qujet Chien*“:

„In unserem Kampf für die vollständige Unabhängigkeit gibt es Situationen, in denen man hart sein muß, und Situationen, in denen man weich sein muß ... Hätten wir den militärischen Kampf fortgesetzt, so hätten wir sehr bald unsere Kräfte und bald auch unser Land verloren. Wir haben verhandelt, um günstigere Bedingungen für unseren Kampf herzustellen und den geeigneten Augenblick abzuwarten, um die vollständige Unabhängigkeit zu erreichen ... Betrachtet man die Weltgeschichte, so sieht man, daß schon viele Völker eine ungünstige Situation durch Abwarten des geeigneten Augenblickes überwunden haben. So hat zum Beispiel Rußland im Jahre 1918 den Frieden von Brest-Litowsk unterzeichnet ...“

Während Ho-Tschi-Minh mit den Franzosen verhandelte, trafen die radikaleren Kreise des Viet-Minh unverhohlen militärische Maßnahmen zur Stärkung ihrer Position unter den Augen der französischen Verwaltung, die sich aller Gegenmaßnahmen enthielt, da sie die Möglichkeit einer friedlichen Verständigung mit Ho-Tschi-Minh nicht stören wollte.

Das Zentralkomitee der Viet-Minh (*Tong-Bô*) war vollständig unter den Einfluß Giaps gekommen. Während es im Frühjahr noch eine beratende Körperschaft war und Ho-Tschi-Minh im wesentlichen freie Hand ließ, war es nun ein straff organisiertes Direktorium mit unumschränkten Exekutivvollmachten. Unter dem Druck des *Tong-Bô*, das dabei völlig im Hintergrund blieb, mußte Ho-Tschi-Minh sein Kabinett umbilden und radikalere Mitarbeiter heranziehen.

Am 20. November kam es im Hafen von Haiphong zu einem Zwischenfall. Ein Feuergefecht zwischen Vietnam-Truppen und einem französischen Küstenwachboot entwickelte sich rasch zu einem erbitterten Kampf, der auf die Kaianlagen und die Straßen von Haiphong übergriff. Der Kommandeur der französischen Truppen in Vietnam, General *Morlière*, der in seiner Zurückhaltung gegenüber Provokationen des Viet-Minh bis zur äußersten Grenze gegangen war, richtete einen Protest an Ho-Tschi-Minh und befahl seinen Truppen, das Feuer wieder einzustellen. Die Kämpfe dauerten jedoch an. Zwei Tage später forderte General

Morlière in ultimativer Form die sofortige Räumung des chinesischen und französischen Viertels von Haiphong. Als dieses Ultimatum wirkungslos blieb, griff er unter Einsatz schwerer Waffen das annamitische Viertel an. Am 29. November eröffnete eine Batterie im Golf von Tongking das Feuer auf den französischen Kreuzer „*Suffren*“ und ein kleineres Kriegsschiff. Trotzdem hoffte die französische Verwaltung, größere Kämpfe zu verhindern und bis zum Eintreffen des Kolonialministers Moutet zu den vorgesehenen Verhandlungen die Ruhe aufrecht zu erhalten.

Am 19. Dezember 1946 ging abends um 20 Uhr schlagartig in Hanoi das Licht aus. In der ganzen Stadt kam es zu Überfällen auf französische Soldaten und Zivilisten mit allen Schrecknissen orientalischer Grausamkeit. Auch der französische Resident Raymond *Sainteny* wurde verwundet. Der Überfall war nach dem Vorbild des Handstreichs organisiert, durch den die Japaner am 9. März 1945 die französische Verwaltung vollkommen ausgeschaltet hatten. Seine letzten Motive sind schwer festzustellen. Die „*Times*“ schrieb dazu am 7. Februar 1947: „Die Führer Vietnams mußten wissen, daß sie keinen Krieg gegen Frankreich gewinnen konnten. Sie hofften jedoch einen Konflikt heraufzubeschwören, der die Weltöffentlichkeit auf Indochina aufmerksam machen würde. Durch eine Politik rücksichtsloser Zerstörungen und einen zähen Partisanenkrieg hofften sie den französischen Willen zu schwächen und schließlich vollständige Unabhängigkeit zu erringen. In der Zwischenzeit sind die hauptsächlich Leidtragenden jene Massen, in deren Namen angeblich der Kampf um die Unabhängigkeit geführt wird.“ „*Le Monde*“ schrieb am 5. Februar 1947 in einer eingehenden Analyse der Lage in Indochina: „Die Extremisten bemerkten bald, daß Ho-Tschi-Minh sich dem Einfluß Saintenys nicht verschloß und sich, obwohl er krank war, bemühte, seine alte Stellung zurückzugewinnen und den *Tang-Bô* zu säubern. Sie fühlten sich bedroht und entschlossen sich daher zuzuschlagen.“

Durch den Angriff vom 19. Dezember 1946 war Frankreich gezwungen, den Kampf mit aller Energie aufzunehmen, um nicht, wie dies von den Extremisten zweifellos beabsichtigt war, „das Gesicht zu verlieren“. In zähen Kämpfen, die auf französischer Seite mit Hilfe von Truppenunterstützungen aus Frankreich und unter Einsatz von schweren Waffen und Flugzeugen geführt wurden, konnte Hanoi gesäubert und die Garnison von Hué entsetzt werden. Schrittweise wurde die französische Kontrolle über die wichtigen Verbindungsstraßen wieder hergestellt. Die Verbände Vietnams, denen sich versprengte Japaner angeschlossen hatten, kämpften mit außerordentlicher Verbissenheit, waren aber bald gezwungen, die französische Überlegenheit anzuerkennen.

Die Verschärfung der Krise in Indochina löste in Frankreich starke innerpolitische Spannungen aus. Die Regierung Blum verlor darüber ihr Ziel nicht aus den Augen. Am 23. Dezember erklärte Léon Blum: „Nach der Überwindung der gegenwärtigen Krise wird unser Ziel das gleiche sein: die Errichtung einer freien Republik Vietnam.“ Als erstes wurden nun scharfe Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergriffen. Aus Tunis traf Admiral *d'Argenlieu* in Saigon ein und übernahm seinen Posten als Hoher Kommissar. Marius Moutet traf aus Paris ein und besuchte Cochinchina, Laos und Kambodscha. Er flog auch nach Hanoi, um an Ort und Stelle die Möglichkeit neuer Verhandlungen mit der Viet-Minh zu untersuchen. Nach seiner Rückreise am 8. Januar 1947 stellte er jedoch fest: „Der Angriff vom 19. Dezember hat uns zu militärischen Aktionen gezwungen; erst wenn die Armee die Ordnung wiederhergestellt hat, werden wir in der Lage sein, die entstandenen politischen Probleme erneut zu überprüfen.“ Auch General Leclerc, der Kommandeur des ersten Landungskorps, traf am 28. Dezember aus Paris ein, um die militärische Lage zu studieren.

Die französische Presse befaßte sich eingehend mit der Zukunft Indochinas. Rechtskreise einschließlich der MRP vertraten die Ansicht, daß ein entschlossenes Auftreten gegen die Viet-Minh rasch den Weg zur Verständigung mit



gemäßigten Elementen öffnen werde. Im scharfen Gegensatz dazu war die kommunistische Partei der Meinung, Frankreich könne sich mit der Viet-Minh verständigen und so ohne Blutvergießen seine Interessen in Indochina wahren. Der französische Hohe Kommissar in Saigon, Admiral d'Argenlieu, der aus seiner antikommunistischen Haltung keinen Hehl machte, war heftigen Angriffen der Linkspresse ausgesetzt.

Die Sozialisten unter Léon Blum versuchten zwischen beiden Flügeln auszugleichen. Diesem schwierigen Kurs folgte Marius Moutet, der verantwortliche Minister, mit offensichtlichem diplomatischem Geschick.

Die offizielle Übergabe der von Siam zurückerstatteten Gebiete an Laos und Kambodscha wurde zu einer Demonstration der französischen Hilfsbereitschaft gegenüber diesen Territorien. In Cochinchina hatte Dr. *Tinh*, der Chef der autonomen Regierung, der dauernd schärfsten Angriffen von Seiten der Viet-Minh ausgesetzt war und von der französischen Verwaltung nicht die erbetenen Vollmachten erhielt, am 10. November 1946 Selbstmord verübt. Unter seinem Nachfolger *Hoach* wurden die Befugnisse der Regierung wesentlich erweitert. Am 4. Februar 1947 wurde Cochinchina von Frankreich als freier Staat anerkannt, „der im Rahmen der Indochinesischen Föderation und der französischen Union mit Frankreich assoziiert ist.“ Gegen Vietnam wurden die militärischen Operationen systematisch fortgesetzt.

Trotz vieler Sympathiekundgebungen aus allen Teilen Asiens, unter denen insbesondere Äußerungen Mohamed Ali *Jmahs*, des Führers der indischen Moslemliga, und Pandit *Nehrus*, des Führers der indischen Kongreßpartei, internationale Beachtung fanden, konnten sich die Führer der Viet-Minh nicht verhehlen, daß sie immer mehr von der Außenwelt isoliert wurden. Trotz der Streikaufrufen an die Hafenarbeiter in Singapur trafen die französischen Truppentransporte ohne Verzögerung in Saigon und Haiphong ein. In Nanking erklärt *Sun-Fo*, der Präsident des legislativen Juan, am 7. Februar 1947, China beabsichtige nicht, in den Konflikt einzugreifen, es werde auch die Regierung von Vietnam vorläufig nicht anerkennen, da sonst Spannungen zwischen China und Frankreich entstehen könnten. Die Verbindung zu Siam war durch die neue Grenzziehung unterbrochen und in Indonesien war ein Ausgleich zwischen den Aufständischen und der holländischen Regierung zustande gekommen. Neben diesen politischen und militärischen Erwägungen machten sich in den Reihen der Unabhängigkeitsbewegung in steigendem Maße auch wirtschaftliche Überlegungen geltend. China, das durch seine geographische Lage und durch viele handelstüchtige chinesische Einwanderer imstande gewesen wäre, einen starken wirtschaftlichen Einfluß auszuüben, war durch seine inneren Wirren geschwächt. Auch die Sowjet-Union konnte keine wirtschaftliche Unterstützung geben. Die Vereinigten Staaten und die Britische Völkergemeinschaft zeigten keine Neigung, Frankreich in diesem Raume zu überspielen. So konnte sich auch die Viet-Minh der Tatsache nicht verschließen, daß nur die Unterstützung Frankreichs dem Lande eine gesunde wirtschaftliche Basis sichern würde. Unter diesen Umständen war es nicht überraschend, daß der ständige Vertreter Vietnams in Paris, *Tran-Ngoc-Danh*, am 6. Februar 1947 eine Erklärung abgab, die einem Waffenstillstandsangebot gleichkam. Sie lautete:

„Der blutige Konflikt, der auf dem Boden Vietnams ausgeht, greift immer weiter um sich und wird zu einem internationalen Problem. Die Bevölkerung Vietnams ist fest entschlossen, den Kampf um die Sicherung ihrer geheiligten Rechte: politische Unabhängigkeit und territoriale Einheit im Rahmen der französischen Union, zu Ende zu führen. Im Bewußtsein der höheren Interessen beider Nationen ist Vietnam jedoch überzeugt, daß es zusammen mit dem neuen Frankreich sein doppeltes Ziel auf friedlichem Wege und auf der Grundlage der bereits abgeschlossenen Abkommen erreichen kann.

Unter diesen Umständen schlägt die Regierung der demokratischen Republik Vietnam vor:

1. die Einstellung der Feindseligkeiten auf allen Fronten zu befehlen und sofort die Waffenstillstandskommission zur Durchführung dieses Befehles in Tätigkeit treten zu lassen, die Truppen in die Stellungen zurückzuführen, die durch die Übereinkünfte vom 6. März und vom 3. April 1946 festgelegt sind, und die Zuführung aller weiteren Truppenverstärkungen aus Frankreich nach Indochina unverzüglich einzustellen;
2. mit der ersatzmäßigen Regierung unter der Präsidentschaft von Ho-Tschi-Minh auf der Grundlage der bereits getroffenen Abkommen in Verhandlungen einzutreten.

Ein anderer Lösungsvorschlag kann den Frieden, den unsere beiden Völker so notwendig haben, herbeiführen.

Diese Erklärung wurde in Frankreich zunächst mit Reserve aufgenommen. Die „Times“ äußerte sich dazu am 7. Februar 1947 in einem Leitartikel, der neues Licht auf die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Südostasien wirft: „... Wenn dieser neue Schritt die Grundlage für einen Ausgleich legen könnte, so würden die Extremisten noch stärker diskreditiert und gemäßigte Einflüsse in der Kontrolle der Republik Vietnam bestärkt ... Will man, daß die Entwicklung des indochinesischen Nationalismus von Elementen bestimmt wird, die der wahren Stimmung des Volkes besser Rechnung tragen, so muß den augenblicklichen Führern der Viet-Minh der Vorwand, einen revolutionären Unabhängigkeitskrieg zu führen, genommen werden, mit dem sie ihre Herrschaft durch Unterdrückung ihrer Rivalen ausbauen ... In Indien, Burma und Niederländisch-Indien werden die kommunistischen Parteien von patriotischen Elementen beherrscht, die den nationalen Bedürfnissen besser Rechnung tragen können und sich damit begnügen, ihre Unterstützung in den Wünschen und nicht in der erzwungenen Zustimmung der Bevölkerung zu suchen. Soll das gleiche in Indochina geschehen, so müssen die Mittel gefunden werden, ohne weiteres Blutvergießen den weitverbreiteten Wunsch nach politischer Unabhängigkeit zu befriedigen ... Die Konzeption der Partnerschaft, die in der Struktur der weltweiten fernöstlichen Union, die sich nun entwickelt, eine so bedeutsame Rolle spielt, kann auch auf viele der drängenden Probleme Indochinas eine Antwort geben.“

Anfang März 1947 stabilisierte sich die militärische Lage in Indochina. Die Franzosen konnten wesentliche Erfolge verbuchen. Am 6. März trat der Hohe Kommissar d'Argenlieu zurück und Emile *Bollaert* folgte ihm in seinem Amt. Der schon lange erwartete Wechsel wurde unter anderem mit dem Hinweis begründet, daß für die nunmehr auf der politischen Ebene sich abspielenden Auseinandersetzungen mit Vietnam als Vertreter Frankreichs ein politisch geschulter Kopf erforderlich sei. *Bollaert*, bisher Präfekt des Departements Rhône, war früher ein enger Mitarbeiter von Herriot und General de Gaulle.

In der Woche nach der Ernennung *Bollaerts* fanden in der französischen Nationalversammlung sehr heftige Auseinandersetzungen über Indochina statt. Während die Linke Verhandlungen mit Ho-Tschi-Minh wünschte, lehnten die Rechtsparteien ihn als offiziellen Vertreter Vietnams ab. Ministerpräsident *Ramadier* schloß sich als Sozialist den Ansichten der Rechtsparteien an. Nach Aussagen der amerikanischen Presse wird er aber vorläufig eine abwartende Haltung einnehmen, bis *Bollaert* Bericht erstattet hat. Fällt dessen Urteil zugunsten von Ho-Tschi-Minh aus, so kann *Ramadier* noch immer seine Stellung endgültig klären. Spricht sich *Bollaert* aber gegen den Präsidenten von Vietnam aus, so wird dies keine parteipolitischen Folgen für die Sozialisten haben, da *Bollaert* den Radikalen angehört. Auf diese Weise hofft *Ramadier* sein durch die indonesische Frage stark gefährdetes Koalitionskabinett zusammenhalten zu können.

Es besteht Grund zur Annahme, daß nun, nachdem beide kämpfenden Parteien starke materielle Verluste erlitten haben, der Weg zu einem Ausgleich offensteht.



Indonesien

Zeittafel

1509	Die Portugiesen landen an der Nordküste von Sumatra.
1520	Java wird von Portugiesen besetzt.
1521	Entdeckung Borneos durch Portugiesen.
1525	Portugal annektiert Celebes.
1596	Die Holländer vertreiben die Portugiesen von Java.
1600	Die Niederlande besetzen Borneo.
1602	Die Generalstaaten gründen die Holländisch-Ostindische Gesellschaft.
1619	Gründung der Stadt Batavia.
1685	Die Engländer setzen sich in Benkulen auf Sumatra fest.
1798	Auflösung der Holländisch-Ostindischen Gesellschaft. Übernahme ihrer Besitzungen durch die Niederlande.
1795/1813	Während der Vereinigung Hollands mit Frankreich besetzen die Engländer fast alle niederländischen Kolonien in Südostasien.
1816	Zurückgabe der besetzten Inseln an Holland.
1850/1854	Eingeborenen-Aufstand auf Borneo.
1896	Aufstand in Sumatra.

Bevölkerung und Wirtschaft

Der holländische Besitz in Südostasien konzentrierte sich im wesentlichen auf die großen ostindischen Inseln Sumatra, Java, Borneo und Celebes. Dazu kam noch eine Vielfalt kleinerer Inseln, die sich über ein Gebiet erstreckten, dessen Gesamtausdehnung etwa der Entfernung von Irland bis zum Kaukasus gleichkommt. Umfang und Bevölkerung der einzelnen Gebiete sind aus der folgenden Tabelle ersichtlich:

(1943)			
Borneo	533 838 qkm groß mit	2 668 633	Bew.
Sumatra	433 800 " " "	8 238 570	"
Neuguinea	416 000 " " "	4 351 812	"
Celebes	179 400 " " "	5 226 586	"
Java mit Madura	131 380 " " "	41 718 364	"
Westtimor	63 324 " " "	1 657 376	"
Bali mit Lombok	10 290 " " "	1 802 683	"
Verschiedene Inseln	136 368 " " "	2 164 189	"
Gesamtbesitz	1 904 400 qkm groß mit	67 828 213	Bew.

Zwei Drittel der Gesamtoberfläche des Archipels, abgesehen von Neuguinea, bestehen aus Wald, der wertvolle Bestände an Kampfer-, Sandelholz-, Ebenholz- und Tiekholzbäumen aufweist. Große Flächen mit Kokos-, Betel- und Rotangpalmen sowie Bananen, Bambus, Gewürznelken und Feigen sind vorhanden. Neben den einheimischen Nahrungsmitteln, Reis, Mais, Knollengewächsen und Hülsenfrüchten, sind, und zwar überwiegend von den kolonisierenden Holländern, Kautschuk, Kaffee, Indigo, Chinarindenbäume, Sisalagave und Ölpalmen angebaut worden. Der Boden enthält Millionen Tonnen Eisenerz, ferner Kupfer, Mangan, Zinn, Blei, Zink und zahlreiche andere Mineralien. Auch Erdöl wird auf dem ganzen indonesischen Inselbogen gefördert. Sumatra zum Beispiel ist mit 66 Prozent an der gesamten Ölgewinnung Niederländisch-Indiens im Jahre 1940 beteiligt gewesen, und zwar durch Palembang mit 3 Millionen, Djambi mit 1,2 Millionen, Atjeh mit 763 000 und andere Produktionsstätten mit 106 000 Tonnen. Die Erdölvorkommen Indonesiens bilden den Grundstock eines der größten Rohstoffunternehmen der Welt überhaupt, des Royal-Dutch-Shell-Petroleum Concern. Während die Ölvorkommen in den ehemals holländischen Besitzungen vorwiegend von Privatkapital ausgewertet wurden, hatte der Staat die Zinnproduktion selbst in seine Hand genommen, dagegen die Kautschukgewinnung verschiedenen Plantagensellschaften überlassen, die auch das Teegeschäft tätigten.

Das Kernstück der niederländischen Besitzungen in Indonesien ist Java, die reichste und mit 325 Menschen je Quadratkilometer die am dichtesten bevölkerte Insel des indonesischen Archipels. Java, Sumatra und Bali waren zur Zeit

der portugiesischen Entdeckungen bereits uralte Kulturgebiete, deren hohe Entwicklung aus der Literatur der Eingeborenen und aus chinesischen Überlieferungen bekannt ist. Die Grundlage dieser Kultur bildete der Hinduismus mit seiner lebendigen Mythenwelt und seiner eindrucksvollen bildenden Kunst. Die Verschiedenheiten der Rasse, Sprache und Mentalität sind jedoch außerordentlich groß. So mußte zum Beispiel die Bibel in nahezu 200 Dialekte übersetzt werden, um sie den größeren Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen. Die Erfolge, die die Spanier als Missionare auf den philippinischen Inseln aufzuweisen hatten, wo weder der Hinduismus noch der Islam stark verwurzelt war, blieben den Portugiesen und den Holländern in Indonesien versagt. Die Bevölkerung, die sich unter dem Einfluß arabischer Eroberungszüge vorwiegend dem Islam zugewandt hatte, blieb größtenteils auch in den Jahren der Kolonialherrschaft diesem Glauben treu.

Übersichtskarte von Indonesien



Ein bedeutendes Element der Bevölkerung sind die Mischlinge aller Grade und Abstufungen. Ihre Zahl in Java ist etwa 140 000 neben etwa 100 000 auf der Insel geborenen Europäern. Dazu kommen noch über den ganzen Archipel verstreut etwa eineinhalb Millionen Chinesen, die auch hier, wie überall in Südostasien, das politische und wirtschaftliche Leben stark beeinflussen.

Das gesamte Gebiet unterstand einem von der Krone ernannten Generalgouverneur. Als Träger der obersten Autorität für das ganze Kolonialgebiet hatte dieser sich nur nach den Anweisungen der niederländischen Regierung zu richten. Ihm stand ein Fünferat zur Seite, der jedoch keine ministeriellen Vollmachten besaß, sondern nur in Einzelfragen beratend mitwirkte. Eines seiner Mitglieder war jeweils ein Indonesier, der durch die beratende Volksversammlung, den sogenannten Volksrat, ernannt wurde. Von den 61 Mitgliedern des Volksrats wurden 38, darunter 20 Indonesier, 3 Chinesen und 1 Araber, gewählt. Die übrigen wurden durch den Generalgouverneur berufen. Auch die gewählten Mitglieder des Volksrats gingen nicht aus direkter Wahl hervor, sondern wurden durch Wahlkollegien bestimmt.

Java wurde anders verwaltet als die übrigen Inseln. Es war in drei Provinzen aufgeteilt, von denen jede einen Gouverneur und einen Provinzialrat hatte. Diese Provinzialräte waren wie der Volksrat teils ernannt und teils gewählt. Die



lokale Verwaltung erfolgte durch eingeborene Regenten, die großenteils den alten indonesischen Adelsfamilien entstammten. Die eigentliche Vollzugsgewalt ruhte jedoch bei den holländischen Residenten. Die Regenten und deren Räte stellten nur das Bindeglied zur eingeborenen Bevölkerung dar.

Die übrigen Gebiete des Archipels waren in drei Provinzen gegliedert, Sumatra, Borneo und den „Großen Osten“, der die übrigen Inseln umfaßte. Hier herrschte das System der direkten Verwaltung durch holländische Residenten.

Wirtschaftsleben, Erziehungswesen und Rechtspflege waren durch einen, ausgesprochenen Dualismus gekennzeichnet. Neben der primitiven Landwirtschaft der Eingeborenen, die im wesentlichen den alten indischen Kultivierungsmethoden folgte, bestand die koloniale Plantagenwirtschaft, die mit modernsten wissenschaftlichen Methoden arbeitete. Neben der primitiven Eingeborenenschule gab es ein modernes Erziehungssystem für die Europäer und die Mischlinge, die den Europäern als völlig ebenbürtig galten. Neben den Eingeborenengerichten, die dem traditionellen Gewohnheitsrecht folgten, bestanden holländische Gerichte, sogenannte Residentengerichte, die allein Europäer aburteilen konnten.

Dieser Dualismus bot naturgemäß dem Nationalismus der Eingeborenen eine breite Angriffsfläche. Seine Gefährlichkeit blieb jedoch verborgen, solange der Archipel unter dem Schutz der britischen Flotte und einer großzügigen Wirtschaftspolitik, die dem Prinzip der Offenen Tür huldigte, fest in dem Gefüge der Weltwirtschaft verankert war.

#### *Die Vorgeschichte der Unabhängigkeitsbewegung*

Der indonesische Nationalismus entwickelte sich zunächst auf Java. Dort hatten sich Nationalgefühl und Einheitsbewußtsein aus der geschichtlichen Überlieferung erhalten. Dort ging auch die Modernisierung auf Grund der Sonderstellung, die die Insel einnahm, am raschesten voran. Japans Sieg über Rußland gab den ersten äußeren Anstoß. 1906 entstand in der *Boedi Oetomo* eine erste Arbeiterpartei mit Reformbestrebungen. Ihr folgte bald die wesentlich radikalere *Sarikat Islam*, eine kommerzielle Vereinigung mohammedanischer Kaufleute zur Abwehr des gefährlichen chinesischen Einflusses, die zunächst Selbstregierung der Eingeborenen unter der niederländischen Krone verlangte, aber 1917 zur Forderung vollständiger Unabhängigkeit überging.

Seine entscheidende Wendung machte der indonesische Nationalismus durch die Einbeziehung der Mischlinge. Sie waren ursprünglich den Europäern staatsrechtlich völlig gleichgestellt und wurden von den Holländern als wesentliche Stütze ihrer Herrschaft betrachtet. Langsam entwickelte sich aber auch in Indonesien eine politische Konzeption, die die Engländer in Indien als „Bolivarismus“ bezeichneten: fortschrittliche Mischlinge begannen sich als die geborenen Führer der Eingeborenen in ihrem Kampfe um die Selbständigkeit zu fühlen nach dem Vorbild des südamerikanischen Freiheitshelden Simon Bolivar. Der führende Kopf dieser Bewegung war „D. D.“ Dekker, der Begründer der sogenannten „Indischen Partei“.

Die Europäer wurden rasch eine mißtrauische koloniale Minderheit, die auf allen Seiten künftig Feinde heranwachsen sah. Die revolutionäre Entwicklung Chinas beschleunigte das Wachstum des indonesischen Nationalismus, der nun vielfach eine stark kommunistische Färbung annahm. In der Gewerkschaftsbildung fand die nationale Bewegung ein Mittel, breite Schichten zusammenzufassen, die bisher von der Parteitätigkeit nicht erfaßt wurden, da diese stark von religiösen Voraussetzungen, vor allem auch panislamitischen Gedankengängen ausging.

Die ersten schweren Unruhen brachen 1926/27 aus. Ihre blutige Unterdrückung schürte die Erbitterung auf beiden Seiten. Die Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre offenbarte die wirtschaftliche Abhängigkeit vom Weltmarkt und stärkte das Bedürfnis nach wirtschaftlicher Selbstgenügsamkeit sowohl auf Seiten der Holländer wie auch bei den Eingeborenen, die sich die Krise zunutze machten, um ihre Gewerkschaften wesentlich stärker auszubauen.

Ehe aber die holländischen Industrialisierungspläne reifen konnten, die vorwiegend von wirtschaftlichen, aber auch von strategischen Erwägungen ausgingen und den Wünschen der Nationalbewegung entgegenkamen, brach der Krieg aus. Noch bevor die deutschen Armeen Holland angriffen, entband die holländische Regierung die Kolonialverwaltung von ihrer Abhängigkeit gegenüber der Regierung in Den Haag und trug ihr auf, selbständig die Verteidigung des Kolonialreichs vorzubereiten. 1940 wurde Holland besetzt. Die Königin floh nach London. Indonesien stand allein den japanischen Drohungen, die sich zunächst noch in wirtschaftlichen Forderungen äußerten, gegenüber. Die Kolonialverwaltung suchte die Eingeborenen durch weitgehende Zugeständnisse für eine gemeinsame Verteidigung zu gewinnen. Die Japaner warteten jedoch nicht, bis dieses Kompromiß zustande kam. Sie besetzten den ganzen indonesischen Archipel innerhalb von drei Monaten.

Die niederländische Exilregierung in London zeigte sich dieser Katastrophe gewachsen. Bereits in den dreißiger Jahren hatte der in Java geborene, aber in Holland erzogene Hubertus van Mook eine Vereinigung zur sozialen und politischen Entwicklung Indonesiens gegründet, welche die Umwandlung des niederländischen Kolonialreiches in ein Commonwealth nach dem Vorbild der Arabischen Völkergemeinschaft forderte. 1937 war er gegen viele Widerstände Direktor der Wirtschaftsabteilung der Kolonialverwaltung geworden. Nun entschloß sich die Königin unter seinem Einfluß zu einer Erklärung von weittragender Bedeutung, die am 6. Dezember 1942 bekanntgegeben wurde:

„Ich bin überzeugt und die Geschichte sowohl als auch die Berichte aus dem besetzten Gebiet bestärken mich darin, daß es nach dem Krieg möglich sein wird, das Königreich auf dem festen Grund vollständiger Partnerschaft („complete partnership“) wiederaufzubauen und damit die ganze Vergangenheit zu begleichen.

Ich weiß, daß weder politische Einheit noch nationale Zusammengehörigkeit weiter bestehen können, wenn sie nicht durch das freiwillige Einverständnis und den Glauben der großen Mehrheit der Bürger unterstützt werden. Ich weiß, daß die Niederlande eine Verantwortung für das kräftige Wachstum der überseeischen Gebiete stärker fühlen denn je und daß die Indonesen in der immer engeren Zusammenarbeit die beste Garantie für die Wiederherstellung ihres Friedens und ihrer Zufriedenheit sehen. Die Kriegsjahre haben bewiesen, daß beide Völker den Willen und die Fähigkeit für harmonische und freiwillige Zusammenarbeit besitzen.

Eine politische Einheit, die auf dieser Grundlage aufgebaut ist, bedeutet einen großen Schritt zur Verwirklichung des Ziels, für das die Vereinten Nationen kämpften, das unter anderem in der Atlantik-Charta festgelegt wurde und unsere sofortige Zustimmung findet, weil es mit unseren eigenen Vorstellungen von Freiheit und Gerechtigkeit zusammentrifft, für die wir im Verlauf unserer Geschichte Gut und Blut geopfert haben. Ohne den Empfehlungen der künftigen Konferenz vorzugreifen, sehe ich voraus, daß sie eine Volksgemeinschaft (Commonwealth) zum Ziel haben wird, an der die Niederlande, Indonesien, Surabaja und Curaçao mit vollständiger Selbstverantwortung und Handlungsfreiheit hinsichtlich ihrer inneren Angelegenheiten, aber mit der Bereitschaft zu gegenseitiger Hilfeleistung teilhaben werden.

Ich bin überzeugt, daß diese Verbindung von Unabhängigkeit und Zusammenarbeit dem Königreich und seinen Gliedern die Kraft geben kann, ihre Verantwortung nach innen wie nach außen in vollem Umfang zu tragen. Für Diskriminierung von Rasse und Nationalität bleibt dann kein Raum. Nur die Fähigkeiten des einzelnen Bürgers und die Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen werden dann die Politik der Regierung bestimmen.“

Damit war ein grundsätzlicher Schritt in der Richtung auf eine holländisch-indonesische Partnerschaft getan. Die Durchführbarkeit der neuen Politik konnte sich freilich erst nach der Kapitulation Japans erweisen.



*Die politische Entwicklung nach der Kapitulation Japans*

Die militärischen Beratungen der Konferenz von Potsdam befaßten sich mit dem Einsatz der in Europa freigewordenen Verbände für die Entscheidungsschlacht gegen Japan. Dabei rechnete man nicht unbedingt mit einer raschen Beendigung des Kriegs. Admiral *Mountbatten*, der Oberkommandierende in Südostasien, erhielt Anweisung, mit sieben Divisionen die malaiische Küste anzugreifen, Singapur zu erobern und die Straße von Malaka für die Alliierten zu öffnen. General *MacArthur*, der Oberkommandierende in Ostasien, sollte alle seine Kräfte auf die Invasion Japans konzentrieren und den Befehl über Java, Borneo und Celebes an *Mountbatten* abtreten.

Als Japan kapitulierte, waren diese weitreichenden Umgruppierungen gerade angelaufen. *Mountbatten* sah sich vor die Aufgabe gestellt, über Nacht die Verantwortung für 750 000 kapitulierende Japaner in allen Teilen Südasiens zu übernehmen und möglichst rasch über 400 000 alliierte Kriegsgefangene und Zivilinternierte zu befreien. Die Gesamtkapitulation sollte von *MacArthur* in Tokio entgegengenommen werden. Die Kapitulation der einzelnen Armeen, die seit dem 15. August 1945 zur Übergabe bereitstanden, mußte bis zu seiner Ankunft in Tokio hinausgeschoben werden. Unter diesen Umständen beschloß *Mountbatten*, die in Potsdam geplante „Operation Zipper“ trotz der Kapitulation Japans weiterzuführen und mit den wichtigsten Landungen, wie vorgesehen, am 9. September 1945 zu beginnen.

Bis die riesenhaften amphibischen Operationen gedrosselt und die Befehlsgebung der neuen Lage angepaßt war, vergingen wichtige, unwiederbringliche Wochen. Der holländische Verwaltungstab unter Gouverneur *van Mook* wartete in bitterer Ungeduld auf die Landung in Batavia. Als endlich am 29. September 1945 die ersten britisch-indischen Streitkräfte mit kleinen holländischen Kontingenten in Tandjung, dem Hafen Batavias, an Land gingen, war der günstige Augenblick für die Übernahme der Verwaltung verpaßt.

Die Japaner hatten noch vor der Kapitulation einen indonesischen Ausschuß zur Bildung einer unabhängigen Regierung berufen. An seine Spitze stellten sie *Dr. Soekarno*, den die Holländer 1929 nach Benkulen auf Sumatra verbannt hatten. Die neue Regierung konnte sich zwar bis zur Landung der Alliierten auch nicht überall durchsetzen; allein die Tatsache, daß sie in den kritischen Wochen die einzige Autorität im Lande darstellte, gab ihr beträchtliche Macht. Der Oberkommandierende des Landungskorps setzte sich daher unverzüglich mit *Dr. Soekarno* in Verbindung, der sich jedoch nicht in der Lage sah, die extremistischen Elemente der Nationalbewegung zu zügeln. Die Alliierten besetzten zunächst nur Batavia und Surabaya und beauftragten für die Übergangszeit die japanischen Verbände im Innern des Landes mit der Aufrechterhaltung der Ordnung. Nun brachen Partisanenkämpfe indonesischer Widerstandsgruppen los, die sich ebenso gegen die Alliierten wie gegen die Japaner richteten.

Während die britischen Verbände ihre Positionen auf Java erweiterten, verstärkte sich der Einfluß gemäßigter Elemente auf die indonesische Regierung, die unter *Dr. Soekarno* bisher zielbewußt die vollständige Loslösung vom niederländischen Staatsverband erstrebt hatte. Der achtunddreißigjährige *Dr. Sutan Sjahrir*, der vor den Japanern nach Australien geflüchtet war und sich dort mit dem Status der Dominien in der britischen Völkergemeinschaft vertraut gemacht hatte, wurde am 9. November 1945 zum Ministerpräsidenten ernannt. *Soekarno*, der nach wie vor die völlige Loslösung Indonesiens von Holland verlangte, wurde Präsident der neuen „Republik“. Nach der „Verfassung der Republik Indonesien“, die nach der Kapitulation Japans in aller Eile niedergelegt worden war, standen dem Präsidenten ähnliche Exekutivbefugnisse zu wie etwa dem Präsidenten der Vereinigten Staaten. (In der Erwartung einer amerikanischen Besetzung hatte sich die Nationalbewegung sehr stark auf amerikanische Vorbilder eingestellt.)

Mitte November begann der holländische Gouverneur *van Mook* mit *Sjahrir* zu verhandeln. Der politische Berater *Mountbattens*, *Mr. Denning*, nahm gleichfalls an den Besprechungen teil, die aber bald ohne nennenswertes Ergebnis abgebrochen wurden.

Die Kämpfe auf Java, insbesondere bei Surabaya, griffen weiter um sich. Ein Rundfunksender der Aufständischen verbreitete am 19. November eine Kriegserklärung an Großbritannien und bezichtigte *Soekarno* des Hochverrats. Japanische Verbände schlossen sich den Aufständischen an.

Am 26. November trat der indonesische Nationalrat in Batavia zusammen, um die Regierungserklärung *Sjahrirs* entgegenzunehmen und über die Möglichkeit einer Verständigung mit den Alliierten zu beraten. Für die Unübersichtlichkeit der Lage war es bezeichnend, daß das Hauptquartier der britischen Streitkräfte, die Zivilverwaltung Niederländisch-Indiens (NICA) und der Regierungssitz der Unabhängigkeitsbewegung, die dem Namen nach den größten Teil des Landes beherrschte, in der gleichen Stadt, nur durch wenige Häuserblocks voneinander getrennt, untergebracht waren.

Am 18. Dezember verließ der Gouverneur *van Mook* Batavia und begab sich nach Singapur zu einer Aussprache mit dem Chef des britischen Reichsgeneralstabes, *Lord Alan Brooks*. Anschließend flog er nach Holland, um sich mit seiner Regierung zu beraten. Nach seiner Ankunft in Amsterdam äußerte der Gouverneur, der bereits 1930 mit dem Plan eines indonesischen Commonwealth an die Öffentlichkeit getreten war, die Indonesier seien keine wehrlosen Massen mehr, sondern ein Volk mit ausgeprägtem Nationalgefühl und der Bereitschaft zur Selbstverteidigung. Das beste sei, der Nationalbewegung entgegenzukommen und sich auf die noch nicht anerkannte Regierung *Dr. Sjahrirs* zu stützen, der die Gewaltmethoden der Extremisten ablehne und die aufbauenden Elemente unter den Intellektuellen wie auch breite friedliebende Schichten hinter sich habe.

Am 26. Dezember 1945 fand in Chequers, dem Landsitz des britischen Ministerpräsidenten, eine Aussprache zwischen *Attlee*, dem holländischen Ministerpräsidenten *Schermerhorn*, dem Kolonialminister *Jonkman* und dem Gouverneur *van Mook* statt. Ein am 28. Dezember veröffentlichtes Kommuniqué bemerkte dazu, die britische und die niederländische Regierung seien sich über die in Indonesien zu verfolgende liberale Politik einig. Großbritannien fühle sich verpflichtet, Holland bei der Wiederherstellung der Ordnung zu unterstützen. *Van Mook* erklärte, das Ziel der holländischen Regierung sei es, ihr Kolonialreich in ein Commonwealth umzuwandeln. Dazu würden jedoch 15 bis 20 Jahre benötigt.

Am 7. Januar 1946 wurden in Batavia die Verluste der britischen Streitkräfte bis zum 1. Januar 1946 bekanntgegeben: 206 Tote, 906 Verwundete, 177 Vermißte, darunter 47 britische Offiziere und 39 britische Unteroffiziere und Mannschaften. Die übrigen Verluste fielen auf indische Einheiten. In den ersten Januarwochen griffen die Kämpfe auch auf Sumatra über.

Am 20. Januar 1946 wurde der britische Botschafter in Moskau, *Sir Archibald Clark-Kerr*, zum Sonderbeauftragten für Indonesien ernannt. Ehe er jedoch die Verhandlungen aufnehmen konnte, trat die Auseinandersetzung in eine neue Phase.

Kurz vor Abschluß der ersten Vollversammlung der Vereinten Nationen, die am 10. Januar 1946 in London zusammengetreten war (vgl. Europa-Archiv I/52), befaßte sich der Weltsicherheitsrat mit der Lage in Indonesien.

Der ukrainische Delegierte *Manuilschij* warf am 7. Februar 1946 Großbritannien vor, es gehe in Indonesien mit modernen Waffen gegen unglückliche Eingeborene vor und setze japanische Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ein. Ohne die Rückziehung der britischen Truppen zu verlangen, forderte er die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und die Entsendung einer Untersuchungskommission. Der britische Außenminister *Bevin* entgegnete darauf, die bri-



tischen Verbände seien auf Befehl des Alliierten Oberkommandos zur Entgegennahme der Kapitulation und zur Befreiung der Europäer gelandet. Man habe Japaner eingesetzt, weil die alliierten Verbände nicht stark genug gewesen seien und weil man den Japanern, die letzten Endes für die Unruhen verantwortlich seien, die Verantwortung für die Wiederherstellung der Sicherheit habe auferlegen wollen. Der niederländische Außenminister *van Kleffens* fragte, was wohl ukrainische Truppen unternommen hätten, wenn sie bei der Landung auf Bornholm angegriffen worden wären. Der Weltsicherheitsrat sei für die Verhältnisse in Indonesien nicht zuständig, da es sich um innere Angelegenheiten eines Landes handle.

In einer weiteren Sitzung am 9. Februar verlangte Maunilskij das Selbstbestimmungsrecht für Indonesien. Am 10. Februar unterstrich der stellvertretende sowjetische Außenminister *Wyschinskij* die Ausführungen des ukrainischen Delegierten. Die Operationen in Indonesien stünden im Gegensatz zur Atlantik-Charta, sie würden nicht nur den Weltfrieden gefährden, sondern stellten bereits einen tatsächlichen Kriegszustand dar. Der Vertreter der Vereinigten Staaten, *Stettinius*, wandte sich gegen die vorgeschlagene Intervention des Weltsicherheitsrates. Der chinesische Vertreter *Wellington Koo* drückte seine Sympathie für die indonesischen Forderungen aus und äußerte keine Einwände gegen den ukrainischen Vorschlag. Dagegen widersprach der französische Außenminister *Bidault* dem Antrag auf Entsendung eines Untersuchungsausschusses. In einer weiteren Sitzung am 13. Februar wandte sich Außenminister *Bevin* noch einmal scharf gegen die Behauptung, Großbritannien habe die indonesische Nationalbewegung angegriffen. Der ukrainische Antrag wurde gegen die Stimmen der Sowjet-Union und Polens abgelehnt.

Am 13. März 1946 begannen in Batavia nach verschiedenen Vorbesprechungen die Verhandlungen zwischen van Mook und Sjahrir unter dem Vorsitz von Sir Archibald Clark-Kerr. Es gelang bis Ende März, die Auffassungen so weit aufeinander abzustimmen, daß Anfang April die Reise einer indonesischen Delegation nach Holland möglich wurde und Clark-Kerr — nun Lord *Inverchapel* — in London in günstigem Sinne berichten konnte.

In Java selbst kam es indessen zum offenen Bruch zwischen dem gemäßigten und dem radikalen Flügel der Nationalbewegung. Der Kampf wurde nun nicht mehr zwischen den Briten und Holländern und den „Indonesiern“ ausgefochten, sondern zwischen Gruppen, die für Selbstregierung bei enger Zusammenarbeit mit den Holländern waren, und Gruppen, die jedes Zusammengehen mit dem Westen ablehnten, wobei die letzteren wieder in japanisch inspirierte Vertreter der pan-asiatischen Doktrin und Kommunisten zerfielen. Auch auf Sumatra wurde die Lage undurchsichtiger. Alliierte Truppen kontrollierten Medan, Padang und Palembang, in den anderen Gebieten suchte die indonesische Regierung vergeblich „Sicherheitszonen“ zu errichten und die von Kommunisten beherrschten Gebiete unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die Verhandlungen in Den Haag brachten der indonesischen Regierung nicht die Erfolge, die zur Stärkung ihrer innerpolitischen Stellung notwendig gewesen wären. Holland stand vor Parlamentswahlen, und keine Partei war bereit, die Verantwortung für die Erfüllung der weitgehenden indonesischen Forderungen zu übernehmen. Die Verhandlungen scheiterten, als die indonesischen Vertreter forderten, auch Sumatra in die vorgesehene Regelung für die „Indonesische Republik“ mit einzubeziehen. Ihre militärischen Fortschritte bewogen die Holländer, zusehends ihre Haltung gegenüber Sjahrir zu versteifen, der wiederum immer mehr Boden an die Kommunisten verlor, je weniger Erfolge seine relativ gemäßigte Politik aufzuweisen hatte.

Die fortwährenden Kämpfe und Unruhen hatten empfindliche wirtschaftliche Störungen zur Folge. Das Transportsystem brach vollkommen zusammen. Die Ernteerträge blieben wesentlich hinter den normalen Ergebnissen zurück.

Der Londoner „Economist“ gab darüber auf Grund holländischer Statistiken folgende Zahlen:

	1941	1945
Reis	4 500 000 Tonnen	3 800 000 Tonnen
Sago (Tapioka)	8 500 000 „	5 600 000 „
Mais	2 100 000 „	1 200 000 „
Soja	380 000 „	110 000 „

Die Versuche der Japaner, Indonesien im Sinne ihrer Großraumpläne zu entwickeln, waren nach kurzer Anlaufzeit gescheitert. Nur der negative Teil, die Verminderung der für Europa bestimmten Exportprodukte, war durchgeführt worden. Um so wichtiger war nun eine Zeit der Ruhe, um die Schäden zu beheben und die Neuorientierung der Wirtschaft durchzuführen. Die politischen Spannungen hielten jedoch an. Westlich Batavia kam es zu schweren Ausschreitungen der Extremisten gegen die chinesische Bevölkerung, die der Zusammenarbeit mit den Holländern verdächtigt wurde. Über 600 Chinesen kamen dabei ums Leben. Etwa zur gleichen Zeit wurde Sjahrir selbst verhaftet und entführt, allerdings nach wenigen Tagen wieder freigelassen. Wie es hieß, ging die Aktion von den Führern der kommunistischen *Tan Malakka* und *Soebardjo* aus. Der Präsident Soekarno benutzte die Gelegenheit, um seine eigenen Machtbefugnisse zu erweitern.

Am 16. Juli 1946 trat in Malino (Celebes) eine Konferenz der indonesischen Außengebiete ohne Java und Sumatra zusammen, auf der Borneo und der „Große Osten“ beschlossen, eine eigene Föderation zu bilden, die sich nicht der Indonesischen Republik, sondern nur der holländischen Krone unterordnen sollte.

Eine eindeutige Stellungnahme der holländischen Regierung wurde immer notwendiger. Die Parlamentswahlen hatten jedoch keine klare Mehrheit ergeben. Die Katholische Volkspartei erhielt 31,4 Prozent der Stimmen, die Holländische Labour Party 25,8 Prozent. Während die Rechtsparteien im großen und ganzen ihre Stellung hielten, gewannen die Kommunisten auf Kosten der Labour Party und erhielten 11,5 Prozent der Stimmen. Es dauerte Wochen, ehe sich der linke Flügel der Katholischen Volkspartei gegen die Konservativen durchsetzen konnte und eine Koalitionsregierung mit der Labour Party unter Dr. J. W. Beel, dem Führer der Linkskatholiken, bildete. Dem Kolonialminister *Jonkman* (Labour Party) fiel nun die Aufgabe zu, den toten Punkt in den Verhandlungen mit Indonesien zu überwinden. Zunächst vergingen aber wiederum Wochen, in denen über die Zusammensetzung der „Generalkommission“ für Indonesien verhandelt werden mußte. Schließlich einigte man sich auf den früheren Ministerpräsidenten *Schermerhorn* als Vorsitzenden, *Max van Poll*, einen Katholiken der konservativen Richtung, und den ehemaligen Bürgermeister von Amsterdam, *de Boer*. An Stelle von Lord *Inverchapel* übernahm Lord *Killearn* den Posten des britischen Sonderbeauftragten für Südostasien und damit die Vermittlerrolle in den bevorstehenden Verhandlungen.

#### Das Abkommen von Cheribon

Am 16. November 1946 traf die niederländische Generalkommission zusammen mit dem Generalgouverneur van Mook in Batavia ein. Die indonesische Delegation setzte sich aus dem Ministerpräsidenten *Sutan Sjahrir*, dem Justizminister *Soesanto*, dem Innenminister *Mohamed Roen* und dem Wirtschaftsminister Dr. A. K. Gani zusammen. Am 7. Oktober 1946 begannen die Verhandlungen unter dem Vorsitz des britischen Sonderkommissars in Südostasien, Lord *Killearn*.

Die Besprechung begann mit der Erörterung verschiedener Einzelfragen, durch deren Klärung man zunächst den Raum abstecken wollte, innerhalb dessen eine dauerhafte Form der niederländisch-indischen Beziehungen gefunden werden konnte. Am 8. Oktober trat unter dem Vorsitz Michael *Wrights*, des Stellvertreters Lord *Killearns*, ein Ausschuß für die Beratung der Waffenstillstandsbedingungen zusammen. Die Kommission legte als erstes die Stärke der bewaffneten Streitkräfte beider Parteien und ihre Stellungen



fest. Damit sollte erreicht werden, daß bis zu dem für den 30. November vorgesehenen Abzug der britischen Streitkräfte die niederländischen Truppen nicht über die Höhe der bisherigen britisch-niederländischen Stärke erhöht wurden und auch die indonesischen Streitkräfte in ihrer bisherigen Stärke verblieben.

Nachdem in diesem Punkt am 14. Oktober Einigkeit erzielt worden war, wurde als nächster Schritt die Einstellung der Feindseligkeiten vorbereitet. Dazu wurde die Bildung eines Ausschusses vorgesehen, der alle örtlichen Verstöße gegen das Waffenstillstandsabkommen registrieren sollte. Nach dem 30. November 1946 sollten alle Meinungsverschiedenheiten unter den Mitgliedern der Waffenstillstandskommission dem Oberkommando der britischen Landstreitkräfte in Südostasien vorgelegt werden, dessen Urteil sich die Niederländer wie auch die Indonesen unterwerfen sollten.

Nachdem so bis zum 4. November die technische Voraussetzung für eine allgemeine Entspannung der Lage geschaffen worden war, wandte sich die Konferenz den eigentlichen politischen Problemen zu. Am 7. November trat noch einmal das indonesische Kabinett in Anwesenheit des Präsidenten *Soekarno* zusammen, um die Richtlinien für die Verhandlungen der indonesischen Delegation festzulegen. Die niederländische Regierung gab ihrerseits bekannt, daß sie ihre Einstellung zu Dr. Soekarno geändert habe und nun bereit sei, ebenso mit ihm zu verhandeln wie mit seinem Ministerpräsidenten *Sjahrir*. Die entscheidenden Verhandlungen begannen am 11. November und bereits am 12. konnte bekanntgegeben werden, daß eine Einigung über die Verhandlungsgrundlagen erzielt worden sei. Am 13. versammelten sich die Delegationen zu einer Vollsitzung im Hotel Lord Killearns. Zwischen den Sitzungen führte der britische Sondergesandte Einzelgesprächen mit Vertretern beider Parteien. Nach 16stündigen Verhandlungen waren in 17 Punkten die Grundzüge eines Abkommens festgelegt, das am 15. November unterzeichnet und als Abkommen von Cheribon bekannt wurde.

Der Vertragsentwurf legte den Grundstein zur Gründung der „Vereinigten Staaten von Indonesien“, die zusammen mit dem niederländischen Königreich die Holländisch-Indische Union bilden werden. Die Vereinigten Staaten von Indonesien werden sich aus der Indonesischen Republik, die die Inseln Java, Madura und Sumatra umfaßt, Borneo und dem „Großen Osten“ zusammensetzen.

Die Verfassung des neuen indonesischen Bundesstaates soll durch eine Verfassungsgebende Versammlung ausgearbeitet werden. Den einzelnen Gebieten des ehemaligen Niederländisch-Indien wird durch eine besondere Klausel das Recht zuerkannt, außerhalb der Vereinigten Staaten von Indonesien zu bleiben und ihr Verhältnis zu diesen wie auch zum Königreich der Niederlande durch besondere Abmachungen zu regeln. Die Hauptstadt des neuen Bundesstaats soll später festgelegt werden.

Die Holländisch-Indische Union soll sich mit den auswärtigen Angelegenheiten, der Landesverteidigung und, soweit es sich als notwendig erweist, mit finanzpolitischen, wirtschaftspolitischen und kulturellen Angelegenheiten befassen. An der Spitze der Union steht der König oder die Königin der Niederlande. „Im Namen des Königs“ werden die Organe der Union ihre Entscheidungen treffen und ihre Verfügungen erlassen. Das Statut der Union soll von einer Konferenz ausgearbeitet werden, die von Vertretern des Königreichs der Niederlande und der künftigen Vereinigten Staaten von Indonesien gebildet wird. Es soll dann von den Parlamenten beider Teile angenommen werden. Das Königreich der Niederlande soll bei den Vereinigten Staaten von Indonesien durch einen Hohen Kommissar vertreten sein. Ebenso werden die Vereinigten Staaten von Indonesien einen Hohen Kommissar für Niederländisch-Indien ernennen.

Die Errichtung dieser holländisch-indischen Staatengemeinschaft soll zum 1. Januar 1949 abgeschlossen sein.

Sobald die Union gegründet ist, wird die niederländische Regierung dafür eintreten, daß die Vereinigten Staaten von Indonesien in die Organe der Vereinten Nationen aufgenommen werden.

Damit war der von Königin *Wilhelmine* am 6. Dezember 1942 vorgeschlagene Plan einer Partnerschaft zwischen den Niederlanden und ihren überseeischen Besitzungen nach dem Muster der britischen Völkergemeinschaft Wirklichkeit geworden. Die neue Holländisch-Indische Union folgte dem föderalistischen Prinzip auf zwei verschiedenen Ebenen: einmal durch die Bildung einer indonesischen Föderation der Vereinigten Staaten von Indonesien, zum anderen durch deren Verbindung mit dem Königreich der Niederlande. Die Beziehungen zwischen dem Königreich der Niederlande und seinen westindischen Besitzungen Surinam und Curaçao werden zu gegebener Zeit diesem Rahmen angepaßt werden.

Das Vorbild des Dominienstatus, wie er sich in den Beziehungen Großbritanniens zu den übrigen Gliedern der britischen Völkergemeinschaft herausgebildet hat und 1930 in dem Statut von Westminster festgelegt wurde, ist bei dieser Konstruktion unverkennbar. Die Konzeption eines doppelschichtigen Föderativsystems, wie sie hier unter dem Einfluß der britischen Berater Lord Inverchapel und Lord Killearn entwickelt wurde, entstammte dem Erfahrungsschatz der britischen Weltreichpolitik. Auch Australien war aus einer Föderation britischer Kolonien zum Australischen Commonwealth geworden und hatte sich gleichzeitig dem übergeordneten föderativen Verband der Britischen Völkergemeinschaft eingefügt.

Wie jeder politische Ausgleich konnte auch die Holländisch-Indische Union nur durch Konzessionen beider Parteien zustande kommen. Die Eingliederung einer Republik in den Hoheitsbereich der holländischen Krone, vergleichbar der Teilnahme der Republik Irland an der Britischen Völkergemeinschaft unter der Souveränität des britischen Königshauses, setzte von holländischer Seite die Bereitschaft voraus, mit allen verfassungsrechtlichen Traditionen zu brechen. Von noch größerer materieller Bedeutung war das Einverständnis der Niederlande mit der Eingliederung Sumatras in die Indonesische Republik. An dieser Frage waren, wie bereits berichtet, die Verhandlungen im März 1946 gescheitert, da sich keine niederländische Partei bereit fand, die Verantwortung für diesen Verzicht auf sich zu nehmen.

Die Vertreter Indonesiens verzichteten ihrerseits auf die völlige Unabhängigkeit, indem sie die Oberhoheit der niederländischen Krone anerkannten. Dementsprechend erklärten sie sich einverstanden, die Holländisch-Indische Union auf einem Statut zu gründen unter Verzicht auf die Form des Staatsvertrages, wie sie unter gleichberechtigten souveränen Staatsgebilden üblich ist. Schließlich bedeutete auch die Beschränkung des Gebiets der Indonesischen Republik auf Java, Madura und Sumatra ein Nachgeben gegenüber den niederländischen Wünschen und eine Anerkennung der Selbständigkeitsbestrebungen der übrigen indonesischen Gebiete. Ursprünglich hatten ja die Begründer der Indonesischen Republik beabsichtigt, auch Borneo in ihren Staatsverband einzubeziehen und den „Großen Osten“ in ein engeres Abhängigkeitsverhältnis zu bringen.

Am 26. November 1946 verlautete aus Cheribon, daß das indonesische Kabinett das Abkommen vom 15. November gebilligt habe. Am 5. Dezember 1946 vereinigte sich das niederländische Kabinett zu einer gemeinsamen Sitzung mit der aus Indonesien zurückgekehrten Generalkommission, um über das Abkommen zu beraten. Am 10. Dezember gab das Kabinett in einer Erklärung an die Kammer bekannt, es werde die Vereinbarungen von Cheribon genehmigen. Jan A. *Jonkman*, der niederländische Minister für die überseeischen Besitzungen, teilte der Kammer mit, ein großer Teil des Abkommens müsse erst durch weitere Verhandlungen zwischen der niederländischen Generalkommission und der indonesischen Regierung ausgearbeitet werden. Bis jetzt sei weder über das Zentralorgan der Vereinigten Staaten von



Indonesien noch über dessen Verantwortlichkeit und Befugnisse entschieden worden. „Der holländische Staat,“ fuhr Jonkman fort, „wird eine Niederländisch-Indische Union werden.“ Die Zusammenarbeit auf den Gebieten der Außenpolitik, der Verteidigung, der Finanz, der Wirtschaft und der Kultur durch Organe der Union wird das Ziel sein. Die Königin der Niederlande wird das gekrönte Haupt der Union sein und über ihren Mitgliedern stehen. Gleichzeitig wurde der Kammer ein Memorandum der Generalkommission vorgelegt, in dem es hieß, das Abkommen von Cheribon sei dem Ausbruch allgemeiner Feindseligkeiten zuvor gekommen. Es sei keine Verfassung, sondern eine Zielsetzung.

Am 20. Dezember 1946 fand die Politik der niederländischen Regierung die Billigung des Parlaments mit 65 gegen 30 Stimmen. Am 5. Januar 1947 kehrten die Mitglieder der Generalkommission nach Java zurück, um die Verhandlungen fortzusetzen. Das Alliierte Oberkommando „Süd-Ost“ (South Eastern Command) wurde offiziell am 1. Dezember 1946 aufgelöst.

Trotz des Waffenstillstands vom 30. November 1946, des Befehls zur Einstellung der Feindseligkeiten und des Abzugs der britischen Truppenverbände am 1. Dezember 1946 dauern die bewaffneten Unruhen an.

## Philippinen

### Zeittafel

1521	Magellan entdeckt die Philippinen auf seiner Reise um die Welt.
1565	Die Spanier erobern die Philippinen.
1571	Don Miguel de Legaspo landet mit Militär und Priestern auf Zebu und gründet auf Luzon die Niederlassung Manila. Legaspo herrscht vor allem mit Hilfe der Kirche.
1763	Im Frieden von Paris tritt England die vorübergehend eroberten Philippinen wieder an Spanien ab.
1896	Andres Bonifacio leitet die erste offene Revolte der Philippinen.

### Die Vorgeschichte der Unabhängigkeitsbewegung

Während die Vereinigten Staaten sich im Jahre 1898 teils auf dem Schlachtfelde, teils mit finanziellen Mitteln die Philippinen aneigneten, die bisher unter spanischer Herrschaft gestanden hatten, erklärten sich die Philippinen zu einer unabhängigen Republik. Sie wählten eine Nationalversammlung und entwarfen eine eigene Verfassung. Zwei Tage nach der Proklamation der Verfassung wurde der Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Spanien abgeschlossen; doch mußten die Amerikaner noch drei Jahre in den Philippinen kämpfen, um zu beweisen, daß der spanisch-amerikanische Vertrag stärker war als die philippinische Verfassung. Am 9. April 1901 wurde der Führer der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung, General Emilio Aguinaldo, festgenommen.

Es entsprach nicht der Art der Vereinigten Staaten, Kolonialpolitik in einem Lande zu treiben, das sie gerade von der spanischen Feudalherrschaft befreit hatten. Sie betrachteten daher von vornherein ihre Herrschaft als eine Übergangslösung, während der das philippinische Volk zur Unabhängigkeit erzogen werden sollte. Die *Taft-Kommission*, die von Präsident Mac Kinley 1900 ernannt worden war, um eine Zivilverwaltung auf den Philippinen zu errichten, erhielt entsprechende Anweisung: „Die Regierung wird nicht für unsere Bedürfnisse errichtet oder Ausdruck unserer theoretischen Ansichten sein, sondern für das Glück, den Frieden und den Wohlstand der Bevölkerung der philippinischen Inseln dasein.“

Die Philippinen befanden sich damit in einer wesentlich anderen Position als die übrigen Länder Südostasiens. Ihre Unabhängigkeitsansprüche fanden von Anfang an Freunde und Vorkämpfer in der amerikanischen Öffentlichkeit. Je nach den Parteiströmungen in den Vereinigten Staaten wuchsen und fielen die Hoffnungen auf Unabhängigkeit der Philippinen. Vom Zeitpunkt der Eroberung bis 1912 waren die Republikaner in den Vereinigten Staaten an der Macht. Sie leiteten Reformen im Unterrichtswesen und auf hygienischem Gebiet und den wirtschaftlichen Aufbau des Landes ein. Ihre Politik war zentralistisch. Mit der Wahl Woodrow Wilsons trat 1912 eine Umschwung ein. Francis Burton Harrison, der neue Generalgouverneur, übermittelte eine Botschaft des neuen Präsidenten: „Alle Maßnahmen, die wir ergreifen werden, haben zum Ziele, die endgültige Unabhängigkeit der Philippinen herbeizuführen.“

Die *Jones Bill* von 1916 löste den *Provincial Government Code* von 1901 ab. Neben das philippinische Parlament, das 1907 erstmalig zusammengetreten war, trat nun auch ein philippinischer Senat. Die Hoffnung auf baldige Unabhängigkeit fand ihren Höhepunkt, als Wilson 1917 sein Programm der vierzehn Punkte veröffentlichte.

Mit der Wahl des republikanischen Präsidenten *Harding* wandelte sich die amerikanische Politik neuerdings. Der *Wood-Forbes-Bericht* vom 8. Oktober 1921 bezeichnete die Erklärung der baldigen Unabhängigkeit der Philippinen als eine vorschnelle Maßnahme. Der Gouverneur Harrison wurde durch *Wood* und dann durch den späteren Kriegsminister *Stimson* ersetzt. Präsident *Coolidge* antwortete am 2. Februar 1924 der philippinischen Unabhängigkeitsmission: „Es ist zu bezweifeln, ob auch die größten Anstrengungen, die größte Einmütigkeit unter den Filipinos, der äußerste, sich selbst aufopfernde Patriotismus es diesem Volk ermöglichen werden, auf die Dauer eine unabhängige Stellung in der Welt zu behaupten.“

Mit dem Regierungsantritt der demokratischen Partei rückte die Möglichkeit der baldigen Unabhängigkeit wieder näher. Die Philippinen verstärkten ihre Vertretung in Washington, unter anderem durch Manuel Roxas und Sergio Osmena, wichtige Persönlichkeiten der philippinischen Politik. Aber das vom Kongreß im Januar 1932 angenommene *Hawes-Hare-Cutting-Gesetz* wurde durch Präsident *Hoover*, der noch im Amt war, nicht anerkannt. Als Präsident *Roosevelt* 1932 sein Amt antrat, erklärte er gleich in seiner ersten Kongreßbotschaft: „Unser Land begehrt keine Gebiete, es wünscht kein Volk zu halten, über das es gegen seinen Willen die Herrschaft erlangte.“ Am 24. März 1934 erfolgte die Unterzeichnung des *Tydings-MacDuffie-Gesetzes* durch *Roosevelt*, demzufolge die Unabhängigkeit der Philippinen am 4. Juni 1946 erklärt werden sollte (*Philippine Independence Act*).

Dieses Gesetz übernahm mit geringen Abänderungen die Bestimmungen des 1932 abgelehnten *Hawes-Hare-Cutting-Gesetzes*. Für die Übergangszeit wurde 1935 die verfassungsrechtliche Form des Commonwealth gewählt. Die neue Verfassung, an deren Formung sich auch Manuel Roxas beteiligte, sah einen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und eine Nationalversammlung vor, die auf Grund des allgemeinen Stimmrechts gewählt wurden. Sie verbürgte Religions- und Pressefreiheit und das allgemeine Versammlungsrecht. Auf militärischem Gebiet behielten sich die Vereinigten Staaten auch für die Zeit nach 1946 militärische Stützpunkte vor.

Das *Tydings-MacDuffie-Gesetz* war nach Paul Mac Nutt, einem der letzten Generalgouverneure der Philippinen vor dem Kriege, das Ergebnis eines gefährlichen Kompromisses. Die Vertreter der amerikanischen Wirtschaft, die unter der Konkurrenz der philippinischen Wirtschaft litt, hatten eine Abänderung der philippinischen Wirtschaftspolitik gefordert. Die philippinischen Politiker ihrerseits forderten ungeduldi ihre politische Unabhängigkeit ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen für ihr Land. Das *Tydings-MacDuffie-Gesetz* setzte zollfreie Quoten für die wichtigsten philippinischen Exportwaren fest und befriedigte damit die Forde-



rung der amerikanischen Wirtschaft. Die amerikanischen Politiker hatten aber mit diesem Gesetz ihr Versprechen, die Philippinen auf ihre Unabhängigkeit vorzubereiten, nicht wirklich eingehalten.

Der Versuch des gemeinsamen Vorbereitungsausschusses (Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs) von 1937, die zehnjährige Übergangszeit auf 25 Jahre zu erweitern, blieb ohne weitere Folgen. Er zeigte nur, daß immer noch Strömungen innerhalb Amerikas vorhanden waren, die einer Loslösung der Philippinen entgegenwirkten.

Im Dezember 1941 besetzten die Japaner Manila, die Hauptstadt der Philippinen (vgl. Europa-Archiv I/398). Der im November 1941 wiedergewählte Präsident Manuel Luis Quezon und das neue Parlament kamen nie dazu, ihre Vollmachten auszuüben.

Statt dessen leitete Jorge Vargas, den der nach den Vereinigten Staaten fliehende Quezon zu seinem Vertreter ernannt hatte, bis Oktober 1943 eine Übergangsregierung. Ihm folgte eine von den Japanern protegierte „Gesellschaft der Nationalen Dienste“ (Kalipaba), die als Nationalversammlung zusammentrat und eine zwanzig Mitglieder umfassende Kommission zur Vorbereitung der philippinischen Unabhängigkeit ernannte. Ihr Vorsitzender war José Laurel, früher Senator und Innenminister. José Julo, ehemals Präsident des Obersten Gerichtshofs, zählte zu ihren Mitgliedern. Bald darauf wurde Laurel zum Präsidenten der philippinischen Republik ernannt. Im Januar 1944 stellte er sein erstes Kabinett zusammen. Vargas wurde in der Zwischenzeit zum Bürgermeister von Manila, dann zum Präsidenten der Exekutivkommission der Philippinen und schließlich zum Gesandten für Japan ernannt.

Manuel Roxas verblieb im Lande, obwohl er Finanzminister und später Generaladjutant MacArthurs gewesen war und diesen bei seiner Flucht vor den Japanern tatkräftig unterstützt hatte. Er war in den fünfundzwanzig Jahren vor der japanischen Besetzung nacheinander Gouverneur von Capiz, Präsident des Parlaments unter Sergio Osmena und Mitglied der Nationalversammlung gewesen. Nun bekleidete er die Ämter des Senatspräsidenten und des Vorsitzenden der wirtschaftlichen Plankommission und war Mitglied des Kabinetts Laurel. Er beteiligte sich auch an der Ausarbeitung der von den Japanern inspirierten neuen Verfassung.

Neben dem von den Japanern ausgeschalteten Kabinett Laurel bildete sich eine Exilregierung in Washington, wo Sergio Osmena Nachfolger des verstorbenen Manuel Luis Quezon wurde. Auf Luzon bildete sich als dritter politischer Faktor eine Widerstandsbewegung. Unter dem Namen *Hukbalahap* hatten sich die Bauern mit Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Arbeiterführern 1942 zusammengeschlossen. Sie führten einen Partisanenkrieg gegen die Japaner und gegen die kollaborierenden Großgrundbesitzer.

Diese forderten noch auf Grund von Privilegien aus der Zeit der spanischen Herrschaft bis zu 50 Prozent der Ernte als Pacht. Die unfreien Bauern waren vielfach in Rückstand geraten und schwer verschuldet. Die Hukbalahaps hofften, wenn auch keine Enteignung, so doch eine Herabsetzung der Pacht erreichen zu können. Andere kleinere Gruppen von Partisanen scharten sich um die zurückgebliebenen Gruppen der amerikanischen Armee, die sich in das Innere der Insel zurückgezogen hatten.

Als die Amerikaner unter General MacArthur im Oktober 1944 die Philippinen befreiten, brach der Kampf zwischen diesen verschiedenen Parteien aus, die alle Anspruch auf Beteiligung an der Regierung erhoben.

Die im Lande gebliebenen philippinischen Politiker behaupteten, durch ihre geschickte Politik die Auswirkung der japanischen Herrschaft gemildert zu haben. Präsident Laurel habe zum Beispiel mit seinem Rücktritt gedroht, als die Japaner auf den Philippinen die allgemeine Wehrpflicht

einführen wollten. Sie verzichteten daher keineswegs darauf, weiterhin einen maßgeblichen politischen Einfluß auszuüben.

Osmena wurde von Mac Arthur aus Amerika zurückgerufen. Er traf am 25. Februar 1945 ein, vermochte aber nicht, bei der Bildung seines Kabinetts eine Koalition zu bilden, da der Senat unter der Präsidentschaft Roxas' ihn zwang, zwei Führer der Hukbalahaps, *Confesor* und *Kabili*, auszustoßen.

#### Die Unabhängigkeitserklärung

Im April 1946 wurden neue Wahlen ausgeschrieben. Sowohl Präsident Roosevelt wie auch Präsident Truman hatten sich gegen die „Kollaborationisten“ ausgesprochen. Der Staatsanwalt Walter Hutchinson wurde mit der Beschaffung von Unterlagen für einen Kriegsverbrecherprozeß beauftragt, der jedoch wegen der Undurchsichtigkeit der Lage nicht stattfand. So wurde Manuel Roxas, gestützt durch General MacArthur und Mac Nutt, als Gegenkandidat zu Osmena aufgestellt. Roxas, der jüngere und energischere, galt einerseits als Vertreter liberaler Auffassungen, andererseits als Freund der Zuckerproduzenten und Großgrundbesitzer. Er siegte über den ritterlichen, zu sehr der Tradition des politischen Konservatismus und den Regierungsgewohnheiten aus der Zeit der Abhängigkeit verpflichteten Osmena mit 958 294 gegen 822 836 Stimmen. Auch Roxas' Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Elpidio Quirino, wurde gewählt. Am 28. Mai 1946 trat Roxas sein Amt als dritter philippinischer Präsident an.

Wenige Monate darauf wurde am 4. Juni 1946 durch Präsident Truman die Unabhängigkeit der Philippinen auf Grund der Zusage von 1934 erklärt (vgl. Europa-Archiv I/416).

Die wirtschaftlichen Probleme blieben jedoch ungelöst. Die philippinische Wirtschaft war fast ganz auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten ausgerichtet, die 1939 etwa 75 Prozent der philippinischen Ausfuhr im Werte von etwa 92 Millionen Dollar aufnahmen. Von den drei Hauptprodukten Zucker, Kokosnuß und Abaca (Manilahanf) wurden 99, beziehungsweise 79, beziehungsweise 31 Prozent nach den Vereinigten Staaten ausgeführt (1939). Insgesamt schätzte man die amerikanischen Investitionen auf 258 Millionen Dollar.

Während der Übergangszeit war versäumt worden, die philippinische Wirtschaft auch auf die Bedürfnisse anderer Absatzmärkte einzustellen, obwohl das von warnenden Stimmen in den Vereinigten Staaten und in den Philippinen verlangt worden war. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen der völligen Unabhängigkeit rückten nun zum erstenmal in greifbare Nähe. Es erwies sich nun, daß die wirtschaftlichen Bindungen auch die politische Unabhängigkeitserklärung überdauern würden. Das Problem der Abhängigkeit vom Ausland wurde damit nur auf eine andere Ebene verlagert.

Am 30. April 1946 erließen die Vereinigten Staaten das *Bell-Tyding-Gesetz* nach dem Vorbild des Sonderhandelsvertrages, der 1934 mit Kuba abgeschlossen worden war. Die darin vorgesehene wirtschaftliche Unterstützung der Philippinen trägt freilich den Vereinigten Staaten von vielen Seiten den Vorwurf ein, daß sie ihre politischen Handlungen durch wirtschaftliche Maßnahmen wieder rückgängig machen. Das Gesetz sieht die Festsetzung von Einfuhrquoten, vor allem für Zucker, Reis, Kokosöl, Hanf, Zigarren, Einlagetabak, Perlmutter und Schrott vor, die denjenigen Produzenten zugutegeleitet werden sollen, die schon 1940 in diesen Branchen tätig waren. Der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nach den Philippinen sind keine Grenzen gesetzt. Beide Länder verzichten auf diskriminierende Besteuerung. Amerikanische Staatsangehörige erhalten Schutz gegen handelspolitische und geschäftliche Benachteiligung. Bis 1954 soll der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern zollfrei sein. Von 1954 bis 1974 soll ein Zolltarif entwickelt werden, der auf dem amerikanischen Markt die philippinische Konkurrenz vermindert und die Philippinen anregt, sich Produktionen zuzuwenden, die neue Absatzmärkte finden.



Die Bestimmungen der *Trade Act* wurden seitens der beteiligten Staaten und auch im Ausland scharf kritisiert. Die Verteilung der Quoten nach dem Stand von 1940, so hieß es, schütze die damals vorhandenen Interessen, benachteilige aber die neu hinzukommenden Unternehmer. Die geschäftliche und handelspolitische Gleichstellung aber begünstige in Wahrheit nur die Amerikaner.

### Die Nachkriegsprobleme der Philippinen

Die wirtschaftlichen Kriegsschäden der Philippinen wurden durch Osmena auf 70 Prozent des Bergbaues, 60 Prozent des Transportwesens, 6 Prozent der Zuckerindustrie und 5 Prozent der Kokosölproduktion geschätzt. Gleichzeitig mit dem Bell-Tyding-Gesetz (*Trade Act*) erließ daher der Kongreß der Vereinigten Staaten ein Rehabilitierungsgesetz, das den Wiederaufbau der Philippinen durch Anleihen in Höhe von 620 Millionen Dollar und die Kompensation von Kriegsverlusten aus überschüssigem Heeresgut vorsieht.

Übersichtskarte der Philippinen



Dieses Gesetz wurde noch durch ein Kriegsentschädigungsgesetz (*War Damage Act*) ergänzt. Danach soll eine amerikanische Kommission die privaten Forderungen der Kriegsgeschädigten prüfen, für deren Deckung 400 Millionen Dollar vorgesehen sind. Weitere 120 Millionen Dollar sind für öffentliche Bauten und 100 Millionen Dollar für die Bereitstellung überschüssigen Heeresgutes in Aussicht genommen. Die Durchführung dieser Gesetze wurde jedoch von der Annahme der *Trade Act* durch das philippinische Parlament abhängig gemacht. Artikel IV des Rehabilitierungsgesetzes besagt: „Zahlungen, die unter Artikel I vorgesehen sind und den Betrag von 500 Dollar überschreiten, dürfen nicht gemacht werden, ehe zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Regierung der Philippinen ein

Durchführungsabkommen zustande gekommen ist und entsprechende Bedingungen, die für die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern vorgesehen sind, in Kraft treten.“

Die Vorteile des Rehabilitierungsgesetzes und des Kriegsschädengesetzes waren also aufs engste mit der Annahme der *Trade Act* und dadurch mit der Fortdauer des wirtschaftlichen Einflusses der Vereinigten Staaten verbunden.

Bei Inkrafttreten der Unabhängigkeitserklärung blieben auch die militärischen Klauseln des Tydings-MacDuffie-Gesetzes von 1934 in Kraft und beschränken nun die Bewegungsfreiheit der Philippinen. Die Besatzung ist zwar bereits im Sommer 1946 auf 69 000 Mann vermindert worden, die hauptsächlich zur Bewachung der großen Vorratslager der amerikanischen Streitkräfte verwendet werden. In der Umgebung der Haupt- und Hafenstadt Manila wurden jedoch auch militärische Stützpunkte aufrecht erhalten. Die starke Inanspruchnahme des Hafens durch die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten führte außerdem zu beachtlichen Verzögerungen des Schiffsverkehrs.

Die philippinische Regierung war sich darüber klar, daß sie diese militärischen und wirtschaftlichen Beschränkungen ihrer Unabhängigkeit in Kauf nehmen müsse. Um so unnachgiebiger zeigte sie sich gegenüber ihren inneren Feinden. Der Kampf zwischen den Hukbalahaps, die sich im Gegensatz zu den übrigen Partisanen auf die Seite Osmenas gestellt hatten, und dem Großgrundbesitz, damit der Partei Roxas, dauerte auch nach den Wahlen fort. Ende Mai 1946 wurde berichtet, daß die 75 000 Mann starke „Huk“-Partei mit etwa 12 000 bewaffneten Partisanen Zentral-Luzon terrorisiere, Beiträge von steuerähnlichem Charakter einziehe, den Beitritt zur sozialistischen oder kommunistischen Partei erzwingen, alle Regierungsgebäude besetzt halte und den Markt beherrsche.

Roxas versuchte bei Regierungsantritt, mit philippinischen Truppen, Polizeiverbänden und scharfen Verboten gegen die Huks vorzugehen. Gleichzeitig versprach er ihnen landwirtschaftliche Reformen zur Beseitigung der alten Mißstände. Noch im Juni 1946 schätzten amerikanische Berichte die Zahl der unerlaubt zurückbehaltenen Waffen auf 300 000. Im Juli wurden davon etwa 11 000 abgeliefert. Im Oktober 1946 wurde berichtet, daß die Huks nur noch als Veteranenvereinigung fortbestehen. Als solche üben sie jedoch scharfe Kritik an Roxas, der weder die Pachten gesenkt noch andere Landreformen durchgeführt habe und sich damit begnüge, dem Kongreß zu empfehlen, diese Fragen zu behandeln.

Um sich die notwendige Stimmenmehrheit im Parlament zu sichern, erklärte Roxas, die Wahlen in den vier von den „Huks“ beherrschten Provinzen seien nicht ordnungsgemäß abgelaufen, und schloß ohne weitere Untersuchung zehn Vertreter der „Huks“ vom Parlament aus, darunter Louis Taruc, ihren Führer. Dieses eigenmächtige Vorgehen und die Tatsache, daß Roxas sich vorwiegend mit vermögenden Beratern spanischer Herkunft umgab, trugen ihm den Vorwurf ein, er strebe nach dem Muster *Franco* in Spanien eine faschistische Diktatur an. Auch die amerikanische Presse griff diesen Vorwurf auf und benutzte ihn verschiedentlich zu Angriffen gegen die Politik General MacArthurs.

Trotz dieser Auseinandersetzungen erscheint die Position der Philippinen seit ihrer Unabhängigkeitserklärung in großen Zügen festgelegt und nicht durch die inneren Gefahren bedroht, die die übrigen Gebiete Südostasiens auf ihrem Weg zur Unabhängigkeit noch zu meistern haben.



## Die Lage in China

Als am 26. Juni 1945 die Delegierten von 51 Nationen in San Franzisko die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnen wollten, ließ man China, dem Lande, das als erstes in den Strom der kriegerischen Verwicklungen hineingerissen worden war, die Ehre, als erstes Land die Charta der Vereinten Nationen zu unterzeichnen. Diese freundliche Geste, in der sich auch die Hochachtung der Welt vor der jahrtausendealten chinesischen Kultur ausdrückte, konnte jedoch niemand darüber hinwegtäuschen, daß das Land noch weit davon entfernt war, als freies und wahrhaft selbständiges Mitglied in die Gemeinschaft der Nationen eintreten zu können und die Rolle, die ihm unter den Großmächten offengehalten wurde, zu erfüllen. Zwar verzichteten Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einem Abkommen vom 10. Oktober 1942, das am 11. Januar 1943 ratifiziert wurde, auf die Ausübung ihrer exterritorialen Rechte und ihrer eigenen Gerichtsbarkeit in China. Am 28. Februar 1946 folgte Frankreich diesem Beispiel, und gegen Ende des gleichen Jahres wurden, auch mit Portugal Verhandlungen aufgenommen, um die letzten äußeren Spuren der Sonderstellung der Kolonialmächte in China auszulöschen. Wenn so auch die äußeren Zeichen der Abhängigkeit verschwanden, so blieb doch der Einfluß fremder Mächte, der neuen Weltlage entsprechend, in neuen Formen mit neuen Zielen bestehen. Es blieben aber auch die inneren Gegensätze und Kämpfe, die das Land seit der Revolution von 1912 nahezu unausgesetzt heimsuchten.

Das Ineinandergreifen ausländischer Einflüsse und interner Verwicklungen, die immer wieder zum offenen Bürgerkrieg ausarten, macht China zu einem der gefährdetsten Gebiete der an Spannungen so reichen Nachkriegswelt.

## Zeittafel

- |  |   |
|--|---|
| <p>26. 8. 1842 Friede von Nanking und Ende des Opiumkrieges. Die Städte Schanghai, Ningpo, Futschou und Amoy werden allen Fremden zur Gründung von Niederlassungen und für den Handel geöffnet. Großbritannien erhält Hongkong und 27 Millionen Dollar Entschädigung.</p> <p>1844 Erster Vertrag Chinas mit den Vereinigten Staaten.</p> <p>1856/1860 Krieg mit Großbritannien. Niederlage Chinas. Peking wird besetzt.</p> <p>1860 Chinesische Reformversuche unter Tschang-Tschitung (Hanlin-Bewegung).</p> <p>1864 Vertrag mit Spanien.</p> <p>1866 Staatsvertrag mit Italien.</p> <p>12. 11. 1866 Sun-Jatsen in einem Dorf bei Kanton geboren.</p> <p>1878 9 Millionen Chinesen sterben den Hungertod.</p> <p>1884/1885 Der Kaiserhof flieht aus Peking.</p> <p>1888 Gründung der liberalen Reformpartei Kang-Juwei, die eine konstitutionelle Monarchie anstrebt.</p> <p>25. 7. 1894/1895 Chinesisch-japanischer Krieg.</p> <p>17. 4. 1895 Friede von Schimonoseki: Japan erhält Formosa und die Pescadores-Inseln und etwa 750 Millionen Mark Kriegsentschädigung, die zum Teil durch russisch-französische und zum Teil durch englisch-deutsche Anleihen gedeckt wird. Staatsvertrag mit Japan. Frankreich, Rußland und Deutschland intervenieren zu Gunsten Chinas.</p> <p>1895 Sun-Jatsen zettelt einen ergebnislosen Aufstand in Kanton an. Gründung der Gesellschaft zur Erneuerung der Provinzialregierung.</p> <p>1895/1907 Sun-Jatsen in Japan.</p> <p>1896 Abkommen mit Frankreich. Die Provinzen Hainan, Jünnan, Kwangsi und Kwantung werden französische Interessensphäre. Geheimvertrag zwischen China und Rußland (vgl. Europa-Archiv I/411).</p> <p>1897/1899 Weitere Konzessionen an Frankreich.</p> <p>6. 3. 1898 Tsingtau und die Kiautschoubucht werden für 99 Jahre an Deutschland verpachtet. Die Eisenbahnen und Kohlenbergwerke werden deutschen Interessen vorbehalten. Rußland folgt dem Beispiel Deutschlands; es pachtet die Halbinsel Kwantung und sichert sich die Vorhand auf der Südmandschurischen Eisenbahn. Großbritannien behält sich das Jangtse-Tal als Interessensphäre vor und verlängert die Pacht von Kaulung auf der gegenüberliegenden Küste von Hongkong. Für die Zeit der britischen Handelsvorherrschaft darf Großbritannien den Generalinspektor für den Seezoll ernennen.</p> <p>1898 Großbritannien und Deutschland grenzen ihre Interessensphären ab. Ein Staatsstreich der Kaiserin-Witwe Tse-si setzt den Reformbewegungen ein vorläufiges Ende. Versuch, die innenpolitischen Unruhen auf das außenpolitische Feld abzulenken. Herausgabe der drei Grundsätze Sun-Jatsen's: Volkswohlfahrt, Volkssouveränität, Volksnationalismus.</p> | <p>6. 9. 1899 Die Note des amerikanischen Außenministers John Hay fordert die „Offene Tür“ in China (open door doctrine): gleiche Handelsmöglichkeiten für alle in China. Damit wird dem Versuch, China in eine Kolonie zu verwandeln, ein Ende gesetzt.</p> <p>Juni 1900 Boxeraufstand. Der Kaiserhof flieht nach Tsinanfu. Eine internationale Militärexpedition schlägt den gegen die Ausländer gerichteten Aufstand nieder.</p> <p>1901 Boxerprotokoll. China muß 450 Millionen Taels als Entschädigung zahlen. Eine Salzsteuer und erhöhter Seezoll dienen zur Deckung. Ausländisches Militär darf in der Hauptstadt und auf der Strecke Tientsin-Peking gehalten werden. Die Waffeneinfuhr wird für zwei Jahre verboten, die Mandschu-Herrschaft mit ausländischer Hilfe wiederhergestellt. Modernisierung des Verwaltungssystems unter Juan-Schikai und Tschang-Tschihiting.</p> <p>1904 Die Schrift Sun-Jatsen's: „Die wahre Lösung der chinesischen Frage“ erscheint.</p> <p>1905 Gründung der Revolutionsliga Tung-Menhui unter Sun-Jatsen mit dem Sitz in Kanton. Die Regierung in Peking verspricht eine Verfassung.</p> <p>1906 Tschiang-Kai-Schek schließt sich Sun-Jatsen an.</p> <p>Januar 1908 Erste Schritte zur Bildung einer konstitutionellen Monarchie. Britisch-deutsch-chinesischer Vertrag über den Bau der Bahn Tientsin—Pukau—Nanking.</p> <p>1908 Kaiser und Kaiserin-Witwe sterben. Juan-Schikai wird entlassen.</p> <p>1911 Die Bevölkerung ist seit 1885 um 53 Millionen auf 430 Millionen angewachsen. Große Hungersnot. Eine Währungsanleihe von 10 Millionen Dollar wird im Ausland zur Behebung der schlechten Finanzlage aufgenommen.</p> <p>10. 10. 1911 Oktober-Revolution. Die Mandschu-Dynastie wird gestürzt.</p> <p>1. 1. 1912 Die Chinesische Republik ausgerufen. Juan-Schikai kehrt zurück und wird zum ersten provisorischen Präsidenten der Chinesischen Republik ernannt.</p> <p>12. 8. 1912 Gründung der Kuomintang (chinesische nationale Volkspartei), die die Tung-Menhui aufnimmt.</p> <p>1912 Die Nankinger provisorische Verfassung sieht die parlamentarische Kontrolle der Regierung vor.</p> <p>1913 Erste Schulreform.</p> <p>November 1913 Auflösung der Kuomintang und damit des Parlaments durch Juan-Schikai.</p> <p>15. 11. 1913 Chinesisch-russischer Vertrag erkennt die Autonomie der Äußeren Mongolei an.</p> <p>1914 Autonomie von Tibet wird durch China anerkannt. Das Abkommen wurde aber nie ratifiziert.</p> <p>18. 3. 1914 Juan-Schikai beruft einen Verfassungsgebenden Rat ein. Die zweite provisorische Verfassung in China sieht eine Diktatur mit beratenden Körperschaften vor. Juan-Schikai versucht, den Thron zu besteigen; die ihm feindlich gesinnten Revolutionäre des Südens widersetzen sich dem und fordern seine Absetzung. Juan-Schikai stirbt darüber am 6. Juli 1916.</p> <p>1915 In 21 Punkten fordern die Japaner die Aufsicht über</p> |
|--|---|



alle wichtigen Regierungsstellen der chinesischen Regierung.

1916 Nach dem Tode Juan-Schikai's wird die Nankinger provisorische Verfassung wieder in Kraft gesetzt. Präsident wird Li-Juanhung, Premierminister Juan-Tschijui. Die Partei Juan-Tschijui's (Anfu Clique) rivalisiert mit der Partei Feng-Kuotschang.

14. 8. 1917 China erklärt Deutschland den Krieg.

1918/1920 Die Partei von Juan-Tschijui siegt über die Gegenpartei und regiert in Peking.

1919 China versucht vergebens in Versailles, die Abmachungen mit Japan von 1915 rückgängig zu machen.

1920 Juan-Tschijui wird durch Tsao-Kun, den Nachfolger von Feng-Kuotschang, und Tschang-Tsolin vertrieben.

1920/1922 Kampf zwischen den Parteien Tschang-Tsolin's und Tsao-Kun's.

20. 5. 1921 Abkommen zwischen Deutschland und China: Deutschland unterstellt seine Staatsangehörigen der chinesischen Gerichtsbarkeit und Zollhoheit und verzichtet auf alle Privilegien aus der Vorkriegszeit.

1921 Zweimächte-Abkommen zwischen China und Japan: Rückgabe Schantung an Japan. Abmachung in Washington, die ausländischen Postämter in China aufzulösen.

6. 2. 1922 Neunmächte-Vertrag über China in Washington. Offene-Tür-Politik gegenüber China.

1922 Tschang-Tsolin wird von Wu-Peifu und Feng-Juhsiang, die früher Tsao-Kun unterstanden, vertrieben.

1922/1924 Wu-Peifu regiert in Peking, doch seine Macht reicht nicht über die Mauern der Stadt hinaus.

1923 Gemeinsame Erklärung des Sowjet-Botschafters Joffe und Sun-Jatsen's. Die Sowjet-Union versichert Sun-Jatsen ihrer Unterstützung, um die Einigkeit und Unabhängigkeit Chinas herbeizuführen, und verzichtet auf jeden Versuch sowjetischer Einflußnahme. Sun-Jatsen baut die Kuomintang mit Hilfe des sowjetischen Beraters Borodin in Kanton neu auf.

1924 Wu-Peifu wird von Feng-Juhsiang aus Peking vertrieben, Feng-Juhsiang, Tschang-Tsolin und Juan-Tschijui bilden eine neue Regierung in Peking.

1924 Verzicht der Sowjet-Union auf alle Vorrechte in China einschließlich der Mandschurei.

28. 1. 1924 Erster Parteikongreß der Kuomintang. Das Parteimanifest wird angenommen und der Nationalkongreß zum Organ der Parteipolitik ernannt. Zwischen den Sitzungen vertreten das zentrale Exekutivkomitee und das Aufsichtskomitee den Parteikongreß. Gründung der Whampoa-Akademie in Kanton, die die Basis für die Nationalarmee bildet.

2. 4. 1924 Schrift Sun-Jatsen's: „Fundamente des nationalen Wiederaufbaus“ erscheint.

12. 3. 1925 Sun-Jatsen stirbt. Tschiang-Kai-Schek tritt das Erbe Sun-Jatsen's an.

1926 Handstreich von Tschiang-Kai-Schek in Kanton. Erster Bruch mit den Kommunisten und damit mit den Russen. Um die Zersplitterung der Kuomintang zu verhindern und den Kampf gegen den Imperialismus erfolgreich durchzuführen, wird ein Feldzug gegen die nördlichen Militärgouverneure beschlossen. In dem rasch eroberten Hankou schlägt der linke Flügel des zentralen Exekutivkomitees seinen Sitz auf.

1927 Sommer Tschiang-Kai-Schek ernennt Nanking zum Sitz des rechten Flügels des zentralen Exekutivkomitees. General Feng-Juhsiang, der die nordwestlichen Provinzen beherrscht, und General Jen-Schisan, Gouverneur von Schansi, schließen sich der Antikomintern-Regierung in Nanking an. Somit entziehen sich nürmehr Nordchina (Nganhwei, Petschili und Schantung) und die Mandschurei dem Herrschaftsbereich Tschiang-Kai-Scheks.

1928 Frühjahr Tschiang-Kai-Schek vertreibt Tschang-Tsolin in einem Feldzug gegen den Norden aus seinen Provinzen. — Nanking wird zur Hauptstadt bestimmt.

1. 9. 1928 Das neue Strafgesetzbuch und die neue Strafprozeßordnung treten in Kraft.

4. 10. 1928 Das Organisationsgesetz der Nationalregierung wird herausgegeben und damit die erste Phase der Revolution, die militärische Eroberung, durch die zweite Phase, die politische Vormundschaft, abgelöst. Das höchste Organ der Regierung bildet der Staatsrat, ihm

unterstehen die von Sun-Jatsen geforderten fünf Regierungsgewalten: Verwaltungshof, Gesetzgebungshof, Justizhof, Prüfungshof und der Zentrale Politische Rat; der letztere, gebildet aus Mitgliedern des Zentralen Exekutivkomitees und des Zentralen Staatsrats, schafft die persönliche Verbindung zwischen der Partei und der Regierung.

25. 10. 1928 Gesetz zur Bildung einer provisorischen Regierung.

1. 2. 1929 Ein neues Zollgesetz tritt in Kraft, nachdem in Einzelverhandlungen die chinesische Zollautonomie anerkannt worden ist.

1929/1933 Kampf Tschiang-Kai-Schek's mit Hilfe Tschang-Hsue-liang's, des Sohnes Tschang-Tsolin's, gegen die nördlichen Generale Feng-Juhsiang und Jen-Schisan, gegen die südlichen Kwangsi- und Kwangtung-Generale und die wachsende kommunistische Macht in Südchina. Japan wird daneben als der geringere Feind betrachtet.

30. 4. 1930 Rückgabe des gepachteten Gebietes Weihaiwei durch Großbritannien an China.

12. 5. 1931 Das Organisationsgesetz wird durch die provisorische Verfassung ersetzt, die die Position des Vorsitzenden des Staatsrates stärkt. Ende der politischen Vormundschaft für 1935 vorgesehen.

18. 9. 1931 Beginn des japanischen Feldzugs in der Mandschurei.

1. 1. 1932 Alle Versuche, die chinesische Gerichtsbarkeit auf Ausländer auszudehnen, scheitern; es werden Fortschritte in der Aufhebung der Exterritorialitätsrechte gemacht.

27. 1. 1932 Landung der japanischen Marine in Schanghai, Kampf mit chinesischen Truppen. Im Waffenstillstandsabkommen wird das Gebiet um Schanghai zur entmilitarisierten Zone erklärt.

3. 3. 1933 Eroberung von Schekol durch die Japaner.

25. 5. 1933 Schantung-Zwischenfall: im Tangku-Waffenstillstandsabkommen mit Japan wird die Peiping-Tientsin-Zone seitens der Chinesen entmilitarisiert.

1933 Die Herrschaft der Kommunisten erstreckt sich über die Provinzen Kiangsi und Fukien und über Teile von Hupeh Kwangtung, Hunan, Nganhwei. In diesem Gebiet führen die Kommunisten mit Erfolg landwirtschaftliche und andere Reformen durch. In Kwangtung und Kwangsi herrscht der linke Flügel der Kuomintang und erhebt den Anspruch, der alleinige Vollstrecker des Testaments Sun-Jatsen's zu sein. Die Verbindungen mit Nanking sind nicht ganz abgebrochen. In Nanking führt der Finanzminister T. V. Sung eine erfolgreiche Finanzpolitik. Auch außenpolitische Erfolge und Fortschritte im Aufbau des Verkehrswesens sind zu verzeichnen.

5. 4. 1934 General von Seeckt wird als militärischer Berater nach Nanking berufen.

1934 Nach vielen erfolglosen Feldzügen zwingt Tschiang-Kai-Schek die Kommunisten, das südliche Zentrum Chinas zu räumen. Es gelingt den Kommunisten jedoch ein Durchbruch in den Nordwesten, wo sie die Grenzgebiete der Provinzen Kweitschou, Szetschwan und Honan neu besetzen und sich auf die schon bestehenden kommunistischen Zentren in Schensi und Kansu zurückziehen. Damit geraten die Kommunisten in die Nähe der Sowjet-Union und der japanisch besetzten Gebiete.

Die chinesische Luftwaffe wird mit Hilfe von Amerikanern, Deutschen und Italienern aufgebaut. Der Völkerbund nimmt den Bericht über die Unterstützung Chinas in seinem Aufbau an.

4. 11. 1935 China geht von der Silberwährung ab.

1935 In Ost-Hopei und in Tschakhar werden je eine autonome Regierung unter japanischem Einfluß gebildet. Die führenden Kommunisten schlagen eine neue Politik eines Bündnisses mit der Kuomintang zur Bildung einer demokratischen Einheitsfront gegen Japan vor.

1936 Frieden zwischen dem linken Flügel der Kuomintang in Süchina und dem rechten Flügel in Nanking. Zwischen den Nordchinesischen Provinzen und der Mandschurei wird eine Zoll- und Währungseinheit geschaffen.

12. 12. 1936 Tschiang-Kai-Schek wird in Sian von seinen Untergebenen wegen seiner unnachgiebigen Politik gegenüber den Kommunisten und seiner nachgiebigen Poli-



7. 7. 1937 Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke in Peking löst den Krieg zwischen Japan und China aus.
- November 1937 Die Konferenz in Brüssel zur Beilegung des Krieges im Osten verläuft ergebnislos.
15. 12. 1937 Die erste Phase des chinesisch-japanischen Krieges wird mit der Übergabe Nankings an die Japaner beendet. Eine provisorische Regierung der chinesischen Republik wird von den Japanern in Peiping errichtet.
- Januar 1938 Die in Kiangsi und Fukien verbliebenen Kommunisten werden als Vierte Armee in den Kampf gegen Japan eingegliedert.
28. 3. 1938 Die neue „Reformierte Regierung der Chinesischen Republik“ wird in Nanking von den Japanern errichtet.
7. 2. 1938 Gründung der von den Japanern geförderten All-chinesischen Moslem-Liga in Peking.
- April 1938 Erster und einziger großer Sieg der Chinesen in der Schlacht von Taiertschuang.
26. 10. 1938 Die zweite Phase des chinesisch-japanischen Krieges wird durch die Eroberung von Hankou und Kanton beendet. Das „Freie China“ westlich der Linie Peking—Hankou—Kanton kann nur noch über die Sowjet-Union mit Karawanen und Lastautos, über Indochina mit der Jünnan-Eisenbahn und über Burma mit Lastautos beliefert werden.
15. 12. 1938 Die Vereinigten Staaten gewähren China über die Export-Import-Bank eine 15-Millionen-Dollar-Anleihe.

- 1938 Großbritannien gibt eine Anleihe von 450 000 Pfund, während die Sowjet-Union Material liefert und nur geringe Sicherungen dafür verlangt.  
Die ersten Partisanen werden im japanischen Hinterland eingesetzt.
- Mai 1939 Erster Luftangriff auf Tschungking.
30. 3. 1940 Die von den Japanern unterstützte Regierung Wang-Tschingwei tritt in Nanking ihr Amt an.
- 1940 Die Japaner sperren die Zufahrtstraße von Indochina nach Tschungking.
- 1941 Die Spannungen zwischen den Kommunisten und der Kuomintang verschärfen sich aufs neue.
1. 12. 1941 China erklärt den Krieg an Deutschland und Italien.
9. 12. 1941 Japan besetzt die ausländischen Konzessionen in China.
- 1942 8 Millionen Partisanen halten drei Fünftel des von den Japanern besetzten Gebietes ohne Unterstützung der Tschungking-Regierung.
29. 4. 1942 Die Burma-Straße wird von den Japanern durch die Eroberung Lhasos gesperrt.
10. 10. 1942 Die amerikanische und die britische Regierung verzichten auf alle extraterritorialen Gebietsrechte in China.
1. 8. 1943 China übernimmt die Verwaltung der Jünnan-Eisenbahn von den Franzosen.
19. 10. 1943 China nimmt an der Konferenz in Moskau teil.
20. 11. 1943 In der Kairo-Konferenz beschließen Roosevelt, Churchill und Tschiang-Kai-Schek, den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation Japans zu führen.

### China und die Weltmächte

Die Sowjet-Union, die seit den dreißiger Jahren in gutem Einvernehmen zur chinesischen Zentralregierung in Nanking stand, hatte sich im Krieg gegen Japan als ein besonders hilfsbereiter Bundesgenosse erwiesen. Der chinesisch-russische Vertrag vom 14. August 1945 (siehe Dokumenten-anhang Seite 411) bestätigte diese Freundschaft und wirkte durch die maßvolle Haltung der Sowjet-Union überraschend auf die übrige Welt. Der Vertrag stärkte die Stellung der Regierung Tschiang-Kai-Scheks gegenüber ihren inneren Widersachern, insbesondere den chinesischen Kommunisten, festigte aber auch die Stellung der Sowjet-Union in den chinesischen Grenzgebieten Sinkiang, Mongolei und Mandschurei, in denen sie noch über die Einflusssphären aus der Zeit vor dem russisch-japanischen Krieg von 1904/1905 hinaus ihren bestimmenden Einfluß geltend machen konnte (vgl. „Die Verhältnisse in der Mandschurei“, Europa-Archiv I/391 ff.).

Von den beiden angelsächsischen Weltmächten traten im Verlauf des zweiten Weltkriegs nur die Vereinigten Staaten durch eine aktive Politik in China in Erscheinung. Da Großbritannien infolge seiner eigenen militärischen Beanspruchung keine wesentliche materielle Hilfe leisten konnte und auch strategisch nur durch seine Bemühungen um die Offenhaltung der Burma-Straße eine für China zwar bedeutungsvolle, aber doch nicht entscheidende Rolle spielen konnte, fiel den Vereinigten Staaten die Hauptaufgabe bei der Unterstützung Chinas im Kampf gegen Japan zu. Amerikanisches Kriegsmaterial, amerikanische Arzneimittel und amerikanische militärische Berater, unter denen die Generale Wedemeyer, Chenault und Stillwell besonders zu nennen sind, spielten eine wesentliche Rolle bei der Aufrechterhaltung des chinesischen Widerstandes.

Mit der Kapitulation Japans war der Hauptzweck der Anwesenheit amerikanischer Verbände und der direkten materiellen Unterstützung der Zentralregierung erfüllt. Die gewaltigen Veränderungen, die im ganzen ostasiatischen Raum durch den Zusammenbruch des japanischen Reiches eintraten, ließen jedoch eine schnelle Lösung der engen Verflechtung amerikanischer und chinesischer Interessen nicht zu. Amerikanische Flugzeuge, Schiffe und sonstiges im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes geliefertes Kriegs-

material waren auch noch nach der Kapitulation zur Durchführung der Demobilisierung der japanischen Verbände notwendig. Der Zusammenbruch Japans ließ aber auch die innerpolitischen Gegensätze zwischen der Zentralregierung

Übersichtskarte von China



und den Kommunisten, die selbst in den schwierigsten Phasen des Kampfes gegen Japan nie eingeschlafen waren, wieder aufflammen. In dem Wettrennen um die von den Japanern geräumten Positionen, das sich nun zwischen der Zentralregierung und den Kommunisten entwickelte, spielte die amerikanische Unterstützung eine nicht unwesentliche Rolle. So sahen sich die Vereinigten Staaten rasch in die innerpolitischen Wirren Chinas verstrickt.



Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Dezember 1945 beschlossen Großbritannien, Frankreich, die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten eine Politik der Nichteinmischung gegenüber China. Die amerikanische Politik hatte nun einen Ausgleich zu finden zwischen dem Wunsch, sich gemäß den Moskauer Vereinbarungen von den inneren Auseinandersetzungen Chinas zu distanzieren, und der Befürchtung, durch ihre Zurückhaltung eine Schwächung der Zentralregierung und damit eine weitere Steigerung der innerpolitischen Wirren herbeizuführen, ohne dem wachsenden Einfluß der Sowjet-Union begegnen zu können. Weiterhin hatte die amerikanische Politik auf die Offenhaltung des chinesischen Marktes, dem in der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle zukam, Rücksicht zu nehmen. Angesichts dieser schwierigen Situation beauftragte Präsident Truman im Dezember 1945 den Stabschef der amerikanischen Streitkräfte, General George C. Marshall, der als einer der Hauptverantwortlichen für die Gesamtplanung der militärischen Operationen der Alliierten und als militärischer Berater Präsident Roosevelts auf den wichtigen Kriegskonferenzen in Quebec, Kairo, Teheran und Jalta über eine ungewöhnliche diplomatische Erfahrung verfügte, mit der Aufgabe, einen Vermittlungsversuch zwischen den streitenden Parteien in China einzuleiten. General Marshall traf Ende Dezember 1945 in China ein, nachdem Präsident Truman am 15. Dezember in einer Rede die Zentralregierung aufgefordert hatte, ihre Regierungsgrundlage zu erweitern und die politische Bevormundung des Volkes durch das Einparteiensystem der Kuomintang (Volkspartei) aufzugeben.

Zum vollen Verständnis der Aufgabe Marshalls ist es notwendig, sich vor Augen zu halten, daß Japan, die dritte ausländische Macht neben der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten, mit der sich China in den letzten Jahren besonders auseinanderzusetzen hatte, durch seine Kapitula-

tion vom 2. September 1945 völlig aus dem politischen Spiel ausgeschieden war und ein politisches Vakuum hinterlassen hatte, während es früher als selbständiger Faktor zwischen die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten getreten war und so zur Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichtes der Mächte beigetragen hatte. Die Liquidation des japanischen Reiches, an der China durch die Rückgabe der reichen Insel Formosa beteiligt wurde, und die Frage der von Japan an die Großmächte zu leistenden Reparationen führten nun noch zu einer weiteren Komplikation der politischen Verhältnisse.

Die Zentralregierung erhoffte sich von Reparationslieferungen aus Japan eine wesentliche Unterstützung bei ihren Bemühungen um den Wiederaufbau der durch die lange Kriegszeit stark beschädigten Industrieanlagen. Über die von Japan hoch entwickelten Anlagen in der Mandschurei verfügte die Sowjet-Union im Verlaufe ihrer Besetzung dieses Gebietes. An dem Reparationsplan für das japanische Mutterland hatte China auszusetzen, daß er nicht genügend für eine wirksame und dauerhafte wirtschaftliche Kontrolle Japans Sorge. Insbesondere wandte sich die Zentralregierung gegen die Erhaltung der japanischen Leichtmetallindustrie, in der sie den Ansatzpunkt für eine neue wirtschaftliche Expansionspolitik sah. Außerdem wies sie darauf hin, daß Japan schon wieder mit einer Eisenproduktion von 3,5 Millionen Tonnen rechne, während China nur etwa 2 Millionen Tonnen produzieren könne.

Ihre volle Schärfe erhielten diese Spannungen um die künftige Stellung Chinas in der Politik und Wirtschaft Ostasiens aber erst durch die innerpolitischen Wirren und das vielfach undurchsichtige Intrigenspiel in den beiden streitenden Lagern, über die hinweg sich zwei Weltmächte aufmerksam und nicht immer von den guten Absichten der Gegenseite überzeugt beobachteten.

### Die innerpolitischen Wirren

Die Wurzeln dieses chinesischen Bürgerkrieges reichen in das Jahr 1927 zurück. Damals spaltete sich die chinesische nationale Volkspartei (Kuomintang) in einen rechten und einen linken Flügel (siehe Zeittafel). Tschiang-Kai-Shek, die stärkste Persönlichkeit der Partei, distanzierte sich vom linken Flügel. Dadurch löste sich auch die Verbindung, die bis dahin immer noch zwischen den Kommunisten und der Kuomintang bestanden hatte. In den folgenden Jahren gelang es Tschiang-Kai-Shek, sämtliche politischen Gruppen mit Ausnahme der Kommunisten unter seiner Führung zu vereinen. Trotz schärfster Verfolgungsmaßnahmen gelang es ihm jedoch nicht, diese radikale Gruppe, die an ihrem Programm der sofortigen Bodenreform, der örtlichen Selbstverwaltung und der Sozialisierung festhielt, restlos auszuschalten. Sie schlug sich schließlich nach dem Norden Chinas durch, wo sie ein eigenes Machtzentrum mit der Hauptstadt Jenan schuf.

Die beharrlichen Anstrengungen der chinesischen Kommunisten um eine Reform der drückenden sozialen Verhältnisse und eine Besserung des Loses der Bauern werden von ausländischen Beobachtern allgemein anerkannt. Sie scheinen auch über einen zuverlässigen und geschulten Beamtenapparat zu verfügen, der in der Lage ist, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Die Zusammenarbeit zwischen Jenan und der Zentralregierung in Tschungking lockerte sich schon 1940 zusehends. Die Kapitulation der japanischen Streitkräfte führte zu einem Wettrennen zwischen der Zentralregierung und den Kommunisten um die Kontrolle der bisher von Japan besetzten Gebiete und um die Übernahme der Waffenbestände der zu entwaffnenden japanischen Einheiten.

Mitte November 1945 begannen wieder intensive Verhandlungen mit dem Ziel eines Ausgleichs zwischen den Kommunisten und der Zentralregierung. Ende Dezember traf dann, wie schon erwähnt, der amerikanische Sonder-

beauftragte, General Marshall, ein, um nach Möglichkeit einen Ausgleich zwischen den streitenden Parteien zustande zu bringen. Am 8. Januar 1946 traf er in Tschungking zum erstenmal mit dem Vertreter der Zentralregierung, General Tschang-Tschoun, und General Tschou-En-Lai, dem Handlungsbevollmächtigten der Kommunisten, zusammen. Die Kommunisten verzichteten nun auf ihre Forderung, wonach die Zentralregierung sich in die Gebiete zurückziehen sollte, die sie vor der Kapitulation Japans besetzt gehalten hatte, und erklärten sich bereit, nach dem von der Zentralregierung vorgeschlagenen Projekt zu verhandeln. Die Auseinandersetzung ging nun im wesentlichen um folgende Punkte:

1. Einstellung der Feindseligkeiten und Wiederherstellung der Bahnverbindungen,
2. Ernennung gemeinsamer Vertreter für die Zentralregierung und die Kommunisten, die mit General Marshall über Punkt 1 verhandeln sollen.
3. Wahl eines fünfköpfigen Ausschusses des Politischen Volksrates zur Berichterstattung über die militärische Lage und die Verkehrsverhältnisse.

In seiner Neujahrsbotschaft forderte Tschiang-Kai-Shek die kommunistische Partei auf, sich an der Regierung zu beteiligen, jedoch ihre Truppenverbände aufzulösen. Die Kommunisten stimmten den drei Projektpunkten der Dezember-Verhandlungen zu, verlangten jedoch ihrerseits die Aufhebung der Blockade der von ihnen besetzten Gebiete und die Anerkennung der Provinzen Tschachar und Schchol als kommunistischen Einflußbereich. Nachdem General Marshall zu den Besprechungen zugezogen worden war, einigten sich beide Parteien auch über die noch offenstehenden Fragen. Am 10. Januar 1946 wurde offiziell ein Waffenstillstand verkündet. Die nächsten drei Tage brachten eine wesentliche Konsolidierung der Gesamtlage, da sich die Verbände beider Parteien auf ihre Stützpunkte zurückzogen.



Entsprechend dem Waffenstillstandsabkommen trat in Peking unter dem Namen des exekutiven Hauptquartiers ein Schlichtungsausschuß zusammen, der Vertretungen der beiden Parteien und der amerikanischen Mission unter Führung von Walter S. Robertson umfaßte. Von Peking aus wurden gemischte Waffenstillstandskommissionen in die unruhigen Gebiete entsandt, um Streitfälle an Ort und Stelle zu klären. Alle Truppenbewegungen wurden verboten. Nach einem Vorschlag von General Marshall sah das Waffenstillstandsabkommen die Abrüstung der 325 Divisionen bis auf 60 Divisionen, davon 10 kommunistische, in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren vor.

Wichtiger noch als die Waffenstillstandsverhandlungen waren für die Befriedung des Landes die gleichzeitig laufenden politischen Verhandlungen. Eine schon im Herbst 1945 gebildete Versammlung aus Vertretern aller Parteien trat am 10. Januar 1946 in Tschungking unter dem Vorsitz von Tschiang-Kai-Schek zusammen. Sie bildete einen Verfassungsausschuß, der eine Verfassung mit einem Zweikammersystem nach englischem und amerikanischem Vorbild und einer stärkeren Dezentralisierung der Regierungsgewalt entwerfen sollte. Wesentlich daran war die Umwandlung der Nationalversammlung, die bisher als gefügiges Werkzeug der Zentralregierung und der Kuomintang funktionierte, in eine wirklich demokratische Körperschaft entsprechend den Forderungen der Kommunisten und den Ratschlägen der amerikanischen Regierung. Am 5. Mai 1946 sollte eine neu gewählte Nationalversammlung über diese Verfassung abstimmen. Die Neujahrsbotschaft Tschiang-Kai-Scheks sollte durch eine Koalitionsregierung verwirklicht werden.

Anfang März 1946 kehrte General Marshall in die Vereinigten Staaten zurück, erstattete dem Präsidenten über die bisherigen Ergebnisse seiner Tätigkeit Bericht und wies auf die Notwendigkeit hin, die politisch günstige Entwicklung durch Unterstützung der außerordentlich gefährdeten chinesischen Wirtschaft zu fördern. Die Vereinigten Staaten hatten bisher schon Kredite in Höhe von 66 Millionen Dollar für den Einkauf von Rohbaumwolle, Schiffen und Eisenbahnschienen gewährt und umfangreiche Lieferungen im Werte von 1470 Millionen Dollar bis Ende Februar 1946 im Rahmen des Leih-Pacht-Gesetzes geleistet. Bis zur Kapitulation Japans waren Lieferungen im Werte von 870 Millionen Dollar nach China gegangen. Zur Deckung der Unkosten, die durch die amerikanischen Besatzungstruppen

entstanden waren, wurden für weitere 150 Millionen Dollar überschüssiges Heeresgut und Konsumgüter geliefert. Dazu kamen noch die Lieferungen der UNRRA, die im ganzen bis Ende 1946 über die Chinese Relief and Rehabilitation Administration (CNRRA) 1 310 837 Tonnen (longtons) an Hilfsgütern in China verteilt hat. Es sollen allerdings bis zum 30. November 1946 nur 2,7 Prozent der in China eingetroffenen Lieferungen in kommunistische Gebiete gelangt sein. Ebenso wie die Lieferungen im Rahmen des Leih-Pacht-Gesetzes wirkte sich diese Unterstützung im wesentlichen zu Gunsten der Zentralregierung aus und zog daher der amerikanischen Regierung von vielen Seiten den Vorwurf der einseitigen Bevorzugung Tschiang-Kai-Scheks zu.

Auf Grund des Berichts von General Marshall stellte die amerikanische Export-Import-Bank eine Anleihe von 500 Millionen Dollar für China bereit, die das Gewicht der amerikanischen Vorschläge bei den bevorstehenden Verhandlungen mit beiden Parteien verstärken sollte. Als General Marshall jedoch im April 1946 nach China zurückkehrte, hatte sich die Lage wieder wesentlich verschlechtert. Der Schlichtungsausschuß in Peking arbeitete schwerfällig und war langsam in seinen Entschlüssen. Zwar ruhten noch die Waffen, es waren aber keine nennenswerten Fortschritte in der Verständigung der Parteien erzielt worden.

Vor allem auf der politischen Ebene verschärften sich die Spannungen aufs neue. Am 1. März 1946 hatte sich das zentrale Exekutivkomitee der Tschungking-Regierung gegen die Beschlüsse des Politischen Volksrates vom Januar ausgesprochen und sich geweigert, sie zu ratifizieren. Die Wahl der 2050 Vertreter für die neue Nationalversammlung wurde vom 15. April auf den 22. April verschoben und schließlich auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Hauptgrund für das Scheitern der Wahlen lag in dem durchsichtigen Versuch der Zentralregierung, sich von vornherein durch Wahlmanipulationen eine Dreiviertelmehrheit in der neuen Nationalversammlung zu sichern und damit jede wirksame Opposition auszuschalten.

Die für den 5. Mai vorgesehene Eröffnung der neuen Nationalversammlung fand daher nicht statt.

In der Folgezeit lebten die Kämpfe zwischen den Truppen der kommunistischen Partei und der Zentralregierung wieder auf, insbesondere in der Mandschurei, die außerhalb des Einflusses des Pekinger Schlichtungsausschusses stand.

## Die Verhältnisse in der Mandschurei

### Zeittafel

- |            |   |               |   |
|------------|---|---------------|---|
| 1892       | Bau der transsibirischen Bahn bis Chabarowsk. Die Russisch-Chinesische Bank Instrument zur Einbeziehung der Mandschurei — damals ein Vasallenstaat Chinas — ins russische Einflußgebiet.  | 5. 9. 1905    | Im Frieden zu Portsmouth verpflichten sich Rußland und Japan, die Mandschurei mit Ausnahme des Pachtgebietes von Port Arthur zu räumen. Rußland tritt an Japan die Eisenbahnlinie Tschangtschun—Port Arthur mit allen Zweiglinien, Rechten und Besitzungen, die der Eisenbahn gehören und zu ihrem Nutzen ausgebaut werden, ohne Entschädigung und mit Zustimmung der chinesischen Regierung ab. Sowohl Rußland wie Japan verpflichten sich, die Eisenbahnen nur für kaufmännische und nicht mehr für strategische Zwecke zu verwenden. |
| 8. 9. 1896 | Rußland wird von China ermächtigt, nach Abschluß eines Defensivvertrages gegen Japan und Gewährung einer Anleihe an China die Ostchinesische Eisenbahn nach Wladiwostok durch die mandchurischen Provinzen Amur und Kirin zu bauen; damit werden 900 Kilometer Umweg eingespart. Auf einem Geländestreifen von 15 Kilometer Breite rechts und links der Eisenbahnstrecke darf die Ostchinesische Eisenbahngesellschaft alle Bodenschätze ausbeuten. Schutztruppen dürfen unterhalten werden. Die Chinesen stellen das Gelände für 80 Jahre zur Verfügung. | 22. 12. 1905  | Japanisch-chinesischer Komura-Vertrag: China verpflichtet sich, keine Parallele zur Südmandschurischen Bahn zu bauen, und überträgt alle russischen Rechte und Interessen an Japan.   |
| 6. 7. 1898 | Port Arthur wird für 25 Jahre an Rußland verpachtet. Eine Eisenbahnlinie darf nach Port Arthur abgezweigt werden; die oben genannten Konzessionen werden auf diese Strecke ausgedehnt.  | 20. 1. 1910   | Amerikanisch-chinesisches Tschintschow-Aigun-Abkommen: Versuch Amerikas unter der Präsidentschaft Tafts, Einfluß auf die Mandschurei zu gewinnen.   |
| 1. 7. 1899 | Scott-Murawjew-Abkommen: Großbritannien gewährt den Russen das Monopol für den Bau von Eisenbahnlinien nördlich der großen Mauer.   | 4. 7. 1910    | Freundschaftliche Besprechungen zwischen Rußland und Japan über die Aufteilung der Einflußzonen.  |
| 1900       | Große Einwanderungswelle der Japaner. Der Boxeraufstand wird von Rußland als Gelegenheit wahrgenommen, alle wichtigen Städte in der Mandschurei zu besetzen. Befestigungen werden errichtet, die Häfen Port Arthur und Dairen ausgebaut und neue Industrieunternehmen eröffnet.   | u. 8. 7. 1912 | 390 000 Japaner leben in der Mandschurei.   |
|            |   | 1912          | In der Provinzorganisation der neuen chinesischen Republik sind die chinesischen Zivil- und Militärgouverneure dem Präsidenten der Republik direkt verantwortlich. Die Auflösung des chinesischen Reiches wird aber von den Militärgouverneuren dazu ausgenutzt, sich unabhängig zu erklären.   |
|            |   | 1915          | China dehnt die Eisenbahnkonzessionen zugunsten Japans aus, die Pacht des Gebietes um Port Arthur wird  |



- auf 99 Jahre verlängert und die Pacht von landwirtschaftlichen Grundstücken durch Japaner zugelassen.
- 1918 Tschang-Tsolin, Inspektor der drei Provinzen der Mandschurei, kämpft gegen die Truppen der chinesischen Zentralregierung. Seine Absetzung durch den Präsidenten wird in der Mandschurei nicht anerkannt.
- Mai 1922 Tschang-Tsolin erklärt die Unabhängigkeit der Mandschurei. Alle Verträge, die die Mandschurei betreffen, bedürfen seiner Zustimmung.
30. 5. 1924 Konvention zwischen China und Sowjet-Union: Die Ostchinesische Eisenbahn wird als chinesisches kaufmännisches Unternehmen anerkannt, die Einmischung Dritter wird ausgeschlossen.
20. 9. 1924 Die chinesisch-sowjetische Konvention wird durch Tschang-Tsolin bestätigt.
- Dezember 1926 Tschang-Tsolin zieht als Generalissimus in Peking ein mit der Absicht, ganz China zu unterwerfen. Militärische Mißerfolge zwingen ihn zum Rückzug nach Mukden; auf der Fahrt dahin wird sein Zug gesprengt.
- 1928 Tschang-Hsiliang, der Sohn Tschang-Tsolins, verbündet sich mit der Nankinger Regierung und beunruhigt damit Japan.
22. 12. 1929 Ende der russisch-chinesischen Spannungen. Die Sowjet-Union behält die Ostchinesische Eisenbahn.
- 1931 Japan regiert über seine gepachteten Gebiete und übt de facto volle Souveränität über das Land aus. Mittels der Südmandschurischen Eisenbahn verwaltet Japan die meisten Eisenbahnstrecken und wichtige Städte wie Mukden und Tschangtschun.
- Juni 1931 Nakamura-Zwischenfall: Mord eines japanischen Offiziers, einer der vielen Zwischenfälle, die die zunehmende Spannung zwischen Japan und China hervorgerufen.
18. 9. 1931 Bombenattentat auf die Eisenbahnstrecke südlich von Mukden; der Vorfall dient Japan als Vorwand, zur Sicherheit der japanischen Untertanen und deren Interessen die ganze Mandschurei zu besetzen.
- November 1931 Der Völkerbund ernennt einen Untersuchungsausschuß für die Mandschurei unter Lord Lytton, nachdem er auf Wunsch Chinas Japan zweimal vergeblich aufgefordert hat, seine Truppen zurückzuziehen.
2. 2. 1932 Pu-Ji, der 1911 als Zweijähriger unter dem Namen Hsuan-Tung zum chinesischen Kaiser ausgerufen worden war, wird zum Staatspräsidenten der Mandschurei ernannt.
4. 3. 1932 700 Vertreter der Mandschurei erklären in einer Kommission die Autonomie der Mandschurei, die fortan Mandschukuo heißen soll.
15. 9. 1932 Japan garantiert in einem Abkommen die innere und äußere Sicherheit Mandschukuos. Japan darf dort Garnisonen unterhalten. Damit wird die Mandschurei eine Art japanisches Protektorat.
- September 1932 Bericht von Lord Lytton: Mandschukuo verdanke sein Vorhandensein dem japanischen Generalstab und sei ein künstliches Werk, das nicht den Wünschen der Bevölkerung entspreche; es könne daher nicht anerkannt werden.
- Oktober 1932 Pu-Ji wird als Regent eingesetzt.
24. 2. 1933 Der Völkerbund nimmt in einer außerordentlichen Sitzung nach Anhörung der chinesischen und japanischen Vertreter den Lytton-Bericht an.
27. 3. 1933 Japan tritt aus dem Völkerbund aus.
- Juni 1933 Die Sowjet-Union verkauft die Ostchinesische Eisenbahn für 175 Millionen Yen an Mandschukuo.
1. 3. 1934 Pu-Ji wird zum Kaiser von Mandschukuo ausgerufen. Zwei Wochen später wird er vom chinesischen Obersten Gerichtshof zum Tode verurteilt.
- Mai 1934 Die Republik El Salvador erkennt Mandschukuo an.
20. 11. 1937 Italien erkennt Mandschukuo offiziell an.
20. 2. 1938 Deutschland erkennt Mandschukuo offiziell an. Außer diesen Ländern findet Mandschukuo nirgends Anerkennung.

### Die Entwicklung seit Jalta

In dem Geheimabkommen der Konferenz von Jalta, das die Bedingungen für den Eintritt der Sowjet-Union in den Krieg gegen Japan festlegte, war vorgesehen worden, daß die Sowjet-Union die Vorrechte, die Rußland in der Man-

dschurei vor dem russisch-japanischen Krieg von 1904 gewonnen hatte, wieder erhalten sollte (vgl. Europa-Archiv I/405 f.). Dadurch wurde insbesondere das Interesse der Sowjet-Union an der Südmandschurischen Eisenbahn und der Ostchinesischen Bahn anerkannt und die Notwendigkeit festgestellt, einen direkten Verbindungsweg zwischen den Häfen von Wladiwostok, Dairen und Port Arthur über chinesisches Gebiet herzustellen.

Am 8. August 1945 waren die russischen Truppen in der Mandschurei einmarschiert und hatten in raschen Zügen das ganze Land besetzt. Am 14. August 1945 hatten China und die Sowjet-Union, ohne daß China von dem Geheimabkommen von Jalta unterrichtet worden war, ein Bündnis abgeschlossen, in dem die Gründung einer russisch-chinesischen Eisenbahngesellschaft zur Verwaltung der Südmandschurischen Eisenbahn und der Ostchinesischen Bahn sowie die Internationalisierung des Hafens Dairen und die gemeinsame Benutzung von Port Arthur als Flottenstützpunkt unter Wahrung der russischen Interessen festgelegt wurden (vgl. Europa-Archiv I/411 ff.).

Übersichtskarte der Mandschurei.



Sofort nach ihrem Einmarsch übernahmen die sowjetischen Truppen die von den Japanern aufgebauten industriellen Anlagen in der Mandschurei, die unverzüglich nach der Sowjet-Union abtransportiert wurden. Nach dem Bericht des amerikanischen Reparationsachverständigen Pauley an den amerikanischen Präsidenten vom 12. November 1946 entstanden daraus für die im Vergleich zum übrigen China sehr weit entwickelte mandschurische Wirtschaft Verluste im Werte von 858 100 Dollar. Die Wiederbeschaffungskosten werden von Pauley auf etwa 2 Milliarden Dollar geschätzt.

Der für den 3. Dezember 1945 vorgesehene Abzug der sowjetischen Truppen aus der Mandschurei verzögerte sich bis zum 1. Februar und dann noch einmal bis zum 3. Mai 1946. Die Halbinsel Liautung, auf der Dairen und Port Arthur gelegen sind, blieb jedoch weiterhin besetzt. Trotz verschiedener Proteste der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Chinas verblieb die Sowjet-Union bei dem Standpunkt, daß die Räumung der Halbinsel erst bei der endgültigen Beilegung des Krieges mit Japan durch einen Friedensvertrag erfolgen könne.

Aber auch dort, wo die sowjetischen Truppen aus der Mandschurei abgezogen waren, konnte die Zentralregierung nur einen kleinen Teil des freiwerdenden Gebietes besetzen. Da die Sowjet-Union die Landung chinesischer Regierungstruppen an der mandschurischen Küste nicht zuließ und diese



auf dem Landweg der Küste entlang marschieren mußten, gelang es den chinesischen Kommunisten, die die Innere Mongolei besetzt hielten, ihnen auf weiten Strecken zuvorzukommen und den größten Teil der Mandschurei zu besetzen. In den Waffenstillstandsbesprechungen vom 10. Januar 1946 blieb die Frage der Mandschurei offen.

Die Regierungstruppen setzten ihren Vormarsch fort und es gelang ihnen ein schmaler und tiefer Einbruch in das kommunistisch besetzte Gebiet. Tschangtschun fiel am 18. April und Charbin am 15. Juni 1946. Die Regierungstruppen in der Mandschurei wurden auf etwa 200 000 Mann

geschätzt, denen etwa 300 000 Kommunisten gegenüberstanden. Von diesen konnten jedoch nur etwa 100 000 als Kampftruppen bezeichnet werden, der Rest setzte sich überwiegend aus von dem Lande rekrutierten Bauern zusammen. Auch in der Mandschurei hatte sich die kommunistische Verwaltung durch den Aufbau eines gut funktionierenden Apparates Sympathien erworben. In den örtlichen Selbstverwaltungen durften die Kommunisten nur mit einem Drittel der Stimmen vertreten sein. Die zentralistischen Bestrebungen der Regierung Tschiang-Kai-Scheks wurden dagegen von der Bevölkerung mit Mißtrauen aufgenommen.

## Ausgleichsversuche

Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen seit der Gründung des Peking Schlichtungsausschusses im Laufe des Frühjahrs 1946 nur zu regionalen Ausgleichen geführt hatten, gelang es, in der Zeit vom 6. bis zum 30. Juni eine allgemeine Waffenruhe in ganz China durchzuführen. Diese Atempause verstrich jedoch ohne nennenswerte Ergebnisse. Ende Juli erbot sich Tschiang-Kai-Shek, eine Koalitionsregierung zu bilden. Am 22. August kam General *Tschou-En-Lai*, der Handlungsbevollmächtigte der Kommunisten, nach Nanking. Seine Verhandlungen mit Tschiang-Kai-Shek führten jedoch zu keiner Verständigung. Neuerliche Verhandlungen am 11. September über die Fragen der Verfassung, der Schaffung eines Nationalrates, der Beteiligung der Kommunisten an der Regierung und der Einführung von sozialen Reformen blieben wiederum erfolglos. Auch die Vorschläge General Marshalls konnten die Verhandlungen nicht wesentlich weiterbringen. Das Mißtrauen zwischen den streitenden Parteien verhärtete sich auf beiden Seiten. Die Zentralregierung war davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf demokratischer Grundlage letzten Endes nur den gesamten Staatsapparat in die Hände der Kommunisten spielen sollte; die Kommunisten ihrerseits ersahen aus dem selbst für chinesische Begriffe korrupten und unfähigen Verwaltungsapparat der Kuomintang und der von ihr beherrschten Zentralregierung, daß die Reformabsichten Tschiang-Kai-Scheks nicht Wirklichkeit werden konnten.

Am 9. Oktober, dem Vorabend des Jahrestags der chinesischen Revolution, forderte Tschiang-Kai-Shek erneut die kommunistische Partei auf, sich an der Regierung zu beteiligen und den Plan einer Vonselbständigung der von ihr kontrollierten Gebiete aufzugeben. Die Kommunisten hielten jedoch an der Forderung fest, daß die militärischen Positionen vom Januar 1946 wieder bezogen werden und das Datum der Einberufung der Nationalversammlung angegeben werden müsse, ehe sie mit der Zentralregierung in Verhandlungen treten könnten.

Am 10. Oktober 1946 wurde Tschiang-Kai-Shek durch die Kuomintang zum Präsidenten der Chinesischen Republik ernannt. Am 16. Oktober schlug er erneut vor, einen Fünferausschuß für die Reorganisation der Regierung unter dem amerikanischen Gesandten Leighton *Stuart*, einem früheren Professor der Universität in Peiping, und eine Dreierkommission für die Reorganisation der Armee unter General Marshall zu ernennen. Er erklärte sich bereit, die Feindseligkeiten einzustellen, sobald die Kommunisten die Liste ihrer Abgeordneten für die Nationalversammlung vorlegen würden. Als am 21. Oktober ein weiteres Angebot Tschiang-Kai-Scheks veröffentlicht wurde, war inzwischen Kalgan, eine der Schlüsselpositionen der Kommunisten, in den Besitz der Zentralregierung gekommen. Die Bemühungen Tschiang-Kai-Scheks, General Marshalls und der demokratischen Liga, die eine vermittelnde Stellung zwischen den Kommunisten und der Kuomintang einnahm, aber keine eigene politische Macht besaß, brachten die Verständigung nicht näher. Die Kommunisten sahen sich militärisch im Nachteil und wollten auf dieser Basis keine politischen Zugeständnisse machen. Tschiang-Kai-

Shek befahl daher am 11. November allen Regierungstruppen die Einstellung der Feindseligkeiten und berief am 12. die schon sechsmal aufgeschobene Nationalversammlung. Die Verhandlungen mit den Kommunisten dauerten noch während der nächsten drei Tage an. Am 14. November erklärten sie endgültig, der Nationalversammlung nicht beiwohnen zu wollen. Die demokratische Liga, bis dahin eine der stärksten Stützen General Marshalls, spaltete sich. Die chinesische Jugendpartei, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen Führer schlossen sich der Nationalversammlung an, während der Rest der Liga ihr nicht beitrug.

Die Kämpfe zwischen den Truppen der Zentralregierung und den Kommunisten lebten erneut auf. Ende November erhielten die Kommunisten den Kern der Provinz Schantung, Teile der Provinz Schansi sowie die Provinzen Hupeh, Schensi und Tschakhar. Zusammen mit den kommunistischen Gebieten der Mandschurei kontrollierten sie damit ein Gebiet von etwa 180 Millionen Einwohnern. Im Verlauf des Sommers war es den Regierungstruppen gelungen, die Kommunisten aus den Gebieten des Hoangho zu verdrängen und die großen Städte und die Eisenbahnverbindungen Peking-Hankou, Tientsin-Pukau, Haitschau (Schantung)-Sian, Tsingtau-Tsinan und Peking-Kalgan besetzt zu halten. Der Süden Chinas war somit vom Bürgerkrieg verschont geblieben.

Nach lebhaften Debatten über Verfahrensfragen überreichte Tschiang-Kai-Shek am 28. November die Verfassungsurkunde an Dr. *Hu-Schih*, den Kanzler der Peking Nationaluniversität und früheren Botschafter in den Vereinigten Staaten, der das Präsidium der Nationalversammlung führte. Tschiang-Kai-Shek erklärte hierzu, daß seine Verantwortung für die Regierungsgeschäfte nunmehr beendet sei und die Nationalversammlung die Regierung antrete. Am 21. Dezember wurden die 150 Artikel der Republikanischen Verfassung bei der ersten Lesung einstimmig angenommen, nachdem man sich über das strittige Minderheitenproblem und die Autonomie der Inneren Mongolei geeinigt hatte. Am 25. Dezember wurde die Verfassung in dritter Lesung einstimmig angenommen und am 31. Dezember von Tschiang-Kai-Shek unterzeichnet. Sie soll am 25. Dezember 1947 in Kraft treten. Ihre wesentlichen Bestimmungen lauten:

1. Gleichheit vor dem Gesetz für alle Volksgruppen ohne Rücksicht auf Stand, Rasse, Religion, politische Einstellung und soziale Klasse. Allgemeines Wahlrecht vom 20. Jahre ab. (Die Wählerschaft wird dabei etwa 200 Millionen umfassen.)
2. Garantie der menschlichen Grundrechte.
3. Höchstes Organ des Volkes ist die Nationalversammlung, die jedoch nur alle drei Jahre einmal zusammentreten soll. Die Mitglieder werden für sechs Jahre gewählt.
4. Die Nationalversammlung wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Republik und kann sie abberufen. Der Präsident wird für sechs Jahre gewählt und kann einmal wiedergewählt werden.
5. Die Nationalversammlung wählt aus ihrer Mitte den legislativen Yuan (Gesetzgebungshof, der die laufenden Geschäfte führt).



6. Der exekutive Yuan (Verwaltungshof), der die Funktionen des Kabinetts erfüllt, ist dem legislativen Yuan für seine Amtstätigkeit verantwortlich. Der Präsident des exekutiven Yuan, der die Funktionen des Premierministers wahrnimmt, wird mit Zustimmung des legislativen Yuan durch den Präsidenten der Republik ernannt. Auf Empfehlung des Premierministers ernennt der Präsident die Mitglieder des exekutiven Yuan, die die Funktion von Ministern erfüllen.

7. Neben dem Gesetzgebungshof und dem Verwaltungshof werden als weitere Regierungsämter der Justizhof, der Prüfungshof und der Disziplinarhof geschaffen.

8. Bei der Abgrenzung der Befugnisse der Zentralgewalt und der Provinzialbehörden werden die nationale Verteidigung, die auswärtige Politik, die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und das Erziehungswesen der Zentralgewalt vorbehalten. Dem Präsidenten der Republik steht das Recht zu, den Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Verträge zu unterzeichnen und gegen die Bestimmungen des legislativen Yuan innerhalb eines Monats nach ihrem Inkrafttreten Einspruch zu erheben.

Das Wesen der neuen Verfassung scheint, soweit aus den vorliegenden Unterlagen ersichtlich ist (*Economist* vom 4. Januar 1947), in einem System indirekter Wahlen zu liegen, das dem Eingreifen der Zentralregierung einen weiten Spielraum läßt. Obwohl Tschiang-Kai-Schek in verschiedenen Fällen persönlich intervenierte, um einzelnen Teilen der Verfassung eine liberalere Form zu geben, kann sie als Ganzes doch nur als erster Schritt zu einer Volksregierung bezeichnet werden. Sie entspricht nicht, wie die amerikanische Presse vielfach behauptet, den Forderungen der Kommunisten.

Obwohl Jenan ebensowenig wie die Demokratische Liga die Verfassung anerkannte und am 6. Dezember aufs neue

die Auflösung der Nationalversammlung und die Räumung aller nach dem 13. Januar von der Nationalregierung besetzten Gebiete forderte, konnte die Tatsache, daß keine Gegen gründung zur Nationalversammlung von Jenan erfolgte, günstig ausgelegt werden. Auch die feste Haltung Tschiang-Kai-Scheks gegenüber den Rechtsgruppen der Kuomintang ließ Möglichkeiten der Verständigung mit den Kommunisten offen.

Der nächste Schritt galt der Umbildung der Nationalregierung. Der Generalsekretär des beratenden Ausschusses der Nationalversammlung forderte zu diesem Zweck alle Parteien auf, sich daran zu beteiligen.

Ein „letzter Verhandlungsversuch“ mit den Kommunisten erfolgte, wiederum vergebens, am 9. Januar 1947. Leighton Stuart, der amerikanische Gesandte, sollte die Vorschläge zur Einstellung der Feindseligkeiten und Umbildung der Regierung nach Jenan bringen, wohin sich auch die Regierungsunterhändler begeben wollten. Es wurde hervorgehoben, daß bei der nächsten Sitzung der Nationalversammlung Zusatzanträge zur Verfassung nicht ausgeschlossen sein sollten, wodurch auch die Wünsche der Kommunisten noch Berücksichtigung finden könnten. Die kommunistische Absage enthielt dieses Mal eine neue Formel, in der neben der Wiederherstellung der militärischen Lage vom 13. Januar 1946 auch die Zurückziehung der von der Nationalversammlung angenommenen Verfassung gefordert wurde. So scheint sich wiederum kein anderer Ausweg zu bieten als der Kampf auf den Kriegsschauplätzen, der nach Angaben von Jenan auf seiten der Regierungstruppen seit 1945 nicht weniger als 414 000 Tote und Verwundete gefordert hat. In den acht Jahren des japanisch-chinesischen Krieges betrugen die Verluste nach den Aussagen des chinesischen Militärs 1,8 Millionen Offiziere und Mannschaften neben 1,7 Millionen Verwundeten und Vermissten.

## Das Ende der amerikanischen Intervention

Etwa im Oktober 1946 setzte sich im amerikanischen Außenministerium die Ansicht durch, daß der Versuch einer Vermittlung zwischen den streitenden Parteien Chinas zum Scheitern verurteilt sei. Es zeigte sich, daß Tschiang-Kai-Schek den reaktionären Gruppen der Kuomintang nach wie vor wesentlichen Einfluß auf die Politik der Zentralregierung einräumte, während andererseits die Kommunisten hartnäckig auf ihren Forderungen beharrten und sich durch ihr System der strategischen Zerstörungen (scorched earth policy) immer weitere Kreise der Bevölkerung entfremdeten. Angesichts dieser nahezu ausweglosen Situation machte die Presse in den Vereinigten Staaten immer stärker ihre Bedenken gegen eine Fortsetzung der Intervention geltend. Der Einsatz amerikanischer Truppen in China schien nicht gerechtfertigt, da der amerikanische Einfluß von den streitenden Parteien nur gegenseitig ausgespielt wurde und keine Seite letztlich zum Nachgeben zu bewegen war. Da die Vereinigten Staaten von vornherein die Zentralregierung in Tschungking als rechtmäßige Staatsführung anerkannt hatten, brachten ihre Vermittlungsvorschläge, selbst da, wo sie eine Wandlung des gegenwärtigen Regierungssystems vorsahen, die Vereinigten Staaten den Kommunisten gegenüber in eine schiefe Situation. Schon die Tatsache der Anwesenheit amerikanischer Verbände und eines wie auch immer gearteten wirtschaftlichen Interesses drängte die Vereinigten Staaten in die Rolle eines Beschützers der Kuomintang. Jede Fortsetzung der Vermittlungsversuche mußte daher die Vereinigten Staaten gegen ihren Willen und auf dem Hintergrund einer zweifelhaften Rechtslage in einen immer schärferen Gegensatz zur Sowjet-Union bringen. Der sowjetische Einfluß war dagegen nie offen zu Gunsten einer der streitenden Parteien zu Tage getreten, wodurch die Sowjet-Union den Verhältnissen mit wesentlich größerer Bewegungsfreiheit gegenüberstand.

Während es zuerst den Anschein hatte, als habe sich die amerikanische Regierung nun zur einseitigen Unterstützung der Kuomintang und der Zentralregierung entschlossen und daher die Vermittlungsversuche mit den Kommunisten aufgegeben, stellte die Mitwirkung General Marshalls bei der Einberufung der Nationalversammlung, der Ausarbeitung der Verfassung und der Erweiterung der Zentralregierung nur eine letzte Phase der Beendigung der Intervention dar. Es ging nun darum, eine weitere Verschärfung der Gegensätze zu verhindern und eine Periode relativer Befriedigung zu schaffen, in der der Abschluß des Vermittlungsversuches in guter Form vonstatten gehen konnte. In diesen Abschnitt fiel bereits der lang ausstehende Abschluß des schon 1942 geplanten Handelsvertrages vom 4. November 1946 zwischen China und den Vereinigten Staaten, in dem sich die beiden Länder das Meistbegünstigungsrecht zusichern.

Am 18. Dezember 1946 erklärte Präsident Truman, daß die Vereinigten Staaten ihre Hoffnung auf die Wiederherstellung eines einigen Chinas nicht aufgeben würden. Ende Dezember erfolgte die Abberufung General Marshalls, der zum Nachfolger des Außenministers Byrnes ausersehen wurde. In seiner abschließenden Erklärung zur Lage in China (vgl. Europa-Archiv I/414 f.), die am 7. Januar 1947 veröffentlicht wurde, legte er die Verantwortung für das Scheitern seines Vermittlungsversuches in gleicher Weise auf die Schultern beider Parteien.

Die unmittelbare Folge der Abreise General Marshalls war die Einstellung der Tätigkeit des Schlichtungsausschusses in Peking am 18. Januar 1947 und der Vermittlungstätigkeit der amerikanischen Vertreter in Tschungking. Die noch in Peking, Tientsin und Tsingtau stationierten amerikanischen Marinetruppen sollen im Verlaufe des Frühjahrs und Sommers 1947 bis auf wenige Einheiten in Tsingtau zurückgezogen werden.



## Korea auf dem Wege zur Unabhängigkeit

## Zeittafel

- 500—1876 Korea chinesischer Vasallenstaat.
26. 2. 1876 Handelsvertrag mit Japan. Korea wird als unabhängiger Staat anerkannt. Japan werden drei Häfen und extritoriale Rechte zugestanden.
- 1880 Unter dem Abenteurer Bezobrazow versucht Rußland, Korea wirtschaftlich zu durchdringen; es erhält Konzession am Jalu-Fluß.
18. 4. 1885 Konvention zwischen Japan und China über eine gemeinsame Politik in Korea mit folgenden Hauptpunkten: Abzug der chinesischen und japanischen Streitkräfte; eigene koreanische Armee; falls Unruhen in Korea entstehen, sollen Japan oder China nur nach vorhergehender gegenseitiger Benachrichtigung Truppen nach Korea schicken und sie nach Beilegung der Unruhen so bald wie möglich zurückziehen.
2. 7. 1894 Die religiöse Gruppe Tong-Hak zettelt eine Revolution an, gegen die der König von Korea die Chinesen zu Hilfe ruft; auch Japan entsendet Truppen.
23. 7. 1894 Nach Ablehnung des japanischen Vorschlages, Verwaltungsreformen durch die Chinesen in Korea durchzuführen, zieht Japan gegen China in den Krieg und bildet eine neue koreanische Marionettenregierung, die alle Verträge mit China kündigt.
20. 4. 1895 Sieg Japans über China, Friede von Schimonoseki. Anerkennung der völligen Autonomie Koreas durch Japan.
11. 2. 1896 Japan behandelt Korea als erobertes Land und läßt die Königin ermorden. Der König flieht daraufhin in die russische Gesandtschaft und hält an seinen Rechten fest.
9. 7. 1896 Russisch-japanisches Jamagata-Lobanow-Protokoll über eine gemeinsame Politik in Korea.
- Oktober 1897 Koreanischer König nimmt Kaisertitel an, um den gleichen Status wie die Nachbarstaaten zu erwerben.
25. 4. 1898 Japanisch-russisches Nischi-Rosen-Protokoll erklärt die Unabhängigkeit Koreas und den beiderseitigen Verzicht auf Einmischungspolitik; Rußland erkennt die wirtschaftlichen Interessen Japans in Korea an.
21. 1. 1904 Korea erklärt seine Neutralität für den Fall eines Krieges zwischen Japan und Rußland.
23. 2. 1904 Korea wird von Japan besetzt und der Kaiser gezwungen, einen Bündnisvertrag mit Japan zu schließen. Japan darf Korea als militärische Basis benutzen und garantiert die Unabhängigkeit des Landes.
5. 9. 1905 Im Frieden zu Portsmouth erhält Japan die Handelsfreiheit in Korea und die Erlaubnis, dort ein Protek-

- torat zu errichten. Schon vor Kriegsende stellt Japan der koreanischen Regierung einen finanziellen und diplomatischen Berater. Sieg der Japaner.
29. 7. 1905 Staatssekretär H. W. Taft erklärt, daß die Vereinigten Staaten nichts gegen ein japanisches Protektorat in Korea einzuwenden haben, wenn sich die Japaner an den Philippinen desinteressieren wollen.
- Mai 1906 Erster koreanischer Aufstand, dem viele weitere folgen.
- Juni 1907 Der Kaiser appelliert vergeblich an die zweite internationale Konferenz in Den Haag.
1. 8. 1907 Die koreanische Armee wird aufgelöst.
22. 8. 1910 Umwandlung des Protektorats Korea in ein Generalgouvernement des japanischen Reiches. Der Generalgouverneur und gleichzeitige Oberbefehlshaber hat das Recht, Verordnungen zu erlassen und Richter zu ernennen, und ist dem Kaiser direkt verantwortlich. Von dreizehn Provinzen haben sieben japanische Gouverneure. Der koreanische Zentralrat hat keine Bedeutung. Selbst in den Bezirken und Dörfern, wo unter der koreanischen Feudalherrschaft Selbstregierung üblich war, werden die Stellen von Japanern besetzt. 171 000 Japaner in Korea.
20. 1. 1919 Proklamation der koreanischen Unabhängigkeit durch die nationale Bewegung. Unter Dr. Syngman Rhee wird eine provisorische Regierung in Schanghai gegründet und eine demokratische Verfassung ausgearbeitet.
1. 3. 1919 Demonstration einer halben Million Koreaner in Söul; Verlesung der Proklamation der koreanischen Unabhängigkeit.
- Sommer 1919 Die Japaner reformieren ihr Verwaltungssystem in Korea.
- 1931 Umstellung der koreanischen Industrie auf Kriegswirtschaft.
- 1932 Koreanisches Bombenattentat auf das Gefolge des japanischen Kaisers.
- 1935 Aktionsprogramm der koreanischen Widerstandsbewegung aufgestellt.
- 1939 650 000 Japaner in Korea, das sind 2,9 Prozent der einheimischen Bevölkerung.
1. 12. 1943 Kairo-Konferenz. Korea wird Unabhängigkeit zu gegebener Zeit versprochen.
- März 1944 Erklärung der Widerstandsbewegung in Tschungking, „nichts außer der völligen und sofortigen Unabhängigkeit“ könne sie befriedigen; die Ansicht, daß Korea unter eine internationale Kontrolle gestellt werden müsse, sei eine Beleidigung des koreanischen Volkes.

## Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten in Korea

(Vergleiche die Übersichtskarte Europa-Archiv I/399)

Um Korea geht seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein heftiger politischer Kampf, der seit der Kapitulation Japans wieder schärfere Formen angenommen hat. Japan hatte gegen den alten geschichtlichen Anspruch Chinas auf Korea den Einwand erhoben, Korea sei ein „auf das Herz Japans gerichteter Dolch“. Tatsächlich bildete die Halbinsel für Japan weniger eine Gefahr als ein bequemes Sprungbrett und eine wirtschaftliche Basis für seine auf den asiatischen Kontinent zielenden Machtbestrebungen. Auch die Vereinigten Staaten betrachteten Korea als Einfallstor zum Fernen Osten, während Rußland — wie im Baltikum oder den Dardanellen — den Zugang zum Ozean, in diesem Fall zum Pazifik, suchte. In den letzten dreißig Jahren war Japan Sieger in diesem Machtkampf geblieben.

Um Korea für die Teilnahme an ihrem Kampf gegen Japan zu gewinnen, versprochen die Alliierten am 1. Dezember 1943 in der Kairo-Konferenz, dem Land zu gegebener Zeit (in due time) die Unabhängigkeit zu gewähren. Im Sommer 1945 wurde dieses Versprechen durch Präsident

Truman wiederholt. Wird das Land nach der jahrhundertalten Herrschaft einer korrupten Verwaltung, einer undisziplinierten Armee und veralteter Gesetze fähig sein, sich selbst zu verwalten?

Die Bevölkerung wurde von den Japanern und dem durch Bestechung gefügig gemachten koreanischen Adel und reichen Bürgertum ausgebeutet und unterdrückt, ohne daß ihr Widerstand erlahmte. Sie beteiligte sich lebhaft an den Aufständen und unterhielt in den verschiedensten Formen Exilregierungen in der Mandschurei, in China und den Vereinigten Staaten. Korea verdiente sich damit den Namen eines „Irland des Ostens“.

Während die ersten Anfänge der Opposition gegen die japanische Herrschaft von westlich orientierten Kreisen getragen wurden, waren es seit ungefähr 1923 vor allem Kommunisten, die von Sibirien aus den Widerstand schürten.

Nach der Kapitulation Japans gründeten die Koreaner im August 1945 örtliche Volksräte, die die lokale Verwaltung ordnen sollten und vor allem die Preisfestsetzung und die



Verteilung der Lebensmittel übernehmen. In der Hauptstadt Söul bildete sich ein überparteilicher Ausschuß aus Vertretern der Rechten und der Linken unter der Führung eines Sozialisten, der von Missionaren erzogen worden war, *Lyuh-Woon-Hyung*. Unter kommunistischem Druck löste sich dieser Ausschuß jedoch bald wieder auf. Teile des linken Flügels schlossen sich unter Führung von Lyuh zur sogenannten Volksrepublik zusammen.

Entsprechend den Beschlüssen der Jalta-Konferenz wurde Korea im Laufe des September 1945 von russischen und amerikanischen Streitkräften besetzt, und zwar von den Russen nördlich, von den Amerikanern südlich des 38. Breitengrades.

Nach der Landung der Amerikaner am 7. September 1945 wandte sich Lyuh an den amerikanischen Oberstkommandierenden, General *Hodge*, und schlug ihm vor, die Volksrepublik als koreanische Regierung anzuerkennen. General *Hodge* wies Lyuh jedoch mit dem Hinweis ab, daß er selbst die oberste Regierungsgewalt in Korea übernehme und daß daher die Volksrepublik nur als Partei im Lande tätig sein könne. Auch die örtlichen Volksräte fanden nicht die Anerkennung der Militärregierung.

Beim Aufbau einer vorläufigen Verwaltung und der Weiterführung der Wirtschaft in der amerikanischen Zone wurden sowohl koreanische Kollaborateure wie auch Japaner zunächst großenteils in ihren Stellungen belassen. Auf Einladung der Militärregierung traten Dr. *Syngman-Rhee* und *Kim-Ku*, zwei Mitglieder der nach China emigrierten Exilregierung, einem beratenden koreanischen Ausschuß bei. Sie wurden sehr rasch Exponenten der ultrakonservativen Kreise der Hauptstadt Söul, die sich im wesentlichen aus Grundbesitzern, Kaufleuten und Beamten zusammensetzten, und lehnten die Zusammenarbeit mit allen Linksgruppen ab.

Die Russen ihrerseits beriefen *Tscho-Man-Schik*, den „Gandhi von Korea“, an die Spitze des exekutiven Volksrates in Pingjang der Hauptstadt der russischen Zone, und stützten die örtlichen Volksräte. Die verhaßten japanischen Beamten wurden sogleich entlassen, und als Kollaborateure bekannte Koreaner, die größtenteils den begüterten Schichten angehörten, wurden ausgeschaltet. Der Landbesitz der Japaner und Kollaborateure wurde in Parzellen von fünf Hektar Bauern zugewiesen; Eigentümer des Bodens wurden jedoch die örtlichen Volksräte. Gleichzeitig wurde die Industrie, die Korea vollständig erhalten blieb, Arbeiterräten übergeben.

Am 27. Dezember 1945 wurde die Politik der Alliierten in Korea auf der Moskauer Außenministerkonferenz genauer festgelegt (vgl. Europa-Archiv I/405). Man einigte sich auf den russischen Vorschlag, eine Gemischte Kommission (*Joint Commission*) von Amerikanern und Russen zu bilden, die gemeinsam mit den koreanischen Parteien eine provisorische demokratische Regierung vorbereiten und die Schaffung einer Viermächte-Treuhänderschaft für die Dauer von fünf Jahren erörtern sollte. Die Absicht, Korea unter Treuhänderschaft der Großmächte zu stellen, rief scharfen Protest im Lande hervor. In der russischen Zone hatte die öffentliche Erregung gegen den Treuhandschaftsplan eine Verschärfung der Kontrollmaßnahmen der Militärregierung zur Folge. *Tscho-Man-Schik* kam in Schutzhaft, an seine Stelle trat *Kim-Il-Soung*, ein junger koreanischer Kommunist, der sich als Armeeführer unter den chinesischen Kommunisten einen Namen gemacht hatte.

In der amerikanischen Zone wurde am 31. März 1946 die frühere japanische *Oriental Development Company* mit einem Kapital von 100 Millionen Yen von der amerikanischen Militärregierung übernommen; damit geriet die Hälfte des koreanischen Vermögens unter amerikanische Kontrolle. Die Verfügung Nr. 52 der amerikanischen Militärregierung, gezeichnet durch Generalmajor *Archer L. Lerch*, besagt dazu:

1. Die Neues Korea G. m. b. H. (*New Korea Company Ltd.*) wird als eine von der koreanischen Regierung unabhängige Einrichtung geschaffen. Der Präsident dieser Körperschaft, ein Offizier der amerikanischen Armee, verfügt

über alle Vollmachten, um über Fragen, die für die Vereinigten Staaten von Interesse sind, nach Billigung durch die Militärregierung zu entscheiden. Zehn durch die Militärregierung ernannte Direktoren werden die Gesellschaft nach selbstentworfenen und von der Militärregierung gebilligten Gesetzen und Statuten leiten. Der Hauptsitz soll in Söul sein. Zweigstellen sind nach Bedarf einzurichten.

2. Die Direktoren ernennen einen Beratenden Ausschuß, bestehend aus den Vorsitzenden des Direktoriums und ernannten Mitgliedern aus der Provinz. Der Beratende Ausschuß hat das Direktorium zu beraten.

3. Die Gesellschaft wird ein Kapital von 100 Millionen Yen haben, das in Anteile von je 50 Yen aufgeteilt wird und ausschließliches Eigentum der Militärregierung in Korea ist, da das Eigentum der ehemaligen *Oriental Development Company Ltd.* der Neues Korea G. m. b. H. übertragen wird.

4. Alles Eigentum der *Oriental Development Company Ltd.* vom oder seit dem 9. August 1945 und alle ihre Beteiligungen an anderen juristischen Personen vom oder seit dem 9. August 1945 sind hiermit der Neues Korea G. m. b. H. übertragen.

Von der amerikanischen Presse wurde später gemeldet, daß eine Auflösung dieses Konzerngebildes vorgesehen ist.

Das alte Schuldensystem wurde in der amerikanischen Zone beibehalten; nur die Pacht wurde von zwei auf ein Drittel des Ertrages herabgesetzt. Jedoch wurde vorgesehen, daß die Bauern die Möglichkeit haben sollen, sich durch fünfzehnjährige Abzahlungen freizukaufen. Durch die amerikanische Militärregierung wurde der freie Handel wieder eingeführt. Das Ergebnis war, daß der Reis vom Markt verschwand und auf dem Schwarzen Markt mit einem 300-prozentigen Preisaufschlag verkauft wurde. Obgleich 70 Prozent des anbaufähigen Landes in der amerikanischen Zone liegen und nicht mehr, wie es unter japanischer Herrschaft üblich war, die Hälfte der Ernte nach Japan und ein weiterer Teil nach Nordkorea exportiert wurde, herrschte in Südkorea große Lebensmittelknappheit.

Der Grund hierfür lag einerseits in der Unterbindung der Einfuhr von Kohle, elektrischem Strom und Düngemitteln durch die Zonengrenze, andererseits in dem Zustrom von etwa 800 000 Flüchtlingen aus der russischen Zone und der Repatriierung von 1 200 000 Koreanern, die in Japan als Zwangsarbeiter eingesetzt waren.

Im März 1946 wurde die Preiskontrolle wieder eingeführt. Der Antrag der amerikanischen Militärregierung, Lebensmittel von auswärts einzuführen, wurde in Washington mit der Begründung abgelehnt, daß es noch größere Notstandsgebiete in der Welt gäbe. Durch eine Anleihe von 25 Millionen Dollar, die großzügige Veranschlagung der Besatzungskosten auf 500 Millionen Dollar und die Einfuhr von Arzneimitteln vermochten die Vereinigten Staaten jedoch ihre Zone wirtschaftlich weitgehend zu unterstützen.

Nachdem eine erste Fühlungnahme der Besatzungsmächte über wirtschaftliche Fragen am 16. Januar 1946 zu keinem anderen Ergebnis geführt hatte, als daß in beschränktem Maße der Briefwechsel zwischen den Besatzungszonen wieder aufgenommen wurde, trat am 20. März 1946 die auf der Moskauer Konferenz vorgeschlagene gemischte Kommission in Söul erstmalig zusammen. Die Sowjet-Union war durch den General *Tschitjakow* und die Vereinigten Staaten durch General *John Hodge* vertreten. Gleich zu Anfang forderten die russischen Vertreter, daß keine Partei zu den Beratungen herangezogen werden dürfe, die sich gegen den Plan einer fünfjährigen Treuhandschaft der Alliierten ausgesprochen habe. Da mit Ausnahme der Kommunisten sämtliche Parteien und Gruppen den Plan einer Treuhandschaft ablehnten, hätte dies die Ausschließung der überwiegenden Mehrheit der koreanischen Parteien bedeutet. General *Hodge* widersprach dieser Forderung, die in ganz Korea einen starken Sympathieverlust für die Russen brachte.

Nach sechswöchigen heftigen Debatten wurde am 8. Mai 1946 die Konferenz ergebnislos abgebrochen. Nach einigen Berichten der amerikanischen Presse soll die Haltung der



Russen durch das Verlangen der Amerikaner, von 20 Sitzen in der provisorischen Regierung 17 durch die Rechtsparteien zu belegen, herausgefordert worden sein. Der Versuch der Amerikaner, auch andere Themen, wie die wirtschaftliche Einigung der Zonen, in der Konferenz zu besprechen, wurde von den Russen als nicht in ihrem Kompetenzbereich liegend abgelehnt.

Gleich am 9. Mai 1946 und ein zweites Mal im Juni versuchte General Hodge, die russischen Vertreter zu einer erneuten Zusammenkunft zu bewegen; es erfolgte jedoch keine Antwort.

In der amerikanischen Zone vereinigten sich aus Opposition gegen die Vorherrschaft des konservativen Flügels die Linksparteien, unter anderem die Volkspartei, die Neue Koreanische Partei, die Koreanische Kommunistische Partei und die Gewerkschaften zur „Koreanischen Nationalen Demokratischen Front“; sogar Lyuh-Woon-Hyung, der zuerst Dr. Syngman-Rhee seine Mitarbeit angeboten hatte, trat in Verbindung zur kommunistischen Partei. Es kam zu Demonstrationen und scharfen Presseangriffen gegen die Militärregierung, die stark unter kommunistischem Einfluß standen. Um die Spannungen zwischen den beiden Flügeln zu verringern und eine gewisse Befriedung zu erreichen, verbot die amerikanische Regierung drei kommunistische Zeitungen und verhängte nach dem großen Eisenbahnerstreik vom 22. September 1946, an dem sich 30 000 Mann beteiligt hatten, den Ausnahmezustand.

An Stelle des beratenden Ausschusses ernannte die Militärregierung einen Koreanischen Demokratischen Repräsentativen Rat (*Korean Democratic Representative Council*). Zwar wurden Syngman-Rhee und Kim-Ku als Vorsitzende des Rates beibehalten, doch ruhte dieser jetzt auf einer wesentlich breiteren Basis. Bald darauf wurde Syngman-Rhee abberufen; an seine Stelle trat der als liberal bekannte Dr. Kim-Kyu-Sik, der in einem amerikanischen College studiert hatte.

Am 14. September 1946 beschloß die Militärregierung, die Verwaltung der amerikanischen Zone in die Hände der Koreaner übergehen zu lassen. Zum 3. November wurden Wahlen für die vorläufige Volksvertretung ausgeschrieben. Von den 90 Mitgliefern sollten 45 in Söul und den neun Provinzen gewählt, weitere 45 aus den Kandidatenlisten der Parteien durch die Militärregierung ernannt werden. Das Min-

destalter der Volksvertreter wurde auf 25 Jahre festgelegt. Weitere Voraussetzungen für ihre Zulassung waren, daß sie mindestens ein Jahr am gleichen Ort gelebt und keine höheren Verwaltungsfächer unter den Japanern bekleidet hatten. Die Verständigung unter den Parteien unterstützte Lyuh-Woon-Hyung, die wichtigste Persönlichkeit der Linkspartei in der amerikanischen Zone, durch ein Abkommen mit Dr. Kim-Kyu-Sik, das wesentlich zur Befriedung der Lage in der amerikanischen Zone beitrug. In der Zusammensetzung der vorläufigen Volksvertretung, der noch keine Exekutivvollmachten zustehen, gab die gemäßigte Richtung den Ausschlag. Bei den gleichzeitig in der russischen Zone stattfindenden Wahlen sprachen sich 99 Prozent für die kommunistische Partei aus. Am 12. Dezember 1946 fand die Eröffnungsversammlung der Volksvertretung der amerikanischen Zone statt.

Indessen suchten die Koreaner auf internationalem Boden sowohl bei den Organisationen der Vereinten Nationen als auch in privaten Gesprächen mit führenden Staatsmännern — Syngman-Rhee war im Dezember 1946 in Washington — die sofortige Unabhängigkeit für Korea und den Rückzug der Besatzungstruppen, die zur Zeit aus etwa zwei oder drei amerikanischen Divisionen und elf russischen Divisionen bestehen, zu erlangen. Die Wünsche dieser Delegation wurden am 27. Dezember 1946, am Jahrestage der Moskauer Konferenz, von Jong-Jeung-Kim, dem Präsidenten des Institutes für koreanische Angelegenheiten, in fünf Forderungen zusammengefaßt:

1. Die Zweizonenwirtschaft soll aufgehoben werden.
2. Die provisorische Regierung soll nur durch solche Koreaner gebildet werden, die unter der japanischen Herrschaft in Korea gelebt haben.
3. Die Besatzungstruppen sollen zurückgezogen werden.
4. Die provisorische Regierung soll ihre ausländischen Berater und Techniker selber wählen.
5. Die Unantastbarkeit der Souveränität Koreas soll von den Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union, Großbritannien und China gemeinsam garantiert werden, und alle sollen sich verpflichten, keine besonderen Privilegien politischer oder wirtschaftlicher Art in Korea zu suchen. Seitens der Besatzungsmächte wurde im Januar 1947 wieder Föhlung aufgenommen und die Möglichkeit einer neuen Konferenz der gemischten Kommission geprüft.

## Japan seit seiner Kapitulation

### Zeittafel

1853	Landung des Kommodore Perry auf Japan; Japan tritt damit in die Weltpolitik ein.	11. 2. 1889	Einführung der Verfassung des Prinzen Ito, einer Verfassung nach preußischem Vorbild.
1854/1857	Handelsvertrag Japans mit den Vereinigten Staaten. Drei japanische Häfen werden dem Außenhandel geöffnet.	1890	Einführung eines Parlaments.
1855	Handelsvertrag Japan-Rußland.	1894/1895	Krieg Japan-China. Sieg Japans.
1861	Handelsvertrag Japan-Preußen.	8. 5. 1895	Friede von Schimonoseki. Unabhängigkeitserklärung Koreas. Japan nimmt Formosa und die Fischer-Inseln in Besitz.
8. 11. 1867	Abdankung des Shogun (Tokugawa-Dynastie) zugunsten des Mikado, Ende der zweihundertfünfzigjährigen Herrschaft der Shogune (Kronfeldherren).	1900	Japanische Truppen beteiligen sich an der Niederwerfung des Boxeraufstandes.
3. 1. 1868	Mutsuhito übernimmt die Regierung als Kaiser Meiji. Erklärung des Schintoismus zur Staatsreligion.	30. 1. 1902	Englisch-japanisches Bündnis zur Interessensabgrenzung im Pazifik und Neutralitätserklärung im Kriegsfall.
1868	Widerstand der großen Daimios (Feudalherren) gegen die Zulassung von Fremden in Japan gebrochen.	20. 2. 1904 bis 5. 9. 1905	Russisch-japanischer Krieg. Beide erheben Ansprüche auf Korea und die Mandschurei. Friede von Portsmouth (USA) unter Vermittlung des Präsidenten Th. Roosevelt. Japan erhält die Schutzherrschaft über Korea. Port Arthur mit umliegenden Gebieten und den südlichen Teil von Sachalin. Rußland zahlt keine Kriegsschädigung, behält Wladiwostok und das Amur-Gebiet. Die Mandschurei soll an China zurückgegeben werden.
1869	Wiederherstellung der Macht des Kaisers.	1905	Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses mit gleichzeitigem Versprechen gegenseitiger Waffenhilfe.
1872	Berufung einer Volksvertretung; Bau der ersten Eisenbahn.	1911	Handelsvertrag Japans mit den Vereinigten Staaten; Erneuerung des Bündnisses Großbritannien-Japan ohne die Waffenhilfe-Klausel.
1873	Erste Verordnung zur allgemeinen Schulpflicht; Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.		
1875/1878	Verzicht Japans auf Südsachalin zugunsten Rußlands gegen Anerkennung des japanischen Anspruchs auf die Kurilen.		
1876	Besitznahme der Bonin-Inseln. Erster Handelsvertrag mit China.		



- 1912 Tod Kaiser Meijis. Nachfolger Kaiser Taischo.
23. 8. 1914 Japans Kriegserklärung an die Mittelmächte.
23. 1. 1915 Japanisches 21-Punkte-Ultimatum an China.
25. 5. 1915 China erkennt einen Teil der japanischen Forderungen an.
- 1918 Japan übernimmt die ehemaligen deutschen Besitzungen in der Südsee, die Marianen außer Guam und die Marshall-Inseln.
25. 11. 1921 Hirohito (geb. 29. April 1901) übernimmt für seinen erkrankten Vater die Regierung.
11. 11. 1921 Abrüstungskonferenz in Washington. Neunmächtevertrag (Politik der Offenen Tür gegenüber China, Verzicht Japans auf das 1918 erworbene Kiautschou); Fünfmächtevertrag über Flottenstärken (Verhältnis der Großkampfschiffe der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japans 5:5:3); Viermächtevertrag über gegenseitige Anerkennung des Inselbesitzes im Pazifik.
10. 12. 1922 Japan tritt Kiautschou an China ab.
- 10.—14. 11. 1928 Kaiserkrönung Hirohitos.
- 1930 Beginn der reinen Militärpolitik nach Ermordung des liberalen Premierministers Hamagutschi und des Barons Takuma-Dan, des Leiters des Mitsui-Konzerns.
21. 1. 1930 Frankreich kündigt das Fünfmächteabkommen und Japan erhöht seine Quote an Kriegsschiffen.
18. 9. 1931 Japanischer Einfall in die Mandschurei.
- Januar 1932 Militärische Zusammenstöße mit China.
- Februar 1932 Unabhängigkeitserklärung von Mandschukuo.
- 1932 China wendet sich an den Völkerbund mit der Bitte um Hilfe gegen Japan.
27. 3. 1933 Japans Austritt aus dem Völkerbund.
- April 1933 Dreimächteabkommen von London über die Flottenstärke
- Ende 1934 Japan kündigt das Londoner Abkommen.
25. 11. 1936 Japan tritt dem Antikominternpakt bei.
7. 7. 1937 Zwischenfall auf der Marco-Polo-Brücke in Peiping. Ausbruch des Krieges zwischen Japan und China.
3. 11. 1937 19 Mächte versammeln sich in Brüssel, um über die Beilegung des Krieges in China zu beraten.
- Dezember 1937 Errichtung der Peiping-Regierung.
28. 3. 1938 Errichtung der Nanking-Regierung; Schaffung des „Vereinten China“.
- April 1938 Erste offizielle Kriegsverordnung in Japan.
6. 12. 1938 Tschiang-Kai-Schek lehnt Friedensvorschlag Japans ab.
- Februar 1939 Japan besetzt die Insel Hainan.
31. 3. 1939 Spratley-Inseln durch Japan besetzt.
18. 4. 1939 Ausdehnung der Annexion auf alle umliegenden Inselgruppen.
- Juli 1939 Aufhebung des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages
- März 1940 Regierung Wang-Tsching-Wei in Nanking gebildet.
- August 1940 Gründung der IRAA (Imperial Rule Assistance Association).
23. 9. 1940 Einfall der Japaner in Indochina.
27. 9. 1940 Abschluß des Dreimächtepaktes Deutschland—Italien—Japan.
13. 4. 1941 Sowjetisch-japanischer Neutralitätspakt.
- Juni 1941 Sowjetisch-japanisches Handelsabkommen.
1. Halbjahr 1941 Die Amerikaner unterstützen wirksam die Chinesen mit Flugzeug- und Waffenlieferungen; Einsatz des amerikanischen Freiwilligenverbandes der „Fliegenden Tiger“. Verdoppelung der philippinischen Truppenverbände (Philippine Scouts), die mit modernen amerikanischen Waffen ausgerüstet werden. Gleichzeitig Stationierung der ersten modernen amerikanischen Kriegsflugzeuge („Fliegende Festungen“) in China.
4. 7. 1941 Deutschlands Aufforderung an Japan, Sibirien anzugreifen.
26. 7. 1941 General MacArthur zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Heeresverbände im Fernen Osten ernannt.
- August 1941 Mobilmachung der Philippinischen Nationalarmee.
17. 11. 1941 Sondergesandter Kurusu bei Präsident Roosevelt in Washington.
7. 12. 1941 Überfall auf Pearl Harbour durch japanische Luft- und Seestreitkräfte. Es gelingt den Japanern, vier amerikanische Schlachtschiffe zu versenken, 19 amerikanische Kriegsschiffe zu beschädigen, 150 Kriegsflugzeuge zu zerstören; 3077 Offiziere und Mannschaften werden getötet; die Japaner verlieren 60 Flugzeuge. Der Angriff erfolgte, während noch Verhandlungen in Washington über die amerikanische Forderung des Rückzuges der japanischen Truppen aus China schwebten.
8. 12. 1941 Wenige Stunden nach Pearl Harbour greifen die Japaner die Philippinen an; rund 350 amerikanische Kriegsflugzeuge werden zerstört. Die Vereinigten Staaten geben die Erklärung ab, daß ihnen der Krieg durch die Kaiserlich Japanische Regierung aufgezwungen wurde.
10. bis 22. 12. 1941 Die Japaner landen nach schweren vorbereitenden Luftangriffen im Nordwesten und an der Ostküste von Luzon. Die Amerikaner ziehen sich auf die Halbinsel Bataan zurück.
22. 12. 1941 Die Japaner besetzen die Inseln Guam und Wake.
- Ende Dezember 1941 Angriff der Japaner auf Mindanao und Celebes.
25. 12. 1941 Japan erobert Hongkong.
- Januar 1942 Die Japaner erreichen im Laufe ihrer Offensive das südliche Burma und schneiden die Landverbindungen Chinas (Burma-Straße) ab.
- Ende Januar 1942 Die Japaner besetzen den wichtigen Ölproduktionsort Tarakan auf Borneo, Rabaul, Kawieng im Bismarck-Archipel und die Insel Bougainville; sie haben damit eine 6500 Kilometer lange Frontlinie von Niederländisch-Indien bis zu den Melanesischen Inseln besetzt und bedrohen Australien.
- Februar 1942 General MacArthur begibt sich auf Befehl des Kriegsministeriums nach Australien und übernimmt den Oberbefehl über das neuerrichtete alliierte Südsee-Kommando.
15. 2. 1942 Japan erobert Singapur.
19. 2. 1942 Schwerer japanischer Luftangriff zerstört Hafen und Flugplatz von Port Darwin; fast alle alliierten Schiffe im Hafen werden vernichtet.
- Mitte Februar 1942 Die Japaner haben Palembang auf Sumatra erobert und gehen weiter nach Süden vor.
28. 2. 1942 Die Japaner landen an der Nordküste Javas.
28. 2. u. 1. 3. 1942 Japanische See- und Luftstreitkräfte vernichten in der Sunda-Straße fünf englische und holländische Zerstörer.
8. 3. 1942 Japan erobert Neuguinea.
31. 3. 1942 Beginn des japanischen Hauptangriffes auf die Halbinsel Bataan.
9. 4. 1942 General Wainwright kapituliert auf Bataan.
18. 4. 1942 Erster amerikanischer Bombenangriff auf Tokio.
- Mitte April 1942 Japaner errichten Stützpunkte auf Neuguinea, Neupommern und den Salomon-Inseln.
5. 5. 1942 Die Japaner landen nach Artillerievorbereitung auf Corregidor.
- Anfang Mai 1942 Die letzten Amerikaner kapitulieren auf den Philippinen.
- 7./11. Mai 1942 Seeschlacht im Korallenmeer (Louisiade-Archipel); erste japanische Niederlage.
3. u. 4. 6. 1942 Schwere Niederlage der japanischen Flotte bei ihrem Vorstoß auf die Midway-Inseln.
12. 6. 1942 Die Japaner landen auf Kiska und Attu (Aläuten-Inseln).
- Juli 1942 Die Japaner besetzen die Insel Guadalcanar und bauen sie zum Flugstützpunkt aus.
- Ende Juli 1942 Beginn der japanischen Offensive auf Neuguinea.
7. 8. 1942 Mit der Eroberung von Tulagi beginnt die amerikanische Offensive gegen die japanischen Stellungen in Melanesien.
9. 8. 1942 Erfolg japanischer Streitkräfte bei der Insel Savo.



Vier alliierte Kreuzer werden versenkt, vier weitere beschädigt.

August / September 1942 Die starken japanischen Angriffe auf Neuguinea drängen die Alliierten bis auf 50 Kilometer von Port Moresby zurück.

8. 11. 1942 Amerikanische Luftlandetruppen landen auf Neuguinea.

13./15. November 1942 Seeschlacht bei Guadalcanar. Nach schweren Verlusten auf beiden Seiten werden die Japaner gezwungen, ihre Seestreitkräfte zurückzuziehen.

Januar/Februar 1943 Die Japaner werden auf den südlichen Salomon-Inseln geschlagen.

8. 2. 1943 Die Japaner räumen Guadalcanar.

Februar Erste britische Offensive in Burma. Eroberung der Admiralitäts-Inseln durch die Amerikaner.

1./4. 3. 1943 Zwei japanische Geleitzüge von insgesamt 21 Transportern werden im Bismark-Archipel durch alliierte Luftstreitkräfte vernichtet, der japanische Verlust wird auf 12 700 Offiziere und Mannschaften geschätzt.

März 1943 Aufstellung eines neuen Kriegsplanes gegen Japan durch die alliierten Befehlshaber in Washington.

Mai 1943 Konferenz „Trident“ in Washington.

30. 6. bis 6. 7. 1943 Eroberung der mittleren Salomon-Inseln durch die Alliierten.

Landung der Amerikaner auf Neugeorgien.

Juli 1943 Konferenz „Quadrant“ in Quebec.

21./25. 11. 1943 Die Amerikaner landen auf den Gilbert-Inseln.

25. 11. 1943 Kairo-Konferenz: die Pazifik-Charta wird von Roosevelt; Churchill und Tschiang-Kai-Schek unterzeichnet.

20. 2. 1944 Die Amerikaner erobern die Marshall-Inseln.

15. 6. 1944 Amerikanische Landung auf Saipan.

21. 6. 1944 Amerikanische Landung auf Guam.

20. 10. 1944 Die Amerikaner landen auf den Philippinen.

28. 1. 1945 Die Burma-Straße wird wieder frei.

Februar Die National Engineering Commission wird aufgefordert, einen wirtschaftlichen Abrüstungsplan für Japan auszuarbeiten. Erste japanische Friedensangebote über die sowjetische Botschaft in Japan.

Frühjahr 1945 Angriff der Amerikaner auf das japanische Stamm-land.

April 1945 Nach verzweifelter Verteidigung fällt Okinawa in amerikanische Hände. Bildung eines Friedenskomitees unter Admiral Kantaro Sazuki, durch den ein weiteres Friedensangebot erfolgt.

1. 7. 1945 Die Amerikaner landen auf Balikpapan (Südost-Borneo).

20. 7. 1945 Ultimatum der drei Großmächte zur bedingungslosen Kapitulation Japans.

6. 8. 1945 Erste Atombombe auf Hiroshima.

8. 8. 1945 Kriegserklärung der Sowjet-Union an Japan.

9. 8. 1945 Zweite Atombombe auf Nagasaki.

14. 8. 1945 Kapitulation Japans.

9. 9. 1945 General MacArthur trifft in Tokio ein.

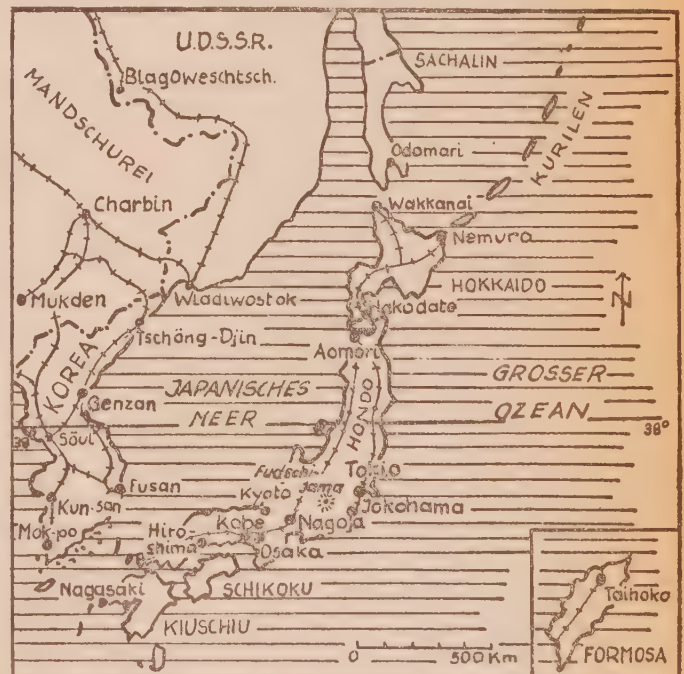
## Die Stellung der Weltmächte in Japan

Mit der Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation (vgl. Europa-Archiv I/409) am 2. September 1945 um 8 Uhr abends am Bord des Kriegsschiffes „Missouri“ im Hafen von Tokio setzte die Besetzung Japans ein. Wider Erwarten stieß die Besetzung in den vergangenen eineinhalb Jahren weder auf nennenswerten Widerstand der Japaner noch auf mangelnde Bereitschaft, mit dem Oberbefehlshaber und seinem Stab zusammenzuarbeiten. Während nach dem ersten Weltkrieg der Sieg der Westmächte die liberalste Phase der japanischen Geschichte einleitete, haben die Erfolge der Achsenmächte zur „faschistischen“ Phase Japans beigetragen. Die technische und militärische Macht der Vereinigten Staaten erhöhte aufs neue das Ansehen der Demokratie und der demokratischen Einrichtungen. Hinzu kommt das Ansehen des kaiserlichen Hauses, dessen Kontinuität, wenn auch in veränderter Weise, von den Alliierten erhalten blieb. Die Richtlinien der Politik des Oberbefehlshabers der Besatzungsmacht in Japan, General MacArthur, wurden durch die Abkommen von Kairo im November 1943, von Jalta im Februar 1945, durch die Aufforderung zur Kapitulation vom 20. Juli 1945 und die Erklärung des Weissen Hauses über die Besatzungspolitik in Japan vom 6. September 1945 vorgezeichnet. In Kairo wurde beschlossen, Japan alle Inseln und Territorien, die seit dem ersten Weltkrieg in seinen Besitz gelangt sind, wie Korea, die Mandschurei, Formosa, die Fischerinseln abzunehmen (vgl. Europa-Archiv I/404).

In der Jalta-Konferenz erklärte die Sowjet-Union, in den Krieg gegen Japan etwa drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands einzutreten. Während der Potsdamer Konferenz stellten die Alliierten ein Ultimatum an Japan, worin die völlige Abrüstung und Auflösung des Imperiums gefordert und dafür die Errichtung einer Demokratie und das Weiterbestehen der zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft benötigten Industrien zugesagt wurden. Der Text des Ultimatums erwies sich in der Folge verschiedenen Auslegungen zugänglich. Die Erklärung des Weissen Hauses wiederholt die in Kairo und Potsdam gesetzten Ziele und umreißt die alliierte Besatzungspolitik. Die Anteilnahme der Alliierten an der militärischen Besetzung wird darin zwar von den Vereinigten Staaten begrüßt, ihre Einwilligung in die Richtlinien zur Durchführung der Besetzung wird erhofft, jedoch behalten sich die Vereinigten Staaten

in allen Streitfragen das letzte Wort vor. Die Autorität des Oberbefehlshabers soll über den japanischen Regierungsapparat und die japanischen Regierungsstellen einschließlich

Übersichtskarte von Japan



des Kaisers ausgeübt werden. Während der Londoner Außenministerkonferenz vom 10. bis 27. September 1945 (vergleiche Europa-Archiv I/50) erfuhr diese autonome Politik der Vereinigten Staaten heftige Angriffe. Während der Moskauer Außenministerkonferenz vom 16. bis 26. Dezember 1945 wurde eine Fernost-Kommission aus Vertretern derjenigen Länder, die sich am Kampf gegen Japan beteiligt haben, vorgesehen (vgl. Europa-Archiv I/404 f.). Diese Kommission sollte in Washington tagen; der gleichfalls in



Moskau vorgeschlagene Alliierte Rat der vier Großmächte hatte dagegen seinen Sitz in Tokio. Der Vorschlag der Sowjet-Union, einen Kontrollrat gleich dem in Berlin zu gründen, wurde abgelehnt.

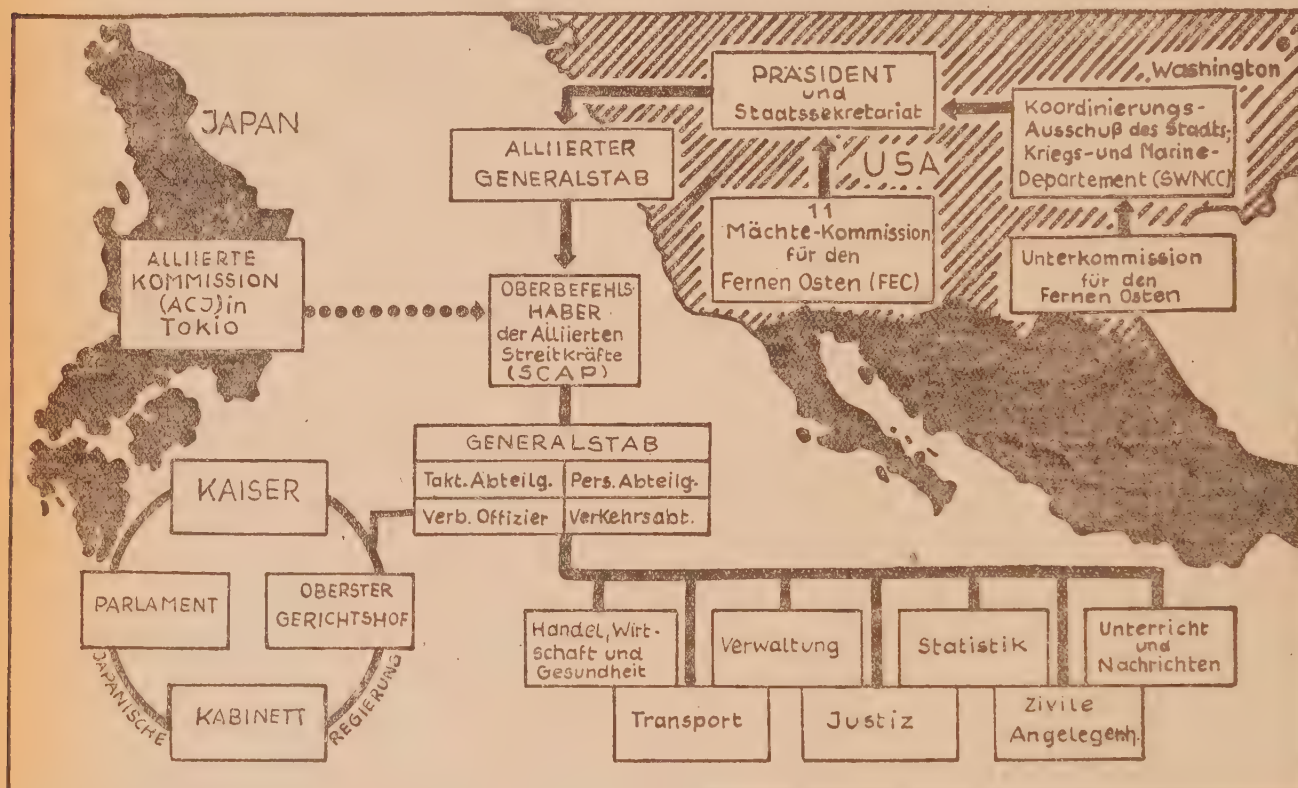
Seit Januar 1946 ist der alliierte Kontrollapparat für Japan folgendermaßen aufgebaut:

An Stelle der Fernöstlichen Beratenden Kommission, die am 10. Oktober 1945 gegen den Wunsch der Sowjet-Union von den Vereinigten Staaten einberufen worden war, ist die Fernost-Kommission (*Far Eastern Commission, FEC*) getreten, in der Australien, China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Kanada, die Niederlande, Neuseeland, die Philippinen, die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten vertreten sind. Diese Kommission soll die Grundsätze der Besatzungspolitik für Japan ausarbeiten. Ihre Zuständigkeit erstreckt sich jedoch nicht auf militärische oder territoriale Angelegenheiten. Diese werden von den Vereinigten Staaten

selbständig erledigt. Die Fernost-Kommission befaßt sich besonders mit den wirtschaftspolitischen und handelspolitischen Problemen der Besetzung. Sie nimmt aber auch zu den Direktiven Stellung, die der Oberbefehlshaber, General MacArthur, durch seine vorgesetzten amerikanischen Dienststellen empfängt, und kann sich mit den Entscheidungen, die General MacArthur kraft seiner Stellung trifft, befassen.

Zur Festlegung der Politik der Vereinigten Staaten in Japan wurde ein Koordinationsausschuß aus Vertretern des Außen-, des Kriegs- und des Marineministeriums (*State-War-Navy-Coordination-Council, SWNCC*) geschaffen. In militärischen Fragen zieht dieser Ausschuß die Stabschefs der Vereinigten Staaten (*Joint Chiefs of Staff, JCS*) zu Rate, in Verwaltungsfragen eine Unterkommission des Außenministeriums für den Fernen Osten, an deren Spitze John Carter Vincent steht. Fragen von besonderer Wichtigkeit werden dem Präsidenten persönlich vorgelegt.

Die Alliierte Kontrollorganisation für Japan\*)



\*) Statt Alliierten Generalstab lies: Vereinigte Stabschefs (JCS).

Die Bescheide der Fernost-Kommission und die Anweisungen (directives) des Koordinationsausschusses gehen General MacArthur in der Form von Direktiven der Stabschefs der Vereinigten Staaten zu. In dringenden Fällen darf dieser Instanzenweg abgekürzt werden. Alle Verordnungen bedürfen aber dann der nachträglichen Überprüfung durch die Fernost-Kommission. General MacArthur als Oberbefehlshaber aller Streitkräfte in Japan, die sich neben den amerikanischen Truppen auch aus Verbänden des britischen Weltreiches zusammensetzen, erteilt seinerseits über die verschiedenen Abteilungen seines Stabes Anweisungen an die japanischen Ministerien und überprüft deren Durchführung (siehe Abbildung). General MacArthurs Hauptquartier einschließlich der Militär- und Zivilmissionen wird als SCAP (*Supreme Commander Allied Powers*) bezeichnet. Als beratende Körperschaft steht MacArthur die Alliierte Kommission für Japan (*Allied Council Japan, ACJ*) aus Vertretern Chinas, der Britischen Völkergemeinschaft und der Sowjet-Union unter dem Vorsitz des Stellvertreters MacArthurs zur Seite. Besondere Aufgaben werden durch eigene Kommissionen, zum Beispiel die Reparationskommission unter Edwin S. Pauley, die Unterrichtskommission unter Dr.

George D. Stoddard, die Dekartellisierungskommission unter Corvin D. Edwards und die Verfassungskommission unter Brigadegeneral Courtney Whitney, wahrgenommen.

Während in Deutschland vier Besatzungsmächte gleichberechtigt in vier getrennten Zonen regieren, ist Japan ungeteilt den Vereinigten Staaten unterstellt worden und konnte seine eigene Regierung behalten. Die 37 000 Mann starke Besatzungstruppe der Britischen Völkergemeinschaft, die sich aus englischen und schottischen Gardeeinheiten, Indern, Australiern und Neuseeländern zusammensetzt, erfüllt ausschließlich militärische Aufgaben und hat keine eigene Besatzungszone; sie untersteht dem Oberbefehl General MacArthurs. Im Januar 1947 wurden bedeutende Veränderungen in der Zusammensetzung dieses Truppenkontingentes angekündigt. Nach einem Besuch des persönlichen Vertreters des britischen Premierministers Attlee, Generalleutnant D. A. Gaidner, bei der Australischen Bundesregierung wurde bekannt gegeben, daß die etwa 15 000 Mann starke britisch-indische Besatzung zurückgezogen werden soll. Australier und Neuseeländer werden dafür zusätzlich Besatzungstruppen stellen. Das Interesse der Britischen Völkergemeinschaft



rung der amerikanischen Wirtschaft. Die amerikanischen Politiker hatten aber mit diesem Gesetz ihr Versprechen, die Philippinen auf ihre Unabhängigkeit vorzubereiten, nicht wirklich eingehalten.

Der Versuch des gemeinsamen Vorbereitungsausschusses (Joint Preparatory Committee on Philippine Affairs) von 1937, die zehnjährige Übergangszeit auf 25 Jahre zu erweitern, blieb ohne weitere Folgen. Er zeigte nur, daß immer noch Strömungen innerhalb Amerikas vorhanden waren, die einer Loslösung der Philippinen entgegenwirkten.

Im Dezember 1941 besetzten die Japaner Manila, die Hauptstadt der Philippinen (vgl. Europa-Archiv I/398). Der im November 1941 wiedergewählte Präsident Manuel Luis Quezon und das neue Parlament kamen nie dazu, ihre Vollmachten auszuüben.

Statt dessen leitete Jorge Vargas, den der nach den Vereinigten Staaten fliehende Quezon zu seinem Vertreter ernannt hatte, bis Oktober 1943 eine Übergangsregierung. Ihr folgte eine von den Japanern protegierte „Gesellschaft der Nationalen Dienste“ (Kalipaba), die als Nationalversammlung zusammentrat und eine zwanzig Mitglieder umfassende Kommission zur Vorbereitung der philippinischen Unabhängigkeit ernannte. Ihr Vorsitzender war José Laurel, früher Senator und Innenminister. José Julo, ehemals Präsident des Obersten Gerichtshofs, zählte zu ihren Mitgliedern. Bald darauf wurde Laurel zum Präsidenten der philippinischen Republik ernannt. Im Januar 1944 stellte er sein erstes Kabinett zusammen. Vargas wurde in der Zwischenzeit zum Bürgermeister von Manila, dann zum Präsidenten der Exekutivkommission der Philippinen und schließlich zum Gesandten für Japan ernannt.

Manuel Roxas verblieb im Lande, obwohl er Finanzminister und später Generaladjutant MacArthurs gewesen war und diesen bei seiner Flucht vor den Japanern tatkräftig unterstützt hatte. Er war in den fünfundzwanzig Jahren vor der japanischen Besetzung nacheinander Gouverneur von Capiz, Präsident des Parlaments unter Sergio Osmena und Mitglied der Nationalversammlung gewesen. Nun bekleidete er die Ämter des Senatspräsidenten und des Vorsitzenden der wirtschaftlichen Plankommission und war Mitglied des Kabinetts Laurel. Er beteiligte sich auch an der Ausarbeitung der von den Japanern inspirierten neuen Verfassung.

Neben dem von den Japanern ausgeschalteten Kabinett Laurel bildete sich eine Exilregierung in Washington, wo Sergio Osmena Nachfolger des verstorbenen Manuel Luis Quezon wurde. Auf Luzon bildete sich als dritter politischer Faktor eine Widerstandsbewegung. Unter dem Namen *Hukbalahap* hatten sich die Bauern mit Sozialisten, Kommunisten, Liberalen und Arbeiterführern 1942 zusammengeschlossen. Sie führten einen Partisanenkrieg gegen die Japaner und gegen die kollaborierenden Großgrundbesitzer.

Diese forderten noch auf Grund von Privilegien aus der Zeit der spanischen Herrschaft bis zu 50 Prozent der Ernte als Pacht. Die unfreien Bauern waren vielfach in Rückstand geraten und schwer verschuldet. Die Hukbalahaps hofften, wenn auch keine Enteignung, so doch eine Herabsetzung der Pacht erreichen zu können. Andere kleinere Gruppen von Partisanen scharten sich um die zurückgebliebenen Gruppen der amerikanischen Armee, die sich in das Innere der Insel zurückgezogen hatten.

Als die Amerikaner unter General MacArthur im Oktober 1944 die Philippinen befreiten, brach der Kampf zwischen diesen verschiedenen Parteien aus, die alle Anspruch auf Beteiligung an der Regierung erhoben.

Die im Lande gebliebenen philippinischen Politiker behaupteten, durch ihre geschickte Politik die Auswirkung der japanischen Herrschaft gemildert zu haben. Präsident Laurel habe zum Beispiel mit seinem Rücktritt gedroht, als die Japaner auf den Philippinen die allgemeine Wehrpflicht

einführen wollten. Sie verzichteten daher keineswegs darauf, weiterhin einen maßgeblichen politischen Einfluß auszuüben.

Osmena wurde von Mac Arthur aus Amerika zurückgerufen. Er traf am 25. Februar 1945 ein, vermochte aber nicht, bei der Bildung seines Kabinetts eine Koalition zu bilden, da der Senat unter der Präsidentschaft Roxas' ihn zwang, zwei Führer der Hukbalahaps, *Confesor* und *Kabili*, auszustoßen.

### Die Unabhängigkeitserklärung

Im April 1946 wurden neue Wahlen ausgeschrieben. Sowohl Präsident Roosevelt wie auch Präsident Truman hatten sich gegen die „Kollaborationisten“ ausgesprochen. Der Staatsanwalt Walter Hutchinson wurde mit der Beschaffung von Unterlagen für einen Kriegsverbrecherprozeß beauftragt, der jedoch wegen der Undurchsichtigkeit der Lage nicht stattfand. So wurde Manuel Roxas, gestützt durch General MacArthur und Mac Nutt, als Gegenkandidat zu Osmena aufgestellt. Roxas, der jüngere und energischere, galt einerseits als Vertreter liberaler Auffassungen, andererseits als Freund der Zuckerproduzenten und Großgrundbesitzer. Er siegte über den ritterlichen, zu sehr der Tradition des politischen Konservatismus und den Regierungsgewohnheiten aus der Zeit der Abhängigkeit verpflichteten Osmena mit 958 294 gegen 822 836 Stimmen. Auch Roxas' Kandidat für die Vizepräsidentschaft, Elpidio Quirino, wurde gewählt. Am 28. Mai 1946 trat Roxas sein Amt als dritter philippinischer Präsident an.

Wenige Monate darauf wurde am 4. Juni 1946 durch Präsident Truman die Unabhängigkeit der Philippinen auf Grund der Zusage von 1934 erklärt (vgl. Europa-Archiv I/416).

Die wirtschaftlichen Probleme blieben jedoch ungelöst. Die philippinische Wirtschaft war fast ganz auf die Bedürfnisse der Vereinigten Staaten ausgerichtet, die 1939 etwa 75 Prozent der philippinischen Ausfuhr im Werte von etwa 92 Millionen Dollar aufnahmen. Von den drei Hauptprodukten Zucker, Kokosnuß und Abaca (Manilahanf) wurden 99, beziehungsweise 79, beziehungsweise 31 Prozent nach den Vereinigten Staaten ausgeführt (1939). Insgesamt schätzte man die amerikanischen Investitionen auf 258 Millionen Dollar.

Während der Übergangszeit war versäumt worden, die philippinische Wirtschaft auch auf die Bedürfnisse anderer Absatzmärkte einzustellen, obwohl das von warnenden Stimmen in den Vereinigten Staaten und in den Philippinen verlangt worden war. Die zu erwartenden wirtschaftlichen Folgen der völligen Unabhängigkeit rückten nun zum erstenmal in greifbare Nähe. Es erwies sich nun, daß die wirtschaftlichen Bindungen auch die politische Unabhängigkeitserklärung überdauern würden. Das Problem der Abhängigkeit vom Ausland wurde damit nur auf eine andere Ebene verlagert.

Am 30. April 1946 erließen die Vereinigten Staaten das *Bell-Tyding-Gesetz* nach dem Vorbild des Sonderhandelsvertrages, der 1934 mit Kuba abgeschlossen worden war. Die darin vorgesehene wirtschaftliche Unterstützung der Philippinen trägt freilich den Vereinigten Staaten von vielen Seiten den Vorwurf ein, daß sie ihre politischen Handlungen durch wirtschaftliche Maßnahmen wieder rückgängig machen. Das Gesetz sieht die Festsetzung von Einfuhrquoten, vor allem für Zucker, Reis, Kokosöl, Hanf, Zigarren, Einlagetabak, Perlmutter und Schrott vor, die denjenigen Produzenten zugeweiht werden sollen, die schon 1940 in diesen Branchen tätig waren. Der Einfuhr aus den Vereinigten Staaten nach den Philippinen sind keine Grenzen gesetzt. Beide Länder verzichten auf diskriminierende Besteuerung. Amerikanische Staatsangehörige erhalten Schutz gegen handelspolitische und geschäftliche Benachteiligung. Bis 1954 soll der Warenaustausch zwischen den beiden Ländern zollfrei sein. Von 1954 bis 1974 soll ein Zolltarif entwickelt werden, der auf dem amerikanischen Markt die philippinische Konkurrenz vermindert und die Philippinen anregt, sich Produktionen zuzuwenden, die neue Absatzmärkte finden.



Die Bestimmungen der *Trade Act* wurden seitens der beteiligten Staaten und auch im Ausland scharf kritisiert. Die Verteilung der Quoten nach dem Stand von 1940, so hieß es, schütze die damals vorhandenen Interessen, benachteilige aber die neu hinzukommenden Unternehmer. Die geschäftliche und handelspolitische Gleichstellung aber begünstige in Wahrheit nur die Amerikaner.

### Die Nachkriegsprobleme der Philippinen

Die wirtschaftlichen Kriegsschäden der Philippinen wurden durch Osmena auf 70 Prozent des Bergbaues, 60 Prozent des Transportwesens, 6 Prozent der Zuckerindustrie und 5 Prozent der Kokosölproduktion geschätzt. Gleichzeitig mit dem Bell-Tyding-Gesetz (*Trade Act*) erließ daher der Kongreß der Vereinigten Staaten ein Rehabilitierungsgesetz, das den Wiederaufbau der Philippinen durch Anleihen in Höhe von 620 Millionen Dollar und die Kompensation von Kriegsverlusten aus überschüssigem Heeresgut vorsieht.

Übersichtskarte der Philippinen



Dieses Gesetz wurde noch durch ein Kriegsentschädigungsgesetz (*War Damage Act*) ergänzt. Danach soll eine amerikanische Kommission die privaten Forderungen der Kriegsgeschädigten prüfen, für deren Deckung 400 Millionen Dollar vorgesehen sind. Weitere 120 Millionen Dollar sind für öffentliche Bauten und 100 Millionen Dollar für die Bereitstellung überschüssigen Heeresgutes in Aussicht genommen. Die Durchführung dieser Gesetze wurde jedoch von der Annahme der *Trade Act* durch das philippinische Parlament abhängig gemacht. Artikel IV des Rehabilitierungsgesetzes besagt: „Zahlungen, die unter Artikel I vorgesehen sind und den Betrag von 500 Dollar überschreiten, dürfen nicht gemacht werden, ehe zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und der Regierung der Philippinen ein

Durchführungsabkommen zustande gekommen ist und entsprechende Bedingungen, die für die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern vorgesehen sind, in Kraft treten.“

Die Vorteile des Rehabilitierungsgesetzes und des Kriegsschädengesetzes waren also aufs engste mit der Annahme der *Trade Act* und dadurch mit der Fortdauer des wirtschaftlichen Einflusses der Vereinigten Staaten verbunden.

Bei Inkrafttreten der Unabhängigkeitserklärung blieben auch die militärischen Klauseln des Tydings-MacDuffie-Gesetzes von 1934 in Kraft und beschränken nun die Bewegungsfreiheit der Philippinen. Die Besatzung ist zwar bereits im Sommer 1946 auf 69 000 Mann vermindert worden, die hauptsächlich zur Bewachung der großen Vorratslager der amerikanischen Streitkräfte verwendet werden. In der Umgebung der Haupt- und Hafenstadt Manila wurden jedoch auch militärische Stützpunkte aufrecht erhalten. Die starke Inanspruchnahme des Hafens durch die Kriegsflotte der Vereinigten Staaten führte außerdem zu beachtlichen Verzögerungen des Schiffsverkehrs.

Die philippinische Regierung war sich darüber klar, daß sie diese militärischen und wirtschaftlichen Beschränkungen ihrer Unabhängigkeit in Kauf nehmen müsse. Um so unnachgiebiger zeigte sie sich gegenüber ihren inneren Feinden. Der Kampf zwischen den Hukbalahaps, die sich im Gegensatz zu den übrigen Partisanen auf die Seite Osmenas gestellt hatten, und dem Großgrundbesitz, damit der Partei Roxas', dauerte auch nach den Wahlen fort. Ende Mai 1946 wurde berichtet, daß die 75 000 Mann starke „Huk“-Partei mit etwa 12 000 bewaffneten Partisanen Zentral-Luzon terrorisiere, Beiträge von steuerähnlichem Charakter einziehe, den Beitritt zur sozialistischen oder kommunistischen Partei erzwingen, alle Regierungsgebäude besetzt halte und den Markt beherrsche.

Roxas versuchte bei Regierungsantritt, mit philippinischen Truppen, Polizeiverbänden und scharfen Verboten gegen die Huks vorzugehen. Gleichzeitig versprach er ihnen landwirtschaftliche Reformen zur Beseitigung der alten Mißstände. Noch im Juni 1946 schätzten amerikanische Berichte die Zahl der unerlaubt zurückbehaltenen Waffen auf 300 000. Im Juli wurden davon etwa 11 000 abgeliefert. Im Oktober 1946 wurde berichtet, daß die Huks nur noch als Veteranenvereinigung fortbestehen. Als solche üben sie jedoch scharfe Kritik an Roxas, der weder die Pachten gesenkt noch andere Landreformen durchgeführt habe und sich damit begnüge, dem Kongreß zu empfehlen, diese Fragen zu behandeln.

Um sich die notwendige Stimmenmehrheit im Parlament zu sichern, erklärte Roxas, die Wahlen in den vier von den „Huks“ beherrschten Provinzen seien nicht ordnungsgemäß abgelaufen, und schloß ohne weitere Untersuchung zehn Vertreter der „Huks“ vom Parlament aus, darunter Louis Taruc, ihren Führer. Dieses eigenmächtige Vorgehen und die Tatsache, daß Roxas sich vorwiegend mit vermögenden Beratern spanischer Herkunft umgab, trugen ihm den Vorwurf ein, er strebe nach dem Muster Francos in Spanien eine faschistische Diktatur an. Auch die amerikanische Presse griff diesen Vorwurf auf und benutzte ihn verschiedentlich zu Angriffen gegen die Politik General MacArthurs.

Trotz dieser Auseinandersetzungen erscheint die Position der Philippinen seit ihrer Unabhängigkeitserklärung in großen Zügen festgelegt und nicht durch die inneren Gefahren bedroht, die die übrigen Gebiete Südostasiens auf ihrem Weg zur Unabhängigkeit noch zu meistern haben.



## Die Lage in China

Als am 26. Juni 1945 die Delegierten von 51 Nationen in San Franzisko die Charta der Vereinten Nationen unterzeichnen wollten, ließ man China, dem Lande, das als erstes in den Strom der kriegerischen Verwicklungen hineingerissen worden war, die Ehre, als erstes Land die Charta der Vereinten Nationen zu unterzeichnen. Diese freundliche Geste, in der sich auch die Hochachtung der Welt vor der jahrtausendealten chinesischen Kultur ausdrückte, konnte jedoch niemand darüber hinwegtäuschen, daß das Land noch weit davon entfernt war, als freies und wahrhaft selbständiges Mitglied in die Gemeinschaft der Nationen eintreten zu können und die Rolle, die ihm unter den Großmächten offengehalten wurde, zu erfüllen. Zwar verzichteten Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einem Abkommen vom 10. Oktober 1942, das am 11. Januar 1943 ratifiziert wurde, auf die Ausübung ihrer extraterritorialen Rechte und ihrer eigenen Gerichtsbarkeit in China. Am 28. Februar 1946 folgte Frankreich diesem Beispiel, und gegen Ende des gleichen Jahres wurden auch mit Portugal Verhandlungen aufgenommen, um die letzten äußeren Spuren der Sonderstellung der Kolonialmächte in China auszulöschen. Wenn so auch die äußeren Zeichen der Abhängigkeit verschwanden, so blieb doch der Einfluß fremder Mächte, der neuen Weltlage entsprechend, in neuen Formen mit neuen Zielen bestehen. Es blieben aber auch die inneren Gegensätze und Kämpfe, die das Land seit der Revolution von 1912 nahezu unausgesetzt heimsuchten.

Das Ineinandergreifen ausländischer Einflüsse und interner Verwicklungen, die immer wieder zum offenen Bürgerkrieg ausarten, macht China zu einem der gefährdetsten Gebiete der an Spannungen so reichen Nachkriegswelt.

### Zeittafel

- |   |   |
|---|---|
| <p>26. 8. 1842 Friede von Nanking und Ende des Opiumkrieges. Die Städte Schanghai, Ningpo, Futschou und Amoy werden allen Fremden zur Gründung von Niederlassungen und für den Handel geöffnet. Großbritannien erhält Hongkong und 27 Millionen Dollar Entschädigung.</p> <p>1844 Erster Vertrag Chinas mit den Vereinigten Staaten.</p> <p>1856/1860 Krieg mit Großbritannien. Niederlage Chinas. Peking wird besetzt.</p> <p>1860 Chinesische Reformversuche unter Tschang-Tschitung (Hanlin-Bewegung).</p> <p>1864 Vertrag mit Spanien.</p> <p>1866 Staatsvertrag mit Italien.</p> <p>12. 11. 1866 Sun-Jatsen in einem Dorf bei Kanton geboren.</p> <p>1878 9 Millionen Chinesen sterben den Hungertod.</p> <p>1884/1885 Der Kaiserhof flieht aus Peking.</p> <p>1888 Gründung der liberalen Reformpartei Kang-Juwei, die eine konstitutionelle Monarchie anstrebt.</p> <p>25. 7. 1894/1895 Chinesisch-japanischer Krieg.</p> <p>17. 4. 1895 Friede von Schimonoseki: Japan erhält Formosa und die Pescadores-Inseln und etwa 750 Millionen Mark Kriegsentschädigung, die zum Teil durch russisch-französische und zum Teil durch englisch-deutsche Anleihen gedeckt wird. Staatsvertrag mit Japan. Frankreich, Rußland und Deutschland intervenieren zu Gunsten Chinas.</p> <p>1895 Sun-Jatsen zettelt einen ergebnislosen Aufstand in Kanton an. Gründung der Gesellschaft zur Erneuerung der Provinzialregierung.</p> <p>1895/1907 Sun-Jatsen in Japan.</p> <p>1896 Abkommen mit Frankreich. Die Provinzen Hainan, Jünnan, Kwangsi und Kwantung werden französische Interessensphäre. Geheimvertrag zwischen China und Rußland (vgl. Europa-Archiv I/411).</p> <p>1897/1899 Weitere Konzessionen an Frankreich.</p> <p>6. 3. 1898 Tsingtau und die Kiautschoubucht werden für 99 Jahre an Deutschland verpachtet. Die Eisenbahnen und Kohlenbergwerke werden deutschen Interessen vorbehalten. Rußland folgt dem Beispiel Deutschlands: es pachtet die Halbinsel Kwantung und sichert sich die Vorhand auf der Südmandschurischen Eisenbahn. Großbritannien behält sich das Jangtse-Tal als Interessensphäre vor und verlängert die Pacht von Kaulung auf der gegenüberliegenden Küste von Hongkong. Für die Zeit der britischen Handelsvorherrschaft darf Großbritannien den Generalinspektor für den Seezoll ernennen.</p> <p>1898 Großbritannien und Deutschland grenzen ihre Interessensphären ab. Ein Staatsstreich der Kaiserin-Witwe Tse-si setzt den Reformbewegungen ein vorläufiges Ende. Versuch, die innenpolitischen Unruhen auf das außenpolitische Feld abzulenkten. Herausgabe der drei Grundsätze Sun-Jatsen's: Volkswohlfahrt, Volkssouveränität, Volksnationalismus.</p> | <p>6. 9. 1899 Die Note des amerikanischen Außenministers John Hay fordert die „Offene Tür“ in China (open door doctrine): gleiche Handelsmöglichkeiten für alle in China. Damit wird dem Versuch, China in eine Kolonie zu verwandeln, ein Ende gesetzt.</p> <p>Juni 1900 Boxeraufstand. Der Kaiserhof flieht nach Tsinanfu. Eine internationale Militärexpedition schlägt den gegen die Ausländer gerichteten Aufstand nieder.</p> <p>1901 Boxerprotokoll. China muß 450 Millionen Taels als Entschädigung zahlen. Eine Salzsteuer und erhöhter Seezoll dienen zur Deckung. Ausländisches Militär darf in der Hauptstadt und auf der Strecke Tientsin-Peking gehalten werden. Die Waffeneinfuhr wird für zwei Jahre verboten, die Mandschu-Herrschaft mit ausländischer Hilfe wiederhergestellt. Modernisierung des Verwaltungssystems unter Juan-Schikai und Tschang-Tschihing.</p> <p>1904 Die Schrift Sun-Jatsen's: „Die wahre Lösung der chinesischen Frage“ erscheint.</p> <p>1905 Gründung der Revolutionsliga Tung-Menhui unter Sun-Jatsen mit dem Sitz in Kanton. Die Regierung in Peking verspricht eine Verfassung.</p> <p>1906 Tschiang-Kai-Schek schließt sich Sun-Jatsen an.</p> <p>Januar 1908 Erste Schritte zur Bildung einer konstitutionellen Monarchie. Britisch-deutsch-chinesischer Vertrag über den Bau der Bahn Tientsin—Pukau—Nanking.</p> <p>1908 Kaiser und Kaiserin-Witwe sterben. Juan-Schikai wird entlassen.</p> <p>1911 Die Bevölkerung ist seit 1885 um 53 Millionen auf 430 Millionen angewachsen. Große Hungersnot. Eine Währungsanleihe von 10 Millionen Dollar wird im Ausland zur Behebung der schlechten Finanzlage aufgenommen.</p> <p>10. 10. 1911 Oktober-Revolution. Die Mandschu-Dynastie wird gestürzt.</p> <p>1. 1. 1912 Die Chinesische Republik ausgerufen. Juan-Schikai kehrt zurück und wird zum ersten provisorischen Präsidenten der Chinesischen Republik ernannt.</p> <p>12. 8. 1912 Gründung der Kuomintang (chinesische nationale Volkspartei), die die Tung-Menhui aufnimmt.</p> <p>1912 Die Nankinger provisorische Verfassung sieht die parlamentarische Kontrolle der Regierung vor.</p> <p>1913 Erste Schulreform.</p> <p>November 1913 Auflösung der Kuomintang und damit des Parlaments durch Juan-Schikai.</p> <p>15. 11. 1913 Chinesisch-russischer Vertrag erkennt die Autonomie der Äußerer Mongolei an.</p> <p>1914 Autonomie von Tibet wird durch China anerkannt. Das Abkommen wurde aber nie ratifiziert.</p> <p>18. 3. 1914 Juan-Schikai beruft einen Verfassungsgebenden Rat ein. Die zweite provisorische Verfassung in China sieht eine Diktatur mit beratenden Körperschaften vor. Juan-Schikai versucht, den Thron zu besteigen; die ihm feindlich gesinnten Revolutionäre des Südens widersetzen sich dem und fordern seine Absetzung. Juan-Schikai stirbt darüber am 6. Juli 1916.</p> <p>1915 In 21 Punkten fordern die Japaner die Aufsicht über</p> |
|---|---|



alle wichtigen Regierungsstellen der chinesischen Regierung.

1916 Nach dem Tode Juan-Schikai's wird die Nankinger provisorische Verfassung wieder in Kraft gesetzt. Präsident wird Li-Juanhung, Premierminister Juan-Tschijui. Die Partei Juan-Tschijui's (Anfu Clique) rivalisiert mit der Partei Feng-Kuotschang.

14. 8. 1917 China erklärt Deutschland den Krieg.

1918/1920 Die Partei von Juan-Tschijui siegt über die Gegenpartei und regiert in Peking.

1919 China versucht vergebens in Versailles, die Abmachungen mit Japan von 1915 rückgängig zu machen.

1920 Juan-Tschijui wird durch Tsao-Kun, den Nachfolger von Feng-Kuotschang, und Tschang-Tsolin vertrieben.

1920/1922 Kampf zwischen den Parteien Tschang-Tsolin's und Tsao-Kun's.

20. 5. 1921 Abkommen zwischen Deutschland und China: Deutschland unterstellt seine Staatsangehörigen der chinesischen Gerichtsbarkeit und Zollhoheit und verzichtet auf alle Privilegien aus der Vorkriegszeit.

1921 Zweimächte-Abkommen zwischen China und Japan: Rückgabe Schantung an Japan. Abmachung in Washington, die ausländischen Postämter in China aufzulösen.

6. 2. 1922 Neunmächte-Vertrag über China in Washington. Offene-Tür-Politik gegenüber China.

1922 Tschang-Tsolin wird von Wu-Peifu und Feng-Juhsiang, die früher Tsao-Kun unterstanden, vertrieben.

1922/1924 Wu-Peifu regiert in Peking, doch seine Macht reicht nicht über die Mauern der Stadt hinaus.

1923 Gemeinsame Erklärung des Sowjet-Botschafters Joffe und Sun-Jatsen's. Die Sowjet-Union versichert Sun-Jatsen ihrer Unterstützung, um die Einigkeit und Unabhängigkeit Chinas herbeizuführen, und verzichtet auf jeden Versuch sowjetischer Einflußnahme. Sun-Jatsen baut die Kuomintang mit Hilfe des sowjetischen Beraters Borodin in Kanton neu auf.

1924 Wu-Peifu wird von Fen-Juhsiang aus Peking vertrieben, Feng-Juhsiang, Tschang-Tsolin und Juan-Tschijui bilden eine neue Regierung in Peking.

1924 Verzicht der Sowjet-Union auf alle Vorrechte in China einschließlich der Mandschurei.

28. 1. 1924 Erster Parteikongreß der Kuomintang. Das Parteimanifest wird angenommen und der Nationalkongreß zum Organ der Parteipolitik ernannt. Zwischen den Sitzungen vertreten das zentrale Exekutivkomitee und das Aufsichtskomitee den Parteikongreß. Gründung der Whampoa-Akademie in Kanton, die die Basis für die Nationalarmee bildet.

2. 4. 1924 Schrift Sun-Jatsen's: „Fundamente des nationalen Wiederaufbaus“ erscheint.

12. 3. 1925 Sun-Jatsen stirbt. Tschiang-Kai-Schek tritt das Erbe Sun-Jatsen's an.

1926 Handstreich von Tschiang-Kai-Schek in Kanton. Erster Bruch mit den Kommunisten und damit mit den Russen. Um die Zersplitterung der Kuomintang zu verhindern und den Kampf gegen den Imperialismus erfolgreich durchzuführen, wird ein Feldzug gegen die nördlichen Militärgouverneure beschlossen. In dem rasch eroberten Hankou schlägt der linke Flügel des zentralen Exekutivkomitees seinen Sitz auf.

1927 Sommer Tschiang-Kai-Schek ernennt Nanking zum Sitz des rechten Flügels des zentralen Exekutivkomitees. General Feng-Juhsiang, der die nordwestlichen Provinzen beherrscht, und General Jen-Schisan, Gouverneur von Schansi, schließen sich der Antikomintern-Regierung in Nanking an. Somit entziehen sich nuremehr Nordchina (Nganhwei, Petschili und Schantung) und die Mandschurei dem Herrschaftsbereich Tschiang-Kai-Scheks.

1928 Frühjahr Tschiang-Kai-Schek vertreibt Tschang-Tsolin in einem Feldzug gegen den Norden aus seinen Provinzen. — Nanking wird zur Hauptstadt bestimmt.

1. 9. 1928 Das neue Strafgesetzbuch und die neue Strafprozeßordnung treten in Kraft.

4. 10. 1928 Das Organisationsgesetz der Nationalregierung wird herausgegeben und damit die erste Phase der Revolution, die militärische Eroberung, durch die zweite Phase, die politische Vormundschaft, abgelöst. Das höchste Organ der Regierung bildet der Staatsrat, ihm

unterstehen die von Sun-Jatsen geforderten fünf Regierungsgewalten: Verwaltungshof, Gesetzgebungshof, Justizhof, Prüfungshof und der Zentrale Politische Rat; der letztere, gebildet aus Mitgliedern des Zentralen Exekutivkomitees und des Zentralen Staatsrats, schafft die persönliche Verbindung zwischen der Partei und der Regierung.

25. 10. 1928 Gesetz zur Bildung einer provisorischen Regierung.

1. 2. 1929 Ein neues Zollgesetz tritt in Kraft, nachdem in Einzelverhandlungen die chinesische Zollautonomie anerkannt worden ist.

1929/1933 Kampf Tschiang-Kai-Schek's mit Hilfe Tschang-Hsue-liang's, des Sohnes Tschang-Tsolin's, gegen die nördlichen Generale Feng-Juhsiang und Jen-Schisan, gegen die südlichen Kwangsi- und Kwangtung-Generale und die wachsende kommunistische Macht in Südchina. Japan wird daneben als der geringere Feind betrachtet.

30. 4. 1930 Rückgabe des gepachteten Gebietes Weihaiwei durch Großbritannien an China.

12. 5. 1931 Das Organisationsgesetz wird durch die provisorische Verfassung ersetzt, die die Position des Vorsitzenden des Staatsrates stärkt. Ende der politischen Vormundschaft für 1935 vorgesehen.

18. 9. 1931 Beginn des japanischen Feldzugs in der Mandschurei.

1. 1. 1932 Alle Versuche, die chinesische Gerichtsbarkeit auf Ausländer auszudehnen, scheitern; es werden Fortschritte in der Aufhebung der Exterritorialitätsrechte gemacht.

27. 1. 1932 Landung der japanischen Marine in Schanghai, Kampf mit chinesischen Truppen. Im Waffenstillstandsabkommen wird das Gebiet um Schanghai zur entmilitarisierten Zone erklärt.

3. 3. 1933 Eroberung von Schekol durch die Japaner.

25. 5. 1933 Schantung-Zwischenfall: im Tangku-Waffenstillstandsabkommen mit Japan wird die Peiping-Tientsin-Zone seitens der Chinesen entmilitarisiert.

1933 Die Herrschaft der Kommunisten erstreckt sich über die Provinzen Kiangsi und Fukien und über Teile von Hupeh Kwangtung, Hunan, Nganhwei. In diesem Gebiet führen die Kommunisten mit Erfolg landwirtschaftliche und andere Reformen durch. In Kwangtung und Kwangsi herrscht der linke Flügel der Kuomintang und erhebt den Anspruch, der alleinige Vollstrecker des Testaments Sun-Jatsen's zu sein. Die Verbindungen mit Nanking sind nicht ganz abgebrochen. In Nanking führt der Finanzminister T. V. Sung eine erfolgreiche Finanzpolitik. Auch außenpolitische Erfolge und Fortschritte im Aufbau des Verkehrswesens sind zu verzeichnen.

5. 4. 1934 General von Seeckt wird als militärischer Berater nach Nanking berufen.

1934 Nach vielen erfolglosen Feldzügen zwingt Tschiang-Kai-Schek die Kommunisten, das südliche Zentrum Chinas zu räumen. Es gelingt den Kommunisten jedoch ein Durchbruch in den Nordwesten, wo sie die Grenzgebiete der Provinzen Kweichow, Szetschuan und Honan neu besetzen und sich auf die schon bestehenden kommunistischen Zentren in Schensi und Kansu zurückziehen. Damit geraten die Kommunisten in die Nähe der Sowjet-Union und der japanisch besetzten Gebiete.

Die chinesische Luftwaffe wird mit Hilfe von Amerikanern, Deutschen und Italienern aufgebaut. Der Völkerbund nimmt den Bericht über die Unterstützung Chinas in seinem Aufbau an.

4. 11. 1935 China geht von der Silberwährung ab.

1935 In Ost-Hopei und in Tschakhar werden je eine autonome Regierung unter japanischem Einfluß gebildet. Die führenden Kommunisten schlagen eine neue Politik eines Bündnisses mit der Kuomintang zur Bildung einer demokratischen Einheitsfront gegen Japan vor.

1936 Frieden zwischen dem linken Flügel der Kuomintang in Süchina und dem rechten Flügel in Nanking. Zwischen den Nordchinesischen Provinzen und der Mandschurei wird eine Zoll- und Währungseinheit geschaffen.

12. 12. 1936 Tschiang-Kai-Schek wird in Sian von seinen Untergebenen wegen seiner unnachgiebigen Politik gegenüber den Kommunisten und seiner nachgiebigen Poli-



7. 7. 1937 Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke in Peking löst den Krieg zwischen Japan und China aus.
- November 1937 Die Konferenz in Brüssel zur Beilegung des Krieges im Osten verläuft ergebnislos.
15. 12. 1937 Die erste Phase des chinesisch-japanischen Krieges wird mit der Übergabe Nankings an die Japaner beendet. Eine provisorische Regierung der chinesischen Republik wird von den Japanern in Peiping errichtet.
- Januar 1938 Die in Kiangsi und Fukien verbliebenen Kommunisten werden als Vierte Armee in den Kampf gegen Japan eingegliedert.
28. 3. 1938 Die neue „Reformierte Regierung der Chinesischen Republik“ wird in Nanking von den Japanern errichtet.
7. 2. 1938 Gründung der von den Japanern geförderten All-chinesischen Moslem-Liga in Peking.
- April 1938 Erster und einziger großer Sieg der Chinesen in der Schlacht von Taiertschuang.
26. 10. 1938 Die zweite Phase des chinesisch-japanischen Krieges wird durch die Eroberung von Hankou und Kanton beendet. Das „Freie China“ westlich der Linie Peking—Hankou—Kanton kann nur noch über die Sowjet-Union mit Karawanen und Lastautos, über Indochina mit der Jünnan-Eisenbahn und über Burma mit Lastautos beliefert werden.
15. 12. 1938 Die Vereinigten Staaten gewähren China über die Export-Import-Bank eine 15-Millionen-Dollar-Anleihe.

- 1938 Großbritannien gibt eine Anleihe von 450 000 Pfund, während die Sowjet-Union Material liefert und nur geringe Sicherungen dafür verlangt. Die ersten Partisanen werden im japanischen Hinterland eingesetzt.
- Mai 1939 Erster Luftangriff auf Tschungking.
30. 3. 1940 Die von den Japanern unterstützte Regierung Wang-Tschingwei tritt in Nanking ihr Amt an.
- 1940 Die Japaner sperren die Zufahrtstraße von Indochina nach Tschungking.
- 1941 Die Spannungen zwischen den Kommunisten und der Kuomintang verschärfen sich aufs neue.
1. 12. 1941 China erklärt den Krieg an Deutschland und Italien.
9. 12. 1941 Japan besetzt die ausländischen Konzessionen in China.
- 1942 8 Millionen Partisanen halten drei Fünftel des von den Japanern besetzten Gebietes ohne Unterstützung der Tschungking-Regierung.
29. 4. 1942 Die Burma-Straße wird von den Japanern durch die Eroberung Lhasios gesperrt.
10. 10. 1942 Die amerikanische und die britische Regierung verzichten auf alle exterritorialen Gebietsrechte in China.
1. 8. 1943 China übernimmt die Verwaltung der Jünnan-Eisenbahn von den Franzosen.
19. 10. 1943 China nimmt an der Konferenz in Moskau teil.
20. 11. 1943 In der Kairo-Konferenz beschließen Roosevelt, Churchill und Tschiang-Kai-Schek, den Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation Japans zu führen.

China und die Weltmächte

Die Sowjet-Union, die seit den dreißiger Jahren in gutem Einvernehmen zur chinesischen Zentralregierung\* in Nanking stand, hatte sich im Krieg gegen Japan als ein besonders hilfsbereiter Bundesgenosse erwiesen. Der chinesisch-russische Vertrag vom 14. August 1945 (siehe Dokumenten-anhang Seite 411) bestätigte diese Freundschaft und wirkte durch die maßvolle Haltung der Sowjet-Union überraschend auf die übrige Welt. Der Vertrag stärkte die Stellung der Regierung Tschiang-Kai-Scheks gegenüber ihren inneren Widersachern, insbesondere den chinesischen Kommunisten, festigte aber auch die Stellung der Sowjet-Union in den chinesischen Grenzgebieten Sinkiang, Mongolei und Mandschurei, in denen sie noch über die Einflußsphären aus der Zeit vor dem russisch-japanischen Krieg von 1904/1905 hinaus ihren bestimmenden Einfluß geltend machen konnte (vgl. „Die Verhältnisse in der Mandschurei“, Europa-Archiv I/391 ff.).

Von den beiden angelsächsischen Weltmächten traten im Verlauf des zweiten Weltkriegs nur die Vereinigten Staaten durch eine aktive Politik in China in Erscheinung. Da Großbritannien infolge seiner eigenen militärischen Beanspruchung keine wesentliche materielle Hilfe leisten konnte und auch strategisch nur durch seine Bemühungen um die Offenhaltung der Burma-Straße eine für China zwar bedeutungsvolle, aber doch nicht entscheidende Rolle spielen konnte, fiel den Vereinigten Staaten die Hauptaufgabe bei der Unterstützung Chinas im Kampf gegen Japan zu. Amerikanisches Kriegsmaterial, amerikanische Arzneimittel und amerikanische militärische Berater, unter denen die Generale Wedemeyer, Chenault und Stillwell besonders zu nennen sind, spielten eine wesentliche Rolle bei der Aufrechterhaltung des chinesischen Widerstandes.

Mit der Kapitulation Japans war der Hauptzweck der Anwesenheit amerikanischer Verbände und der direkten materiellen Unterstützung der Zentralregierung erfüllt. Die gewaltigen Veränderungen, die im ganzen ostasiatischen Raum durch den Zusammenbruch des japanischen Reiches eintraten, ließen jedoch eine schnelle Lösung der engen Verflechtung amerikanischer und chinesischer Interessen nicht zu. Amerikanische Flugzeuge und sonstiges im Rahmen des Leih- und Pachtgesetzes geliefertes Kriegs-

material waren auch noch nach der Kapitulation zur Durchführung der Demobilisierung der japanischen Verbände notwendig. Der Zusammenbruch Japans ließ aber auch die innerpolitischen Gegensätze zwischen der Zentralregierung

Übersichtskarte von China



und den Kommunisten, die selbst in den schwierigsten Phasen des Kampfes gegen Japan nie eingeschlafen waren, wieder aufflammen. In dem Wettrennen um die von den Japanern geräumten Positionen, das sich nun zwischen der Zentralregierung und den Kommunisten entwickelte, spielte die amerikanische Unterstützung eine nicht unwesentliche Rolle. So sahen sich die Vereinigten Staaten rasch in die innerpolitischen Wirren Chinas verstrickt.



Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Dezember 1945 beschlossen Großbritannien, Frankreich, die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten eine Politik der Nichteinmischung gegenüber China. Die amerikanische Politik hatte nun einen Ausgleich zu finden zwischen dem Wunsch, sich gemäß den Moskauer Vereinbarungen von den inneren Auseinandersetzungen Chinas zu distanzieren, und der Befürchtung, durch ihre Zurückhaltung eine Schwächung der Zentralregierung und damit eine weitere Steigerung der innerpolitischen Wirren herbeizuführen, ohne dem wachsenden Einfluß der Sowjet-Union begegnen zu können. Weiterhin hatte die amerikanische Politik auf die Offenhaltung des chinesischen Marktes, dem in der Wirtschaftspolitik der Vereinigten Staaten eine bedeutende Rolle zukam, Rücksicht zu nehmen. Angesichts dieser schwierigen Situation beauftragte Präsident *Truman* im Dezember 1945 den Stabschef der amerikanischen Streitkräfte, General *George C. Marshall*, der als einer der Hauptverantwortlichen für die Gesamtplanung der militärischen Operationen der Alliierten und als militärischer Berater Präsident *Roosevelts* auf den wichtigen Kriegskonferenzen in Quebec, Kairo, Teheran und Jalta über eine ungewöhnliche diplomatische Erfahrung verfügte, mit der Aufgabe, einen Vermittlungsversuch zwischen den streitenden Parteien in China einzuleiten. General *Marshall* traf Ende Dezember 1945 in China ein, nachdem Präsident *Truman* am 15. Dezember in einer Rede die Zentralregierung aufgefordert hatte, ihre Regierungsgrundlage zu erweitern und die politische Bevormundung des Volkes durch das Einparteiensystem der Kuomintang (Volkspartei) aufzugeben.

Zum vollen Verständnis der Aufgabe *Marshall's* ist es notwendig, sich vor Augen zu halten, daß Japan, die dritte ausländische Macht neben der Sowjet-Union und den Vereinigten Staaten, mit der sich China in den letzten Jahren besonders auseinanderzusetzen hatte, durch seine Kapitula-

tion vom 2. September 1945 völlig aus dem politischen Spiel ausgeschieden war und ein politisches Vakuum hinterlassen hatte, während es früher als selbständiger Faktor zwischen die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten getreten war und so zur Aufrechterhaltung eines gewissen Gleichgewichtes der Mächte beigetragen hatte. Die Liquidation des japanischen Reiches, an der China, durch die Rückgabe der reichen Insel Formosa beteiligt wurde, und die Frage der von Japan an die Großmächte zu leistenden Reparationen führten nun noch zu einer weiteren Komplikation der politischen Verhältnisse.

Die Zentralregierung erhoffte sich von Reparationslieferungen aus Japan eine wesentliche Unterstützung bei ihren Bemühungen um den Wiederaufbau der durch die lange Kriegszeit stark beschädigten Industrieanlagen. Über die von Japan hoch entwickelten Anlagen in der Mandschurei verfügte die Sowjet-Union im Verlaufe ihrer Besetzung dieses Gebietes. An dem Reparationsplan für das japanische Mutterland hatte China auszusetzen, daß er nicht genügend für eine wirksame und dauerhafte wirtschaftliche Kontrolle Japans Sorge. Insbesondere wandte sich die Zentralregierung gegen die Erhaltung der japanischen Leichtmetallindustrie, in der sie den Ansatzpunkt für eine neue wirtschaftliche Expansionspolitik sah. Außerdem wies sie darauf hin, daß Japan schon wieder mit einer Eisenproduktion von 3,5 Millionen Tonnen rechnen, während China nur etwa 2 Millionen Tonnen produzieren könne.

Ihre volle Schärfe erhielten diese Spannungen um die künftige Stellung Chinas in der Politik und Wirtschaft Ostasiens aber erst durch die innerpolitischen Wirren und das vielfach undurchsichtige Intrigenspiel in den beiden streitenden Lagern, über die hinweg sich zwei Weltmächte aufmerksam und nicht immer von den guten Absichten der Gegenseite überzeugt beobachteten.

### Die innerpolitischen Wirren

Die Wurzeln dieses chinesischen Bürgerkrieges reichen in das Jahr 1927 zurück. Damals spaltete sich die chinesische nationale Volkspartei (Kuomintang) in einen rechten und einen linken Flügel (siehe Zeittafel). *Tschiang-Kai-Schek*, die stärkste Persönlichkeit der Partei, distanzierte sich vom linken Flügel. Dadurch löste sich auch die Verbindung, die bis dahin immer noch zwischen den Kommunisten und der Kuomintang bestanden hatte. In den folgenden Jahren gelang es *Tschiang-Kai-Schek*, sämtliche politischen Gruppen mit Ausnahme der Kommunisten unter seiner Führung zu vereinen. Trotz schärfster Verfolgungsmaßnahmen gelang es ihm jedoch nicht, diese radikale Gruppe, die an ihrem Programm der sofortigen Bodenreform, der örtlichen Selbstverwaltung und der Sozialisierung festhielt, restlos auszuschalten. Sie schlug sich schließlich nach dem Norden Chinas durch, wo sie ein eigenes Machtzentrum mit der Hauptstadt *Jenap* schuf.

Die beharrlichen Anstrengungen der chinesischen Kommunisten um eine Reform der drückenden sozialen Verhältnisse und eine Besserung des Loses der Bauern werden von ausländischen Beobachtern allgemein anerkannt. Sie scheinen auch über einen zuverlässigen und geschulten Beamtenapparat zu verfügen, der in der Lage ist, die Ordnung im Lande aufrecht zu erhalten. Die Zusammenarbeit zwischen *Jenap* und der Zentralregierung in *Tschungking* lockerte sich schon 1940 zusehends. Die Kapitulation der japanischen Streitkräfte führte zu einem Wettrennen zwischen der Zentralregierung und den Kommunisten um die Kontrolle der bisher von Japan besetzten Gebiete und um die Übernahme der Waffenbestände der zu entwaffnenden japanischen Einheiten.

Mitte November 1945 begannen wieder intensive Verhandlungen mit dem Ziel eines Ausgleichs zwischen den Kommunisten und der Zentralregierung. Ende Dezember traf dann, wie schon erwähnt, der amerikanische Sonder-

beauftragte, General *Marshall*, ein, um nach Möglichkeit einen Ausgleich zwischen den streitenden Parteien zustande zu bringen. Am 8. Januar 1946 traf er in *Tschungking* zum erstenmal mit dem Vertreter der Zentralregierung, General *Tschang-Tschoun*, und General *Tschou-En-Lai*, dem Handlungsbevollmächtigten der Kommunisten, zusammen. Die Kommunisten verzichteten nun auf ihre Forderung, wonach die Zentralregierung sich in die Gebiete zurückziehen sollte, die sie vor der Kapitulation Japans besetzt gehalten hatte, und erklärten sich bereit, nach dem von der Zentralregierung vorgeschlagenen Projekt zu verhandeln. Die Auseinandersetzung ging nun im wesentlichen um folgende Punkte:

1. Einstellung der Feindseligkeiten und Wiederherstellung der Bahnverbindungen,
2. Ernennung gemeinsamer Vertreter für die Zentralregierung und die Kommunisten, die mit General *Marshall* über Punkt 1 verhandeln sollen;
3. Wahl eines fünfköpfigen Ausschusses des Politischen Volksrates zur Berichterstattung über die militärische Lage und die Verhältnisse.

In seiner Neujahrsbotschaft forderte *Tschiang-Kai-Schek* die kommunistische Partei auf, sich an der Regierung zu beteiligen, jedoch ihre Truppenverbände aufzulösen. Die Kommunisten stimmten den drei Projektpunkten der Dezember-Verhandlungen zu, verlangten jedoch ihrerseits die Aufhebung der Blockade der von ihnen besetzten Gebiete und die Anerkennung der Provinzen *Tschakhar* und *Schchol* als kommunistischen Einflußbereich. Nachdem General *Marshall* zu den Besprechungen zugezogen worden war, einigten sich beide Parteien auch über die noch offenstehenden Fragen. Am 10. Januar 1946 wurde offiziell ein Waffenstillstand verkündet. Die nächsten drei Tage brachten eine wesentliche Konsolidierung der Gesamtlage, da sich die Verbände beider Parteien auf ihre Stützpunkte zurückzogen.



Entsprechend dem Waffenstillstandsabkommen trat in Peking unter dem Namen des exekutiven Hauptquartiers ein Schlichtungsausschuß zusammen, der Vertretungen der beiden Parteien und der amerikanischen Mission unter Führung von Walter S. Robertson umfaßte. Von Peking aus wurden gemischte Waffenstillstandskommissionen in die unruhigen Gebiete entsandt, um Streitfälle an Ort und Stelle zu klären. Alle Truppenbewegungen wurden verboten. Nach einem Vorschlag von General Marshall sah das Waffenstillstandsabkommen die Abrüstung der 325 Divisionen bis auf 60 Divisionen, davon 10 kommunistische, in einem Zeitraum von eineinhalb Jahren vor.

Wichtiger noch als die Waffenstillstandsverhandlungen waren für die Befriedung des Landes die gleichzeitig laufenden politischen Verhandlungen. Eine schon im Herbst 1945 gebildete Versammlung aus Vertretern aller Parteien trat am 10. Januar 1946 in Tschungking unter dem Vorsitz von Tschiang-Kai-Schek zusammen. Sie bildete einen Verfassungsausschuß, der eine Verfassung mit einem Zweikammersystem nach englischem und amerikanischem Vorbild und einer stärkeren Dezentralisierung der Regierungsgewalt entwerfen sollte. Wesentlich daran war die Umwandlung der Nationalversammlung, die bisher als gefügiges Werkzeug der Zentralregierung und der Kuomintang funktionierte, in eine wirklich demokratische Körperschaft entsprechend den Forderungen der Kommunisten und den Ratschlägen der amerikanischen Regierung. Am 5. Mai 1946 sollte eine neu gewählte Nationalversammlung über diese Verfassung abstimmen. Die Neujahrsbotschaft Tschiang-Kai-Scheks sollte durch eine Koalitionsregierung verwirklicht werden.

Anfang März 1946 kehrte General Marshall in die Vereinigten Staaten zurück, erstattete dem Präsidenten über die bisherigen Ergebnisse seiner Tätigkeit Bericht und wies auf die Notwendigkeit hin, die politisch günstige Entwicklung durch Unterstützung der außerordentlich gefährdeten chinesischen Wirtschaft zu fördern. Die Vereinigten Staaten hatten bisher schon Kredite in Höhe von 66 Millionen Dollar für den Einkauf von Rohbaumwolle, Schiffen und Eisenbahnschienen gewährt und umfangreiche Lieferungen im Werte von 1470 Millionen Dollar bis Ende Februar 1946 im Rahmen des Leih-Pacht-Gesetzes geleistet. Bis zur Kapitulation Japans waren Lieferungen im Werte von 870 Millionen Dollar nach China gegangen. Zur Deckung der Unkosten, die durch die amerikanischen Besatzungstruppen

entstanden waren, wurden für weitere 150 Millionen Dollar überschüssiges Heeresgut und Konsumgüter geliefert. Dazu kamen noch die Lieferungen der UNRRA, die im ganzen bis Ende 1946 über die Chinese Relief and Rehabilitation Administration (CNRA) 1 310 837 Tonnen (longtons) an Hilfsgütern in China verteilt hat. Es sollen allerdings bis zum 30. November 1946 nur 2,7 Prozent der in China eingetroffenen Lieferungen in kommunistische Gebiete gelangt sein. Ebenso wie die Lieferungen im Rahmen des Leih-Pacht-Gesetzes wirkte sich diese Unterstützung im wesentlichen zu Gunsten der Zentralregierung aus und zog daher der amerikanischen Regierung von vielen Seiten den Vorwurf der einseitigen Bevorzugung Tschiang-Kai-Scheks zu.

Auf Grund des Berichts von General Marshall stellte die amerikanische Export-Import-Bank eine Anleihe von 500 Millionen Dollar für China bereit, die das Gewicht der amerikanischen Vorschläge bei den bevorstehenden Verhandlungen mit beiden Parteien verstärken sollte. Als General Marshall jedoch im April 1946 nach China zurückkehrte, hatte sich die Lage wieder wesentlich verschlechtert. Der Schlichtungsausschuß in Peking arbeitete schwerfällig und war langsam in seinen Entschlüssen. Zwar ruhten noch die Waffen, es waren aber keine nennenswerten Fortschritte in der Verständigung der Parteien erzielt worden.

Vor allem auf der politischen Ebene verschärften sich die Spannungen aufs neue. Am 1. März 1946 hatte sich das zentrale Exekutivkomitee der Tschungking-Regierung gegen die Beschlüsse des Politischen Volksrates vom Januar ausgesprochen und sich geweigert, sie zu ratifizieren. Die Wahl der 2050 Vertreter für die neue Nationalversammlung wurde vom 15. April auf den 22. April verschoben und schließlich auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Hauptgrund für das Scheitern der Wahlen lag in dem durchsichtigen Versuch der Zentralregierung, sich von vornherein durch Wahlmanipulationen eine Dreiviertelmehrheit in der neuen Nationalversammlung zu sichern und damit jede wirksame Opposition auszuschalten.

Dies für den 5. Mai vorgesehene Eröffnung der neuen Nationalversammlung fand daher nicht statt.

In der Folgezeit lebten die Kämpfe zwischen den Truppen der kommunistischen Partei und der Zentralregierung wieder auf, insbesondere in der Mandschurei, die außerhalb des Einflußbereiches des Peking Schlichtungsausschusses stand.

## Die Verhältnisse in der Mandschurei

### Zeittafel

- 1892 Bau der transsibirischen Bahn bis Chabarowsk. Die Russisch-Chinesische Bank Instrument zur Einbeziehung der Mandschurei — damals ein Vasallenstaat Chinas — ins russische Einflußgebiet.
8. 9. 1896 Rußland wird von China ermächtigt, nach Abschluß eines Defensivvertrages gegen Japan und Gewährung einer Anleihe an China die Ostchinesische Eisenbahn nach Wladiwostok durch die mandschurischen Provinzen Amur und Kirin zu bauen; damit werden 900 Kilometer Umweg eingespart. Auf einem Geländestreifen von 15 Kilometer Breite rechts und links der Eisenbahnstrecke darf die Ostchinesische Eisenbahngesellschaft alle Bodenschätze ausbeuten. Schutztruppen dürfen unterhalten werden. Die Chinesen stellen das Gelände für 80 Jahre zur Verfügung.
6. 7. 1898 Port Arthur wird für 25 Jahre an Rußland verpachtet. Eine Eisenbahnlinie darf nach Port Arthur abgezweigt werden; die oben genannten Konzessionen werden auf diese Strecke ausgedehnt.
1. 7. 1899 Scott-Murawjew-Abkommen: Großbritannien gewährt den Russen das Monopol für den Bau von Eisenbahnlinien nördlich der großen Mauer.
- 1900 Große Einwanderungswelle der Japaner. Der Boxeraufstand wird von Rußland als Gelegenheit wahrgenommen, alle wichtigen Städte in der Mandschurei zu besetzen. Befestigungen werden errichtet, die Häfen Port Arthur und Dairen ausgebaut und neue Industrieunternehmen eröffnet.

5. 9. 1905 Im Frieden zu Portsmouth verpflichten sich Rußland und Japan, die Mandschurei mit Ausnahme des Pachtgebietes von Port Arthur zu räumen. Rußland tritt an Japan die Eisenbahnlinie Tschangtschun—Port Arthur mit allen Zweiglinien, Rechten und Besitzungen, die der Eisenbahn gehören und zu ihrem Nutzen ausgebaut werden, ohne Entschädigung und mit Zustimmung der chinesischen Regierung ab. Sowohl Rußland wie Japan verpflichten sich, die Eisenbahnen nur für kaufmännische und nicht mehr für strategische Zwecke zu verwenden.
22. 12. 1905 Japanisch-chinesischer Komura-Vertrag: China verpflichtet sich, keine Parallele zur Südmandschurischen Bahn zu bauen, und überträgt alle russischen Rechte und Interessen an Japan.
20. 1. 1910 Amerikanisch-chinesisches Tschintschow-Aigun-Abkommen: Versuch Amerikas unter der Präsidentschaft Tafts, Einfluß auf die Mandschurei zu gewinnen.
4. 7. 1910 Freundschaftliche Besprechungen zwischen Rußland
- u. 8. 7. 1912 und Japan über die Aufteilung der Einflußzonen.
- 1912 390 000 Japaner leben in der Mandschurei. In der Provinzorganisation der neuen chinesischen Republik sind die chinesischen Zivil- und Militärgouverneure dem Präsidenten der Republik direkt verantwortlich. Die Auflösung des chinesischen Reiches wird aber von den Militärgouverneuren dazu ausgenutzt, sich unabhängig zu erklären.
- 1915 China dehnt die Eisenbahnkonzessionen zugunsten Japans aus, die Pacht des Gebietes um Port Arthur wird



- auf 99 Jahre verlängert und die Pacht von landwirtschaftlichen Grundstücken durch Japaner zugelassen.
- 1918 Tschang-Tsolin, Inspektor der drei Provinzen der Mandschurei, kämpft gegen die Truppen der chinesischen Zentralregierung. Seine Absetzung durch den Präsidenten wird in der Mandschurei nicht anerkannt.
- Mai 1922 Tschang-Tsolin erklärt die Unabhängigkeit der Mandschurei. Alle Verträge, die die Mandschurei betreffen, bedürfen seiner Zustimmung.
30. 5. 1924 Konvention zwischen China und Sowjet-Union: Die Ostchinesische Eisenbahn wird als chinesisches kaufmännisches Unternehmen anerkannt, die Einmischung Dritter wird ausgeschlossen.
20. 9. 1924 Die chinesisch-sowjetische Konvention wird durch Tschang-Tsolin bestätigt.
- Dezember 1926 Tschang-Tsolin zieht als Generalissimus in Peking ein mit der Absicht, ganz China zu unterwerfen. Militärische Mißerfolge zwingen ihn zum Rückzug nach Mukden; auf der Fahrt dahin wird sein Zug gesprengt.
- 1928 Tschang-Hsiliang, der Sohn Tschang-Tsolins, verbündet sich mit der Nankinger Regierung und beunruhigt damit Japan.
22. 12. 1929 Ende der russisch-chinesischen Spannungen. Die Sowjet-Union behält die Ostchinesische Eisenbahn.
- 1931 Japan regiert über seine gepachteten Gebiete und übt de facto volle Souveränität über das Land aus. Mittels der Südmandschurischen Eisenbahn verwaltet Japan die meisten Eisenbahnstrecken und wichtige Städte wie Mukden und Tschangtschun.
- Juni 1931 Nakamura-Zwischenfall: Mord eines japanischen Offiziers, einer der vielen Zwischenfälle, die die zunehmende Spannung zwischen Japan und China hervorgerufen.
18. 9. 1931 Bombenattentat auf die Eisenbahnstrecke südlich von Mukden; der Vorfall dient Japan als Vorwand, zur Sicherheit der japanischen Untertanen und deren Interessen die ganze Mandschurei zu besetzen.
- November 1931 Der Völkerbund ernannt einen Untersuchungsausschuß für die Mandschurei unter Lord Lytton, nachdem er auf Wunsch Chinas Japan zweimal vergeblich aufgefordert hat, seine Truppen zurückzuziehen.
2. 2. 1932 Pu-Ji, der 1911 als Zweijähriger unter dem Namen Hsuan-Tung zum chinesischen Kaiser ausgerufen worden war, wird zum Staatspräsidenten der Mandschurei ernannt.
4. 3. 1932 700 Vertreter der Mandschurei erklären in einer Kommission die Autonomie der Mandschurei, die fortan Mandschukuo heißen soll.
15. 9. 1932 Japan garantiert in einem Abkommen die innere und äußere Sicherheit Mandschukuos. Japan darf dort Garnisonen unterhalten. Damit wird die Mandschurei eine Art japanisches Protektorat.
- September 1932 Bericht von Lord Lytton: Mandschukuo verdanke sein Vorhandensein dem japanischen Generalstab und sei ein künstliches Werk, das nicht den Wünschen der Bevölkerung entspreche; es könne daher nicht anerkannt werden.
- Oktober 1932 Pu-Ji wird als Regent eingesetzt.
24. 2. 1933 Der Völkerbund nimmt in einer außerordentlichen Sitzung nach Anhörung der chinesischen und japanischen Vertreter den Lytton-Bericht an.
27. 3. 1933 Japan tritt aus dem Völkerbund aus.
- Juni 1933 Die Sowjet-Union verkauft die Ostchinesische Eisenbahn für 175 Millionen Yen an Mandschukuo.
1. 3. 1934 Pu-Ji wird zum Kaiser von Mandschukuo ausgerufen. Zwei Wochen später wird er vom chinesischen Obersten Gerichtshof zum Tode verurteilt.
- Mai 1934 Die Republik El Salvador erkennt Mandschukuo an.
20. 11. 1937 Italien erkennt Mandschukuo offiziell an.
20. 2. 1938 Deutschland erkennt Mandschukuo offiziell an. Außer diesen Ländern findet Mandschukuo nirgends Anerkennung.

#### Die Entwicklung seit Jalta

In dem Geheimabkommen der Konferenz von Jalta, das die Bedingungen für den Eintritt der Sowjet-Union in den Krieg gegen Japan festlegte, war vorgesehen worden, daß die Sowjet-Union die Vorrechte, die Rußland in der Man-

dschurei vor dem russisch-japanischen Krieg von 1904 gewonnen hatte, wieder erhalten sollte (vgl. Europa-Archiv I/405 f.). Dadurch wurde insbesondere das Interesse der Sowjet-Union an der Südmandschurischen Eisenbahn und der Ostchinesischen Bahn anerkannt und die Notwendigkeit festgestellt, einen direkten Verbindungsweg zwischen den Häfen von Wladiwostok, Dairen und Port Arthur über chinesisches Gebiet herzustellen.

Am 8. August 1945 waren die russischen Truppen in der Mandschurei einmarschiert und hatten in raschen Zügen das ganze Land besetzt. Am 14. August 1945 hatten China und die Sowjet-Union, ohne daß China von dem Geheimabkommen von Jalta unterrichtet worden war, ein Bündnis abgeschlossen, in dem die Gründung einer russisch-chinesischen Eisenbahngesellschaft zur Verwaltung der Südmandschurischen Eisenbahn und der Ostchinesischen Bahn sowie die Internationalisierung des Hafens Dairen und die gemeinsame Benutzung von Port Arthur als Flottenstützpunkt unter Wahrung der russischen Interessen festgelegt wurden (vgl. Europa-Archiv I/411 ff.).

Übersichtskarte der Mandschurei



Sofort nach ihrem Einmarsch übernahmen die sowjetischen Truppen die von den Japanern aufgebauten industriellen Anlagen in der Mandschurei, die unverzüglich nach der Sowjet-Union abtransportiert wurden. Nach dem Bericht des amerikanischen Reparationssachverständigen Pauley an den amerikanischen Präsidenten vom 12. November 1946 entstanden daraus für die im Vergleich zum übrigen China sehr weit entwickelte mandschurische Wirtschaft Verluste im Werte von 858 100 Dollar. Die Wiederbeschaffungskosten werden von Pauley auf etwa 2 Milliarden Dollar geschätzt.

Der für den 3. Dezember 1945 vorgesehene Abzug der sowjetischen Truppen aus der Mandschurei verzögerte sich bis zum 1. Februar und dann noch einmal bis zum 3. Mai 1946. Die Halbinsel Liautung, auf der Dairen und Port Arthur gelegen sind, blieb jedoch weiterhin besetzt. Trotz verschiedener Proteste der Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Chinas verblieb die Sowjet-Union bei dem Standpunkt, daß die Räumung der Halbinsel erst bei der endgültigen Beilegung des Krieges mit Japan durch einen Friedensvertrag erfolgen könne.

Aber auch dort, wo die sowjetischen Truppen aus der Mandschurei abgezogen waren, konnte die Zentralregierung nur einen kleinen Teil des freiwerdenden Gebietes besetzen. Da die Sowjet-Union die Landung chinesischer Regierungstruppen an der mandschurischen Küste nicht zuließ und diese



auf dem Landweg der Küste entlang marschieren mußten, gelang es den chinesischen Kommunisten, die die Innere Mongolei besetzt hielten, ihnen auf weiten Strecken zuvorzukommen und den größten Teil der Mandschurei zu besetzen. In den Waffenstillstandsbesprechungen vom 10. Januar 1946 blieb die Frage der Mandschurei offen.

Die Regierungstruppen setzten ihren Vormarsch fort und es gelang ihnen ein schmaler und tiefer Einbruch in das kommunistisch besetzte Gebiet. Tschangtschun fiel am 18. April und Charbin am 15. Juni 1946. Die Regierungstruppen in der Mandschurei wurden auf etwa 200 000 Mann

geschätzt, denen etwa 300 000 Kommunisten gegenüberstanden. Von diesen konnten jedoch nur etwa 100 000 als Kampftruppen bezeichnet werden, der Rest setzte sich überwiegend aus von dem Lande rekrutierten Bauern zusammen. Auch in der Mandschurei hatte sich die kommunistische Verwaltung durch den Aufbau eines gut funktionierenden Apparates Sympathien erworben. In den örtlichen Selbstverwaltungen durften die Kommunisten nur mit einem Drittel der Stimmen vertreten sein. Die zentralistischen Bestrebungen der Regierung Tschiang-Kai-Scheks wurden dagegen von der Bevölkerung mit Mißtrauen aufgenommen.

## Ausgleichsversuche

Nachdem die Waffenstillstandsverhandlungen seit der Gründung des Peking Schlichtungsausschusses im Laufe des Frühjahrs 1946 nur zu regionalen Ausgleichen geführt hatten, gelang es, in der Zeit vom 6. bis zum 30. Juni eine allgemeine Waffenruhe in ganz China durchzuführen. Diese Atempause verstrich jedoch ohne nennenswerte Ergebnisse. Ende Juli erbot sich Tschiang-Kai-Shek, eine Koalitionsregierung zu bilden. Am 22. August kam General Tschou-En-Lai, der Handlungsbevollmächtigte der Kommunisten, nach Nanking. Seine Verhandlungen mit Tschiang-Kai-Shek führten jedoch zu keiner Verständigung. Neuerliche Verhandlungen am 11. September über die Fragen der Verfassung, der Schaffung eines Nationalrates, der Beteiligung der Kommunisten an der Regierung und der Einführung von sozialen Reformen blieben wiederum erfolglos. Auch die Vorschläge General Marshalls konnten die Verhandlungen nicht wesentlich weiterbringen. Das Mißtrauen zwischen den streitenden Parteien verhärtete sich auf beiden Seiten. Die Zentralregierung war davon überzeugt, daß die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf demokratischer Grundlage letzten Endes nur den gesamten Staatsapparat in die Hände der Kommunisten spielen sollte; die Kommunisten ihrerseits ersahen aus dem selbst für chinesische Begriffe korrupten und unfähigen Verwaltungsapparat der Kuomintang und der von ihr beherrschten Zentralregierung, daß die Reformabsichten Tschiang-Kai-Scheks nicht Wirklichkeit werden könnten.

Am 9. Oktober, dem Vorabend des Jahrestags der chinesischen Revolution, forderte Tschiang-Kai-Shek erneut die kommunistische Partei auf, sich an der Regierung zu beteiligen und den Plan einer Verselbständigung der von ihr kontrollierten Gebiete aufzugeben. Die Kommunisten hielten jedoch an der Forderung fest, daß die militärischen Positionen vom Januar 1946 wieder bezogen werden und das Datum der Einberufung der Nationalversammlung angegeben werden müsse, ehe sie mit der Zentralregierung in Verhandlungen treten könnten.

Am 10. Oktober 1946 wurde Tschiang-Kai-Shek durch die Kuomintang zum Präsidenten der Chinesischen Republik ernannt. Am 16. Oktober schlug er erneut vor, einen Fünferausschuß für die Reorganisation der Regierung unter dem amerikanischen Gesandten Leighton Stuart, einem früheren Professor der Universität in Peiping, und eine Dreierkommission für die Reorganisation der Armee unter General Marshall zu ernennen. Er erklärte sich bereit, die Feindseligkeiten einzustellen, sobald die Kommunisten die Liste ihrer Abgeordneten für die Nationalversammlung vorlegen würden. Als am 21. Oktober ein weiteres Angebot Tschiang-Kai-Scheks veröffentlicht wurde, war inzwischen Kalgan, eine der Schlüsselpositionen der Kommunisten, in den Besitz der Zentralregierung gekommen. Die Bemühungen Tschiang-Kai-Scheks, General Marshalls und der demokratischen Liga, die eine vermittelnde Stellung zwischen den Kommunisten und der Kuomintang einnahm, aber keine eigene politische Macht besaß, brachten die Verständigung nicht näher. Die Kommunisten sahen sich militärisch im Nachteil und wollten auf dieser Basis keine politischen Zugeständnisse machen. Tschiang-Kai-

Shek befahl daher am 11. November allen Regierungstruppen die Einstellung der Feindseligkeiten und berief am 12. die schon sechsmal aufgeschobene Nationalversammlung. Die Verhandlungen mit den Kommunisten dauerten noch während der nächsten drei Tage an. Am 14. November erklärten sie endgültig, der Nationalversammlung nicht beiwohnen zu wollen. Die demokratische Liga, bis dahin eine der stärksten Stützen General Marshalls, spaltete sich. Die chinesische Jugendpartei, die Sozialdemokraten und die Unabhängigen Führer schlossen sich der Nationalversammlung an, während der Rest der Liga ihr nicht beitrug.

Die Kämpfe zwischen den Truppen der Zentralregierung und den Kommunisten lebten erneut auf. Ende November erhielten die Kommunisten den Kern der Provinz Schantung, Teile der Provinz Schansi sowie die Provinzen Hupeh, Schensi und Tschachhar. Zusammen mit den kommunistischen Gebieten der Mandschurei kontrollierten sie damit ein Gebiet von etwa 130 Millionen Einwohnern. Im Verlauf des Sommers war es den Regierungstruppen gelungen, die Kommunisten aus den Gebieten des Hoangho zu verdrängen und die großen Städte und die Eisenbahnverbindungen Peking-Hankou, Tientsin-Pukau, Haitschau (Schantung)-Sian, Tsingtau-Tsinan und Peking-Kalgan besetzt zu halten. Der Süden Chinas war somit vom Bürgerkrieg verschont geblieben.

Nach lebhaften Debatten über Verfahrensfragen überreichte Tschiang-Kai-Shek am 28. November die Verfassungsurkunde an Dr. Hu-Schih, den Kanzler der Peking Nationaluniversität und früheren Botschafter in den Vereinigten Staaten, der das Präsidium der Nationalversammlung führte. Tschiang-Kai-Shek erklärte hierzu, daß seine Verantwortung für die Regierungsgeschäfte nunmehr beendet sei und die Nationalversammlung die Regierung antrete. Am 21. Dezember wurden die 150 Artikel der Republikanischen Verfassung bei der ersten Lesung einstimmig angenommen, nachdem man sich über das strittige Minderheitenproblem und die Autonomie der Inneren Mongolei geeinigt hatte. Am 25. Dezember wurde die Verfassung in dritter Lesung einstimmig angenommen und am 31. Dezember von Tschiang-Kai-Shek unterzeichnet. Sie soll am 25. Dezember 1947 in Kraft treten. Ihre wesentlichen Bestimmungen lauten:

1. Gleichheit vor dem Gesetz für alle Volksgruppen ohne Rücksicht auf Stand, Rasse, Religion, politische Einstellung und soziale Klasse Allgemeines Wahlrecht vom 20. Jahre ab. (Die Wählerschaft wird dabei etwa 200 Millionen umfassen.)
2. Garantie der menschlichen Grundrechte.
3. Höchstes Organ des Volkes ist die Nationalversammlung, die jedoch nur alle drei Jahre einmal zusammentreten soll. Die Mitglieder werden für sechs Jahre gewählt.
4. Die Nationalversammlung wählt den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Republik und kann sie abberufen. Der Präsident wird für sechs Jahre gewählt und kann einmal wiedergewählt werden.
5. Die Nationalversammlung wählt aus ihrer Mitte den legislativen Yuan (Gesetzgebungshof, der die laufenden Geschäfte führt).



6. Der exekutive Yuan (Verwaltungshof), der die Funktionen des Kabinetts erfüllt, ist dem legislativen Yuan für seine Amtstätigkeit verantwortlich. Der Präsident des exekutiven Yuan, der die Funktionen des Premierministers wahrnimmt, wird mit Zustimmung des legislativen Yuan durch den Präsidenten der Republik ernannt. Auf Empfehlung des Premierministers ernennt der Präsident die Mitglieder des exekutiven Yuan, die die Funktion von Ministern erfüllen.

7. Neben dem Gesetzgebungshof und dem Verwaltungshof werden als weitere Regierungsämter der Justizhof, der Prüfungshof und der Disziplinarhof geschaffen.

8. Bei der Abgrenzung der Befugnisse der Zentralgewalt und der Provinzialbehörden werden die nationale Verteidigung, die auswärtige Politik, die Wirtschaftspolitik, die Sozialpolitik und das Erziehungswesen der Zentralgewalt vorbehalten. Dem Präsidenten der Republik steht das Recht zu, den Krieg zu erklären und Frieden zu schließen, Verträge zu unterzeichnen und gegen die Bestimmungen des legislativen Yuan innerhalb eines Monats nach ihrem Inkrafttreten Einspruch zu erheben.

Das Wesen der neuen Verfassung scheint, soweit aus den vorliegenden Unterlagen ersichtlich ist (*Economist* vom 4. Januar 1947), in einem System indirekter Wahlen zu liegen, das dem Eingreifen der Zentralregierung einen weiten Spielraum läßt. Obwohl Tschiang-Kai-Schek in verschiedenen Fällen persönlich intervenierte, um einzelnen Teilen der Verfassung eine liberalere Form zu geben, kann sie als Ganzes doch nur als erster Schritt zu einer Volksregierung bezeichnet werden. Sie entspricht nicht, wie die amerikanische Presse vielfach behauptet, den Forderungen der Kommunisten.

Obwohl Jenan ebenso wenig wie die Demokratische Liga die Verfassung anerkannte und am 6. Dezember aufs neue

die Auflösung der Nationalversammlung und die Räumung aller nach dem 13. Januar von der Nationalregierung besetzten Gebiete forderte, konnte die Tatsache, daß keine Gegen gründung zur Nationalversammlung von Jenan erfolgte, günstig ausgelegt werden. Auch die feste Haltung Tschiang-Kai-Scheks gegenüber den Rechtsgruppen der Kuomintang ließ Möglichkeiten der Verständigung mit den Kommunisten offen.

Der nächste Schritt galt der Umbildung der Nationalregierung. Der Generalsekretär des beratenden Ausschusses der Nationalversammlung forderte zu diesem Zweck alle Parteien auf, sich daran zu beteiligen.

Ein „letzter Verhandlungsversuch“ mit den Kommunisten erfolgte, wiederum vergebens, am 9. Januar 1947. Leighton Stuart, der amerikanische Gesandte, sollte die Vorschläge zur Einstellung der Feindseligkeiten und Umbildung der Regierung nach Jenan bringen, wohin sich auch die Regierungsunterhändler begeben wollten. Es wurde hervorgehoben, daß bei der nächsten Sitzung der Nationalversammlung Zusatzanträge zur Verfassung nicht ausgeschlossen sein sollten, wodurch auch die Wünsche der Kommunisten noch Berücksichtigung finden könnten. Die kommunistische Absage enthielt dieses Mal eine neue Formel, in der neben der Wiederherstellung der militärischen Lage vom 13. Januar 1946 auch die Zurückziehung der von der Nationalversammlung angenommenen Verfassung gefordert wurde. So scheint sich wiederum kein anderer Ausweg zu bieten als der Kampf auf den Kriegsschauplätzen, der nach Angaben von Jenan auf seiten der Regierungstruppen seit 1945 nicht weniger als 414 000 Tote und Verwundete gefordert hat. In den acht Jahren des japanisch-chinesischen Krieges betrugen die Verluste nach den Aussagen des chinesischen Militärs 1,8 Millionen Offiziere und Mannschaften neben 1,7 Millionen Verwundeten und Vermissten.

## Das Ende der amerikanischen Intervention

Etwa im Oktober 1946 setzte sich im amerikanischen Außenministerium die Ansicht durch, daß der Versuch einer Vermittlung zwischen den streitenden Parteien Chinas zum Scheitern verurteilt sei. Es zeigte sich, daß Tschiang-Kai-Schek den reaktionären Gruppen der Kuomintang nach wie vor wesentlichen Einfluß auf die Politik der Zentralregierung einräumte, während andererseits die Kommunisten hartnäckig auf ihren Forderungen beharrten und sich durch ihr System der strategischen Zerstörungen (*scorched earth policy*) immer weitere Kreise der Bevölkerung entfremdeten. Angesichts dieser nahezu ausweglosen Situation machte die Presse in den Vereinigten Staaten immer stärker ihre Bedenken gegen eine Fortsetzung der Intervention geltend. Der Einsatz amerikanischer Truppen in China schien nicht gerechtfertigt, da der amerikanische Einfluß von den streitenden Parteien nur gegenseitig ausgespielt wurde und keine Seite letztlich zum Nachgeben zu bewegen war. Da die Vereinigten Staaten von vornherein die Zentralregierung in Tschungking als rechtmäßige Staatsführung anerkannt hatten, brachten ihre Vermittlungsvorschläge, selbst da, wo sie eine Wandlung des gegenwärtigen Regierungssystems vorsahen, die Vereinigten Staaten den Kommunisten gegenüber in eine schiefe Situation. Schon die Tatsache der Anwesenheit amerikanischer Verbände und eines wie auch immer gearteten wirtschaftlichen Interesses drängte die Vereinigten Staaten in die Rolle eines Beschützers der Kuomintang. Jede Fortsetzung der Vermittlungsversuche mußte daher die Vereinigten Staaten gegen ihren Willen und auf dem Hintergrund einer zweifelhaften Rechtslage in einen immer schärferen Gegensatz zur Sowjet-Union bringen. Der sowjetische Einfluß war dagegen nie offen zu Gunsten einer der streitenden Parteien zu Tage getreten, wodurch die Sowjet-Union den Verhältnissen mit wesentlich größerer Bewegungsfreiheit gegenüberstand.

Während es zuerst den Anschein hatte, als habe sich die amerikanische Regierung nun zur einseitigen Unterstützung der Kuomintang und der Zentralregierung entschlossen und daher die Vermittlungsversuche mit den Kommunisten aufgegeben, stellte die Mitwirkung General Marshalls bei der Einberufung der Nationalversammlung, der Ausarbeitung der Verfassung und der Erweiterung der Zentralregierung nur eine letzte Phase der Beendigung der Intervention dar. Es ging nun darum, eine weitere Verschärfung der Gegensätze zu verhindern und eine Periode relativer Befriedigung zu schaffen, in der der Abschluß des Vermittlungsversuches in guter Form vonstatten gehen konnte. In diesen Abschnitt fiel bereits der lang ausstehende Abschluß des schon 1942 geplanten Handelsvertrages vom 4. November 1946 zwischen China und den Vereinigten Staaten, in dem sich die beiden Länder das Meistbegünstigungsrecht zusichern.

Am 18. Dezember 1946 erklärte Präsident Truman, daß die Vereinigten Staaten ihre Hoffnung auf die Wiederherstellung eines einigen Chinas nicht aufgeben würden. Ende Dezember erfolgte die Abberufung General Marshalls, der zum Nachfolger des Außenministers Byrnes ausersehen wurde. In seiner abschließenden Erklärung zur Lage in China (vgl. Europa-Archiv I/414 f.), die am 7. Januar 1947 veröffentlicht wurde, legte er die Verantwortung für das Scheitern seines Vermittlungsversuches in gleicher Weise auf die Schultern beider Parteien.

Die unmittelbare Folge der Abreise General Marshalls war die Einstellung der Tätigkeit des Schlichtungsausschusses in Peking am 18. Januar 1947 und der Vermittlungstätigkeit der amerikanischen Vertreter in Tschungking. Die noch in Peking, Tientsin und Tsingtau stationierten amerikanischen Marine truppen sollen im Verlaufe des Frühjahrs und Sommers 1947 bis auf wenige Einheiten in Tsingtau zurückgezogen werden.



## Korea auf dem Wege zur Unabhängigkeit

## Zeittafel

- 500—1876 Korea chinesischer Vasallenstaat.
26. 2. 1876 Handelsvertrag mit Japan. Korea wird als unabhängiger Staat anerkannt. Japan werden drei Häfen und extritoriale Rechte zugestanden.
- 1880 Unter dem Abenteuerer Bezobrazow versucht Rußland, Korea wirtschaftlich zu durchdringen; es erhält Konzession am Jalu-Fluß.
18. 4. 1885 Konvention zwischen Japan und China über eine gemeinsame Politik in Korea mit folgenden Hauptpunkten: Abzug der chinesischen und japanischen Streitkräfte; eigene koreanische Armee; falls Unruhen in Korea entstehen, sollen Japan oder China nur nach vorhergehender gegenseitiger Benachrichtigung Truppen nach Korea schicken und sie nach Beilegung der Unruhen so bald wie möglich zurückziehen.
2. 7. 1894 Die religiöse Gruppe Tong-Hak zettelt eine Revolution an, gegen die der König von Korea die Chinesen zu Hilfe ruft; auch Japan entsendet Truppen.
23. 7. 1894 Nach Ablehnung des japanischen Vorschlages, Verwaltungsreformen durch die Chinesen in Korea durchzuführen, zieht Japan gegen China in den Krieg und bildet eine neue koreanische Marionettenregierung, die alle Verträge mit China kündigt.
20. 4. 1895 Sieg Japans über China, Friede von Schimonoseki. Anerkennung der völligen Autonomie Koreas durch Japan.
11. 2. 1896 Japan behandelt Korea als erobertes Land und läßt die Königin ermorden. Der König flieht daraufhin in die russische Gesandtschaft und hält an seinen Rechten fest.
9. 7. 1896 Russisch-japanisches Jamagata-Lobanow-Protokoll über eine gemeinsame Politik in Korea.
- Oktober 1897 Koreanischer König nimmt Kaisertitel an, um den gleichen Status wie die Nachbarstaaten zu erwerben.
25. 4. 1898 Japanisch-russisches Nischi-Rosen-Protokoll erklärt die Unabhängigkeit Koreas und den beiderseitigen Verzicht auf Einmischungspolitik; Rußland erkennt die wirtschaftlichen Interessen Japans in Korea an.
21. 1. 1904 Korea erklärt seine Neutralität für den Fall eines Krieges zwischen Japan und Rußland.
23. 2. 1904 Korea wird von Japan besetzt und der Kaiser gezwungen, einen Bündnisvertrag mit Japan zu schließen. Japan darf Korea als militärische Basis benutzen und garantiert die Unabhängigkeit des Landes.
5. 9. 1905 Im Frieden zu Portsmouth erhält Japan die Handelsfreiheit in Korea und die Erlaubnis, dort ein Protek-

- torat zu errichten. Schon vor Kriegsende stellt Japan der koreanischen Regierung einen finanziellen und diplomatischen Berater. Sieg der Japaner.
29. 7. 1905 Staatssekretär H. W. Taft erklärt, daß die Vereinigten Staaten nichts gegen ein japanisches Protektorat in Korea einzuwenden haben, wenn sich die Japaner an den Philippinen desinteressieren wollen.
- Mai 1906 Erster koreanischer Aufstand, dem viele weitere folgen.
- Juni 1907 Der Kaiser appelliert vergeblich an die zweite internationale Konferenz in Den Haag.
1. 8. 1907 Die koreanische Armee wird aufgelöst.
22. 8. 1910 Umwandlung des Protektorats Korea in ein Generalgouvernement des japanischen Reiches. Der Generalgouverneur und gleichzeitige Oberbefehlshaber hat das Recht, Verordnungen zu erlassen und Richter zu ernennen, und ist dem Kaiser direkt verantwortlich. Von dreizehn Provinzen haben sieben japanische Gouverneure. Der koreanische Zentralrat hat keine Bedeutung. Selbst in den Bezirken und Dörfern, wo unter der koreanischen Feudalherrschaft Selbstregierung üblich war, werden die Stellen von Japanern besetzt. 171 000 Japaner in Korea.
20. 1. 1919 Proklamation der koreanischen Unabhängigkeit durch die nationale Bewegung. Unter Dr. Syngman Rhee wird eine provisorische Regierung in Schanghai gegründet und eine demokratische Verfassung ausgearbeitet.
1. 3. 1919 Demonstration einer halben Million Koreaner in Söul; Verlesung der Proklamation der koreanischen Unabhängigkeit.
- Sommer 1919 Die Japaner reformieren ihr Verwaltungssystem in Korea.
- 1931 Umstellung der koreanischen Industrie auf Kriegswirtschaft.
- 1932 Koreanisches Bombenattentat auf das Gefolge des japanischen Kaisers
- 1935 Aktionsprogramm der koreanischen Widerstandsbewegung aufgestellt.
- 1939 650 000 Japaner in Korea, das sind 2,9 Prozent der einheimischen Bevölkerung.
1. 12. 1943 Kairo-Konferenz. Korea wird Unabhängigkeit zu gegebener Zeit versprochen.
- März 1944 Erklärung der Widerstandsbewegung in Tschungking, „nichts außer der völligen und sofortigen Unabhängigkeit“ könne sie befriedigen; die Ansicht, daß Korea unter eine internationale Kontrolle gestellt werden müsse, sei eine Beleidigung des koreanischen Volkes.

## Die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten in Korea

(Vergleiche die Übersichtskarte Europa-Archiv I/399)

Um Korea geht, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ein heftiger politischer Kampf, der seit der Kapitulation Japans wieder schärfere Formen angenommen hat. Japan hatte gegen den alten geschichtlichen Anspruch Chinas auf Korea den Einwand erhoben, Korea sei ein „auf das Herz Japans gerichteter Dolch“. Tatsächlich bildete die Halbinsel für Japan weniger eine Gefahr als ein bequemes Sprungbrett und eine wirtschaftliche Basis für seine auf den asiatischen Kontinent zielenden Machtbestrebungen. Auch die Vereinigten Staaten betrachteten Korea als Einfallstor zum Fernen Osten, während Rußland — wie im Baltikum oder den Dardanellen — den Zugang zum Ozean, in diesem Fall zum Pazifik, suchte. In den letzten dreißig Jahren war Japan Sieger in diesem Machtkampf geblieben.

Um Korea für die Teilnahme an ihrem Kampf gegen Japan zu gewinnen, versprochen die Alliierten am 1. Dezember 1943 in der Kairo-Konferenz, dem Land zu gegebener Zeit (in due time) die Unabhängigkeit zu gewähren. Im Sommer 1945 wurde dieses Versprechen durch Präsident

Truman wiederholt. Wird das Land nach der jahrhundertalten Herrschaft einer korrupten Verwaltung, einer undisziplinierten Armee und veralteter Gesetze fähig sein, sich selbst zu verwalten?

Die Bevölkerung wurde von den Japanern und dem durch Bestechung gefügig gemachten koreanischen Adel und reichen Bürgertum ausgebeutet und unterdrückt, ohne daß ihr Widerstand erlahmte. Sie beteiligte sich lebhaft an den Aufständen und unterhielt in den verschiedensten Formen Exilregierungen in der Mandschurei, in China und den Vereinigten Staaten. Korea verdiente sich damit den Namen eines „Irland des Ostens“.

Während die ersten Anfänge der Opposition gegen die japanische Herrschaft von westlich orientierten Kreisen getragen wurden, waren es seit ungefähr 1923 vor allem Kommunisten, die von Sibirien aus den Widerstand schürten.

Nach der Kapitulation Japans gründeten die Koreaner im August 1945 örtliche Volksräte, die die lokale Verwaltung ordnen sollten und vor allem die Preisfestsetzung und die



Verteilung der Lebensmittel übernahmen. In der Hauptstadt Söul bildete sich ein überparteilicher Ausschuss aus Vertretern der Rechten und der Linken unter der Führung eines Sozialisten, der von Missionaren erzogen worden war, *Lyuh-Woon-Hyung*. Unter kommunistischem Druck löste sich dieser Ausschuss jedoch bald wieder auf. Teile des linken Flügels schlossen sich unter Führung von Lyuh zur sogenannten Volksrepublik zusammen.

Entsprechend den Beschlüssen der Jalta-Konferenz wurde Korea im Laufe des September 1945 von russischen und amerikanischen Streitkräften besetzt, und zwar von den Russen nördlich, von den Amerikanern südlich des 38. Breitengrades.

Nach der Landung der Amerikaner am 7. September 1945 wandte sich Lyuh an den amerikanischen Oberstkommandierenden, General *Hodge*, und schlug ihm vor, die Volksrepublik als koreanische Regierung anzuerkennen. General Hodge wies Lyuh jedoch mit dem Hinweis ab, daß er selbst die oberste Regierungsgewalt in Korea übernehme und daß daher die Volksrepublik nur als Partei im Lande tätig sein könne. Auch die örtlichen Volksräte fanden nicht die Anerkennung der Militärregierung.

Beim Aufbau einer vorläufigen Verwaltung und der Weiterführung der Wirtschaft in der amerikanischen Zone wurden sowohl koreanische Kollaborateure wie auch Japaner zunächst größtenteils in ihren Stellungen belassen. Auf Einladung der Militärregierung traten Dr. *Syngman-Rhee* und *Kim-Ku*, zwei Mitglieder der nach China emigrierten Exilregierung, einem beratenden koreanischen Ausschuss bei. Sie wurden sehr rasch Exponenten der ultrakonservativen Kreise der Hauptstadt Söul, die sich im wesentlichen aus Grundbesitzern, Kaufleuten und Beamten zusammensetzten, und lehnten die Zusammenarbeit mit allen Linksräumen ab.

Die Russen ihrerseits beriefen *Tscho-Man-Schik*, den „Gandhi von Korea“, an die Spitze des exekutiven Volksrates in Pingjang der Hauptstadt der russischen Zone, und stützten die örtlichen Volksräte. Die verhaßten japanischen Beamten wurden sogleich entlassen, und als Kollaborateure bekannte Koreaner, die größtenteils den begüterten Schichten angehörten, wurden ausgeschaltet. Der Landbesitz der Japaner und Kollaborateure wurde in Parzellen von fünf Hektar Bauern zugewiesen; Eigentümer des Bodens wurden jedoch die örtlichen Volksräte. Gleichzeitig wurde die Industrie, die Korea vollständig erhalten blieb, Arbeiterräten übergeben.

Am 27. Dezember 1945 wurde die Politik der Alliierten in Korea auf der Moskauer Außenministerkonferenz genauer festgelegt (vgl. Europa-Archiv I/405). Man einigte sich auf den russischen Vorschlag, eine Gemischte Kommission (*Joint Commission*) von Amerikanern und Russen zu bilden, die gemeinsam mit den koreanischen Parteien eine provisorische demokratische Regierung vorbereiten und die Schaffung einer Viermächte-Treuhänderschaft für die Dauer von fünf Jahren erörtern sollte. Die Absicht, Korea unter Treuhänderschaft der Großmächte zu stellen, rief scharfen Protest im Lande hervor. In der russischen Zone hatte die öffentliche Erregung gegen den Treuhandschaftsplan eine Verschärfung der Kontrollmaßnahmen der Militärregierung zur Folge. *Tscho-Man-Schik* kam in Schutzhaft, an seine Stelle trat *Kim-Il-Soung*, ein junger koreanischer Kommunist, der sich als Armeeführer unter den chinesischen Kommunisten einen Namen gemacht hatte.

In der amerikanischen Zone wurde am 31. März 1946 die frühere japanische *Oriental Development Company* mit einem Kapital von 100 Millionen Yen von der amerikanischen Militärregierung übernommen; damit geriet die Hälfte des koreanischen Vermögens unter amerikanische Kontrolle. Die Verfügung Nr. 52 der amerikanischen Militärregierung, gezeichnet durch Generalmajor *Archer L. Lerch*, besagt dazu:

1. Die Neues Korea G. m. b. H. (*New Korea Company Ltd.*) wird als eine von der koreanischen Regierung unabhängige Einrichtung geschaffen. Der Präsident dieser Körperschaft, ein Offizier der amerikanischen Armee, verfügt

über alle Vollmachten, um über Fragen, die für die Vereinigten Staaten von Interesse sind, nach Billigung durch die Militärregierung zu entscheiden. Zehn durch die Militärregierung ernannte Direktoren werden die Gesellschaft nach selbstentworfenen und von der Militärregierung gebilligten Gesetzen und Statuten leiten. Der Hauptsitz soll in Söul sein. Zweigstellen sind nach Bedarf einzurichten.

2. Die Direktoren ernennen einen Beratenden Ausschuss, bestehend aus den Vorsitzenden des Direktoriums und ernannten Mitgliedern aus der Provinz. Der Beratende Ausschuss hat das Direktorium zu beraten.

3. Die Gesellschaft wird ein Kapital von 100 Millionen Yen haben, das in Anteile von je 50 Yen aufgeteilt wird und ausschließliches Eigentum der Militärregierung in Korea ist, da das Eigentum der ehemaligen *Oriental Development Company Ltd.* der Neues Korea G. m. b. H. übertragen wird.

4. Alles Eigentum der *Oriental Development Company Ltd.* vom oder seit dem 9. August 1945 und alle ihre Beteiligungen an anderen juristischen Personen vom oder seit dem 9. August 1945 sind hiermit der Neues Korea G. m. b. H. übertragen.

Von der amerikanischen Presse wurde später gemeldet, daß eine Auflösung dieses Konzerngebildes vorgesehen ist.

Das alte Schuldsystem wurde in der amerikanischen Zone beibehalten, nur die Pacht wurde von zwei auf ein Drittel des Ertrages herabgesetzt. Jedoch wurde vorgesehen, daß die Bauern die Möglichkeit haben sollen, sich durch fünfjährige Abzahlungen freizukaufen. Durch die amerikanische Militärregierung wurde der freie Handel wieder eingeführt. Das Ergebnis war, daß der Reis vom Markt verschwand und auf dem Schwarzen Markt mit einem 300-prozentigen Preisaufschlag verkauft wurde. Obgleich 70 Prozent des anbaufähigen Landes in der amerikanischen Zone liegen und nicht mehr, wie es unter japanischer Herrschaft üblich war, die Hälfte der Ernte nach Japan und ein weiterer Teil nach Nordkorea exportiert wurde, herrschte in Südkorea große Lebensmittelknappheit.

Der Grund hierfür lag einerseits in der Unterbindung der Einfuhr von Kohle, elektrischem Strom und Düngemitteln durch die Zonengrenze, andererseits in dem Zustrom von etwa 800 000 Flüchtlingen aus der russischen Zone und der Repatriierung von 1 200 000 Koreanern, die in Japan als Zwangsarbeiter eingesetzt waren.

Im März 1946 wurde die Preiskontrolle wieder eingeführt. Der Antrag der amerikanischen Militärregierung, Lebensmittel von auswärts einzuführen, wurde in Washington mit der Begründung abgelehnt, daß es noch größere Notstandsgebiete in der Welt gäbe. Durch eine Anleihe von 25 Millionen Dollar, die großzügige Veranschlagung der Besatzungskosten auf 500 Millionen Dollar und die Einfuhr von Arzneimitteln vermochten die Vereinigten Staaten jedoch ihre Zone wirtschaftlich weitgehend zu unterstützen.

Nachdem eine erste Fühlungnahme der Besatzungsmächte über wirtschaftliche Fragen am 16. Januar 1946 zu keinem anderen Ergebnis geführt hatte, als daß in beschränktem Maße der Briefwechsel zwischen den Besatzungszonen wieder aufgenommen wurde, trat am 20. März 1946 die auf der Moskauer Konferenz vorgeschlagene gemischte Kommission in Söul erstmalig zusammen. Die Sowjet-Union war durch den General *Tschitiakow* und die Vereinigten Staaten durch General *John Hodge* vertreten. Gleich zu Anfang forderten die russischen Vertreter, daß keine Partei zu den Beratungen herangezogen werden dürfe, die sich gegen den Plan einer fünfjährigen Treuhandschaft der Alliierten ausgesprochen habe. Da mit Ausnahme der Kommunisten sämtliche Parteien und Gruppen den Plan einer Treuhandschaft ablehnten, hätte dies die Ausschließung der überwiegenden Mehrheit der koreanischen Parteien bedeutet. General Hodge widersprach dieser Forderung, die in ganz Korea einen starken Sympathieverlust für die Russen brachte.

Nach sechswöchigen heftigen Debatten wurde am 8. Mai 1946 die Konferenz ergebnislos abgebrochen. Nach einigen Berichten der amerikanischen Presse soll die Haltung der



Russen durch das Verlangen der Amerikaner, von 20 Sitzen in der provisorischen Regierung 17 durch die Rechtsparteien zu belegen, herausgefordert worden sein. Der Versuch der Amerikaner, auch andere Themen, wie die wirtschaftliche Einigung der Zonen, in der Konferenz zu besprechen, wurde von den Russen als nicht in ihrem Kompetenzbereich liegend abgelehnt.

Gleich am 9. Mai 1946 und ein zweites Mal im Juni versuchte General Hodge, die russischen Vertreter zu einer erneuten Zusammenkunft zu bewegen; es erfolgte jedoch keine Antwort.

In der amerikanischen Zone vereinigten sich aus Opposition gegen die Vorherrschaft des konservativen Flügels die Linksparteien, unter anderem die Volkspartei, die Neue Koreanische Partei, die Koreanische Kommunistische Partei und die Gewerkschaften zur „Koreanischen Nationalen Demokratischen Front“; sogar Lyuh-Woon-Hyung, der zuerst Dr. Syngman-Rhee seine Mitarbeit angeboten hatte, trat in Verbindung zur kommunistischen Partei. Es kam zu Demonstrationen und scharfen Presseangriffen gegen die Militärregierung, die stark unter kommunistischem Einfluß standen. Um die Spannungen zwischen den beiden Flügeln zu verringern und eine gewisse Befriedung zu erreichen, verbot die amerikanische Regierung drei kommunistische Zeitungen und verhängte nach dem großen Eisenbahnerstreik vom 22. September 1946, an dem sich 30 000 Mann beteiligt hatten, den Ausnahmezustand.

An Stelle des beratenden Ausschusses ernannte die Militärregierung einen Koreanischen Demokratischen Repräsentativen Rat (*Korean Democratic Representative Council*). Zwar wurden Syngman-Rhee und Kim-Ku als Vorsitzende des Rates beibehalten, doch ruhte dieser jetzt auf einer wesentlich breiteren Basis. Bald darauf wurde Syngman-Rhee abberufen; an seine Stelle trat der als liberal bekannte Dr. Kim-Kyu-Sik, der in einem amerikanischen College studiert hatte.

Am 14. September 1946 beschloß die Militärregierung, die Verwaltung der amerikanischen Zone in die Hände der Koreaner übergehen zu lassen. Zum 3. November wurden Wahlen für die vorläufige Volksvertretung ausgeschrieben. Von den 90 Mitgliedern sollten 45 in Süul und den neun Provinzen gewählt, weitere 45 aus den Kandidatenlisten der Parteien durch die Militärregierung ernannt werden. Das Min-

destalter der Volksvertreter wurde auf 25 Jahre festgelegt. Weitere Voraussetzungen für ihre Zulassung waren, daß sie mindestens ein Jahr am gleichen Ort gelebt und keine höheren Verwaltungsämter unter den Japanern bekleidet hatten. Die Verständigung unter den Parteien unterstützte Lyuh-Woon-Hyung, die wichtigste Persönlichkeit der Linkspartei in der amerikanischen Zone, durch ein Abkommen mit Dr. Kim-Kyu-Sik, das wesentlich zur Befriedung der Lage in der amerikanischen Zone beitrug. In der Zusammensetzung der vorläufigen Volksvertretung, der noch keine Exekutivvollmachten zustehen, gab die gemäßigte Richtung den Ausschlag. Bei den gleichzeitig in der russischen Zone stattfindenden Wahlen sprachen sich 99 Prozent für die kommunistische Partei aus. Am 12. Dezember 1946 fand die Eröffnungsversammlung der Volksvertretung der amerikanischen Zone statt.

Indessen suchten die Koreaner auf internationalem Boden sowohl bei den Organisationen der Vereinten Nationen als auch in privaten Gesprächen mit führenden Staatsmännern — Syngman-Rhee war im Dezember 1946 in Washington — die sofortige Unabhängigkeit für Korea und den Rückzug der Besatzungstruppen, die zur Zeit aus etwa zwei oder drei amerikanischen Divisionen und elf russischen Divisionen bestehen, zu erlangen. Die Wünsche dieser Delegation wurden am 27. Dezember 1946, am Jahrestage der Moskauer Konferenz, von Jong-Jeung-Kim, dem Präsidenten des Institutes für koreanische Angelegenheiten, in fünf Forderungen zusammengefaßt:

1. Die Zweizonenwirtschaft soll aufgehoben werden.
2. Die provisorische Regierung soll nur durch solche Koreaner gebildet werden, die unter der japanischen Herrschaft in Korea gelebt haben.
3. Die Besatzungstruppen sollen zurückgezogen werden.
4. Die provisorische Regierung soll ihre ausländischen Berater und Techniker selber wählen.
5. Die Unantastbarkeit der Souveränität Koreas soll von den Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union, Großbritannien und China gemeinsam garantiert werden, und alle sollen sich verpflichten, keine besonderen Privilegien politischer oder wirtschaftlicher Art in Korea zu suchen. Seitens der Besatzungsmächte wurde im Januar 1947 wieder Fühlung aufgenommen und die Möglichkeit einer neuen Konferenz der gemischten Kommission geprüft.

## Japan seit seiner Kapitulation

### Zeittafel

1853	Landung des Kommodore Perry auf Japan; Japan tritt damit in die Weltpolitik ein.	11. 2. 1889	Einführung der Verfassung des Prinzen Ito, einer Verfassung nach preußischem Vorbild.
1854/1857	Handelsvertrag Japans mit den Vereinigten Staaten. Drei japanische Häfen werden dem Außenhandel geöffnet.	1890	Einführung eines Parlaments.
1855	Handelsvertrag Japan-Rußland.	1894/1895	Krieg Japan-China. Sieg Japans.
1861	Handelsvertrag Japan-Preußen.	8. 5. 1895	Friede von Schimonoseki. Unabhängigkeitserklärung Koreas. Japan nimmt Formosa und die Fischer-Inseln in Besitz.
8. 11. 1867	Abdankung des Shogun (Tokugawa-Dynastie) zugunsten des Mikado, Ende der zweihundertfünfzigjährigen Herrschaft der Shogune (Kronfeldherren).	1900	Japanische Truppen beteiligen sich an der Niederwerfung des Boxeraufstandes.
3. 1. 1868	Mutsuhito übernimmt die Regierung als Kaiser Meiji. Erklärung des Schintoismus zur Staatsreligion.	30. 1. 1902	Englisch-japanisches Bündnis zur Interessengabgrenzung im Pazifik und Neutralitätserklärung im Kriegsfall.
1868	Widerstand der großen Daimios (Feudalherren) gegen die Zulassung von Fremden in Japan gebrochen.	20. 2. 1904 bis 5. 9. 1905	Russisch-japanischer Krieg. Beide erheben Ansprüche auf Korea und die Mandschurei. Friede von Portsmouth (USA) unter Vermittlung des Präsidenten Th. Roosevelt. Japan erhält die Schutzherrschaft über Korea. Port Arthur mit umliegenden Gebieten und den südlichen Teil von Sachalin. Rußland zahlt keine Kriegsentschädigung, behält Wladiwostok und das Amur-Gebiet. Die Mandschurei soll an China zurückgegeben werden.
1869	Wiederherstellung der Macht des Kaisers.	1905	Erneuerung und Erweiterung des englisch-japanischen Bündnisses mit gleichzeitigem Versprechen gegenseitiger Waffenhilfe.
1872	Berufung einer Volksvertretung; Bau der ersten Eisenbahn.	1911	Handelsvertrag Japans mit den Vereinigten Staaten; Erneuerung des Bündnisses Großbritannien-Japan ohne die Waffenhilfe-Klausel.
1873	Erste Verordnung zur allgemeinen Schulpflicht; Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.		
1875/1878	Verzicht Japans auf Südsachalin zugunsten Rußlands gegen Anerkennung des japanischen Anspruchs auf die Kurilen.		
1876	Besitznahme der Bonin-Inseln. Erster Handelsvertrag mit China.		



- 1912 Tod Kaiser Meijis. Nachfolger Kaiser Taischo.
23. 8. 1914 Japans Kriegserklärung an die Mittelmächte.
23. 1. 1915 Japanisches 21-Punkte-Ultimatum an China.
25. 5. 1915 China erkennt einen Teil der japanischen Forderungen an.
- 1918 Japan übernimmt die ehemaligen deutschen Besitzungen in der Südsee, die Marianen außer Guam und die Marshall-Inseln.
25. 11. 1921 Hirohito (geb. 29. April 1901) übernimmt für seinen erkrankten Vater die Regierung.
11. 11. 1921 Abrüstungskonferenz in Washington. Neunmächtevertrag (Politik der Offenen Tür gegenüber China, Verzicht Japans auf das 1918 erworbene Kiautschou); Fünfmächtevertrag über Flottenstärken (Verhältnis der Großkampfschiffe der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japans 5:5:3); Viermächtevertrag über gegenseitige Anerkennung des Inselbesitzes im Pazifik.
10. 12. 1922 Japan tritt Kiautschou an China ab.
- 10.—14. 11. 1928 Kaiserkrönung Hirohitos.
- 1930 Beginn der reinen Militärpolitik nach Ermordung des liberalen Premierministers Hamagutschi und des Barons Takmua-Dan, des Leiters des Mitsui-Konzerns.
21. 1. 1930 Frankreich kündigt das Fünfmächteabkommen und Japan erhöht seine Quote an Kriegsschiffen.
18. 9. 1931 Japanischer Einfall in die Mandschurei.
- Januar 1932 Militärische Zusammenstöße mit China.
- Februar 1932 Unabhängigkeitserklärung von Mandschukuo.
- 1932 China wendet sich an den Völkerbund mit der Bitte um Hilfe gegen Japan.
27. 3. 1933 Japans Austritt aus dem Völkerbund.
- April 1933 Dreimächteabkommen von London über die Flottenstärke
- Ende 1934 Japan kündigt das Londoner Abkommen.
25. 11. 1936 Japan tritt dem Antikominternpakt bei.
7. 7. 1937 Zwischenfall auf der Marco-Polo-Brücke in Peiping. Ausbruch des Krieges zwischen Japan und China.
3. 11. 1937 19 Mächte versammeln sich in Brüssel, um über die Beilegung des Krieges in China zu beraten.
- Dezember 1937 Errichtung der Peiping-Regierung.
28. 3. 1938 Errichtung der Nanking-Regierung; Schaffung des „Vereinten China“.
- April 1938 Erste offizielle Kriegsverordnung in Japan.
6. 12. 1938 Tschiang-Kai-Shek lehnt Friedensvorschlag Japans ab.
- Februar 1939 Japan besetzt die Insel Hainan.
31. 3. 1939 Spratley-Inseln durch Japan besetzt.
18. 4. 1939 Ausdehnung der Annexion auf alle umliegenden Inselgruppen.
- Juli 1939 Aufhebung des amerikanisch-japanischen Handelsvertrages
- März 1940 Regierung Wang-Tsching-Wei in Nanking gebildet.
- August 1940 Gründung der IRAA (Imperial Rule Assistance Association).
23. 9. 1940 Einfall der Japaner in Indochina.
27. 9. 1940 Abschluß des Dreimächtepaktes Deutschland—Italien—Japan.
13. 4. 1941 Sowjetisch-japanischer Neutralitätspakt.
- Juni 1941 Sowjetisch-japanisches Handelsabkommen.
1. Halbjahr 1941 Die Amerikaner unterstützen wirksam die Chinesen mit Flugzeug- und Waffenlieferungen; Einsatz des amerikanischen Freiwilligenverbandes der „Fliegenden Tiger“. Verdoppelung der philippinischen Truppenverbände (Philippine Scouts), die mit modernen amerikanischen Waffen ausgerüstet werden. Gleichzeitig Stationierung der ersten modernen amerikanischen Kriegsflugzeuge („Fliegende Festungen“) in China.
4. 7. 1941 Deutschlands Aufforderung an Japan, Sibirien anzugreifen.
26. 7. 1941 General MacArthur zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Heeresverbände im Fernen Osten ernannt.
- August 1941 Mobilmachung der Philippinischen Nationalarmee.
17. 11. 1941 Sondergesandter Kurusu bei Präsident Roosevelt in Washington.
7. 12. 1941 Überfall auf Pearl Harbour durch japanische Luft- und Seestreitkräfte. Es gelingt den Japanern, vier amerikanische Schlachtschiffe zu versenken, 19 amerikanische Kriegsschiffe zu beschädigen, 150 Kriegsflugzeuge zu zerstören; 3077 Offiziere und Mannschaften werden getötet; die Japaner verlieren 60 Flugzeuge. Der Angriff erfolgte, während noch Verhandlungen in Washington über die amerikanische Forderung des Rückzuges der japanischen Truppen aus China schwebten.
8. 12. 1941 Wenige Stunden nach Pearl Harbour greifen die Japaner die Philippinen an; rund 350 amerikanische Kriegsflugzeuge werden zerstört. Die Vereinigten Staaten geben die Erklärung ab, daß ihnen der Krieg durch die Kaiserlich Japanische Regierung aufgezwungen wurde.
10. bis 22. 12. 1941 Die Japaner landen nach schweren vorbereitenden Luftangriffen im Nordwesten und an der Ostküste von Luzon. Die Amerikaner ziehen sich auf die Halbinsel Bataan zurück.
22. 12. 1941 Die Japaner besetzen die Inseln Guam und Wake.
- Ende Dezember 1941 Angriff der Japaner auf Mindanao und Celebes.
25. 12. 1941 Japan erobert Hongkong.
- Januar 1942 Die Japaner erreichen im Laufe ihrer Offensive das südliche Burma und schneiden die Landverbindungen Chinas (Burma-Straße) ab.
- Ende Januar 1942 Die Japaner besetzen den wichtigen Ölproduktionsort Tarakan auf Borneo, Rabaul, Kawieng im Bismarck-Archipel und die Insel Bougainville; sie haben damit eine 6500 Kilometer lange Frontlinie von Niederländisch-Indien bis zu den Melanesischen Inseln besetzt und bedrohen Australien.
- Februar 1942 General MacArthur begibt sich auf Befehl des Kriegsministeriums nach Australien und übernimmt den Oberbefehl über das neuerrichtete alliierte Südsee-Kommando.
15. 2. 1942 Japan erobert Singapur.
19. 2. 1942 Schwerer japanischer Luftangriff zerstört Hafen und Flugplatz von Port Darwin; fast alle alliierten Schiffe im Hafen werden vernichtet.
- Mitte Februar 1942 Die Japaner haben Palembang auf Sumatra erobert und gehen weiter nach Süden vor.
28. 2. 1942 Die Japaner landen an der Nordküste Javas.
28. 2. u. 1. 3. 1942 Japanische See- und Luftstreitkräfte vernichten in der Sunda-Straße fünf englische und holländische Zerstörer.
8. 3. 1942 Japan erobert Neuguinea.
31. 3. 1942 Beginn des japanischen Hauptangriffes auf die Halbinsel Bataan.
9. 4. 1942 General Wainwright kapituliert auf Bataan.
18. 4. 1942 Erster amerikanischer Bombenangriff auf Tokio.
- Mitte April 1942 Japaner errichten Stützpunkte auf Neuguinea, Neupommern und den Salomon-Inseln.
5. 5. 1942 Die Japaner landen nach Artillerievorbereitung auf Corregidor.
- Anfang Mai 1942 Die letzten Amerikaner kapitulieren auf den Philippinen.
- 7./11. Mai 1942 Seeschlacht im Korallenmeer (Louisiade-Archipel); erste japanische Niederlage.
3. u. 4. 6. 1942 Schwere Niederlage der japanischen Flotte bei ihrem Vorstoß auf die Midway-Inseln.
12. 6. 1942 Die Japaner landen auf Kiska und Attu (Aläuten-Inseln).
- Juli 1942 Die Japaner besetzen die Insel Guadalcanar und bauen sie zum Flugstützpunkt aus.
- Ende Juli 1942 Beginn der japanischen Offensive auf Neuguinea.
7. 8. 1942 Mit der Eroberung von Tulagi beginnt die amerikanische Offensive gegen die japanischen Stellungen in Melanesien.
9. 8. 1942 Erfolg japanischer Streitkräfte bei der Insel Savo.



- Vier alliierte Kreuzer werden versenkt, vier weitere beschädigt.
- August/September 1942 Die starken japanischen Angriffe auf Neuguinea drängen die Alliierten bis auf 50 Kilometer von Port Moresby zurück.
8. 11. 1942 Amerikanische Luftlandetruppen landen auf Neuguinea.
- 13./15. November 1942 Seeschlacht bei Guadalcanar. Nach schweren Verlusten auf beiden Seiten werden die Japaner gezwungen, ihre Seestreitkräfte zurückzuziehen.
- Januar/Februar 1943 Die Japaner werden auf den südlichen Salomon-Inseln geschlagen.
8. 2. 1943 Die Japaner räumen Guadalcanar.
- Februar Erste britische Offensive in Burma. Eroberung der Admiralitäts-Inseln durch die Amerikaner.
- 1./4. 3. 1943 Zwei japanische Geleitzüge von insgesamt 21 Transportern werden im Bismarck-Archipel durch alliierte Luftstreitkräfte vernichtet, der japanische Verlust wird auf 12 700 Offiziere und Mannschaften geschätzt.
- März 1943 Aufstellung eines neuen Kriegsplanes gegen Japan durch die alliierten Befehlshaber in Washington.
- Mai 1943 Konferenz „Trident“ in Washington.
30. 6. bis 6. 7. 1943 Eroberung der mittleren Salomon-Inseln durch die Alliierten.
- Anfang Juli 1943 Landung der Amerikaner auf Neugeorgien.
- August 1943 Konferenz „Quadrant“ in Quebec.

- 21./25. 11. 1943 Die Amerikaner landen auf den Gilbert-Inseln.
25. 11. 1943 Kairo-Konferenz: die Pazifik-Charta wird von Roosevelt, Churchill und Tschiang-Kai-Schek unterzeichnet.
20. 2. 1944 Die Amerikaner erobern die Marshall-Inseln.
15. 6. 1944 Amerikanische Landung auf Saipan.
21. 6. 1944 Amerikanische Landung auf Guam.
20. 10. 1944 Die Amerikaner landen auf den Philippinen.
28. 1. 1945 Die Burma-Straße wird wieder frei.
- Februar Die National Engineering Commission wird aufgefordert, einen wirtschaftlichen Abrüstungsplan für Japan auszuarbeiten. Erste japanische Friedensangebote über die sowjetische Botschaft in Japan.
- Frühjahr 1945 Angriff der Amerikaner auf das japanische Stammland.
- April 1945 Nach verzweifelter Verteidigung fällt Okinawa in amerikanische Hände.
- Bildung eines Friedenskomitees unter Admiral Kantaro Suzuki, durch den ein weiteres Friedensangebot erfolgt.
1. 7. 1945 Die Amerikaner landen auf Balikpapan (Südost-Borneo).
20. 7. 1945 Ultimatum der drei Großmächte zur bedingungslosen Kapitulation Japans.
6. 8. 1945 Erste Atombombe auf Hiroshima.
8. 8. 1945 Kriegserklärung der Sowjet-Union an Japan.
9. 8. 1945 Zweite Atombombe auf Nagasaki.
14. 8. 1945 Kapitulation Japans.
9. 9. 1945 General MacArthur trifft in Tokio ein.

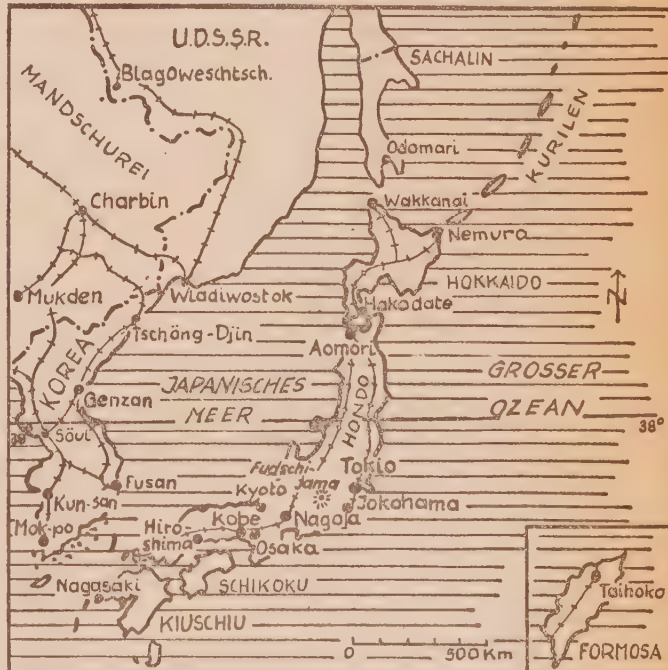
### Die Stellung der Weltmächte in Japan

Mit der Unterzeichnung der Urkunde über die bedingungslose Kapitulation (vgl. Europa-Archiv I/409) am 2. September 1945 um 8 Uhr abends an Bord des Kriegsschiffes „Missouri“ im Hafen von Tokio setzte die Besetzung Japans ein. Wider Erwarten stieß die Besetzung in den vergangenen eineinhalb Jahren weder auf nennenswerten Widerstand der Japaner noch auf mangelnde Bereitschaft, mit dem Oberbefehlshaber und seinem Stab zusammenzuarbeiten. Während nach dem ersten Weltkrieg der Sieg der Westmächte die liberalste Phase der japanischen Geschichte einleitete, haben die Erfolge der Achsenmächte zur „faschistischen“ Phase Japans beigetragen. Die technische und militärische Macht der Vereinigten Staaten erhöhte aufs neue das Ansehen der Demokratie und der demokratischen Einrichtungen. Hinzu kommt das Ansehen des kaiserlichen Hauses, dessen Kontinuität, wenn auch in veränderter Weise, von den Alliierten erhalten blieb. Die Richtlinien der Politik des Oberbefehlshabers der Besatzungsmacht in Japan, General MacArthur, wurden durch die Abkommen von Kairo im November 1943, von Jalta im Februar 1945, durch die Aufforderung zur Kapitulation vom 20. Juli 1945 und die Erklärung des Weissen Hauses über die Besatzungspolitik in Japan vom 6. September 1945 vorgezeichnet. In Kairo wurde beschlossen, Japan alle Inseln und Territorien, die seit dem ersten Weltkrieg in seinen Besitz gelangt sind, wie Korea, die Mandschurei, Formosa, die Fischerinseln abzunehmen (vgl. Europa-Archiv I/404).

In der Jalta-Konferenz erklärte die Sowjet-Union, in den Krieg gegen Japan etwa drei Monate nach der Kapitulation Deutschlands einzutreten. Während der Potsdamer Konferenz stellten die Alliierten ein Ultimatum an Japan, worin die völlige Abrüstung und Auflösung des Imperiums gefordert und dafür die Errichtung einer Demokratie und das Weiterbestehen der zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft benötigten Industrien zugesagt wurden. Der Text des Ultimatums erwies sich in der Folge verschiedenen Auslegungen zugänglich. Die Erklärung des Weissen Hauses wiederholt die in Kairo und Potsdam gesetzten Ziele und umreißt die alliierte Besatzungspolitik. Die Anteilnahme der Alliierten an der militärischen Besetzung wird darin zwar von den Vereinigten Staaten begrüßt, ihre Einwilligung in die Richtlinien zur Durchführung der Besetzung wird erhofft, jedoch behalten sich die Vereinigten Staaten

in allen Streitfragen das letzte Wort vor. Die Autorität des Oberbefehlshabers soll über den japanischen Regierungsapparat und die japanischen Regierungsstellen einschließlich

Übersichtskarte von Japan



des Kaisers ausgeübt werden. Während der Londoner Außenministerkonferenz vom 10. bis 27. September 1945 (vergleiche Europa-Archiv I/50) erfuhr diese autonome Politik der Vereinigten Staaten heftige Angriffe. Während der Moskauer Außenministerkonferenz vom 16. bis 26. Dezember 1945 wurde eine Fernost-Kommission aus Vertretern derjenigen Länder, die sich am Kampf gegen Japan beteiligt haben, vorgesehen (vgl. Europa-Archiv I/404 f.). Diese Kommission sollte in Washington tagen; der gleichfalls in



Moskau vorgeschlagene Alliierte Rat der vier Großmächte hatte dagegen seinen Sitz in Tokio. Der Vorschlag der Sowjet-Union, einen Kontrollrat gleich dem in Berlin zu gründen, wurde abgelehnt.

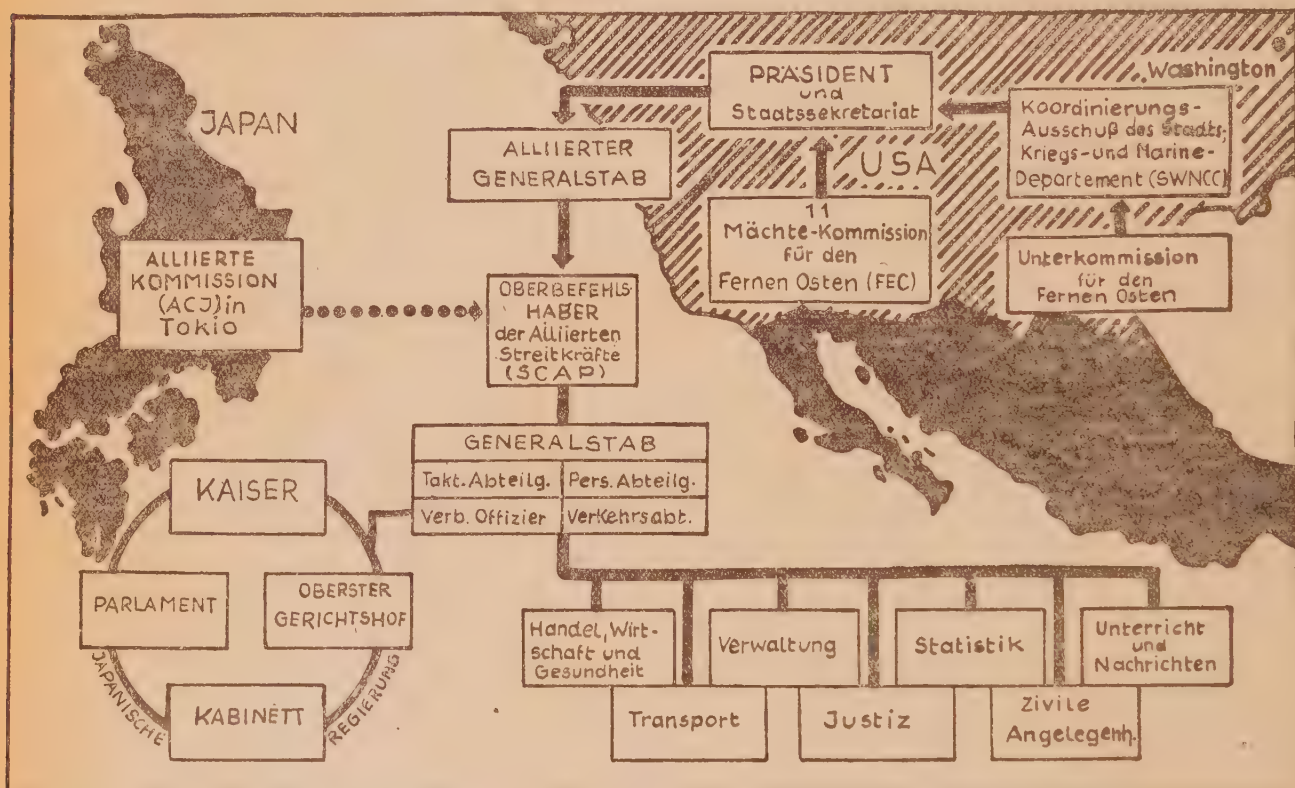
Seit Januar 1946 ist der alliierte Kontrollapparat für Japan folgendermaßen aufgebaut:

An Stelle der Fernöstlichen Beratenden Kommission, die am 10. Oktober 1945 gegen den Wunsch der Sowjet-Union von den Vereinigten Staaten einberufen worden war, ist die Fernost-Kommission (*Far Eastern Commission, FEC*) getreten, in der Australien, China, Frankreich, Großbritannien, Indien, Kanada, die Niederlande, Neuseeland, die Philippinen, die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten vertreten sind. Diese Kommission soll die Grundsätze der Besatzungspolitik für Japan ausarbeiten. Ihre Zuständigkeit erstreckt sich jedoch nicht auf militärische oder territoriale Angelegenheiten. Diese werden von den Vereinigten Staaten

selbständig erledigt. Die Fernost-Kommission befaßt sich besonders mit den wirtschaftspolitischen und handelspolitischen Problemen der Besetzung. Sie nimmt aber auch zu den Direktiven Stellung, die der Oberbefehlshaber, General MacArthur, durch seine vorgesetzten amerikanischen Dienststellen empfängt, und kann sich mit den Entscheidungen, die General MacArthur kraft seiner Stellung trifft, befassen.

Zur Festlegung der Politik der Vereinigten Staaten in Japan wurde ein Koordinationsausschuß aus Vertretern des Außen-, des Kriegs- und des Marineministeriums (*State-War-Navy-Coordination-Council, SWNCC*) geschaffen. In militärischen Fragen zieht dieser Ausschuß die Stabschefs der Vereinigten Staaten (*Joint Chiefs of Staff, JCS*) zu Rate, in Verwaltungsfragen eine Unterkommission des Außenministeriums für den Fernen Osten, an deren Spitze John Carter Vincent steht. Fragen von besonderer Wichtigkeit werden dem Präsidenten persönlich vorgelegt.

Die Alliierte Kontrollorganisation für Japan\*)



\*) Statt Allierter Generalstab lies: Vereinigte Stabschefs (JCS).

Die Bescheide der Fernost-Kommission und die Anweisungen (directives) des Koordinationsausschusses gehen General MacArthur in der Form von Direktiven der Stabschefs der Vereinigten Staaten zu. In dringenden Fällen darf dieser Instanzenweg abgekürzt werden. Alle Verordnungen bedürfen aber dann der nachträglichen Überprüfung durch die Fernost-Kommission. General MacArthur als Oberbefehlshaber aller Streitkräfte in Japan, die sich neben den amerikanischen Truppen auch aus Verbänden des britischen Weltreiches zusammensetzen, erteilt seinerseits über die verschiedenen Abteilungen seines Stabes Anweisungen an die japanischen Ministerien und überprüft deren Durchführung (siehe Abbildung). General MacArthurs Hauptquartier einschließlich der Militär- und Zivilmissionen wird als SCAP (*Supreme Commander Allied Powers*) bezeichnet. Als beratende Körperschaft steht MacArthur die Alliierte Kommission für Japan (*Allied Council Japan, ACJ*) aus Vertretern Chinas, der Britischen Völkergemeinschaft und der Sowjet-Union unter dem Vorsitz des Stellvertreters MacArthurs zur Seite. Besondere Aufgaben werden durch eigene Kommissionen, zum Beispiel die Reparationskommission unter Edwin S. Pauley, die Unterrichtskommission unter Dr.

George D. Stoddard, die Dekartellisierungskommission unter Corvin D. Edwards und die Verfassungskommission unter Brigadegeneral Courtney Whitney, wahrgenommen.

Während in Deutschland vier Besatzungsmächte gleichberechtigt in vier getrennten Zonen regieren, ist Japan ungeteilt den Vereinigten Staaten unterstellt worden und konnte seine eigene Regierung behalten. Die 37 000 Mann starke Besatzungstruppe der Britischen Völkergemeinschaft, die sich aus englischen und schottischen Gardeeinheiten, Indern, Australiern und Neuseeländern zusammensetzt, erfüllt ausschließlich militärische Aufgaben und hat keine eigene Besatzungszone; sie untersteht dem Oberbefehl General MacArthurs. Im Januar 1947 wurden bedeutende Veränderungen in der Zusammensetzung dieses Truppenkontingentes angekündigt. Nach einem Besuch des persönlichen Vertreters des britischen Premierministers Attlee, Generalleutnant D. A. Gaidner, bei der Australischen Bundesregierung wurde bekannt gegeben, daß die etwa 15 000 Mann starke britisch-indische Besatzung zurückgezogen werden soll. Australier und Neuseeländer werden dafür zusätzlich Besatzungstruppen stellen. Das Interesse der Britischen Völkergemeinschaft



# Zum Gestaltwandel des britischen Weltreiches

## Ägyptens Stellung im Empire

Ägypten ist eines der ältesten Kulturzentren der Erde. Sein Schicksal wollte, daß es noch im unfruchtbaren Mittelalter der arabisch-islamischen Welt verharrete, von der es im 7. Jahrhundert aufgesogen worden war, als für das Abendland längst die Neuzeit begonnen hatte. Die hervorragende strategische Lage Ägyptens wurde dann der Anlaß, daß das Land sich als erstes im Orient mit dem modernen Okzident auseinanderzusetzen hatte. Die napoleonische Expedition von 1798 zog es nicht nur in die europäische Politik hinein, sie eröffnete auch in großem Umfange den Einfluß europäischer Kultur im Orient. Seither lassen sich in Ägypten — von seiner speziellen Wichtigkeit ganz abgesehen — beispielhaft eine Reihe von Tendenzen der allgemeinen Menschheitsgeschichte verfolgen: die Einwirkung abendländischer Völker auf orientalische, politisch als Imperialismus, kulturell in Reformbewegungen, und die Reaktion des Morgenlandes im politischen und kulturellen Nationalismus. Auf die Herausarbeitung dieser generell bedeutsamen Linien ist der folgende Beitrag angelegt; da er zunächst zum Verständnis des heutigen britisch-ägyptischen Verhältnisses führen soll, wird allerdings das Schwergewicht auf den politischen Sektor fallen, während die eingehende Behandlung der kulturellen Entwicklung Ägyptens gemeinsam mit der der anderen arabischen Völker einer Untersuchung der gesamt-arabischen Fragen vorbehalten bleibt. Andererseits würde zum Beispiel der Komplex des Sueskanals in eine Darstellung der Verteidigungs- oder Verbindungsprobleme des britischen Weltreiches gehören.

### Die Lösung Ägyptens vom Osmanischen Reich (1798—1879)

#### Muhammad 'Ali Pascha

Im 13. Jahrhundert war in Ägypten die Dynastie der *ayyubidischen* Sultane von deren Prätorianer-Aristokratie türkischer Herkunft, den *Mamluken*, in der Herrschaft abgelöst worden. Als 1517 *Selim I.* das Land eroberte und zur osmanischen Statthalterschaft machte, blieb die wirkliche politische Macht bei den Mamluken-Beys, die sich auf ihren umfangreichen Grundbesitz stützen konnten. Der Mamluk *'Ali Bey* machte sich sogar eine Zeitlang selbständig; er schloß 1778 mit Großbritannien einen Handelsvertrag, der diesem die Schifffahrt im Roten Meer sicherte. Im Juli 1798, vorgeblich um das Vermögen französischer Bürger vor der Mißwirtschaft der mamlukischen Verwaltung zu schützen, landete eine französische Expedition unter der Leitung des Generals Napoléon Bonaparte am Nildelta, besiegte die Mamluken und machte Ägypten für einige Jahre zur Basis einer größeren Orientunternehmung. Als die Franzosen 1801 durch die Seenniederlage gegen *Nelson* bei Abuqir und das Erscheinen türkischer Entsatztruppen zum Abzug gezwungen wurden, hatte in der Zwischenzeit ihr hervorragender Gelehrtenstab auf jedem Gebiet eine beachtliche Arbeit an der wissenschaftlichen Erschließung des Landes geleistet, und die Bevölkerung wenigstens der unterägyptischen Städte hatte zum erstenmal eine moderne europäische Verwaltung kennengelernt.

Unter den türkischen Truppen, die Sultan *Selim III.* 1799 zur Bekämpfung Napoléons nach Ägypten geschickt hatte, befand sich bei einer albanesischen Einheit der Offizier *Muhammad (Mehemet) 'Ali*, der, 1769 in Kavala geboren, von Beruf Kaufmann war, aber durch seinen Onkel, einen hohen osmanischen Verwaltungsbeamten, zusammen mit seinem Vetter einen Befehlsposten bei den Arnauten erhalten hatte. Muhammad 'Ali zeichnete sich während des Feldzuges aus und rückte rasch zum General auf. Er blieb im Lande, vermochte mit dem Rückhalt seiner disziplinierten Arnauten geschickt die Mamluken gegen die neuen Statthalter der Hohen Pforte auszuspielen, ließ sich bereits 1803 von der Geistlichkeit der einflußreichen Kairiner Azhar-Universität zum Inhaber der Regierungsgewalt erklären und wurde 1806 von Istanbul als Statthalter anerkannt. Ein englisches Landungskorps konnte er 1807 bei Rosette entscheidend schlagen; der Mamluken, die mit den Briten konspirierten, entledigte er sich 1811 durch Mord und wurde so zum unbeschränkten Gebieter. In den folgenden Jahren führten er und seine Söhne eine Reihe meist glücklicher Kriege, die ihnen die Arabische Halbinsel bis nach Mekka und dem Hochland des Nedschd (von hier zogen sich die Ägypter erst 1849 wieder zurück) und in Afrika weite Teile des östlichen Sudans unterwarfen. Dem Sultan leistete er

bei den Kämpfen um Griechenland Heeresfolge, und wurde dafür noch mit Kreta belehnt. Dann wandte sich sein Macht-durst gegen die Pforte: 1831 benutzte er die erste Gelegenheit zu einem Überfall auf Syrien, besiegte auch die Armeen des Sultans und ließ sich nur durch das Eingreifen der europäischen Staaten vom Vormarsch auf den Bosphorus zurückhalten. Im Frieden zu Kütahya 1833 wurden ihm Syrien, später noch Adana und Kilikien zugestanden. Damals schien eine ägyptische Großmacht am Mittelmeer und auf der Landbrücke zwischen den drei Erdteilen der Alten Welt zu entstehen. Als Muhammad 'Ali jedoch 1839 bei einem neuen Konflikt mit der Pforte wieder siegreich blieb und schon mit dem Gedanken spielte, als eine Art Majordomus des Sultans die Macht im ganzen Osmanischen Reich an sich zu reißen, schritt Europa abermals ein. Während sich allein Frankreich, das ein Protektorat über Ägypten erstrebte, hinter Muhammad 'Ali stellte, schlossen Großbritannien, Rußland, Österreich und Preußen 1840 gegen ihn die Quadrupelallianz, und durch die Aktionen der verbündeten Flotte und Aufstände der Bevölkerung gingen ihm Syrien und Palästina verloren. Muhammad 'Ali erhielt immerhin die erbliche Statthalterschaft über Ägypten, aber die Pforte behielt sich weitreichenden Einfluß auf Verwaltung und Heer vor.

Muhammad 'Alis Regime in Ägypten zeichnete sich aus durch despotische Energie und Rücksichtslosigkeit, starke persönliche Habsucht und einen außergewöhnlichen Scharfblick für die Brauchbarkeit von Errungenschaften der europäischen Zivilisation. Auf Grund von Jugendeindrücken und der politischen Gegebenheiten halber verließ er sich bei seinen Reformen meist auf französische Ratgeber. Als sich seine Arnauten 1816 bei einer Revolte als nicht mehr zuverlässig erwiesen, ließ er sich durch Capitaine *Sève* ein Heer aus einheimischen Fellachen mit europäischer Bewaffnung schaffen, das ihm später seine Siege errang. Den Franzosen *Jumel* ließ er die Baumwolle einführen. Weiter baute er Häfen, Kanäle und die ersten Fabriken für eine einheimische Industrie. Für seine Beamten und Techniker richtete er Schulen nach abendländischem Muster ein, zum Beispiel die Schule für Medizin und Pharmazie unter *Clot*. Indessen wirkte sich trotz allem, was er auch für die Landwirtschaft tat, seine Herrschaft in sozialer Hinsicht letzten Endes nicht günstig aus. 1812 hatte er alle Lehnsgüter und die — allerdings selten gut bewirtschafteten — frommen Stiftungen (*Waqfs*) eingezogen, 1815 das Monopol für Baumwolle, Hanf und Flachs, 1817 das Monopol für Indigo und Ölfrüchte übernommen. Dann begann er mit der Enteignung der Bauern, die den Besitz ihrer ererbten Höfe nicht aktenkundig machen konnten und nun meist nur als Pächter auf ihren Grundstücken bleiben durften. Ebenso führten



seine Zollpolitik und andere Zwangsmaßnahmen zur Unterbindung eines selbständigen Wirtschaftslebens und zu einer unerträglichen Verteuerung der Nahrungsmittel, so daß es zu keiner wirklichen Hebung des Lebensniveaus kam.

#### Weitere Reformen und internationale Verschuldung

Nach dem Rückzug Muhammad 'Alis von den Regierungsgeschäften im Jahre 1848 gelang es seinen Nachfolgern, allmählich wieder größere Unabhängigkeit von dem immer schwächer werdenden Osmanischen Reich zu erringen. 1867 erhielt Isma'il vom Sultan für finanzielle und militärische Hilfe gegen die aufständischen Kreter das Recht, alle Regierungsmaßnahmen mit Ausnahme internationaler Verträge selbständig zu erlassen, sowie den Titel Chediwe, der ihn auch äußerlich über die gewöhnlichen osmanischen Statthalter erhob; bereits im Vorjahr hatte er den Austausch der Majoratsthronfolge, durch die jeweils das älteste männliche Familienmitglied den Thron erbte und allerlei Intrigen erleichtert wurden, gegen die europäische Linearsukzession vom Vater auf den Sohn durchgesetzt. 1873 kamen dazu freie Verfügung über das Heer, das Recht, unpolitische Verträge mit dem Ausland abzuschließen und Anleihen aufzunehmen, und volle Unabhängigkeit in Verwaltung und Rechtspflege. Über die letztere hatte Ägypten sich in Zukunft mit den europäischen Mächten auseinanderzusetzen, deren Untertanen durch die sogenannten Kapitulationen (in Kapitel eingeteilte Konzessionsverträge) teilweise noch im oströmischen Reich und dann in den islamischen Ländern erlaubt worden war, dort nach eigenem Recht zu leben. Nach längeren Verhandlungen wurde 1875 die daraus resultierende Konsulargerichtsbarkeit in Zivilsachen abgeschafft, und für alle Prozesse, an denen Europäer und Ägypter beteiligt waren, wurden die Gemischten Gerichte mit eigenen, an französische Vorlagen angelehnten Gesetzbüchern eingerichtet. — 1873 hatte Isma'il zu Ägypten die erbliche Statthalterschaft über Suakin und Masauwa' am Roten Meer erhalten; später annektierte er das Hinterland dieser Häfen sowie das Sultanat Darfur im Sudan. Dagegen verlief ein Krieg mit Äthiopien 1875–77 ohne Erfolg.

Muhammad 'Alis Nachfolger Ibrahim (1848) und 'Abbas I. (1848–54) hatten das Reformwerk nicht weitergeführt. Dagegen waren Sa'id (1854–63), einem aufgeklärten Herrscher, neben einer Reihe von Verbesserungen des Staatsapparates Eisenbahnbauten und die Inangriffnahme des Sueskanalbaus zu verdanken. Dazu mußte er allerdings die erste große Auslandsanleihe aufnehmen und leitete so die finanzielle Zerrüttung ein, die unter Isma'il den Höhepunkt erreichen sollte. Dieser in Paris erzogene junge Fürst behandelte als absoluter Potentat den Staat als sein Eigentum und trieb einen ungeheuren Aufwand, teils nur für seinen und seiner Familie Luxus, teils für die ständige Erweiterung und Modernisierung der Armee, auf der seine Macht beruhte. Aber auch dort, wo seine Unternehmungen auf wirtschaftlichem Gebiet wenigstens mittelbar dem Lande hätten zugute kommen können, wurden riesige Gelder oft unnütz vertan, weil der Chediwe an unzuverlässige Europäer, Schwindler und Abenteurer, geriet, durch die im Grunde wertvolle Pläne zunichte wurden. Die Mittel dafür brachte Isma'il anfangs im Innern durch eine rücksichtslose Steuerpolitik, die Eintreibung von Abgaben im voraus und Zwangsanleihen auf. Die Last fiel in erster Linie auf die Fellachenschicht, welche schon durch Frondienst und Zwangsrekrutierung schwer litt, während die Gutsbesitzer glimpflich davorkamen. Dazu traten ausländische Kredite

von Firmen aller europäischen Staaten und, je schwieriger mit den wachsenden Verpflichtungen die Aufbringung der Zinsen wurde, die dem Ausland pünktlich gezahlt werden mußten, immer häufiger auch betrügerische Versuche zur Beschaffung neuer Gelder. Beim Tode Sa'id's hatte die öffentliche Schuld 3 293 000 Pfund betragen; nach dreizehn Regierungsjahren Isma'il's belief sie sich auf nahezu 100 000 000 Pfund, wogegen die jährlichen Einkünfte des Landes sich um 10 000 000 Pfund bewegten und als Gegenwert für die Ausgaben nicht viel mehr als der Sueskanal (1869 eröffnet) aufgewiesen werden konnte. Das bedeutete faktisch bereits den Staatsbankrott.

Diese Situation veranlaßte die europäischen Mächte, die die Interessen ihrer Bürger schützen wollten, zum Einschreiten. Frankreich, Italien und Österreich zwangen den Chediwen 1876 zur Einsetzung einer Kommission der öffentlichen Schuld, der sich im Jahre darauf auch Großbritannien anschloß. Für eine grundlegende Ordnung der ägyptischen Finanzen war jedoch weiteres Eingreifen erforderlich. Deshalb wurden noch 1876 je ein englischer und französischer Generalkontrolleur für Ein- und Ausgaben eingesetzt und 1878 Isma'il bewogen, dem Armenier Nubar die Bildung eines ersten verantwortlichen Kabinetts zu übertragen. In dem Sir Rivers Wilson das Portefeuille der Finanzen, der Franzose de Blignières das der öffentlichen Arbeiten erhielt. Eine Meuterei von auf Halbsold gesetzten Offizieren stürzte Nubar, und es gelang dem Chediwen daraufhin, die allgemeine Unzufriedenheit der Ägypter auf die europäischen Minister zu lenken, nachdem früher die Mißwirtschaft seiner zweifelhaften abendländischen Ratgeber bereits den Keim zu xenophoben Tendenzen gelegt hatte. Unter Hinweis auf die Haltung der 1866 gegründeten Notabelnkammer, die jedoch nur beratende Funktionen hatte und überwiegend aus Mitgliedern der dem Chediwen ergebenden wohlhabenden Landbesitzerklasse bestand, entließ Isma'il im April 1879 durch einen „Staatsstreich“ Wilson und de Blignières. Infolgedessen wurde er auf Betreiben Frankreichs und Großbritanniens vom Sultan abgesetzt.

In Großbritannien war zu jener Zeit die neue Epoche des Imperialismus noch nicht angebrochen. Noch galt Lord Palmerstons berühmtes Wort:

„Wir brauchen Ägypten nicht und wünschen es nicht mehr für uns, als irgendein vernünftiger Mann mit einem Gut im Norden von England und einem Wohnsitz im Süden wünschen würde, die Gasthäuser an der Nordstraße zu besitzen; alles, wessen er bedürfen könnte, würde sein, daß die Gasthäuser gut gehalten und immer zugänglich sein und ihm, wenn er käme, Hammelrippchen und Postpferde zur Verfügung stellen sollten.“

So hatte die britische Regierung gezögert, sich an der Kommission der öffentlichen Schuld zu beteiligen, und lange keine Verantwortung für die Tätigkeit der britischen Berater in Ägypten übernommen. Die Befürchtung eines einseitigen französischen Vorgehens veranlaßte London zu einer direkten Einmischung. Im übrigen wurde die große Linie der Lösung Ägyptens aus dem osmanischen Reichsverband durch das Eingreifen der Pforte bei der Absetzung Isma'il's noch einmal umgebogen, bis die Türken in den kommenden Entwicklungen, als sie die verschiedenen Parteien in Ägypten und die europäischen Mächte gegeneinander auszuspielen versuchten, endgültig jeden Einfluß auf die Vorgänge am Nil verloren. Unter diesem doppelten Aspekt stellt das Jahr 1879 einen Wendepunkt im Schicksal Ägyptens dar.

### Ägypten unter britischer Verantwortlichkeit (1879–1918)

#### Der 'Orabi-Aufstand

Unter dem Nachfolger Isma'il's, seinem Sohn Taufiq (Tewfik), verzichteten England und Frankreich auf unmittelbare Beteiligung an der ägyptischen Regierung und ließen dafür die Einrichtung der Generalkontrolleure wieder aufleben. Diesen gelang es bei Voranstellung der ägyptischen Interessen in verhältnismäßig kurzer Zeit die Klärung der finan-

ziellen Situation, eine vernünftige Reformierung des Steuerwesens und der Aufbau eines geregelten Schuldendienstes. Die guten Ansätze zu einer Befriedung des Landes, die dank ihrer Arbeit gemacht wurden, erfuhren jedoch durch die erste ägyptische Nationalbewegung eine Beeinträchtigung.

In dieser Bewegung kamen eine Reihe sehr verschiedenartiger Kräfte zusammen: Kreise der Notabelnkammer, die



sich aus einer Opposition gegen den jungen Chediwen Erweiterung ihrer Macht und materielle Vorteile erhofften; die fanatische islamische Orthodoxie; die einheimischen Offiziere, die sich durch das türkisch-tscherkessische Element an der Spitze von Armee und Verwaltung, im Landadel und am Hofe zurückgesetzt sahen; und schließlich kleine Gruppen gebildeter und fortschrittlicher Persönlichkeiten, die wirklich eine Liberalisierung des politischen Lebens und letztlich die nationale Selbständigkeit Ägyptens erstrebten. Die Führung übernahmen die Offiziere, an ihrer Spitze Ahmad 'Orabi (*Arabi*), ein Mann, dem man wohl Idealismus, jedoch keine überragenden Fähigkeiten zuschreiben darf. 1881 hatten einige Meutereien der Armee, die sich zunächst nur gegen den Chediwen und seine türkische Umgebung richteten, der unsicheren Haltung Taufiqs halber Erfolg. Dadurch bekam die gesamte Bewegung Oberwasser und fand endlich auch bei der unzufriedenen, wenngleich nur unklar orientierten Masse der Bevölkerung Resonanz. Schnell entglitt den Führern jede Kontrolle, und immer öfter kam es zu fremdenfeindlichen Ausbrüchen, die keineswegs im Sinne der liberalen Ägypter oder auch 'Orabis lagen. Eine gemeinsame Note Großbritanniens, das den Umfang der Bewegung zu spät erkannte, und Frankreichs im Januar 1882 mit dem Zweck einer Stärkung der Stellung Taufiqs verschlimmerte die Spannung nur. Am 11. Juli schließlich, als weder die Pforte noch die anderen Mächte — die gerade einen europäischen Konflikt befürchteten und sich nicht anderweitig engagieren wollten — zur Intervention bereit waren, schritten die Briten zur Beschießung von Alexandrien, landeten, schlugen am 13. September 'Orabi in seinem Lager bei et-Tell el-Kebir und besetzten das Land. Die ägyptische Armee wurde aufgelöst, 'Orabi von einem ägyptischen Gericht zum Tode verurteilt, auf britischen Wunsch indessen nur verbannt.

#### *Britische Verwaltung und Reformarbeit*

Auch jetzt noch widerstrebte es der Londoner Regierung und der englischen Öffentlichkeit, endgültig die Verantwortung für Ägypten zu übernehmen. Lord Dufferin, der britische Botschafter in Istanbul, der nach Ägypten entsandt wurde, um die Möglichkeiten eines Abzugs der britischen Truppen und einer Befriedung des Landes zu untersuchen, mußte jedoch feststellen, daß diese beiden Dinge miteinander unvereinbar waren. Unter dem Einfluß seines Berichts, wenn auch im Gegensatz zu seinen Empfehlungen, entschloß sich London zur Fortsetzung der aktiven Ägypten-Politik, die es 1879 eingeleitet hatte. Es bedurfte allerdings der ganzen Bedrohlichkeit des Aufstandes im Sudan, um die Briten zum entschlossenen Festhalten an der Besetzung zu bewegen; in der zweiten Wolff-Konvention mit der Pforte vom 22. Mai 1887 trat diese Entschlossenheit endlich deutlich hervor.

Der Vertreter Großbritanniens am Nil mußte, wenn er auch die Titel Agent und Generalkonsul behielt, künftig eine außerordentlich wichtige Rolle spielen; Lord Dufferin verglich sie mit der des Residenten in einem indischen Staat. London übertrug den Posten 1883 Sir Evelyn Baring, dem späteren Earl of Cromer, der einer englischen Bankiersfamilie entstammend, Privatsekretär des Vizekönigs von Indien und dann 1877–79 britischer Kommissar der öffentlichen Schuld, 1879–80 Generalkontrolleur in Ägypten gewesen war. Nicht so sehr das Amt wie die Persönlichkeit dieses Mannes wurde zum Angelpunkt der gesamten ägyptischen Entwicklung. Von London ist ihm niemals ein grundsätzliches Ziel gesteckt worden. Auf der anderen Seite hatte er formell keinen Einfluß auf den ägyptischen Staatsapparat. Gewiß standen hinter ihm Großbritannien mit seinem ganzen Prestige und einige tausend britische Rotröcke, aber wenn er mit den Ägyptern im guten Auskommen wollte, durfte er diese gewichtigen Faktoren nur durch ihr Vorhandensein wirken lassen und sie nicht direkt ausspielen. Die Hunderte von britischen Beamten, die in die ägyptische Verwaltung eingeschaltet wurden, um diese von ihren technischen Kenntnissen und vor allem von ihren organisatorischen Quali-

täten profitieren zu lassen, unterstanden dem Generalkonsul in keiner Weise, und es blieb Cromers persönlichem Einfluß überlassen, ihre Arbeit zu lenken, zu koordinieren, zu erleichtern und bisweilen zu zügeln.

Der wichtigste dieser britischen Beamten im ägyptischen Dienst war der Finanzberater, der Sitz — wenn auch nicht Stimme — im Ministerrat hatte. Ihm zur Seite standen der Finanzsekretär, der Justizberater, der Unterstaatssekretär im Ministerium für öffentliche Arbeiten, Berater im Innen- und Unterrichtsministerium und viele Briten in untergeordneten Stellungen, eine besonders hohe Zahl zum Beispiel in der Eisenbahnverwaltung. Der Erfolg der britischen Ägypten-Politik war nicht zuletzt mit von dem Wirken der durchschnittlichen Beamtenschaft abhängig.

Cromer selbst schrieb dieser Politik den Weg vor: den Ägyptern nicht nur kurz zu zeigen, was sie tun mußten, aber auch nicht etwa das Land als annektiert zu betrachten und eine britische Kolonialverwaltung aufzubauen, sondern einen Kompromiß zu finden — sich nicht in die Aktionsfreiheit der Regierung des Chediwen einzumischen, in der Praxis aber darauf zu bestehen, daß der Chediwe und seine Minister sich den englischen Ansichten anpaßten.

Die dringlichste Arbeit war auf finanziellem Gebiet zu leisten. Es begann ein jahrelanger Wettlauf mit dem Bankrott, den der Finanzberater Sir Edgar Vincent im Vertrauen auf den wirtschaftlichen Reichtum des Landes durch das kühne Mittel gewann, eine neue, von den Mächten garantierte Anleihe aufzunehmen. Seit 1889 war das Budget ausgeglichen und brachte rasch sogar beträchtliche Überschüsse. Dadurch wurde nicht nur der Kredit Ägyptens gehoben, man konnte nun auch die Steuerschraube wesentlich lockern. In enger Wechselwirkung mit der Besserung der Finanzlage stand die Förderung der Landwirtschaft, durch die ja gerade der Reichtum Ägyptens erschlossen wurde. Den größten unmittelbaren Einfluß auf sie hatten der Ausbau des Bewässerungswesens durch Rationalisierung der Methoden und die Anlage von neuen Kanälen und Staudämmen, insbesondere dem von Aswan (1902 fertiggestellt, 1912 bis 1913 erhöht).

Trotz der Schwierigkeit, die Mittel für eine Anwerbung bezahlter Arbeitskräfte aufzubringen, ging man dabei immer mehr von der Heranziehung der Fellachen zum Frondienst ab, bis dieser 1892 ganz abgeschafft werden konnte. Dem gleichen Ziel einer Humanisierung der Verwaltungsmethoden dienten von Anfang an Bestrebungen, die Prügelstrafe bei der Fronarbeit, der Steuereintreibung und im Gerichtswesen zu unterdrücken. Die Modernisierung des Verwaltungsapparates selbst, bei der es galt, teils durch Überredung und teils durch eine mäßige Aufbietung diplomatischer Mittel diejenigen Teilreformen in dem bestehenden System einzuführen, die sich ermöglichen ließen, ohne das ganze Gebäude zu zerstören, verlief in der ersten Zeit weniger glatt, da man für diese delikate Aufgabe nicht den richtigen Mann finden konnte. Leichter wurden Erfolge im Polizei- und Gefängniswesen, in der Hygiene und in der Einführung eines ordentlichen Gerichtssystems, den Eingeborenenhöfen, erzielt. Nebenher gingen eine gründliche Umerziehung der ägyptischen Beamtenschaft zu neuzeitlichen Methoden und energische Maßnahmen zur Bekämpfung der Bestechlichkeit. Erwähnt sei schließlich der Aufbau einer neuen Armee aus Ägyptern und Sudanern, die bei der Rückeroberung des Sudans eine Rolle spielte.

Wenn Ägypten nicht zur britischen Kolonie werden sollte, so mußte es ein Fernziel der englischen Reformatoren sein, allmählich Ägypter für alle Posten heranzubilden, die vorläufig mit Europäern besetzt worden waren. Wenn trotzdem im Schulwesen — das sind die ernstesten Vorwürfe, die eine Zeitlang gegen die englische Verwaltung in Ägypten erhoben wurden — nicht ganz befriedigende Fortschritte erzielt wurden, so liegt das daran, daß die notwendigen Gelder für die Schulreform erst spät aufgebracht werden konnten und daß die Wirkungen der Arbeit auf diesem Sektor naturgemäß nicht sogleich augenfällig werden.



Eines der größten Hindernisse für die englische Reformtätigkeit war das Bestehen internationaler Verwaltungen in Ägypten, vor allem der Kommission der öffentlichen Schuld, an der inzwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Österreich, Deutschland und Rußland beteiligt waren, dazu die britisch-französisch-ägyptische Eisenbahndirektion und die ähnlich zusammengesetzten Verwaltungen der verpfändeten und beschlagnahmten Güter des Chediwenhauses. Diese Elemente störten die britische Politik, einmal wegen ihres komplizierten und umständlichen bürokratischen Apparates, dann dadurch, daß die Interessen der meisten Staaten nicht so ideal mit den ägyptischen zusammenfielen wie die britischen, weshalb zum Beispiel die Schuldenkommission Überschüsse des ägyptischen Staatshaushaltes lieber für die Amortisierung der Anleihen als für den Aufbau des Landes verwendet sehen wollte. England erstrebte infolgedessen die Ausschaltung der internationalen Kontrollen und erzielte den entscheidenden Erfolg in der Entente vom 8. April 1904 mit seinem Hauptopponenten, Frankreich, die einerseits den Franzosen unter anderem freie Hand in Marokko gab, andererseits den folgenden Passus enthielt:

„Die Regierung Seiner Britischen Majestät erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, den politischen Status Ägyptens zu ändern. Die Regierung der Französischen Republik erklärt ihrerseits, daß sie die Tätigkeit Großbritanniens in jenem Lande nicht behindern wird, indem sie verlangt, daß eine zeitliche Grenze für die britische Besetzung bestimmt werde, oder auf irgendeine andere Art.“

Seither ist die britische Position in Ägypten vom Ausland her kaum angefochten worden.

#### Entwicklung des Nationalismus

Nach außen hin nahm Großbritannien also die ägyptischen Interessen auf eine Weise wahr, die dem Selbstständigkeitsstreben der Ägypter hätte angenehm sein müssen. Nicht anders geschah es gegenüber dem Osmanischen Reich. Gewiß wurde die formelle Oberhoheit des Sultans lange nicht bestritten. Als dieser aber 1887 die erwähnte zweite Wolff-Konvention auf Betreiben Frankreichs und Rußlands nicht ratifizierte, durch die Großbritannien ihn an der Lösung der Sudan-Frage hatte beteiligen wollen, blieb er in Zukunft von jeder Einflußnahme am Nil ausgeschlossen. 1892 verhinderten die Briten, daß die Pforte die Sinaihalbinsel der ägyptischen Verwaltung entzog.

Im Innern ließen die britischen Reformatoren sich in hohem Grade die Besserung der Lebensverhältnisse des Fellachen angelegen sein. Mit dem Hauptzweck, die ägyptischen Elemente gegenüber der türkischen Pascha-Schicht in den leitenden Stellungen zum Wort kommen zu lassen, wurden noch auf Veranlassung von Lord Dufferin durch das Organische Gesetz vom 1. Mai 1883 gewählte Provinzräte sowie ein Gesetzgebender Rat und eine Gesetzgebende Versammlung, das heißt ein Zwei-Kammern-System, mit zum Teil ernannten Mitgliedern eingerichtet. Allerdings hatten diese nur in Steuerfragen ein wirkliches Einspruchsrecht; das Prinzip der Verantwortlichkeit des Kabinetts von 1878 war wieder aufgegeben worden. Angesichts der mangelnden po-

litischen Reife der Ägypter zog Großbritannien eine aufgeklärte Form orientalischer Despotie der schnellen Einführung eines echten verfassungsmäßigen Regimes vor. Cromer, der zwar der Ansicht war, daß man die Bedeutung der 'Orabi-Bewegung zu spät erkannt hatte, hielt doch selbst deren nationale Aspirationen für nicht zu verwirklichen.

Zunächst hatten nur die herrschenden Kreise die straffe Vormundschaft des britischen Agenten und Generalkonsuls als oft unerträglich empfunden. Zwar noch nicht Taufiq, aber sein Sohn und Nachfolger als Chediwe, 'Abbas II. Hilmi (1892—1914), hatte die ersten schweren Auseinandersetzungen mit den Briten. Unter ihm wuchs allmählich in der wohlhabenden Bürgerschicht, deren Entstehen im Grunde erst durch die britische Verwaltung möglich geworden war, eine weitgehend europäisierte Generation heran, die sich zur Trägerin einer wesentlich breiteren Nationalbewegung als der von 1882 machte. Ihr Exponent wurde Mustafa Kamil, ein junger, in Frankreich ausgebildeter Jurist, der die theologischen Ideen von der Anpassung des Islams an die neuzeitlichen Verhältnisse auf soziales und politisches Gebiet übertrug, infolgedessen eine pro-osmanische Haltung einnahm und deshalb zu den Begründern der panislamischen Bewegung zu rechnen ist. Seine große Bedeutung erlangte er dadurch, daß er Beziehungen zu prominenten Persönlichkeiten Europas zu knüpfen verstand, unter anderen zu Marchand, Pierre Loti und Gladstone. Nach dem Zwischenfall von Dinschawai im Jahre 1906, bei dem britische Offiziere auf der Taubenjagd eine Ägypterin angeschossen hatten und von empörten Fellachen überfallen worden waren, worauf harte Vergeltungsmaßnahmen ergriffen wurden, konnte Mustafa Kamil zum ersten Mal das Interesse der Weltöffentlichkeit auf die Bestrebungen der ägyptischen Nationalisten lenken. Außerdem sammelte er um seine 1894 gegründete National-Partei eine gewaltige Volksbewegung, die ihn 1907 — allerdings nur kurz vor seinem Tode — zum lebenslänglichen Vorsitzenden eines Nationalkongresses wählte.

Damit stand der ägyptische Nationalismus im Felde, und nachdem Cromer 1907 zurückgetreten war, stellten die Aktivität und die Forderungen der Nationalisten für seine Nachfolger Sir Eldon Gorst (1907—11) und Earl Kitchener of Khartoum (1911—14) das Kernproblem dar. Um den Nationalisten entgegenzukommen, setzte man am 24. Juli 1913 an die Stelle des Organischen Gesetzes von 1883 eine Verfassung, durch die das Ein-Kammer-System eingeführt wurde; im übrigen erhielt das neue Parlament nur unwesentlich erweiterte Vollmachten.

Der erste Weltkrieg brachte nach der ägyptischen Kriegserklärung an die Mittelmächte und der türkischen Kriegserklärung an die Alliierten die Aufhebung des türkischen Hoheitsrechtes und die Proklamation des britischen Protektorats über Ägypten am 18. Dezember 1914. Damit war Ägypten staatsrechtlich vom Osmanischen Reich getrennt. Der Chediwe 'Abbas Hilmi wurde durch Husain Kamil ersetzt, der als Zeichen seiner formellen Souveränität den Titel Sultan annahm.

### Ägyptens Kampf um seine Selbständigkeit (seit 1918)

#### Die Waft-Bewegung

Der Krieg hatte für die Masse der ägyptischen Bevölkerung viele Härten mit sich gebracht. Der unter Isma'il und der britischen Verwaltung fast zur Monokultur entwickelte Baumwollanbau brachte jetzt zwar dem Großgrundbesitz und dem Handel enorme Gewinne, führte aber andererseits zu Ernährungsschwierigkeiten und einer Teuerung. Außerdem wurden die Fellachen unter den Hohen Kommissaren — wie die britischen Vertreter in Kairo unter dem Protektorat hießen — Sir Henry McMahon (1914—16) und Sir Reginald Wingate (1916—19) in starkem Ausmaß für Kriegsarbeiten ausgehoben. Dadurch gewann das nationalistische Anliegen auch für die breite Masse akute Bedeutung, und

eine dritte nationalistische Welle bereitete sich vor, die, da ihr der panislamische Charakter der Bewegung Mustafa Kamils fehlte, die koptisch-christlichen Bevölkerungsteile mit umfassen konnte. Gewaltigen Auftrieb erfuhren die neuen Hoffnungen durch die vierzehn Wilsonschen Punkte und das propagierte Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Am 13. November 1918 begaben sich drei Abgeordnete der Gesetzgebenden Versammlung zum Hohen Kommissar, um die Ansprüche Ägyptens auf Selbständigkeit und Unabhängigkeit geltend zu machen. Der eine von ihnen war der Fellachensohn Sa'd Zaghlul, der schon auf eine Zusammenarbeit mit 'Orabi und Mustafa Kamil sowie auf eine lange Amtszeit als Minister zurückblicken konnte, zu deren Beginn



er sich durchaus des Wohlwollens Cromers erfreut hatte; dann aber war er zu einer klaren nationalistischen Einstellung gekommen. Durch seine Beredsamkeit hatte er sich bereits im Parlament eine bedeutende Anhängerschaft gewonnen. Jetzt scharten sich alle hervorragenden Köpfe der ägyptischen Politik um ihn — selbst die Regierung wollte die Belange Ägyptens nicht ohne seine Mitwirkung vertreten —, und man konstituierte eine Abordnung — arabisch *Wafd* — des ägyptischen Volkes, die sich durch Einholung von Unterschriften aus allen Landesteilen ein legitimes Mandat verschaffte. Das Programm des *Wafd* wurde kurz und bündig in dem Schlagwort „völlige Unabhängigkeit“ formuliert. Zaghlul dachte zunächst, daß diese Forderung vor einem internationalen Forum am leichtesten durchzusetzen sein würde. Doch entgegen den Empfehlungen Wingates untersagte London dem *Wafd* die Ausreise nach Europa und ließ am 8. März 1919 Zaghlul mit einigen Mitarbeitern nach Malta deportieren. Diese Maßnahme verhalf der Bewegung erst recht zum Durchbruch. Es kam zur Revolution, und der an Wingates Stelle tretende Viscount *Allenby* (1919–25) konnte die Ruhe erst nach Androhung schärfster militärischer Sanktionen wiederherstellen. Der *Wafd* blieb weiter tätig; Zaghlul wurde am 7. April 1919 freigelassen und reiste zunächst nach Paris. Jedoch war die Beschäftigung der Welt mit dringenden Friedensproblemen den ägyptischen Forderungen nicht günstig; die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich erkannten am 24. und 25. April das britische Protektorat über Ägypten an. Die Ägypter mußten einsehen, daß die Verwirklichung ihrer Unabhängigkeit nur durch direkte Verhandlungen mit Großbritannien möglich sein würde.

Dieses hatte inzwischen eine Kommission unter Viscount *Milner*, 1889–92 als Finanzsekretär in Ägypten, mit der Prüfung der politischen Lage und der Einreichung von Vorschlägen betraut. Da diese nur auf der Grundlage des Protektorats gemacht werden sollten, wurde *Milner* in Ägypten boykottiert und entschloß sich schließlich, den *Wafd* selbst zu Verhandlungen einzuladen, die vom 7. Juni 1920, an in London stattfanden und zu dem sogenannten *Milner-Zaghlul-Abkommen* vom 18. August führten, einem Vorschlag für einen Bündnisvertrag zwischen Großbritannien und einem formell unabhängigen Ägypten, das jedoch unter anderem die britischen Finanz- und Justizberater behalten sollte. Zaghlul hatte diesen Vorschlag lediglich als Delegationsführer angenommen, um die Spaltung des *Wafd* in eine anglophile und eine extrem-nationalistische Richtung zu vermeiden; er selbst lehnte ein solches Bündnis ab, und nach einer Rundfrage in Ägypten wurden die Verhandlungen am 9. November ergebnislos abgebrochen.

Daraufhin trat die Spaltung dennoch ein. Vom Juli bis zum November 1921 verhandelte eine neue Abordnung unter *Adli Yegen*, die sich vor allem aus der türkischen Beamtenaristokratie rekrutierte, in London mit Außenminister Lord *Curzon*, gelangte jedoch zu keiner Einigung über die britischen Forderungen auf Garnisonen in Ägypten und über die sudanische Souveränität. Mittlerweile kam es wieder zu Unruhen, und *Allenby* ließ Zaghlul abermals verhaften und am 29. Dezember deportieren. Nun gestaltete sich aber die Lage so bedrohlich, daß Großbritannien, als Besprechungen mit *Adlis* Nachfolger *Abd el-Chaliq Tharwat (Sarwat)* weiter erfolglos blieben, von sich aus am 28. Februar 1922 durch einseitigen Akt die Aufhebung des Protektorats und die Unabhängigkeit Ägyptens verkündete:

„In Anbetracht dessen, daß die Regierung Seiner Majestät in Übereinstimmung mit ihren erklärten Absichten wünscht, von nun an Ägypten als unabhängigen souveränen Staat anzuerkennen, und

in Anbetracht dessen, daß die Beziehungen zwischen der Regierung Seiner Majestät und Ägypten von lebenswichtigem Interesse für das britische Reich sind,

werden hierdurch die folgenden Prinzipien erklärt:

1. Das britische Protektorat über Ägypten ist beendet, und Ägypten wird zu einem unabhängigen souveränen Staat erklärt.

2. Sobald die Regierung Seiner Hoheit ein Indemnitäts-

gesetz mit Anwendung auf alle Bewohner Ägyptens einführen wird, wird das am 2. November 1914 proklamierte Kriegerrecht zurückgezogen werden

3. Die folgenden Gegenstände sind vollkommen dem Belieben der Regierung Seiner Majestät vorbehalten bis zu der Zeit, zu der es durch freie Diskussion und freundliches Entgegenkommen auf beiden Seiten möglich werden sollte, darüber Abkommen zwischen der Regierung Seiner Majestät und der Regierung von Ägypten zu schließen:

- a) die Sicherung der Verbindungen des Britischen Reiches in Ägypten;
- b) die Verteidigung Ägyptens gegen jede direkte oder indirekte ausländische Aggression oder Einmischung;
- c) der Schutz der ausländischen Interessen in Ägypten und der Schutz der Minderheiten;
- d) der Sudan.

Bis zum Abschluß solcher Abkommen soll der Status quo in allen diesen Gegenständen erhalten bleiben.“

Daraufhin nahm *Fu'ad*, der 1917 nach dem Tode Husain Kamils Sultan geworden war, am 15. März den Titel eines Königs von Ägypten an.

Wie schon in den ersten Jahren nach 1918 spielten sich auch in der Folgezeit die innen- und außenpolitische Entwicklung Ägyptens in engster Verflechtung miteinander ab; hier soll dennoch der besseren Übersicht halber der Versuch einer getrennten Darstellung gemacht werden.

### Konstitutionelle Entwicklung und Parteien

Nach der Unabhängigkeitserklärung zeigte es sich, daß man zur Befriedung Ägyptens doch noch die Mitarbeit des *Wafd* benötigte. Großbritannien entließ Zaghlul aus der Verbannung, und am 17. November 1923 kehrte er unter dem Jubel des Volkes in seine Heimat zurück. Inzwischen war am 19. April 1923 eine neue Verfassung eingeführt worden. Der *Wafd* bekämpfte sie, weil sie den Sudan nicht mit umfaßte und weil ihr Zwei-Kammern-System dem König große Macht ließ. Er trug bei den ersten Parlamentswahlen im Januar 1924 einen überwältigenden Sieg davon, worauf Zaghlul mit der Regierungsbildung beauftragt wurde.

Trotzdem war nicht zu verkennen, daß mittlerweile eine Opposition gegen den *Wafd* entstanden war, die sich aus den Kreisen um den König und den gemäßigten Elementen um *Adli Yegen* zusammensetzte, der 1922 die *Liberal-Konstitutionelle Partei* gegründet hatte; auch die alte *National-Partei (Watan)* *Mustafa Kamils* hatte sich wieder selbständig gemacht. Dadurch schälte sich aus der *Wafd-Bewegung* von 1918 die eigentliche *Wafd-Partei* heraus, die allerdings weiterhin einen totalitären Anspruch auf alleinige Vertretung des echten ägyptischen Nationalismus erhob und diesen Anspruch bis zum heutigen Tage verfißt. Dadurch steht sie im ständigen Gegensatz zum König, und seitdem Zaghlul im November 1924 durch die Ereignisse um den Sudan — siehe unten — zum Rücktritt veranlaßt wurde, ist die ägyptische Innenpolitik durch den Kampf des Königs und der *Wafd-Partei* um die Macht im Lande bestimmt. Trotz der Gründung einer *Unions-Partei* Anfang 1925, die sich aus Hofkreisen zusammensetzte — 1941 vereinigte sie sich mit der 1930 von *Isma'il Sidqi* geschaffenen *Volkspartei* —, waren die *Wafdisten* bei den nächsten Wahlen mit legalen Mitteln nicht zu besiegen, und als *Fu'ad* darauf seine Vertrauensleute *Ahmad Ziwari* und *Isma'il Sidqi* diktatorisch regieren ließ, wurde die *Wafd-Partei* nunmehr zum Verteidiger der Verfassung. Man war nicht in der Lage, sie zu unterdrücken, obwohl man Intrigen aller Art, Verschiebungen der Wahlkreise, Änderungen der Wahlgesetze zu diesem Zweck aufbot, ja sogar am 22. Oktober 1930 eine neue Verfassung einführte, die die Rechte der Kammern zugunsten des Königs einschränkte; am 12. Dezember 1935 wurde die Verfassung von 1923 wieder eingeführt. — Als Großbritannien einsah, daß es mit der *Wafd-Partei* verhandeln mußte, um einen allgemein anerkannten Vertrag mit Ägypten zu erzielen, kam sie wieder zur Macht.

Allerdings war Zaghlul am 23. August 1927 gestorben, und mit seinem Sekretär *Mustafa en-Nahas* hatte eine extre-



mere Richtung die Führung der Wafd-Partei übernommen. Nachdem Nahhas als Ministerpräsident den Bündnisvertrag mit Großbritannien unterzeichnet hatte und das Schwergewicht in Ägypten wieder auf die innerpolitischen Auseinandersetzungen fiel, trat die liberale Gruppe unter *Ahmad Mahir* 1937 aus der Wafd-Partei aus und formierte sich unter dem Namen *Sa'disten* (nach dem Vornamen Zagh-luls) zu einer eigenen Organisation. 1938 erlitt die Wafd-Partei eine schwere Wahlniederlage, durch die sie viele extrem-nationalistische Anhänger an die faschistischen *Grünhemden* (1933 als Junges Ägypten gegründet, seit 1940 Nationale Islamische Partei) unter der Führung des Rechtsanwalts *Ahmad Husain* verlor.

Nach dem Tode Fu'ads im Jahre 1936 hatte 1937 dessen Sohn *Faruq* den Thron bestiegen. Während der Krise des zweiten Weltkrieges, als *Rommel* Alexandrien bedrohte, zeigten Teile seiner Umgebung achsenfreundliche Tendenzen. Da erinnerte sich Großbritannien an die alte Antinomie König—Wafd und veranlaßte im Februar 1942 die Ernennung Nahhas' zum Ministerpräsidenten und Militärgouverneur. Auf diese Weise steuerte die Wafd-Partei Ägypten durch die schwierigste Kriegszeit. 1943 machte allerdings eine radikale Gruppe um *William Makram 'Obaid* Nahhas den Vorwurf der Korruption und des Verrats der nationalen Interessen und bildete den *Unabhängigen Wafd-Block* (Kutla). *Faruq* konnte im Oktober 1944 Nahhas stürzen; aber die Wafd-Partei hat ihre Bedeutung nicht verloren und stellt bis heute die wichtigste Gruppe der ägyptischen Opposition dar.

#### Um den anglo-ägyptischen Vertrag

Nach der Unabhängigkeitserklärung von 1922, während der Verfassungsverhandlungen, war der Sudan das Hauptthema außenpolitischer Diskussionen. Die Nichtzulassung Ägyptens zur Konferenz von Lausanne, auf der der endgültige Friedensvertrag der Alliierten mit der Türkei geschlossen wurde, hatte erneut bewiesen, daß man sich vor einem internationalen Forum nicht durchsetzen konnte. Als *Zaghlul* im Januar 1924 Ministerpräsident wurde, brachte er klar zum Ausdruck, daß die alte Wafd-Devise jetzt in „völlige Unabhängigkeit unter Berücksichtigung der englischen Interessen“ abgeändert werden müsse und daß er nach einer Einigung mit Großbritannien trachten werde. Dies schien dadurch erleichtert zu werden, daß in London fast gleichzeitig zum ersten Mal die Labour Party die Regierung übernahm und daß Ministerpräsident *Ramsay MacDonald* zum Einlenken bereit schien. Besprechungen zwischen *MacDonald* und *Zaghlul* vom 25. September bis zum 3. Oktober brachten die Enttäuschung, daß die Labour-Politiker ebenso wenig auf die ägyptischen Wünsche in der Räumungs- und der Sudan-Frage eingehen wollten wie früher die Konservativen.

Am 19. November 1924 wurde in Kairo der *Sirdar* (Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee) und Generalgouverneur des Sudans, *Sir Lee Stack*, von nationalistischen Fanatikern ermordet. Am 22. November verlangte *Allenby* zur Sühne unter anderem die Anerkennung des Schutzes der ausländischen Interessen in Ägypten durch Großbritannien, die Beibehaltung der Justiz- und Finanzberater sowie den sofortigen Abzug der ägyptischen Truppen aus dem Sudan und verkündete eine Begünstigung der Bewässerung des Sudans auf Kosten Ägyptens. Als *Zaghlul* diese Sanktionen nicht abwenden konnte, trat er am 24. November zurück.

Der ägyptische Nationalismus hatte einen schweren Schlag erhalten, aber bald zeigte es sich, daß die Haltung Großbritanniens nicht unversöhnlich war. 1925 wurde mit *Lord Lloyd* der erste Zivilist Hoher Kommissar. Er knüpfte wieder Beziehungen zu den Nationalisten an, darunter auch zu *Zaghlul*, der in Fortsetzung seiner kompromißbereiten Haltung zum Beispiel britischen Forderungen nachgab, die den Einfluß des britischen Generalinspektors der ägyptischen Armee sicherstellen wollten. So wurde die geeignete Atmosphäre dafür geschaffen, daß Ministerpräsident *Tharwal* im Juli 1927 mit König Fu'ad nach London fahren und die

Verhandlungen über den anglo-ägyptischen Vertrag offiziell wiederaufnehmen konnte. Den Ausgangspunkt der Besprechungen mit Außenminister *Sir Austen Chamberlain* bildete das *Milner-Zaghlul-Abkommen* von 1920. Bei einem Entgegenkommen auf beiden Seiten hätte der Erfolg im Bereich des Möglichen gelegen; doch *Zaghlul*, der als Majoritätsführer ein Nachgeben gegenüber den Ägyptern allein hätte durchsetzen können, starb. Der radikalere Nahhas ging nicht darauf ein, und am 1. März 1928 wurden die Verhandlungen abgebrochen. Es kam sogar im April zu einer neuen Krise, da Nahhas als Ministerpräsident versuchte, ein Versammlungsgesetz durchzubringen, das nach englischer Ansicht die Sicherheit der Ausländer in Ägypten nicht genügend gewährleistet hätte.

Die Zeit der uneingeschränkten Herrschaft des Königs war dadurch gekennzeichnet, daß sich die innerpolitische Konkurrenz auch auf die ägyptische Außenpolitik ausdehnte. Während Fu'ad und die Regierung *Muhammad Mahmud* durch den Beitritt zum *Briand-Kellogg-Pakt* am 13. September 1928 Ägyptens internationale Stellung festigen, mit dem Nilwasser-Abkommen vom 7. Mai 1929 in einem Teilgebiet der Sudan-Frage eine günstige Regelung erzielen und bereits Pläne für die Einschränkung einiger Kapitulationen fassen konnten, agitierte die Wafd-Partei in Paris, auf der Berliner interparlamentarischen Konferenz im August 1928 und bei der Labour Party in London auf eigene Faust für die nationalen Belange Ägyptens, aber gegen die Regierung.

Nach der Bildung eines Labour-Kabinetts im Mai 1929 wurde Mahmud bei seinen Londoner Gesprächen am 3. August 1929 von Außenminister *Arthur Henderson* ein Vortragsentwurf vorgelegt, der wesentliche Forderungen Ägyptens erfüllte: die grundsätzliche Beendigung der Besetzung, Schutz der ausländischen Interessen durch die ägyptische Regierung, britische Unterstützung bei der Aufhebung der Kapitulationen. Als London weitere Verhandlungen mit Ägypten von der Wiedereinführung des parlamentarischen Regimes abhängig machte, kam Nahhas 1930 erneut zur Macht; seine Londoner Besprechungen konnten von den günstigen Bedingungen *Hendersons* ausgehen, scheiterten jedoch an der Sudan-Frage.

Während der zweiten diktatorischen Phase unter *Sidqi* war die Arbeit am Verträge wieder dadurch gehemmt, daß Großbritannien wußte, es dürfe ihn letztlich nur mit der ägyptischen Nationalbewegung abschließen. Die internationale Spannung um Äthiopien, die Ägypten im gleichen Maße anging wie Großbritannien, einigte endlich die ägyptischen Parteien zu einer gemeinsamen Front. Am 12. Dezember 1935 ersuchten die Parteiführer den Hohen Kommissar *Sir Miles Lampson*, der auf *Lord Lloyd* und *Sir Percy Loraine* (1929—33) gefolgt war, um Wiederaufnahme der Verhandlungen. Während ein neutrales Kabinett unter *'Ali Mahir* die Regierung führte, begannen die Parteiführer unter dem Vorsitz Nahhas' am 2. März 1936 in Kairo die Besprechungen mit einer britischen Kommission, die diesmal rasch zum Erfolg gelangten. Im Mai trat Nahhas an die Spitze der Regierung und unterzeichnete am 26. August in London den anglo-ägyptischen Bündnisvertrag, dessen Ratifikationsurkunden dann am 22. Dezember ausgetauscht wurden:

„Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den Britischen Dominien in Übersee, Kaiser von Indien, und Seine Majestät der König von Ägypten,

in dem Wunsch, die Freundschaft und das gute Einvernehmen zwischen ihnen zu festigen und in Ausübung ihrer internationalen, der Erhaltung des Weltfriedens dienenden Verpflichtungen zusammenzuarbeiten,

in der Erwägung, daß diese Ziele am besten durch Abschluß eines Freundschafts- und Bündnisvertrages erreicht werden, der in ihrem gemeinsamen Interesse ein wirksames Zusammenarbeiten zur Erhaltung des Friedens und zur Sicherung der Verteidigung ihrer beiderseitigen Gebiete versehen und ihre gegenseitigen Beziehungen in Zukunft leiten soll,

sind übereingekommen, zu diesem Zweck einen Vertrag zu schließen . . .



**Artikel 1.** Die militärische Besetzung Ägyptens durch die Truppen Seiner Majestät des Königs und Kaisers ist beendet.

**Artikel 2.** Seine Majestät der König und Kaiser wird in Zukunft am Hofe Seiner Majestät des Königs von Ägypten und Seine Majestät der König von Ägypten am Hofe von St. James durch gehörig beglaubigte Botschafter vertreten sein.

**Artikel 3.** (Betrifft Aufnahme Ägyptens in den Völkerbund und Anerkennung als souveräner unabhängiger Staat.)

**Artikel 4.** Die Hohen Vertragsschließenden Parteien gehen ein Bündnis ein, um ihre Freundschaft, ihr herzliches Einvernehmen und ihre guten Beziehungen zu festigen.

**Artikel 5.** (Betrifft Untersagung einer Haltung oder des Abschlusses von Verträgen, die mit den Bestimmungen des Bündnisvertrages unvereinbar sind.)

**Artikel 6.** (Betrifft völkerbundsmäßige Beratung der beiden Parteien bei Gefahr des Bruchs zwischen einer Partei und einem dritten Staat.)

**Artikel 7.** Sollte trotz den Bestimmungen des obigen Artikels 6 eine der Hohen Vertragsschließenden Parteien in einen Krieg verwickelt werden, so wird ihr die andere Hohe Vertragsschließende Partei, immer unter Vorbehalt der Bestimmungen von Artikel 10, unverzüglich als Bundesgenosse zu Hilfe kommen.

Die Hilfe Seiner Majestät des Königs von Ägypten wird im Kriegsfall, bei einer unmittelbaren Kriegsdrohung oder bei einer befürchteten internationalen Verwicklung darin bestehen, daß er Seiner Majestät dem König und Kaiser in Übereinstimmung mit dem ägyptischen Verwaltungs- und Rechtssystem auf ägyptischem Gebiet alle in seiner Macht liegenden Erleichterungen und Unterstützungen gewährt, einschließlich der Benutzung seiner Häfen, Flugplätze und Verkehrsmittel. Es wird daher Aufgabe der ägyptischen Regierung sein, alle nötigen Verwaltungs- und Gesetzesmaßnahmen, einschließlich der Verhängung des Kriegsrechts und einer wirksamen Zensur, zu treffen, um diese Erleichterungen und Unterstützungen wirksam zu machen.

**Artikel 8.** Angesichts der Tatsache, daß der Sueskanal zwar ein integrierender Bestandteil Ägyptens, aber auch ein allgemeiner Verkehrsweg und außerdem eine wesentliche Verbindung zwischen den verschiedenen Teilen des Britischen Reiches ist, ermächtigt Seine Majestät der König von Ägypten Seine Majestät den König und Kaiser bis zu dem Zeitpunkt, in welchem die Hohen Vertragsschließenden Parteien übereinkommen, daß die ägyptische Armee imstande ist, die Freiheit und volle Sicherheit der Kanalschifffahrt aus eigener Kraft zu gewährleisten, auf ägyptischem Gebiet in der Nähe des Kanals in einer im Anhang zu diesem Artikel näher bezeichneten Zone Truppen zu stationieren, um in Zusammenarbeit mit den ägyptischen Truppen die Verteidigung des Kanals zu gewährleisten. Die einzelnen Abmachungen zur Durchführung dieses Artikels sind im Anhang hierzu enthalten. Die Anwesenheit dieser Truppen soll in keiner Weise eine Besetzung bedeuten und wird die souveränen Rechte Ägyptens nicht beeinträchtigen.

Es gilt als abgemacht, daß nach Ablauf der in Artikel 16 näher bezeichneten Frist von zwanzig Jahren die Frage, ob die Anwesenheit britischer Truppen in Ägypten nicht länger nötig ist, weil die ägyptische Armee imstande ist, die Freiheit und volle Sicherheit der Kanalschifffahrt aus eigener Kraft zu gewährleisten, dem Völkerbundrat in Übereinstimmung mit den zur Zeit der Unterzeichnung dieses Vertrages geltenden Bestimmungen der Völkerbundsatzung oder einer solchen Person oder Körperschaft in Übereinstimmung mit einem von den Hohen Vertragsschließenden Parteien vereinbarten Verfahren zur Entscheidung unterbreitet wird, wenn die Hohen Vertragsschließenden Parteien sich nicht anderweitig über diese Frage einigen können.

**Anhang zu Artikel 8.** (Enthält technische Bestimmungen über die in der Kanalzone zu stationierenden britischen Truppen — 10 000 Mann und 400 Piloten nebst dem erforderlichen Hilfs- und Zivilpersonal — sowie Vorschriften über den Bau von strategisch wichtigen Straßen und Eisenbahnen durch die ägyptische Regierung, nach deren Fertigstellung sich die britischen Truppen mit Ausnahme der in der Kanalzone und in Alexandrien stationierten Einheiten zurückziehen werden, und über einen Korridor für die internationale Luftfahrt über der Kanalzone.)

**Artikel 9.** (Betrifft Sondervertrag zur Regelung der gerichtlichen und fiskalischen Vorrechte der britischen Streitkräfte in Ägypten.)

**Artikel 10.** (Betrifft Aufrechterhaltung des Briand-Kellogg-Paktes.)

**Artikel 11.** (Betrifft Erweiterung der ägyptischen Rechte im Sudan durch Wiederinkraftsetzung des Kondominatsabkommens vom 19. Januar 1899, insbesondere unbeschränkte ägyptische Einwanderung, Gleichberechtigung von Briten und Ägyptern in Sachen des Handels, der Einwanderung und des Grundbesitzes.)

**Anhang zu Artikel 11.** (Enthält technische Einzelbestimmungen.)

**Artikel 12.** (Betrifft Verantwortung der ägyptischen Regierung für Leben und Eigentum der in Ägypten lebenden Ausländer.)

**Artikel 13.** (Betrifft Abschaffung des Kapitulationsregimes.)

**Anhang zu Artikel 13.** (Enthält technische Einzelbestimmungen zur raschen Abschaffung der Kapitulationen und zur Einrichtung eines Übergangsregimes.)

**Artikel 14.** (Betrifft Aufhebung aller bisherigen Abkommen der Parteien, die mit dem Bündnisvertrag unvereinbar sind.)

**Artikel 15.** (Betrifft Regelung aller Streitfragen in Bezug auf Auslegung des Bündnisvertrages nach den Vorschriften der Völkerbundsatzung.)

**Artikel 16.** Die Hohen Vertragsschließenden Parteien werden nach Ablauf einer Frist von zwanzig Jahren vom Inkrafttreten dieses Vertrages an auf Verlangen einer von ihnen jederzeit in Verhandlungen über eine den dann bestehenden Umständen angepaßte und durch Übereinkunft zu erzielende Revision seiner Bestimmungen treten. Falls die Hohen Vertragsschließenden Parteien nicht imstande sind, sich über die Bestimmungen des revidierten Vertrages zu einigen, wird der Streit dem Völkerbundrat in Übereinstimmung mit den zur Zeit der Unterzeichnung dieses Vertrages geltenden Bestimmungen der Völkerbundsatzung oder einer solchen Person oder Körperschaft in Übereinstimmung mit einem von den Hohen Vertragsschließenden Parteien vereinbarten Verfahren zur Entscheidung unterbreitet. Es wird vereinbart, daß jede Revision dieses Vertrages die Fortsetzung des Bündnisses zwischen den Hohen Vertragsschließenden Parteien in Übereinstimmung mit den in den Artikeln 4, 5, 6 und 7 enthaltenen Grundsätzen einschließt. Gleichwohl können mit Einverständnis der beiden Hohen Vertragsschließenden Parteien nach Ablauf einer Frist von zehn Jahren vom Inkrafttreten des Vertrages an jederzeit Verhandlungen über eine Revision in der angegebenen Weise eingeleitet werden.

**Artikel 17.** Dieser Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden sollen baldmöglichst in Kairo ausgetauscht werden. Der Vertrag soll mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten und daraufhin beim Generalsekretariat des Völkerbundes eingetragen werden.

Im Anschluß an den Vertrag setzte ein Brief Nāḥās' an Außenminister Eden fest, daß das britische Personal aus der ägyptischen Armee zurückgezogen werden und die Funktion des britischen Generalinspektors aufhören sollte; dafür sollten zur Ausbildung der ägyptischen Streitkräfte eine britische Militärmission entsandt und Ägypter in die britischen Streitkräfte aufgenommen werden.

In Erfüllung des Artikels 13 des Bündnisvertrages wurde durch das Abkommen von Montreux vom 8. Mai 1937 zwischen Ägypten und den beteiligten abendländischen Staaten die Aufhebung der Kapitulationen vereinbart; mit Ausnahme von Fragen des Personalstatuts wurden die gesamten Kompetenzen der Konsulargerichte den Gemischten Gerichten übertragen. Vom 10. Oktober 1949 an sollen die Eingeborenenhöfe die einzigen Organe der Rechtsprechung sein.

Gemäß Artikel 3 wurde Ägypten am 26. Mai 1937 in den Völkerbund aufgenommen.

Im zweiten Weltkrieg trat Artikel 7 des Bündnisvertrages in Kraft. Zur Erzielung einer engeren Zusammenarbeit zwischen britischen und ägyptischen Stellen wurde im Februar 1942 ein Verbindungsmann der ägyptischen Regierung bei der britischen Botschaft ernannt, während im Juli der Orientrat der Botschaft mit besonderen Vollmachten ins Kairiner Innenministerium berufen wurde.

Andererseits brachte der Krieg die Verwirklichung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit Ägyptens mit sich. Schon



im Zusammenhang mit der britisch-französischen Entente von 1904 waren Ägypten wieder seine Finanzhoheit zugestanden und die Funktionen der Schuldkommission eingeschränkt worden; ein britisch-ägyptisches Übereinkommen im Juli 1940 hob sie endgültig auf. Da infolge der Aufrüstung die Budgets von 1937 an mit Defiziten abgeschlossen hatten, belief sich die öffentliche Schuld zwar am 1. Mai 1942 immer noch auf 92 700 000 Pfund, doch nimmt sich diese Summe neben einem Gesamtjahresetat von über 70 000 000 Pfund nicht mehr allzu drückend aus. Hinzu kommt, daß der Geldzustrom nach Ägypten bis 1943 die nahezu völlige Konvertierung der auswärtigen Schuld in inländische Anleihen ermöglichte und daß Ägypten während des Krieges beträchtliche Sterling-Guthaben in Großbritannien erwarb, die mit 400 000 000 Pfund angegeben werden.

Als die Kriegshandlungen die Zufuhr von Getreide und den Abtransport von Baumwolle aus Ägypten behinderten, entwickelte sich im Lande eine Wirtschafts- und Ernährungskrise, die die Regierung zum Eingreifen gegen die Baumwoll-Monokultur veranlaßte; es wurde eine wesentliche Vergrößerung der Getreideanbauflächen angeordnet. Seit Kriegsende wird allerdings die Baumwolle wieder mehr gefördert; Ägypten vertraut für die Zukunft auf eine normale, friedliche Entwicklung und auf seine sichere finanzielle Position.

#### Modifizierung des anglo-ägyptischen Vertrages

Die Kriegseignisse und der Umstand, daß die Anwesenheit britischer und anderer alliierter Truppen in Ägypten in Übereinstimmung mit dem Bündnisvertrag die fortbestehende Bindung an Großbritannien besonders fühlbar machte, riefen 1945 eine neue Welle nationalistischer Agitation hervor. Die Koalitionsregierung, die 1944 an die Stelle des Kabinetts Nahhas getreten war und an deren Spitze nach der Ermordung des Sa'disten-Führers Ahmad Mahir dessen Nachfolger Mahmud Fahmi en-Nuqrashi stand, forderte daraufhin am 20. Dezember 1945 in einer Note an Großbritannien die Revision des Vertrages auf Grund von Artikel 16 und stellte dadurch zwei Probleme zur Diskussion: die Frage des militärischen Verhältnisses Ägyptens zum britischen Weltreich und die Sudan-Frage.

Am 26. Januar 1946 nahm London das ägyptische Ersuchen an. Am 21. Februar wurde Lord Killearn, der frühere Sir Miles Lampson, dessen Tätigkeit in engstem Zusammenhang mit dem alten Vertrag gestanden hatte, demonstrativ gegen einen neuen Botschafter, Sir Ronald Campbell, ausgetauscht. Auch auf ägyptischer Seite kam es zu einem Wechsel: der Austritt des Unabhängigen Wafd-Blocks aus der Regierung Nuqrashi brachte diese am 15. Februar zu Fall, und der unabhängige Isma'il Sidqi bildete am 17. ein Kabinett aus drei Liberal-Konstitutionellen und acht Parteilos, darunter dem Außenminister Ahmad Lutfi es-Sayyid. Die nationalistischen Unruhen erreichten am 21. Februar einen Höhepunkt, als britische Kasernen in Kairo von Tausenden von Ägyptern angegriffen wurden und die Engländer sich mit Gewehrfeuer verteidigten. Der britische Geschäftsträger protestierte am 23. und drohte, Großbritannien werde sich von den Revisionsbesprechungen, zu denen es nach zehn Jahren noch nicht verpflichtet sei, wieder zurückziehen; doch die Entgegnung der ägyptischen Regierung am 26. machte die Briten für die Vorfälle verantwortlich. Innerhalb erließ Sidqi, der anfangs seine Sympathien für die nationalistischen Demonstranten bekundet hatte, am 24. ein Demonstrationsverbot.

Gern hätte Sidqi für die Verhandlungen eine ägyptische Einheitsfront zusammengebracht, aber die Wafd-Partei lehnte jede Mitarbeit unter fremder Führung ab. Die Delegation, die König Faruq am 7. März ernannte, bestand aus Sidqi, Lutfi, Nuqrashi, Makram 'Obaid vom Wafd-Block und einer Reihe anderer ehemaliger Ministerpräsidenten, Parteiführer und Politiker, insgesamt zwölf Personen. Guten Eindruck machte es, als am 2. April bekannt wurde, daß die britische Delegation unter der Leitung Außenminister Be-

vins selbst stehen würde; im übrigen sollten ihr angehören: Luftfahrtminister Viscount Stansgate, 1927–29 Indienminister unter MacDonald; Botschafter Campbell; als politischer Berater Sir Kinahan Cornwallis, ehemals Botschafter in Bagdad; als wirtschaftlicher Berater Arnold Overton, englischer Leiter des Middle East Supply Centre; als juristischer Berater W. E. Beckett; als militärischer Berater Generalmajor Jacob vom britischen Generalstab; sowie die Oberbefehlshaber der britischen Marine-, Land- und Luftstreitkräfte im Mittleren Osten. Zum Entstehen einer günstigen Stimmung trugen auch die am 12. April verkündete Räumung der Quartiere des britischen Militärs in Alexandrien und die einjährige Verlängerung eines am 31. März ablaufenden Zahlungsabkommens bei, die Großbritannien die sofortige Freigabe der ägyptischen Sterling-Guthaben in Devisen ersparte.

Am 5. April eröffnete Campbell durch Vorbesprechungen die erste Verhandlungsphase, die bis zum 22. Mai dauerte. Als Ägypten sich am 9. März offiziell zu den Besprechungen bereit erklärt hatte, hatte es die Bedingung gestellt, daß ihm keinerlei Beschränkungen auferlegt werden sollten, während die Briten von vornherein eine Zurückstellung der Sudan-Frage wünschten. Nachdem am 15. April Stansgate in Kairo eingetroffen war, setzte sich der britische Standpunkt durch. Vom Ende des Monats an nahm auch Generalmajor Jacob an den Besprechungen teil, und am 7. Mai gab die britische Regierung ihren Entschluß bekannt, sämtliche bewaffneten Streitkräfte von Ägypten abziehen; gegen die Opposition der Konservativen unter Führung Churchills und Edens konnte sie noch am Abend des gleichen Tages ein Vertrauensvotum des Unterhauses für diesen Schritt erlangen. Hingegen wurde über die Modalitäten des Abzugs zunächst keine Einigung erzielt; für dessen Durchführung sollten die Briten anfangs fünf Jahre verlangt haben, während Ägypten nur zwölf bis achtzehn Monate zubilligen wollte. Außerdem wollte sich Ägypten nicht in einem neuen Bündnis verpflichten, bereits bei drohender Kriegsgefahr den Briten wieder Stützpunkte zur Benutzung einzuräumen. Bei dem Abbruch der Verhandlungen hieß es zwar, es handle sich lediglich um Differenzen formaler Natur, und zuerst begab sich nur Beckett zwecks Rücksprache nach London; am 2. Juni folgte ihm jedoch auch Stansgate.

Am 17. Juni überbrachte Campbell neue britische Vorschläge, und Anfang Juli kam Stansgate zur zweiten Verhandlungsphase nach Alexandrien. Der britische Kompromißplan sah ein britisch-ägyptisches Verteidigungskomitee vor, dem es obliegen würde, das Inkrafttreten des neuen Bündnisses festzusetzen. Als die ägyptische Delegation am 1. August ablehnte, zog sie in ihrer Note offenbar wieder die Sudan-Frage in die Diskussion hinein. Deshalb mußten die Verhandlungen nach einer zweiten ägyptischen Note am 20. August abgebrochen werden, obwohl sie durch das Eintreffen des ägyptischen Botschafters in London, 'Abd el-Fattah 'Amr, und durch das britische Eingehen auf eine kürzere Räumungsfrist und auf gewisse von Ägypten vorgeschlagene Bündnismodalitäten wieder in Fluß gekommen waren.

Bemühungen um die Wiederaufnahme der Besprechungen scheiterten, bis Sidqi am 12. September sein Kabinett umbildete und erweiterte; es bestand nunmehr aus acht Parteilos, vier Liberal-Konstitutionellen und vier Sa'disten, darunter dem neuen Außenminister Ibrahim 'Abd el-Hadi. Am 18. übermittelte Stansgate abgeänderte Vorschläge, die indessen in Bezug auf das Bündnis keine wesentliche Änderung brachten und für den Sudan den Status quo vorsahen, bis das Land für die Unabhängigkeit bereit sei. Die ägyptische Delegation lehnte am 27. September in einer dritten stellungnehmenden Note ab. Dabei scheint sich die spätere Spaltung unter ihren Mitgliedern angebahnt zu haben, da der radikale Flügel jetzt schon die Verhandlungen überhaupt abbrechen wollte. Am gleichen Tage, an dem die Note Stansgate ausgehändigt wurde, am 28., bot Sidqi seinen Rücktritt an. Faruq beauftragte einen Verwandten, Sharif Sabri, mit der Bildung einer Allparteienregierung



unter Einbeziehung des Wafds. Als dieser Versuch fehlgeschlug, wurde Sidqis Rücktrittsgesuch abgewiesen, und Sidqi gab in der Folge seine Absicht bekannt, zur Überwindung des Engpasses nach London zu reisen und mit Bevin selbst Fühlung zu nehmen. Es entbehrt nicht einer pikanten Note, daß er vor der Abfahrt, am 9. Oktober, mit dem anglophoben Exmufti von Jerusalem, *Amin el-Husaini*, konferierte, der im Juni 1946 in Ägypten Asyl gefunden hatte.

Die Londoner Besprechungen Sidqis und Ibrahim 'Abd el-Hadis mit Bevin fanden vom 18. bis zum 25. Oktober statt. Sie endeten in einem Kompromiß auf persönlicher Basis, der in der Form eines Vertragsentwurfes fixiert wurde. Nach einigen irreführenden Verlautbarungen vor der Öffentlichkeit und nach Anspielungen in der Thronrede zur Eröffnung des ägyptischen Parlaments am 14. November wurde der Text am 18. November bekanntgegeben:

„Seine Majestät der König von Ägypten und Seine Majestät der König von Großbritannien, Irland und den Dominien in Übersee, Kaiser von Indien,

in der Sorge um die Festigung der Freundschaft und der Beziehungen guten Einverständnisses zwischen sich und um die Errichtung dieser Beziehungen auf einer für die Vermehrung dieser Freundschaft geeigneteren Grundlage,

in dem Wunsch, einen Vertrag der gegenseitigen Hilfeleistung zu schließen mit dem Ziel, die zwischen sich bestehenden Freundschaftsbeziehungen zu festigen und den Beitrag zu verstärken, den jeder von ihnen — durch gemeinsame Zusammenarbeit und Hilfeleistung — leisten kann, um den Weltfrieden und die Weltsicherheit zu bewahren, entsprechend den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen,

haben als ihre Bevollmächtigten ernannt . . .

**Artikel 1.** Der in London am 26. August 1936 unterzeichnete Bündnisvertrag ist aufgehoben, ebenso wie die akzeptierte Note und die Noten und das Abkommen bezüglich der Immunitäten und Privilegien, die im August 1936 unterzeichnet wurden und die ihm angefügt sind, und zwar vom Inkrafttreten des vorliegenden Vertrages an.

**Artikel 2.** Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen überein, daß in dem Fall, daß Ägypten Gegenstand einer bewaffneten Aggression werden sollte, oder in dem Fall, daß das Vereinigte Königreich infolge einer bewaffneten Aggression gegen die an Ägypten angrenzenden Länder in einen Krieg verwickelt werden sollte, sie in enger Zusammenarbeit und nach Beratungen jeden Schritt unternehmen werden, der als notwendig erkannt werden könnte, bis der Sicherheitsrat die erforderlichen Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens ergriffen hat.

**Artikel 3.** Um die gegenseitige Zusammenarbeit und Hilfeleistung zwischen den Hohen Vertragschließenden Parteien sicherzustellen und um die wirksame Koordinierung der für ihre gegenseitige Verteidigung zu ergreifenden Maßnahmen zu gestatten, kommen die Hohen Vertragschließenden Parteien überein, ein gemeinsames Verteidigungskomitee zu errichten, bestehend aus den zuständigen militärischen Autoritäten der beiden Regierungen, die von allen anderen Vertretern unterstützt werden, welche die beiden Regierungen ernennen werden.

Das Komitee ist ein beratendes Organ, das, um den beiden Regierungen die zu ergreifenden Maßnahmen vorzuschlagen, befugt sein wird, die Probleme zu studieren, die die gegenseitige Verteidigung der Hohen Vertragschließenden Parteien zu Lande, zur See und in der Luft betreffen, eingeschlossen die darauf bezüglichen Material- und Personalfragen und besonders die technischen Bedingungen ihrer Zusammenarbeit und die Maßnahmen, die zu ergreifen sind, um den bewaffneten Streitkräften der Hohen Vertragschließenden Parteien zu gestatten, wirksam imstande zu sein, der Aggression Widerstand zu leisten.

Das Komitee wird so oft zusammentreten, wie es nötig sein wird um seine Funktionen zu erfüllen. Wenn die Notwendigkeit besteht, wird das Komitee gleichfalls auf Anforderung der beiden Regierungen und auf der Grundlage der von ihnen gelieferten Informationen die militärischen Rückwirkungen der internationalen Situation und besonders aller Ereignisse prüfen, die die Sicherheit des Mittleren Ostens bedrohen könnten, und es wird hierüber geeignete Empfehlungen den beiden Regierungen machen, die sich im Fall von Ereignissen, die die Sicherheit irgendeines der

Nachbarländer Ägyptens bedrohen, beraten werden, um in gemeinsamer Übereinstimmung alle Maßnahmen zu ergreifen, die als notwendig erkannt werden könnten.

**Artikel 4.** Die beiden Hohen Vertragschließenden Parteien verpflichten sich, kein Bündnis zu schließen oder sich keinem Bündnis anzuschließen, das gegen eine von ihnen gerichtet ist.

**Artikel 5.** In den Bestimmungen dieses Vertrages ist nichts enthalten, was in irgendeinem Falle die Rechte und Verpflichtungen beeinträchtigen könnte, die für oder gegen eine der beiden Hohen Vertragschließenden Parteien aus der Charta der Vereinten Nationen resultieren oder resultieren könnten.

**Artikel 6.** Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen überein, daß, unbeschadet der Erklärungen, die sie beide in Anwendung von Artikel 36, Paragraph 2, der Statuten des Internationalen Gerichtshofes abgegeben haben, jede Unstimmigkeit bezüglich der Anwendung oder der Auslegung der Bestimmungen des vorliegenden Vertrages, deren Lösung ihnen nicht durch direkte Verhandlungen gelingen sein sollte, gemäß den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen geregelt wird.

**Artikel 7.** Der vorliegende Vertrag soll ratifiziert werden. Die Ratifikationsurkunden werden baldmöglichst in Kairo ausgetauscht. Der Vertrag wird mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Der vorliegende Vertrag ist für eine Periode von zwanzig Jahren vom Datum seines Inkrafttretens an gültig. Er wird während einer Periode von einem Jahr von dem Datum an in Kraft bleiben, an dem eine der beiden Hohen Vertragschließenden Parteien ihre Absicht, ihn aufzuheben, auf dem diplomatischen Wege bekundet haben wird.

#### *Protokoll in Bezug auf den Sudan*

Die Politik, die die Hohen Vertragschließenden Parteien im Sudan zu führen sich verpflichten im Rahmen der Einheit Ägyptens und des Sudans unter einer gemeinsamen Krone, der Krone von Ägypten, wird zum wesentlichen Ziel haben das Wohlergehen der Sudanesen, die Entwicklung ihrer Interessen und ihre aktive Vorbereitung auf die freie Regierung und auf die Ausübung des davon herrührenden Rechtes, das zukünftige Statut des Sudans zu wählen.

Bis die Hohen Vertragschließenden Parteien in gemeinsamer Übereinstimmung und nach Konsultierung der Sudanesen dieses letzte Ziel erreichen können, wird das Abkommen von 1899 aufrecht erhalten werden, und der Artikel 11 des Vertrages von 1936 mit seinem Anhang und den Paragraphen 14 bis 16 der akzeptierten Note, die dem besagten Vertrag angefügt ist, werden ungeachtet Artikel 1 des vorliegenden Vertrages in Kraft bleiben.

#### *Protokoll über die Räumung*

Die Hohen Vertragschließenden Parteien kommen überein, daß die vollständige Räumung des ägyptischen Territoriums (Ägyptens) von den britischen Streitkräften wird am 1. September 1949 beendet sein müssen.

Die Städte Kairo und Alexandrien und das Delta werden vor dem 31. März 1947 geräumt sein müssen; die Räumung des übrigen Territoriums wird während der Periode, die an dem im ersten Absatz vorgesehenen Datum abläuft, auf beständige Weise fortfahren müssen.

Die Bestimmungen des Abkommens vom 26. August 1936 in Bezug auf die Immunitäten und Privilegien werden vorläufig auf die britischen Streitkräfte während der Dauer ihres Rückzuges aus Ägypten weiter angewendet werden.

Jede Änderung des obengenannten Abkommens, die durch die Tatsache notwendig werden sollte, daß die britischen Streitkräfte das Delta und die beiden Städte werden vor dem 31. März geräumt haben müssen, wird durch ein neues Abkommen geregelt werden, das vor diesem Datum zwischen den beiden Regierungen ausgehandelt werden soll.

Zum Beweis ihres guten Willens hatten die Briten schon am 4. Juli die Kairiner Zitadelle geräumt — am 9. August fand die feierliche Hissung der ägyptischen Flagge durch König Faruq statt —, und am 27. November zog das britische Militär auch aus Alexandrien ab. Am 26. November führte Sidqi eine Geheimdebatte der ägyptischen Kammer herbei, und nachdem 62 oppositionelle Abgeordnete die Sitzung unter Protest verlassen hatten — der Wafd ist seit seinem Boykott der Wahlen im Januar 1945 sowieso nicht im Parlament vertreten —, konnte er ein Vertrauensvotum



und damit die parlamentarische Billigung des Vertrages erlangen. Jedoch hatten am Vortage sieben Mitglieder der Delegation für die Vertragsverhandlungen den Bevin-Sidqi-Plan, gegen dessen Artikel 2 und 3, Absatz 3, sie Einwendungen erhoben, scharf abgelehnt, so daß der König die Delegation nach dem Parlamentsvotum auflösen mußte.

Sidqi teilte London am 1. Dezember noch die Zustimmung des Parlaments mit und lud Bevin zu abschließenden Gesprächen nach Kairo ein, mußte aber am 7. aus Gesundheitsgründen zurücktreten. Ein neues, aus Sa'disten und Liberal-Konstitutionellen gebildetes Kabinett stellte Nuqrashi am 9. Dezember vor. Die neue Regierung war insbesondere mit dem Sudan-Protokoll nicht einverstanden und stellte dadurch in der vierten Verhandlungsphase den mit dem Bevin-Sidqi-Plan erzielten Fortschritt in Frage. Am 24. Januar 1947 überbrachte Campbell den letzten Vorschlag Bevin's, wenigstens den neuen Vertrag und das Protokoll über die Räumung sogleich zu unterzeichnen und die Sudan-Frage auf einer Konferenz erneut zu erörtern, die sich aus Vertretern Großbritanniens, Ägyptens und des Sudans zusammensetzen sollte. Dagegen verharnte das Kabinett Nuqrashi bei der Mindestforderung, daß die ägyptische Souveränität über den Sudan grundsätzlich anerkannt werde, und brach die Verhandlungen ab; dafür erhielt es am 28. Januar wieder das Vertrauen des Abgeordnetenhauses. In einem Rechenschaftsbericht vor dem Unterhaus am 27. Januar deutete Bevin als Ursache für das Scheitern der Verhandlungen die Nichtteilnahme der Wafd-Partei an, indem er erklärte, Großbritannien habe es in Kairo mit einem Kabinett zu tun, das nur eine Minderheit vertrete, und die Aussichten stünden günstiger, wenn es möglich gewesen wäre, die Besprechungen aus der Sphäre der ägyptischen Parteipolitik herauszulösen.

Schon am 28. Oktober 1946, drei Tage nach der Einigung Sidqis mit Bevin, hatte der Vorsitzende der Liberal-Konstitutionellen, Muhammad Husaïn Haikal, als Führer der ägyptischen Abordnung auf der UN-Vollversammlung in New York die Anwesenheit britischer Truppen in seinem Lande zur Sprache gebracht. Am 27. November hatte im Politischen Ausschuss der Vollversammlung der ägyptische Vertreter Mahmūd Fauzi zu dem sowjetischen Vorschlag über die Bekanntgabe der Truppenstärken im Ausland einen Zusatzantrag vorgelegt, durch den die Vollversammlung allen Staaten, die auf dem Gebiet anderer Mitgliedstaaten der UN noch Streitkräfte unterhielten, die sofortige Zurückziehung dieser Streitkräfte empfehlen sollte; der ägyptische Antrag fand übrigens die Zustimmung des britischen Delegierten Noel Baker. Nach dem Abbruch der Verhandlungen gab Nuqrashi nunmehr am 27. Januar 1947 die Absicht der ägyptischen Regierung bekannt, die Frage der Vertragsrevision selbst dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu unterbreiten.

### Soziale Verhältnisse

Zum Verständnis der heutigen Situation Ägyptens ist ein Blick auf die soziale Lage im Lande notwendig. Die Bevölkerung wächst trotz verbreiteter Krankheiten und hoher Sterblichkeit sehr schnell, im Jahr durchschnittlich um fast 1,5 Prozent. 1942 wurde sie auf 17,3 Millionen geschätzt; das bedeutet absolut 17,4 Menschen pro Quadratkilometer, bei der sehr geringen Ausdehnung des Kulturbodens in Wirklichkeit jedoch über 500 — eine Bevölkerungsdichte, wie sie nur wenige Industriegebiete der Erde besitzen. Da nicht mehr viel neues Kulturland gewonnen zu werden vermag, ergibt sich dadurch ein Bedürfnis nach Industrialisierung, der jedoch die einheimischen Bodenschätze und das Niveau der Einwohner nicht entsprechen, oder nach Auswanderung.

Knapp 10 Prozent der arbeitenden Bevölkerung sind in der Industrie und im Bergbau, etwa 11 Prozent im Handel und Verkehr, rund 5 Prozent im öffentlichen Dienst und in freien Berufen beschäftigt, über 60 Prozent dagegen in der Landwirtschaft. Die Fellachen stellen somit das bedeutendste soziale Element dar. Meist sind sie wenigstens zum

Teil selbständig, aber 70 Prozent besitzen höchstens 1 Feddan (4200,83 qm), 23 Prozent 1—5 Feddan, während etwa die Hälfte der Gesamtfläche in den Händen von 1,5 Prozent der ländlichen Eigentümer ist. Beim Verkauf der Ernte hängt der Fellache stark vom Händler und von der Weltmarktlage ab. Da er vom Ertrag seines Bodens nur selten leben kann, ist er auf Tagelöhnerarbeit beim Gutsbesitzer angewiesen. Die existierenden Schutzgesetze — zum Beispiel Kitcheners Fünf-Feddan-Gesetz von 1912, durch das der Grundbesitz der kleinsten Bauern der Pfändung entzogen ist — und ähnliche Maßnahmen sind ungenügend; kennzeichnenderweise gehen sie meist auf englische Initiative zurück. Aus diesen Bedingungen ergibt sich ein sehr niedriger Lebensstandard der Fellachen, der auch in dem schlechten Gesundheitszustand und der hohen Zahl der Analphabeten (1927 noch 78,2 Prozent der männlichen, 96,5 Prozent der weiblichen Gesamtbevölkerung) seinen Ausdruck findet. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens kommt den Fellachen erst in letzter Reihe zugute.

Die Auswirkungen dieser sozialen Verhältnisse auf das politische Leben liegen auf der Hand. Die Volksmassen sind weitgehend als politisch unmündig anzusprechen. Zudem orientieren sich sämtliche heute bestehenden Parteien nach nationalistischen Gesichtspunkten; sie unterscheiden sich voneinander im wesentlichen nur durch die Persönlichkeiten ihrer Führer oder durch die Interessengruppen, die sie vertreten. Echte sozialistische Parteien fehlen völlig. Soweit sich König Faruq und die Wafd-Partei oder die Grünhemden an die bescheidenen Gewerkschaften oder die Fellachen wandten, gingen ihre Bemühungen nicht über Schachzüge der innerpolitischen Taktik, das heißt des Stimmenfangs hinaus. Die Organisation der Muslimischen Brüder unter Hasan el-Banna trägt gewiß sozialistische Tendenzen zur Schau, die indessen religiös gefärbt und alles andere als klar sind; im übrigen vertritt sie den extremsten xenophoben Nationalismus. Die erstgemennten Versuche des Prinzen 'Abbas Halim, eine Arbeiterbewegung ins Leben zu rufen, scheinen noch nicht aus dem Versuchsstadium heraus zu sein. Die Kommunisten setzten Anfang der zwanziger Jahre in Ägypten zu einer nicht ungeschickten Aktivität an, doch war ihnen die Bildung einer Partei bis zur völkerrechtlichen Anerkennung der Sowjet-Union durch die Kairiner Regierung 1943 verboten, und 1946 sind sie wieder ebenso unterdrückt worden wie die faschistischen Grünhemden.

Es ist nicht zu leugnen, daß die nationalistischen Schlagworte bisher immer wieder und sogar in stets wachsendem Ausmaß bei den ägyptischen Massen Resonanz gefunden haben. Großbritannien trägt dem Rechnung, indem es stets mit den Nationalisten verhandelt hat und sich auch heute auf diese einstellt. Wenn es der Wafd-Bewegung, an deren Spitze mit Zaghlul ein Fellachensohn stand, nicht gelungen ist, einen totalitären Einparteiensstaat zu errichten, so ist dies nicht aus der politischen Struktur des ägyptischen Volkes oder seiner ablehnenden Stellungnahme zu erklären. So wenig es Zweck dieser Ausführungen sein darf, Prognosen zu stellen, so wenig darf in ihnen der Hinweis darauf fehlen, daß bei einer natürlichen Entwicklung in Zukunft sozialistische Elemente in der Innen- und vielleicht auch in der Außenpolitik Ägyptens notwendig eine größere Rolle als bisher zu spielen haben werden.

### Die Sudan-Frage

Schließlich ist die Sudan-Frage einer Betrachtung zu unterziehen, soweit nicht ihr Einfluß auf die unmittelbaren ägyptisch-britischen Beziehungen bereits gewürdigt werden mußte, sondern ihre Problematik eigenen Gesetzen folgt.

Muhammad 'Ali hatte von 1820 an auf der Suche nach Gold und Rekruten begonnen, die islamischen Fürstentümer und die nilotischen und niloto-hamitischen Negerstämme der oberen Nilländer zu unterwerfen, und unter Isma'il war die formelle ägyptische Herrschaft bis an den 2. nördlichen Breitengrad ausgedehnt worden. Eine unsinnige Ausbeu-



tungspolitik, vor allem die Duldung von rücksichtslosen Sklavenjagden, führte zu einer entsetzlichen Verelendung der reichen Gebiete. Versuche Isma'îls, mit Hilfe von Europäern Reformen durchzusetzen und einen ordentlichen Verwaltungsapparat aufzubauen, scheiterten an den Ausmaßen der Aufgabe und an der Korruption der ägyptischen und türkischen Beamten. 1881 entfachte ein dongolanischer Wanderprediger, der den Titel des *Mahdi*, das heißt eines islamischen Messias, annahm, unter der arabisierten Bevölkerung des Nord-Sudans Haß gegen die fremde Ausbeutung und religiösen Fanatismus zu einem Aufstand, dem die Ägypter nicht gewachsen waren und dem Großbritannien auch nach der Besetzung Ägyptens nicht entgegenzutreten wollte; bei der Organisation eines großen Rückzugsunternehmens wurde Generalgouverneur Gordon 1884 in Chartum eingeschlossen und bei der Erstürmung der Stadt im nächsten Jahr erschlagen. Nach dem Tode des Mahdi verfiel dessen theokratische Herrschaft rasch; hinzu kam, daß eine aktive Ostafrika-Politik Frankreichs, Italiens und Belgiens auch das britische Interesse am Sudan weckte. So begannen die Ägypter 1896 unter britischer Führung die Rückeroberung und erzielten 1898 den ausschlaggebenden Sieg bei Omderman. Kurz darauf stieß der Sirdar Kitchener in Faschoda auf den hier im Rücken der Mahdisten von Westafrika her eingetroffenen französischen Major Marchand; in der folgenden diplomatischen Auseinandersetzung sicherte sich London den alleinigen Einfluß auf die ostsudanischen Länder.

Auf einer Notabelnversammlung in Omderman am 4. Januar 1899 proklamierte Cromer die gemeinsame britisch-ägyptische Herrschaft über den Sudan, und am 19. Januar wurde ein Kondominatsabkommen geschlossen, das die oberste militärische, zivile und legislative Gewalt dem Generalgouverneur übertrug, der durch Dekret des Chediwen auf Empfehlung der britischen Regierung ein- und abgesetzt wird; dazu stellte eine Art Zollunion die Verbindung mit Ägypten her. Durch die große Unabhängigkeit des Generalgouverneurs auch von London wurde der Sudan faktisch ein souveräner Staat, dessen auswärtige Interessen — zum Beispiel bei der Festlegung der Grenzen gegen Äthiopien und die französischen und italienischen Kolonien — allerdings Großbritannien wahrnimmt.

Die selbständige Stellung des Generalgouverneurs ermöglichte eine rein nach den sudanischen Interessen orientierte Verwaltung, bei deren Aufbau die Briten nicht wie in Ägypten von einem bestehenden System ausgehen mußten, sondern die sie frei schaffen konnten. Trotzdem befolgten sie dabei den — bewußt oder unbewußt schon von Kitchener angenommenen — Hauptgrundsatz, die soziale Ordnung auf einem Maximum von landeseigenen Traditionen und Einrichtungen und auf einer maximalen Heranziehung von Eingeborenen aufzubauen. Diese Politik gewann ihnen das Vertrauen der Bevölkerung und damit die Voraussetzung für eine Gesundung der Verhältnisse, die unter den Mahdisten womöglich noch eine weitere Verschlimmerung erfahren hatten. Die Feststellungen mögen genügen, daß die sudanische Bevölkerung, die unter den Mahdisten von 8,5 auf 1,9 Millionen gesunken war, 1914 wieder 3,5 Millionen erreichte und jetzt etwa 7 Millionen beträgt; daß der Haushalt des Sudans seit dem ersten Weltkrieg kein Defizit kennt, sondern daß das Land sich in einer ständigen Wirtschaftsblüte befindet; und man wird verstehen, warum kaum jemand bestreitet, daß die britische Kolonialpolitik im Sudan einen ihrer größten Triumphe feiert.

Wie gesagt, war das Ziel dieser Politik sudanisch, nicht etwa ägyptisch. Der Verkehr zum Beispiel wurde zum Roten Meer hin und nicht am Nil entlang geleitet. In der Verwaltung führten der Mangel britischer und die Unzuverlässigkeit ägyptischer Beamter infolge der anglo-ägyptischen Spannungen 1915 zu einer umfangreichen Vergebung von niederen Stellen an Sudanesen; 1932 wird der Anteil der Eingeborenen am gesamten Beamtenstab auf über 60 Prozent beziffert. Daneben trat die Politik der „devolution“,

der Rückerstattung alter Rechte an die Eingeborenenautoritäten zur Entlastung der „direkten“ Verwaltung und zur Verminderung des Gefühls der Fremdherrschaft, die seit Beginn der dreißiger Jahre wohl auf den gesamten hamitisch-muslimischen Norden ausgedehnt ist. Bei den Negern des Südens, denen eine soziale Struktur, die einheitliche arabische Sprache und die gemeinsame Religion fehlt, wurden immerhin erste Ansätze zu einer lokalen Selbstregierung gemacht. 1910 war dem Generalgouverneur ein Rat aus den obersten Verwaltungsbeamten und einigen ernannten Eingeborenen an die Seite gestellt worden; während des zweiten Weltkrieges kam dazu in den Nordprovinzen als erster Schritt auf eine wirkliche Volksvertretung hin der „Northern Sudan Advisory Council“.

Da in dem 2,5 Millionen Quadratkilometer großen Gebiet des Kondominiums ein akuter Mangel an Arbeitskräften das größte Hindernis für eine schnellere Erschließung der Naturreichtümer ist, machen die sozialen Verhältnisse und der Bevölkerungsdruck in Ägypten das Streben der Ägypter begreiflich, den Sudan als Einwanderungsgebiet zu gewinnen. Dazu fürchten sie die Konkurrenz eines Landes mit verwandter Wirtschaftsstruktur. Seit den Erfolgen der Wafd-Bewegung agitieren sie deshalb für den Anschluß, für die „Einheit des Niltals“. Als ihre Propaganda unter den arabisierten Nord-Sudanesen die ersten Anhänger gefunden hatte, wurde 1924 nach der Ermordung Sir Lee Stacks der ägyptische Einfluß im Sudan praktisch ganz ausgeschaltet. In den folgenden Jahren leistete die Kairiner Regierung dennoch finanzielle Beiträge für die Schaffung einer sudanischen Verteidigungstruppe, um nicht alle Anrechte zu verlieren. Im Bündnisvertrag von 1936 wurde schließlich durch Artikel 11 das Kondominium wiederhergestellt und die Einwanderung von Ägyptern erleichtert.

Unter den Sudanesen haben sich angesichts der ägyptischen Forderungen seit 1945 zwei Richtungen herausgebildet. Die eine wünscht den mehr oder minder unmittelbaren Anschluß an Ägypten. Sie kristallisiert sich um die Absolventen (Charigiyyun) des Gordon Memorial College in Chartum, also die gebildete Jugend, und die islamisch-orthodoxe Partei der Brüder (Aschiqqa); ihre Exponenten sind es-Sayyid el-Mirghani, Sproß einer bedeutenden sudanischen Familie und Haupt einer großen religiösen Bruderschaft, und Isma'îl el-Azhari. Dagegen haben sich die Elemente, die die Selbständigkeit des Sudans verlangen, in der Unabhängigkeitsfront zusammengeschlossen. Bei ihnen handelt es sich um anglophile Beamtenkreise sowie um die von den orthodoxen Muslimen als ketzerisch verschriene Partei der Nation (Umma) unter dem Sohn des Mahdi, es-Sayyid Sir 'Abd er-Rahman Muhammad Ahmad el-Mahdi, die Anspruch auf eine Mitgliedschaft von 500 000 Sudanesen erhebt und sich im wesentlichen auf die Stämme zu stützen scheint.

Großbritannien, das bis heute die Verantwortung für den Sudan trägt, hat sich nicht nur mit den Ägyptern und mit diesen beiden sudanesischen Parteien auseinanderzusetzen; es muß auch auf die übrige sudanesischen Bevölkerung Rücksicht nehmen, die in den Südgebieten zweifellos erst in Jahrzehnten die Reife für eine politische Unabhängigkeit erlangen wird. Die britische Verwaltung läßt die gegenwärtigen scharfen Diskussionen über die politische Zukunft des Landes, die ihre Aufbau- und Erziehungsarbeit gefährden, sichtlich ungern zu. Die Briten glauben auch nicht, daß diese Arbeit weiterhin gedeihen würde, wenn jetzt Ägypter an ihre Stelle träten. Und nicht zuletzt muß in Rechnung gestellt werden, daß die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Sudans und seine strategische Lage das Land zu einem Glied des britischen Weltreiches machen, das die Briten gerade dann nicht zu verlieren wünschen, wo sie sich anschicken, die ägyptische Position zu räumen.



## Zusammenfassung

Strategische, geopolitische Verhältnisse haben die wichtigsten äußeren Voraussetzungen für die Entwicklung der ägyptischen Frage geliefert. Die günstige Mittelpunktlage an der Berührungsstelle dreier Erdteile lenkte frühzeitig das Interesse der Großmächte auf das Nilland. Nach dem Bau des Sueskanals wurde dieses Interesse von schiffahrtspolitischen Gesichtspunkten her noch verstärkt. Im Zeitalter des Luftverkehrs stellt Ägypten heute schon einen der bedeutendsten Schnittpunkte der Weltfluglinien dar.

Die Rolle, die die ägyptische Frage in den Beziehungen der Großmächte untereinander spielte, ist Thema der europäischen Geschichte insbesondere des 19. Jahrhunderts; ihre Schilderung hätte den Rahmen dieser Darstellung gesprengt. Hingegen konnte gezeigt werden, wie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Großbritannien am Nil Fuß faßte, wie dies zuerst widerstrebend und ohne klares Ziel geschah und wie die Briten deshalb immer nur geneigt waren, eine Aufgabe nach der anderen zu bewältigen, wie sie auftauchten, und jeder Entscheidung über die Zukunft des Landes auswichen. Im ersten Weltkrieg wurde Ägypten durch die Entstehung der Sinai-Front und den Senusi-Aufstand in Libyen in die Kampfhandlungen hineingezogen. In den dreißiger Jahren verspürte es die Auswirkungen der Abessinien-Krise, unter deren Eindruck der Bündnisvertrag von 1936 zustande kam. Im zweiten Weltkrieg stellte das deutsche Oberkommando das Nildelta ins Zentrum einer gewaltigen mittelöstlich-kaukasischen Zangenbewegung, deren westliche Backe 1942 bei el-'Alamain ziemlich dicht an ihr Ziel herankam. Dabei erwies sich Ägypten deutlich als ein Angelpunkt der Verteidigung des Britischen Reiches, und die Briten gaben dem unter anderem durch die Schaffung des Amtes eines britischen Staatsministers für den Mittleren Osten mit dem Sitz in Kairo im Juli 1941 Ausdruck.

Die Ereignisse des zweiten Weltkrieges haben wohl den Ausschlag dafür gegeben, daß die Briten, die Ägypten 1882 aus der islamisch-arabischen Welt herauslösten, es heute wieder stark in deren Bindungen sehen, die in der Tat immer existiert haben. Nachdem der ägyptische Nationalismus, dem britischen Imperialismus den Kampf angesagt hatte, mußte er bei den anderen arabischen Völkern Rückhalt suchen. Wie Ägypten zum Promotor der Arabischen Liga wurde, soll in der angekündigten Untersuchung der gesamt-arabischen Fragen demonstriert werden. Ägypten setzt sich stets — zum Beispiel angesichts des Palästina-Problems<sup>1)</sup> — für die Belange der arabischen Welt ein, die es 1946 auch im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen vertrat, und umgekehrt erfreuen sich die Kairiner Staatsmänner bei der Auseinandersetzung mit Großbritannien der moralischen Unterstützung nicht nur der Liga selbst, sondern auch einzelner arabischer Länder, wie des Libanons.

Indessen ist auch die Arabische Liga schließlich mit weitestgehender britischer Förderung zustande gekommen. Wie

gegenüber Indien<sup>2)</sup>, so verläßt sich die britische Reichspolitik gegenüber dem Mittleren Osten und insbesondere Ägypten in neuerer Zeit immer weniger auf reale Machtmittel und immer mehr auf die Erweckung von Loyalitätsgefühlen. Denn keines dieser Gebiete darf dem Britischen Reich verloren gehen. Auf der britischen Reichskonferenz im April-Mai 1946<sup>3)</sup> wurde gerade die ägyptische Frage zum Kriterium für die Zusammenarbeit innerhalb der britischen Völkergemeinschaft. Die Vertreter der Dominien waren sich mit Bevin über die Notwendigkeit eines weiteren Schutzes des Sueskanals einig, mit dessen ernsthafter Gefährdung nach den Worten des südafrikanischen Ministerpräsidenten Feldmarschall Smuts „eine der wichtigsten Stützen der Welticherheit fallen würde“.

Auf die Bewahrung dieser Sicherheit ist auch die britische Politik gegenüber den Nachbarländern Ägyptens eingestellt. Sie will Libyen, das von britischen Truppen besetzt ist, möglichst in der Hand behalten (Ägypten übrigens reflektiert auf Libyen höchstens als Treuhänder im Namen der Arabischen Liga und erhebt — abgesehen von der Oase Dscharabub [Giarabub] — keine territorialen Ansprüche). Der britische Einfluß auf Äthiopien ist durch den Vertrag vom 19. Dezember 1944 gefestigt worden. Transjordanien ist durch den Bündnisvertrag vom 22. März 1946 als britische Militärbasis sichergestellt. Das britische Festhalten an Palästina ist ebenfalls zum Teil von der Entwicklung der ägyptischen Frage her zu verstehen.

Palästina und Transjordanien werden nach der abgeschlossenen Räumung Ägyptens die wichtigsten Stützpunkte der britischen Streitkräfte im Mittleren Osten sein, wie an Stelle Alexandriens Haifa bereits der bedeutendste Kriegshafen geworden ist. Allerdings bezeichnet ein Anfang Oktober 1946 inoffiziell bekannt gewordener Bericht des britischen Generalstabes Palästina und Transjordanien als ungeeignet für die Unterbringung von großen Basen von Armee, Flotte und Luftwaffe. Er schlägt stattdessen eine Verlagerung der militärischen Zentren aus dem östlichen Mittelmeerraum nach Ostafrika, das heißt den britischen Kolonien Kenia und Tanganika, vor. Solche Pläne sind zweifellos als Teile einer Alternativpolitik zu werten, mit der Großbritannien einer etwaigen ungünstigen Entwicklung zuvorkommen will. Es wird trotzdem in erster Linie bestrebt bleiben, seine alten mittelöstlichen Positionen zu halten, und deshalb weiterhin auch mit Ägypten eine Einigung in Bündnisform zu erzielen suchen.

Fritz Steppat

<sup>1)</sup> Vgl. Das europäische Judentum und die Palästinafrage, *Europa-Archiv*, S. 57 ff. und 109 ff., insbesondere 118.

<sup>2)</sup> Vgl. Die Stellung Indiens in der britischen Völkergemeinschaft, *Europa-Archiv*, S. 119 ff.

<sup>3)</sup> Vgl. Die britische Reichskonferenz, *Europa-Archiv*, S. 64 ff.

## LITERATURHINWEIS

Die Darstellung der neuesten Ereignisse erfolgte auf der Grundlage der heute in Deutschland zugänglichen Presseinformationen; es steht zu erwarten, daß einzelne Angaben noch korrigiert und vervollständigt werden müssen. Über den größten Zeitabschnitt der behandelten Geschichte Ägyptens geben die Parlamentsberichte der Kairiner Generalkonsuln bzw. Hohen Kommissare und andere britische Aktenpublikationen Aufschluß. Hier werden nur einige zusammenfassende Darstellungen englischer Politiker sowie eine Reihe zuverlässiger deutscher Standardwerke angegeben. Die reiche arabische Literatur, die dem durchschnittlichen europäischen Interessenten im allgemeinen nicht zugänglich sein wird, ist nicht aufgeführt. Hingegen sollen die Titel einer wichtigen französischen Schriftenreihe über die moderne ägyptische Geschichte gelegentlich nachgetragen werden.

Earl of Cromer. *Modern Egypt*. London 1908, Supplement 1915. (Deutsch: Das heutige Ägypten. Berlin 1908.)

Lord Lloyd. *Egypt since Cromer*. London 1933—34.

Adolf Hasenclever. *Geschichte Ägyptens im 19. Jahrhundert*. Halle 1917.

Georg Kampffmeyer. *Die ägyptische Verfassung vom 19. April 1923, in Mitteilungen des Seminars für Orientalische Sprachen XXVI/XXVII*. Berlin 1924.

Ernst Klingmüller. *Geschichte der Wafd-Partei im Rahmen der gesamtpolitischen Lage Ägyptens*. Dissertation, Berlin 1937.

Ernst Klingmüller. *Ägypten*. Berlin 1944.

Walter Krämer. *Die koloniale Entwicklung des Anglo-Ägyptischen Sudans*. Dissertation, Leipzig 1938.

Carl Brockelmann. *Geschichte der islamischen Völker und Staaten*. München und Berlin 1939.



## Australien und Neuseeland als Ordnungsmächte im Pazifik

In den politischen und sozialen Spannungen im pazifischen Raum stellen die beiden pazifischen Dominien des britischen Weltreiches ein Element der Ruhe und Ausgeglichenheit dar; sie sind auf dem Wege, ein Kristallisationspunkt für das gesamte Ordnungssystem in diesem Raum zu werden. Vor allem seit dem zweiten Weltkrieg sehen sie darin auch ihre Aufgabe, gerade weil sie sich nach Herkunft und Geschichte dem angelsächsischen Bereich zugehörig fühlen und auf weit entlegenem Vorposten das angelsächsische politische System in einer andersgearteten Umwelt vertreten. So sehr die beiden Dominien wissen, daß ihre Stärke in der Zugehörigkeit zum Angelsachsentum liegt, so verkennen sie doch nicht, daß ihre Stellung in diesem System überprüft werden muß. Sie sind nicht mehr nur Glieder des britischen Reiches und dessen Vorposten, sie bemühen sich vielmehr darum, einen Ausgleich zwischen dem britischen Reich und den Vereinigten Staaten zu schaffen und damit beide in die politische Ordnung des pazifischen Raumes mit einzubeziehen. Diese Aufgabe, bei der politischen Neuorientierung die stärksten Impulse zu geben, leiten sie aus ihrer geographischen Lage ab: während Großbritannien und die Vereinigten Staaten nur Interessen — wenn auch lebenswichtige — in diesem Raum haben, müssen Australier und Neuseeländer selbst darin leben und können sich in der Zukunft nicht behaupten, wenn sie nicht eine dauerhafte Ordnung schaffen.

Nach einer kurzen Darstellung der wirtschaftlichen Grundlagen wird im folgenden versucht, zuerst auf die inneren Probleme der beiden Dominien einzugehen: es werden die Dominien als Siedlungsgebiete und innerpolitische Verfassungsfragen in Australien behandelt. Eine Betrachtung der Stellung der beiden Dominien in der Gemeinschaft der Englisch sprechenden Völker soll dann zu der augenblicklich drängendsten Frage hinführen: zu ihrer Rolle bei der Neuordnung des pazifischen Raumes. Australien und Neuseeland werden gemeinsam in einem Beitrag behandelt, denn sie haben eine sehr ähnliche Entwicklung hinter sich und sehen sich jetzt vor Schwierigkeiten gestellt, die sie nur gemeinsam meistern können. Australien als das größere der beiden wird ausführlicher behandelt, da sich dort die Probleme schärfer abzeichnen und die Initiative meist bei diesem Dominion liegt.

Die wirtschaftlichen Grundlagen werden nicht im Wirtschaftsarchiv, sondern im Zusammenhang mit den politischen Fragen behandelt, da die Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge für die richtige Beurteilung der politischen Probleme unerlässlich ist. Wenn die wirtschaftlichen Voraussetzungen nicht bekannt sind, können die politischen Schlußfolgerungen nicht verstanden werden.

### Die wirtschaftlichen Grundlagen

#### Australien

Bis 1868 deportierte Großbritannien Sträflinge nach Australien. Diese Sträflingskolonien waren bekanntlich die Keimzellen des Australischen Bundes. Als im Jahre 1851 besonders im Westen des Landes ergiebige Goldfelder entdeckt wurden, strömten auch andere Einwanderer in den abgelegenen Erdteil. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchs das Bewußtsein, daß der Kontinent nur gemeinsam verteidigt werden könne und daß die Bildung eines Bundesstaates sich auch wirtschaftlich günstig auswirken werde. Deshalb schlossen sich mit Wirkung vom 1. Januar 1901 die sechs Kronkolonien Victoria, Neusüdwales, Queensland, Südaustralien (von dem dann 1911 das Nordgebiet abgetrennt wurde), Westaustralien und die Insel Tasmanien zum Australischen Bund, *Commonwealth of Australia*, zusammen; sie erhielten durch die vom englischen Parlament 1900 erlassene *Commonwealth of Australia Constitution Act* eine Bundesverfassung.

Als der Goldrausch verflogen war, widmeten sich die Einwohner der Schafzucht auf den weiten Flächen Australiens. Später wurden die besseren Weiden der Rinderzucht vorbehalten und die Schafe auf die Grassteppen des Inneren und des Südwestens abgedrängt. In den feuchten Landstrichen des Ostens und Südostens entwickelte sich auch die Landwirtschaft, die vor allem Weizen, Mais, Zuckerrohr, Obst und Wein anbaut; aber nur 1,5 Prozent des Bodens sind Ackerland. Erst seit etwa 1890 gibt es Kleingüter in nennenswerter Zahl. Im allgemeinen ist der australische Landwirt auch heute noch eher Weizenfabrikant und Viehzüchter im großen als Bauer. Die ausgedehnte Schafzucht hat Australien zusammen mit Neuseeland zum größten Wollerzeuger der Erde gemacht: es liefert ein Viertel der gesamten Wollerzeugung.

Auch an Bodenschätzen ist Australien reich. Zwar werden heute auf den australischen Goldfeldern nur noch 3,4 Prozent des Goldes der Erde gewonnen, aber man hat inzwischen große Vorkommen von Kohle und Eisenerzen, hauptsächlich in Neusüdwales und Queensland, erschlossen. Auf dieser Förderung beruht die im zweiten Weltkrieg mächtig entwickelte Schwerindustrie. Daneben werden Silber, Kupfer und Zinn, besonders im Süden und in Tasmanien, gewonnen.

Die beiden Weltkriege haben den Ausbau der australischen Industrie sehr beschleunigt. Zwischen den beiden Kriegen beschränkte man sich noch auf Industriezweige, die auf der Landwirtschaft aufbauten: Schlächtereien, Konservenfabriken, Mühlen, Molkereien, Wollwäschereien. Im zweiten Weltkrieg baute Australien eine Rüstungsindustrie auf, die sich um Sydney und Adelaide (Salisbury) konzentriert. Entgegen allen früheren Erwartungen, entgegen den Befürchtungen hinsichtlich der geringen Zahl gelernter Arbeiter und des hohen Lohnniveaus will Australien die Entwicklung kräftig in dieser Richtung weitertreiben. Als Ministerpräsident *Chifley* von der Reichskonferenz in London im Frühsommer 1946 zurückkehrte, erklärte er, aus strategischen Gründen werde ein beträchtlicher Teil der englischen Schwerindustrie nach Australien verlagert, außerdem wollten Unternehmen der Textilindustrie Tochtergesellschaften in Australien gründen. Wie weit die Industrialisierung Australiens am Ende des Krieges bereits fortgeschritten war, zeigt ein Vergleich des Standes von 1929 mit den Zahlen für 1944: die Anzahl der Werke ist um etwa ein Viertel von 22 916 auf 27 674 gestiegen, und die Zahl der in der Industrie Beschäftigten hat sich mehr als verdoppelt, 366 658 im Jahre 1931 stehen 766 592 im Jahre 1944 gegenüber. Ebenso aufschlußreich ist der Anteil der einzelnen Industriezweige an der Gesamtproduktion: 1938 kamen 40 Prozent der Gesamtproduktion aus der Nahrungsmittel- und Textilindustrie und nur 28 Prozent aus der metallurgischen Industrie. Der Krieg hat die Zahlen wesentlich verändert: 1943 stammten von einer Produktion im Gesamtwert von 892 Millionen Pfund 336 Millionen aus der Schwerindustrie und nur 279 aus der Nahrungsmittel- und Textilindustrie. Nach Kriegsende hat sich diese Tendenz verstärkt, und die Regierung tut alles, um fremde Firmen, vor allem amerikanische, ins Land zu ziehen. Rüstungswerke, die im Kriege gebaut wurden, werden ihnen zur Verfügung gestellt. Mit 28 britischen und amerikanischen Firmen mit einem Gesamtkapital von 21 Millionen Dollar soll bereits abgeschlossen sein, fünf Gesellschaften für den Bau von Kraftfahrzeugen und zwei Konzerne für Flugzeugherstellung wollen die Produktion bald aufnehmen. Die Werke gruppieren sich um die bereits vorhandenen Industriezentren und spezialisieren sich in den einzelnen Staaten des Bundes.

Im Außenhandel Australiens lag 1938, im letzten normalen Jahr vor dem Kriege, die Wolle mit 65,5 Millio-



nen Pfund an der Spitze, sie machte 50 Prozent der Gesamtausfuhr aus. Es folgten Weizen mit 18,7, Fleisch mit 10,3, Butter mit 7,7 und Häute mit 7,3 Millionen Pfund. Rund 50 Prozent der Ausfuhr gingen vor dem Kriege nach England, weitere 8 Prozent in die anderen Länder des britischen Weltreiches. Wegen der geringen Bevölkerungszahl von 7,2 Millionen ist der Binnenmarkt wenig aufnahmefähig; deshalb ist die australische Wirtschaft völlig exportabhängig. Das hat in den Jahren der Weltwirtschaftskrise 1930/32 zu schweren Erschütterungen geführt. Für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse wird Australien auch weiterhin auf den englischen Markt angewiesen sein, dagegen will es die Erzeugnisse seiner aufblühenden Fertigwarenindustrie in wachsendem Maße auf den Märkten des menschenreichen Fernen Ostens absetzen.

Zum Ausbau seiner Industrie benötigte Australien hohe Schutzzölle, und noch im Januar 1947 hat der Ministerpräsident erklärt, Australien werde seine Zölle nur im Rahmen einer allgemeinen Senkung der Zölle in der ganzen Welt herabsetzen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß ausgesprochene Schutzzölle für gewisse im Aufbau befindliche Industrien heute überflüssig geworden sind: nach einem Bericht des Zollamtes an das Parlament vom Oktober 1946 entspricht das Lohnniveau in Australien jetzt weit mehr als vor dem Kriege dem britischen, der Unterschied beträgt jetzt nur noch 10 Prozent gegenüber 28 Prozent im Jahre 1938. So sind viele australische Waren schon jetzt auch ohne Zollschutz wettbewerbsfähig.

Innerhalb der australischen Wirtschaft bestehen gewisse Spannungen zwischen den landwirtschaftlichen Gebieten Tasmanien, Süd- und Westaustralien einerseits und den Industriestaaten Victoria und Neusüdwales andererseits. Die Agrarstaaten behaupten, sie müßten durch die hohen Zölle auf Verbrauchsgüter den Industriestaaten Tribut zahlen. Das führte 1933 zu einer Volksabstimmung im Staate Westaustralien. In ihr entschieden sich die Einwohner dieses Staates für ein Ausscheiden aus dem Bund. Das englische Parlament lehnte den Antrag jedoch als verfassungswidrig ab, da nur der Wille des gesamten australischen Volkes in dieser Frage entscheidend sei. Der Krieg und die gemeinsam bestandenen Gefahren haben jedoch die Trennungsbemühungen wieder zum Erliegen gebracht.

#### Neuseeland

Neuseeland wurde am 3. März 1841 selbständige Kolonie. Zu dieser Zeit begann auch die Besiedlung im größeren Rahmen. 1852 erhielt es vom englischen Parlament eine zentralistische Verfassung. Seit 26. September 1907 ist es britisches Dominion. Von der Bevölkerung von 1,6 Millionen sind 67 000 Maori, Reste der Urbevölkerung. Sie spielen weder politisch noch wirtschaftlich eine hervorragende Rolle, jedoch haben sie sich gegenwärtig eine unerwartete politische Schlüsselstellung gesichert, da in der Wahl vom 27. November 1946 die Stimmen der Weißen, der Labour Party und der Opposition, je 38 Sitze erzielten, so daß die 4 Sitze der Maori den Ausschlag für die Arbeiterpartei gaben.

Neuseeland gilt als das dem Mutterland England treueste Dominion. Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse sind gesund. Es ist hauptsächlich A g r a r l a n d; die Land-

wirtschaft beruht auf kleinen Gütern, die von den Eigentümern selbst bewirtschaftet werden. Man hat Neuseeland geradezu das Landgut Londons genannt, das seine Erzeugnisse in die Hauptstadt liefert. Das Dominion hatte vor dem Krieg den höchsten Außenhandel der Welt auf den Kopf der Bevölkerung; es ist völlig abhängig von der Aufnahmefähigkeit und Aufnahmewilligkeit des englischen Marktes, wohin 80 Prozent der Ausfuhr gehen. Die Viehzucht (Fleischschaf und Milchkuh) lieferte vor dem Kriege 90 Prozent der Gesamtausfuhr, besonders Molkereiprodukte, Wolle und Gefrierfleisch.

Auch in Neuseeland machte während des Krieges die Industrialisierung Fortschritte. Jedoch baute man vor allem die Industriezweige aus, die auf der Land- und Forstwirtschaft beruhen (Molkereien, Konservenfabriken, Wollwäschereien, Lederfabriken und Sägemühlen), und förderte eine gewisse Verbrauchsgüterindustrie als Ersatz für die ausbleibenden Einfuhren aus England. Eine eigentliche Schwerindustrie hat Neuseeland trotz reicher Kohle- und Eisenerzvorkommen nicht entwickelt; es bleibt abzuwarten, wie sich die Verlagerung der britischen Rüstungsindustrie auswirken wird. Gegenwärtig reicht aber die neuseeländische Kohlenförderung nicht einmal aus, um den hohen Bedarf der Gefrierwerke und Molkereien zu decken. Der Gesamtwert der Industrieproduktion stieg jedoch von 30,5 Millionen Pfund im Jahre 1938 auf 49,4 im Jahre 1944, während sich der Wert der Molkereiprodukte nur von 36,0 auf 36,6 und der der Agrarprodukte von 37,4 auf 48,9 Millionen Pfund erhöhte.

Seit 1935 ist in Neuseeland die Labour Party an der Macht. Sie hat eine gemäßigte Sozialisierung durchgeführt: der direkten Kontrolle durch die Regierung unterstehen das schienengebundene und das Straßenverkehrswesen; die Nachrichtenmittel, die Wasserkräfte, die Banken und Versicherungen, das Siedlungswesen und einige Kohlengruben. Besonders stolz ist die Regierung auf die sozialen Errungenschaften, die freilich in Neuseeland auf eine lange Tradition zurückblicken können. Berühmt wurden die Einrichtung eines Schiedsgerichtes 1894, die Gewährung von Altersrenten 1898, von Witwenrenten 1911 und von Kinderzuschlägen für Familien mit mehr als zwei Kindern 1926. Auf Antrag der Regierung hat der Schiedsgerichtshof 1936 einen Mindestlohn für eine Familie mit drei Kindern festgelegt und die 40-Stunden-Woche eingeführt (Neuseeland hat als einziges Land das Abkommen des Internationalen Arbeitsamtes über die 40-Stunden-Woche ratifiziert). Die im Jahre 1938 erlassene *Social Security Act* faßte die sozialen Errungenschaften zusammen und erweiterte sie, insbesondere auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt (Kindern Unbemittelter steht frische Milch kostenlos unbegrenzt zur Verfügung!), der Gesundheitsfürsorge, eines sozialen Wohnungsbauprogrammes und einer wirklich großzügigen Altersversorgung. Der Ruhm, das sozial fortschrittlichste Land der Welt zu sein, hat der Arbeiterregierung wiederholt bei Neuwahlen die Mehrheit gesichert; die knappe Mehrheit, welche die Wahl vom 27. November 1946 brachte, wird jedoch allgemein als eine Warnung aufgefaßt, in der Lenkung der Wirtschaft und der sozialen Gesetzgebung nicht zu weit zu gehen.

#### Australien und Neuseeland als Siedlungsgebiete

Als Glieder des britischen Reiches haben Australien und Neuseeland bisher ihre Wirtschaft aufgebaut, und als Glieder dieser Gemeinschaft haben sie ihr nationales Leben bewußt als Vorposten britischen Wesens in einer fremden Welt gestaltet. Sie haben sich dabei lange Zeit von den sie umgebenden Massen des übervölkerten Fernen Ostens abgeschlossen. Der zweite Weltkrieg hat ihren Blick auf diese Menschenmassen gelenkt und ihnen dabei vor allem eine Grundtatsache sehr nachdrücklich vor Augen gestellt: nur wenn eine dauerhafte Regelung für den gesamten Fernen Osten gefunden wird, mit der die Bewohner zufrieden sind, können die beiden Dominien hoffen, nicht von dem

Bevölkerungsdruck der Massen Südasiens überrannt zu werden. Denn das Gefälle ist gewaltig: während in Australien (7,2 Millionen Menschen auf 7,9 Millionen Quadratkilometer) 0,9 Menschen auf dem Quadratkilometer leben und in Neuseeland 5,8, müssen Süchina 400, Indien 350 und Japan 146 Menschen auf derselben Fläche ernähren.

Berechnungen, die freilich außerhalb Australiens angestellt wurden, haben ergeben, daß Australien 20 Menschen je Quadratkilometer ernähren könnte, also rund 150 Millionen Menschen im ganzen. Diese Zahl wird entschieden zu hoch gegriffen sein, aber allgemein ist man sich auch in Australien darüber einig, daß das Land wesentlich mehr



Menschen ernähren könnte und daß der Erdteil sogar wesentlich mehr Menschen braucht, wenn seine Möglichkeiten erschlossen werden sollen.

Die natürliche Bevölkerungsvermehrung genügt keinesfalls, um auch nur einen Bruchteil des Notwendigen zu erreichen. Zwar beträgt das natürliche Wachstum der Bevölkerung jetzt noch sieben auf 1000 in Australien und acht auf 1000 in Neuseeland, aber dieses Wachstum hat seinen Grund mehr in einer niedrigen Sterbeziffer als in einer hohen Geburtenzahl. Die Zahl der Geburten nahm im Gegenteil ständig ab: in Australien fiel sie von 23,9 je 1000 im Jahre 1925 auf 16,4 im Jahre 1935, in Neuseeland von 22,2 auf 16,5. Sehr optimistische Schätzungen nehmen an, daß Australien im Jahre 2000 eine Bevölkerung von 8,5 Millionen aus eigener Kraft erreichen kann.

Nur durch eine großzügige Einwanderung kann Australien die notwendigen Menschen erhalten. Man hat errechnet, daß jährlich 87 000 Einwanderer nötig wären, um auch nur das Wachstum der Jahre vor 1930 zu halten. In den Jahren vor dem Krieg wanderten jedoch durchschnittlich nur 23 000 Menschen jährlich ein.

Die für die Bevölkerungsdichte genannten Zahlen könnten freilich wegen der eigenartigen Bevölkerungsverteilung leicht ein schiefes Bild geben. Zwei Drittel der australischen Bevölkerung leben in den Städten, 34 Prozent allein in Sydney und Melbourne (in Neuseeland lebt die Hälfte der Bevölkerung in den Städten). Die Frage, ob die Landwirtschaft wesentlich mehr Menschen ernähren könnte, ist in Australien für weiße Einwanderer entschieden verneint worden. Die Erfahrung scheint dem recht zu geben; denn die Siedlungsversuche der Regierung nach dem ersten Weltkrieg haben sich als Fehlschlag erwiesen, obwohl die Regierung 700 Millionen Pfund investierte. Auch die Gründung zweier bevorzugter Gesellschaften (chartered companies) für die Erschließung Nordaustraliens hat keinen nennenswerten Erfolg gebracht. Daß diese Gebiete zur Besiedlung durch Farbige geeignet wären, wird in Australien lebhaft bestritten. Daß aber in der Industrie mehr Menschen aufgenommen werden könnten, daß eine solche Einwanderung sogar für das Land nur günstig wäre, wird nicht bestritten.

lebhaft bestritten; allerdings mag dabei der unten näher zu behandelnde Gesichtspunkt der Ausschließung der Farbigen mitspielen. Daß aber in der Industrie mehr Menschen aufgenommen werden könnten, daß eine solche Einwanderung sogar für das Land nur günstig wäre, wird nicht bestritten.

Eine wirklich ins Gewicht fallende Einwanderung ist aber noch nie erfolgt. Im Gegenteil, während der Wirtschaftskrise 1930/32 hat in Australien wie in Neuseeland die Zahl der Auswandernden die der Einwanderer sogar überstiegen. Im Augenblick will man die Einwanderung aus Nord- und Westeuropa mit allen Mitteln fördern, aber Mangel an Schiffsraum und ein gewisses Abwarten bis zur Wiedereingliederung entlassener Soldaten ins Wirtschaftsleben haben

bisher die Durchführung des Programmes stark gehemmt. Für das Jahr 1947, so hat der Einwanderungsminister Ende Dezember 1946 erklärt, können 47 000 Arbeitsstellen für Einwanderer zur Verfügung gestellt werden, so daß 120 000 Personen aufgenommen werden können. 35 000 von ihnen sollen Briten sein, der Rest vor allem Skandinavier und Holländer. Aus humanitären Gründen will Australien künftig keine Einwanderer mehr aufnehmen, sondern nur solche, die die Wirtschaft des Landes braucht. Ob die veranschlagte Zahl freilich erreicht werden wird, ist mehr als zweifelhaft.

Die Frage, ob Farbige in nennenswertem Ausmaß nach Australien zugelassen werden, wird nicht durch die Gegebenheiten des Raumes, sondern nach rein politischen Erwägungen entschieden. Man hat die Politik, die sich in den Worten „White Australia“ zusammenfassen läßt, „fast eine Religion“ genannt, und ein englischer Bischof sagte, sie sei „nicht so sehr eine Politik als eine Leidenschaft“. Sie entstand um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als Massen chinesischer Kulis einströmten. Vertreten wurde sie vor allem von der Labour Party, deren geistiger Vater William Lane die „yellow horde“ als moralisch minderwertig beschimpfte. Diese Haltung entsprang aus der Befürchtung, die Masseneinwanderung billiger Arbeitskräfte werde das soziale Niveau Australiens herabdrücken. Die gesamte Labour Party stand damals unter diesem Einfluß. 1901 wurde die Abschließung gegen Farbige in einer *Immigration Bill* sanktioniert, in der zwar der Ausdruck „White Australia“ ängstlich vermieden, aber der Grundsatz um so kompromißloser durchgesetzt wurde. Noch in den zwanziger Jahren erklärten mehrere australische Vertreter beim Völkerbund (Bruce, Millen und Hughes), das Prinzip der Rassereinheit (racial purity) sei Australien heilig, es müsse bis zum letzten aufrecht erhalten werden. Der rechte Flügel der australischen Labour Party, die *Australian Workers' Union*, ist heute noch im großen und ganzen dieser Meinung. Daneben aber ist in religiösen Kreisen der Rechten und in ausgesprochenen Linkskreisen eine neue Haltung aufgekommen, die ein Labour-Abgeordneter kürzlich im Repräsentantenhaus so zusammengefaßt hat: „Ich möchte keinen Farbigen für mich kämpfen lassen, wenn ich nicht nachher bereit bin zu sagen: Komm, Bruder, und lebe mit mir!“. Aus gemeinsam überstandener Gefahr und dem Gefühl des Aufeinanderangeviensens entstand diese Wandlung der Theorie. Wie weit sie sich praktisch durchsetzen wird, bleibt abzuwarten. Die Widerstände in Australien sind sehr groß, und ein kürzlich gemachter Vermittlungsvorschlag, ein begrenztes Kontingent ausgewählter Farbiger einmal nach Australien einwandern zu lassen, ist eine schöne Geste, aber keine Lösung einer Lebensfrage. Bezeichnend ist, daß gerade die australische Labour Party die Ablehnung am unnachgiebigsten vertrat — ein Beweis mehr, daß auch eine ausenrätige Doktrin (gegen Imperialismus, für Gleichheit) entschieden zur Seite gesetzt werden kann, wenn der Einzelfall eine andere Lösung verlangt.

## Die Zentralgewalt im australischen Bundesstaat

Die Frage der Zentralgewalt in dem zu errichtenden Bundesstaat hat schon bei der Schaffung des Australischen Bundes eine Rolle gespielt. Der Plan des Zusammenschlusses ging nicht von Großbritannien, sondern von den einzelnen Kolonien in Australien aus. Nach ergebnislosen Verhandlungen in den Jahren 1891 und 1897/98 einigte sich 1899 die Mehrzahl der Kolonien in Australien auf einen Verfassungsentwurf, der den Zusammenschluß zu einem einheitlichen Bund vorsah. Nach dieser Einigung der unmittelbar Beteiligten mußte aber noch die Zustimmung Großbritanniens, des Mutterlandes, eingeholt werden. Denn der Australische Bund sollte ja kein ausschließlich auf sich selbst gestelltes politisches Gebilde, sondern ein Glied des britischen Reiches sein. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen in Großbritannien, vor allem über die Kompetenz des Bundesparlamentes und des Obersten Gerichtshofes, ehe die Stellung des Australischen Bundes im Gefüge des Weltreiches eindeutig

festgelegt war. Erst am 25. Juni 1900 wurde der Zusammenschluß durch die einstimmige Annahme der *Commonwealth of Australia Constitution Bill* im Unterhaus einstimmig gebilligt und durch königliche Proklamation vom 17. September 1900 dem Reiche kundgetan.

Die australische Verfassung hat dem Bundesparlament nur die Entscheidung in Fragen der Außenpolitik, der Verteidigung, des Außenhandels und der Währung, des Bankwesens, der Nachrichtenmittel und des Verkehrs vorbehalten. Alle anderen Gebiete, auch die wichtigen Fragen der Arbeitsbedingungen und der Wirtschaft überhaupt, unterstehen nach der Verfassung der Gewalt der sechs Einzelstaaten. Auch in der äußeren Form wurde die Selbständigkeit der Einzelstaaten betont, indem der englische König ohne Zwischenschaltung der Bundesregierung die Gouverneure der Staaten ernannt und diese das Recht haben, mit dem Dominionministerium in London unmittelbar zu verkehren.



Im Laufe der Zeit verschob sich das Gewicht jedoch langsam ein wenig zugunsten der Zentralgewalt, bezeichnenderweise zuerst auf finanziellem Gebiet. Diese Gewichtsverlagerung erstreckte sich über einen Zeitraum von vielen Jahren. Rückschläge blieben nicht aus, aber im ganzen ist eine stetige Tendenz zu spüren. Das erste Anzeichen war in der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs zu erkennen, der geneigt war, in Streitfällen für die Bundesgewalt zu entscheiden. Die Bildung eines Bundesschiedsgerichts (*Commonwealth Court of Conciliation and Arbitration*), das über Streitfragen in der Industrie zu entscheiden hatte, wirkte in derselben Richtung.

Der erste bedeutendere Vorstoß in bisher den Staaten vorbehaltenen Gebiete gelang dem Bund im ersten Weltkrieg: es wurde ihm das Recht zugesprochen, Einkommensteuer, Erbschaftsteuer und eine neue Umsatzsteuer selbst zu erheben.

Der zweite Einbruch gelang 1928: in einem Finanzabkommen übernahm der Bund Schulden der Einzelstaaten, die dafür laufende Beiträge als Anerkennung und Zinszahlung zu leisten hatten; im übrigen wurde in diesem Abkommen ein Anleiherat (*Loan Council*) geschaffen, der in Zukunft selbständig größere Anleihen genehmigen konnte. In diesem Rat hat der Bund das Übergewicht: sein Vertreter hat zwei Stimmen, er entscheidet bei Stimmengleichheit.

Durch diese beiden Verschiebungen hat die Zentralgewalt wesentliche Finanzrechte der Staaten in die Hand bekommen. Die entscheidende Gewalt sicherte sich der Bund aber in dem sogenannten *Financial Agreement Enforcement Act* von 1932. Dieses Gesetz wurde erlassen, nachdem Neusüdwales sich wiederholt geweigert hatte, die in dem Finanzabkommen übernommenen Zahlungen zu leisten. Das Gesetz gibt dem Bund das Recht, bestimmte Steuern eines Staates, der im Rückstand ist, durch den Finanzminister des Bundes selbst zu übernehmen, wobei dem betreffenden Einzelstaat unter Strafe verboten ist, diese Steuern weiter zu erheben, und dem Steuerzahler, solche in dem betreffenden Staate zu leisten. Damit sicherte sich der Bund die endgültige Kontrolle über die Finanzen der Einzelstaaten.

Man hat in Australien behauptet, die Bundesregierung habe diese Machtstellung auf finanziellem Gebiete nur bezogen, um sie dann auch auf das eigentliche politische Gebiet auszuweiten. Die Entwicklung der letzten Jahre scheint einer derartigen Behauptung recht zu geben. Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges erhielt die Bundesregierung durch die *National Security Act* die Vollmacht, bis sechs Monate nach Kriegsende ohne Befragung der Einzelstaaten auf Gebieten, die sonst den Staaten vorbehalten waren, Gesetze zu erlassen, wenn sich diese Maßnahmen unmittelbar auf die Kriegsanstrengung des Bundes bezogen. Motiviert wurde die *National Security Act* mit der Gefahr des Landes; als die japanische Invasion drohte, wurden die erforderlichen Vollmachten gerne gegeben. Nach Einstellung der Feindseligkeiten mit Japan verzichtete die Regierung selbst auf bestimmte Vollmachten. Andere jedoch gab sie nicht aus der Hand. So wurde im April 1946 ein Gesetz erlassen, das der Bundesregierung das Recht gibt, eine einheitliche Einkommensteuer im ganzen Bund auch im Frieden zu erheben. Die Staaten, die bisher die Einkommensteuer selbst (und in verschiedener Höhe) erhoben hatten, erhalten jährliche Abfindungen in Höhe des Durchschnittsertrages dieser Steuer in den Jahren 1939 bis 1941. Diese Regelung wurde auf eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes gestützt, die dem Bund im Krieg wie im Frieden das Recht zuerkennt,

Steuern selbst zu erheben und die Staaten durch Zahlungen zu entschädigen, wobei an die Gewährung dieser Zahlungen noch Bedingungen über deren Verwendung geknüpft werden dürfen. Besonders in der letzteren Bestimmung sehen die Gegner des Zentralismus eine bedenkliche Ausweitung der Zentralgewalt.

Die Regierung hatte aber während des Krieges auf die *National Security Act* ein ganzes System der Kontrollen der Preise, Löhne, Mieten, Zinsen und Zuteilungen aufgebaut. Auf diese Lenkung des wirtschaftlichen Lebens glaubte die Regierung nun, vor allem angesichts der drohenden Inflation, nicht verzichten zu können. Die Ministerpräsidenten der Staaten waren 1945 zwar bereit, dem Bund für die Dauer von drei Jahren eine Preiskontrolle zuzugestehen, aber die Parlamente der Staaten brachten dieses Angebot ihrer eigenen Ministerpräsidenten zu Fall. So mußte nun, nach Ablauf der Kriegsvollmachten, entschieden werden, ob die gesetzgeberischen Rechte des Bundesparlaments auch auf anderen Gebieten als dem der Finanzen ausgeweitet werden sollten.

Zusammen mit der Wahl forderte deshalb der Premierminister am 28. September 1946 in einem Volksentscheid drei Vollmachten:

1. die Erweiterung der sozialen Gesetzgebung durch den Bund;
2. die Fortführung der Marktregelung über in Australien erzeugte Rohstoffe;
3. das Recht, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit usw. in der Industrie durch das Bundesparlament regeln zu lassen.

Obwohl Premierminister Chifley diese Forderungen als unerläßliche Voraussetzungen für seine Politik der Vollbeschäftigung, der Vermeidung der Inflation und der gelenkten Wirtschaft bezeichnet hatte, gewährte ihm das australische Volk nur die erste Forderung. Die beiden anderen wurden, wenn auch knapp, abgelehnt. Die Vorschrift der Verfassung, nach der zu einer Verfassungsänderung nicht nur die Mehrheit der Wähler im gesamten Bund, sondern auch die Mehrheit der Wähler in der Mehrheit der Einzelstaaten nötig ist, wurde nicht erfüllt.

Die australische Regierung hatte hier eine Frage gestellt, die im gesamten britischen Reich und vor allem in England selbst heute im Mittelpunkt der theoretischen Auseinandersetzung und des praktischen Handelns steht, die Frage nach der individuellen Freiheit in einer gelenkten Wirtschaft. Die Wähler in Australien haben — wohl aus einem gewissen Gefühl des Geborgenseins nach überstandener Not, das in Europa noch lange nicht wird aufkommen können — gegen die sozialistische Regierung entschieden aus der Befürchtung, die Zentralgewalt werde individuelle Freiheiten zu sehr beschneiden. So interpretiert der *Manchester Guardian* vom 4. Oktober 1946 die Entscheidung wohl richtig: „Die Wähler, die Mr. Chifley an der Macht hielten, haben einen Volksentscheid abgelehnt, der die Autorität der Bundesregierung bei der Regelung des industriellen und sozialen Lebens ausgeweitet hätte. Es liegt auf der Hand, daß die Australier eine gelenkte Wirtschaft nicht wollen, wenn der Preis dafür Zentralisierung ist.“ Ein bemerkenswertes Zeichen für eigenes politisches Mitdenken und Verantwortungsgefühl der Wähler, an denselben Tage einer Partei mit einer klaren Mehrheit das Vertrauen auszusprechen und gleichzeitig die nachdrücklich erhobene Forderung dieser Partei abzuschlagen, weil verfassungsmäßige Bedenken ihrer Gewährung entgegenstehen.

## Die pazifischen Dominien zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten

Australien und Neuseeland galten immer als die Großbritannien treuesten Dominien; Bestrebungen, innerhalb des Weltreiches den Gliedstaaten mehr Selbständigkeit zu erkämpfen, traten hier weniger als in anderen Dominien auf. Auch heute noch ist die Zugehörigkeit zur britischen Völkerfamilie der Grundzug der australischen Außenpolitik. Noch am 23. Oktober 1946 hat der australische Ministerpräsident Chifley auf eine Anfrage in Canberra, ob der amerika-

nische Einfluß den englischen verdrängt habe, erklärt, die Bande zwischen Australien und Großbritannien seien so stark wie immer. Daß aber eine solche Anfrage überhaupt gestellt werden konnte, beleuchtet schlagartig die veränderte Lage.

Eine Grundtatsache der australischen Außenpolitik der Gegenwart ist die während des zweiten Weltkrieges gemachte Erfahrung, daß Britanniens Macht allein weder



wirtschaftlich noch militärisch stark genug ist, um die Sicherheit der pazifischen Dominien zu gewährleisten: Nicht Britannien hat Australien vor der drohenden japanischen Invasion gerettet, nicht Britannien hat das fehlende Kriegsmaterial geliefert, sondern die Vereinigten Staaten. Zu diesem politisch-wirtschaftlichen Element tritt ein menschliches: amerikanische Soldaten kämpften mit australischen zusammen. Dem Kennenlernen entsprang eine gegenseitige Achtung. Die Vereinigten Staaten sind darauf bedacht, die so angeknüpften Fäden nicht wieder abreißen zu lassen: im Rahmen der Endregelung der Leih-Pacht-Lieferungen haben sie zur Förderung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sieben Millionen Dollar zur Verfügung gestellt, davon eine Million Dollar allein für die Einrichtung amerikanischer Büchereien und den Austausch von Professoren und Studenten. Großbritannien andererseits hat man vorgeworfen<sup>1)</sup>, daß es aus falsch verstandener Rücksicht auf die Selbständigkeit der Dominien die Kulturpropaganda allzusehr vernachlässige.

Letztlich geht es dabei jedoch nicht um kulturelle sondern um Machtfragen. Die pazifischen Dominien ringen um ihren Platz in der Weltordnung der Nachkriegszeit. Sie sind ohne Bedenken in den zweiten Weltkrieg an der Seite Britanniens eingetreten, aber sie haben das Gefühl, in ihn hineingezogen worden zu sein, ohne vorher auf die Außenpolitik, die zu diesem Kriege geführt hat, einen Einfluß gehabt zu haben. Sie sind sicher, daß es ihnen nicht anders ergehen würde, wenn sie sich ausschließlich den Vereinigten Staaten verschrieben. Diese Gefahr wurde ihnen oft genug vor Augen gehalten. So schreibt zum Beispiel der *Economist*:

„Sind alle Weiterungen in den Dominien genau überdacht worden? Eine gemeinsame Verteidigungspolitik setzt notwendig eine gemeinsame Außenpolitik voraus, und eine gemeinsame Politik im Pazifik wäre unvermeidlich stark beeinflusst, wenn nicht gar völlig diktiert von den Vereinigten Staaten, das heißt von der Marine der Vereinigten Staaten. Sind Australien und Neuseeland

wirklich willens, sich durch amerikanische Entschlüsse binden zu lassen? Sind sie wirklich willens, dem US Navy Department das zuzugestehen, was sie Whitehall mit seiner weit größeren Nachsicht nie zugestehen wollten?“ (*The Economist* vom 18. Mai 1946.)

Offenbar sind sie nicht willens, den Vereinigten Staaten allein Einfluß zuzugestehen, so wenig wie dem britischen Weltreich. Sie wissen sehr wohl, daß sie ohne Einfluß bleiben, wenn sie sich einer Macht verschreiben, daß sie aber als erste pazifische Macht in einem System der regionalen Zusammenarbeit der Mächte, die im Pazifik Interessen haben, den Ausschlag geben können. So können die pazifischen Dominien geradezu als Prototyp der mittleren Staaten gelten, die sich neben der Übermacht der Weltmächte zu behaupten verstehen. Sie spielten auf der Pariser Konferenz 1946 eine sehr aktive Rolle (vgl. Europa-Archiv I/196 und I/198) und haben jetzt in der Frage der Neuordnung Europas ihren eigenen Standpunkt in Memoranden zum deutschen Friedensvertrag dargelegt. Auf der Londoner Reichskonferenz wurden diese Ansprüche zum ersten Male in voller Klarheit und im Bewußtsein der sich daraus ergebenden Verpflichtungen angemeldet (vgl. Europa-Archiv I/67 f.). Sie beruhen auf der Überzeugung, daß eine dauerhafte, ersprießliche Zusammenarbeit der Mächte nur entstehen kann, wenn gleichen Verpflichtungen gleiche Rechte entsprechen und wenn Gegenseitigkeit in allen Weltgegenden gewahrt ist, wobei die Initiative von der Macht auszugehen hat, die in dem betreffenden Raum unmittelbar lebt. So hat Premierminister *Chifley* nach seiner Rückkehr von der Londoner Konferenz am 19. Juni 1946 erklärt: „Australiens Verantwortung für seinen Verteidigungsbereich soll durch regionale Abkommen erweitert werden; eine entsprechende Bestimmung ist dann für eine Vertretung der Dominien in jedem parallelen System in Großbritannien nötig.“ Diese Grundhaltung formte die Stellung der beiden Dominien zu den Problemen der Neuordnung des pazifischen Raumes.

### Amerikanische Stützpunkte auf dem Boden der Dominien

Während des zweiten Weltkrieges haben die Vereinigten Staaten in der Welt 434 Stützpunkte der verschiedensten Art angelegt, davon 195 im Pazifik. Mehrere Stützpunkte befinden sich auf Gebieten, die Großbritannien oder die Dominien als Kolonial- oder Mandatsmächte verwalten. Nach Beendigung des Kriegs verlangten die Vereinigten Staaten von Großbritannien die Übergabe der mit amerikanischem Geld gebauten Stützpunkte in Kanton, auf den Weihnachtsinseln und auf der Insel Funafuti. Von Australien wurden Sonderrechte für den Stützpunkt im Hafen Manus auf den Admiralitätsinseln verlangt, den die Vereinigten Staaten während des Krieges mit einem Kostenaufwand von 156 Millionen Dollar angelegt haben. Großbritannien hat nach einer Meldung der *Washington Post* vom 14. Mai 1946 durch seinen Außenminister Bevin dieses Ansuchen abgelehnt. Die beiden Dominien erkennen bis zu einem gewissen Grade die Forderung als berechtigt an, sie sind, wie der stellvertretende neuseeländische Ministerpräsident *Nash* es am 23. April 1946 ausdrückte, bereit, den Vereinigten Staaten einen „dauernden Platz“ im Pazifik einzuräumen, aber nur in einem gemeinsam aufgebauten und verteidigten System. Schon in dem am 21. Januar 1944 unterzeichneten sogenannten „ANZAC-Abkommen“<sup>2)</sup> haben sich Australien und Neuseeland auf eine gemeinsame Politik in dieser Frage festgelegt: das Abkommen bestimmt ausdrücklich, daß der Bau und die Benutzung militärischer Stützpunkte im Kriege auf dem Gebiet eines anderen Staates keinen territorialen Anspruch nach Einstellung der Feindseligkeiten begründet. Artikel 80 der Charta der Vereinten Nationen (vgl. Europa-Archiv I/350), in dem die gegenwärtig bestehenden Rechte der Kolonial- und Man-

datismächte ausdrücklich gewahrt werden, bietet dazu die rechtliche Grundlage. Außenminister *Evatt* hat diesen Standpunkt im australischen Parlament nachdrücklich vertreten:

„Die Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen über Treuhänderschaft halten ausdrücklich alle bestehenden Rechte und Interessen in den betreffenden Gebieten aufrecht, einschließlich der Mandate. Diese Rechte können ohne die Zustimmung der verantwortlichen Macht (in diesem Falle Australiens) nicht geändert werden“<sup>3)</sup>.

Dies bedeutet jedoch keine Ablehnung der amerikanischen Ansprüche: Premierminister *Chifley* sagte im australischen Parlament am 19. Juni 1946:

„Wir würden ein Abkommen über gemeinsame Stützpunkte auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit begrüßen, aber die Bereitstellung von Stützpunkten ist nur ein Teil eines militärischen Gesamtplanes für die Verteidigung, der in einen umfassenden Plan zur Aufrechterhaltung der Sicherheit eingeordnet werden muß,“ (zitiert nach dem *Manchester Guardian* vom 20. Juni 1946).

Ebenso hat am 6. November 1946 der damalige Generalgouverneur von Australien, der Herzog von *Gloucester*, die australische Bereitschaft zur „gemeinsamen Benutzung pazifischer Stützpunkte mit den Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gegenseitigkeit“ ausgesprochen. Nicht die Überlassung von Stützpunkten überhaupt wird also abgelehnt, sondern nur die ausschließliche Überlassung an eine Macht; wenn Gegenseitigkeit gewahrt ist und wenn es im Rahmen eines regionalen Abkommens geschieht, in dem auch die mittleren Mächte ein Wort mitzureden haben, sind die Dominien auch zu Zugeständnissen bereit, die nach früheren Anschauungen eine wesentliche Beeinträchtigung ihrer Souveränität dargestellt hätten.

### Das Treuhandsystem im pazifischen Raum

Die Frage der Hoheitsrechte über die im Kriege angelegten Stützpunkte ist nur eine Seite der umfangreicheren Frage des pazifischen Treuhandsystems. Weite Gebiete die-

ses Raumes haben noch keine Selbstregierung, sondern unterstehen als Kolonien oder Mandate einer europäischen Macht. Die Vereinigten Staaten erklärten 1942 auf einer



Tagung des *Institute of Pacific Relations*, sie seien an einer Aufrechterhaltung des bisherigen kolonialen Zustandes im Pazifik nicht interessiert. Eine dauerhafte Regelung im Pazifik kann aber nur unter aktiver Mitarbeit der Vereinigten Staaten erreicht werden, die außerdem selbst sehr starke Interessen in diesem Raume haben.

An der Ausarbeitung der Kapitel XI — XIII der Charta der Vereinten Nationen, die Treuhandfragen regeln, haben Australien und Neuseeland starken Anteil: der neuseeländische Ministerpräsident selbst führte den Vorsitz in dem Ausschuß für Treuhandfragen, und Australiens begabter, energischer und erfahrener Außenminister Dr. *Evatt* hat, wie alle Berichte über die Konferenz von San Franzisko und auch der amtliche englische Kommentar<sup>4)</sup> übereinstimmend hervorheben, wesentlich zur Schaffung des Treuhandsystems beigetragen.

Die Grundlinien des neu zu schaffenden Treuhandsystems waren zuerst durchaus nicht klar. Diesem Umstand wird es zugeschrieben, daß in Dumbarton Oaks noch kein Entwurf der Kapitel über Treuhandfragen ausgearbeitet wurde. Die Auffassungen der beteiligten Mächte gingen stark auseinander, vielfach waren nicht einmal in den beteiligten Ländern die öffentliche und die amtliche Meinung einheitlich. Unter den angelsächsischen Völkern selbst, die ein besonderes Interesse an diesen Problemen hatten, lagen starke Meinungsverschiedenheiten vor.<sup>5)</sup>

Die Stellung Großbritanniens wurde 1945 auf einer Tagung der *Foreign Policy Association* in New York durch den damaligen Kolonialminister *Oliver Stanley* dargelegt und kann etwa so zusammengefaßt werden:

a) Eine internationale Körperschaft als Verwaltungsautorität ist nicht wirksam genug; sie könnte nur die negativen Aufgaben lösen und offenbare Mißstände abstellen, würde aber zu wenig positive Arbeit zur Förderung der betreffenden Gebiete leisten. Deshalb ist eine Verwaltung durch eine einzelne Macht, die mit anderen Mächten regional zusammenarbeitet, vorzuziehen.

b) Über die Verwaltung von Treuhandgebieten sollen nur die Staaten zu bestimmen haben, die in dem betreffenden Gebiet Verantwortung tragen.

c) Es darf kein ins einzelne gehendes Abkommen geschlossen werden, das die Verwaltung aller Treuhandgebiete regelt, da die einzelnen Gebiete auf ganz verschiedenen Stufen stehen; das abzuschließende Abkommen muß Raum für individuelle, dem Einzelfall entsprechende Formen lassen.

In den Vereinigten Staaten war die Meinung nicht einheitlich. Einflußreiche Senatoren (die Demokraten *Byrd* und *Eastland* und die Republikaner *Tobey* und *Capeheart*) traten offen für eine Annexion der mit amerikanischem Blut und amerikanischem Material eroberten Gebiete im Pazifik ein, und auch das *Senate Naval Affairs Committee* verlangte am 3. Mai 1945 eine einfache Annexion der fraglichen Gebiete (nach Bericht der *New York Times* vom 4. Mai 1945). Admiral *King* erklärte am 4. April 1945: „Wir müssen die pazifischen Gebiete behalten, die mit dem Opfer amerikanischen Blutes bezahlt worden sind“ (*New York Times* vom 5. April 1945). Auch der bekannte Journalist *Walter Lippmann* trat zeitweise, wenn auch aus anderen Gründen, für eine Annexion ein: er nannte es eine Heuchelei, die Inseln unter Treuhänderschaft zu stellen durch Abkommen, „die gestatten, alles und jedes zu tun, was wir tun würden, wenn wir sie annektiert hätten“ (*New York Herald Tribune* vom 2. Januar 1946). Das Außen- und das Innenministerium jedoch sahen in der Annexion eine Verletzung der Atlantik-Charta und der Erklärung von Kairo und befürworteten deshalb eine Treuhänderschaft. Da die öffentliche Meinung auch eine solche Lösung bevorzugte, erklärte am 6. November 1946 Präsident Truman die amerikanische Bereitschaft, eine Treuhänderschaft über die Karolinen, Marianen und Marshallinseln zu übernehmen, die allerdings als „integrierende Bestandteile der Vereinigten Staaten“ betrachtet werden. Sie sollen zum „strategischen Gebiet“ gemäß Artikel 82 der Charta erklärt werden, wodurch sie gemäß Artikel 83 dem Sicherheitsrat unterstehen,

in dem die Vereinigten Staaten durch die Einlegung des Vetos unliebsame Maßnahmen verhindern können. Den Vereinigten Staaten scheinen diese Gebiete von so besonderer Wichtigkeit für ihre Sicherheit, daß sie sich trotz der Treuhänderschaft im wesentlichen auf die von den eigenen Streitkräften durchgeführten Maßnahmen einer nationalen Sicherheit (als Gegensatz zur regionalen) verlassen.

Die australisch-neuseeländische Haltung ist vor allem durch die geographische Lage in dem fraglichen Raum bestimmt. Zwar erhoben sich auch in Australien Stimmen für eine Annexion — so der frühere Premierminister *Hughes*, der nach einem Bericht des *Christian Century* vom 28. März 1945 die Einverleibung der von australischen Soldaten geschützten Mandatsgebiete forderte. Sie blieben jedoch vereinzelt. Die Anschauungen der Regierung wurden von Dr. *Evatt* wiederholt dargelegt:

a) Der entscheidende Grundsatz bei der Verwaltung von Treuhandgebieten muß die Förderung des Wohls der Eingeborenen sein; ihm sind alle anderen Zwecke unterzuordnen.

b) Die verwaltenden Staaten sollen einer internationalen Behörde mit beratenden und überwachenden Funktionen verantwortlich sein.

Es ist eine Lieblingsidee *Evatts*, daß alle Gebiete, die noch keine Selbstregierung haben, einer internationalen Überwachung unterstellt werden sollten: „Ich kann nicht einsehen, warum Fortschritt und Wohlfahrt anderer abhängiger Völker weniger ein Gegenstand internationaler Sorge sein sollen als Fortschritt und Wohlfahrt der unseren Feinden abgenommenen Gebiete.“ Er schlug auf der Konferenz von San Franzisko sogar vor, auch Kolonien — nicht nur Treuhandgebiete — einer internationalen Kontrolle zu unterstellen, selbst gegen den Willen der verwaltenden Mächte, drang aber gegen den Widerstand der Kolonialmächte nicht durch.

c) Abhängige Gebiete müssen wirksam in das System der kollektiven Sicherheit, das für das Gebiet als Ganzes errichtet wird, einbezogen werden.

d) Die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt der Einwohner kann am besten gefördert werden durch die Zusammenarbeit benachbarter Verwaltungen in regionalen Stellen.

Das schließlich in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Treuhandsystem ist ein Kompromiß aus diesen Anschauungen, es zeigt Züge von allen:

1. Es wird auf englischen Einfluß zurückzuführen sein, daß die Charta nur einen ganz allgemeinen Rahmen gibt. Artikel 77,2 bestimmt ausdrücklich: „Es bleibt späteren Abmachungen vorbehalten, welche Gebiete, die unter die obigen Kategorien fallen, unter Treuhandschaft gestellt werden und unter welchen Bedingungen.“ Damit ist das Recht der Treuhandmacht auf Einzelabmachungen voll gewahrt. Artikel 79 bestimmt dann näher, wer die Bedingungen festzulegen hat: die „unmittelbar betroffenen Staaten (*states directly concerned*)“. Hier ist die britische Grundforderung durchgesetzt, daß nur die Staaten einen Einfluß auf die Verwaltung von Treuhandgebieten haben sollen, die darin unmittelbare Verantwortung tragen. Dieser Punkt gab wiederholt im Ausschuß für Treuhandfragen zu äußerst heftigen Erörterungen Anlaß, eine Einigung über die Definition der „unmittelbar betroffenen Staaten“ konnte nicht erzielt werden.

2. Die Bestimmungen des Artikels 84, welche ausdrücklich die Einbeziehung der Treuhandgebiete in das System der Sicherheit fordern und den verwaltenden Mächten dabei militärische Rechte einräumen, tragen den Wünschen aller Beteiligten Rechnung. In diesem Punkt unterscheiden sich die neuen Treuhandgebiete wesentlich von den Völkerbundsmandaten, in denen die Mandatsmacht keine militärischen Rechte und Pflichten hatte. Für die „strategischen Gebiete“ ist die Geheimhaltung der Sicherheitsmaßnahmen gewährleistet durch die Unterstellung unter den Sicherheitsrat und die ausdrückliche Klausel, daß in diesen Gebieten Überwachung durch den Treuhandschaftsrat nur so weit



möglich ist, „als nicht Sicherheitserwägungen dem entgegenstehen“ (Artikel 83, 3). Damit hat sich die Forderung der Vereinigten Staaten nach Sicherheit auf nationaler Basis gegen Großbritannien und Australien durchgesetzt. Man hat geradezu die Erklärung zum „strategischen Gebiet“ aus dem Verlangen erklärt, die betreffenden Gebiete damit der internationalen Überwachung zu entziehen.<sup>6)</sup>

3. Die nicht als „strategische Gebiete“ bezeichneten Treuhandsgebiete unterliegen der Kontrolle durch eine internationale Körperschaft, den Treuhandschaftsrat (Artikel 87, 8). Hier hat sich die australisch-neuseeländische Forderung durchgesetzt, wenn es auch nicht gelang, in Kapitel XI dem Treuhandschaftsrat auch für die Kolonialgebiete das Recht der Inspektion zu sichern. Wie sehr es den Australiern und Neuseeländern auf die internationale Überwachung ankam, zeigt ein Zwischenfall: als ein französischer Vertreter, Gaston Monnerville, die internationale Überwachung für die französischen Mandate abzubiegen suchte, fuhr ihm Fraser so heftig in die Parade, daß Frankreich bald nachgab und seine Bereitschaft erklärte, seine Mandate dem Treuhandsystem zu unterstellen.<sup>7)</sup>

4. Die Forderung der pazifischen Dominien, daß vor allem die Wohlfahrt der Eingeborenen gefördert werden müsse, zieht sich durch die drei Kapitel der Charta. Sie hat sogar zu einem weiteren Unterschied gegenüber dem früheren System der Völkerbundsmandate geführt: während in den A- und B-Mandaten das System der „offenen Tür“ in wirtschaftlicher Hinsicht unbedingt galt, wird die Anwendung dieses Grundsatzes jetzt in Artikel 76, D, dem Interesse der Bewohner untergeordnet und damit weitgehend der Verwaltungsautorität in die Hand gegeben, obwohl die Vereinigten Staaten das System der „offenen Tür“ in viel weiterem Umfang gefordert hatten.

Den ersten Schritt zur praktischen Arbeit nach den oben gezeichneten Grundlinien unternahm Großbritannien, als es am 17. Januar 1946 seine Bereitschaft erklärte, seine afrikanischen Mandate unter die Treuhandschaft der Vereinten Nationen zu stellen, wenn geeignete Treuhandverträge im Rahmen der Charta dafür gefunden werden könnten. Australien, Neuseeland und Belgien folgten am 18. Januar 1946 mit derselben Erklärung für ihre Mandate. Bereits am 19. Januar 1946 gab Großbritannien bekannt, daß es die Entwürfe seiner Treuhandabkommen den „unmittelbar betroffenen Mächten“, in diesem Falle also der Südafrikanischen Union, Belgien und Frankreich, zu Besprechungen und den Vereinigten Staaten, der Sowjet-Union und China zur Kenntnisnahme übermittelt habe. Am 13. Dezember 1946 hat dann die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Treuhandabkommen für Australien (Neuguinea), Neuseeland (Westsamoa), Belgien (Ruanda, Urundi) und Großbritannien (Tanganjika, Britisch-Kamerun und Togo) bestätigt. Am 14. Dezember 1946 wurde der Treuhandschaftsrat der Vereinten Nationen gemäß Artikel 86–91 der Charta gebildet; er soll in seiner ersten Sitzung am 15. März 1947 seine Arbeit aufnehmen.

Die pazifischen Dominien sehen es nun als ihre Aufgabe an, den notwendigerweise sehr weit gezogenen Rahmen des Treuhandstatuts der Charta mit Leben zu erfüllen. Schon auf der Konferenz von Canberra vom Januar 1944 haben sie die Schaffung einer *South Seas Regional Commission* mit beratender Funktion vorgeschlagen, an der Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Holland teilnehmen sollten. In solchen regionalen Ausschüssen sollen jeweils Gebiete ähnlicher Struktur und ähnlichen Verwaltungsstandes zusammengefaßt werden; deshalb wäre für Indochina, Malaia, Indonesien und Timor eine entsprechende *South East Asia Commission* ins Leben zu rufen. Die Aufgaben solcher Ausschüsse, die in der anglo-amerikanischen Karibischen Kommission<sup>8)</sup> ein Vorbild haben, sollen Beratung der Regierungen, Austausch von Informationen und Hilfe bei der Durchführung einer gemeinsamen Politik, etwa auf den Gebieten des Gesundheitswesens, des Arbeitseinsatzes und der Produktionsfragen, sein. Nach der Schaffung des Treu-

handschaftsrates gehen die beiden pazifischen Dominien jetzt daran, ihren alten Plan einer Südseekommission in die Tat umzusetzen: sie haben für den 28. Januar 1947 die genannten Mächte nach Canberra zu Besprechungen über diese Fragen und zur Konstituierung eines solchen Ausschusses eingeladen. Am 8. Februar 1947 beschloß diese Konferenz die Bildung einer Südseekommission (*South Seas Commission*), in der Australien, Neuseeland, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Frankreich und Holland vertreten sein sollen. Diese Kommission soll „Einrichtungen entwickeln und aufeinander abstimmen, die den wirtschaftlichen und sozialen Rechten und der Wohlfahrt der Eingeborenen in der Südsee dienen, sowie die technische, wissenschaftliche, wirtschaftliche und soziale Forschung fördern.“ Die Mittel für diese Kommission werden zu 30 Prozent von Australien, zu je 15 Prozent von Großbritannien, Neuseeland und Holland und zu je 12,5 Prozent von den Vereinigten Staaten und Frankreich aufgebracht. Eine neue Südseekonferenz soll spätestens 1949 stattfinden, spätere regelmäßige Zusammenkünfte in Abständen von nicht mehr als drei Jahren.

Auch auf dem Gebiet, auf dem die Dominien unmittelbar und allein verantwortlich sind, haben sie Schritte unternommen, um die Wohlfahrt der Eingeborenen zu fördern. So hat noch 1945 die australische Regierung die „*Papua-New Guinea Administration Act 1945*“ erlassen<sup>9)</sup>, in der unter anderem eine vorläufige Zivilverwaltung für Neuguinea errichtet und die Fronarbeit abgeschafft wird.

So fließen alle Maßnahmen der beiden Dominien aus derselben Grundhaltung: sie glauben an eine vernünftige Ordnung der Welt, die auch in einem internationalen Ordnungssystem ihren Ausdruck finden muß. Aber dieses System kann nicht von oben herab den einzelnen Mächten in abstrakter Form geschenkt werden. Es kann zu erfolgreicher Arbeit nur dann kommen, die mittleren und kleinen Mächte können ihren wirklichen Platz nur dann finden, wenn es von unten her aufgebaut wird. Der beschränkte Rahmen eines regionalen Systems muß durch die Arbeit der unmittelbar betroffenen Mächte erst mit Leben erfüllt werden, ehe das gesamte Weltsystem Wirklichkeit werden kann. Es ist kein Zufall, daß der Gedanke der entscheidenden Aufgabe der Einzelglieder eines Staatenverbandes durch Nationen vertreten wird, die im Verband des britischen Weltreiches Zusammenarbeit in Freiheit gelernt haben.

## ANMERKUNGEN

1) So zum Beispiel Clive Turnbull im „Spectator“ vom 23. August 1946.

2) ANZAC ist die im Weltkrieg gebräuchliche Abkürzung nach den Anfangsbuchstaben der gemeinsamen Streitkräfte Australia-New-Zealand-Army-Corps, die auch heute noch gebraucht wird, um die Gemeinsamkeit der beiden Dominien zu betonen.

3) Zitiert nach K. H. Bailey: „Dependent Areas of the Pacific. An Australian View“ in der Zeitschrift „Foreign Affairs“, April 1946, S. 494 ff.

4) „A Commentary on the Charter of the United Nations, presented by the Secretary of State for Foreign Affairs to Parliament by Command of His Majesty“, der unter der Nummer Cmd 6666, Miscellaneous Nr. 9, in London, His Majesty's Stationary Office, 1945 erschien. Vergleiche dazu auch das amerikanische Gegenstück: „Report to the President on the Results of the San Francisco Conference by the Chairman of the US Delegation, the Secretary of State“, Publication 2349 des Department of State, Conference Series 71.

5) Vergleiche dazu den Aufsatz: „The International Trusteeship System“ by Arthur N. Holcombe in der Juli-Nummer 1946 der „Annals of the American Academy of Political and Social Science“, S. 101 ff.

6) So Hans W. Weigert in seinem Aufsatz: „US Strategic Bases and Collective Security“ in „Foreign Affairs“, Januar 1947, S. 250 ff.; vergleiche besonders S. 262.

7) Nach New York Herald Tribune vom 22. Jan. 1946.

8) Die sogenannte Karibische Kommission wurde am 9. März 1942 von Großbritannien und den Vereinigten Staaten ins Leben gerufen, seit 1945 nehmen auch Frankreich und die Niederlande an der Arbeit teil, so daß die vier Kolonialmächte und die Eingeborenen in der Kommission vertreten sind. Dazu kommt noch Kanada als Beobachter, da es starke Handelsinteressen in dem betreffenden Gebiet geltend machte. Über Einzelheiten vergleiche „A Four-Power Program in the Caribbean“ by Charles W. Taussig in „Foreign Affairs“, Juli 1946, S. 697 ff.

9) Das englische Parlament hatte bereits 1940 eine „Colonial Welfare and Development Act“ erlassen, nach der 5 Millionen Pfund für das Kolonialreich ausgesetzt wurden. Sie wurde 1945 als „Colonial Welfare and Development Act, 1945“ erneuert: sie gewährte erneut 120 Millionen Pfund für die Zeit von 1946 bis 1956. Die unterstützten Kolonien mußten die Erlaubnis zur Schaffung von Gewerkschaften und die Sicherstellung erträglicher Arbeitsbedingungen garantieren.



## Die Umstellung der Vereinigten Staaten auf die Friedenswirtschaft

Mit derselben Schnelligkeit, mit der die Vereinigten Staaten ihre Friedensproduktion auf die Belange des Krieges umgestellt haben, haben sie nach der Beendigung der Feindseligkeiten in Europa bereits mit der Umstellung der Kriegswirtschaft auf den Frieden begonnen. Die Vereinigten Staaten, die keine Kriegsschäden im eigenen Lande zu verzeichnen haben, stehen heute aber genau wie die europäischen Länder vor ernststen Wirtschaftsproblemen. Die dem amerikanischen Kongreß vierteljährlich vorgelegten Wirtschaftsberichte lassen deutlich erkennen, daß die Vereinigten Staaten sich der Gefahr einer möglichen Wirtschaftskrise bewußt sind. Die Wirtschaftslage selbst und die Schritte, die die Vereinigten Staaten zu tun beabsichtigen, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, finden ihren Niederschlag in diesen Berichten.

Am 21. Januar 1946 erstattete der damalige Leiter des Office of War Mobilization and Reconversion, W. C. Snyder, dem Kongreß einen Bericht über die Lage der amerikanischen Wirtschaft, wie sie sich zu Beginn des Jahres 1946 darbot. Snyder gliederte in seinem Bericht die Nachkriegszeit in vier Phasen:

1. Die Zeit der materiellen Umstellung.
2. Die Periode der Erzeugungsschlacht.
3. Die Zeit der Erholung, in der die Nachfrage der Verbraucher und die während des Krieges aufgestaute Kaufkraft eine Vollbeschäftigung und volle Produktion garantieren.
4. Die eigentliche Nachkriegszeit, in der die Vereinigten Staaten ihr Produktionsniveau, ihre Arbeits- und Verbrauchskraft steigern müssen oder sich einer erneuten Wirtschaftskrise aussetzen.

Snyder erklärte damals, daß die Umstellung der Kriegswirtschaft auf die Friedensproduktion praktisch abgeschlossen sei und daß die Vereinigten Staaten sich im Jahre 1946 der zweiten Phase, der Phase der gesteigerten Produktion, zuwenden müßten, um der Inflationsgefahr zu begegnen.

Snyder sagte voraus, wenn es gelänge, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu erhalten, werde die Produktion für das Jahr 1946 sehr hoch sein, wenn auch die Nachfrage das Angebot weiterhin erheblich übersteigen werde.

Für die einzelnen Industriezweige machte Snyder folgende Vorhersagen für die Produktion:

1. *Stahl*: Die Erzeugung wird den Bedarf etwa decken können. Nur in den ersten Monaten des Jahres 1946 wird eine gewisse Knappheit an Blechen herrschen. Jedenfalls muß die Stahlproduktion erheblich gesteigert werden.
2. *Aluminium*: Die Vorkriegsproduktion ist verdoppelt. Der jährliche Bedarf wird auf 500 000 Tonnen geschätzt.
3. *Kohle*: Die Förderung 1946 wird etwa 600 Millionen Tonnen betragen. 1944/45 hatte sie 610 Millionen Tonnen betragen.
4. *Neubauten*: Die Neubauten für 1946 werden auf eine Summe von über 7 Milliarden Dollar geschätzt, das heißt eine Steigerung um 60 Prozent gegen 1945. Davon entfallen etwa 5,5 Milliarden Dollar auf private Neubauten. 1945 hatten die Neubauten 4,5 Milliarden Dollar ausgemacht.
5. *Industrieausrüstung und landwirtschaftliche Maschinen*: Die Produktion hat das Vorkriegsniveau überschritten. In landwirt-

schaftlichen Maschinen wird auch die Zahl von 1945 (650 Millionen Dollar) voraussichtlich überschritten.

6. *Textilien*: Die Nachfrage wird das Angebot an Stoffen etwa um 20 bis 50 Prozent übersteigen.

7. Die Produktion von Wollwaren wird höher liegen als 1945. Während des Krieges wurden 30 Prozent mehr Kunstseidengewebe produziert als 1939. Diese Ziffer wird erreicht oder noch überschritten.

8. *Gummi*: Die Nachfrage nach Naturgummi und synthetischem Gummi für 1946 wird auf 900 000 Tonnen geschätzt. Der Bedarf kann nur gedeckt werden, wenn die strengen Bestimmungen, die die Verwendung von Gummi einschränken, in Kraft bleiben.

9. *Kraftfahrzeuge*: Vor dem Streik hatte die Kraftfahrzeugindustrie gehofft, die Produktion von 1938 verdoppeln zu können mit 4 Millionen Wagen.

*Die Landwirtschaft*: 1946 werden mehr Nahrungsmittel zur Verfügung stehen als 1945. An Zucker, Schweinefleisch, den besseren Qualitäten Kalbs- und Rindfleisch, an Fett, besonders Butter und Fischkonserven, wird weiter ein gewisser Mangel herrschen.

Die Lebensmittelausfuhr in die befreiten Länder wird mindestens die Zahlen von 1945 erreichen. Sie wird nur durch finanzielle Erwägungen beschränkt. In den letzten vier Monaten des Jahres 1945 haben die Lebensmittelausfuhren in diese Länder etwa 10 Prozent der gesamten verfügbaren Lebensmittel betragen, sie werden sich zum mindesten während der ersten Hälfte von 1946 auf derselben Höhe halten.

Anfang Oktober 1946 erstattete der inzwischen zum Leiter des Amtes für die Umstellung auf die Friedenswirtschaft ernannte Mr. Steelman dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem Kongreß seinen Bericht über das dritte Quartal 1946. Dieser Bericht stellte die Möglichkeit einer amerikanischen Wirtschaftskrise, die Snyder in seinem Bericht schon angedeutet hatte, klar heraus. Der Steelman-Bericht sucht nach Maßnahmen, die Gefahr einer Deflation, die auf die Inflation folgen könnte, abzuwenden.

Steelman erklärte:

Zu Beginn des zweiten Friedensjahres befindet sich die nationale Wirtschaft in einer Lage voller Verheißungen und voller Gefahren.

Die Verheißungen bestehen in der Möglichkeit für unser Land, Einnahmen zu erreichen, die keine Nation je gekannt hat. Wir können einen hohen Beschäftigungsstand auf lange Zeit hinaus aufrecht erhalten und ein ständig ansteigendes Niveau der Produktion und Lebenshaltung erreichen.

Aber es drohen uns auch schwere Gefahren, nämlich, daß es uns vielleicht nicht gelingt, von der augenblicklichen Situation, in der die Nachfrage das Angebot übersteigt, zu einer neuen Lage überzugehen, wo sich Angebot und Nachfrage annähernd im Gleichgewicht befinden, ohne daß dieses Gleichgewicht auf einem viel tieferen Niveau als dem gegenwärtigen eintritt. Der Übergang von dem augenblicklichen Verhältnis von Angebot und Nachfrage zu einem annähernden Gleichgewicht auf hohem Niveau wird schwierig sein, und diese Schwierigkeiten würden durch eine neue, plötzliche Preiserhöhung noch verschärft. In den drei Monaten, die seit dem Ablauf des ersten Preiskontrollgesetzes verstrichen sind, haben sich die Preise bereits stärker erhöht als während der 38 vorhergegangenen Monate. Eine neue und unvermittelte Preissteigerung könnte die Nachfrage ersticken, jede Stabilität im Geschäftsleben zerstören und einen jähen Preissturz bewirken, der sehr ernste wirtschaftliche und soziale Folgen haben würde.

Um einen dauerhaften Wohlstand zu erreichen, wird nicht nur die Weisheit des Kongresses und des Präsidenten, sondern die



volle Einsicht der Unternehmer, der Arbeiter und Bauern wie die freiwillige Einschränkungsbereitschaft der Verbraucher notwendig sein.

wisse weitere Erhöhung ist wahrscheinlich, aber in beschränktem Umfang.

Erste Erfolge der Umstellung auf Friedenswirtschaft

Während des ersten Friedensjahres bestand die Haupttriebfeder der Wirtschaft in dem Druck eines beträchtlichen Nachfragevolumens auf Grund einer beträchtlichen Kaufkraft — die zum Teil noch durch Einkommen der vorhergehenden Perioden bestimmt war. Dieser Druck war der Hauptantrieb unserer Wirtschaftsbelebung seit dem Waffenstillstand.

Solange wir eine vernünftige Stabilität der Preise aufrecht erhalten konnten hat dieser Inflationsdruck unsere Wirtschaft in eindrucksvollem Tempo vorangetrieben. Wir haben eine außerordentlich rasche Umschaltung unserer Kriegsmaschine vollzogen und den hohen Stand unserer augenblicklichen Friedenstätigkeit mit verhältnismäßig wenig Schwierigkeiten erreicht. Dies war trotz der Konflikte zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und des Mangels an gewissen Rohstoffen möglich. Die Statistiken über Beschäftigungsstand, Arbeitslosigkeit, Privateinkommen, Industriegewinne und Produktion legen Zeugnis dafür ab.

Der zivile Beschäftigungsstand hielt sich nach dem Waffenstillstand mehrere Monate lang auf einer Ziffer von 51 Millionen und ist dann auf 58 Millionen angestiegen, die höchste Ziffer, die jemals in Kriegs- oder Friedenszeiten erreicht wurde. Für 10 Millionen Demobilisierte, Männer und Frauen, wurde Arbeit gefunden, und die Gesamtzahl der Zivilbeschäftigten im Monat August dieses Jahres war um nahezu 9 Millionen höher als im Vergleichsmonat des Jahres 1940.

Im August betrug die Zahl der Arbeitslosen zwei Millionen. Im ungünstigsten Augenblick der Übergangszeit nach dem Kriege hat die Arbeitslosenziffer niemals 2 700 000 überschritten; im August 1940 waren acht Millionen Arbeiter beschäftigungslos.

Die Gesamtsumme der Privateinkommen beläuft sich gegenwärtig auf 167 Milliarden Dollar pro Jahr, eine Ziffer, die noch nie vorher erreicht wurde.

Die Industriegewinne nach Abzug der Steuern stehen auf dem höchsten Stand der Geschichte, obwohl sie bei gewissen umgestellten Industrien, deren Ausstoß noch gering ist, noch niedrig sind.

Das Einkommen der Landwirtschaft ist höher denn je, und die Landwirte haben noch nie über so viel flüssige Mittel verfügt.

Die Gesamtproduktion der Privatindustrie hat ihren höchsten Friedensstand mit einem Jahreswert von 172 Milliarden Dollar erreicht. Die Dauergüter bleiben in einigen Fällen noch hinter der Nachfrage zurück, aber ein stetig wachsender Strom von Fertigprodukten gelangt auf den Markt und wird auch weiterhin anfallen, wenn wir eine Periode des Arbeitsfriedens durchleben.

Das Land steht vor zwei großen Fragen, die es zu lösen hat: einer auf lange Sicht, nämlich, unsere Wirtschaft auf der vollen Ertragshöhe bei voller Beschäftigung zu halten, und einer sofort zu lösenden: Das Steigen der Preise zu verhindern. Wenn wir die Preise nicht stabilisieren können, wird es auch äußerst schwierig sein, die Produktion und den Beschäftigungsstand auf ihrer augenblicklichen Höhe zu halten.

Gegenwärtige und zukünftige Produktion

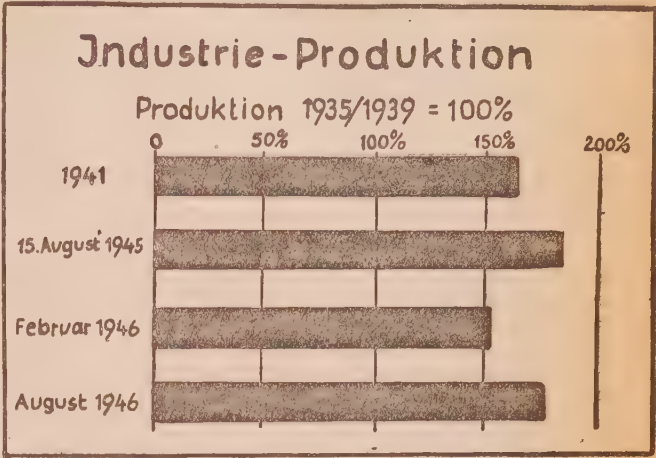
Wenn man unsere gegenwärtige Lage prüft und Vorhersagen für 1947 machen will, bedeutet die Preisfrage ein großes Fragezeichen nach jeder Schlußfolgerung. Jedoch müssen Industrie, Arbeiterschaft und Regierung alle greifbaren Tatsachen untersuchen und sich bei der Wahl der für die nächsten Monate zu befolgenden Methoden nach ihnen richten.

Dabei sind die drei wichtigsten Produktionszweige getrennt zu behandeln:

1. Dienstleistungen, Ernährung, Bekleidung und andere nicht dauerhafte Verbrauchsgüter;
2. Wohnungen und Dauergüter;
3. Gebäude zu anderen als Wohnzwecken und dauerhaftes Produktionsmaterial.

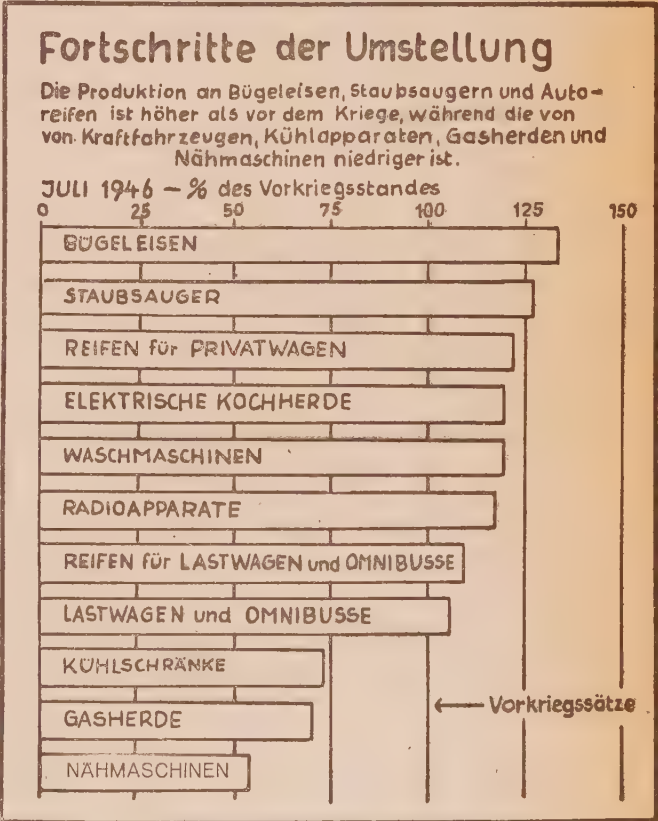
Die Produktion der ersten Gruppe (Dienstleistungen, Ernährung, Bekleidung und andere nicht dauerhafte Verbrauchsgüter) in den Jahren 1945—1946 übertraf alles bisher dagewesene. In einigen Kategorien, wie der Bekleidungsindustrie, werden noch gewisse Produktionssteigerungen eintreten, aber es ist zweifelhaft, ob eine beträchtliche Erhöhung des Gesamtanfalls dieser Waren und Dienste im Laufe der nächsten Monate möglich sein wird.

Der Ausstoß an dauerhaftem Produktionsmaterial, der während des ersten Vierteljahres 1945 einem Jahreswert von 5200 Millionen Dollar entsprochen hatte, ist während des letzten Vierteljahres auf 11 Milliarden Dollar jährlich angestiegen. Eine ge-



Die Bautätigkeit zu anderen als Wohnzwecken wird durch das Wohnungsprogramm aufgehalten. Sie wird erst dann ein beträchtliches Ausmaß annehmen können, wenn der Wohnungsbedarf wenigstens teilweise befriedigt sein wird.

Der Umfang der Produktion von Dauergütern und der Bautätigkeit, der sich seit dem Waffenstillstand mehr als verdoppelt hat, kann weiter zunehmen. Auf diesen Gebieten ist der Ausbau eines großen Produktionsvolumens beinahe vollendet. Daraus wird sich ein regelmäßig wachsender Zustrom von Fertigwaren ergeben, wenn es auch wenig wahrscheinlich sein dürfte, daß wir vor dem nächsten Jahr mit voller Kapazität produzieren werden.



Es hängt zum großen Teil vom Industriefrieden und von der Rohstoffversorgung unserer Grundindustrien ab, ob die Gesamtproduktion in unmittelbarer Zukunft weiter zunehmen kann.

Es ist oft gesagt worden, die Produktion sei das letzte Mittel gegen die Inflation. Das ist richtig, aber wir sind nicht sicher, ob die Produktion im Laufe der kommenden sechs Monate hinreichend ansteigen kann, um die Nachfrage voll zu befriedigen.



Wahrscheinlich werden der Mangel an Rohstoffen, die ungenügende Kapazität der Unternehmungen, der Mangel an Ersatzteilen und in gewissen Fällen, wie im Baugewerbe, an Facharbeitern unserer Produktion für die nächste Zeit eine Grenze setzen. Andererseits können wir nicht sicher sein, daß später, wenn die Produktion gestiegen ist, die Aufwendungen der Verbraucher ebenfalls derartig steigen werden, um eine erhöhte Produktion zu den dann geltenden erhöhten Preisen aufnehmen zu können.

Mit anderen Worten: Wir wissen nicht, ob die Grenzen unserer Produktion durch unsere Produktionskapazität oder durch unsere Kaufkraft bestimmt sein werden. Gegenwärtig übertrifft die Nachfrage ausgesprochen das Angebot, aber diese Situation kann sich ändern.

#### Ursprung der Nachfrage

Die Gesamtnachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist vierfachen Ursprungs: Käufe der Regierung, Käufe der Industrie, Käufe des Auslandes und Käufe der Verbraucher.

**Käufe der Regierung:** Während des Krieges war der Markt von den Regierungskäufen beherrscht. Aber die Gesamtausgaben der Regierung (Gemeinde-, Staats- und Bundesbehörden) sind von ihrem Höchststand von 100 Milliarden Dollar während des zweiten Vierteljahres 1945 auf ungefähr 37 Milliarden Dollar gegenwärtig gefallen. Eine noch bedeutungsvollere Tatsache als dieser enorme Rückgang besteht darin, daß die Bundesregierung von der nationalen Kaufkraft zum erstenmal seit 1930 mehr abschöpft, als sie zu ihr beiträgt. Der Bundeshaushalt des laufenden Steuerjahres weist ein Defizit von 1900 Millionen Dollar aus. Aber es handelt sich um ein buchmäßiges Defizit. Auf Geldbasis ausgedrückt enthält der Bundeshaushalt im ganzen ungefähr 2800 Millionen Dollar mehr Einnahmen aus Steuern und anderen Einkünften als Ausgaben.

**Käufe der Industrie:** Der beispiellose Rückgang der Regierungsausgaben, das Ergebnis einer bewußt eingeschlagenen Politik

der Bundesverwaltung, wurde durch eine Ausgabenerhöhung des Privatkapitals (Käufe der Industrie und des Auslandes) von nahezu 30 Milliarden Dollar und eine Erhöhung der Ausgaben der Verbraucher um über 20 Milliarden Dollar seit Anfang 1945 ausgeglichen.

Die Aufwendungen des Privatkapitals für Bauarbeiten, Produktionsmaterial, Industrieunternehmungen usw. sind von 3600 Millionen Dollar jährlich während des ersten Vierteljahres 1945 auf 33 Milliarden Dollar während des dritten Vierteljahres 1946 angestiegen.

Die private Bautätigkeit ist augenblicklich fünfmal so umfangreich wie Anfang 1945. Die Nachfrage übersteigt noch die gegenwärtigen Möglichkeiten, obwohl das Ansteigen der Preise einen Teil dieser Nachfrage wieder aufgehoben hat.

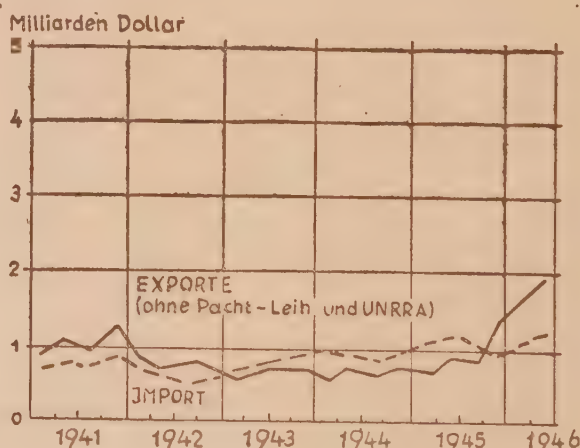
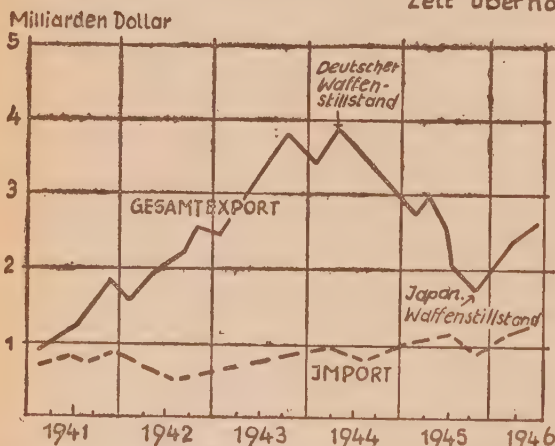
Die Ausgaben der Industrie für Materialbeschaffung haben sich seit dem ersten Vierteljahr 1945 mehr als verdoppelt. Sie können wegen der Grenzen, die dem Bau neuer Fabriken gesetzt sind, kaum in beträchtlichem Umfang weiter ansteigen.

Der Wert des Industriebesitzes nimmt um einen Betrag von 6500 Millionen Dollar jährlich zu, während er im ersten Vierteljahr 1945 um 2500 Millionen Dollar jährlich abnahm. In den meisten Branchen liegt der Wert des Industriebesitzes noch unter dem Normalstand, aber er steigt gegenwärtig in einem Ausmaß an, bei dem es nicht unbegrenzt verbleiben kann.

**Käufe des Auslandes — Ausfuhr:** Während des Jahres, das seit dem Waffenstillstand vergangen ist, überholte die Ausfuhr wieder die Einfuhr in dem Verhältnis, wie die militärischen und die Leih-Pacht-Lieferungen durch private Exporte ersetzt wurden. Bis zu einem gewissen Grad wurde das Anwachsen der privaten Ausfuhr durch die Anleihe an Großbritannien und die Anleihen der Export-Import-Bank möglich gemacht.

## ENTWICKLUNG DES AUSSENHANDELS

Die Gesamtausfuhren haben stets die Einfuhren übertraffen; zieht man aber die Pacht-Leih-Lieferungen ab, so haben sie die Einfuhr erst vor ganz kurzer Zeit überholt.



Im Laufe des zweiten Vierteljahres 1946 stieg der Überschuf der Ausfuhr über die Einfuhr auf ungefähr 6500 Millionen Dollar pro Jahr. Während des dritten Vierteljahres fiel er wieder auf 5500 Millionen Dollar pro Jahr und wird auch wahrscheinlich mindestens bis zum Jahresende oder darüber hinaus diesen Stand beibehalten.

**Käufe der Verbraucher:** Die Ausgaben der Verbraucher liegen bereits auf einem äußerst hohen Niveau. Der Höchststand von 1945, 106 Milliarden Dollar, der um 25 Prozent über dem Höchststand der Vorkriegszeit lag, ist jetzt weit übertraffen. Das Publikum gibt gegenwärtig 126 Milliarden Dollar jährlich für Waren und Dienstleistungen aus.

Seit dem zweiten Vierteljahr 1946 hat sich jedoch ein bedeutender Wandel in den Käufen der Verbraucher vollzogen. Das Publikum kauft jetzt dauerhafte Waren, die immer reichlicher auf den Markt kommen, für einen Jahresbetrag von 15 Milliarden Dollar. Dieser Betrag liegt um 25 Prozent über demjenigen des zweiten Vierteljahres und um 43 Prozent über demjenigen der ersten drei Monate 1946.

Die Käufe von nicht dauerhaften Gütern waren jedoch verhältnismäßig gleichbleibend seit dem ersten Quartal dieses Jahres. Wenn man die Preissteigerungen in Betracht zieht, ist die vom Publikum während der letzten drei Monate aufgenommene Warenmenge vielleicht sogar etwas geringer als während der ersten Jahreshälfte. Eine Reihe von Tatsachen lassen darauf schließen, daß die Tendenz des Kaufens um jeden Preis durch das Zögern gewisser Kunden angesichts der erhöhten Preise und der schlechten Qualität gebremst wird. Es läßt sich noch nicht sagen, ob das Publikum weiter so viel nicht dauerhafte Waren kaufen wird wie bisher, wenn ihm erst einmal dauerhafte Güter wie Wohnhäuser, Autos, Kühlschränke, Radioapparate angeboten werden.

#### Unmittelbare Aussichten

Vergleicht man die Faktoren, die das Anschwellen der Nachfrage bewirken, mit denen, die zu ihrem Rückgang beitragen werden, so fallen gewisse Grundzüge auf.

**Regierungsausgaben:** Die Regierungsausgaben werden zurückgehen, während die Steuereinnahmen hoch bleiben werden. Es ist



daher möglich, daß ein ansehnlicher Einnahmenüberschuß die Gefahr einer Inflation mildern wird.

**Industrie und Außenhandel:** Die unmittelbare Zukunft hängt zum Teil davon ab, wie die Industrie ihre Gelder verwenden wird. Die Industrie setzt augenblicklich ein Kapital ein, das zusammen mit den Ausgaben der Verbraucher genügt, den Stand der Beschäftigung, der Produktion und des Nationaleinkommens zu halten oder sogar noch zu erhöhen. Der starke Rückgang der Börsenkurse, der während des Berichtsquartals eingetreten ist, bedeutet, daß die Geschäftsleute im Ungewissen über die Zukunft sind.

Die Ausgaben für das Bauen werden im gleichen Maßstab wie die Produktion ansteigen, vorausgesetzt, daß die Preise keinen prohibitiven Charakter annehmen.

Die Ausgaben zur Vermehrung des Industriebesitzes werden sicherlich während einer gewissen Zeit noch andauern, obwohl zweifelhaft ist, ob ihr augenblicklicher Stand noch sehr lange beibehalten werden kann.

Der Überschuß der Ausfuhren über die Einfuhren dürfte mindestens für eine gewisse Zeit noch bestehen bleiben.

**Ausgaben der Verbraucher:** Der zweite Faktor, von dem die unmittelbare Zukunft abhängt, sind die Ausgaben der Verbraucher. Diese werden einerseits von der Erhöhung des Einkommens der Verbraucher und andererseits von dem Tempo bestimmt, in dem sie ihre Einkünfte auszugeben wünschen. Das gesamte verfügbare Volkseinkommen, das im dritten Quartal dieses Jahres die Rekordziffer von 148 Milliarden Dollar jährlich erreicht hat, wird zweifellos während des nächsten Quartals noch leicht ansteigen. Die Zahlungen der Regierung an Privatpersonen, wie die Demobilisierten, werden leicht zurückgehen, aber das Ansteigen der Lohnsumme infolge einer Vermehrung der Arbeitsplätze und der Arbeitsstunden pro Woche wird diesen Rückgang wettmachen. Das Nettoeinkommen der Unternehmer, die Dividendenzahlungen und die Einkünfte aus anderen Quellen werden ebenfalls zunehmen.

Die Ausgaben für Dauergüter werden ansteigen und in der Mehrzahl der Fälle die Produktion laufend aufnehmen, sobald sie auf den Markt kommt.

Die Ausgaben für nicht dauerhafte Waren, die sich gegenwärtig stabilisiert zu haben scheinen, stellen eines der großen Fragezeichen dar. Es läßt sich noch nicht sagen, ob die Verbraucher in Anbetracht der vorauszu sehenden verhältnismäßig geringen Zunahme der verfügbaren Einkommen alle dauerhaften Verbrauchsgüter, die auf den Markt strömen werden, aufnehmen und gleichzeitig weiterhin nicht dauerhafte Waren und Dienste in dem gleichen Umfang wie bisher kaufen werden. Viel hängt von dem Tempo ab, in dem die Einkünfte der Verbraucher ansteigen werden, sowie von der Preisentwicklung.

#### Die Aussichten der Nachfrage

Für den Augenblick bedeutet der hohe Stand der Geldanlagen in der Industrie und der Ausgaben für Verbrauchsgüter noch einen starken Faktor der Inflation. Die Nachfrage übertrifft generell das Angebot. Aber in dem Maße, wie sich die Wirtschaft auf Friedensproduktion umstellt, werden die Ausgaben für den Industriebesitz abnehmen. Um den wachsenden Zustrom an dauerhaften Gütern, besonders zu den augenblicklichen Preisen, aufnehmen zu können, muß der Verbraucher seine Gesamtausgaben weit über ihren gegenwärtigen Betrag erhöhen.

Für den Augenblick läßt die Regierung das Steigen der Produktion und das Sinken der Gesamtnachfrage Hand in Hand gehen. Aber für den Fall, daß Stockungen des Verbrauchs oder des Geschäftslebens durch ständige Preissteigerungen, Kursrückgänge an der Börse oder irgendwelche psychologische Faktoren auftreten sollten, muß die Regierung bereit sein, ihre Politik auf eine Ankurbelung des Verbrauchs umzustellen.

Die erste und heilsamste Maßnahme müßte dann von der Industrie ausgehen, die ihre Preise zu senken hätte, wobei sie die Löhne so wenig wie möglich antasten dürfte. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß gewisse Industrien mit ihren Preisen heruntergehen und doch befriedigende Gewinne beibehalten könnten, um so mehr in den kommenden Jahren, wenn der Umfang der Produktion zunehmen und der Selbstkostenpreis pro Einheit sinken wird.

Die Regierung ihrerseits muß bereit sein, geeignete Maßnahmen zu treffen. Das Wiederaufnahme der Programme großer öffentlicher Arbeiten durch die Bundesbehörden würde erheblich dazu beitragen, die Gesamtlohnsumme zu erhöhen und die Wirtschaft zu beleben. Deshalb sollten schon jetzt Projekte öffentlicher Arbeiten ausgearbeitet werden, trotz der Beschränkungen, denen die Bautätigkeit gegenwärtig unterliegt. Auch die Steuerpolitik müßte

einer Revision unterzogen werden. In allen Wirtschaftszweigen, wo Monopole einem Preisrückgang im Wege stehen, weil sie die Konkurrenz ausschalten, müßte die Regierung rücksichtslos einschreiten.

Welches auch immer die Aussichten für das kommende Jahr sein mögen, es muß, wenigstens für den Rest dieses Jahres, die Inflation mit allen Waffen bekämpft werden, über die wir verfügen. Auf jeden Fall dürfen wir die Steuern nicht senken, solange wir nicht sicher sind, daß die Gefahr beseitigt ist. Unsere sofortige Aufgabe ist es, auf einer erhöhten Produktion von Fertigwaren zu bestehen und neue Preissteigerungen zu verhindern.

#### Die Stabilisierung ist Sache aller

Bei der Unterzeichnung des Preiskontrollgesetzes sagte der Präsident: „Ich unterzeichne dieses Gesetz nur ungern. Ich wünschte ein Gesetz, auf Grund dessen die Regierung der Bevölkerung hätte sagen können, daß die Preise während der letzten kritischen Monate des Übergangs zur freien Wirtschaft stabil bleiben würden. Das gegenwärtige Gesetz ist weit davon entfernt, diesem Wunsche zu entsprechen.“

Die amerikanische Bevölkerung wartet mit Ungeduld darauf, von den Kontrollmaßnahmen der Kriegszeit befreit zu werden. Unserer Tradition gemäß lassen wir dem einzelnen die größte Freiheit der Initiative. Das ist ohne jeden Zweifel einer der Gründe, die den Kongreß bewogen haben, ein gefährlich abgeschwächtes Preiskontrollgesetz anzunehmen.

Seit dem japanischen Waffenstillstand hat sich die Bundesverwaltung bemüht, die amerikanische Bevölkerung — Industrielle, Arbeiter, Landwirte und Verbraucher — so schnell wie möglich von jeder Kontrolle zu befreien. In allen zweifelhaften Fällen haben wir es vorgezogen, die Kontrollen lieber zu früh als zu spät abzuschaffen. Wir haben deshalb so gehandelt, weil wir an die Kraft einer freien Wirtschaft glaubten, in der eine freie Arbeiterschaft und ein freies Unternehmertum beiderseits die meisten Chancen haben, ihre Rollen zu spielen. Aber es fehlt uns augenblicklich an Handhaben, die Inflation zu bekämpfen.

Der Abbau der Kontrollen bringt drei schwere Gefahren mit sich: erstens die einer derartigen Preissteigerung, daß jede Möglichkeit einer Wiedereindämmung ausgeschlossen wird; zweitens die Gefahr, daß die Geschäftswelt in Anbetracht der zukünftigen Preisbewegungen das Tempo der Produktion aufhört; und drittens die Gefahr, daß eine anormale Erhöhung der Lebenshaltungskosten neue Forderungen nach Lohnerhöhungen hervorruft, so die Inflation begünstigt und in zahlreichen Fällen die Produktion gerade in dem Augenblick unterbricht, wo die Wirtschaft noch von der Nachfrage beherrscht wird.

Wie hat doch der Präsident gesagt: „Obwohl das gegenwärtige Gesetz in keiner Weise zu der Behauptung berechtigt, daß die Inflation vermieden werden wird, bietet es doch genügend Erfolgsaussichten, um eine aufrichtige Bemühung zu rechtfertigen, unsere Wirtschaft in Fluß zu halten, bis die Waren wieder so reichlich vorhanden sind, daß Kontrollen überflüssig werden.“

Die Regierung wird alle ihre Mittel einsetzen und alle in ihrer Macht stehenden Maßnahmen anwenden, um die Inflation zu bekämpfen und ihrer Herr zu werden. Alles, was die Regierung unternimmt, trägt zur Durchführung eines Anti-Inflationsprogrammes bei, das aus vier Teilen besteht:

1. Lenkung der Preiskontrolle und der Subventionen;
2. Stabilisierung der Löhne;
3. anti-inflationistische Steuer- und Währungspolitik;
4. Kontrolle der Produktion.

Um ihre Aufgabe zum Gelingen zu bringen, bedarf die Regierung der organisierten, ehrlichen Unterstützung der Industrie, der Arbeiter, der Bauern und der Verbraucher. Die Stabilisierung ist jetzt eine Sache aller, und wenn nicht jede Klasse ihre eigenen unmittelbaren Interessen dem höheren Interesse der ganzen Nation unterzuordnen bereit ist, ist es zweifelhaft, ob die Regierung selber Erfolg haben kann.

Die ganze Geschäftswelt muß dem Beispiel der Industriellen folgen, die ihre Preise so niedrig wie möglich halten.

Die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit muß die Arbeiterführer unterstützen, die sich bemühen, einen Industriefrieden zu schaffen und Lohnerhöhungen zu vermeiden, die den Wettlauf zwischen Löhnen und Preisen beschleunigen würden.

Die Landwirte müssen den hohen Stand ihrer Produktion aufrecht erhalten, denn eine reichliche Belieferung zu mäßigen Preisen ist die Grundlage unseres Lebensstandards.

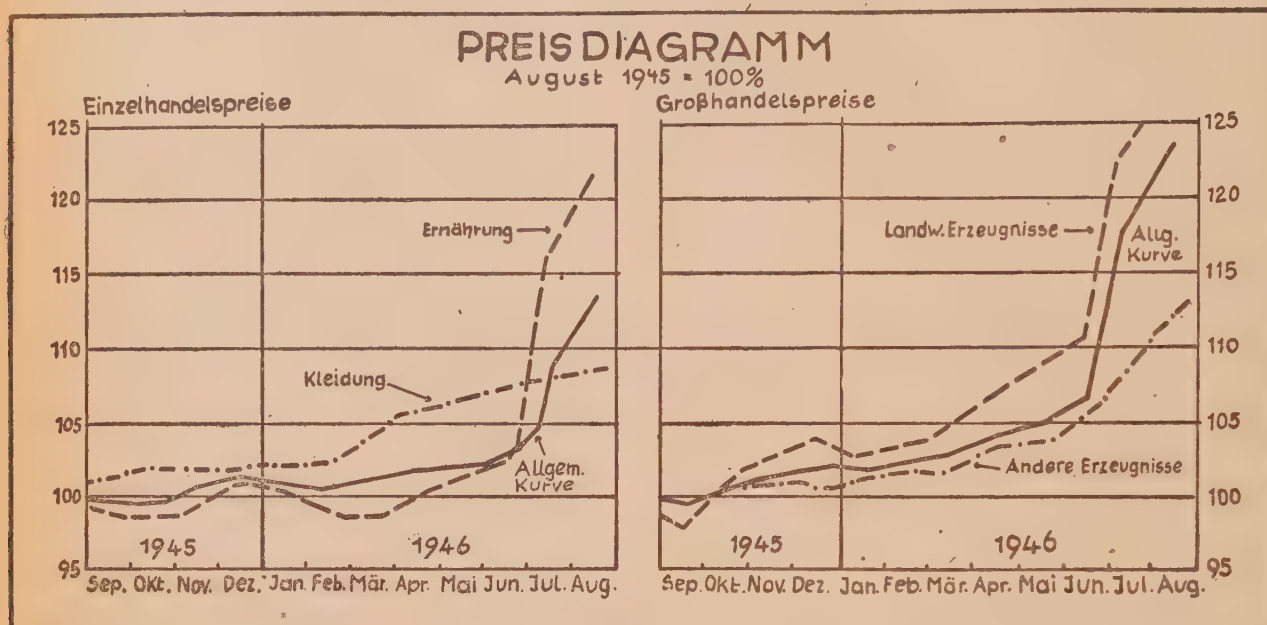
Alle Verbraucher müssen sich bemühen, ihr Geld vernünftig auszugeben. Das Publikum verfügt über eine äußerst wirksame



Waffe, die Preise auf vernünftiger Höhe zu halten; es muß den hohen Preisen widerstehen, mehr sparen und sich weigern, solche Waren zu kaufen, an denen noch ein Mangel besteht. Diese Waffe zu gebrauchen, fällt sehr schwer; aber ein freies Volk, das nur ein Mindestmaß an Kontrollen zu ertragen wünscht, muß die Verantwortung auf sich nehmen, seine Freiheit so zu gebrauchen, daß sie zum allgemeinen Wohl beiträgt.

### Die Unterbrechung der Preiskontrolle

Von Mitte Juni bis Mitte Juli hat sich der vom 'Bureau of Labor Statistics' aufgestellte Index der Kleinhandelspreise um 5,8 Prozent erhöht. Diese Erhöhung war fast ausschließlich auf die 14prozentige Steigerung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Diese Steigerung trat natürlich zum großen Teil nach der Aufhebung der Preiskontrolle am 30. Juni 1946 ein.



Der Index der Großhandelspreise des 'Bureau of Labor Statistics', dem die Preise von 900 Warensorten zu Grunde liegen und der empfindlicher ist als der erstgenannte, hat sich von Juni bis Juli um 10 Prozent erhöht. Die landwirtschaftlichen Produkte sind um 12 Prozent gestiegen, während die Preise der anderen Waren als landwirtschaftliche Produkte und Lebensmittel nur um 3 Prozent angezogen haben. Der vom 'Bureau of Labor Statistics' für 28 Warensorten errechnete Index der Rohstoffpreise, der in hohem Grade von den Preisbewegungen der landwirtschaftlichen Rohstoffe beeinflusst wird, ist zwischen dem 29. Juni, dem letzten Werktag, an dem das Preiskontrollgesetz noch in Kraft war, und dem 24. Juli, dem Tag vor der Unterzeichnung des neuen Gesetzes, um 25 Prozent gestiegen.

Die Wiedereinführung der Preiskontrolle für die meisten Waren Ende Juli hatte wenig Einfluß auf das allgemeine Preisniveau. Eine gewisse Anzahl von Preissenkungen wurden verfügt, aber Vieh und Milchprodukte blieben frei von jeder Kontrolle, und die große Zahl von Preiserhöhungen, die das O. P. A. in Ausführung des neuen Gesetzes genehmigte, haben die wenigen Preissenkungen mehr als ausgeglichen. Der Wochenindex der Großhandelspreise ist im August weiter leicht angestiegen. Die Wiedereinführung der Kontrolle der Viehpreise am 29. August und der Fleischpreise am 3. September hat jedoch den Wochenindex wieder auf seinen Stand von Mitte Juli gesenkt und damit die Steigerung der vorhergehenden sechs Wochen wieder wettgemacht.

Zwischen Mitte Juni und Mitte August hat sich der Index der Kleinhandelspreise um 8 Prozent erhöht, eine Zunahme, die fast ausschließlich auf die Preissteigerung für Ernährung und Bekleidung zurückgeht. Aber seit der Wiederherstellung der Kontrollen hat sich das Tempo der Preissteigerungen im Kleinhandel verlangsamt, und die Regierung wird weiterhin ihre ganze Macht aufbieten, um die Preise stabil zu halten.

### Die Löhne

Gewisse Löhne, z. B. in der Metallindustrie, wurden um 18,5 Cents pro Stunde erhöht, aber die Lohnerhöhungen in der gesamten Industrie liegen weit unter dieser Ziffer. Vom 15. Februar bis 30. Juni 1946 genehmigte der 'National Wage Stabilization Board' eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 14,7 Cents pro Stunde für mehr als vier Millionen Arbeiter.

Die Lohnerhöhungen wurden zum großen Teil durch die Herabsetzung der Überstunden und den Übergang von den hohen Löhnen der Kriegsindustrie zu den niedrigen Löhnen der Friedensindustrie, durch die Aufgabe der Stücklöhne sowie andere Ur-

sachen ausgeglichen. Die Stundenlöhne sind zwischen dem deutschen Waffenstillstand und dem Monat Juli 1946 im Durchschnitt um 9,5 Prozent in der Dauergüterindustrie und um 15,1 Prozent in der Verbrauchsgüterindustrie gestiegen, das heißt um durchschnittlich 9,6 Prozent in der gesamten Industrie.

Trotz der Lohnerhöhungen ist der Nettowochenverdienst der Industriearbeiter von April 1945 bis Juli 1946 um ungefähr 8,5 Prozent gesunken. Dieses Absinken ist eine Folge der Verminderung der Arbeitsstunden durch die Umstellung auf Friedenswirtschaft, des Fortfalls der Überstunden und des Übergangs der Arbeiter der Kriegsindustrien in die Friedensindustrien. Dieser 8,5-prozentige Rückgang besagt, in Dollar ausgedrückt, daß der Arbeiter, der im April 1945 47,12 Dollar verdiente, im Juli 1946 wöchentlich 4,05 Dollar weniger erhielt, das heißt etwa 43,07 Dollar.

### Rückgang der Reallöhne

Es ist somit offenbar, daß die Einkünfte, über die eine Arbeiterfamilie verfügt, im ganzen seit dem deutschen Waffenstillstand gesunken sind, wenn die Durchschnittslöhne sich auch erheblich erhöht haben. Zieht man die 11prozentige Steigerung der Kleinhandelspreise von April 1945 bis Juli 1946 in Betracht, so sind die Wocheneinkünfte noch stärker zurückgegangen. Die Einkommensteuern, die die Arbeiter zu zahlen haben und die seit 1941 beträchtlich erhöht wurden, tragen weiter zum Rückgang der Realeinkommen bei.

Diese sinkende Tendenz des Reallohnes muß und wird wieder umgekehrt werden. Das einzige Mittel dazu ist die Produktion einer größeren Anzahl von Fertigwaren und von Diensten. Jeder bedeutende Rückgang der Produktion, welches auch seine Ursache sein mag, beschneidet zwangsläufig den Reallohn der Arbeiter, und eine erhebliche allgemeine Erhöhung der Löhne kommt nur gewissen Gruppen auf Kosten aller anderen Arbeiter der Nation zugute.

Trotz einiger bedeutender Streiks im September gingen während des letzten Vierteljahres 1946 viel weniger Arbeits- und Produktionsstunden infolge von Streiks verloren. Außer in einigen Fällen haben Arbeitgeber und Arbeitnehmer klugerweise ihre Streitigkeiten beigelegt, ohne auf eine Unterbrechung der Arbeit zurückzugreifen. Zahlreiche einzelne Lohnanpassungen wurden vorgenommen, aber die allgemeine Struktur der Löhne blieb verhältnismäßig stabil.

Die Stabilisierung der Löhne geht mit der Stabilisierung der Preise Hand in Hand. Die gegenwärtigen Methoden sind bedeutend weniger einschneidend als die Kontrollen der Kriegszeit.



## Großbritanniens Kampf um seine Stellung in der Weltwirtschaft

Als der zweite Weltkrieg zu Ende ging, waren weite Kreise der britischen Bevölkerung davon überzeugt, daß der Substanzverlust der Kriegsjahre nun durch einschneidende und langfristige Maßnahmen aufgeholt werden müsse. Die Hoffnung, daß eine sozialistische Regierung dieser Aufgabe besser gewachsen sein werde als eine konservative, verhalf der *Labour Party* in den Parlamentswahlen am 25. Juli 1945 zur Macht. Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war die Bildung eines „wirtschaftlichen Generalstabes“, eines Planungsausschusses aus Vertretern der maßgeblich an der Wirtschaftslenkung beteiligten Behörden unter dem Vorsitz des Lordpräsidenten *Morrison*. Es sollte jedoch noch geraume Zeit dauern, ehe der volle Umfang der zu meistern den Probleme sichtbar wurde.

Die Demobilisierung der Truppen — soweit diese nicht durch überseeische Verpflichtungen und Besatzungsaufgaben zurückgehalten wurden — vollzog sich ohne größere äußere Reibungen. Der Abschluß eines Anleihevertrages mit den Vereinigten Staaten schien die Möglichkeit zu bieten, einen Schlußstrich unter die schwersten finanziellen Kriegsverpflichtungen zu ziehen und die Zahlungsbilanz auch während des Übergangs zur Friedenswirtschaft möglichst auszugleichen. Bis zum 31. Dezember 1951 wären dafür amerikanische Kredite in Höhe von 3,75 Milliarden Dollar bereitgestellt. Damit war der Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen eine rasche Aktivierung des Außenhandels erfolgen sollte, von der man sich wiederum die Beibehaltung und spätere Steigerung des Lebensstandards erhoffte (vgl. Europa-Archiv I/77).

Im Laufe des Jahres 1946 stellte sich jedoch heraus, daß der Verwirklichung dieser Pläne von verschiedenen Seiten enge Grenzen gesetzt waren.

Die Zahl der Eingezogenen ging vom 30. Juni 1945 bis zum 30. Juni 1946 von 5 auf etwa 2 Millionen und bis zum Ende des Jahres auf etwa 1,25 Millionen zurück. Damit war jedoch schon nahezu die Grenze erreicht, über die hinaus die Besatzungspflichten und die noch immer schwer-

wiegenden internationalen Verpflichtungen Großbritannien keine weitere Verringerung der Streitkräfte zuließen. Die durch die Demobilisierung freigewordenen Arbeitskräfte flossen jedoch keineswegs alle dem Arbeitsprozeß zu. Etwa eine Million der bisher dienstverpflichteten Frauen schied vielmehr ganz aus dem Erwerbsleben aus. Eine straffe Lenkung der Arbeitskräfte war in dem Lande, das nur unter dem Druck der unmittelbaren Kriegsgefahr die Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten auf sich genommen hatte, nicht ohne weiteres durchzuführen. Das ganze Nachwuchsproblem aber wurde von einem leitenden Beamten des Arbeitsministeriums im Januar 1947 anläßlich eines Vortrages in einem Satz zusammengefaßt: 1939 wurden in Großbritannien 417 000 junge Männer 18 Jahre alt, 1946 nur 335 000, 1950 werden es nur 295 000 sein und 1956 wird man nur mit etwa der Hälfte der Anzahl von 1939 rechnen können.

Die Feststellung, daß der Mangel an Arbeitskräften keine Übergangserscheinung ist, sondern das Ergebnis einer Schrumpfung der Volkssubstanz, die sich voraussichtlich in den kommenden Jahren fortsetzen wird, zeigt jedoch nur einen Faktor der britischen Nachkriegswirtschaft auf, deren ganze Problematik erst aus dem Zusammenwirken von Arbeitermangel, ausländischer Verschuldung, Devisenmangel und Rohstoffknappheit verständlich wird.

Am 20. Januar und am 21. Februar 1947 nahm nun die britische Regierung in zwei Weißbüchern zu diesen Problemen Stellung. Wir bringen im folgenden den vollen Wortlaut des ersten Weißbuches, das die wesentlichen Gegebenheiten der britischen Wirtschaftslage in der Nachkriegszeit anschaulich darstellt. Am 2. März 1947 berichtete der *Observer*, daß der Wirtschaftsstab der Regierung sich nun nachdem in den zwei Weißbüchern die Hauptfaktoren der wirtschaftlichen Lage aufgezeigt wurden, der Planung auf lange Sicht zuwende und die Vorbereitung eines wirtschaftlichen Vierjahresplanes in Angriff genommen habe.

### Das erste britische Weißbuch vom 20. Januar 1947

„Erklärung über wirtschaftliche Erwägungen, welche die Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern betreffen.“

#### Wirtschaftliche Erwägungen

1. Unser Land muß, wie praktisch alle Länder der Welt in der gegenwärtigen Zeit, seine Produktion von Waren aller Art beträchtlich und endgültig steigern, und zwar auf dem Gebiet der Verbrauchsgüter und Kapitalgüter, der Waren für den inner-englischen Markt und für die Ausfuhr.

2. Die Lage Großbritanniens ist äußerst ernst. Im Laufe der letzten sieben Jahre haben wir unser Wirtschaftssystem bewußt deformiert und aus dem Gleichgewicht gebracht, wir haben es auf uns genommen, unsere Kapitalreserven zu verlieren oder im Werte herabzusetzen, wir haben mindestens die Hälfte unserer Guthaben im Ausland verkauft und Schulden im Ausland aufgenommen, alles, um die gesamten Anstrengungen des Landes auf den Krieg zu konzentrieren, während ein vernünftiger Lebensstandard beibehalten wurde. Unser Land steht in der Schuld anderer Länder. Unsere monatliche Zahlungsbilanz gegenüber dem Ausland ist immer noch passiv: Trotz alledem haben wir seit dem Ende des Krieges auf dem Weg der sozialen Errungenschaften schnelle Fortschritte gemacht durch ein Wohnungsbauprogramm, durch die Verbesserung des Erziehungssystems, durch die

Schaffung einer Versicherung gegen Altersschäden, Arbeitslosigkeit und Krankheit sowie durch ärztliche und andere Dienste.

3. Es ist klar, daß wir uns sehr schnell daran machen müssen unseren Lebensstandard mit eigenen Mitteln zu heben. Wir können nicht auf unbeschränkte Zeit unser Defizit mit ausländischen Krediten abdecken. Wir müssen bald anfangen, einen Teil der auswärtigen Anleihen zurückzuzahlen, die uns gegenwärtig erlauben, unseren bisherigen Lebensstandard beizubehalten. Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß wir schnell und nachdrücklich die Produktion der britischen Industrie steigern, die Qualität aber beibehalten. Das ist die Lebensgrundlage der wirtschaftlichen und industriellen Politik der englischen Regierung.

4. Die Durchführung dieser Politik verlangt eine Steigerung in der Wirksamkeit und dem Ausstoß der englischen Industrie; die Verantwortung für diese Verbesserungen fällt nicht allein der Regierung zu, sondern auch den Unternehmern und den Arbeitern in der Industrie. Alle, die an der industriellen Produktion teilnehmen, müssen sich an die Arbeit machen, um die Wirksamkeit und den Ausstoß zu steigern im Bewußtsein, daß das Wohl des gesamten Landes zum großen Teil von ihren Anstrengungen abhängt.



5. Während des Krieges sind in zahlreichen Industrien Organisationen geschaffen worden, welche die gemeinsame Prüfung der Produktionsprobleme durch Unternehmer und Arbeiter gestatten. Es wäre nützlich, diese Praxis weiter zu entwickeln.

*Die vor uns liegenden Aufgaben*

6. Solange die Produktion der britischen Industrie nicht wesentlich gesteigert wird, kann man über die Preisstabilität und die Billigkeit unseres Industriesystems nicht sicher sein. Preisstabilität aber und Billigkeit sind charakteristisch für Großbritannien in all den Schwierigkeiten des Krieges und der Umstellung von Krieg auf Frieden. Die Natur unseres Systems der industriellen Beziehungen schiebt den Unternehmern und den Arbeitern die Verantwortung für gemeinsame Arbeit zu, nicht nur zum Nutzen der Industrie, auf die sie angewiesen sind, sondern auch zum allgemeinen Vorteil des Landes. Diese Verantwortung ist heute größer denn je.

7. Das schwerste Problem ist der fast allgemeine Mangel an Arbeitskräften. Viel mehr Arbeit ist zu tun, als Männer und Frauen da sind, die sie tun können. Das ist die Erbschaft von sechs Kriegsjahren. Während des Krieges wurden praktisch überhaupt keine Verbrauchsgüter erzeugt außer den unbedingt lebensnotwendigen; die gesamte Bautätigkeit wurde unterbrochen außer für Kriegszwecke: keine neue Fabrik wurde gebaut oder ausgestattet außer für Rüstungszwecke; Reparatur und Ersatz von Fabriken und Material wurden aufgeschoben für später; man ließ die öffentlichen Dienste abgleiten und vervollkommnete sie in keiner Weise. Nun muß das Land sechs Jahre der Versäumnis auf dem Gebiet der zivilen Arbeit nachholen, gar nicht zu reden von der Reparatur und dem Wiederaufbau der in Mitleidenschaft gezogenen Gebiete. Neue Häuser müssen gebaut werden; die Industrie muß modernisiert und mit neuen Fabriken ausgestattet werden; die öffentlichen Dienste müssen auf einen angemessenen Stand gebracht und verbessert werden, um neuem Bedarf genügen zu können; neue Schulen, neue Krankenhäuser und alle Arten von Gebäuden für das kommunale Leben müssen gebaut werden; vor allem müssen wir die ausreichende Lieferung von Waren und Leistungen für den Verbraucher im Inland sicherstellen und zur gleichen Zeit den Anforderungen unseres Außenhandels genügen. Wie können wir diesen verschiedenartigen Aufgaben gerecht werden? Über welche Arbeitskräfte verfügen wir, um diese Ziele zu erreichen?

*Der Arbeitsmarkt*

8. Ende November 1946 betrug die Zahl der Arbeitsfähigen ungefähr 20 324 000, etwa 570 000 mehr als Mitte 1939. Das heißt jedoch nicht, daß wir genug Arbeitskräfte hätten, um den Bedarf zu befriedigen. Ganz im Gegenteil. Die beigelegte Tabelle zeigt, daß die Zahl der Arbeitskräfte, die für das Heer und die Hilfsdienste nötig sind, für die Ausrüstung des Heeres arbeiten oder von der nationalen oder lokalen Verwaltung, der Feuerwehr oder der Polizei beschäftigt werden oder sich in freien Berufen, Unterhaltung und Sport betätigen. 4 985 000 im November 1946 betrug gegenüber 4 170 000 Mitte 1939, was eine Vermehrung um 815 000 darstellt. Die Zahl der unmittelbar produktiven Arbeiter, die Mitte 1939 15 580 000 betrug, war auf 15 339 000 im November 1946 gefallen, hatte sich also um 241 000 vermindert. Man muß sich darüber klar sein, daß eine gewisse Arbeitslosigkeit unvermeidlich ist, allein schon deshalb, weil die Arbeiter die Möglichkeit haben, ihre Beschäftigung zu wechseln. Mitte 1939 gab es 1 270 000 Arbeitslose; im November 1946 gab es nur noch 366 000, aber daneben waren 345 000 Männer und Frauen demobilisiert, die zu dieser Zeit noch nicht wieder die Arbeit aufgenommen hatten. Obwohl also im November 1946 mehr Menschen beschäftigt wurden, um den Bedürfnissen des zivilen Inlandmarktes zu genügen und die Ausfuhr zu steigern, ist die Steigerung gegenüber 1939 noch keineswegs ausreichend. Während zum Beispiel in der Fabrikation von Ausfuhrsgütern Mitte 1939 etwa 990 000 Menschen beschäftigt waren, ist diese Zahl um 450 000 auf 1 440 000 Ende November 1946 gestiegen; sie muß aber unbedingt um weitere 500 000 zunehmen. Außerdem sind andere wesentliche Steigerungen in bestimmten Fertigwarenindustrien, die von besonderer Bedeutung für den innerenglischen Markt sind, ebenfalls notwendig.

9. Im Laufe des Jahres 1947 werden sich die für die Industrie zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte infolge der Demobilisierung weiter steigern, aber der Zuwachs aus dieser Quelle reicht nicht aus, um mit dem Anwachsen unseres Bedarfs Schritt zu halten. Außerdem verliert die Industrie durch die Heraufsetzung des schulpflichtigen Alters auf 15 Jahre 370 000 Jungen und Mädchen im Laufe des nächsten Jahres.

10. 1948 und in den folgenden Jahren werden die Zahlen für den produktiven Sektor auf Grund der seit 1930 sinkenden Geburtenziffer und der Verlängerung der Schulpflicht ungefähr auf den Vorkriegsstand fallen. Außerdem müssen wir für eine gewisse

Anzahl von Jahren auf eine allgemeine Knappheit an Arbeitskräften gefaßt sein, so daß die zu leistende Arbeit nicht restlos getan werden kann.

11. Diese allgemeine Knappheit ist jedoch nicht überall gleich. Einige der wichtigsten Industriezweige leiden unter noch größerer Knappheit als der Durchschnitt der Industrie. Es können jedoch nicht für jeden Einzelfall genaue Ziffern über die Knappheit an Arbeitskräften gegeben werden, weil man in einigen Fällen hoffen darf, daß die Verbesserung des Materials eine gewisse Erleichterung bringen wird, während in anderen Fällen der Mangel an Rohstoffen den Entwicklungsmöglichkeiten in der unmittelbaren Zukunft eine Schranke setzen wird. Man kann sich jedoch ein Bild von der Größe des Mangels in einigen der wichtigsten Industrien machen, wenn man die Beschäftigtenzahlen von November 1946 (die neuesten verfügbaren Statistiken) mit den entsprechenden Ziffern von Mitte 1939 vergleicht. Diese Methode paßt jedoch nicht für die Landwirtschaft wegen des vollkommenen Wandels in deren Lage seit 1939. Ausgehend von dem voraussichtlichen Bedarf kann man annehmen, daß Ende 1947 der Landwirtschaft 33 000 Menschen fehlen werden. Es muß darauf hingewiesen werden, daß für die anderen Industrien das Problem der Arbeitskräfte sich noch über 1947 hinaus fühlbar machen wird.

12. Unserem Vergleich liegt folgende Tabelle zugrunde:  
Gesamtzahlen der Beschäftigten in einigen Industrien  
(in Tausend)

Industrie	Mitte 1939	Nov. 1946	Ab- gang	Notwendige Erhöhung in % zur Errei- chung des Standes von 1939
Bergwerke	773	730	43	6
Stahlwerke	25	15	10	67
Ziegeleien	98	69	29	42
Gießereien	98	75	23	31
Textilien:				
Baumwolle	344	256	88	34
Wolle	210	164	46	28
Seide und Kunstseide	73	61	12	20
Kurzwaren	128	82	46	56
Bekleidung	587	462	125	27
Verschiedenes	247	193	54	28
Schuhe	165	141	24	17
Möbel	151	121	30	25
Papier	505	415	90	22
Wäschereien	212	175	37	21
Gesamt	3 616	2 959	657	22

*Ausfuhr*

13. Wir müssen gleichzeitig dem Warenmangel im Inneren abhelfen und Geld für das Ausland freibekommen. Infolge des Krieges mußten wir sehr schwere Auslandsschulden auf uns nehmen. Wir haben mindestens die Hälfte unserer Investitionen verloren ebenso wie die Zinsen aus dem Ausland, welche diese Investitionen uns einbrachten. Vor dem Krieg halfen uns diese Zinsen, unsere Importe zu bezahlen. Wir importieren mehr als die Hälfte unserer Lebensmittel und die meisten Rohstoffe, die in unserer Industrie Verwendung finden. Das einzige Mittel, unsere Schulden zu bezahlen und unsere Zinsverluste wettzumachen, ist eine Steigerung der Ausfuhr. Wir müssen auf unsere Ausfuhr rechnen, um die notwendige Einfuhr bezahlen zu können. Gegenwärtig führen wir zwar mehr Waren aus als 1938, führen jedoch nur 70 Prozent der zu dieser Zeit eingeführten Waren ein. Aber auch diese kleinere Einfuhr können wir nur mit Hilfe der Anleihen, die uns Kanada und die Vereinigten Staaten gewährt haben, bezahlen. 1946 betrug das Einfuhrdefizit etwa 27 Millionen Pfund monatlich, das heißt 328 Millionen Pfund im ganzen Jahr. Aber die amerikanischen und die kanadische Anleihe geben uns nur die Zeit, Atem zu holen; um nicht nur unsere gegenwärtige Einfuhr zu bezahlen, sondern auch alle die Einfuhren, die wir brauchen werden, müssen wir unsere Ausfuhr noch mehr steigern. Zu diesem Zweck werden wir unser Ausfuhrvolumen gegenüber der Vorkriegszeit um 75 Prozent steigern müssen, während wir bis jetzt kaum das Vorkriegsniveau erreicht haben. Deshalb müssen wir die Ausfuhrkampagne beschleunigen und viele Waren ins Ausland schicken, die wir gerne im Inland verbrauchen möchten, die uns aber nicht so unentbehrlich sind wie die, die wir im Austausch dafür beziehen.



*Preise, Gewinne und Löhne*

14. Um diese Steigerung unserer Ausfuhr zu erzielen und aufrecht zu erhalten, genügt es nicht, die geplante Produktion zu erreichen und sie vom inländischen Markt auf die Ausfuhr umzuleiten; wir müssen auch unsere Kunden behalten und neue suchen, wir müssen so produzieren, daß die Preise und die Qualität unserer Waren den Verkauf ermöglichen. Gegenwärtig herrscht in der ganzen Welt eine Warenknappheit, sie wird aber nicht andauern, und es genügt nicht einmal, daß wir unseren Platz halten. Wenn wir das Volumen unserer Ausfuhr um 75 Prozent über das Vorkriegsniveau steigern, müssen wir unseren Anteil am Weltausfuhrhandel beträchtlich erhöhen. Zu diesem Zweck müssen wir die Neuausstattung und größere Rationalisierung unserer Industrie durchführen, und die Unternehmer müssen mit der Arbeiterklasse noch mehr zusammenarbeiten, um die Produktion auf dem Höchststand zu halten. Wenn die Produktionskosten und damit die Preise sich im Verhältnis zu den Preisen auf dem Weltmarkt steigern, kann es sein, daß wir unsere Rolle im Ausland nicht weiter spielen können und nicht alle die Einfuhren kaufen können, die wir brauchen.

15. Seit 1941 hat die Regierung die Preise zahlreicher Verbrauchsgüter auf dem Binnenmarkt stabil gehalten, teilweise mit Hilfe der Preiskontrolle, teilweise durch Subventionen. Dieses Resultat konnte nur auf Kosten des Finanzministeriums erreicht werden. Die Subventionen werden für das laufende Haushaltsjahr ungefähr 400 Millionen Pfund erfordern, von denen etwa 364 Millionen in die Lebensmittelindustrie gehen.

16. Während man auf diese Weise bis zu einem gewissen Grade die Stabilität sicherstellte, haben sich die Löhne, Gehälter und Gewinne erhöht. Während des Kriegs sind in fast regelmäßigen Zeitabständen Lohnerhöhungen gewährt worden. Diese Angleichungen trugen im allgemeinen provisorischen Charakter, da es unmöglich war, den Ablauf der Ereignisse auf lange Zeit vorausszusehen. Als der Krieg zu Ende ging, bot sich eine neue Lage dar, und in einem großen Teil der Industrie war es möglich, zu Endlösungen für die Nachkriegszeit zu gelangen. Infolgedessen ist das Lohnniveau vom Juli 1945 bis zum Juli 1946 beträchtlich gestiegen. Seit Juli 1946 ist das allgemeine Lohnniveau praktisch stabil geblieben. Die Gewinne, welche als eine normale Quelle für die Finanzierung der Verbesserungen und der Neuanschaffungen betrachtet werden können, haben sich ebenso wie die Gehälter seit Kriegsbeginn ebenfalls erhöht. Ein wesentlicher Teil der Einnahmen aus allen diesen Quellen ist von der Regierung weggesteuert worden.

17. Der Übergang vom Kriegs- zum Friedenszustand ist ohne Zwischenfälle vonstatten gegangen. Es gab viel weniger Pannen als während der entsprechenden 17 Monate nach dem Waffenstillstand von 1918, als nicht weniger als 39 500 000 Arbeitstage auf Grund sozialer Konflikte verloren gingen. Die heutige, viel zufriedenstellendere Situation zeigt die Vernunft und die Sicherheit der gesamten Arbeiterklasse und beweist, daß die Verbesserung der Beziehungen zwischen Unternehmern und Arbeitern die Industrie wesentlich besser befähigt, mit den Problemen, die sie zu lösen hat, fertig zu werden.

18. Die direkten Gewinne sind beträchtlich gewesen, besonders bei bestimmten Gruppen von Arbeitern, deren Löhne vor dem Krieg verhältnismäßig niedrig waren. Die Lohnerhöhungen seit Juli 1945, nach dem Lohnstand von 1945 berechnet, betragen 250 Millionen Pfund. Die Gesamterhöhung seit Kriegsbeginn, nach dem Stand der Löhne von 1939 berechnet, beträgt 1200 Millionen Pfund jährlich. Es darf auch nicht vergessen werden, daß in zahlreichen Industriezweigen, die Gewerkschaften für ihre Mitglieder nicht nur höhere Löhne, sondern auch zahlreiche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht haben. Die Regierung und das ganze Land wünschen, diese Gewinne möchten endgültig errungen sein und eine dauernde Angleichung der Reallöhne darstellen. Wie kann dieser Wunsch in die Tat umgesetzt werden?

*Steigerung der Produktion*

19. Die erste und letzte Antwort auf diese Frage heißt Produktionssteigerung. Sie ist das einzige Mittel, mit dem wir ein dauerndes und echtes Gleichgewicht zwischen dem Volumen der Kaufkraft und der Menge der verfügbaren Waren herstellen können. Gegenwärtig gibt es zu viel Geld zum Kauf von zu wenig Waren. Eine Vermehrung des Geldumlaufes brächte keineswegs eine Vermehrung der verfügbaren Waren mit sich. Sie würde sogar im Gegenteil die Lage nur erschweren, weil, wenn es noch mehr Geld bei gleichbleibender Warenmenge gibt, die Preise früher oder später erhöht werden müssen und es dann auch niemandem besser geht als vorher. Das Volumen der Kaufkraft übersteigt schon bei weitem die Menge der zu normalen Preisen erhältlichen Waren. Die Gesamtsumme der Einkünfte aller Gesellschaftsklassen übersteigt nach Abzug der Steuern weitaus 7 Milliarden Pfund,

aber der Wert der Waren und Dienstleistungen, die den Verbrauchern zur Verfügung stehen, beträgt kaum 6 Milliarden Pfund zu den üblichen Preisen. So ist eine große Differenz zu überwinden, was nur durch eine gemeinsame Anstrengung des gesamten Landes geschehen kann, um die Produktion bei gleichbleibender Preislage zu erhöhen. Es muß im Auge behalten werden, daß eine Erhöhung der Produktion je Arbeitsstunde nicht unbedingt allein ausreicht. Notwendig ist eine Steigerung der Jahresproduktion. Bei der Erreichung dieses Zieles hat jeder seine Rolle zu spielen; die Verantwortung dafür liegt nicht allein bei der erzeugenden Industrie. Es ist ebenso notwendig, die individuelle Leistung in der zentralen und lokalen Verwaltung zu steigern, wie in den öffentlichen Diensten, dem Transportwesen, dem Einzelhandel und dem Gewerbe.

20. Die Produktionserhöhung ist der notwendigste Bestandteil bei der Durchführung der gewaltigen Aufgabe, die uns gestellt ist: Vermehrung der Ausfuhr, um die notwendige Einfuhr bezahlen zu können, und Vermehrung der Warenmenge, die für den innerenglischen Gebrauch bestimmt ist, zur Vermeidung der Inflation und zu einer wirklichen Erhöhung des Lebensstandards. Um allein das Volumen der Ausfuhr um 75 Prozent zu erhöhen, müssen wir mehr als zwei Millionen Arbeiter in der Exportindustrie beschäftigen. Wenn diese Ausfuhrsteigerung mit derselben Individualleistung wie vor dem Krieg erzielt werden soll, dann müßten noch einmal 560 000 Arbeiter der Erzeugung von Waren für den innerenglischen Markt entzogen werden. Es liegt auf der Hand, daß eine so beträchtliche Zahl der Produktion für den Inlandmarkt nicht entzogen werden kann. Die zusätzlichen Ausfuhren ebenso wie die zusätzlichen Waren für den Binnenmarkt können nur erzeugt werden durch eine Steigerung der individuellen Leistung bei einer gleichzeitigen Erhöhung des allgemeinen Produktionsniveaus.

21. Wie kann diese Produktionserhöhung durchgeführt werden? Die Industrien, welche die notwendigen Stoffe herstellen, müssen die Lieferungen erhalten, die sie brauchen; Vollbeschäftigung muß aufrecht erhalten werden, um alle Arbeitskräfte einzusetzen, die wir aufbringen können; die Kosten und Preise müssen stabil gehalten werden, wobei die Steigerung der Individualleistung den Löhnen nicht abträglich sein darf.

*Wichtige Lieferungen*

22. Wir müssen alle Anstrengungen auf die Vermehrung der Produktion in den Industrien richten, welche die notwendigen Waren für das tägliche Leben liefern. Diese Anstrengung ist nicht nur unbedingt nötig zur Erreichung des Lebensstandards, den die Vollbeschäftigung sicherstellen soll, sondern sie ist im Augenblick noch dringender zur Überwindung der Rohstoffknappheit, welche den gesamten Prozeß der Umstellung des zivilen Lebens und der Industrie hemmt. Zahlreiche Industrien, von denen die Produktion dieser Rohstoffe abhängt, haben einen ernsthaften Mangel an Arbeitskräften, und die Tatsache, daß die Vollbeschäftigung gegenwärtig durchgeführt ist, erschwert noch den Einsatz der notwendigen Arbeitskräfte. Es handelt sich hier zum großen Teil um Industrien, die in der Vergangenheit unter Krisen oder kriegsbedingten Konzentrationsmaßnahmen oder in bestimmten Fällen unter schwierigen Arbeitsbedingungen gelitten haben. Wenn andere Industrien und Dienste ihnen auf dem Arbeitsmarkt zu starke Konkurrenz machen, dann können sie nicht nur den Bedarf der Bürger unseres Landes, die ihr Lebensniveau erhöhen wollen, nicht decken, sondern sie können auch die für den ganzen Rest der Produktion unentbehrlichen Waren nicht herstellen. Der Mangel an Rohstoffen bedeutet eine dauernde Gefahr für die Arbeiter der anderen Industrien und der anderen Dienste, die befürchten müssen, ihre Beschäftigung aus Mangel an Material zu verlieren. Es ist also von ganz besonderer Bedeutung für alle Unternehmer und für alle Arbeiter, daß diese Grundindustrien ohne Verzögerung über die notwendigen Lieferungen verfügen können.

*Vollbeschäftigung*

23. Augenblicklich meldet man eine gewisse örtliche Arbeitslosigkeit, besonders in den in Entwicklung befindlichen Gebieten, aber die Regierung ergreift energische Maßnahmen zur Abhilfe. Andere Fälle von erzwungener Arbeitslosigkeit können leider im Laufe der kommenden Monate wegen des unvermeidlichen Mangels an Rohstoffen auftreten. Die Regierung wird alles tun, was in ihrer Macht steht, um diese Unterbrechungen der Produktion zu vermeiden oder auf ein Minimum zu reduzieren, aber selbst wenn Unterbrechungen aus Mangel an Rohstoffen auftreten, so ist dieser Umstand grundverschieden von der allgemeinen und langen Arbeitslosigkeit, die zwischen den beiden Kriegen auftrat und deren Grund die Unfähigkeit der Industrie war, einen Markt zu finden, wo sie ihre Erzeugnisse absetzen konnte. Wenn in der unmittelbaren Zukunft Fälle von örtlicher Arbeitslosigkeit aus Mangel an Rohstoffen auftreten, so sind sie nur vorübergehend und



werden verschwinden, sobald die Lieferung der Rohstoffe sichergestellt ist. In der ferneren Zukunft müssen wir vielleicht mit Krisen rechnen, die im Ausland entstehen und die Ansteckung der Arbeitslosigkeit auch auf unsere eigentlichen Exportindustrien ausdehnen können. Wir können uns nicht isolieren von dem, was in anderen Ländern vorgeht, aber die Regierung tut im Verlauf der gegenwärtigen internationalen Verhandlungen alles, was sie kann, um diese Gefahr auf ein Mindestmaß zu beschränken, und trifft Maßnahmen, um sie im Inneren zu bekämpfen, wenn es nötig wird. Abgesehen von diesen besonderen Gefahren ist der große Unterschied zwischen unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und derjenigen zwischen den beiden Kriegen in der Tatsache zu finden, daß, soweit man sehen kann, eine starke Nachfrage nach Industrieerzeugnissen vorliegen wird. Es scheint, daß auf viele Jahre hinaus die Industrie in ihrer Gesamtheit nicht Gefahr läuft, ihre Produktionskapazität wegen eines Nachlassens der allgemeinen Nachfrage nicht auszunutzen.

24. Daraus folgt, daß, wenn nur die Preise erschwänglich bleiben, die Furcht vor schlechtem Geschäftsgang und Arbeitslosigkeit der Vergangenheit angehört. Der schlechte Geschäftsgang und die Arbeitslosigkeit in der Zeit zwischen den beiden Kriegen haben zu einer Herabsetzung der Löhne und Preise und zu Verlusten für alle Beteiligten geführt. Im Augenblick liegt das Problem darin, die Produktion zu steigern, um die Kluft zwischen der auf den Markt gebrachten Warenmenge und der für den Kauf dieser Waren verfügbaren Kaufkraft zu überbrücken. Der Gedanke, die Produktion zu verzögern, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden, oder den Ausstoß zu beschränken, um die Löhne zu halten, muß endgültig aufgegeben werden. Im Gegenteil, die Industrie — Arbeitgeber sowohl wie Arbeitnehmer — muß bereit sein, jede Methode anzunehmen, welche die Produktion erhöht, in der Gewissheit, daß sich daraus die Gefahr der Arbeitslosigkeit nicht ergeben kann.

Wir müssen entschlossen sein, einen hohen und stabilen Beschäftigungsstand und eine gesteigerte Produktion zu erreichen. Tatsächlich wäre auch die Vollbeschäftigung selbst in Frage gestellt, wenn die Produktion nicht gesteigert würde.

#### Folgerungen

25. Die Absicht unserer gesamten Wirtschaftspolitik und das erste Ziel all unserer industriellen Aktivität ist es, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben. Die Erreichung dieses Zieles hängt von dem Ausstoß und der Leistungsfähigkeit aller Industriezweige und der wichtigen Dienste ab. In wesentlichem Ausmaß hat die Regierung die Preiskontrolle aufrecht erhalten. Sie konnte es nur um den Preis kostspieliger Subventionen, und wir können nicht versprechen, daß nicht gewisse Preiserhöhungen notwendig werden könnten, um die Belastungen zwischen Schatzamt und Steuerpflichtigen gerecht zu verteilen. Aber die Regierung wird sie unter Aufsicht behalten, damit keine irreguläre Preiserhöhung für lebenswichtige Waren und Dienste stattfindet.

26. Der Leitgedanke unserer gesamten industriellen Tätigkeit in der unmittelbaren Zukunft muß sein, die Preise der Erzeugnisse zu regulieren, den lebenswichtigen Industrien, die Mangel haben, die notwendigen Hilfsmittel zur Verfügung zu stellen und vor allem die Produktion zu steigern, bis wir das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage im ganzen erreicht haben. Eine schwere Verantwortung fällt den Unternehmern ebenso wie der Arbeiterklasse zu: beide haben eine Rolle zu spielen; sie müssen die Nation dazu bringen, daß sie sich darüber klar wird, daß das Land in einer sehr ersten wirtschaftlichen Lage ist, und sie müssen dafür sorgen, daß die Steigerung der Produktion so beträchtlich und so regelmäßig ist, daß sie uns die nötigen Waren liefert, um unsere wesentlichen Importe zu bezahlen und die dringenden Bedürfnisse der Bevölkerung im Inneren zu befriedigen.

Verteilung der Arbeitskräfte Mitte 1939 und November 1946  
(in Tausend)

Arbeitskräfte	Mitte 1939	November 1946	Zu-(+) oder Abnahme (—)
1. Gesamte arbeitsfähige Bevölkerung . . . . .	19 750	20 324	+ 574
2. Heer und Hilfsdienste . . . . .	480	1 510	
3. Lieferungen für das Heer . . . . .	1 270	474	
4. Beamte, Angestellte, Unterhaltung, Sport . . . . .	2 420	3 001	
Gesamtsumme 2, 3 und 4 . . . . .	4 170	4 985	+ 815
Noch verfügbare Arbeitsfähige . . . . .	15 580	15 339	— 241
5. Arbeitslose . . . . .	1 270	366	
6. Noch nicht eingestellte entlassene Soldaten . . . . .	—	345	
Gesamtsumme 5 und 6 . . . . .	1 270	711	— 559
Zur Befriedigung des zivilen Bedarfes und zur Steigerung des Außenhandels Beschäftigte . . . . .	14 310	14 628	+ 318

#### Das zweite Weißbuch vom 21. Februar 1947

Nach einem Bericht der *Financial Times* vom 22. Februar 1947 überraschten die Ausführungen des zweiten Weißbuches durch ihre relativ kühne Zielsetzung. Die Kohlenkrise der Januar- und Februarwochen hatte eine psychologisch günstige Atmosphäre für drastische Maßnahmen in der Wirtschaft vorbereitet. Im Gegensatz zum französischen *Monnet-Plan* legte die Regierung die Prioritäten in der Produktion selbst fest und überließ es der Industrie und den Gewerkschaften, die Einzelheiten der Planung auszuarbeiten. In Frankreich war der Plan im wesentlichen von Kreisen der Industrie und der Gewerkschaften ausgearbeitet worden, während die Regierung nur die Durchführung in die Hand nahm.

Das Einfuhrprogramm sieht 1450 Millionen Pfund für 1947 — gegenüber 1110 Millionen Pfund 1946 — vor; das sind 80 bis 85 Prozent des Einfuhrvolumens von 1938 (70 Prozent 1946). Da nicht mehr als 350 Millionen Pfund Anleihen für die Einfuhr aufgenommen werden sollen, muß die Ausfuhr 1200 Millionen Pfund erreichen, das heißt 140 Prozent der Ausfuhr von 1938, während sie 1946 nur 110 bis 115 Prozent betrug. Die Ausfuhr von Fertigwaren muß daher 165 Prozent des Standes von 1938 erlangen und die Ausfuhr von Maschinen und verschiedenen anderen Erzeugnissen sich im Vergleich zu 1938 verdoppeln.

Durch die Erhöhung der Zahl der Bergarbeiter von

695 000 auf 730 000 soll die Kohlenproduktion von 189 Millionen Tonnen (1946) auf 200 Millionen Tonnen gesteigert werden.

Vor allem die elektrische Schwerindustrie muß höhere Produktionsziffern erreichen. Auch wenn kein Kohlenmangel herrschte, könnten gegenwärtig nur 9 Millionen Kilowatt Strom erzeugt werden, das sind 1,5 Millionen Kilowatt weniger als das unbedingt notwendige Minimum. Im Winter 1947/48 wird das Defizit auf 1,6 Millionen und im darauffolgenden Winter auf 1,7 Millionen Kilowatt ansteigen, obwohl 0,8 Millionen in diesem Jahr und weitere 2,6 Millionen Kilowatt für 1948 und 1949 durch neue Anlagen gewonnen werden sollen.

Einige Verwunderung erweckte es, daß von den für die Einfuhr vorgesehenen 1450 Millionen Pfund nur 60 Millionen Pfund für die Schwerindustrie und deren Instandhaltung abgezweigt werden sollen. Der Einfuhranteil von Maschinen für Industrie, Bergbau und Landwirtschaft ist auf 24 Prozent angesetzt, für Maschinen insgesamt auf 52 Prozent, das sind nur 15 Prozent über dem an sich schon niedrigen Vorkriegsniveau.

Auf alle arbeitslenkenden Maßnahmen, sei es direkter Arbeitseinsatz, sei es Lohnpolitik, seien es Sonderzuteilungen, wird verzichtet.



# Der erste Nachkriegs-Fünfjahresplan der Sowjet-Union

Am 18. März 1946 nahm der Oberste Sowjet der Sowjet-Union das Gesetz zur Durchführung des neuen Fünfjahresplanes für die Jahre 1946 bis 1950 an. Der Vorsitzende der sowjetischen Plankommission, N. A. Wosnessenskij, erstattete dem Obersten Sowjet einen Bericht, in dem er die Bedeutung des Fünfjahresplanes für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Wirtschaft der Sowjet-Union darlegte.

Wosnessenskij erklärte: „Die Beendigung des zweiten Weltkrieges hat den Übergang in eine friedliche Periode gesichert und die Völker der Sowjet-Union vor eine neue Aufgabe gestellt: die Umgestaltung der Kriegswirtschaft auf die Friedenswirtschaft. Die Sowjet-Union betritt damit erneut die friedliche Periode der wirtschaftlichen Entwicklung.“

Der neue Fünfjahresplan ruft alle Kräfte zur Mitarbeit auf, „um den Aufschwung der Volkswirtschaft und die Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des sowjetischen Volkes zu gewährleisten“. Der Vorsitzende der Plankommission betonte, daß sich die Sowjet-Union nicht

auf die Festigung der gewonnenen Positionen beschränken könne, denn das, so erklärte er, würde zu einem Stillstand führen: „Wir müssen uns weiter vorwärts bewegen, um die Bedingungen für einen neuen mächtigen Aufschwung der Volkswirtschaft zu schaffen.“

Das Gesetz über den Fünfjahresplan für Wiedergutmachung und Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Sowjet-Union 1946 bis 1950 gliedert sich in vier Abschnitte:

- I. die Hauptaufgaben des Fünfjahresplans des Wiederaufbaus und der Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR;
- II. den Plan für eine Steigerung der Produktion und der Kapitalentwicklung;
- III. den Plan für die Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes;
- IV. den Plan der Wiederherstellung und der Entwicklung der Volkswirtschaft in den Unions-Republiken.

## Erster Teil

### Die Hauptaufgaben des Fünfjahresplans

Der erste Teil würdigt die Erfolge der Sowjet-Union im Krieg gegen Deutschland und Japan. Es wird festgestellt, daß diese Erfolge nur erzielt werden konnten, weil das ganze Land vorher für eine aktive Verteidigung vorbereitet wurde. Drei Fünfjahrespläne zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Sowjet-Union, so heißt es, wurden zur Vorbereitung dieser gewaltigen Aufgabe benötigt.

„Die Sowjet-Union schuf die materiellen Voraussetzungen, die es ermöglichten, das Land für eine aktive Verteidigung vorzubereiten, ehe es in den zweiten Weltkrieg eintrat, indem die Richtlinien der kommunistischen Partei unbeirrbar eingehalten wurden, vor allem aber durch die Hilfe der sowjetischen Politik, das Land zu industrialisieren und die Landwirtschaft zu kollektivisieren.“

Als Ergebnis der erfolgreichen Verwirklichung des Programms der kommunistischen Partei hinsichtlich der Industrialisierung des Landes und der Kollektivisierung der Landwirtschaft wurde in der Sowjet-Union eine sozialistische Ordnung aufgebaut.

Der 18. Kongreß der kommunistischen Partei der Sowjet-Union legte im Jahre 1939 die Richtlinien für eine allmähliche Überleitung vom Sozialismus zum Kommunismus fest und stellte den Völkern der Sowjet-Union das Ziel, die hauptsächlich kapitalistischen Länder wirtschaftlich zu überflügeln, nämlich in Bezug auf das Volumen der industriellen Produktion pro Kopf der Bevölkerung.“

Der erste Teil des Gesetzes beschäftigt sich dann mit den Erfolgen der ersten dreieinhalb Jahre des dritten Fünfjahresplanes von 1938 bis 1941 und mit der Verlagerung der Industrie in die östlichen Gebiete der Sowjet-Union. Im Ural, dem Wolgagebiet, Sibirien, Zentralasien und in der Kasakischen Sozialistischen Sowjet-Republik wurde die industrielle Produktion in den ersten dreieinhalb Jahren des dritten Fünfjahresplans allein um 50 Prozent gesteigert.

Weiter schildert der erste Teil des Gesetzes die Anpassung der Wirtschaft der Sowjet-Union an die Kriegsnotwendigkeiten. Die Anstrengungen und Leistungen der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen während des Krieges werden mit den Erfolgen der Roten Armee auf die gleiche Stufe gestellt.

Das Gesetz hat im weiteren folgenden Wortlaut:

Der Oberste Sowjet der UdSSR erklärt, daß die Hauptziele des Fünfjahresplanes für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Sowjet-Union von 1946 bis 1950 sind:

Wiederaufbau der verwüsteten Gebiete des Landes, Wiedererreichung des Vorkriegsstandes in Industrie und Landwirtschaft und danach beträchtliche Überschreitung dieses Standes.

Zu diesem Zweck ist es nötig:

1. der Wiederherstellung und Entwicklung der Schwerindustrie und des Eisenbahntransportwesens eine Vorzugsbehandlung einzuräumen, ohne die eine schnelle und wirksame Erholung und Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der UdSSR unmöglich wären;

2. die Landwirtschaft und die Verbrauchsgüterindustrie zu fördern, um den materiellen Wohlstand des Volkes der Sowjet-Union zu heben und eine Fülle der wichtigsten Waren auf dem Gebiet der Verbrauchsgüter in dem Lande sicherzustellen;

3. den technischen Fortschritt auf allen Gebieten der Volkswirtschaft der UdSSR zu fördern als Voraussetzung für eine machtvolle Produktionssteigerung und ein Ansteigen der Produktivität der Arbeitskraft, welche in naher Zukunft die wissenschaftlichen Fortschritte außerhalb der UdSSR nicht nur einholt, sondern sogar übertrifft;

4. den Nachkriegs-Wiederaufbau der Volkswirtschaft im Jahre 1946 zu vollenden und die Produktionskraft der Rüstungsindustrie einzusetzen, um die wirtschaftliche Macht der Sowjet-Union zu erhöhen;

5. die Verteidigungskraft der UdSSR weiter zu erhöhen und die Streitkräfte mit modernen Waffen auszurüsten;

6. einen hohen Stand von Kapitalansammlung zu erreichen; zu diesem Zweck werden die zentralisierten Kapitalinvestitionen zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR in Fünfjahresfrist auf 250 300 Millionen Rubel festgesetzt und wiederaufgebaute und neue Unternehmen im Gesamtwert von 234 000 Millionen Rubel (nach dem geschätzten Preisniveau von 1945) in Tätigkeit gesetzt; weiterhin ist das Baugewerbe aufs äußerste zu entwickeln und dabei auf die Einführung moderner Baumaschinen und die Mechanisierung des Bauprozesses besonderer Wert zu legen, ebenso auf die Schaffung einer industriellen Grundlage für die Produktion von Baumaschinen;

7. Wiederaufbau und Neubau in Städten und Dörfern zu lenken und den Wohnungsvorrat des Landes bis an die Grenzen der Möglichkeiten zu steigern; Massenproduktion vorgefertigter Häuser aufzunehmen und Arbeitern, Bauern und Intellektuellen staatliche Hilfe beim Bau von Eigenheimen zu gewähren;

8. das Vorkriegsvolumen des Nationaleinkommens und des nationalen Verbrauchs zu übertreffen; zu diesem Zweck muß die Lebensmittelindustrie so weit wie irgend möglich ausgedehnt, Verbrauchsgüter in großem Maße hergestellt, die Einkommen der



Kollektivbauern erhöht und der Warenaustausch erweitert werden; außerdem muß das Rationierungssystem in naher Zukunft abgeschafft und durch ein weitverzweigtes und wirksames System des Sowjethandels ersetzt werden;

9. einen ständigen Stab von Industrie- und Transportarbeitern sicherzustellen durch eine Verbesserung der Arbeitsorganisation und durch die Schaffung besserer materieller Lebensbedingungen; außerdem muß eine ständige Steigerung der Zahl hochqualifizierten technischen Personals sichergestellt werden;

10. die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, indem das Höchste aus dem Arbeitstag von 8 Stunden herausgeholt wird, indem die Industriezweige, welche schwere Arbeit verlangen, vollkommen mechanisiert werden, die Elektrifizierung der Volkswirtschaft erweitert und der Produktionsprozeß intensiviert wird;

11. das System von Volks- und höheren Schulen und Einrichtungen der höheren Bildung wiederaufzubauen und zu erweitern und die Ausbildung des Nachwuchses für die Industrie durch eine Ausdehnung des Ausbildungssystems der Arbeitsreserven und durch Weiterbildung neuer Arbeiter zu verbessern;

12. das öffentliche Gesundheitswesen zu verbessern und neue Fortschritte in Sowjetkultur und -kunst zu erzielen;

13. die staatlichen Materialreserven und Vorräte der Volkswirtschaft zu steigern, um saisonbedingtes Abgleiten der Produktion auszuschalten und durch äußere Einflüsse bedingte Schwierigkeiten von der Industrie abzuwenden;

14. die Währung zu festigen und Kreditsinrichtungen für die Volkswirtschaft zu verbessern; die Bedeutung der Gewinne und der Rechnungsführung als zusätzliche Anregung für die Produktion zu fördern; die Rentabilität aller Industriezweige durch eine Senkung der Produktionskosten zu erhöhen, die Geschäftsorganisationen dazu zu bringen, daß sie auf die Mobilisierung ihrer inneren Hilfsmittel größeren Wert legen, äußerste Sparsamkeit

üben und entschlossen Verluste ausschalten, die durch schlechte Führung und unproduktive Ausgaben entstehen; das Verhältnis der Prämien für die Erfüllung und Überschreitung von Produktionsprogrammen bei den Löhnen der Arbeiter und Büroangestellten zu erhöhen;

15. die wirtschaftliche Initiative der Unions-Republiken bei dem Wiederaufbau und der Entwicklung ihrer produktiven Kräfte auf das äußerste zu steigern; die Wirtschaft dieser Republiken innerhalb des allgemeinen System der Volkswirtschaft der UdSSR aufs äußerste zu stärken und auszuweiten; die allseitige Entwicklung der Wirtschaft der Republiken, der örtlichen Industrie und der Erzeugergenossenschaften sicherzustellen, vor allem mit Hinblick auf eine Erhöhung der Produktion von Lebensmitteln und Verbrauchsgütern, auf die Verwendung örtlicher Brennstoffquellen, auf die Erzeugung von Walzstahl und Guß für örtliche Zwecke, auf die Erzeugung von Baumaterial und Bauholz, Metallwaren und Ausrüstung für die Industrie der Republiken; Verbrauchsgüter, die von den örtlichen Industrien und den Genossenschaften erzeugt wurden, müssen der betreffenden Unions-Republik restlos zur Verfügung stehen, wobei es ins Ermessen des Ministerrats der betreffenden Republik gestellt ist zu entscheiden, welcher Teil dieser Güter für den Verbrauch innerhalb der Republik zurückgehalten werden und welcher Teil zum Warenaustausch mit anderen Republiken auf der Grundlage der allgemeinen staatlichen Regelung der Marktpreise verwandt werden soll.

Im Hinblick auf diese Ziele beschließt der Oberste Sowjet der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken:

den Fünfjahresplan für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Sowjet-Union von 1946 bis 1950 zu billigen, wie er von der Staatlichen Planungskommission der UdSSR entworfen und von der Regierung der UdSSR angenommen worden ist, und die folgenden Anweisungen für diese Zeitspanne festzulegen.

## Zweiter Teil

### Der Plan für eine Steigerung der Produktion und der Kapitalentwicklung

#### Industrie

1. Das Gesamtvolumen der Produktion der sowjetischen Gesamtindustrie im Jahre 1950, das heißt dem letzten Jahr des Fünfjahresplans für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Sowjet-Union, wird mit 205 000 Millionen Rubel (nach dem Preisniveau von 1926/27) festgelegt gegenüber 138 500 Millionen Rubel im Jahr 1940, was eine Steigerung des Industrierausstoßes um 48 Prozent gegenüber dem Vorkriegsjahr 1940 bedeutet.

2. Der Ausstoß der wichtigsten Industriezweige soll im Jahre 1950 die folgenden Mengen erreichen:

Eisen und Stahl		
Eisen (Tonnen)	.	19 500 000
Stahl (Tonnen)	.	25 400 000
Walzwaren (Tonnen)	.	17 800 000

Brennstoffe und Kraft		
Kohlen (Tonnen)	.	250 000 000
Erdöl (Tonnen)	.	35 400 000
Kohlen- und Erdgas (cbm)	.	1 900 000 000
Naturgas (cbm)	.	8 400 000 000
Elektrische Kraft (kWh)	.	82 000 000 000

Rollendes Material		
Dampf-Lokomotiven für weite Entfernungen	.	2 200
Diesel-Lokomotiven für weite Entfernungen	.	300
Elektrische Lokomotiven für weite Entfernungen	.	220
Güterwagen (auf Zweiachser berechnet)	.	146 000
Personenwagen	.	2 600

Motorfahrzeuge		
Lastwagen	.	428 000
Personenwagen	.	65 600
Omnibusse	.	6 400

Werkseinrichtungen		
Einrichtungen für Eisen- und Stahlwerke (Tonnen)	.	102 900
Dampfturbinen (kW)	.	2 906 000
Große Wasserturbinen (kW)	.	372 000
Mittlere Wasserturbinen (kW)	.	150 000
Kleine Wasserturbinen (kW)	.	500 000

Elektromotoren über 100 kW	.	9 000
Elektromotoren bis 100 kW	.	624 000
Metallverarbeitende Maschinen	.	74 000
Spinnmaschinen (Spindeln)	.	1 400 000
Webstühle	.	25 000

Landwirtschaftliche Maschinen		
Traktoren	.	112 000
Motorpflüge	.	110 000
Motoreggen	.	82 300
Motorsämaschinen	.	83 300
Dreschmaschinen	.	18 300

Chemische und mineralische Düngemittel		
Kaustische Soda (Tonnen)	.	390 000
Kalzinerte Soda (Tonnen)	.	800 000
Mineralische Düngemittel — Superphosphate, Nitrate und Kali (Tonnen)	.	5 100 000
Synthetische Düngemittel (Tonnen)	.	43 000

Bauholz und Baustoffe		
Geschlagenes Bauholz. (cbm)	.	280 000 000
Schneitholz (cbm)	.	39 000 000
Zement (Tonnen)	.	10 500 000
Schiefer (Stück)	.	410 000 000
Fensterglas (qm)	.	80 000 000

Textilien und Waren der Leichtindustrie		
Baumwollstoffe (Meter)	.	4 686 000 000
Wollstoffe (Meter)	.	159 400 000
Lederschuhwerk (Paar)	.	240 000 000
Gummischuhwerk (Paar)	.	88 600 000
Strümpfe und Socken (Paar)	.	580 000 000

Lebensmittel (in Tonnen)		
Fleisch	.	1 300 000
Butter	.	275 000
Pflanzenöl	.	880 000
Fisch	.	2 200 000
Zucker	.	2 400 000
Mehl	.	19 000 000
Alkohol (Dekaliter)	.	100 800 000
Seife	.	870 000



3. In Übereinstimmung mit dem Plan für die Produktionssteigerung wird das gesamte Bauprogramm für die Industrie der Sowjet-Union von 1946 bis 1950 auf 157 500 Millionen Rubel (nach den für 1945 geschätzten Preisen) festgelegt.

4. Eisen und Stahl. Angesichts der Tatsache, daß die Entwicklung dieser Industrie in beträchtlichem Ausmaß den Wiederaufbau und die Entwicklung der gesamten Wirtschaft der Sowjet-Union bestimmt, wird der Vorkriegsstand im Schmelzen von Eisen und Stahl und in der Erzeugung von Walzwaren im Jahre 1950 um 35 Prozent überschritten. Die Förderung von Eisenerz wird im Jahre 1950 auf 40 Millionen Tonnen gesteigert, die Erzeugung von Koks auf 30 Millionen Tonnen, von Rohziegeln auf 2 780 000 Tonnen und von lasierten Ziegeln auf 980 000 Tonnen. Die Erzeugung von Schienen aus Stahl wird wiederaufgebaut und auf einen Ausstoß von 1 350 000 Tonnen im Jahre 1950 gebracht. Die Herstellung von Eisenröhren wird auf 1 500 000 Tonnen im Jahre 1950 gesteigert.

In dem erwähnten Zeitraum von 5 Jahren werden 45 Hochöfen mit einer Gesamtproduktion von 12,8 Millionen Tonnen, 165 Siemens-Martin-Öfen, 15 Bessemerbirnen und 90 elektrische Hochöfen mit einer Gesamtproduktion von 16,2 Millionen Tonnen Stahl, 104 Walzwerke mit einem Gesamtausstoß von 11,7 Millionen Tonnen und 63 Koksbatterien mit einem Gesamtausstoß von 19,1 Millionen Tonnen wiederaufgebaut oder neugebaut und in Betrieb genommen. Neue Erzbergwerke mit einer Jahresförderung von 35,4 Millionen Tonnen sollen eröffnet werden.

Die Eisen- und Stahlindustrie des Südens soll ihre Vorkriegsproduktionshöhe an Eisen, Stahl, Walzwaren, Koks und Eisenerz wieder erreichen. Die Eisen- und Stahlwerke im Süden der Sowjet-Union, einschließlich 17 größerer Werke, werden wiederaufgebaut. 7 Werke zum Walzen und Gießen von Röhren werden wieder in stand gesetzt.

Die großzügige Entwicklung der Eisen- und Stahlzentren des Urals, Sibiriens und des Fernen Ostens wird fortgesetzt. Der Ausbau der Eisen- und Stahlwerke in Nischnij-Tagil und Tscheljabinsk wird in der Hauptsache vollendet. Der Bau von 4 Eisen- und Stahlwerken im Ural und Sibirien wird fortgesetzt. Ein neues Werk zur Herstellung von elektrischem Stahl wird gebaut, um die benötigten Mengen von Umformer- und Dynamostahl zu liefern. Ein Eisen- und Stahlwerk wird in der Georgischen Sowjet-Republik gebaut und ein Werk zum Walzen von Röhren in der Aserbeidschischen Sowjetrepublik. Der Bau neuer Eisen- und Stahlwerke in der Kasakischen Sowjetrepublik und im Gebiet von Leningrad wird aufgenommen.

Der Ferne Osten, Sibirien und der Transkaukasus werden ihre eigenen Quellen zur Lieferung von Eisenerz schaffen. Das Eisenerzfeld von Kriwoj-Rog, die Erzbergwerke von Kamyschburun, die Erzbergwerke von Lipezk und Tula und die Manganbergwerke von Tschiaturi und Nikopol werden wiederaufgebaut und weiter entwickelt. Die Förderung von Eisenerz im Hochland von Schoria wird um 2 Millionen Tonnen gesteigert, und Erzbergwerke im Bezirk der magnetischen Abweichung von Kursk werden eröffnet. Lange Transportwege der Rohstoffe für die Eisen- und Stahlindustrie müssen verkürzt werden, insbesondere der Transport von Eisenerz aus dem Ural zum Kusnezsk-Becken.

Die geologische Forschung wird erweitert, vor allem in den Ostgebieten der Union, um die abbauwerten Reserven an Eisenerz und anderen Rohstoffen für die bestehenden und geplanten Eisen- und Stahlwerke zu erhöhen. Abbauwerte Fundstellen von Eisenerzen in Höhe von 1 680 000 000 Tonnen, von denen 100 Millionen sich in Westsibirien befinden, und Manganvorkommen in Höhe von 110 000 000 Tonnen müssen erforscht werden. Industriereserven müssen geschaffen werden für den Bau neuer Eisen- und Stahlwerke im Nordural, in Sibirien, der Kasakischen Sowjetrepublik und im Gebiet der magnetischen Abweichung von Kursk.

Die Herstellung dünner kaltgewalzter Eisenbleche muß im Süden wieder aufgebaut und im Osten ausgedehnt werden; die Herstellung von Schwarzblech muß organisiert und die Herstellung von Weißblech erweitert werden. Die Herstellung von bestimmten Stahlsorten, niedrigen Stahlegierungen, Präzisionslegierungen und Umformer- und Dynamostahl mit geringen magnetischen Verlusten muß insgesamt entwickelt werden. Die Produktion von hochlegiertem Stahl zur Herstellung hoher Temperaturen und von Druckkesseln und Turbinen wird gesteigert.

Arbeitsreiche Vorgänge bei dem Betrieb von Hochöfen, Siemens-Martin-Öfen und Walzanlagen werden weiter mechanisiert, besonders beim Wiederaufbau der Eisen- und Stahlwerke im Süden. Moderne Krane für das Erz werden in Betrieb genommen, ebenso für die Kohlen- und Kokshöfe der Eisen- und Stahlwerke, der Kokereien und chemischen Werke; Kippwagen werden für die Transportanlagen in Fabriken und Bergwerken bereitgestellt. Warmbearbeitung der Barren wird weithin entwickelt. Eisen- und Stahlwerke werden mit Meß- und Kontrollinstrumenten und Ein-

richtungen für automatischen Betrieb ausgerüstet. Die Verwendung von sauerstoffreichen Gebläsen für Hoch- und Schmelzöfen wird auf industrieller Basis eingeführt.

Die Aufbereitung minderwertiger Erze wird entwickelt, die Herstellung von Konzentraten gesteigert und die Bereitstellung von Rohstoffen verbessert, um Chargen von regelmäßiger Zusammensetzung zu erhalten. Die Schrottsortieranlagen und Abteilungen der Eisen- und Stahlwerke zum Zerkleinern von Roheisen werden mit Maschinen ausgestattet, und eine Anzahl neuer mechanisierter Werke zur Schrottverarbeitung werden gebaut. Das Netzwerk von Gasleitungen von den Koksöfen zur Verwendung in der Industrie wird erweitert.

5. Industrie der Nichteisenmetalle. Eine hochgradige Steigerung in der Produktion von Nichteisen- und seltenen Metallen wird erreicht durch eine Verbesserung der Arbeit der bestehenden Werke, den Bau neuer Bergwerke und Fabriken, den Wiederaufbau von Unternehmen in den früher besetzten Gebieten und die Einführung moderner Methoden. In dem Zeitraum von fünf Jahren soll die Förderung von Kupfer um das 1,6fache gesteigert, die von Aluminium verdoppelt, die von Magnesium 2,7fach, von Nickel 1,9fach, von Blei 2,6fach, von Zink 2,5fach, von Wolframkonzentraten 4,4fach, von Molybdän-Konzentraten 2,1fach und von Zinn 2,7fach erhöht werden. Die Produktion gewalzter Nichteisenmetalle wird erweitert. Die Lieferung von Erz für die Industrie der Nichteisenmetalle wird erweitert und verbessert und die gegenwärtige Knappheit bei der Lieferung von Rohstoffen für die Bleiindustrie abgestellt.

In dem Zeitraum von fünf Jahren wird die Kapazität der Bergwerke, Aufbereitungswerke und Kupferraffinerien gesteigert. Die erste Abteilung eines Kupferverarbeitungswerks in der Kasakischen Sowjetrepublik wird vollendet und die erste Abteilung einer neuen Kupferraffinerie im Südrural errichtet. Ein neues Elektrolyt-Kupferwerk wird gebaut und in Betrieb genommen. Die Kapazität der Aluminiumbergwerke und -fabriken wird gesteigert. Bauxitgruben, zwei Aluminiumwerke und ein Tonerdewerk werden wiederhergestellt, zwei neue Aluminiumfabriken gebaut und in Betrieb genommen und die Kapazität der Aluminiumfabriken im Nordural und dem Kusnezsk-Becken gesteigert. Der erste Teil der Tonerdefabrik in der Aserbeidschischen Sowjetrepublik soll zur Inbetriebnahme fertiggestellt werden.

Die Nickelproduktion durch Elektrolyse wird in zwei Nickelwerken gesteigert. Ein neues Nickelwerk wird in Betrieb genommen, die vorhandenen Zinkwerke vergrößert, zwei Zinkwerke im Süden der Sowjet-Union wiederaufgebaut und ein neues Zinkwerk und ein neues Bleiwerk errichtet. Das Wolfram- und Molybdänwerk im Nordkaukasus wird wiederaufgebaut und erweitert und der Bau von Werken weitergeführt, welche Rohstoffe aus den erforschten Wolfram- und Molybdänvorkommen in Zentralasien und Ostsibirien verarbeiten.

Die ersten Abteilungen dreier neuer Werke für die Herstellung gewalzter Nichteisenmetallwaren werden gebaut und in Betrieb genommen. Das Elektrodenwerk in der Ukrainischen Sowjetrepublik wird wiederaufgebaut und erweitert und ein neues Elektrodenwerk im Nordkaukasus gebaut. Zwei neue Werke werden gebaut zur Produktion von hochgradigen Hartlegierungen. Die industrielle Verarbeitung neuer Rohstoffe — Nephelin und Alunit — für die Herstellung von Tonerde wird eingeführt. Die Vorräte an Kupfer-, Blei-, Bauxit-, Nickel-, Wolfram- und Molybdänerzen werden vergrößert. Die örtlichen Quellen für das Rohmaterial der Aluminiumwerke im Süden und in Sibirien sollen erforscht und Maßnahmen zur Ausbeutung ergriffen werden. Ausführliche Planung zur Erschließung neuer Vorkommen von Aluminium, Nickel, Wolfram, Molybdän, Gold und neuen seltenen Metallen soll in Angriff genommen werden mit dem Ziel der Eröffnung neuer Bergwerke und Fabriken.

Die restlose Verwertung aller Mineralien, die in Nichteisenerzen enthalten sind, einschließlich Schwefelbestandteilen, wird sichergestellt durch die Anwendung verbesserter Verarbeitungsmethoden und durch die Zusammenlegung der Erzeugung von Nichteisenmetallen mit der Herstellung von Chemikalien. Alle viel Arbeit erfordernden Verfahren bei der Gewinnung und Raffinierung von Nichteisenerzen sollen mechanisiert und die Kontrolle und Überwachung technischer Prozesse in Aufbereitungswerken und Raffinerien eingeführt werden. Die Herstellung metallischen Magnesiums nach dem Elektrowärmeverfahren soll für die Industrie eingeführt werden.

6. Kohle: Eine schnelle Ausdehnung der Kohlenförderung soll durchgeführt werden, um sie im Jahre 1950 auf 151 Prozent des Vorkriegsstandes zu bringen. Der Ausstoß von Kohle zur Verkokung (in den Vorkommen von Donez, Kusnezsk, Karaganda, Kisel, Petschora, Tkvarcheli und Tkibuli) soll auf 57 700 000 Tonnen gesteigert werden, so daß dadurch alle Anforderungen der Industrie befriedigt werden können. Der Vorkriegsstand der För-



derung soll im Donezbecken wiederhergestellt und im Jahre 1950 übertroffen werden durch Erreichung eines Gesamtausstoßes von 88 Millionen Tonnen.

Neue Kohlenfelder und -gebiete sollen erschlossen werden in Bureja im Chabarowsk-Gebiet, in Ekibastuz in der Kasakischen Sowjetrepublik, in Kurgas in der Baschkirischen Sowjetrepublik und in Usen in der Kirgisischen Sowjetrepublik, und die Kohlenförderung in allen Gegenden des Landes, die Vorkommen haben, soll aufs äußerste gesteigert werden, um örtliche Brennstoffe an die Stelle der Lieferungen von auswärts treten zu lassen.

Kohlenbergwerke mit einer Gesamtkapazität von 183 Millionen Tonnen sollen in der Zeit zwischen 1946 und 1950 in Betrieb genommen werden. Der Wiederaufbau der Bergwerke im Donez-Becken soll bis 1949 vollendet sein; zu diesem Zweck werden 182 große Gruben mit einer Gesamtkapazität von 67,7 Millionen Tonnen wiederhergestellt und 60 neue Gruben mit einer Gesamtkapazität von 14,1 Millionen Tonnen in Betrieb genommen. Beim Wiederaufbau und Bau neuer Kohlenbergwerke werden diejenigen bevorzugt, die Kohle zur Verkokung fördern.

In den fünf Jahren zwischen 1946 und 1950 sollen die folgenden neuen Gruben angelegt und in Betrieb genommen werden: im Gebiet der Moskauer Kohlenfelder 66 Gruben mit einer Gesamtkapazität von 18,8 Millionen Tonnen; im Kusnez-Becken 30 Gruben mit einer Gesamtkapazität von 18 Millionen Tonnen; in Karaganda 17 Gruben und Förderstellen für den Tagbau mit einer Gesamtkapazität von 6,5 Millionen Tonnen; im Ural 49 Gruben und Förderstellen für den Tagbau mit einer Gesamtkapazität von 19 Millionen Tonnen; in Zentralasien 9 Gruben mit einer Gesamtkapazität von 3,2 Millionen Tonnen.

Das Petschora-Kohlenfeld, eine neue Quelle zur Belieferung des Nordteils der europäischen Sowjet-Union und Leningrads, soll im größeren Umfang ausgebeutet werden. In diesem Gebiet sollen neue Gruben mit einer Gesamtkapazität von 7,7 Millionen Tonnen in Betrieb genommen werden. Westlich des Dnjepr und in den Westgebieten der Ukraine soll eine Kohlenindustrie aufgebaut werden, in der 13 Gruben und Förderstellen für den Tagbau mit einer Gesamtkapazität von 9,7 Millionen Tonnen in Betrieb genommen werden. Im Kaukasus sollen 10 neue Gruben mit einer Gesamtkapazität von 3,2 Millionen Tonnen in Betrieb genommen und im Fernen Osten 8 Gruben mit einer Gesamtkapazität von 1,25 Millionen Tonnen angelegt werden.

Der Bau von Gruben in dem erwähnten Ausmaß wird sichergestellt durch die weitgehende Anwendung moderner industrieller Methoden beim Bau der Bergwerke und durch den Bau von Wohnungen und die Anlage öffentlicher Einrichtungen in den Bergwerkgebieten unter beträchtlicher Verkürzung der Bauzeiten.

Um das dargestellte Programm einer gesteigerten Kohlenförderung und einer Entwicklung der Kohlengruben durchzuführen und um die Produktivität der Arbeiter zu erhöhen, wird eine weitgehende Mechanisierung arbeitsreicher Prozesse bei der Kohlenförderung, besonders beim Abtransport von Kohle und Schlamm, eingeführt. Die Zahl der bei der Kohlenförderung verwendeten Maschinen wird infolgedessen verdreifacht oder vervierfacht gegenüber der Vorkriegszeit. Die Herstellung von Maschinen zur Kohlenförderung soll in den östlichen und westlichen Teilen der Sowjet-Union ausgedehnt werden. Im Laufe der fünf Jahre sollen 13 neue Maschinenfabriken gebaut und in Betrieb genommen und 16 Fabriken zur Herstellung von Bergwerksmaschinen wiederaufgebaut werden. Metallene und Eisenbeton-Stützen sollen in den Kohlengruben ausgiebig an Stelle von Holzstützen verwandt werden.

Eine der Hauptaufgaben der Kohlenindustrie ist, die Qualität der Kohle beträchtlich zu steigern durch Aufbereitung, durch Siebung und die Herstellung von Briketts. Großzügige, technisch modern mechanisierte Werke sollen für die Aufbereitung, das Durchsieben und die Briketherstellung errichtet werden. 1950 soll alle zur Verkokung bestimmte Kohle, die aufbereitet werden muß (mit mehr als 7 Prozent Aschengehalt), und alle Kohle für die Kraftgewinnung, die aufbereitet werden muß (mit mehr als 10 Prozent Aschengehalt), mechanisch behandelt werden. Die Aufbereitung von Braunkohle soll weitgehend durchgeführt werden. Übereinstimmend damit soll die mechanisierte Aufbereitung von Kohle 1950 auf 150 Millionen Tonnen gesteigert werden, wobei sie 53 Millionen Tonnen Kohle zur Verkokung und 97 Millionen Tonnen Kohle zur Krafterzeugung umfaßt. Kohle zur Kraftgewinnung wird durchgesiebt. Die Produktion von Kohlenbriketts wird in großem Maße organisiert und der Ausstoß bis 1950 auf 7,4 Millionen Tonnen gebracht.

Für die Durchführung des Programms der mechanischen Aufbereitung und der Briketherstellung in den Jahren von 1946 bis 1950 werden 271 Werke zur Aufbereitung von Kohle mit einer jährlichen Gesamtkapazität von 175 Millionen Tonnen errichtet und 6 Werke mit einer Gesamtkapazität von 9 Millionen Tonnen

wiederaufgebaut; 26 Werke für die Briketherstellung mit einer jährlichen Kapazität von 10 Millionen Tonnen werden gebaut; die Herstellung von Ausrüstungsgegenständen für die Aufbereitung wird organisiert und dafür zwei neue Maschinenfabriken gebaut, eine im Kusnez-Becken und eine im Donez-Becken.

Alle neu gebauten Gruben müssen Anlagen zur Aufbereitung und Durchsiebung haben, die entweder für Einzelgruben oder für Gruppen von Gruben zur Verfügung stehen. Wiederaufbau und Bau der Aufbereitungsabteilungen in Kokswerken und chemischen Fabriken im Süden müssen beschleunigt und neue Aufbereitungsanlagen in Eisen- und Stahlwerken gebaut werden.

Während der fünf Jahre werden 765 Stellen erforscht im Hinblick auf den Bau neuer Gruben und Förderstellen für den Tagbau mit einer Gesamtjahresförderung von 361 Millionen Tonnen Kohle. Darin sind enthalten 131 Förderstellen im Ural, 135 im Gebiet von Moskau, 60 im Gebiet von Karaganda, 60 im Kusnez- und 140 im Donez-Becken. Neue Bezirke und Vorkommen von Kohle zur Verkokung werden im Ural, im Donez-, Kusnez-, Karaganda- und Petschora-Gebiet untersucht und erforscht.

**7. Torfgewinnung:** Die Torfgewinnung wird im Jahre 1950 auf 44,3 Millionen Tonnen, also um 39 Prozent über den Vorkriegsstand gesteigert; besonders in den zentralen und westlichen Gebieten ist eine starke Erhöhung geplant.

Arbeitsreiche Prozesse bei der Gewinnung, dem Stechen und Trocknen von Torf und bei der Vorbereitung, dem Laden und Entladen sollen mechanisiert werden. Die stärker mechanisierten Methoden der Gewinnung sollen entwickelt und die Verwendung von Schmalspurgleisen verstärkt werden.

Bis 1950 wird der Ausstoß von Torfbriketts auf 1,2 Millionen Tonnen gesteigert. Die Torfgewinnung während des ganzen Jahres soll organisiert und zu diesem Zweck sollen Werke zur künstlichen Trocknung von Torf gebaut werden.

Forschungsarbeit auf dem Gebiet der Mechanisierung der Torfgewinnung und der technischen und chemischen Verarbeitung von Torf soll weitgehend aufgenommen werden.

**8. Gaserzeugung:** Ein neuer Industriezweig wird im großen Maße entwickelt zur Ausnutzung von Naturgas und der Bearbeitung von Kohle, Torf und Schiefer. Bis zum Jahre 1950 soll die Gasgewinnung aus Kohle und Schiefer auf 1900 Millionen Kubikmeter und die Herstellung von Naturgas auf 8400 Millionen Kubikmeter gesteigert werden. Die Arbeit an der Gasgewinnung aus Kohle unter der Erde soll fortgesetzt werden, um auf diese Weise 1950 jährlich 920 Millionen Kubikmeter zu erhalten. Außerdem sollen Werke zur Gewinnung flüssigen Brennstoffs aus Kohle und Schiefer eröffnet werden. Im Jahre 1950 sollen 900 000 Tonnen flüssiger Brennstoff aus Kohle und Schiefer gewonnen werden.

Schieferbergwerke mit einer Kapazität von 9,4 Millionen Tonnen in der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik und von 3 Millionen Tonnen im Gebiet von Leningrad sollen wiederhergestellt oder neu gebaut werden, um die Gewinnung von Gas aus Schiefer zu ermöglichen. Zwei Werke für die Hydrierung von Kohle und eines für die Herstellung von synthetischem Benzin sollen gebaut werden. In den nächsten fünf Jahren werden Werke zur Herstellung von Schiefergas und zur Verarbeitung von Schiefer in der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik und im Gebiet von Leningrad gebaut und in Betrieb genommen. Weiterhin sollen vier neue Gaswerke gebaut, Gasleitungen von Dschawach nach Kiew und von Kohtla-Järva nach Leningrad gelegt und in Betrieb genommen und die Gasleitung von Saratow nach Moskau vollendet werden.

**9. Petroleum:** Dieser Industriezweig muß schnell wiederhergestellt und weiter entwickelt werden, so daß der Vorkriegsstand der Gewinnung und Raffinierung im Jahre 1949 erreicht und 1950 überschritten wird. Die größte Entwicklung der Petroleumgewinnung und -raffinierung soll in den Ostgebieten durchgeführt werden — im Ural, in der Baschkirischen Sozialistischen Sowjetrepublik, im Wolga-Becken, auf der Insel Sachalin, in der Turkmenischen Sozialistischen Sowjetrepublik, in der Usbekischen Sozialistischen Sowjetrepublik, in der Kasakischen Sozialistischen Sowjetrepublik und in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik. Der Anteil der Ostgebiete an der Gesamtölgewinnung der UdSSR muß beträchtlich erhöht werden. Es wird Vorsorge getroffen für den schnellen Aufbau der Ölindustrie im Kaukasus — in Baku, Grosnyj und Krasnodar.

Geologische Forschung und vorbereitende Arbeit an neuen Ölfeldern müssen in Angriff genommen werden, um die erwähnte Steigerung zu erreichen und um im Jahre 1950 die Erforschung abbaufähiger Fundstellen, die für mindestens zwei bis drei Jahre ausreichen, vollendet zu haben. Es wird Vorsorge getroffen für größere Probebohrungen und für einen höheren Anteil dieser Bohrungen an den durchgeführten Gesamtbohrungen.



Verfahren, welche die Anlegung der Bohrlöcher und die Bohrung beschleunigen, sollen weitgehend angewandt werden, tiefe Bohrstellen, welche Pumpen brauchen, werden mit verbesserten Geräten ausgestattet, und Methoden zur Anwendung einer zweiten Ausnutzung sollen eingeführt werden. Bei der Gewinnung, dem Sammeln und der Weiterleitung des Öls sollen hermetische Geräte Anwendung finden.

Die Herstellung von Fliegerbenzin mit hohem Oktangehalt wird weiter entwickelt und die Qualität des Öls für Motoren, des Rohöls für Traktoren, des Dieselöls und Schmieröls soll gesteigert werden. Die Menge der aus Petroleum gewonnenen Ölprodukte muß erhöht werden durch Herabsetzung der Verluste und Einführung des katalytischen und anderer moderner Verfahren zur Herstellung von Petroleum und industriellm Öl.

In den nächsten fünf Jahren werden vier Ölraffinerien und 16 Anlagen zur Raffinierung von Öl gebaut. Drei Ölraffinerien werden wiederaufgebaut, um den landwirtschaftlichen und industriellen Gebieten des Südens Ölprodukte zu liefern. Neue Ölleitungen werden gebaut. Die Herstellung von Gasruß und Lampenruß soll ausgedehnt und durch Erweiterung der Fabriken zu einer groß angelegten Industrie ausgebaut werden.

Die Produktion von Ulmaschinen, Ausrüstung und Meßinstrumenten soll wiederaufgebaut und stark erweitert werden, um die Bedürfnisse der Ölindustrie voll befriedigen zu können.

10. **Elektrische Kraft:** Wiederaufbau und Neubau von Kraftwerken müssen so schnell durchgeführt werden, daß die Steigerung der Kraftezeugungskapazität dem Wiederaufbau und der Entwicklung anderer Industriezweige vorausseilt. Die Stromnetze sollen genügend Reservekapazität haben, um eine ausreichende Belieferung mit elektrischer Kraft sicherzustellen und die Kraftwerke vor der Notwendigkeit zu bewahren, mit niedrigen Frequenzen arbeiten zu müssen. Die Erzeugung von elektrischer Kraft für das Jahr 1950 wird auf 170 Prozent der Zahl von 1940 festgesetzt.

Die Kraftwerke in den früher besetzten Gebieten sollen völlig wiederhergestellt und die Gesamtkapazität der Kraftwerke der UdSSR um 11,7 Millionen Kilowatt im Laufe der nächsten fünf Jahre erhöht werden, wodurch im Jahre 1950 die gesamte feste Kapazität auf 22,4 Millionen Kilowatt gebracht wird.

Der Bau von Wasserkraftwerken soll entwickelt werden, um dadurch den Anteil der aus Wasserkraft gewonnenen elektrischen Kraft an der Gesamtkraftezeugung weitestmöglich zu steigern. In den nächsten fünf Jahren sollen Kraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 2,3 Millionen Kilowatt in Betrieb genommen werden.

Sechs Wasserkraftwerke einschließlich des Lenin-Kraftwerks am Dnjepr werden wiederaufgebaut und der Bau von 30 Wasserkraftwerken vollendet, die ersten Teilanlagen von acht Wasserkraftwerken werden gebaut und in Betrieb genommen und Bauarbeiten an fünf großen neuen Wasserkraftwerken begonnen. Erforschung und Planung zur Vorbereitung des Baues der neuen Kraftwerke am Dnjepr und Syr-Darja sollen weiterlaufen.

Die Arbeit am Wiederaufbau und Bau örtlicher Wasserkraftwerke soll weitgehend entwickelt werden, wobei hauptsächlich bereits bestehende Staudämme verwandt werden sollen. Kapazitäten an Kraft in Höhe von einer Million Kilowatt sollen in kleinen Wasserkraftwerken in Betrieb genommen werden.

Die Kraftwerke und Überlandnetze von Moskau, dem Donez-Becken, dem Dnjepr-Becken, Kiew, Charkow, Lemberg, Odessa, Nikolajew, Sewastopol, Noworossijsk, Krasnodar, Grosnyj, Stalingrad, Woronesch, Brjansk, Kalinin, Minsk, Wilna, Riga, Tallinn und Petrowsk sollen wiederhergestellt werden.

37 Bezirkskraftwerke, die zur Zeit im Bau sind, einschließlich 21 Hitze- und Kraftstationen sollen vollendet und in Betrieb genommen werden. Das Zurückbleiben der Kraftezeugungskapazität hinter dem Bedarf in Moskau, Gorki, Iwanowo, Jaroslawl soll abgestellt werden.

Automatischer elektrischer Einzelantrieb für Maschinen soll weitgehend verwendet und allmählich durch Maschinen ersetzt werden, bei denen der elektrische Antrieb als integrierender Bestandteil der Maschine angehört. Die Verwendung elektrischer Kraft bei der Herstellung von Licht, Nichteisenmetallen, Stahllegierungen und Chemikalien und bei der Bearbeitung von Metallen wird ausgedehnt.

Zusätzlich zu einer größeren Verwendung elektrischer Kraft in der Industrie soll auch bei den Eisenbahnen und in der Landwirtschaft mehr Elektrizität verwendet werden. Kleine durch Wasserkraft, Windmotoren und andere Motoren betriebene Kraftwerke, welche Lokomobilen und Gasgeneratoren verwenden, sollen in großer Zahl in den ländlichen Gegenden gebaut werden. In Moskau, Leningrad, Kiew, Charkow, Swerdlowsk und Rostow am Don soll die Erweiterung der Gemeindefernheizungsanlagen fortgeführt werden.

Es soll weitgehend dafür Sorge getragen werden, daß die modernste Ausrüstung und die modernsten Methoden bei den Kraftwerken angewendet werden — Dampf von hohem Druck und hoher Temperatur, vervollkommnete Turbinen für die Hitzeerzeugung und Verwendung der letzten Typen von Kesseln, Generatoren und Hochspannungsgeräten. Die Automatisierung der Prozesse in der Kraftezeugung und -verteilung soll weitgehend entwickelt werden; die völlige Automatisierung der Wasserkraftwerke soll vordringlich durchgeführt werden.

Die Forschung soll sich mit der Fernverteilung hochgespannten Stroms befassen und ihre Ergebnisse in die Praxis umsetzen.

11. **Maschinenbau:** Im Jahre 1950 wird dieser Industriezweig seinen Ausstoß gegenüber der Vorkriegszeit verdoppelt haben. Vordringlich soll die Herstellung von Ausrüstungen für die Produktion von Eisen und Stahl, Kraft, Kohle und Öl, die Herstellung von elektrischen Maschinen, rollendem Eisenbahnmateriale, Motorfahrzeugen, Traktoren, landwirtschaftlichen Maschinen, Ausrüstungen für das Baugewerbe und Ausrüstungen für geologische Forschungen, speziellen und komplexen Werkzeugmaschinen, Gießereieinrichtungen und Ausrüstungen und Instrumenten für die chemische Industrie gefördert werden.

Am Ende des Zeitraums von fünf Jahren soll der Ausstoß von Lokomotiven auf 4000, von Güterwagen (auf Zweiachser berechnet) auf 200 000, von Ausrüstungen für Eisen- und Stahlwerke auf 131 000 Tonnen, von Dampfturbinen auf 3,77 Millionen Kilowatt, von Kesseln auf 540 000 Quadratmeter Heizfläche, von Traktoren auf 133 000, von metallbearbeitenden Werkzeugmaschinen auf 94 800, von Motorfahrzeugen auf 750 000, von Motoren auf 800 000 (davon 10 000 über 100 Kilowatt) gesteigert werden.

Die Herstellung von neuen und verbesserten Typen hochproduktiver Maschinen wird aufgenommen: Werkzeugmaschinen mit vielen Spindeln, automatische Werkzeugmaschinen, starke Stampf- und Prägepressen, Schmiedemaschinen, starke elektrische Fräser, Maschinen zur automatischen Regulierung und Kontrolle der Produktionsprozesse und moderne Kälteanlagen. Die Produktion der letzten Typen von elektrischen Maschinen, Umformern, Kondensatoren, Hochfrequenzapparaten, automatischen Fernsprechvermittlungsanlagen, Telegraphenapparaten, Radiosendern, Radoröhren, photoelektrischen Zellen, Gleichrichterröhren, Schalttafeln, Quecksilberdampflampen, Schweißmaschinen, Schutz- und automatischen Relais und Hochspannungsapparaten soll eingeführt und entwickelt werden.

Beim Wiederaufbau der Produktion und der Einführung neuer Maschinentypen soll die Normung der Einzelteile und der Sätze sichergestellt werden.

Moderne Produktionsmethoden sollen beim Maschinenbau weitgehend Anwendung finden, vor allem das Fließbandverfahren. Automatenproduktion und Mehrzweck-Werkzeugmaschinen, Guß unter Druck und in Kokillen, automatisches Schweißen, Vorrichtungen zur Herstellung von gestanzten und geschweißten Teilen, Hochfrequenzhärtung, elektrische Heizung und hochtourige Stanz- und Walzverfahren sollen weitgehend eingeführt werden.

Die großen Schwerindustriezentren des Donez-Beckens und des Urals werden wiederaufgebaut und weiter entwickelt. Von 1946 bis 1950 werden insgesamt 405 000 Tonnen Einrichtungen für Eisen- und Stahlwerke hergestellt, welche den Ausstoß von Hammerwerken, Schienen, Walzwerken, hochproduktiven, mechanisierten Einrichtungen zur Herstellung bestimmter Stähle und von Draht und von Werken zum kontinuierlichen Walzen dünner Bleche sicherstellen. Zwei schwere Maschinenbauwerke im Donez-Becken sollen wiederaufgebaut und ein neues Werk für den Bau schwerer Maschinen im Süd-Ural fertiggestellt werden. Der Bau eines Werkes zur Herstellung von Ausrüstungen zum Verschrotten und Zermahlen wird in Westsibirien begonnen.

Von 1946 bis 1950 werden Dampfturbinen mit einer Gesamtkapazität von 9 030 000 Kilowatt hergestellt, und der Ausstoß von Turbinen und Kesseln, die unter hohem Druck und mit hoher Dampftemperatur arbeiten, wird ebenso beträchtlich erhöht wie der Ausstoß von Wasserturbinen mittlerer und geringer Leistung.

Vier Werke, die Ausrüstungen für Kraftwerke herstellen, werden wiederaufgebaut. Ein neues Werk, das Dampfturbinen mittlerer und geringer Kraft herstellt, wird gebaut, der Bau zweier Werke zur Herstellung von Wasserturbinen wird zu Ende geführt. Eine Kesselfabrik wird wiederhergestellt und drei neue begonnen.

Die Herstellung von Lokomotiven und Güterwagen wird in großem Maße entwickelt. Bis 1950 wird der Ausstoß von Langstrecken-Dampflokomotiven auf 2200 gesteigert, von Langstrecken-Diesellokomotiven auf 300, von Langstrecken-Elektrolokomotiven auf 220 und von Güterwagen auf 150 000 (auf Zweiachser berechnet). Der Ausstoß von Kippwagen wird wesentlich gesteigert. Die Herstellung von Langstreckenlokomotiven wird in drei Lokomotivwerken wieder aufgenommen.



Die Herstellung von Dampf- und Diesel-Langstreckenlokomotiven und von Dampf- und elektrischen Lokomotiven zur Verwendung innerhalb der Werke wird in vier Maschinenbauwerken neu organisiert. Neue Lokomotivwerke sollen gebaut und in Betrieb genommen werden. Vier Güterwagenfabriken werden wiederhergestellt. Der Bau von drei neuen Güterwagenfabriken soll fertiggestellt und der Bau von Güterwagen im Nord-Ural wieder aufgenommen werden.

Die Herstellung von metallverarbeitenden Werkzeugmaschinen wird bis 1950 auf 74 000 Maschinen gesteigert. Die Herstellung von Mehrzweck-, Sonderzweck-, automatischen und halbautomatischen Werkzeugmaschinen wird entwickelt. Der Ausstoß von Mehrzweck- und Spezialzweck-Werkzeugmaschinen wird bis 1950 auf 12 300 gesteigert. Der Ausstoß von Schmiede- und Preßausrüstungen wird auf die zweieinhalbfache Höhe des Vorkriegsstandes gebracht, wobei die schweren Pressen, Hämmer und Schmiedemaschinen den größeren Teil ausmachen. Die Herstellung von genormten Werkzeugen und Schleifscheiben wird gesteigert. 18 Werkzeugmaschinenfabriken werden wiederaufgebaut. Zwei neue Fabriken zur Herstellung von schweren Werkzeugmaschinen und drei zur Herstellung von Mehrzweck- und Sonderzweck-Werkzeugmaschinen werden gebaut und in Betrieb genommen.

Bis zum Jahre 1950 soll die Produktion von Elektroausrüstungen auf die zweieinhalbfache Höhe des Vorkriegsstandes gebracht werden. Die Werke für Maschinenbau sollen mit Elektroausrüstungen aller Art ausgestattet werden, die Kohlen-, Öl-, Eisen- und Stahlindustrie mit schweren Elektromotoren, Sicherheitsmotoren, Standardmotoren für Wechselstrom und elektrischen Ausrüstungen; der Plan für Elektrifizierung der Eisenbahn soll durchgeführt werden vermittels der Lieferung von Hochspannungsgeräten. Die Produktion von Vorrichtungen zur automatischen Regelung und Kontrolle soll beträchtlich gesteigert werden. 15 Werke zum Bau von Elektromaschinen sollen wiederaufgebaut oder fertiggestellt werden. Eine Fabrik zur Herstellung von Generatoren für Turbinen, eine Fabrik zur Herstellung von Geräten für Aufzüge und Kranen, zwei Kabelwerke, ein Werk für die Herstellung von Braunschens Röhren und ein Werk zur Herstellung elektrischer Ausrüstung für Diesellokomotiven sollen gebaut und in Betrieb genommen werden.

Im Jahre 1950 soll der Ausstoß von Motorfahrzeugen auf 500 000 erhöht werden, dabei wird eine Umstellung auf Massenproduktion von Motorfahrzeugen neuer Art vorgenommen: Lastkraftwagen mit größerer Beförderungsleistung und bequemere und wirtschaftlichere Personenwagen. Die Produktion von Gasgenerator- und Treibgas-Kraftfahrzeugen wird aufgenommen. Die Massenproduktion von Diesellastwagen und Kippwagen wird in Angriff genommen. Der Bau von drei Automobilfabriken und eines Werks zur Produktion von Kleinkraftwagen soll fertiggestellt werden; drei neue Automobilwerke werden gebaut und drei vorhandene Automobilwerke erweitert. Der Bau von vier Werken zum Zusammenbau von Kraftfahrzeugen wird fertiggestellt.

Die Herstellung von Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen, ohne die der schnelle Wiederaufbau und Ausbau der Landwirtschaft unmöglich wären, wird gesteigert. Die Traktorenwerke werden wiederaufgebaut und neue Werke gebaut, so daß der Ausstoß von Traktoren, hauptsächlich für die Landwirtschaft, im Jahre 1950 auf 112 000 gesteigert wird. Die Massenproduktion von Traktoren für Gasgenerator- und Dieselmotoren soll aufgenommen werden. Zwei Traktorenwerke sollen wiederaufgebaut, der Bau von drei neuen Traktorenwerken fertiggestellt und ein Traktorenwerk in der Weißrussischen Republik errichtet werden. Die Produktion von Traktoren soll in zwei Werken aufgenommen werden, die für diesen Zweck freigegeben werden.

Die Massenproduktion landwirtschaftlicher Maschinen — Motorpflüge, Sämaschinen, Bodenbearbeitungsgeräte, Scheiben- und Spezialpflüge, Mähndrescher und andere Erntemaschinen, Trieure, Spezialpflück- und Dreschmaschinen, Mähmaschinen, Maschinen zur Herstellung und Verarbeitung von Futter, Maschinen zum Melken und Scheren von Schafen, Separatoren, Kühlmaschinen und andere Molkereimaschinen, Brunnenanlagen für Viehzuchtfarmen, Getreidemöhlen für Kollektivfarmen und Geräte zur Bekämpfung von Viehseuchen — soll wieder aufgenommen und weiter entwickelt werden. Neun Werke zur Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen sollen wiederaufgebaut, der Bau von fünf Werken für die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen und von einem für die Herstellung von Erntemaschinen fertiggestellt und die Werke in Betrieb genommen werden.

Werften und ähnliche Anlagen sollen völlig wiederaufgebaut werden, wobei die Werften in Leningrad und Nikolajew bevorzugt behandelt werden sollen. Neue Werften sollen gebaut werden. Werften, welche Fluß- und Seeschiffe bauen, sollen wiederhergestellt und ausgebaut werden.

Die Herstellung von Kompressoren und chemischen Apparaten für hohen Druck soll ausgedehnt werden. Die Produktion starker Kompressoren und Einrichtungen zur Herstellung von Sauerstoff soll organisiert werden, um Sauerstoff in der Industrie in ausgedehnterem Maße verwenden und technische Prozesse beschleunigen zu können. Bau und Ausbau von Werken in den Ostgebieten der Union, welche chemische Apparate herstellen — Zentrifugalpumpen, Kompressoren und Turbokompressoren — sollen fertiggestellt werden.

Die Produktion von Textilmaschinen soll auf die vierfache Menge des Vorkriegsstandes gesteigert werden. Die Produktion neuer, technisch verbesserter Maschinen — vor allem Spezialmaschinen für die Textilindustrie — soll anlaufen. Die Produktion von Spinn- und Wirkrahmen, von automatischen Webstühlen und von Maschinen für die Bekleidungs- und Schuhindustrie soll ausgebaut werden, ebenso die Herstellung von Maschinen für die Lebensmittel verarbeitende Industrie, vor allem zur Verarbeitung von Fleisch, Milch und Zucker und zur Herstellung von Konserven und zur Ausrüstung von Getreidemöhlen und Getreidespeichern mit Aufzügen. Die Herstellung von modernen Maschinen wie Ammoniakkompressoren, Schnellgefrieranlagen, Vorrichtungen zum Trocknen und Extrahieren, Vakuumapparaten und Anlagen zur Herstellung von Konserven soll anlaufen.

Die Produktion von Baggern, von modernsten Maschinen für Baugewerbe und Straßenbau, von Winden und Transportmaschinen, von Lade- und Entladevorrichtungen und verschiedenen Arten von Vorrichtungen zur Mechanisierung arbeitsintensiver Prozesse soll unternommen werden.

Die Herstellung von Meßinstrumenten für automatische Regulierung und Kontrolle industrieller Prozesse soll weitgehend entwickelt und der Ausstoß von optischen und elektrischen Meßgeräten 1950 auf das Siebenfache des Standes von 1940 gebracht werden. Die Produktion von Elektronenmikroskopen für Forschungsinstitute soll anlaufen. Die Produktion von Instrumenten für geophysikalische Forschungsmethoden (magnetische, elektrische und seismische) soll begonnen und diese sollen in der geologischen Forschungsarbeit in ausgedehnterem Maße verwendet werden, um die Vorkommen wichtiger Mineralien schneller und besser finden und erschließen zu können. Die Produktion geophysikalischer Instrumente für den Wetterdienst in Luftfahrt, Schifffahrt und Landwirtschaft soll entwickelt werden.

Die Massenproduktion neuer Typen von Mikroskopen, Apparaten zur Spektralanalyse, Kinoprojektoren und Kinokameras, Kameras und Ferngläsern soll aufgenommen und entwickelt werden in Übereinstimmung mit den letzten Fortschritten auf optischem Gebiet. Die Massenproduktion von verbesserten und billigen Motorrädern, Fahrrädern, Schrotflinten, Rundfunkgeräten, Uhren und Grammophonen soll aufgenommen und entwickelt werden. Die Produktion moderner Fernsehempfänger soll anlaufen. Die großzügige Produktion von Kühlanlagen soll organisiert werden.

12. *Chemische Industrie:* Im Jahre 1950 soll diese Industrie 50 Prozent mehr als vor dem Krieg erzeugen. Die chemische Industrie der früher besetzten Gebiete soll wiederaufgebaut werden, wobei die Produktion von Nitraten, Phosphaten, Sodaprodukten und Farben bevorzugt behandelt werden soll. Die Produktion mineralischer Düngemittel soll wiederaufgenommen werden und im Jahre 1950 den Vorkriegsstand überschreiten, und zwar doppelt für Phosphate, 1,8fach für Nitrate und 1,3fach für Pottasche.

Neue Zweige der organischen Synthese sollen angewandt werden, um Kohle zu verarbeiten und Abfallprodukte der Ölraffinerien zu verwenden.

Der Ausstoß einer großen Menge chemischer Produkte für die Herstellung von Kunststoffen, Anilinfarben, Lacken, Arzneimitteln und für andere Industriezweige soll sichergestellt werden. Die Herstellung neuer Arten von Kunststoffen und synthetischem Pech soll organisiert werden. Die Erzeugung synthetischer Farben soll ausgedehnt, ihre Zahl gegenüber dem Vorkriegsstand erhöht werden durch eine Steigerung der Produktion in den besten Schnellfarben.

Werke für die Herstellung kalzinierter Soda mit einer Kapazität von 813 000 Tonnen, von kaustischer Soda mit einer Kapazität von 278 000 Tonnen und von Superphosphaten mit einer Kapazität von 2 720 000 Tonnen werden in Betrieb genommen. Drei Sodafabriken werden wiederaufgebaut, eine im Ural fertiggestellt und der Bau einer solchen Fabrik begonnen. Zwei Werke zur Herstellung von Anilinfarben, zwei für Lacke und Farben und drei für Kunststoffe werden gebaut und in Betrieb genommen.

Neue Superphosphatwerke werden gebaut und in Betrieb genommen, um die Phosphorvorkommen von Kara-Tau zu erschließen und damit lange Transportwege von Mineraldüngemitteln zu ver-



meiden. Bei drei Nitratwerken soll die Vorkriegskapazität wieder erreicht, neue Werke sollen gebaut werden.

Die chemische Industrie soll erweitert werden durch Einführung moderner technischer Methoden, ununterbrochenen Betrieb und automatische Regulierung der Produktion, und die Anwendung chemischer Prozesse bei der Verarbeitung von Nitraten, Schwefelsäure, Soda und Anilinfarben soll gefördert werden.

**13. Gummindustrie:** Bis zum Jahre 1950 soll die Herstellung von synthetischem Gummi verdoppelt, die von Autoreifen verdreifacht und die von Gummischuhen um das 1,3fache des Vorkriegsstandes erhöht werden. In dieser Industrie soll die Verwendung von anderen Rohstoffen als Lebensmitteln weitgehend gefördert werden, und 1950 soll der Anteil des Gummis, der aus Nichtlebensmitteln hergestellt ist, 38 Prozent der Gesamterzeugung betragen. Bis zum Jahre 1950 soll der Ausstoß wiederverwerteten Gummis auf 56 000 Tonnen gesteigert werden. Die Produktion von Naturgummi in der Sowjet-Union soll auf breiter Grundlage organisiert werden.

Die Gummiindustrie soll entwickelt werden durch die Einführung neuer Rohstoffe und neuer Techniken, durch automatische Regulierung der Herstellung von Autoreifen, durch eine Beschleunigung des Produktionsprozesses von synthetischem Gummi und eine möglichst weitgehende Mechanisierung arbeitsintensiver Prozesse bei der Herstellung von Gummi, Autoreifen und anderen Gummiartikeln.

**14. Baustoffe:** In Übereinstimmung mit dem Ziel, die Wirtschaft der vormals besetzten Gebiete voll wiederaufzubauen und die Ostgebiete der Union weiter zu entwickeln, soll die Baustoffindustrie in diesen Gebieten schnell wiederaufgebaut und erweitert werden.

In den nächsten fünf Jahren soll die Vorkriegsproduktion der hauptsächlichsten Baustoffe — Zement, Glas, Schiefer, Dachpappe und Teerstoffe — beträchtlich überschritten werden durch Wiederherstellung beschädigter und Bau neuer Fabriken. Im Jahre 1950 soll die Produktion von Zement das 1,8fache, von Glas das 1,8fache, von Ziegeln das Vierfache und von Schiefer das Doppelte der Vorkriegsziffern betragen.

Die Vorfertigung von Wohnhäusern und von genormten Einzelteilen aus Holz, Gips, Asbo-Zement und anderem Material soll als neue Industrie aufgenommen werden: Zementwerke mit einer Jahresgesamtkapazität von 9,4 Millionen Tonnen, Glasfabriken mit einer Kapazität von 40 Millionen Quadratmetern, Schieferbrüche mit einer Kapazität von 332 Millionen Stück, Werke für die Herstellung vorgefertigter Häuser mit einer Erzeugung von 4,6 Millionen Quadratmetern Wohnfläche, für Dachpappe mit einem Ausstoß von 3,25 Millionen Rollen Rubberoid und Pergamin und 2,7 Millionen Rollen Dachpappe und Werke für die Herstellung von Kesseln mit einem Ausstoß von 377 000 Quadratmetern und von Radiatoren mit einem Ausstoß von 6,2 Millionen Quadratmetern. Die Produktion von Isoliermaterial gegen Hitze — Glaswolle, Holzstoffplatten und Deckplatten aus Asbo-Zement — soll entwickelt werden.

Um die Erfüllung des Produktionsprogramms für Baustoffe sicherzustellen, sollen arbeitsreiche Prozesse, besonders in der Zementindustrie, mechanisiert werden, wo elektrische Bagger, Kippwagen mit großem Fassungsvermögen und Schaufelkrane verwandt werden sollen. Zeitgemäße Ausrüstung und moderne Verfahren sollen weitgehend verwandt werden, vor allem das gleichzeitige Trocknen und Vermahlen von Kohle, hochproduktive Rotationsöfen, um Klinker zu brennen, verbesserte Methoden der Fensterglasherstellung und Fließbandmethoden beim Transport und Schnitt von Glas.

**15. Bauholz:** Im Jahre 1950 soll der Einschlag von Nutzholz den Vorkriegsstand um 59 Prozent überschreiten, der Ausstoß von Schnittholz um 14 Prozent.

Sägemühlen mit einer Kapazität von 6 Millionen Kubikmetern, Werke mit einem Ausstoß von 300 000 Kubikmetern Sperrholz und einer Erzeugung von 7,5 Millionen Schachtelein Streichhölzer sollen in Betrieb genommen werden. Die Holzverarbeitende Industrie, besonders die Herstellung von Möbeln, soll wiederaufgebaut werden.

Die Holzeinschlagfläche soll vergrößert werden, vor allem in den folgenden Flußgebieten, wo das Holz durch Flößerei abtransportiert werden kann: an der nördlichen Dwina und ihren Nebenflüssen, an Petschora, Kama, Wjatka, Kilmez, Unsha, Wetluga und Bjelaja. Der Einschlag von Bauholz soll gesteigert werden in Westsibirien und im Fernen Osten. In den kommenden fünf Jahren sollen 17 500 Kilometer Wege für mechanischen Transport von Bauholz — 6500 Kilometer Schmalspureisenbahnen, 2500 Kilometer Traktorenstraßen und 8500 Kilometer Motorstraßen — in den Holzgebieten gebaut werden, vor allem in den nördlichen und nordwestlichen Gebieten und dem Ural (Kama-Becken). Im

Jahre 1950 sollen 70 Prozent der Lastkraftwagen und Traktoren, die zum Holztransport verwendet werden, auf Holzgas umgestellt sein. Die Zahl der dauernden Arbeiter in den Holzlagern soll so erhöht werden, daß diese Dauerarbeiter durch eine Steigerung der Arbeitsproduktivität 75 Prozent der gesamten notwendigen Arbeit leisten.

Einschlag und Abtransport von Bauholz in Gebieten, wo die Handarbeit vorherrscht, sollen auf eine hochentwickelte mechanisierte Industrie mit einem dauernden Stab von Facharbeitern umgestellt werden. Zu diesem Zweck soll ein Masseneinsatz von elektrischen Sägen zum Fällen und von Traktoren mit Anhängern zum Transport von Holz erfolgen. 76 Prozent der Gesamtarbeit beim Fällen und bei der Beförderung des Holzes zu den Wegen und 55 Prozent des Holztransports sollen mechanisiert werden. Die arbeitsreichen Vorgänge beim Flößen des Holzes — Laden und Entladen — sollen mechanisiert werden. Für die Bauholzindustrie sollen hergestellt und geliefert werden: 40 000 elektrische Sägen, 7500 Traktoren zum Abschleppen der Holzstämme bis an die Wege, 4500 Traktoren zur Beförderung des Holzes, 470 Schmalspurlokomotiven mit flachen Wagen, 14 000 Lastwagen mit Anhängern und die notwendige Zahl von Räumtraktoren („Bulldozer“). Die normale Arbeit dieser Maschinen soll durch eine Erhöhung der Zahl der Ausbesserungswerkstätten sichergestellt werden.

Die Industrie der Hydrolyse soll ausgebaut werden. Im Jahre 1950 soll die Produktion von Alkohol durch Hydrolyse achtmal so groß sein wie vor dem Krieg. Neue Fabriken mit einer Kapazität von 7 Millionen Dekalitern sollen für die Herstellung von Sulfitalkohol und für die Hydrolyse gebaut werden, um auf diese Weise die schwierige Verwendung von Abfallprodukten aus Sägemühlen und Papierfabriken für die Herstellung von Alkohol, Nährhefe und anderen chemischen Produkten zu gewährleisten.

Eine große holzchemische Industrie soll aufgebaut werden, wobei das Hauptgewicht auf die Herstellung von Essigsäure, Azetatlösemitteln, Harzen und Terpentin gelegt werden soll.

**16. Papierindustrie:** Der Wiederaufbau dieser Industrie soll bis 1948 vollendet sein und ihr Ausbau in Angriff genommen werden, so daß im Jahre 1950 die Produktion von Papier den Vorkriegsstand um 65 Prozent übersteigt, wobei der Anteil hochwertigen gebleichten Papiers erheblich verstärkt werden soll. Der Bedarf an Spezialsorten von Papier für industrielle Zwecke muß voll gedeckt und die Herstellung von Einschlagpapier, Pergament und Papierwaren für den allgemeinen Markt beträchtlich erhöht werden. Die Herstellung von Viskose-Zellulose muß stark ausgebaut werden, um den Bedarf der Kunstfaserindustrie voll zu decken.

Neue und verbesserte Maschinen sollen verwandt werden, so zum Beispiel Papiermaschinen von hoher Leistungsfähigkeit, die ein Mindestmaß an elektrischer Kraft benötigen, Papiermaschinen mit Saugrollen und schnelllaufende Papiermaschinen für verschiedenartige Antriebe, moderne Rindenschälmaschinen, leistungsfähige Öfen zur Wiederverwendung der Lauge, automatische Maschinen für die verschiedenen Vorgänge bei der Herstellung von Papiermasse und Papier.

**17. Textil- und Leichtindustrie:** Die Vorkriegsproduktion aller Zweige dieser Industrien muß wieder erreicht und überschritten werden.

Die Herstellung von künstlicher Seide und Textilfasern muß wiederaufgenommen und so ausgebaut werden, daß im Jahre 1950 der Ausstoß an künstlicher Seide das 4,6fache, der Ausstoß an Textilfasern das 9,6fache des Vorkriegsstandes erreicht.

Die Herstellung von Stoffen, Kleidern, Webwaren und Schuhzeug muß entschieden gesteigert werden. Die Produktion verbesserter Kleiderstoffe und Kleider muß erhöht werden, ebenso die Herstellung merzerisierter, gerauhter, Jacquard- und besonders schnell gedruckter Stoffe.

Die Kapazität der Spinnmaschinen soll in den kommenden fünf Jahren um 2 860 000 Spindeln erhöht, die der künstlichen Seidenproduktion um 102 000 Tonnen, der Herstellung von Schuhwerk um 100 Millionen Paar und der Strumpfindustrie um 345 Millionen Paar Socken und Strümpfe gesteigert werden. Die Fabriken für Textilien, Strümpfe, Webwaren, Leder und Schuhe und die Werke für die vorläufige Bearbeitung von Baumwolle, Flachs, Hanf und Wolle in den vormals besetzten Gebieten sollen wiederaufgebaut werden.

Die Ausdehnung der Baumwollindustrie in Sibirien und Zentralasien, die vor dem Krieg begonnen hatte, soll fortgeführt werden. Während der kommenden fünf Jahre sollen Baumwollfabriken in Nowosibirsk, Astrachan, der Georgischen Republik, dem Altai-gebiet und dem nördlichen Kasakistan und der zweite Teil eines Baumwollkombinats in Ostsibirien gebaut werden. Der Bau von Baumwollfabriken in Taschkent, Stalinabad, Ferghana, Ufa und



Tscheljabinsk soll fertiggestellt und der Bau einer Baumwollfabrik in den Kusbas begonnen werden.

Sechs Fabriken für Kunstseide sollen wiederaufgebaut, drei neue Fabriken gebaut und der Bau von vier Fabriken für Kunstfasern fertiggestellt werden.

Eine Gummisohlenfabrik in Westsibirien und Strumpffabriken in Swerdlowsk und Tambow sollen gebaut und in Betrieb genommen, die Schuhfabriken in Leningrad und Rostow, die Lederfabrik in Ostaschkow, die Gummisohlenfabriken in Kiew und Kalinin, die Flaschenfabrik in Konstantinowka, die Strumpffabrik in Witebsk und die Spinnerei in Poltawa sollen wiederaufgebaut werden.

Neue und verbesserte Maschinen sollen verwandt werden, zum Beispiel Flachsschwingmaschinen für einen Arbeitsgang, hochtourige Spinnmaschinen, Spinnrahmen mit Spulen besonderer Größen, automatische Wickelrahmen, hochtourige Spezialmaschinen, breite automatische Webstühle, Photogravure- und Bleichmaschinen für die Textilindustrie, Strumpfmaschinen, Heißvulkanisierpressen und automatische und halbautomatische Maschinen für die Leichtindustrie. Die Produktion von synthetischen Gerbstoffen und hochwertigem künstlichem Leder muß aufs äußerste gesteigert werden. Möglichkeiten zur Reparatur von Maschinen müssen entwickelt und die normale Reparatur von Maschinen in der Textil- und Leichtindustrie 1946 wiederaufgenommen werden.

**18. Lebensmittelindustrie:** Es müssen Maßnahmen ergriffen werden für den schnellen Wiederaufbau und die Weiterentwicklung dieser Industrie; der Vorkriegsstand der Vorräte muß wieder erreicht und die Qualität verbessert werden.

Im Jahre 1950 muß das Vorkriegsvolumen an Fleischprodukten, Butter, Pflanzenöl, Zucker, Tortengebäck, Konditorwaren und anderen Lebensmitteln überschritten werden.

Fischfang und Ausstoß der fischverarbeitenden Industrie müssen 1947 den Vorkriegsstand erreichen. 1950 muß der Fang das 1,5-fache, der Ausstoß an frischem gekühltem Fisch das 1,8-fache des Vorkriegsvolumens erreichen. Die Fischerei in den nördlichen und fernöstlichen Gewässern soll beträchtlich erweitert werden, besonders vor Süd-Sachalin, den Kurilen und Kamtschatka. Die Fischindustrie in Süd-Sachalin soll verbessert werden durch die Anwendung moderner Fischereimethoden und den Ausbau bestehender Fischverarbeitungsfabriken.

Der Vorkriegsausstoß an Fleisch-, Milch-, Fisch-, Gemüse- und Obstkonerven muß beträchtlich überschritten und der Ausstoß an Gefrierobst und Gefriergemüse, Milchkpulver, Trockengemüse und Trockenobst erhöht werden. Die Massenproduktion von Diät- und Kinderkost, von fertigen Mahlzeiten, fertigen Fleisch- und Fischprodukten, von Lebensmittelkonzentraten und Vitaminen soll organisiert werden, ebenso eine großzügige Produktion von Sowjet-Champagner und veredelten hochwertigen Weinen und Bier. Die besseren Arten der Verpackung von Lebensmittelprodukten, wie sie vor dem Kriege üblich waren, um Haltbarkeit und Qualität zu gewährleisten, sollen wieder eingeführt und in erhöhtem Maße angewendet werden.

Der Wiederaufbau von 92 Zuckerraffinerien, 144 Brennerien, 24 Konservenfabriken und 68 mechanischen Bäckereien soll fertiggestellt und 10 Zuckerraffinerien, 7 Brennerien, 9 Konservenfabriken und 39 mechanische Bäckereien gebaut werden. 41 Fleischkonservenfabriken, 29 Kühlhäuser, 22 Milchverarbeitungsbetriebe in Städten und 8 Fabriken zur Herstellung von Büchsenmilch sollen wiederaufgebaut oder fertiggestellt werden, und 36 neue Fleischkonservenfabriken, 38 Kühlhäuser, 48 Milchverarbeitungsbetriebe, 13 Fabriken zur Herstellung von Büchsenmilch und 1200 mechanische Butter- und Käsefabriken sollen gebaut werden. Zentrifugen zur Herstellung von Butter und automatische Maschinen zum Verpacken der Butter sollen weitgehend eingeführt werden.

Die Kapazität der Salzgewinnungsanlagen soll auf 1,4 Millionen Tonnen für das Jahr erhöht, der Bau eines neuen großen Salzbergwerks in der Ukraine fertiggestellt und die Kapazität der Salzfabriken im Ural, in Kasakistan, im Altaigebiet und im Gebiet von Irkutsk verdoppelt werden.

Die Fischereiflotte soll zuerst wieder auf den Vorkriegsstand gebracht und dann weiter ausgebaut werden. 150 Fischereifahrzeuge sollen in den fünf Jahren in Betrieb genommen und 13 Fischkonservenfabriken und 30 Kühlhäuser gebaut werden.

Getreidemühlen und Nahrungsmittelfabriken sollen wiederaufgebaut und neue angelegt werden. In den kommenden fünf Jahren sollen Lagerhäuser und Speicher mit einem Gesamtfassungsvermögen von 6,4 Millionen Tonnen wiederaufgebaut oder neu errichtet werden, die Kapazität der Mühlen soll bis Ende 1950 so gesteigert werden, daß sie täglich 20 000 Tonnen Getreide zusätzlich verarbeiten können, und der Ausstoß von stark ausgemahlenem Mehl und von Nahrungsmitteln verschiedener Arten soll eine Erhöhung erfahren.

Maßnahmen sollen ergriffen werden für die weitgehende Einführung kontinuierlicher Produktionsprozesse in der Lebensmittelindustrie, für eine kontinuierliche Gewinnung von Pflanzenöl, für den Ersatz von Pflanzenfetten bei der Herstellung von Seife durch entsprechende Ersatzstoffe (synthetische Fettsäure, Harze und Naphta), für die automatische Kontrolle der Produktionsprozesse, für die Verwendung von Schnellgefrierapparaten und Kühlanlagen. Arbeitsintensive Produktionsprozesse und das Laden und Entladen sollen mechanisiert werden. Schmalspurbahnen für den Transport von Rohstoffen zu Sammelstellen und Zuckerraffinerien sollen weitgehend gebaut werden.

**19. Örtliche Industrie:** Maßnahmen sollen ergriffen werden zum Wiederaufbau und Ausbau lokaler Staats- und Genossenschaftsindustrien in allen Republiken, Gebieten und Bezirken.

Die Hauptaufgabe der lokalen Industrien und Industrie-genossenschaften ist es, Verbrauchsgüter und Baumaterial für den örtlichen Bedarf herzustellen und Pferdegeschirr, Wagen, Schlitten und einfache Arten von pferdegezogenen und handbetriebenen Maschinen für die Kollektiv- und Staatsfarmen zu erzeugen. Maßnahmen sollen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß die örtlichen Industrien und industriellen Genossenschaften in allen Republiken, Gebieten und Bezirken Haushaltswaren und Artikel von hoher Qualität zu niedrigen Preisen herstellen.

Im Jahre 1950 sollen die örtlichen Industrien und industriellen Genossenschaften den Ausstoß an Möbeln um 30 Prozent, an Webwaren um 25 bis 30 Prozent, an Backsteinen um 110 Prozent, an Torf um 64 Prozent, an Kohle um 77 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstand erhöhen.

Qualität und Auswahl der von der örtlichen Industrie und den industriellen Genossenschaften erzeugten Waren müssen entschieden gesteigert werden. Das Netz der Schuhmacher- und Schneiderwerkstätten und der Werkstätten für die Reparatur von Möbeln und Haushaltswaren soll wiedererrichtet und erweitert werden.

**20. Industrielle Konstruktion und Einrichtung:** Das Programm für Bauten und Einrichtungen in der Zeit von 1946 bis 1950 wird auf 153 000 Millionen Rubel festgelegt, worin 55 000 Millionen Rubel für das Ministerium zum Aufbau von Werken der Brennstoffindustrie, das Ministerium zum Aufbau von Werken der Schwerindustrie und das Ministerium zum Aufbau von Unternehmen des Heeres und der Flotte enthalten sind.

Um die Durchführung des Bau- und Betriebsprogramms für Industriewerke sicherzustellen, muß das Baugewerbe aufs äußerste gesteigert und die Bautätigkeit der Unionsministerien und Unionsrepubliken verstärkt werden.

Moderne Baumethoden müssen weitgehend eingeführt, vorgefertigte Bauteile so weit wie möglich verwandt und die Mechanisierung der Bautätigkeit erweitert werden. Im Jahre 1950 soll der Anteil der vorgesehenen mechanisierten Arbeitsvorgänge die folgenden Ziffern erreichen: beim Ausgraben der Erde 60 Prozent, beim Zerkleinern von Bruchsteinen 90 Prozent, bei der Herstellung von Zement 95 Prozent, bei der Herstellung von Mörtel 90 Prozent, beim Zementieren 60 Prozent und beim Anstreichen 50 Prozent.

Eine ausreichende Zahl von Fabriken sollen gebaut werden zur Herstellung von Bau- und Straßenbaumaschinen. Der Ausstoß an Baggern soll erhöht und die Herstellung von modernen Maschinen zum Ausschachten, Ausheben, für Straßenbau, Transport, zum Laden und Entladen und von elektrischen und Preßluft-Werkzeugen für das Baugewerbe soll aufgenommen werden. Ebenso sollen moderne Maschinen zur Herstellung von Baumaterial, Bauteilen, Baustahl und Holzwerk verwandt werden.

Die Entfaltungsmöglichkeiten für das Bauhilfsgewerbe (Steinbrüche, Reparaturwerkstätten, Werke zur Herstellung von Bauwerkzeugen) sollen erweitert werden. Die Massenproduktion vorgefertigter Häuser und Bauteile soll organisiert und eine Industrie in Angriff genommen werden zur Herstellung von Architekturmaterial und Ornamenten.

Maßnahmen müssen ergriffen werden, um sicherzustellen, daß alle Bauten nach richtig überprüften technischen Plänen und Vorschlägen ausgeführt werden.

**21. In Übereinstimmung mit der vorgesehenen Steigerung der Produktion und dem Programm der Kapitalanlage sollen**

- die Produktivität der Arbeit in der Industrie im Jahre 1950 gegenüber der Vorkriegszeit um 36 Prozent erhöht werden;
- die Produktivität der Arbeit im Baugewerbe im Jahre 1950 gegenüber der Vorkriegszeit um 40 Prozent erhöht werden;
- die Produktionskosten in der Industrie im Jahre 1950 gegenüber 1945 um 17 Prozent herabgesetzt werden, während gleichzeitig die Qualität gesteigert werden soll;
- die Baukosten im Jahre 1950 gegenüber 1945 um 12 Prozent gesenkt werden.



*Landwirtschaft*

Der zweite Absatz des zweiten Teils behandelt die Landwirtschaft. Der Fünfjahresplan sieht hier die Wiederherstellung und die Sicherung der weiteren Entwicklung vor, um den Vorkriegsstand der landwirtschaftlichen Produktion zu übertreffen. Der Gesamtertrag an Getreide soll bis zum Ende des Planjahrfünftfs auf 127 Millionen Tonnen gesteigert werden, was eine Zunahme um sieben Prozent gegenüber dem Stand von 1940 bedeuten würde. Der gesamte Ernteertrag an Zuckerrüben soll auf 26 Millionen Tonnen gesteigert werden, das sind 22 Prozent mehr gegenüber dem Vorkriegsstand. Die Produktion an Rohbaumwolle sieht eine Steigerung um 25 Prozent auf 3,1 Millionen Tonnen, die Produktion an Flachsfaser eine Steigerung um 39 Prozent auf 0,8 Millionen Tonnen und an Sonnenblumensamen um 11 Prozent auf 3,7 Millionen Tonnen vor. Neben einer Vergrößerung der Anbaufläche sind bedeutende Verbesserungen in der Bestellung geplant.

Auf dem Gebiet der Viehzucht sieht der Fünfjahresplan die Wiederherstellung und Steigerung des Vorkriegsviehbestandes vor.

Im Rahmen des Fünfjahresplans sollen der Landwirtschaft in gesteigertem Maße Traktoren, landwirtschaftliche Maschinen und mineralische Düngemittel zur Verfügung gestellt werden. Ferner soll eine weitgehende Elektrifizierung der Kollektivwirtschaften, der Maschinen- und Traktorenstationen sowie der Sowjet-Wirtschaften vorgenommen werden.

*Transport- und Nachrichtenwesen*

(Vgl. Europa-Archiv I/69—74 und I/133—134)

Das dritte Kapitel des zweiten Teiles des Gesetzes behandelt das Transport- und Nachrichtenwesen. Der Fünfjahresplan sieht eine Vergrößerung des Warenumschlages beim Eisenbahn-, Wasser- und Autotransport vor. Im Vergleich zum Jahre 1940 sollen die Tonnenkilometer bis 1950 von 483 Milliarden um 36 Prozent auf 657,5 Milliarden Tonnenkilometer gesteigert werden. Neben der Wiederherstellung der zerstörten Eisenbahnnetze sieht der Plan den Bau neuer Eisenbahnverbindungsstrecken sowie eine technische Neuausstattung vor, wobei für eine Reihe von Strecken elektrischer oder Dieselmotoren gedacht ist. Der Park an Lokomotiven soll um 6165 Dampflokomotiven, 555 Elektrolokomotiven und 865 Diesellokomotiven vergrößert sowie der Waggonpark um 472 000 Güterwagen (in Zweiaachsen-Berechnung) vermehrt werden.

Für den Verkehr auf den Wasserstraßen ist bis zum Jahre 1950 eine erhebliche Steigerung des Güterumschlages in der Flußschiffahrt und eine Steigerung des Güterumschlages in der Seeschiffahrt um mehr als das Doppelte gegenüber der Vorkriegszeit vorgesehen. Die Stärke der Binnenschiffahrts- und Hochseeflotte soll während des Fünfjahresplanes auf 3,6 Millionen Tonnen erhöht werden. Die Entwicklung des Automobil- und Flugverkehrs soll durch den Fünfjahresplan wirksam gefördert werden.

Bis zum Jahre 1950 sollen der drahtlose Nachrichtenverkehr sowie die Organisation einer zuverlässigen Telefon- und Telegraphenverbindung zwischen Moskau und allen Republik-, Kreis- und Gebietszentren sowie zwischen den Hauptstädten der Bundesrepubliken und ihren Provinzzentren durchgeführt werden.

## Dritter Teil

### Der Plan für die Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus

Der dritte Teil des Gesetzes behandelt den Plan für die Steigerung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Völker der Sowjet-Union. Der Fünfjahresplan sieht eine Steigerung des Volkseinkommens von 128,3 Milliarden Rubel im Jahre 1940 auf 177 Milliarden im Jahre 1950 vor. Die Zahl der im Jahre 1950 in der Volkswirtschaft der Sowjet-Union tätigen Arbeiter und Angestellten wird auf 33½ Millionen Menschen geschätzt. Als Hauptquelle für die Auffüllung der Fach- und Massenkraft für die Erzeugung sieht das Gesetz die staatlichen Arbeitsreserven vor. Bis 1950 sollen 4½ Millionen Jungarbeiter der Volkswirtschaft zugeführt werden. Durch Ausbildung von Fachkräften an Hoch- und Fachschulen sollen bis 1950 1,9 Millionen Ingenieure und Techniker bereitgestellt werden.

In seiner erläuternden Rede zum Gesetz des Fünfjahresplanes hat der Vorsitzende der Plankommission, N. A. Wosnessenskij, besonders auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Arbeitskräften hingewiesen. Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten empfahl Wosnessenskij den Übergang zu neuen Arbeitsmethoden und den Übergang zur Praxis der organisierten Anwerbung von Arbeitskräften durch Abschließung individueller Verträge sowohl mit den einzelnen Werktätigen als auch mit den Kollektivwirtschaften. Das Gesetz sieht eine allseitige Mechanisierung der Arbeit vor und die Schaffung besserer Bedingungen für die Arbeitsorganisation und besserer Lebensbedingungen in den Betrieben. Der Lohnfonds der Arbeiter und Angestellten soll bis zum Jahre 1950 von 162 Milliarden Rubel des Jahres 1940 auf 252 Milliarden Rubel vergrößert werden. Das Gesetz sieht eine höhere Entlohnung der Arbeiter, Ingenieure und Techniker in verschiedenen Industriezweigen wie zum Beispiel in der Metallurgie, der Kohlen- und Erdölindustrie vor.

Die Staatsausgaben für kulturelle und Lebensbedürfnisse

der Werktätigen sollen gegenüber 1940 um das 2,6fache auf 106 Milliarden Rubel erhöht werden.

Auf dem Gebiete des Schulwesens stellt der Fünfjahresplan die Aufgabe, die allgemeine Schulpflicht vom 7. Lebensjahre an sowohl in den Städten als auch auf dem Lande wiederherzustellen. Besondere Aufmerksamkeit schenkt das Gesetz auch dem Studium an Hoch- und Fachschulen.

Große Ausgaben sind für den Neubau und Ausbau von Krankenhäusern, Erholungsheimen und Sanatorien vorgesehen.

Die Zahl der Kinoanlagen soll 1950 etwa 46 700 gegenüber 28 000 im Jahre 1940 betragen. Jede Stadt und viele Dörfer sollen ständige Kinos erhalten. Die Theater, Klubs und öffentlichen Bibliotheken sollen wiederhergestellt werden; Fernsehen und Farbfilm sollen weiter entwickelt werden.

Das Gesetz für den Fünfjahresplan sieht ein großzügiges Wohnungsbauprogramm vor, um die Wohnbedingungen der Werktätigen in den Städten und Dörfern sicherzustellen. Das Wohnungsbauwesen soll auf eine industrielle Grundlage gestellt werden. Insbesondere sollen fabrikmäßig hergestellte Wohnhäuser gebaut werden. Insgesamt sollen bis 1950 3,4 Millionen Wohnhäuser wiederhergestellt oder neu gebaut werden, davon 2,4 Millionen Häuser in den Gebieten, die besetzt waren.

Der Fünfjahresplan sieht die Abschaffung des Kartensystems und der Rationierung vor. 1946 sollen die Karten für Brot, Mehl, Graupen und Teigwaren und mit Beendigung des Jahres 1947 das Kartensystem für alle anderen Waren abgeschafft werden.

Der staatliche Plankommissar der Sowjet-Union erklärte in diesem Zusammenhang: „Der Fünfjahresplan sieht die systematische Erhöhung des Lebensniveaus des Volkes wie folgt vor:



- konsequente Herabsetzung der Warenpreise und die Festigung des Sowjetrubels;
- größtmögliche Erhöhung des Wohnungsfonds des Landes und Anwachsens der Dienstleistung für die kulturellen Bedürfnisse und Lebensbedingungen der Bevölkerung;
- Erhöhung des Arbeitslohnes im Verhältnis zum An-

- wachsen der Produktivität der Arbeit und der Fachkenntnisse der Arbeiter;
- Erhöhung der Naturalvergütungen für den Arbeitstag und das Anwachsen der Gesellschaftseinnahme in den Kolchosen;
- Erhöhung der Prämien für Erfüllung und Übererfüllung der Staatspläne und für wissenschaftlich-technische Erfindungen.

## Vierter Teil

### Der Plan für die Wiederherstellung und die Entwicklung der Volkswirtschaft der Unionsrepubliken

Der vierte Teil des Gesetzes behandelt den Plan der Wiederherstellung und der Entwicklung der Volkswirtschaft in den Unions-Republiken. Die nachfolgenden Produktionsziffern wurden als Teile der Planung für die gesamte Sowjet-Union, wie sie in den Teilen II und III des Gesetzes festgelegt sind, aufgestellt.

Das Europa-Archiv beschränkt sich hier auf die Veröffentlichung der Zahlen für die Hauptindustrieprodukte, wie sie in den einzelnen Republiken für das Jahr 1950 vorgesehen sind.

Der Plan für die Hauptartikel des Industriausstoßes der einzelnen Sowjet-Republiken für 1950 sieht folgendes vor:

#### I. Sowjetrussische Föderative Sozialistische Republik:

Roheisen (Tonnen)	9 500 000
Stahl (Tonnen)	16 000 000
Kohle (Tonnen)	141 900 000
Erdöl (Tonnen)	14 500 000
Elektrische Kraft (1000 kW)	57 200 000
Torf (Tonnen)	34 200 000
Metallverarbeitende Werkzeugmaschinen	28 500
Motorfahrzeuge	457 000
Traktoren	82 000
Ausrüstungen für Eisen- und Stahlwerke (Tonnen)	66 700
Dampfturbinen (kW)	2 201 000
Dampfkessel (qm)	399 000
Zement (Tonnen)	6 343 000
Fensterglas (qm)	48 200 000
Geschlagenes Bauholz (cbm)	230 000 000
Papier (Tonnen)	996 000
Baumwollstoffe (Meter)	4 185 500 000
Wollstoffe (Meter)	129 000 000
Leder-Schuhwerk (Paar)	156 300 000
Pflanzenöl (Tonnen)	324 400
Zucker (Tonnen)	463 000
Fleisch (Tonnen)	731 000
Butter (Tonnen)	158 000
Fisch (Tonnen)	1 884 500
Alkohol (Dekaliter)	60 300 000
Salz (Tonnen)	2 200 000

#### II. Ukrainische Sozialistische Sowjet-Republik:

Roheisen (Tonnen)	9 700 000
Stahl (Tonnen)	8 800 000
Kohle (Tonnen)	86 100 000
Erdöl (Tonnen)	325 000
Elektrische Kraft (1000 kWh)	13 690 000
Koks (Tonnen)	15 500 000
Zement (Tonnen)	2 065 000
Metallverarbeitende Werkzeugmaschinen	5 950
Motorfahrzeuge	25 000
Lokomotiven für weite Entfernungen	1 000
Güterwagen (auf Zweiachser berechnet)	55 500
Traktoren	25 000
Ausrüstungen für Eisen- und Stahlwerke (Tonnen)	35 000
Kalzinierte Soda (Tonnen)	448 000
Superphosphate (Tonnen)	860 000
Salz (Tonnen)	1 930 000
Gekörnter Zucker (Tonnen)	1 637 000
Fleisch (Tonnen)	245 000
Butter (Tonnen)	40 000
Fisch (Tonnen)	80 000

#### III. Weißrussische Sozialistische Sowjet-Republik:

Elektrische Kraft (kW)	650 000 000
Torf (Tonnen)	4 162 000
Metallverarbeitende Werkzeugmaschinen	4 325
Traktoren	5 000
Zement (Tonnen)	320 000
Fensterglas (qm)	5 000 000
Geschlagenes Bauholz (cbm)	11 100 000
Geschnittenes Bauholz (cbm)	1 800 000
Streichhölzer (1000 Schachteln)	1 550 000
Alkohol (Dekaliter)	7 600 000
Fleisch (Tonnen)	46 000
Butter (Tonnen)	10 000
Fisch (Tonnen)	5 200

#### IV. Usbekische Sozialistische Sowjet-Republik

Stahl (Tonnen)	86 000
Kohle (Tonnen)	1 130 000
Erdöl (Tonnen)	1 066 000
Elektrische Kraft (1000 kWh)	2 135 000
Superphosphate (Tonnen)	300 000
Zement (Tonnen)	270 000
Baumwollstoffe (Meter)	160 900 000
Seidenstoffe (Meter)	14 000 000
Schuhwerk (Paar)	6 150 000
Pflanzenöl (Tonnen)	173 000
Gekörnter Zucker (Tonnen)	55 000
Rohalkohol (Dekaliter)	1 300 000
Fleisch (Tonnen)	20 000
Butter (Tonnen)	1 900
Fisch (Tonnen)	22 500

#### V. Kasakische Sozialistische Sowjet-Republik:

Stahl (Tonnen)	72 000
Kohle (Tonnen)	16 400 000
Erdöl (Tonnen)	1 200 000
Elektrische Kraft (1000 kWh)	1 810 000
Superphosphate (Tonnen)	280 000
Baumwollstoffe (Meter)	19 100 000
Wollstoffe (Meter)	2 880 000
Schuhwerk (Paar)	6 800 000
Strümpfe (Paar)	14 400 000
Fisch (Tonnen)	97 500
Pflanzenöl (Tonnen)	21 500
Fleisch (Tonnen)	100 000
Butter (Tonnen)	19 000
Gekörnter Zucker (Tonnen)	71 000

#### VI. Georgische Sozialistische Sowjet-Republik:

Roheisen (Tonnen)	330 000
Stahl (Tonnen)	185 000
Kohle (Tonnen)	2 400 000
Erdöl (Tonnen)	110 000
Elektrische Kraft (1000 kWh)	1 300 000
Manganerze (Tonnen)	2 040 000
Koks (Tonnen)	450 000
Motorfahrzeuge	15 000
Metallverarbeitende Werkzeugmaschinen	1 700
Zement (Tonnen)	115 000
Wollstoffe (Meter)	3 795 000
Seidenstoffe (Meter)	6 830 000
Schuhwerk (Paar)	9 500 000
Pflanzenöl (Tonnen)	3 500
Wein (Dekaliter)	1 550 000
Tee (Tonnen)	17 900
Gekörnter Zucker (Tonnen)	13 500



Fleisch (Tonnen)	14 000
Butter (Tonnen)	1 000
Fisch (Tonnen)	5 500

VII. Aserbaidshanische Sozialistische Sowjet-Republik:

Stahl (Tonnen)	178 000
Erdöl (Tonnen)	17 000 000
Elektrische Kraft (1000 kWh)	2 590 000
Elektromotoren über 100 kW	800
Zement (Tonnen)	365 000
Baumwollstoffe (Meter)	57 250 000
Wollstoffe (Meter)	1 155 000
Seidenstoffe (Meter)	2 345 000
Strümpfe (Paar)	26 250 000
Schuhwerk (Paar)	5 150 000
Pflanzenöl (Tonnen)	11 000
Salz (Tonnen)	132 000
Wein (Dekaliter)	1 400 000
Fleisch (Tonnen)	16 000
Butter (Tonnen)	1 500
Fisch (Tonnen)	23 900

VIII. Litauische Sozialistische Sowjet-Republik:

Elektrische Kraft (kWh)	190 000 000
Torf (Tonnen)	822 000
Fensterglas (qm)	700 000
Geschlagenes Bauholz (cbm)	3 000 000
Papier (Tonnen)	17 000
Butter (Tonnen)	12 000
Fleisch (Tonnen)	28 000
Gekörnter Zucker (Tonnen)	25 000
Alkohol (Dekaliter)	500 000
Fisch (Tonnen)	15 000

IX. Moldauische Sozialistische Sowjet-Republik:

Elektrische Kraft (kWh)	60 000 000
Geschlagenes Bauholz (cbm)	70 000
Schuhwerk (Paar)	1 450 000
Strümpfe (Paar)	7 830 000
Wein (Dekaliter)	3 000 000
Konserven (Einheitsdosen)	65 000 000
Pflanzenöl (Tonnen)	25 000
Butter (Tonnen)	1 100
Fleisch (Tonnen)	10 500
Gekörnter Zucker (Tonnen)	14 000
Fisch (Tonnen)	1 500

X. Lettische Sozialistische Sowjet-Republik:

Elektrische Kraft (1000 kWh)	275 000
Torf (Tonnen)	564 000
Papier (Tonnen)	34 000
Geschlagenes Bauholz (cbm)	4 500 000
Fensterglas (qm)	900 000
Zement (Tonnen)	270 000
Baumwollstoffe (Meter)	25 000 000
Schuhwerk (Paar)	1 660 000
Butter (Tonnen)	18 000
Fleisch (Tonnen)	28 000
Gekörnter Zucker (Tonnen)	34 000
Alkohol (Dekaliter)	1 700 000
Fisch (Tonnen)	20 000

XI. Kirgisische Sozialistische Sowjet-Republik:

Kohle (Tonnen)	1 600 000
Erdöl (Tonnen)	80 000
Elektrische Kraft (kWh)	180 000 000
Baumwollstoffe (Meter)	690 000
Seidenstoffe (Meter)	920 000
Wollstoffe (Meter)	500 000
Strümpfe (Paar)	3 550 000
Schuhwerk (Paar)	920 000
Zucker (Tonnen)	75 000
Fleisch (Tonnen)	17 000
Butter (Tonnen)	1 400

XII. Tadschikische Sozialistische Sowjet-Republik:

Kohle (Tonnen)	440 000
Erdöl (Tonnen)	60 000
Elektrische Kraft (kWh)	180 000 000
Zement (Tonnen)	15 000
Baumwollstoffe (Meter)	17 800 000
Seidenstoffe (Meter)	5 100 000
Strümpfe (Paar)	4 140 000
Schuhwerk (Paar)	1 370 000
Pflanzenöl (Tonnen)	10 000
Fleisch (Tonnen)	8 300

XIII. Armenische Sozialistische Sowjet-Republik:

Elektrische Kraft (kWh)	860 000 000
Automobilreifen	180 000
Superphosphate (Tonnen)	15 000
Kaustische Soda (Tonnen)	12 000
Metallverarbeitende Werkzeugmaschinen	500
Zement (Tonnen)	120 000
Fensterglas (qm)	300 000
Baumwollstoffe (Meter)	44 800 000
Seidenstoffe (Meter)	2 600 000
Wollstoffe (Meter)	400 000
Strümpfe (Paar)	15 400 000
Schuhwerk (Paar)	2 550 000
Pflanzenöl (Tonnen)	6 000
Zucker (Tonnen)	6 500
Wein (Dekaliter)	2 000 000
Fleisch (Tonnen)	8 400
Butter (Tonnen)	800

XIV. Turkmenische Sozialistische Sowjet-Republik:

Kohle (Tonnen)	60 000
Erdöl (Tonnen)	1 104 000
Elektrische Kraft (kWh)	150 000 000
Superphosphate (Tonnen)	50 000
Zement (Tonnen)	40 000
Fensterglas (qm)	2 000 000
Baumwollstoffe (Meter)	22 000 000
Wollstoffe (Meter)	820 000
Seidenstoffe (Meter)	825 000
Strümpfe (Paar)	3 100 000
Schuhwerk (Paar)	1 470 000
Büchsenfleisch (Einheitsdosen)	4 000 000
Fleisch (Tonnen)	7 000
Butter (Tonnen)	400
Pflanzenöl (Tonnen)	20 000
Salz (Tonnen)	160 000

XV. Estnische Sozialistische Sowjet-Republik:

Elektrische Kraft (kWh)	395 000 000
Schiefer (Tonnen)	8 410 000
Torf (Tonnen)	319 000
Papier (Tonnen)	35 000
Geschlagenes Bauholz (cbm)	2 050 000
Zement (Tonnen)	160 000
Fensterglas (qm)	1 400 000
Baumwollstoffe (Meter)	121 400 000
Butter (Tonnen)	9 000
Fleisch (Tonnen)	20 000
Alkohol (Dekaliter)	600 000
Fisch (Tonnen)	20 000

XVI. Karelo-finnische Sozialistische Sowjet-Republik:

Elektrische Kraft (kWh)	320 000 000
Geschlagenes Bauholz (cbm)	11 000 000
Geschnittenen Bauholz (cbm)	880 000
Papier (Tonnen)	142 000
Fensterglas (qm)	275 000
Zement (Tonnen)	10 000
Fisch (Tonnen)	15 000

Das Gesetz schließt wie folgt:

„Der Ministerrat der Sowjet-Union wird hiermit angewiesen:

- a) die wirtschaftlichen Fünfjahrespläne der individuellen Ministerien und Departements der Sowjet-Union auf der Grundlage des angenommenen Fünfjahresplans zum Wiederaufbau und zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Sowjet-Union zu prüfen und zu billigen;
- b) eine systematische Überprüfung der Durchführung des Fünfjahresplans für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft der Sowjet-Union zu organisieren; und
- c) weitestgehende Mitarbeit der Arbeiter, Bauern und Intellektuellen bei der Durchführung des Fünfjahresplans auf der Grundlage der „Sozialistischen Emulation“ im Hinblick nicht nur auf die Erfüllung, sondern auf die Übererfüllung des Fünfjahresplans für den Wiederaufbau und die Entwicklung der Volkswirtschaft sicherzustellen.“

gezeichnet N. Schwernik  
(Präsident des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjet-Union)

gezeichnet A. Gorkin  
(Sekretär des Präsidiums des Obersten Sowjets der Sowjet-Union)

Moskau, Kreml, 18. März 1946.



## Vergleichsunterlagen

## Vergleichszahlen für die Produktion früherer Jahre in der Sowjet-Union

	1913	1934	1937/38	1940	1950 (geplant)
Elektrizität (in Millrd. kW)	19,5	25,9	39,6	164,7	82,0
Kohle (in Millionen Tonnen)	29,1	93,9	132,9	x	250,0
Eisen (in Millionen Tonnen)	4,2	12,5	14,5	x	19,5
Stahl (in Millionen Tonnen)	4,2	9,7	17,7	x	25,4
Papier (in Millionen Tonnen)	x	x	0,8	x	1,4
Zement (in Millionen Tonnen)	x	x	x	x	10,5

## Vergleichszahlen für die Produktionen anderer Länder

	Polen		Tschechoslowakei		Frankreich		Vereinigte Staaten						
	1938	1949 (geplant)	1946	1948 (geplant)	1946	1950 (geplant)	1925	1930	1932	1935	1937	1938	1944
Elektrizität (in Millrd. kW)	3,9	8,0	x	x	23,5	37,5	65,7	x	x	x	121,8	x	230,7
Kohle (in Millionen Tonnen)	38,1	80,0	34,0	40,6	50,0	65,0	581,0	x	x	x	497,3	x	683,7
Eisen (in Millionen Tonnen)	0,8	1,3	x	x	x	x	x	34,7	9,5	23,2	40,4	20,7	61,0
Stahl (in Millionen Tonnen)	1,4	2,0	1,6	2,2	4,2	11,0	x	53,5	29,0	29,1	56,6	31,8	89,6
Zement (in Millionen Tonnen)	1,7	2,0	x	x	3,0	13,5	x	x	x	x	x	x	x

x = Zahlen liegen nicht vor

## Die Produktionsentwicklung in den Vereinigten Staaten

	Monatsdurchschnitt vor dem Krieg (1935—39)	Monatliche Durchschnittsproduktion 1. Vierteljahr 1946	Mai 1946	Juli 1946 oder August 1946	(1)
Gesamtindex der Industrieproduktion	100	160	160	176	(2)
Energiewirtschaft					
Kohle (1000 t)	45 543	58 617	25 259	60 274	(2)
Elektrizität (Milliarden Kilowattstunden)	14	17,5	17,7	18,6	(1)
Metallindustrie (1000 t)					
Eisen	4 672	2 739	2 275	4 705	(1)
Stahl	6 903	3 924	4 072	6 895	(2)
Maschinenindustrie					
Kraftfahrzeuge (1000 Einheiten)	381	107	228	347	(2)
Verschiedene Industrien					
Kühlschränke (1000 Einheiten)	309 (1940)	98	196	218	(2)
Baumwollwaren (Millionen Yards)	860	757	770	737	(2)
Transportwesen					
Gesamtindex	100	186	160		



## Die französische Literatur der letzten zwanzig Jahre

Von Fred von Hoerschelmann

Vielleicht in höherem Maße, als es bei den Literaturen der anderen Völker der Fall ist, wohnt der französischen Literatur eine starke Eigengesetzlichkeit inne, derzufolge der bloß funktionale Charakter einer Abhängigkeit von politischen und sozialen Gegebenheiten zugunsten einer aus spezifisch literarischen Impulsen gespeisten Lebendigkeit vermindert ist. Es besteht keine eindeutige Proportion zwischen der Literatur und jenen materiellen Bedingungen, jenen aus dem Historischen und Soziologischen entspringenden Anschauungs- und Verhaltensweisen. Die Tatsache etwa, daß ein großer Teil der französischen Jugend sich die Ideenwelt des Kommunismus zu eigen gemacht hat, dokumentiert sich auf dem Gebiet des literarischen Schaffens auch nicht durch ein einziges Werk von Rang — es sei denn in negativem Sinne in der allerdings auch vom katholischen Lager gehandhabten Kritik der bürgerlichen Werte und der Beschreibung des sich hier vollziehenden Zersetzungs Vorganges.

Die ihrem eigenen Gesetz folgende spirituelle Dynamik der französischen Literatur spielt sich vor allem in zwei Grundtendenzen aus, die in immer neuen und anscheinend unerschöpflichen Modifikationen miteinander in ein Verhältnis des Gegensatzes oder der Angleichung treten: auf der einen Seite das Maß, das sinnvolle Beharren, die Tradition, die Schlichtheit, auf der anderen Seite das starke Gefühl, das Bunte, die Erneuerung, das Märchen, das Kostüm. Zu dieser Polarität gesellt sich eine hohe Empfänglichkeit für die persönliche Ausstrahlung der großen Künstler, eine Sensibilität für das Vorbildliche, ob dieses nun in bestimmten Schöpfungen der Vergangenheit oder im sich vollendenden Werk eines Zeitgenossen gefunden wird. Eine solche Hinwendung zu Tradition und Vorbild ist auch gegenwärtig vorhanden, obwohl die einstmals geübte Gruppenbildung, der Zusammenschluß zu „Richtungen“, heute kaum mehr wahrzunehmen ist.

In der vielfältigen Problematik des hier behandelten Zeitabschnittes gibt es ein Grundthema, das immer wieder aufklingt, mitunter verhüllt und kaum angedeutet, dann wieder in seiner ganzen Schwere erfasst und ausgesprochen: den Verlust der Transzendenz, das „Verschwinden Gottes aus der Welt“, und die dadurch grundsätzlich veränderte Situation des Menschen.

### Die ältere Generation

#### *Der Surrealismus*

Am Ende des ersten Weltkrieges standen allenthalben eine Anzahl lärmender Bewegungen im Vordergrund des literarischen Lebens. Im Bewußtsein, daß die Welt aus den Fugen sei, betrachteten sie es als die letzte Aufgabe des Dichters, den Mitlebenden die Fetzen dieser Welt um die Ohren zu schlagen oder mit den bunten Stücken und Splittern Fangball zu spielen. Es war eine teils höhnische, teils fromme, teils verzweifelte Negation des Bestehenden, die ihre Kraft aus dem Protest bezog. Der Surrealismus, der die Reihe dieser im wesentlichen auf spielerischer Destruktion beruhenden Richtungen zusammenfaßte und zugleich abschloß, berief sich jedoch von Anfang an mit aller Bestimmtheit auf ein Positives. Dieses Positive war das Unbewußte. Die Außenwelt schien versagt zu haben, ihre angebliche Vernunft hatte sich selbst widerlegt — was blieb, waren die innere Welt, das Irrationale, der Traum. André Breton erklärte 1924 in seinem ersten Manifest: „Surrealismus ist

jener automatische seelische Vorgang, durch den man strebt, das wirkliche Funktionieren des Denkens mündlich oder schriftlich oder sonstwie auszudrücken.“ Es handelt sich hierbei um die Mächtigkeit der Träume, das uninteressierte Gedankenspiel, um „gewisse, bisher vernachlässigte Assoziationsformen“. Die Kontrolle der Vernunft, jegliche moralische oder ästhetische Befangenheit sind dabei auszuschalten. Der Surrealist widerrät dem Menschen, aus bloßer Selbsterhaltung vor jenen verschlossenen Türen haltzumachen, die ihm das verbergen, was sich jenseits der Wirklichkeit, der Vernunft und der Liebe befindet.

Als ein besonders wichtiges Element des Surrealismus erscheint der Humor. Bei Renéville heißt es: „Humor als die unerwartete Gleichgewichtsstörung der logischen Denkbedingungen entsteht am ehesten dadurch, daß die Vorstellung einer Finalität verschwindet. Der unvermittelt um ein seiner eigentlichen Natur fremdes Konzept erleichterte Geist findet die Verfügung über eine Freiheit wieder, die er seit der eigenen Kindheit aus seinem Kontakt mit der realen Welt verbannt hatte.“

Als dichterischer Vorläufer des Surrealismus erkennt Breton nur einen einzigen an: den geheimnisvoll meteorhaften Isidore Ducasse (1846 bis 1870), der sich Comte de *Lautréamont* nannte und dessen Leben fast gar keine biographischen Spuren hinterlassen hat. Sein Werk „*Les Chants de Maldoror*“ (1869) besteht aus Visionen von furchtbarer Kraft, wie im Halbtraum niedergeschrieben: obszöne und blasphemische Gesänge eines fanatischen Gotteshasses, eisiger Verzweiflung, einer Rebellion kosmischen Ausmaßes, voll schauerlicher Grausamkeiten. Dieses alles, ein wüstes wolkiges Gewoge von Anrufungen und Bildern, ist zu einer Sprache von beinahe schalkhafter Präzision verdichtet. Lautréamont bedeutet den Surrealisten das einzige Beispiel eines wahrhaft freien menschlichen Bewußtseins, das fähig ist, die Logik zu entmachen.

Die surrealistische Dichtung, die ein freies Strömen der Bilder erstrebt, bedarf keiner Versmaße und Strophenformen. Das unbewußte Denken spült Worte und Sätze der banalsten Alltagssprache herauf neben Gebilden aus Nacht und Traum. Die Satzzeichen verschwinden völlig. Eine magische Welt, in der die Kausalität aufgehoben ist.

Im Gegensatz zu Deutschland, wo die ähnliche Bewegung des literarischen Expressionismus um 1925 abgeblasen wurde, hat sich der Surrealismus in Frankreich bis heute halten können. Er verlor zwar im Laufe der Zeit seine dogmatische Schärfe, schlug dann einige weitere Brücken zur Vergangenheit, indem er Nerval, Blake, Rimbaud, Hölderlin, Novalis und Franz Kafka unter seine Ahnen aufnahm, und ist gegenwärtig, wo allerdings von einer eigentlichen surrealistischen Bewegung nicht mehr gesprochen werden kann, durchaus nicht als tot zu bezeichnen. Die Lockerung, die er ins Gefüge der dichterischen Sprache brachte, die Spontanität seiner Einfälle, sein Schweben zwischen unwägbarer Melancholie und undeutbarer Heiterkeit, seine Buntheit und seine Fülle übten auch auf jene ihren Einfluß aus, die sich nicht unmittelbar zu ihm zählten. Seine formende Kraft hat er an einer Anzahl sehr begabter, ja großer Lyriker bewiesen, von denen freilich die wenigsten ihm endgültig treu geblieben sind. André Breton selbst hat nach seiner Rückkehr aus dem Exil einen neuen Band „*Atcane* 17“ (1946) veröffentlicht, worin er die mit „*Les Champs magné*



tiques“, „Clair de Terre“, „Les Vases communicants“ begründete surrealistische Doktrin fortführt. Ein ähnlicher Vorgang wie bei Lautréamont, der Gott in einen wüsten Dämon verwandelte, um ihn hassen zu können, vollzog sich bei Henry Michaux (1899), der noch in „Epreuves, Exorcismes“ (1946) die Bewegung der Außenwelt zu einem Ansturm schimärischer Gestalten umbildete, um sie sich durch die Beschwörung des Gedichtes fernhalten zu können. Von ihm sind noch „Le Rêve et le Jambe“, „La Nuit des Assassinats“ und „Un certain Plume“ (1931) zu nennen. Philippe Soupault (1897), der einige Werke mit Breton gemeinsam geschrieben hat, hat außer eigenem: „Rose de Vents“, „L'Invitation au Suicide“, das unlängst erschienene Gesamtwerk Lautréamonts eingeleitet und herausgegeben.

Neben Tristan Tzara und René Char, in dessen Versen Bild und Emotion aufs stärkste komprimiert erscheinen, steht Louis Aragon (1897), der, nach bizarren Anfängen die kraftvollen, elastischen Strophen seiner Rußland-Gedichte veröffentlichte: „Hourra L'Oural“ (1934). Er schuf sein ergreifendstes Werk in „Le Crève-Coeur“, Gedichte, in denen eine heiße Liebe zum eigenen Volk sich ausspricht.

Die Verse Paul Eluard (1895) hatten bereits in den ersten Anfängen, zusammengefaßt in „Capitale de la Douleur“ (1926), einen unverkennbaren Eigenklang, der auch noch in seinem letzten Werk, „Poésie Ininterrompue“ (1946), deutlich zu vernehmen ist. Eluard besitzt die Unschuld des Wortes. Gide spricht von einer „diffusen Aureole, die die Worte dieser Verse umgibt“. Seine Dichtung ist in hohem Grade unmittelbar, sie beruht auf einem äußerst zarten Linienfluß und einer Transparenz des Wortes, die Eluards eigenstes und ausschließliches Geheimnis ist. Durch seine Hinwendung zum Menschlichen, als während des Krieges „seine Einsamkeit der unendlichen Anwesenheit der Menschen“ wich, gewann er eine Reinheit der geistigen Existenz und eine so leuchtende Schlichtheit seiner Ausdrucksmittel, daß er heute wohl als der bedeutendste der gegenwärtigen französischen Dichter bezeichnet werden darf.

Nur vorübergehend hat Jean Cocteau (1889) den Surrealismus gestreift. Außer zahlreichen Verbänden, die bis 1909 zurückreichen, hat er mit „Les enfants terribles“ (1929) den Liebesroman eines eigenwilligen Geschwisterpaares in einem einprägsamen Hell-Dunkel geschildert. Gegenwärtig schreibt Cocteau in der Hauptsache Filme. „L'Eternel Retour“ und „La Belle et la Bête“ waren von ihm. Den gleichen Weg vom Surrealismus zum Film hat der fröhliche und aggressive Anarchist Jacques Prévert eingeschlagen. Obgleich er bereits seit 1931 durch seine in verschiedenen Zeitschriften veröffentlichten Verse überaus bekannt und unter den Studenten des Quartier Latin sogar berühmt war, erschien erst 1946 eine Sammlung seiner Arbeiten („Paroles“). Es sind Wort- und Sinnsprüche von liebenswürdigster Absurdität.

#### Proust und der psychologische Roman

Während die dreißigjährigen Surrealisten ihrer Jagd nach dem Irrationalen nachgingen und dabei bisher unbekannte Gegenden der Dichtkunst entdeckten, beherrschte die ältere Generation noch für geraume Zeit das Feld. Sie hatte ihre eigene Form und ihre besondere Haltung, die man am ehesten als sensualistische Intellektualität kennzeichnet, bereits um die Jahrhundertwende gefunden und seitdem ausgebildet. Die Epoche zwischen den beiden Kriegen verdankt ihr die repräsentativen Gestalten eines Proust, Valéry und Gide.

Marcel Proust (1871 bis 1922) sagt einmal, gute Bücher seien Kinder nicht des Tageslichtes und der geselligen Unterhaltung, sondern der Dunkelheit und des Schweigens. Die sechzehn Bände seines Lebenswerkes „A la Recherche du Temps perdu“ (erschieden 1919 bis 1927) sind im stoffbespannten, versperrten, verdunkelten Krankenzimmer beim Lichte einer Tag und Nacht brennenden Lampe im Laufe von nahezu zwanzig Leidensjahren entstanden. Eine unendlich gesteigerte Sensibilität, die kein anderes Objekt hat als das Gedächtnis und kein anderes Anliegen, als den Spuren, die dreißig mühsam verbrachte Jahre in diesem Gedächtnis hinterlassen haben, bis in die tiefsten und dunkelsten Winkel der Seele zu folgen. Wichtig sind nicht

die Gestalten einer versinkenden Gesellschaft — „ein Volk von Müßiggängern und Dienern“, wie Claudel die Bevölkerung des Proustschen Lebenswerkes einmal nennt —, wichtig ist allein das Ich, in dem sich diese Umwelt spiegelt. Es ist eine Art Zeugungsakt, der sich zwischen der Intelligenz und einer gestaltlosen Vergangenheit vollzieht, und es sind winzige Nuancen der Dinge, der Gesichter und Begegnungen, die da auftauchen, — etwas Fluktuierendes, unendlich Wechselvolles — perlmutternes Licht, vom Meer ins Hotelzimmer gespiegelt, drei Bäume, die am Wege nach Baalbek stehen.

In gewissen Augenblicken des Lebens sind wir mit den Kräften der Tiefe in Kommunikation getreten. Diese Erleuchtung eines Moments, der dadurch Ewigkeitscharakter gewinnt, ist eine Art mystischer Ekstase, die an die Stelle eines Gotteserlebnisses tritt. Die Spuren dieser Momente sind es vor allem, denen Proust nachgeht.

In einer subtilen Sprache, deren Satzperioden sich manchmal über eine ganze Seite erstrecken und in deren Maschen sich kunstvolle und erlesene Dinge zusammenfinden, vollzieht sich eine Innenschau, die vor nichts zurückschreckt und sich auf ihrem Wege zur Vollendung langsam zu einer großen Konfession steigert.

Im Verhältnis zu dem Eindruck, den dieses Werk auf die Zeitgenossen machte, war sein Einfluß nicht sehr stark. Tatsächlich hat Proust, vielleicht weil er zugleich der Entdecker und der Vollender seiner Methode ist, nur eine geringe Nachfolge gefunden, und zwar mehr in den angelsächsischen Ländern als in Frankreich. Bestimmte Einzelheiten, wie zum Beispiel der Begriff des heterogenen Ichs, wurden von ihm entlehnt (Jean Prévert, Ramon Fernandez). Hier wäre Marcel Arland (1899) zu nennen, der in seinem Vorwort zu „La Route obscure“ (1924) schreibt: „... so ist jede dieser Seiten der Versuch, einen Moment meiner Unstetigkeit festzuhalten...“ Aber auch Arland geht bald seine eigenen Wege. Bereits in „L'Ordre“ schildert er das egoistische und ehrgeizige Leben eines Mannes der damaligen Nachkriegszeit mit durchaus eigenem Ton, den er auch später beibehält („Les plus Beaux de nos Jours“, 1937).

Zweifelloos ist Prousts Beispiel in der immer häufiger werdenden Erzählungsform in der ersten Person wirksam geworden, einer Form, die es gestattete, die kompositionelle Künstlichkeit der objektiven Darstellungstechniken zu vermeiden. Es gibt kaum einen Autor der Gegenwart, der diese Form nicht angewandt hätte. Ein weiteres Mittel, das innere Leben der Gestalten so exakt wie möglich wiederzugeben, wurde im sogenannten „inneren Monolog“ gefunden, der bereits 1887 von E. Dujardin in „Les Lauriers sont coupés“ zum ersten Mal verwendet, später im Ulysses von Joyce weiter ausgebaut wurde. Zu Beginn der zwanziger Jahre wurde häufig mit dieser Form experimentiert: Valéry Larbaud verwandte sie in „Amants heureux Amants“, L.-P. Fargue in „Espaces“, Ribemont-Dessaignes, Jouve und eine Reihe von anderen nahmen sie auf. Der innere Monolog sucht das intime Wesen einer Person dadurch zu schildern, daß der Strom von Gedanken, Worten, Bildern und Empfindungen, die das innere Leben eines Menschen bilden, unmittelbar dargestellt wird — eine Technik, die in der allerletzten Zeit sehr häufig verwendet wird (Sartre). Auch der Versuch J.-R. Blochs, in dem Roman „La Nuit Kurde“ eine als „Simultaneismus“ bezeichnete Technik zu entwickeln, die es gestattet, das von den Figuren der Erzählung Gedachte, Gesagte und im Unterbewußtsein Geträumte gewissermaßen als Akkord gleichzeitig auszudrücken, ist ein Zeichen für das Verlangen den Menschen in seiner Totalität zu erfassen.

Das kindliche Seelenleben wird in steigendem Maße zum Stoff des Romanes. Roger Martin du Gard („Les Thibault“ I.), André Maurois („Méïpe“, 1926). Hellens („Le Naïf“, 1926), Jules Supervielle („Le Voleur d'Enfants“, 1926, und „Boire à la Source“, 1933) sind nur einige Beispiele. Häufig finden sich die Versuche, ins Seelenleben der Tiere einzudringen: die zahlreichen Tiergeschichten der Colette, Maurice Genevoix „Rouï“ (1931) seien hier aus zahlreichen anderen herausgegriffen. Ein neues Gebiet des psychologischen Romanes



war unter dem Einfluß von Dostojewskij und Maxim Gorkij für Frankreich von Charles-Louis *Philippe* erschlossen worden, die Schicht der sozial Entwurzelten. Zum ersten Mal erscheinen die Gestalten der Unterwelt nicht im romantischen Kostüm wie bei Hugo und Sue. Der aufmerksame Beobachter und Schilderer einer Welt von Gaunern, Prostituierten und Zuhältern ist Francis *Carco* (1886), der in seinen Romanen und Erzählungen „Jésus-la-Caille“, „Traduit de l'Argot“ und vielen anderen immer nur dieses eine Thema abwandelt. Im Exil schrieb er „Nostalgie de Paris“ (1946). Auch die Seelen fremder Völker werden Gegenstand erzählender Prosa. J.-R. *Bloch* schildert in „Levy“ ebenso wie die beiden Brüder *Tharaud* in einer Reihe von Romanen die Probleme des jüdischen Volkes.

Es fällt indessen auf, daß der größere Teil dieser Romane noch durchaus in der traditionellen Form abgefaßt ist und eher nach dem Vorbild der Madame Bovary und eines Julien Sorel blickt als nach dem jungen Marcel in Prousts großem Werk.

So ist auch das gesamte Romanwerk von Julien *Green* (1900), so neu und eigenwillig die innere Atmosphäre dieser Romane auch sei, im äußeren Aufbau und der Erzählertechnik durchaus konservativ zu nennen. Greens Gestalten haften in einer Welt der Finsternis, der Angst, des Schweigens und der Geheimnisse. Es sind Besessene. Sie alle haben einen Gedanken, der sie dazu führen soll, das Gesetz ihres eigenen Lebens zu finden, aber unter der zurückstoßenden Gewalt der Außenwelt wird dieser Gedanke zu einer fixen Idee, in der sie sich verirren, bis schließlich die immer größer und gefährlicher um sie anwachsende Nacht sie verschlingt. „Adrienne Mesurat“ (1927), das Mädchen, das einer blinden und gequälten Liebesleidenschaft Freiheit schaffen will und den eigenen Vater tötet, ist eine der einprägsamsten Gestalten des neueren französischen Romans. Die gleiche Daseinsangst herrscht in den anderen Romanen „Mont-Cinère“ (1926), „Leviathan“ (1929), „Epaves“ (1934), „Minuit“ (1936) und „Varouana“ (1940). Im dritten Bande der Tagebücher (Journal III, 1946) wendet Green sich der katholischen Kirche zu. In welcher Weise sich diese Veränderung im erzählenden Werke Greens auswirken wird, ist noch nicht abzusehen. Sein neuester Roman, „Si j'étais vous“, der zur Zeit in einer Wochenschrift erscheint, läßt eine solche Änderung noch nicht erkennen.

Bei Louis-Ferdinand *Céline* schlagen die hochgezüchtete Form und die sorgsam kultivierte impressionistische Technik des Ich-Romans in ihr Gegenteil um, in den brutalen Bericht einer heillosen Entblößung. Diese Lebensbeichte trägt den Namen „Voyage au Bout de la Nuit“ (1932) und „Mort à Crédit“ (1936); ihr folgt 1938 der Roman „Bagatelles pour un Massacre“. Hier ertönt zum ersten Mal jene laute, häßliche, lustig-verzweifelte Stimme, die dem penetranten Ton einer gestopften Trompete ähnelt und die fortan nicht mehr aus dem Orchester der französischen Literatur weichen will. Es wird die planlose Wanderung eines Verzweifelten durch eine besudelte und sich zersetzende Welt geschildert. Einmal spricht Céline es aus: die Güte sei der Schlüssel der Welt. Wenn Güte da wäre, so wären alle finsternen Rätsel gelöst, alles würde schön und in Ordnung. Aber es gäbe keine Güte.

Céline ist heute verstummt. Es heißt, daß er in der Schweiz, geistig zerrüttet, seinem Ende entgegengehe. Aber in seiner lauten Verhöhnung der Welt und in Julien Greens Gestalten, die von einer quälenden Daseinsangst in den Untergang gejagt werden, ist bereits das meiste von dem vorgegenommen, was heute als „Littérature noire“ und Existentialismus Mode geworden ist. Die Seele des modernen Menschen, deren transzendente Beziehung gestört ist, hat zur Außenwelt nur noch die Beziehung einer grenzenlosen Entfremdung. In ihren von Gott verlassenen Räumen nisten sich Gespenster ein.

#### Valéry, Gide und der sensualistische Intellektualismus

Die Abwesenheit Gottes wurde bei Proust durch die Erleuchtungsmomente seiner rückgewandten Innenschau kompensiert. Paul *Valéry* (1871 bis 1945) geht weiter. Bereits in „La Soirée avec M. Teste“ (1896) drückt sich ein höchst

modernes Begehren aus: sich um keinen Preis zu irren — selbst dann nicht, wenn der Weg des Denkens ins Leere münden sollte, und in einem Gedicht wird es ausgesprochen, „daß das Universum nur ein Defekt an der Reinheit des Nicht-Seins ist“. Valérys Denken ist wie ein Spielen und ganz illusionslos — es weiß, daß sein Sieg über Zufall, Unordnung und Nacht höchst fragwürdig bleibt. Valérys Dichtungen, ein Wunder an bildhafter, gedankenheller und dabei doch völlig rätselhafter Tiefe, kommen von Mallarmé her und stehen in ihrem spröden Klassizismus allen Zeitströmungen fern. Nach den Verbänden „Narcisse“ (1890), „La jeune Parque“ (1917), „Charmes“ (1920) folgten Aufsätze in Prosa: „L'Âme et la Danse“ und „Eupalinos ou l'Architecte“, 1946 aus dem Nachlaß „Mon Faust“, zwei unvollendete dramatische Werke, die sich, wie alles bei Valéry, darstellen als das Erzeugnis „einer geistigen Kraft, die sich in der Begierde erschöpft, sich selbst zu erkennen“. Die stärksten Anregungen, die die gegenwärtige Literatur von der älteren Generation empfangen hat, sind zweifellos von André *Gide* (1869) ausgegangen. Sein Werk, von der „Voyage d'Urien“ (1893) bis „Thésée“ (1946) umspannt einen Zeitraum von mehr als fünfzig Jahren. Die Impulse, die von allen Stellen dieses Werkes ausgegangen sind, die neuen Gedanken, die Vorbilder neuer Formprinzipien, sind vielfältig und kaum zu zählen. War es einmal der Moralist Gide, der bereits in den „Nourritures Terrestres“ (1897), einer Art Handbuch der Selbstbefreiung, die Verachtung der Konvention lehrte, indem er die Bindungen zu Familie, Staat und Religion auflöste, so war es der große Stilist, dessen höchstes Geheimnis die Einfachheit der Mittel ist: „Die klassische Vollkommenheit ist nur zu erreichen“, meint er, „wenn das Wort sich dem Satz unterordnet, der Satz der Seite und die Seite dem ganzen Buch“; war es der Psychologe, der in den Erzählungen „La Porte étroite“ (1909), „L'Immoraliste“ (1902), „L'École des Femmes“ (1929) und „Geneviève“ (1936) sichtbar wird, so war es auch der höchst moderne Erfinder der „grund- und zwecklosen Handlung“, des „acte gratuit“ der „Caves du Vatican“; war es der Schöpfer des „roman pur“, einer Kunstform, wie sie am deutlichsten in den „Faux-Monnayeurs“ (1926) formuliert wird, so war es auch der Unerschrockene, der in „Corydon“, „Si le Grain ne meurt“ und in den „Faux-Monnayeurs“ in bislang verfeimte Gebiete der abwegigen Liebe eindrang; war es der Reisende, der in „Voyage du Congo“ und „Le Retour de Tschad“ (1925/27), in „Retour de l'URSS“ und „Retouches à mon Retour de l'URSS“ (1936/37) seine Beobachtungen mitteilte, so war es endlich auch der Weise, dessen heitere ruhige Skepsis die Alterswerke erhellt. In diesen und in manchen anderen Formen hat man das Sinnhaltige und Vorbildliche dieser großen Persönlichkeit zu erfassen gesucht.

Noch mit sechzig Jahren war er, wie R. Fernandez es sprach, „für uns das lebende Beispiel eines Mannes, der sich unablässig jeder Definition entzieht. Und dieses nicht aus eitler Akrobatik, sondern durch das Jugendliche seiner Sinne und seines Geistes“. Heute, wo Gide die Fortsetzung seiner Tagebücher, den Abschnitt 1939—1942, im „Journal“ (1946) veröffentlicht, wird diese Gabe von allen, außer vielleicht von den Jüngsten, mit Ehrfurcht empfangen. Sein bisher letztes Werk, „Thésée“ (1946), endet mit einem Gespräch zwischen Theseus und Oedipus, dem Blinden. Oedipus spricht von einer neuen Welt, die sich ihm erschlossen hat, von den „unendlichen Perspektiven der inneren Welt“, welche die wahre Welt sei. Demgegenüber besteht Theseus darauf, „ein Kind dieser Erde“ zu bleiben. Es genügt ihm, sich zu sagen, daß er sein Werk geschafft habe und daß dank seiner „die Menschen sich glücklicher, besser und freier finden werden“. In André Gides Werk herrscht eine heidnische Klarheit, in der Sinnenfreude und Skepsis zueinander finden. Gott ist zwar verschwunden, aber die Schatten vieler schöner Götter liegen noch auf der Erde und die große Verfinsterung hat noch nicht begonnen.

Im Bannkreis dieses Geistes finden sich eine Anzahl beachtlicher Erscheinungen. Wie eine Übersteigerung Gideschen Denkens mutet Henry de *Montherlant* (1896) oftmals



an. „Man soll dem Schöpfer deshalb verzeihen, weil er darin die Wollust geschaffen hat“ („Fontaines“). „Immer, wenn ich von einem Akt des Genusses zu einem Akt des Verstehens übergehe, habe ich den deutlichen Eindruck, daß ich von der Weisheit zum Wahnsinn übergehe. Solange ich genieße, besitze ich die Realität ohne jeden Zweifel und jeden Hintergedanken.“ („La Petite Infante de Castille“).

Montherlant verherrlicht die physische Kraft und den Kampfgeist, er preist den Sport und den Krieg. Seine fanatische Diesseitigkeit kennt nur eine Bedrohung: den Überdruß, der hinter allen Sensationen des sinnlichen Abenteuers steht. Gides skeptischer Pessimismus nimmt bei ihm die Form von Grausamkeit an. „Les Bestiaires“ (1925) ist ein Stierkampfroman. Nach der Sittenschilderung der „Célibataires“ (1934) folgt der Briefroman „Les Jeunes Filles“ (1936), dem sich „Pitié pour les Femmes“ (1937) anschließt. Hier wird in subtiler Seelenzergliederung die Beziehung zwischen einem egozentrischen Manne und seinen Geliebten beschrieben. Ein eiskalter, klarer Zynismus beherrscht diese bösen Analysen. „Was geht mich die Humanität an?“, sagt Costals, der Held dieser Romane. Es sind glitzernde Kreise, die Montherlant um das Leere zieht. Als die Verheißung für jeden, der die Fesseln seiner Umgebung zerbricht, lobt er das Reisen. Es bedeutet für ihn „die Wollust des Leeren“. „In diese Leere werfe ich meine Zukunft. Ich habe nichts! — welch einen Schwung geben einem diese Worte.“

Vom gleichen Dämon der Unruhe durch die Welt getrieben, aber ohne Liebe zum schönen Schein und mit einer Leidenschaft für die Härte der politischen Realität sucht André Malraux, Revolutionär und Archäologe, das Leben in den Brennpunkten der geschichtlichen Erscheinungen. Sein Denken ist von einer Art ethischer Besessenheit diktiert. Er ist 1901 geboren. Während des chinesischen Bürgerkrieges und während der spanischen Kämpfe befand er sich auf der Seite der Revolution. „La Tentation de l'Occident“ (1926), „Les Conquérants“ (1928), „La Voie Royale“ (1930), „La Condition humaine“ (1933), „Le Temps du Mépris“ (1935) und „L'Espoir“ (1937) sind der literarische Niederschlag dieses bewegten Lebens. Malraux weiß, daß der Hintergrund jeder Geste, das Gewicht der Dinge, die geheime Triebkraft der Welt eigentlich der Tod ist und daß es nur einen Ausgang aus der Verzweiflung und der Unruhe gibt: die Tat. Am Ende, nachdem er über ein Jahrzehnt brüderlicher Mitkämpfer auf der Seite der Revolution und des Kommunismus gewesen war, hat er heute die Beziehung zur kommunistischen Internationale abgebrochen. In seinem letzten Werk, „La Lutte avec l'Ange“, von dem bisher der erste Band, „Les Noyers de l'Altenburg“ (1948), erschienen ist, befindet er sich auf der Suche nach totaler Wahrheit. Der Held des Buches sagt zum Schluß: „Ich bin im Begriffe, ein Geheimnis zu entdecken, das einfach und heilig ist“. Im Gespräch sagt Malraux: „Es gibt nur eine Antwort auf das Problem der Bedingungen des Menschen: den Katholizismus. Aber ich glaube nicht an diese Antwort“. Die große und dichte Sprache seines Werkes, die Schöpfung eines Sprachstiles, den man als einen „Lyrismus der Willenskraft“ bezeichnen kann, bestimmen Malraux' Platz unter den ersten Schriftstellern dieser Zeit.

Die Reihe der Weltfahrer und Abenteurer in der französischen Literatur ist kaum zu übersehen. Neben Valéry Larbaud (1881), dem Kosmopoliten von hoher Kultur, der zuletzt in „Jaune, bleu, blanc“ (1929) und „Aux Couleurs de Rome“ (1938) Meisterwerke der Beschreibung gab, ist der weniger mondäne, dafür impulsivere, kraftvollere Blaise Cendrars (1887) in erster Linie zu nennen, ein Realist und Zyniker, versessen auf Abenteuer, Begegnungen, Frauen, fremde Erdteile, Jagden und seltsame Menschen. „Le Plan de l'Aiguille“ (1929), „Les Confessions de Dan Jack“ (1929), „Histoires vraies“ (1937), „La Vie dangereuse“ (1938) heißen seine Erzählungen und Berichte, unter denen die „wunderbare Geschichte des Generals Suter“; „L'Or“ (1924), auch in Deutschland bekannt wurde. In seinem letzten Werk, „L'Homme foudroyé“ (1946), gibt er eine Chronik im Eiltempo, ein bunt durcheinander gewirbeltes Abenteuer, das aus nichts anderem besteht als aus immer neuen und immer

leidenschaftlichen Episoden eines unersättlichen Lebens. In allen Erzählungen tritt immer wieder der Erzähler selbst handelnd ein, zur Weltbesessenheit gesellt sich die Ichbesessenheit, und nicht ganz zu Unrecht trifft ihn der Vorwurf der jüngeren Generation, daß seine einzige Sorge darin bestünde, die eigentlichen Sorgen der anderen von sich fernzuhalten.

Aus dem gleichen Grunde dürfte auch der Stern Paul Morands inzwischen verblichen sein. Seine in seiner flimmernd bewegten, anschniegenden Sprache erzählten Reisen, „Rien que la Terre“, „Hiver caraïbe“ und „Paris-Timbouctou“, waren brillante Musterstücke dieser Gattung. Auch Constantin Weyer, der den Kampf der Menschheit mit der Erde, der Kälte und den kanadischen Wäldern beschreibt, schuf in den beiden Episoden der Ich-Erzählung „Un Homme se penche sur son Passé“ (1930) ein höchst einprägsames Werk, während sein letzter Roman, „Chanson d'Ingrid“ (1946), ziemlich konventionell bleibt.

Einen Markstein in der Geschichte des französischen Romans bildet der zehnbändige Zyklus „Les Thibault“ von Roger Martin du Gard (1881). Der Autor, der mit Gide in langjähriger Freundschaft verbunden ist, gibt in „Les Thibault“ (1922—1940) eine Auseinandersetzung mit Gides Gedankenwelt. Auch Martin du Gard ist metaphysischer Pessimist — es gibt für ihn keinen Gott, der Mensch ist allein, und der Tod ist für jeden das absolute Ende — dennoch folgt hieraus nicht, wie bei Gide, die Glorifizierung des Lebensgenusses, es wird vielmehr versucht, aus den positiven Kräften des Charakters einen Zugang zur Humanität zu gewinnen. Die Handlung der zehn Bände befaßt sich mit dem Schicksal Oscar Thibaults, „dessen Seele durch Sicherheit starr geworden ist“, und seiner beiden Söhne Antoine und Jacques, denen die Geschwister de Fontanin — in ihnen wird das leichte Leben personifiziert — entgegengestellt sind. Um den Gegensatz einer moralischen und einer ästhetischen Lebensauffassung bewegt sich das Geschehen in diesem Werk hauptsächlich.

Auch der junge, 1943 als Flieger gefallene Antoine de Saint Exupéry hat als Schüler von Gide begonnen. Im „Courrier Sud“ (1930), in „Vol de Nuit“ (1931) und „Terre des Hommes“ (1939) zeigt sich dieser Einfluß in der Schlichtheit und Größe der Sprache, jedoch wird auch hier, ähnlich wie bei Martin du Gard, eine Bindung an die menschliche Gemeinschaft gesucht. Der fast abstrakten Erhabenheit gewisser Landschaftsbeschreibungen entsprechen ein nüchterner Heroismus, eine unpathetische Opferbereitschaft, deren Würde sich darin erweist, daß eine einmal übernommene Pflicht selbstlos erfüllt wird. „Im Herzen der Gefahr und in der höchsten Einsamkeit vermag der Mensch sich auf sich zu besinnen, indem er die Welt ergreift. In einer Welt ohne Sinn liegt es an ihm, diesen Sinn zu schaffen. Die Tat und die Liebe sind die Mittel, die Chiffren des unerklärlichen Universums zu entziffern“ (Thierry Maulnier). — In seinem letzten Werk, „Le petit Prince“ (erschienen 1946), wird das Märchen einer melancholischen und reinen Kindheit erzählt. Mit einem Menschen oder einem Ding sich befreundet zu wissen, erzeugt eine Kraft, die die Welt rings um uns organisiert und die fürchterliche Gleichgültigkeit aufhebt, von der wir umgeben sind. „Wenn Du eine Blume liebst, die sich auf einem der Sterne befindet, ist es süß, des Nachts den Himmel zu betrachten: alle Sterne stehen in Blüten.“

Gides skeptisch pessimistische Weltsicht wird bei Jean Giraudoux (1882—1944) zu einer zarten und graziösen Mythologie, zu einem Spiel der Metaphern. Er ist ein Dichter der „Süße des Lebens“, seine Intelligenz, die unmittelbar im Poetischen beheimatet ist, zaubert aus den Banalitäten des Alltags das in ihnen schlummernde Wunder hervor. Alles, was er schreibt, ist wie eine Improvisation. Seine Romane und seine Theaterstücke scheinen weniger ihres Inhaltes wegen geschaffen zu sein als um der Möglichkeit willen, eine flutende und glänzende Fülle von Vergleichen, Bildern, Paradoxen, unwirklichen Einfällen und schärfsten Charakterisierungen über sie hinzustreuen. „Siegfried et le Limou-



sin“ (1922) ist die Geschichte von einem französischen, sehr patriotischen Poeten, der durch eine Kriegsverletzung sein Gedächtnis so vollkommen einbüßt, daß er nicht mehr weiß, wer er ist. In Deutschland kommt er langsam wieder zu Kräften, zu einem fanatischen Alldutschen gewandelt. Es gibt kaum eine schönere Satire auf Rassenwahn und Chauvinismus. Der Ich-Roman „Bella“ (1926), die zarte und geschliffene Prosa der „Eglantine“ (1927) sowie „Choix des Elus“ (1939) stehen neben zahlreichen Bühnenwerken wie „La Guerre de Troie n'aura pas lieu“ (1935), „Electre“ (1937), „Ondine“ (1939), „Cantique des Cantiques“ (1939) und dem posthumen Stück: „La Folle de Chailot“.

#### Romain Rolland und der „Roman-fleuve“

Roger Martin du Gard gesteht einmal den Einfluß ein, den auf ihn ein Werk ausgeübt hat, das dem Leser „nicht nur die episodische Berührung gab, wie sie die Betrachtung eines Bildes oder die Erzählung eines Abenteuers zu vermitteln vermag, sondern eine nahezu unendliche Entdeckungsreise darstellte, den Taumel und die Behexung durch eine ganz neue Welt, die sich willig in Besitz nehmen läßt.“ Er meinte damit den heute fast verschollenen Roman „Jean Christophe“ (1904–1912) von Romain Rolland (1866 bis 1943), der in diesem zehnbändigen Zyklus das Schicksal einer Generation im Zusammenhang mit ihren sozialen Bedingungen schildert. „Das menschliche Leben ist eine Naturkraft“, sagt Martin du Gard. „Manche dieser Leute sind wie ruhige Seen, manche wie ein klarer Himmel, wie fruchtbare Ebenen. Jean Christophe erschien mir wie ein Strom.“ Diese Bezeichnung „Roman-fleuve“ hat sich dann in der Literatur für alle Werke solchen Ausmaßes eingebürgert. In „L'Âme enchantée“ (1922–1933), einem Gegenstück zum vorerwähnten Werk, gab Rolland den Schicksals- und Leidensweg einer Frau und Mutter durch die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit. Im letzten Band findet sie die Antwort auf ihre Fragen und Probleme im Kommunismus. Rolland, von dessen Bühnenwerken „Le Jeu de l'Amour et de la Mort“ (1925) sich bis heute gehalten hat, suchte die Welt zu sehen, wie sie ist, und sie trotzdem zu lieben. Er war ein leidenschaftlicher Pazifist, ein Sozialist des Herzens, und seine gütige verstehende Menschlichkeit drückt seinem Werk den Stempel auf.

Auch bei Georges Duhamel (1884) ist es die mitleidende Güte, des Herzens, die aufhorchen läßt. In den fünf Bänden der „Vie et Aventures de Salavit“ (1920–1928) ist die Selbstanalyse eines unheroischen Menschen enthalten, in der zehnbändigen Romanfolge „Chronique des Pasquier“ (1933 bis 1939) wird der Aufstieg einer Familie durch zwei Generationen verfolgt. Duhamel ist ein Meister des Stils. Gedämpfte Heiterkeit und anmutige Ironie erfüllen sein bisher letztes Werk „Les Souvenirs de la Vie du Paradis“ (1946), das mit Märchenfarben die Alltagssorgen Gottes und der Erzengel in einem Raume von imaginärer Leuchtkraft malt.

Den am größten angelegten Versuch, das Leben einer ganzen Epoche wiederzugeben, unternimmt Jules Romain (1885), der hierfür eine eigene Technik verwendet, die er als Unanimismus bezeichnet. Diese Darstellungsart verwendet das individuelle Schicksal nur als Teil des Gruppenschicksals. In den „Hommes de bonne Volonté“ (1932–1946) wird in siebenundzwanzig Bänden auf nahezu achttausend Seiten ein Vierteljahrhundert geschildert, das vom „6. Octobre 1908 bis zum 7. Octobre 1933 reicht, ein Riesenteppich, aus einzelnen Lebensfäden gewoben.“ Es gibt keine eigentliche Hauptperson, manche Fäden werden fallen gelassen, manche, die anfangs unwichtig erscheinen, werden plötzlich wieder aufgenommen, und die Figuren gehen durch das welträumige Werk, ohne einander zu kennen. Nur selten berühren sich die verschiedenen Abläufe.

Auch in der allerletzten Zeit sind wiederum größere Romanzyklen entstanden oder angelegt worden. Paul Vialar, der vorher durch „La Grande Meute“ und „La Caille“ (1945) auffiel, unternahm in seinem auf acht Bände veranschlagten Zyklus „La Mort est un Commencement“ einen Entwicklungsroman großen Stils. Bisher sind die ersten bei-

den Bände erschienen, die bereits in den letzten Krieg hineinspielen, zum Teil aber weit Zurückliegendes aufsteigen lassen („Le Bal des Sauvages“ und „Le Clos des Trois Maisons“). Eine dichterisch eindringliche Beschreibung des Rhônetales und seiner Bewohner enthält der dreibändige Zyklus „Bohème d'Eau douce“ von Gil Bahut, ebenfalls ein Werk der letzten Nachkriegszeit. Auch die sympathische Thyde Monnier verfolgt in ihrem Roman-fleuve „Les Demichels“ ein längeres Vorhaben. In „Le Pain des Pauvres“ und „Grand Cap“, die beide bereits vor dem Kriege erschienen, schildert sie das Leben der Armen, der Fischer und Bauern. Nach „Nans le Berger“ und „La Demoiselle“ ist mit „Travaux“ (1946) ein weiterer Band der „Demichels“ erschienen. In „Le Vin et le Sang“ erzählt die Verfasserin die Ereignisse, die ein Mord und die Bestrafung der beiden Mörder in einem kleinen, weltabgekehrten Dorf während der Widerstandsbewegung auslösen.

Pierre de Lescure schreibt zur Zeit einen Entwicklungsroman in fünf Bänden, von denen „Démons, mes Amis“ und „Qui es-tu, Seigneur?“ soeben in der Schweiz erschienen sind. Das Gesamtwerk trägt den Titel: „Le Souffle de l'autre Rive“.

#### Die Katholische Erneuerung

Das Grundproblem, das sich in der ganzen Literatur der letzten Jahrzehnte erkennen läßt, ist die Unruhe, in die die Menschen durch den Verfall der bisherigen Wertsysteme geraten sind. Für den Schriftsteller bedeutet es ein entscheidendes Kriterium seiner Situation, ob er diesen Verfall als gegeben hinnimmt oder ob er die Werte der christlichen Weltanschauung als relevant empfindet und sein Werk auf sie zu stellen vermag. Es gibt in Frankreich eine Anzahl höchst beachtlicher Kräfte, die mit aller Bestimmtheit am christlichen Standpunkt festhalten. Die Bewegung einer katholischen Erneuerung ist, abgesehen von ihren Apologeten, den Thomisten Maritain und Massis, und von den Anregungen, die von dem Mystiker Henry Bremond ausgegangen sind — der Verstand und die Kontemplation seien auf den gleichen Gegenstand gerichtet: der Verstand suche die Wahrheit Gottes, der Mystiker die Wirklichkeit Gottes — auch in der französischen Dichtung der Gegenwart mit einigen mächtigen Gestaltern vertreten. Wenn auch das Werk Paul Claudels (1868), dessen Gipfel die 1910 erschienenen großen Oden sind, im wesentlichen vor 1920 abgeschlossen wurde, so ist es durch seine Reinheit und Größe doch auch heute noch wirksam. Alles Geschehen hat für Claudel nur den einen Sinn: ein Weg zu Gott zu sein, zur Erfüllung, zur ewigen Wahrheit. Es gibt nur ein Ziel: Gott in seinen Kreaturen zu erkennen. „Wohin ich den Kopf wende, ich erblicke die unermessliche Oktave der Schöpfung. Die Welt öffnet sich, und wie groß ihre Spanne auch sein mag, mein Blick durchfliegt sie von einem Ende zum anderen.“ Und vorher heißt es: „O volles Credo der unsichtbaren Dinge, ich nehme euch an mit einem katholischen Herzen.“

In den hier behandelten Zeitabschnitt fallen nur zwei der Hauptwerke von Claudel: das Drama „Le Soulier de Satin“ (1924) und „Le Livre de Christophe Colomb“ (1931).

Neben Claudels überragender Größe wirken die anderen christlichen Schriftsteller, die wie er das Positive der Heilsbotschaft und ihre Verwirklichung im Menschenleben darstellen möchten, wie etwa Daniel Rops mit seinen Romanen und seinen Popularisierungen der Heiligungsgeschichte und Emile Baumann sehr unbeträchtlich. Ein anderer Weg, die christliche Ideologie dichterisch zu gestalten, liegt in dem Versuch, den Menschen vom Negativen her, unter dem Aspekt der Sünde zu begreifen. François Mauriac (1885) steht dabei stark unter dem Einfluß von Dostojewskij, insbesondere in der Auffassung der menschlichen Seele als eines psychologisch und moralisch komplexen Gebildes. Mauriac stellt den Glauben, die Familie und die Heimat in den Mittelpunkt seiner mit hervorragender Meisterschaft geformten Romane. Ob er aber, wie in „Thérèse Desqueyroux“ (1927), die Spannung zwischen Mann und Weib oder die zwischen Geschwistern, wie in „Préséances“ (1928), schildert oder das Thema Mutter und Sohn behandelt, wie in „Gene-



trix“ (1928) und „Le Noeud de Vipères“ (1932) — immer ist es die Sünde, von der diese Bücher handeln, das Leiden und die Qual, die aus dem Fleischlichen kommt, und die Leidenschaft ist für Mauriac eine Erkrankung der Seele. Das religiöse Leben der kindlichen Seele behandelt er in „L'Enfant chargé de Chaines“ und „La Robe Prétexte“ (1925), während „Le Mystère Frontenac“ (1933) das Hohelied der Familie ist und „Destin“ und „Chair et Sang“ den Kräften des Bodens und der Erde gelten. Seit „La Parisienne“ hat Mauriac kein größeres Werk mehr geschrieben. Hier wäre Marcel Jouhandeau (1887) zu nennen, dessen „La Jeunesse de Théophile“ (1921) die weiteren Romane „Les Pincegrain“ und „Prudence Hautechaum“ sowie „Le Saladier“ (1936), „Chaminadour“ und die „Algèbre de Valeurs morales“ (1935) folgen. Auch hier ist die Sünde, und zwar fast immer in der Gestalt der Fleischessünde, die Quelle des Tragischen. Weiter noch geht Georges Bernanos (1888) in diese schattenvolle peinigende Welt des Bösen hinein. Der Teufel ist hier keine große Allegorie, er existiert wirklich, er spielt im großen Drama der christlichen Verzweiflung eine völlig körperbehaftete Rolle. Im Roman „Sous le Soleil de Satan“ (1925) steht ein ungeheuerliches Zwiesgespräch an zentraler Stelle; es wird zwischen der Hauptperson des Buches, einem Priester, und dem Satan in der Finsternis eines öden Feldweges geführt. Durch diesen Roman wurde Bernanos weltberühmt. Es folgten „L'Imposture“ (1927) und „La Joie“ (1929), sowie „Un Crime“, „Nouvelle Histoire de Mouchette“ und „Journal d'un Curé de Campagne“ (1936), das in höchster Eindringlichkeit das Ringen einer Seele um Gott schildert. Bernanos, der von 1938 bis 1946 in Südamerika weilte, hat nach seiner Rückkehr den geheimnisvollen Roman „Monsieur Ouine“ (1946) veröffentlicht, worin ein Dorf, das als Gesamtkomplex im Zustande der Verdorbenheit dargestellt ist, zum Schauplatz eines übrigens bis zum Schluß unaufgeklärten Mordes wird. Auch hier fällt die Meisterschaft der Charakterisierung auf. Aus scheinbar unwichtigen Bewegungen, kleinen Gesten, einem Blick, einer Wendung läßt Bernanos das Bild einer Person zu höchster Plastizität gerinnen. Die Art der Handlungsführung hat etwas Filmisches: einzelne Momente von einer starken, oft rätselvollen Dichte folgen einander ohne Übergang.

#### Alain Fournier und das Land ohne Namen

Das Verlangen nach Transzendenz drückt sich nicht nur in diesen mehr oder weniger konfessionell gebundenen Werken aus, es findet wohl auch eine Heimat im Wunderbaren, das sich im Heiteren, Zarten und Märchenhaften auslebt. Ausgangsort für viele Werke dieser Gattung ist Alain Fourniers bereits 1922 erschienener Roman „Le Grand Meaulnes“, der bis zum heutigen Tage seine Frische und seinen Zauber bewahrt hat. Diese Erzählung, ein unvergeßliches Lied der Kindheit, der Freundschaft und der Liebe, enthält, wie der Autor es nennt, „ein ständiges unmerkliches Kommen und Gehen von Traum und Wirklichkeit.“ Einzelne Situationen dieses Buches sind so einprägsam, daß sie von späteren Erzählern immer wieder aufgegriffen wurden. So findet sich zum Beispiel die fast einem jeden aus seinen Träumen bekannte Situation des Fremden, der in ein fremdes Fest gerät, und nun ein seltsames Empfindungsgemisch von Festfreude und Verlegenheit, sich ertappt zu sehen, in sich verspürt, etwa in „Les Idées noires“ (1946) von Luc Décaunes in einer ganz ähnlichen lyrischen Atmosphäre wieder. Auch „Primevère et L'Ange“ (1946) von Francis Miomandre setzt mit der gleichen Situation ein. Miomandre gehört mit seinem gesamten Werk, von seinem ersten Erfolg „Ecrit sur L'Eau“ (1909) bis zu „Fugues“ (1943), in die Reihe der Erzähler, die die Linie diskreter Empfindsamkeit, phantasievoller Ironie und lächelnder Anmut innehalten. Hierher gehört auch Marcel Brion, der in „Château d'Ombres“, „Escalaes de la haute Nuit“ und „Le Pré de Grand Songe“ (1946) und den Erzählungen „Le Portrait de Belinda“ Wirklichkeit und Einbildung halluzinatorisch miteinander verbindet. Über Jules Supervielle (geboren 1884 in Montevideo) sagt Aragon, er sei der einzige der heutigen Dichter, die so etwas wie „Schlummermusik“ zu machen

wüßten. In seinen Versen lebe „der Atem der Wiesen und die Nacht gesenkter Wimpern.“ Kaum irgendwo einzuordnen ist Patrice de la Tour du Pin, dessen Verse in süßer und melancholischer Magie um ein noch nicht verlorenes Paradies kreisen. „In allem Menschlichen ist Gott verborgen“, heißt es einmal bei ihm. Das Wort „Freude“ will er über die Gittertür seiner Wälder schreiben, und diese Wälder voller Glockenblumen und wilder Anemonen sind wirklich, zugleich aber leiten sie in das Geheimnis des inneren Lebens hinüber, und die Schreie der Vögel, das Bellen des Jagdhundes, der Nachtwind in den Kiefern, die Sternbilder und die Gräser sind ebenso real wie die Engel, die in der Dämmerung erscheinen. Nach dem vor dreizehn Jahren veröffentlichten ersten Gedichtband „Quête de Joie“ ist nun in „Somme de Poésie“ (1946) der große Sammelband erschienen.

#### Der Regionalismus

Nur flüchtig kann hier das vielfältige literarische Leben der französischen Provinz gestreift werden. François Mauriac, dessen Erzählungen zumeist Bordeaux oder die Landschaft der Gironde zum Schauplatz haben, sagt einmal: „Die Provinz lehrt uns, die Menschen zu kennen. Man kennt nur diejenigen, gegen die man sich zu verteidigen hat. Wo man gezwungen ist, dichtet in einer Gesellschaft zu leben, treten deren Züge für einen sehr deutlich hervor.“

Ein reiches Schrifttum war von jeher in der Provence zu Hause. In seinen Erzählungen aus der Gegend von Manosque „Un de Baumugne“ und „Regain“ beschreibt Jean Giono (1900) das Leben der Bauern und Hirten. Formen uralten Aberglaubens, bäurisches Heldentum und eine ungebrochene Kraft der Instinkte kennzeichnen seine dichterische Welt. Nach der Kriegserzählung „Le grand Troupeau“ (1931) schreibt Giono den unvergeßlichen, einer nahezu heidnischen Weltausdringung entsprungenen Roman „Le Chant de Monde“. Es folgen „Que ma Joie demeure“ (1934), „Triomphe de la Vie“ (1942) und „L'Eau vive“ (1943).

Die gleiche archaische Landschaft mit ihrer Bienenzucht und den Olivenbäumen beschreibt Marie Mauron in zahlreichen Romanen: „Le Sel des Pierres“, „Le Soir finit bien par tomber“ und vor allem „Lisa de Roquemalle“.

Henry Bosco, der nach „L'Âne-culotte“ seinen preisgekrönten Roman „Le Mas Théotime“ schrieb, sucht weder das bäurische Dasein zu übersteigern, noch die Natur lyrisch zu überhöhen. In „Le Jardin d'Hyacinthe“ gibt er einen Liebesroman von mystischer Klarheit und Frische.

Unter den vielen Schriftstellern, die in ihrem Werk das spezifische Gesicht der jeweiligen Landschaft nachzeichnen, wären zu nennen: Marcel Aymé für den Jura, André Chamson für die Cevennen und Maurice Genevoix (1890) für die Landschaft von Nevers. In seinem letzten Buch, „Sanglar“ (1946), gibt Genevoix einen historischen Roman aus der Hugenottenzeit.

#### Die junge Generation

##### Die Literatur der Résistance

Durch den Krieg und die Besatzungszeit ergaben sich für die französischen Schriftsteller gänzlich veränderte Bedingungen. Nur ein geringer Teil schloß sich der Ideologie des Gegners an, viele gingen ins Exil, die übrigen traten zur geistigen Bewegung der Résistance zusammen. Die Tatsache, daß „das reine Denken als solches, frei von Zorn und Leidenschaft, sich nicht mehr frei verkünden durfte, daß es als gefährlich und verbrecherisch angesehen wurde“ (Vercors), bewirkte einen in der Geschichte der Weltliteratur wohl einzigartigen Vorgang, daß nämlich trotz der überaus strengen Überwachung eine geheime Literatur nicht nur geschrieben, sondern auch vervielfältigt und verbreitet wurde. Pierre de Lescure begründete im September 1940 „La Pensée française“ und bald darauf „Les Lettres françaises“, und 1942 wurden die „Editions de Minuit“ ins Leben gerufen. In dieser Ausgabe erschienen Werke der reinen Dichtung, der Philosophie und Geschichtsschreibung, Erzählungen, Romane, Essays.



Es waren in der Hauptsache bereits bekannte Autoren, die in dieser Weise unter Decknamen ihre Werke veröffentlichten: Julien Benda mit seinem „Rapport d'Uriel“, Claude Aveline mit „Le Temps mort“, François Mauriac mit „Le Cahier Noir“, Jean Guéhenno, Elsa Triolet und viele andere. Unter den Neuen zeichnete sich ein Name bedeutungsvoll ab, Jean Bruller, der unter dem Pseudonym *Vercors* in den Editions de Minuit zum ersten Mal hervorgetreten ist. In der Erzählung „Le Silence de la Mer“ stehen sich die beiden Lager gegenüber: diejenigen, „die glauben, daß alles dem letzten Ziel unterworfen werden müsse, das Denken einbegriffen, daß also das Denken sich dem Kämpferischen zu unterstellen habe, und jene, für die die Rechte des Denkens unbestreitbar bleiben und deren Sache sich mit dem Ideal der spirituellen Reinheit des Menschen deckt.“ Nach „La Marche à l'Etoile“ ist nun die Erzählung „Les Armes de la Nuit“ (1946) erschienen, deren Held Pierre, obgleich er Kampf und Tortur tapfer ausgehalten hat, schließlich dennoch gefügig wird. Nach seiner Rückkehr ist es der Druck des Gewissens, der ihm verbietet, Freundschaft und Liebe von seinen Mitmenschen anzunehmen.

Die Zahl der Werke, die nach der Befreiung sich mit dem Geschehen des Krieges und der Besetzungszeit befassen, ist kaum zu übersehen. Neben Reportagen, die den unterirdischen Kampf beschreiben (Rémy) oder die kriegsgerichtlichen Vorgänge schildern, wie es etwa bei Guillaumin de Bénouville in „Le Sacrifice du Matin“ (1946) geschieht, stehen Erlebnisberichte aus der Kriegsgefangenschaft und den Konzentrationslagern, wie „Les Grandes Vacances“ von Ambières und „L'Univers concentrationnaire“ von David Rousset, der durch die ruhige Objektivität, mit der das Grauenhafte beschrieben wird, das Geschehen aus dem Zufälligen des Einzelvorganges löst. Die dreißigjährige Agnès Chabrier, vorher durch einen Roman mystischen Charakters, „Le Royaume intermédiaire“ (1945), bekannt geworden, schildert in „La Vie des Morts“ (1946) die Kämpfe des polnischen Volkes in Warschau.

Vom Surrealismus nicht unbeeinflusst und stark an die Atmosphäre transzendenter Absurdität bei Kafka erinnernd, schreibt Jean Marce nac (1913) nach dem Gedichtband „Le Ciel des Fusillés“ sein von einer düsteren Märchenluft durchwehtes „A Merveille“ (1946). Thyde Monnier, André Chamson („Le dernier Village“) und J.-L. Bost mit den beiden Erzählungen des Bandes „Le dernier des Métiers“ (1946), um nur einige zu nennen, wählen Vorgänge des Krieges und der Résistance zu Themen.

Aus den Tatsachen der vergangenen Jahre, während derer die Wirklichkeit in einer bisher nicht gekannten Bösartigkeit und Härte in die privatesten Bereiche des Lebens eingedrungen war, lassen sich zweierlei Bestrebungen ableiten. Einmal wird dieser Stoff zu zahlreichen Erzählungen, Bühnenstücken und Filmen verwendet, weil er die Möglichkeit hoher Spannung und starker Bewegung enthält. Die andere Bestrebung geht tiefer. Durch das Abnorme dieser Zeit wurde den jungen Schriftstellern die Fragwürdigkeit des Daseins bloßgelegt. Kampf und Tod, Kameradschaft und die gefährliche Einsamkeit des Lebens wurden zu Begriffen, die ihren Sinn nicht mehr aus einer romantischen Literatur bezogen, sondern aus dem Alltagsleben der Familie und der Freunde.

### Sartre und die Existentialisten

Ausgehend von Heideggers Fundamentale Ontologie bildet Jean Paul Sartre einen eigenen atheistischen Existentialismus aus, der um die Begriffe des Ekel und der Freiheit zentriert ist. Die Literatur dient hierbei als Versuchsfeld der philosophischen Einsichten. Nach der phänomenologischen Psychologie, die Sartre in „L'Imagination“ (1936) entwirft, folgt einige Jahre später das 800 Seiten lange philosophische Hauptwerk „L'Être et le Néant“. Die in diesen Werken erarbeitete spekulative Weltsicht formt sich in einer Reihe erzählender Schriften aus. Der Novellensammlung „Le Mur“ steht der in Tagebuchform gehaltene Ich-Roman „La Nausée“ (1938) zur Seite. Die Trilogie „Les Chemins de

la Liberté“ ist einstweilen noch nicht abgeschlossen. Im ersten Band, „L'Age de Raison“, gibt es noch eine Art Handlung, in die auch die politischen Ereignisse des Jahres 1938 hineinwirken und die Hauptfigur zeitweilig ihrer Einsamkeit zu entreißen vermögen. Die Erzählweise ist hier nahezu unpersönlich, sie wird durch häufige innere Monologe unterbrochen und wechselt brüsk zwischen „Ich“ und „Er“. Im zweiten Bande der Trilogie, „Le Sursis“, gibt es überhaupt keine eigentliche Handlung mehr. Der Rhythmus des Wechsels wird in einer Art unanimistischer Technik beschleunigt, und die Erzählung beginnt gleichsam zu strudeln. Das Zeitgeschehen wird in den Ablauf einbezogen. Chamberlain und Daladier treten als gähnende, rülpfende Alltagsfiguren auf.

Das Problem der Freiheit wird in der Orest-Tragödie „Les Mouches“ (1943) gestellt. „Huis-Clos“ ist ein Drama, das zwischen drei Personen spielt, einem Deserteur, einer Lesbierin und einer Kindsmörderin, und dessen Schauplatz die Hölle ist, die hier als Salon im Stile Napoleons des Dritten ausgestattet ist. In „Morts sans Sépulture“, einem Résistance-Drama, wird das Verhalten des Menschen gegenüber der Folter analysiert, während in „La Putain respectueuse“ (1946) das Rassenproblem in der Gestalt einer Auseinandersetzung zwischen Weißen und Farbigen in den Vereinigten Staaten die Grundlage des Konfliktes ergibt. Unlängst hat Sartre in einem Aufsatz „L'Existentialisme est un Humanisme“ (1946) den Versuch gemacht, die letzten Endes individualistische Doktrin des Existentialismus mit der kollektivistischen des Kommunismus in Einklang zu bringen.

„Der Mensch ist dazu verurteilt, frei zu sein“, sagt Sartres Lehre. Das Dasein ist grundlos, unverständlich und fremd. „Alles ist grundlos“, heißt es in „La Nausée“, „der Garten, diese Stadt und ich selbst. Wenn es geschieht, daß man sich darüber Rechenschaft gibt, dreht sich einem das Herz um und alles beginnt zu schwanken. Das ist der Ekel.“ Dieser Ekel ist ein Grundgefühl. Der Mensch ist ohne Rechtfertigung, ohne Hilfe von außen, ohne Zuflucht. Die Wertsysteme sind Illusionen. Jedoch existiert der Mensch insofern, als er frei ist. Nur daß er sich vor der nackten und schrecklichen Freiheit seines Sichentscheidens immer wieder in Selbsttäuschung flüchtet: in die Liebe, obgleich diese etwas unabänderlich Schmutziges ist, in Indifferenz, in Haß und in solche Formen des Seins, in denen er sich selbst erscheinen möchte. Alle Gestalten in Sartres Erzählungen leben in jener ekelregenden Klebrigkeit, aus der das Zwischenreich zwischen Bewußtsein und Gegenständigkeit besteht.

Sartres pessimistische Konzeption ist in höchstem Maße radikal, sofern sie nicht auf eine einzelne soziale oder metaphysische Not hinzielt, sondern auf die Tatsache der Existenz selbst. Das Absurde und Ekelregende der Welt des illusionslosen Bewußtseins werden von Sartre mit unermüdlicher Ausführlichkeit beschrieben. So merken in „Sursis“ zwei Kranke im Eisenbahnwagen mitten im Gestank ihres eigenen Kotes, wie in ihnen Liebesempfindungen erwachen, und ein anderes Mal entströmt dem „reinen Mund“ der betrunkenen Heldin „ein Geruch von Erbrochenem“. Dieser infernalische Apparat dient dazu, die Absurdität der Welt zu bezeichnen, und so tauchen immer wieder Haß und sexuelle Perversionen auf, Überdruß, der Ekel an fremder Körperlichkeit, eine abscheuerregende Wirklichkeit, deren Requisiten in Abtreibung und besudelten Bettüchern bestehen. Bei Sartre sind die Themen der Daseinsangst und der Entfremdung, die bei Céline und Julien Green bereits vorgeformt waren, zu alles beherrschenden Leitbildern geworden, die mit frappanter Darstellungskraft auf einem unbarmherzigen metaphysischen Hintergrund entworfen werden.

Einsamkeit und Angst waren auch die wesentlichen Themen, die Simone de Beauvoir in ihrem ersten Roman, „L'Invitée“ (1943), behandelte. Dieses Buch führt als Motto das Wort von Hegel: „Jedes Bewußtsein will den Tod des anderen“ an. Wenn Françoise ihre Rivalin tötet, geschieht das nicht aus Eifersucht allein, sondern weil diese sich weigert, an ihrer inneren Welt teilzunehmen. Françoise begreift



an ihr die eigene Isoliertheit in angsterweckender Weise. Durch ihre Tat vernichtet sie jemanden, von dem sie sich verneint weiß. Die Grundidee ihres nächsten Romanes, „Le Sang des Autres“, hat Simone de Beauvoir später auch in einem Bühnenwerk, „Les Bouches inutiles“ (1946), behandelt. Es geht hier um die Entscheidung darüber, ob in einer belagerten Stadt die unnützen Esser, die wehrlosen Frauen, Kinder und Greise, getötet werden sollen, um dadurch die Stadt länger verteidigungsfähig zu halten, oder ob alle zusammen in einem letzten Ausfall eine Wendung zu erzwingen suchen sollen. Es geht auch hier um das eine: meine Existenz lastet auf den anderen, und das Schicksal und die Existenz der anderen lasten unwiderruflich auf mir. Die Existenz, die solcherart mich den anderen und die anderen mir entfremdet, muß ich hinnehmen. Einsamkeit und Gemeinschaft sind die beiden Endpunkte einer Antinomie, der man nicht entweichen, sondern der man nur in einem Kampf ohne Ausgang die Stirn bieten kann.

Der gleichzeitig erschienene Essay „Pyrrhus et Cinéas“ behandelt denselben Gedanken. „Der Mensch kennt nichts als sich selbst und vermag auch nichts anderes als Menschliches zu träumen.“ Der jüngste Roman Simone de Beauvoirs, „Tous les Hommes sont mortels“ (1946), hat eine Frage zum Motto, die in Rousseaus „Emile“ aufgeworfen wird: „Wenn man uns auf dieser Erde die Unsterblichkeit anböte, wer wollte wohl dieses traurige Geschenk entgegennehmen?“ Der Held dieses Buches ist seit siebenhundert Jahren unsterblich. Unablässig folgen sich in seinem Leben die gleichen Anstrengungen und die gleichen Niederlagen. „Durch die Jahre und die Jahrhunderte rollt die Mechanik ab. Man müßte verblendet sein, wollte man sich einbilden, daß menschlicher Wille diesen Ablauf in Unordnung zu bringen vermöchte.“

Obgleich Albert Camus (1913 in Algier) keine philosophischen Neigungen hat — „Was sind alle Philosophien im Vergleich zu einem Freunde, den nichts dazu bringen könnte, mich zu verraten?“, sagt er einmal — ist er doch durch seine Themenwahl dem Existentialismus verwandt. Für Camus ist der Angelpunkt ebenfalls die Sinnlosigkeit der Welt, die totale Absurdität, die durch das Verschwinden Gottes entstanden ist. Nach einer in konventioneller Form gehaltenen Erzählung „Noces“ (1938) rollt er im Roman „L'Étranger“ (1941) in sehr verfeinerter Technik einen Mordfall auf.

Der Mensch wird geschildert, der ohne jegliche Transzendenz existiert, der nicht mehr eigentlich erlebt, sondern nur noch wahrnimmt und urteilt, dem alles, was ihm geschieht, ebenso gleichgültig wie unerwartet ist. Die Essays „Le Mythe de Sisyphe“ (1941) und „Le Minotaure“ (1946) sowie die Bühnenwerke „Le Malentendu“ und „Caligula“ (1943) grenzen Camus in einer gewissen Weise gegen die Existentialisten ab. Sein neuer Roman „La Peste“ wird demnächst erscheinen. Er soll die Geschichte einer Epidemie in Oran behandeln.

Um Albert Camus ist eine Art Gemeinschaft entstanden, die sich als „Nordafrikanische Schule“ bezeichnet, deren Gemeinsames aber nicht als literarisches Programm in Erscheinung tritt, sondern sich auf eine Ähnlichkeit des Lebensgefühls beruft. Claude de Fréminville (1914) erklärt die Nordafrikaner zu Enthusiasten der Arbeit und Enthusiasten des Lebens, die gleichzeitig in eigenartiger Weise vom Leben und vom Werk losgelöst seien. Fréminville, der Huxley und Henry Miller als Vorbilder ansieht, gab in „Bunoz“ (1945) das Leben eines Abenteurers ohne Abenteuer, der, in die gesellschaftlichen Sicherungen eingebettet, vergeblich versucht, seinem Leben einen Sinn zu geben. „Was in einem Menschen zählt, ist die Art, wie er von seinem eigenen Nichts angezogen wird.“ Der Roman „Les Vies exemplaires“ folgte 1946. Zu der Gruppe der Nordafrikaner zählen ferner: Emmanuel Roblès („Travaille d'Homme“ und „Nuit sur le Monde“), Jules Roy, der Flieger und Freund Saint-Exupérys, Jean Amrouche, der Proust-Schüler Raoul Celley, der Humanist Gabriel Audisio („Ulysse et l'Intelligence“) und Albert Cossery, der in den fünf Erzählungen des Bandes „Les Hommes oubliés de Dieu“ (1946), sich an Steinbeck

and Gorkij anlehnend, das Elendsviertel von Kairo beschreibt: Höhlen und Häuserruinen, worin in der Hitze und im Gestank von Exkrementen Bettler, Blinde und Lepröse leben. „Wenn Gott einen Menschen vergift, dann geschieht es für immer“, heißt es in diesem Buch.

### „Littérature noire“ und die Jüngsten

Das gleiche Thema, das Camus in seinem „L'Étranger“ behandelt, wird von den jüngeren Franzosen häufig aufgenommen. Jean-Jacques Gautier erzählt in seiner „Histoire d'un Fait divers“ (1946) das haltlose Leben eines Mannes, der schließlich der Frau, die ihn quält, die Kehle durchschneidet. Louis Pauwells berichtet in „Saint Quelqu'un“ (1946) von einem Mann, dem die eigene Familie fremd wird. Die Frau stirbt. Das Kind liegt gleichfalls im Sterben. Er könnte es vielleicht noch retten, wenn er für Hilfe sorgte, aber er tut es nicht. Wie dann das Kind stirbt, ist er allein und spürt eine tiefe, unbegreifliche Freude.

In der von Camus herausgegebenen Sammlung „Espoir“ befinden sich die Sartre gewidmeten Erzählungen von Collette Audry, die in einer klaren und harten Welt ohne Zärtlichkeit spielen. Zum Inhalt haben sie: Einsamkeit, Niederlagen, Fehlschläge, Tod. In der gleichen Sammlung gibt Violette Leduc im Roman „L'Asphyxie“ in der Art von Marcel Jouhandeau die erstickende bürgerliche Atmosphäre wieder, in der eine Kindheit abläuft. Die Kleinstadt bildet einen finsternen Hintergrund. Julien Blanc beschreibt in „Confusion des Peines“ seine eigene Kindheit, die Amrut, die kümmerliche Mutter, das stinkende Gebiß der Patin, die Korrekptionsanstalt und die Gefängnisse. In seinem zweiten Buch, „Joyeux, fais ton Fourbi“ (1946), folgt die Zeit im Afrikabataillon, in einer Umgebung von Disziplin, Pädastie, Masturbation und geschlechtskranken Mädchen. Jedoch schreibt Blanc ohne Haß, er sucht vielmehr darzustellen, wieviel am Menschen einer solchen Hölle aus Sand, Sonne und Lasten zu widerstehen vermag. Die fünfundzwanzigjährige Stéphane Frontès hat zwei herbe und starke Romane geschrieben: „La Pêche de la Haine“ und „Emile Chaneur“. Das letzte Buch schildert ohne das geringste Mitgefühl das Leben und den Selbstmord eines häßlichen, schielenden Mannes, dessen Stolz vom Leben geknickt wird, eines ungeschickten Liebenden, der von seiner Minderwertigkeit gepeinigt wird, in einer Sprache, die an totes Wasser erinnert. Einer der ganz wenigen Schriftsteller, die während des Krieges zur Geltung kamen, ist Raymond Guérin (1905). Nach „Zobain“ war es der Roman „Quand vient la Fin“, der 1941 die Aufmerksamkeit auf ihn lenkte. Das Buch spielt im Hotelmilieu. Guérin erzählt darin schonungslos und derb das Leben und den Tod seines Vaters. Das Sterben des Krebskranken wird mit allem erdenklichen Detail beschrieben, die letzten Seiten gehören zum Grausigsten, was die neuere Literatur aufzuweisen hat. Das Ziel dieser erschreckend finsternen Erzählung liegt dennoch darin, die Integrität des Menschen auch beim größten Leiden aufzuweisen. Sein zweiter Roman, „L'Apprenti“ (1946), spielt wieder im Hotelmilieu und schildert ebenso direkt und schonungslos das zwischen Traum und Wirklichkeit schwankende Innenleben eines Hotelangestellten, der Onanist ist. Alain Sergent folgt in „Je suivis ce mauvais Garçon“ (1946) den Abenteuern eines Zuhälters, der sich bei den Faschisten verdingt und durch das kriegsgepeinigte Europa zieht, zynisch, grausam und gleichgültig.

Raymond Gary gibt in „Education européenne“ eine Erzählung über die polnischen Partisanen. Sein neues Buch „Tulipe“ ist ein Schelmenroman, der mit humorvollem Pessimismus und einer witzigen Hoffnungslosigkeit die Fahrten seines pazifistischen Helden berichtet. Der junge Julien Gracq verleiht seinem ersten Roman, „Château d'Argol“, vollkommene Irrealität.

„Le Beau Ténébreux“ (1946) spielt an einem bretonischen Strandort, die gesellschaftlichen Vorgänge sind jedoch romantisch überschattet. Die schöne Kadenz des Stiles und die Klugheit mancher betrachtsamer Stellen, die Ironie und Originalität dieses Schriftstellers zwingen zum Aufhorchen.



Die Dürsterheit aller dieser Werke ist nun keineswegs darauf zurückzuführen, daß es den Verfassern Vergnügen bereite, „im Schmutz zu wühlen“. Schmutz und Obszönität, Qual, Krankheit und Verkommenheit sind zwar in reichem Maße in dieser „Littérature noire“ zu finden. Doch ist hier wohl in erster Linie der Versuch unternommen, das Leid aus sich herauszuprojizieren, zu objektivieren, das Übel der Erde dadurch zu verringern, daß man es ausspricht und ansieht. Es ist eine Art Reinigungsvorgang.

Es gibt jedoch auch unter den Jungen eine Anzahl von Autoren, die die große Tradition des französischen Romans bewußt pflegen. So hält sich Jean *Orieux* (1907) an Balzac und Proust, wenn er in seinem kurzen Roman „Fontagne“ (1946) klar und einfach die Atmosphäre eines alten Gutshauses und die Originale, die darin wohnen, beschreibt. In der gleichen sicheren Technik sind seine Novellen „Les Menus Plaisirs“ (1946) verfaßt. Charles *Plisnier*, der bereits vor dem Krieg mit einem Novellenband „Faux Passeports“

(1937) debütierte, gibt nun nach „Meurtres“ ein auf mehrere Bände angelegtes Romanwerk „Mères“, dessen erster Band „Mes Bien-aimés“ (1946) die sprachliche Kraft des Verfassers und sein Geschick der Handlungsführung aufs neue beweist. Der junge René *Barjavel* schreibt in dem umfangreichen Roman „Tarendol“ (1946) eine innige, mit Humor und einem mitleidenden Herzen erzählte Liebesgeschichte, die in die Kriegstage hineinspielt. Jean-Louis *Curtis* stellt in seinem Roman „Les jeunes Hommes“ (1946) teilweise in Briefform das parallel laufende Dasein mehrerer ehemaliger Schulkameraden dar, die sich, jeder in seiner Art, mit dem Leben auseinandersetzen.

Diese Auswahl der Jüngsten kann nicht anders als beschränkt und ziemlich willkürlich sein. Einige Namen seien noch genannt: Jean *Genêt*, Paul *Gadenne*, Roger *Peyrefitte*, Robert *Morel*, Noël *Devaulx*, der sehr begabte Bordelaiser Dichter Jean *Cayrol* und der Arbeiter Georges *Navel*, der in „Travaux“ eine unmittelbar und schlicht berichtete Darstellung seiner Werktag vorlegt.

## Die Malerei im heutigen Frankreich

Von Wolfgang Braunfels

Frankreich hat sofort nach Beendigung der Kampfhandlungen den Versuch unternommen, seinen Ruf als führende Nation auf dem Gebiete der bildenden Künste neu zu festigen. Mehrere große Ausstellungen wurden zusammengetragen, um in England, den Vereinigten Staaten, den skandinavischen Ländern, der Schweiz, in Wien, Prag und Warschau gezeigt zu werden. Zuletzt wurde auch Deutschland bedacht. Eine bedeutende Ausstellung moderner französischer Malerei war in Berlin, Baden-Baden, Mainz und Düsseldorf zu sehen, eine immerhin beachtliche Schau mit französischer Graphik in Berlin, Mainz und Köln. Gleichzeitig häuften sich in Paris selbst die Schaulstellungen. Der Salon d'Automne und der Salon des Surindépendants waren in den vergangenen beiden Jahren überaus reich beschickt. Neben Picasso, Matisse und Braque, die immer entschiedener die Stellung der offiziellen Maler Frankreichs einnehmen, hörte man neue, bisher kaum beachtete Namen. In der großen Sammelausstellung der in der UNESCO vertretenen Nationen nahmen die Franzosen als die Gastgeber den Ehrenplatz ein, obwohl sich viele Künstler, die man seit langem zur Pariser Schule zählt, zu ihren Herkunftsländern gesellten oder aber, wie Picasso, gesondert gezeigt wurden, da Spanien nicht vertreten war. Eine Sondergruppe bildeten dort die aus Mitteleuropa vertriebenen Künstler, bei denen man auch Kokoschka mit einigen Werken finden konnte.

Frankreich hat den großen Aktivposten, den seine Malerei und der Weltruf der Pariser Schule mirabile dictu schon rein wirtschaftlich darstellen, klar erkannt und alles getan, um seine Position auszubauen. Die Tatsache, daß die Maler Englands und Amerikas, Italiens und Deutschlands — von den kleineren, sehr beachtlichen Schulen der Schweiz, Belgiens, Hollands, der slawischen und der skandinavischen Völker ganz zu schweigen — nur dann internationalen Ruf erlangen konnten, wenn es ihnen gelungen war, Anschluß an die Pariser Schule zu gewinnen, war erst jüngst durch die deutsche Emigration bewiesen worden. Klee, Kandinski, Kokoschka wurden erst nach 1933 im Ausland beachtet. Für Franz Marc, Kirchner und Nolde zeigte man erst Interesse, als ihre Werke, 1937 aus den deutschen Museen verbannt, von der Pariser Kritik besprochen wurden. Hans Purrmann und Oskar Moll wurden vor allem auch deshalb jenseits unserer Grenzen gekauft, weil sie Meisterschüler von Matisse waren. Und was für die deutschen Maler gilt, trifft auch auf die Engländer und Amerikaner, Italiener und Slawen zu. Sehr viele ihrer besten Talente zogen nach Paris: allen voran der Spanier Picasso, von dem Gertrud Stein gesagt

hat, er verkörpere für sich allein die ganze französische Schule im 20. Jahrhundert, seine Landsleute Juan Gris, Maria Blanchard, Picabia, Miro und Dali; die Italiener Modigliani und de Chirico, die Slawen Pascin, Kisling, Soutine und Chagal, der Deutsche Max Ernst und viele andere. Paris bewahrte den Ruf, die Schule des guten Geschmacks und der Hort jenes vollendeten Ausgleichs zwischen sinnlich belebender Schönheit und präziser geistiger Aussage zu sein, den es auf dem Gebiete der Malerei vor allem der Generation von Manet und Cézanne, Renoir und Degas verdankt. Was Frankreich an politischem und wirtschaftlichem Einfluß verloren hat, sucht es als die Oase des gepflegten Geschmacks, der Gesittung und der feineren Lebensart wiederzugewinnen. Eine Flut von teuren Zeitschriften mit kühnen und zugleich konventionellen Abbildungen, bei denen die Reklamezeichner von Mode-, Kognak- oder Parfümfirmen den Stil von Matisse und Dufy nachahmen, sind gleichsam als Vorhut dieses Kulturanspruchs bis nach Deutschland gedungen. Es stellt sich die Frage, ob der künstlerische Gehalt und die innere Bedeutung gerade der jüngsten Werke der Pariser Schule ihrer äußeren Wertschätzung entsprechen, ob Paris tatsächlich noch das Zentrum der großen Diskussion über Formen und Farben genannt werden kann, ob seine Maler immer noch die ersten der Welt sind, wie ihre Bilder zweifellos — von einigen Modegrößen in England und Amerika abgesehen — die am höchsten bezahlten sind (eine durchschnittliche Leinwand von Dufy, Derain oder Vlaminck brachte bei den jüngsten Versteigerungen in New York immer noch ihre 1000 Dollar, ein durchschnittliches Aquarell etwa 200, während Picasso, Matisse oder Braque weit höher bezahlt wurden), oder ob auf rein künstlerischem Gebiet inzwischen ein Wandel eingetreten ist und auch die letzte große und einheitliche Schule Europas ihren Krisenpunkt erreicht hat.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes, eine Antwort auf diese Frage zu geben. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß sie heute wieder zur Diskussion steht. In London und New York wurden die französischen Ausstellungen des Jahres 1946 stark kritisiert. Die Öffentlichkeit fühlte sich in ihren Erwartungen enttäuscht, die Namen von Matisse und Picasso erschienen mit gewürzten Sprüchen in den volkstümlichen Witzblättern. Die Kritik erkannte vielfach auch dort, wo sie ihre Werke bewunderte, in ihnen das Ende einer Entwicklung. Bei der in Deutschland gezeigten Schau mischte sich in die Freude über das Wiedersehen mit den Impressionisten und einigen älteren Meistern wie Utrillo,

Japan



Braque und Gromaire einiges Erstaunen über die Entwicklung, die jüngere Künstler genommen hatten. Auch von Picasso, der schlecht vertreten war, und von Matisse, der ein Hauptwerk von 1946 zeigte, war man enttäuscht. Das dekorative Element schien bei letzterem das Übergewicht bekommen zu haben. Der Sicherheit in der Gestaltung, dem meisterlichen Zusammenklang von Formen und Farben hielten der Gehalt, die innere Poesie nicht stand, und es fielen Worte wie: Konfektion, Berechnung, Unernst. Man stellte Vergleiche an mit dem, was inzwischen bei uns an im Dritten Reich verachteter Kunst gezeigt worden war, etwa mit den Bildern der Sammlung Haubrich in Köln oder jener wundervollen Schau expressionistischer Kunst, die eine einzige, immerhin nicht sehr bedeutende Stadt wie Krefeld aus den Beständen ihrer Sammler zusammentragen konnte, und man war von diesen Vergleichen nicht unbefriedigt. Ähnlich optimistische Äußerungen über neuere Kunstaussstellungen heimischer Meister erreichten uns aus Italien und England. Die Amerikaner veröffentlichten Darstellungen ihrer durchaus neue Wege gehenden Malerei. In fast allen Ländern herrscht das Bestreben vor, die eigenen Verdienste den französischen Lehrmeistern gegenüber herauszustellen. Es ist an der Zeit, Wert und Entwicklung der Pariser Schule in den letzten vierzig Jahren erneut zu überprüfen. Es sollen dazu hier lediglich einige Unterlagen beigelegt werden.

\*

Zwei Strömungen bezeichneten um 1905 den Anbruch eines neuen Zeitalters in der Geschichte der Malerei, deren eine vor allem von der deutschen Kunstkritik hervorgehoben worden ist, während die zweite in Frankreich als die bestimmende angesehen wurde. In Deutschland erkannte man in der neuen Bewegung, die man Expressionismus nannte — ein Ausdruck, der sich in Paris nicht einbürgern konnte — die große Reaktion gegen das Sinnenraffinement der Impressionisten. In Frankreich, wo man auf das Fortwirken von Traditionen aufmerksamer ist als in Deutschland, wies man auf den Einfluß der Lehre und der Bilder Cézannes hin. Zweifellos bemühten sich jene Künstler, die im Herbstsalon 1905 in einem gemeinsamen Raume ausstellten, den der Kritiker Louis Vauxcelles „den Käfig der wilden Tiere“ („le cage aux fauves“) nannte, um neue Ausdrucksformen. Als die Bringer gewagter Kunstmittel haben die Maler dieser Gruppe, zu denen Matisse (geb. 1869), Dufy (geb. 1878), Marquet (geb. 1875), Rouault (geb. 1871), Vlaminck (geb. 1876), Derain (geb. 1880), Friesz (geb. 1879) und später Braque (geb. 1881) gehörten, auf die Meister der „Brücke“ in Dresden, vor allem auf Kirchner, Heckel und Schmidt-Rottluff eingewirkt. Noch bedeutsamer waren jedoch die Erkenntnisse, die sie aus der Lehre Cézannes zogen, daß im Grunde nur sehr wenig an äußerem Aufwand notwendig sei, um einem Bild seine innere Poesie zu geben.

Am 17. Januar 1947 wurde in der Galerie de France in Paris eine Ausstellung eröffnet, die die Einwirkungen Cézannes auf die französische Malerei während der Zeit von 1908 bis 1911 aufzeigen will. Unter den sechzehn Namen, die André Lhote in seinem Katalog zusammenstellt, finden sich die meisten Künstler, die heute noch den Ruhm der Pariser Schule bilden. Damals waren diese Meister dreißig Jahre oder wenig darüber. Heute sind es alte Männer, und noch immer blickt die Welt auf sie als auf jene, von denen man den Vorteil der Entwicklung erwartet. Es sind dieselben Namen, denen man immer wieder begegnet. Viele, die man 1905 im Salon des Fauves sah, fanden sich 1908 zu einer Ausstellung bei Kahnweiler in einem neuen Stil zusammen, dem wiederum Vauxcelles seinen Namen gegeben hat: Kubismus. Wie damals Matisse, so ist jetzt Picasso der Wortführer. Schon vorher, 1906, treffen wir sie, Derain, Vlaminck und Picasso, vereint bei Versuchen, sich der Kunst der Neger anzunähern: heute hängen wiederum Matisse und Braque, Rouault, Marquet, Gromaire und Delaunay in der Ausstellung der UNESCO als das Beste, was Frankreich zu bieten hat, nebeneinander, während Picasso nicht weit von ihnen einen eigenen Raum beansprucht.

Cézanne hatte seine Lehre klar definiert: „Der Maler male: ein Apfel oder ein Gesicht ist für ihn nur ein Vorwand für ein Spiel mit Linien und Farben, sonst nichts.“ An anderer Stelle ist er noch deutlicher: „Man muß die Natur mittels Zylinder, Kugel und Konus darstellen, das Ganze perspektivisch gesehen.“ Die Dichter Max Jacob und Apollinaire haben diese Sätze eindringlich erklärt, und als Picasso sie aufgriff, war der Kubismus geboren.

Cézanne starb 1906. Noch im Salon des Fauves war er im Grunde unverstanden. Zwar hatte sich Matisse einen seiner Grundsätze zu eigen gemacht und aus ihm jene Gedanken entwickelt, die er 1908 in der „Grande Revue“ veröffentlichte und die heute als das Manifest der modernen Kunst gelten. „Zeichnung und Farbe lassen sich nicht trennen. Je weiter man malt, um so weiter zeichnet man. Je harmonischer die Farben sich verbinden, desto genauer wird die Zeichnung.“ Man glaubt, eine Deutung von Matisse Bildern zu lesen, und es ist doch ein Lehrsatz Cézannes, der fast vierzig Jahre früher entstand. Auf klare und deutliche Farben kam es dem jüngeren Meister an. Die präzise und sichere Zeichnung erwies sich dabei als Voraussetzung. „Die farbigen Zeichen“, sagte Matisse, „die ich gebrauche, müssen so aufeinander abgestimmt sein, daß sie sich nicht gegenseitig vernichten; die Beziehung zwischen den Tönen muß dergestalt deutlich sein, daß sie sich unterstützen, anstatt sich zu zerstören.“ Die Kunst dieses Nestors der modernen Malerei in Frankreich beruht auf dem sicheren und gefälligen Spiel der Farbtöne, die jedoch niemals ineinander übergehen, sondern durch eine klare, in ihren Ausdruckswerten äußerst bewußt empfundene Zeichnung geschieden sind. Die Darstellung hält sich fast überall an die Natur als an das gegebene Vorbild, aber gleichzeitig wird betont, wie nebensächlich ihre Nachahmung gegenüber der inneren Poesie der Farben und Linien sei, auf die es allein ankomme. Höchster Charme der sinnlichen Wirkung wird immer entschiedener zum Ziel der Malerei, und es hat sich inzwischen erwiesen, daß dabei die Gefahr nicht immer umgangen werden konnte, sich dem rein dekorativen Bereich, dem Spiel der Arabesken, allzusehr anzunähern.

Der Kubismus ist eine sehr französische Reaktion auf den Stil der Fauves. Es ist die Reaktion des Geistes gegen die Sinne. „Die Sinne zerstören die Form, der Geist allein gestaltet“, heißt das Credo Braques. Erst jetzt (1908) hatte man Cézanne ganz verstanden. Picasso begann seine kühnen Versuche im Reich der Abstraktion. Damals, während einer kurzen Zeitspanne vor dem ersten Weltkrieg, wurde er, der Spanier, zum tatsächlichen Wortführer der französischen Malerei, und Braque, Delaunay, Fernand Léger, André Lhote und viele andere schlossen sich ihm an. Nur er konnte den Mut aufbringen, dieser verführerischen Stimme des französischen Geistes nachzugeben. Van Gogh hatte gewarnt: „Die Abstraktion scheint mir ein entzückender Weg zu sein. Aber er führt in ein Zauberreich, und bald findet man sich vor einer Mauer.“ Picasso allein durfte es wagen, ihn zu gehen. Von ihm hat ein junger französischer Maler gesagt, er sei einem glänzenden, schnellen, wissenden Stierkämpfer zu vergleichen, der mit jedem Schlag ein anderes Tier erlegt. „Es ist wunderbar, aber ein Franzose würde den Hals dabei brechen, wenn er ihn nachahmen wollte.“ Picasso blieb nur kurz bei den Kubisten, wie er nur kurz sich von der Kunst der Neger beeinflussen ließ. Sowohl in der Richtung auf das Abstrakte wie in der des Naturalismus ging er weiter als alle seine Zeitgenossen. Bald (1920) sollte er den Charme einer ins gigantisch Voluminöse gesteigerten griechischen Schönheit empfinden, bald auch die Notwendigkeit, die hintergründigsten, verworrensten und unheimlichsten Schattenseiten der menschlichen Natur darzustellen, gewissermaßen den Gegenpol zur kubistischen Konstruktion: die vorpsychologischen Regungen, die man surrealistisch nannte. So wurde er, nach einem Worte von André Lhote, „zum Porträtisten des Absurden und Unheimlichen des Zeitalters, in dem wir leben“.

Es ist das große Verdienst einiger französischer Maler, die sich immer mehr als die Kerngruppe der Pariser Schule



in der vergangenen Generation erwiesen, diesen Abwandlungen Picassos nicht gefolgt zu sein. *Dervain, Ullmann* und vor allem *Braque* setzen konsequent den Weg fort, den ihnen Cézanne gewiesen hatte. Betrachtet man einerseits den Hang zum Dekorativen als eine Gefahr für die Kunst Frankreichs, der sich vor allem *Matisse* und *Dufy* nicht immer ganz entziehen konnten, andererseits aber die Notwendigkeit, sich über surrealistische Dinge zu äußern, als eine Gefahr unserer ganzen Zeit, der in der Nachfolge Picassos sehr viele junge Meister verfielen, so hat sich jene Gruppe um Braque am entschiedensten von beiden frei gehalten. Für sie ist der Widerstreit zwischen Abstraktion und Naturnachahmung ebensowenig real gegeben, wie er auch für Cézanne noch nicht greifbar erscheint. Sie können in manchen Landschaften und figürlichen Darstellungen der Natur überaus nahe kommen, ohne den Gesetzen abstrakter Konstruktion untreu zu werden, mit einem sicheren Sinn für den Ausdruckswert von Formen und Farben. Sie können andererseits, wie in sehr vielen Stillleben, die Natur als Vorbild fast ganz entbehren, ohne kalt konstruiert oder willkürlich zu wirken. Am konsequentesten führen sie die große Diskussion fort, als welche die ganze französische Malerei seit Poussin aufzufassen ist und bei der es um nichts Geringeres geht als um die Gewinnung von Schönheit und Ausdruck durch ein vollendetes Equilibre, den inneren Gleichklang der Massen und Farben.

Es gibt noch andere Zentren französischer traditionsverpflichteter Malerei zwischen den Polen Picasso und Matisse. *Braque* wurde zuerst genannt, weil er der Fortschrittlichste ist, streng gegen sich und seine Kunst, und am entschiedensten um die Verwirklichung des alten französischen Ideals des „équilibre“ ringt. Eigene, nicht minder überraschende Möglichkeiten fanden *Rouault* (geb. 1871), *Utrillo* (geb. 1883), *Dunoyer de Segonzac* (geb. 1884). Die beiden ersten haben keine Schule gebildet. Dennoch ist ihre Kunst wesentlich zur Bestimmung der geistigen Physiognomie des heutigen Frankreichs. Rouault ist vielleicht der einzige echte Expressionist, den dieses Land besessen hat. Er gehört zu jener Gruppe begeisterter Katholiken um Léon Bloy und Huysmans, die weniger die Größe und Würde Gottes darstellen als den tiefen Fall der verlorenen Menschheit: Dirnen in der Abstoßendheit ihres welken Fleisches, Jahrmarktsgrotesken, die schreckliche Verlassenheit des Clowns. Gehängte vor der sinkenden Sonne, das furchtbare Spiel des Massacre. „Was wir im Grunde sind, das sagen wir ganz genau. Die Kunst ist eine glühende Beichte“, ist ein kennzeichnender Grundsatz dieses Malers, dem erst am Ende seines Lebens wundervoll ruhige Darstellungen Christi, Mariens und der Heiligen gelingen.

Eine völlig andere Möglichkeit verwirklichte *Utrillo*. Sein Leben ist eine Legende. Der Sohn der Malerin Susanne Valedon wuchs in den Kneipen Montmartres in der Gesellschaft der großen Impressionisten auf. Um seine geschwächten Nerven zu beruhigen, riet der Arzt dem Zwanzigjährigen zum Malen. Nach bunten Postkarten schuf er seine zaubernden Landschaften. Der Zöllner *Rousseau* (geb. 1844) hatte die Schule der „maîtres populaires“ begründet. Kindlich schlicht und einfach malte er die Natur. Doch eine unerklärliche innere Poesie bewahrte ihn davor, ins groteske Naive zu verfallen. Seine Anhänger *Vivin* und *Bombois* haben nicht immer diese Poesie zu bewahren gewußt. Es sind nur schwache Anklänge, die in ihren Bildern noch fortzuschwingen. Erst bei *Utrillo*, der *Rousseau* sicher nicht nachahmen wollte, finden sie sich wieder. So steht im Mittelpunkt der französischen Malerei unseres Jahrhunderts ein naiver Realist, dessen Entwicklung die größten Maler der Vergangenheit, Renoir, Degas, Monet, und nicht zuletzt die eigene Mutter mit Ratschlägen gefördert haben.

Fernab von allen Versuchen der Fauves oder Kubisten ist auch das Werk *Dunoyers de Segonzac* entstanden. Es verkörpert eine der wichtigsten Geisteshaltungen des neueren Frankreich und hat in entscheidendem Ausmaß gruppenbildend gewirkt. Segonzac ist ein Schilderer des Lebens, wie es sich kraftvoll in der freien Natur entfaltet. Seine

Kunst greift zurück auf die dynamischen Möglichkeiten menschlichen Daseins. Ein vom Standpunkt der eigentlichen Moderne naiver Vitalismus drückt sich in seinen Menschen und in der sie umgebenden Natur aus. Seine Farben sind klar, unkompliziert, die Zeichnung bewegt, doch gespannt. Roger de la Fresnoye (1885–1925), der Frühverstorbene, hat ähnliche Ziele verfolgt. Doch herrscht bei ihm das Bedürfnis zur Synthese vor. Es findet eine Art Rückübertragung der kubistischen Erfahrungen auf die Natur statt, der Versuch, das Dynamische mit dem Konstruktiven, das Erlebnismoment mit der Reflexion zu vereinen.

Die Notwendigkeit einer solchen Synthese wurde gerade in den Jahren um und nach seinem Tode augenfällig. Aus der 1917 in Zürich entstandenen, 1919 nach Paris übertragenen Dada-Bewegung, einer anarchistischen und daher tief unernst-kunstfeindlichen Gruppe, entstand als Reaktion gegen den allzu strengen Formalismus der Kubisten der Surrealismus. Picasso hat, wie bei der Entstehung von jenem 1908, auch bei diesem um 1925 Pate gestanden, und eine ganze Welt in Amerika, England und Frankreich ist ihm beide Male gefolgt. Seinen Verführungen konnten sich nur wenige aus der Generation der heute Vierzigjährigen entziehen. Und wenn auch kein Franzose den Surrealismus so wie die Spanier Miro und Dalí bis zu seiner letzten abstoßendsten Konsequenz fortgeführt hat, so sind doch seine Einwirkungen aus den Werken jener Künstler, die in einem Manifest von 1935 gegen ihn zu Felde zogen und die „Rückkehr zum gewissenhaften Handwerk der französischen Tradition“ auf ihre Fahne geschrieben hatten, nicht wegzudenken. Diese, *Fougeron*, *Pignon*, *Bazaine*, *Estève*, *Gischia*, *Borès* und *Beaudin*, haben sich bei einer Ausstellung in der Galerie Braun 1941 zur Gruppe der „jungen Maler der französischen Tradition“ zusammengeschlossen. Manchen von ihnen konnte man in der französischen Ausstellung in Berlin, Baden-Baden und Düsseldorf zum erstenmal in Deutschland sehen. Sie — und neben ihnen immer wieder Picasso — haben, wie ein französischer Kritiker uns berichtet, auch vor allem auf die Maler des „Salon des moins de 30 ans“ vom Herbst 1946 eingewirkt. Will man ihren Stil in wenigen Sätzen umreißen, so muß man die klare, völlig unnaturalistische Farbgebung hervorheben, in der das Bestreben, mit reinen Tönen ohne irgendwelche gegenständliche Assoziationen zu komponieren, als letzte konsequente Verwirklichung der Lehre Cézannes deutlich wird. Die Zeichnung ist rückhaltlos herb. Das Häßliche im klassischen Sinne wird weder gesucht noch vermieden. Kühle Bewußtheit in der Gestaltung bleibt ein Ideal, wobei man sich die Ausdruckserfahrungen des Expressionismus und des Surrealismus mit großer Sicherheit zunutze macht. Das Spiel mit den Formen und Farben ist ungemein klar geworden. „Die Malerei ist völlig frei“, schreibt 1938 Lucien Laforge, „sie duldet keine Kontrolle. Sie muß allein darauf achten, die Gebilde der Phantasie wiederzugeben. Nur die Phantasie verleiht ihr Daseinsrecht. Ich gebe meinen Bildern keine Namen mehr, keine Anekdoten, keine Gegenstände werden dargestellt ... Es gibt weder Wesen noch Objekte, es gibt nur Formen und Reize“. Bei der großen Weltausstellung von 1937 hatte man an monumentalen Aufträgen bewiesen, daß man sich auch gefällig dekorativ geben konnte und nichts von dem vergessen hatte, was man von Poussin, Ingres, Manet und Renoir gelernt hatte. Jetzt, in vielfach nicht sehr großen Bildern, herrscht eine trockene, berechnete und doch zuweilen äußerst empfindsame Sachlichkeit vor. Man ist sehr wissend geworden und völlig frei in der Wahl der Mittel. Konnte noch 1908 Vlaminck schreiben, daß in der Kunst jede Generation neu beginnen müsse, so glauben heute die jungen Maler Frankreichs, daß aus der Lehre Cézannes und seiner ersten Nachfolger in konsequenter Fortentwicklung der neue Stil entstehen könne. Sie zweifeln kaum noch am Wege. Sie gestalten mit nüchterner Kühle in ihren Werken Kompositionen, bei denen Gegenständliches und Abstraktes unvermittelt nebeneinander stehen und bei denen man nicht weiß, ob sie von den letzten Dingen der Kunst handeln oder nur von ihren dekorativen Elementargesetzen.



Man wagt nicht zu entscheiden, ob aus diesem jungen Stil eine neue große Epoche der Pariser Schule erwachsen kann. Denkt man zurück an die großen Impressionisten, so ist man von der Kühle und Berechnung dieser jüngsten Kunst in gleicher Weise erschreckt, wie von der dekorativen

Sicherheit in der Gestaltung überrascht. Aber vielleicht wird man wieder nach Negerkunst, Kubismus, Surrealismus oder Surexpressionismus von Picasso, dem Gauklér über dem Abgrund des Nichts, überrascht werden, wenn er 1947 seine neuesten Versuche zeigen wird.

## Daten zur Monographie der wichtigsten Maler

### JEAN AUJAME

geboren am 12. Mai 1905 in Aubusson. Kam 1930 nach Paris, wo er sich zunächst als heftiger Anhänger der Fauves gab. Später wurde sein Stil ruhiger. Aujame zeigt ausgewogene Landschaften.

### CAMILLE BOMBOIS

geboren am 3. Februar 1883 in Vénoray-les-Saumes. War zunächst Schaffhirt, später Wanderathlet. Kam 1907 nach Paris. Während des Krieges verkaufte seine Frau seine Bilder. Seit 1923 ist sein Ruf als neben Vivin bester Nachfolger des Zöllners Rousseau gefestigt.

### GEORGES BRAQUE

geboren am 13. Mai 1882 in Argenteuil. Kam 1909 nach Paris. Stellte 1908 bei Kahnweiler aus (Entstehung des Kubismus). Arbeitete und lebte bis 1914 mit Picasso. Näherte sich nach dem Kriege wieder stärker der Natur, um sich seit 1930 noch entschiedener abstrakten Vorwürfen zuzuwenden.

### MAURICE BRIANCHON

geboren am 11. Januar 1899 in Fresnay-sur-Seine. Begann 1915 sein Studium in Paris. Verbindung mit Oudot und Legueult. Gewann 1924 den Blumenthal-Preis. Schuf Blumen Dekorationen. Gilt als einer der Anführer der jungen Generation.

### MARC CHAGAL

geboren am 7. Juli 1887 in Witebsk (Rußland). Studierte erst in Petersburg, kam 1910 nach Paris; Beziehungen zu André Salomon und Guillaume Apollinaire. Begründete seinen Ruf 1914 auf einer Ausstellung in Berlin. 1920 Dekoration des jüdischen Theaters in Moskau. Lebt meist in Paris, wohin er 1946 aus Amerika zurückkehrte. Neben Rouault der bedeutendste Expressionist der Schule von Paris.

### GIORGIO DE CHIRICO

geboren am 10. Juli 1888 in Volo (Griechenland) von italienischen Eltern. Studierte in München und Paris. Lebte 1915–1925 in Rom und Florenz, seit 1925 in Paris. Er hat eine eigene, fast klassische Form des Surrealismus gefunden.

### ANDRÉ DERAIN

geboren am 10. Juni 1880. Einfluß von Matisse und Vlaminck; Ausstellung 1905 im Salon der Fauves. 1907 Kontrakt mit der Galerie Kahnweiler. Beziehungen zum Kubismus. 1911 Beginn der „gotischen Periode“ (Nachahmung Sienesischer Malerei). Später vor allem als Landschafts- und Porträtmaler tätig. Seine Landschaften gehören zu den bedeutendsten, die in der Nachfolge Cézannes entstanden sind.

### RAOUL DUFY

geboren am 3. Juli 1877 in Le Havre, lebt in Paris. Maler, Graphiker und Kunstgewerbler (Keramik, Teppiche, Stoffe, Möbel). Gehörte 1905 zum Salon der Fauves. Einfluß von Matisse und Van Gogh. Nach Jahren der Versuche fand er erst nach 1920 seinen eigenen, sehr dekorativen Stil, bei dem der Reiz der flüchtigsten Zeichnung sich mit hellen und zarten Farben verbindet. Er ist der kennzeichnende Repräsentant eines dekorativen Geschmacks von großer Poesie. Hauptwerk: Darstellung der Geschichte der Elektrizität in der Gewerbeausstellung 1937.

### ANDRÉ FOUGERON

geboren am 1. Dezember 1903 in Paris, lebt in Montrouge (Seine), 42, Place Jules-Ferry. Maler und Graphiker, zur Gruppe der „Jeunes peintres de tradition française“ von 1941 gehörig. Erhielt 1946 den National-Preis mit seinem Bild „Goûter“. Viel beachtet wurde der Entwurf für eine

Wandmalerei in der Kirche St. Geneviève in Romainville, an dessen Ausführung der Meister zur Zeit arbeitet. Sein Werk stellt den Versuch dar, die Erfahrungen auf dem Gebiet geschmackvoller Dekoration mit den starken Ausdrucksmitteln Picassos und der Surrealisten zu vereinigen.

### ROGER-ANDRÉ DE LA FRESNAYE

geboren am 11. Juli 1883, gestorben am 27. November 1925. Freundschaft mit Segonzac und L. A. Moreau. Schüler von Maurice Denis, beeinflusst 1910–1914 von Braque und Picasso. Später Einfluß de Chiricos. Einer der Bahnbrecher der jüngeren französischen Malerei, bei der die Erfahrungen kubistischer Konstruktion auf Gegenstände aus der Natur angewandt werden.

### EMILE OTHON FRIESZ

geboren am 6. Februar 1879 in Le Havre. Freund von R. Dufy. Mitglied des Salon des Fauves. Großer Erfolg 1913 bei Cassirer in Berlin. Spätwerke barocke, rhythmisch-dekorative Kompositionen.

### MARCEL GROMAIRE

geboren am 24. Juli 1892 in Noyelles-sur-Sambre. Lebt in Paris. Einfluß von Matisse und nordischen Expressionisten. Begründete seinen Ruf im Salon des Indépendants 1925 mit einem Bild „Der Krieg“. Wurde vor allem durch seine Frauendarstellungen bekannt, in denen sich plastische Ausdruckskraft mit wundervoll bewußter Ponderation vereint. Er hat auch viele Radierungen geschaffen.

### FERNAND LÉGER

geboren 1881 in Argentan. Durch Kahnweiler wird er 1910 mit Picasso und Braque bekannt. Einer der wichtigsten Vertreter des Kubismus. War auch als Filmgestalter tätig.

### ANDRÉ LHOTE

geboren am 15. Juli 1885 in Bordeaux, lebt in Paris, 38 bis Rue Boulard. Vertreter eines gemäßigten Kubismus. Wurde mehr als Kunstkritiker denn als Maler bekannt. Hauptschriften: Corot. La Peinture, Le Coeur et l'Esprit, Parlons Peinture, Traité du Paysage (1940), Peinture d'Abord (1942).

### JEAN LURÇAT

geboren am 1. Juli 1892 in Bruyères (Vosges), lebt in Paris, 9, Boulevard Montparnasse. Seine Kunst wurde bestimmt durch die Entdeckung Cézannes 1910. Zahlreiche Reisen (Deutschland, Italien, Spanien, Kleinasien, Amerika, Marokko). Starker Einfluß Picassos. Malte später vor allem Seebilder.

### PIERRE-ALBERT MARQUET

geboren am 19. März 1875 in Bordeaux. Schüler Gustave Moreaus seit 1897. Enge Verbindung mit Matisse (bis 1914). Viele Reisen und Reisebilder (Häfen), daneben Bilder von Paris. Zahlreiche Radierungen.

### HENRI MATISSE

geboren am 31. Dezember 1869 in Château-Cambrésis (Nord). Lebt in Paris, 132 Boulevard Montparnasse, und in Nizza. Begann als Student der Rechte, trat 1893 in die Pariser Akademie ein. Traf im Atelier seines Lehrers Gustave Moreau Rouault und Marquet, später Derain. Begründete seinen Ruf 1905 in der Ausstellung der Fauves. Erstes Hauptwerk: „La Joie de Vivre“ 1906 in der Stiftung Barnes, Merion, USA. Manifest seiner Kunstlehre in „Grande Revue“, 25. Dezember 1908. Man unterscheidet die impressionistische Epoche bis 1903, den Fauvismus 1905, die Neger-Epoche 1908, die orientalische Epoche bis etwa 1930, die dekorative Epoche (Hauptwerk „Der Tanz“, Stiftung Barnes).



## AMADEO MODIGLIANI

geboren am 12. Juli 1884 in Livorno. Gestorben am 15. Januar 1920 in Paris. Was Lehmbruck im Bereich der Skulptur, war er in der Malerei: der Gestalter der eigentümlichen Poesie des weiblichen Leibes. Er beschränkte sich dabei in Farbe und Zeichnung auf sparsamste Mittel, den knappen Kontur und dunkle, dumpf-satte Töne.

## PABLO RUIZ PICASSO

geboren am 25. Oktober 1881 in Malaga, lebt in Paris, 7 Rue des Grands Augustins. Vater (Ruiz) Baske, Mutter (Picasso) Genueserin. Kunstschule Barcelona 1896, Madrid 1897, Paris 1900. Erste Ausstellung bei Vollard 1901 (Zirkusszenen). 1904 bezieht er sein berühmtes Studio, 13 Rue de Ravignan, das „Bateau-lavoir“. Dort Zusammentreffen mit Max Jacob, van Dongen, Salomon, Apollinaire, Matisse, Derain, Vlaminck und Braque. Bis 1904 reicht die „blaue Periode“, bis 1906 die „rosa“. 1906/07 entstehen die ersten kubistischen Versuche. Gleichzeitig Einfluß der Negerkunst. 1912 Versuche der Komposition aus Zeitungspapier und anderen Fremdkörpern. Gleichzeitig Übersiedlung von Montmartre nach Montparnasse. 1917 Entwürfe für das russische Ballett in Rom. 1920 Beginn der „antiken Periode“, auch Elephantiasis genannt. 1921 erneut Hauptwerke des Kubismus („Die drei Masken und die drei Musiker“). 1928 Beginn der surrealistischen Arbeiten (Hauptwerk „Guernica“ 1937). Seither wechseln realistische Darstellungen mit unheimlichen Beschwörungen menschlicher Widersinnigkeit. Große Bedeutung haben seine zahlreichen Buchillustrationen, die an klassischer Schönheit und Perfektion der Linienführung nichts zu wünschen übrig lassen.

## GEORGES ROUAULT

geboren am 27. Mai 1871 in einem Keller von Belleville während der Beschießung von Paris. Begann als Glaserlehrling. Schüler von Gustave Moreau, Befreundet mit Huysmans und Léon Bloy. Besondere Beziehung zu Rembrandt. Bedeutendster Vertreter eines christlichen Expressionismus.

## ANDRÉ DUNOYER DE SEGONZAC

geboren am 6. Juli 1884 in Boussy-Saint-Antoine (Seine et Oise). Begann 1906 selbständig zu malen. 1910 in einem ersten Hauptwerk, „Der Trinker“, ist sein persönlicher Stil bereits klar erkennbar. Haupt jener Richtung, die den Reichtum des körperlichen Lebens darzustellen sich bemüht. Auch als Graphiker tätig.

## CHAIM SOUTINE

geboren 1894 in Smilowitschi bei Minsk, gestorben 1943. Kam 1913 nach Paris. Freundschaft mit Modigliani. Tragisch visionäre Landschaften. Erster Erfolg 1923, als Dr. Barnes über 100 Bilder erwarb. Soutine hat nie ausgestellt.

## JEAN SOUVERBIE

geboren am 21. März 1891 in Paris. Schüler von Maurice Denis. Kubistische Periode 1924–27 unter Einfluß von

Braque. Später große Dekoration und klassizistisch beruhigte Kompositionen.

## MAURICE UTRILLO

geboren am 26. Dezember 1883 in Montmartre, Rue du Poiteau, als Sohn der Malerin Suzanne Valedon und eines gewissen Boissy. Adoptiert von dem spanischen Schriftsteller Miguel Utrillo. Von früh an durch Trunksucht gefährdet, begann er 1903 auf den Rat seines Arztes zu malen. Sein Leben ist geteilt zwischen langen Aufenthalten in Entwöhnungsanstalten und solchen in Paris. Sein Erfolg datiert seit einer Ausstellung in der Galerie Lapoutre 1919.

## MAURICE VLAMINCK

geboren am 4. April 1876 in Paris. Begann als Radrennfahrer. Heiratete mit achtzehn Jahren. Begann 1898 zu malen. Zusammenarbeit mit Derain seit 1899. Erste Ausstellung 1905. Sein Erfolg wurde durch eine Gesamtausstellung bei Druet 1919 gefestigt. Seit 1925 lebt er auf dem Lande bei Verneuil-sur-Avre. Er war auch als Schriftsteller tätig.

## HENRI DE WARQUIER

geboren am 8. Januar 1881 in Paris, lebt daselbst, 15, Place du Panthéon. Begann unter dem Einfluß der Impressionisten und Ostasiens. Zwischen 1901 und 1910 entstanden viele Landschaften, vor allem aus der Bretagne, später naturalistische Kompositionen, die sich immer mehr einem pessimistischen Expressionismus nähern (zum Beispiel „Das geschändete Spanien“, Salon des Tuileries 1938). War auch als Graphiker tätig.

## BIBLIOGRAPHISCHE ÜBERSICHT

## Quellen:

Matisse, Notes d'un peintre, Grande Revue 1908.  
La Fresnaye, L'imitation dans la Peinture et la Sculpture, Grande Revue 1913.  
Coquiott, Cubistes, Futuristes, Surréalistes, Paris ohne Jahr.  
André Lhote, Peinture d'Abord, Paris 1942.

## Gesamtübersichten:

P. du Colombier, Tableau du XX. Siècle, in Les Arts, Paris 1933.  
Reymond Escholier, La Peinture Française XX. Siècle, Paris 1937.  
René Huyghe, L'Histoire de l'Art Contemporain, Paris 1935.  
Bernard Champigneulle, L'Inquiétude dans l'Art d'aujourd'hui.  
René Huyghe, Dix Ans de Vie Française, 1938.  
Luis Hautecour, Littérature et Peinture en France, du XVII. au XX. siècle, Paris 1942.  
Bernard Dorival, La Peinture Française, II. Bd. Paris 1942.  
Über alle wichtigen Künstler sind bei Crès und in der N. R. F. Monographien erschienen.

## Die Presse in Italien

Die Italiener sind, im Gegensatz zu den Franzosen etwa, nie ein Volk von vielen Zeitungslesern, wohl aber stets ein Volk von zahlreichen, stark differenzierten Meinungen gewesen. So wird auch das heutige Bild der italienischen Presse aus einer überraschend großen Zahl von Zeitungen und Zeitschriften mit erstaunlich kleinen Auflagen gebildet. In Rom zum Beispiel erscheinen nicht weniger als 20 Tageszeitungen mit einer Gesamtauflage von nur 350–380 000 Exemplaren. Sowohl in Rom wie in ganz Italien hat sich die Zahl der Tageszeitungen gegenüber der faschistischen Zeit fast verdreifacht, während die Durchschnittsauflagen gesunken sind.

Die in Rom erscheinenden Tageszeitungen zerfallen in drei Gruppen. Die erste besteht aus je zwei morgens

und abends herauskommenden großen Informationsblättern. Die führende Zeitung der Hauptstadt ist „Il Messaggero di Roma“ (Auflage 80 000), ein der Regierung nahestehendes unpolitisches Informationsblatt. Die gleiche Richtung vertritt nachmittags das von Bank- und Agrarkreisen gestützte „Giornale d'Italia“ (Auflage 35 000). Das zweite Morgenblatt ist „Il Tempo“ (Auflage 60 000), weiter rechts orientiert und dem Kreis um den früheren Ministerpräsidenten Nititi nahestehend. Abends erscheint „Il Giornale della Sera“ (Auflage 30 000), auch heute noch als monarchistisch zu bezeichnen, nach Süditalien und Amerika hin orientiert.

Die zweite Gruppe besteht aus den acht Parteorganen. Nach der Stärke der Parteien geordnet ist das erste „Il Popolo“ (Auflage 18 000), das Blatt der Christlich-Demokra-



tischen Partei des Ministerpräsidenten *de Gasperi* „Avanti!“ („Vorwärts!“, Auflage 12 000) ist die Zeitung des von dem ehemaligen Außenminister *Nenni* geführten linksradikalen Teils der Sozialistischen Partei, „L'Unità“ (Auflage 9 000 bis 10 000) das Blatt der Kommunistischen Partei. Von diesen drei Zeitungen erscheinen auch norditalienische Ausgaben in Mailand. Die neue „Sozialistische Partei der italienischen Arbeiter“, die rechtssozialistische Gruppe um *Giuseppe Saragat* ist inzwischen durch ein eigenes Organ vertreten, das den Namen „Umanità“ führt. Es folgt „Buon-senso“ (Auflage 50 000), das über ganz Italien verbreitete Organ der rechtsoptionellen Bewegung „Uomo Qualunque“ (der „Kleine Mann“, der „Mann von der Straße“). Die Zeitung der Republikanischen Partei, „La Voce Repubblicana“ (Auflage 12 000), erscheint als einziges Parteiorgan nachmittags. Von den beiden Zeitungen der in der Opposition stehenden Liberalen Partei steht „Risorgimento Liberale“ (Auflage 10 000) dem Philosophen *Benedetto Croce* nahe, während „Italia Nuova“ (Auflage 8—9000) den monarchistischen Flügel der Partei, die bisherige Demokratische Partei, vertritt. Eine monarchistische Tageszeitung ist auch der kürzlich zum erstenmal erschienene „Corriere della Nazione“. Die letzte und kleinste Zeitung ist die der Aktionspartei, „L'Italia Libera“ (Auflage 2000).

Diesen beiden Gruppen steht die dritte an Bedeutung erheblich nach: „unabhängige“, in Wirklichkeit von Bank-, Agrar- und Wirtschaftskreisen oder von der Kirche abhängige Mittags- und Nachmittagszeitungen. Hinter „La Tribuna del Popolo“ (Auflage 3 000) stehen die gleichen Bank- und Agrarkreise wie hinter dem bereits erwähnten „Giornale d'Italia“, hinter „Il Quotidiano“ (Organ der katholischen Aktion) die Kirche, hinter „La Capitale“ Monarchisten, hinter „Espresso“ (Auflage 5 000), „Indipendente“ (Auflage 7 000) und „Momento“ (Auflage 30 000) Industriekreise. Die zuletzt genannte Zeitung „Momento“, die eine ausgesprochen sozialistische Haltung vertritt, kann als eine Art Rückversicherung kapitalistischer Kreise für den Fall einer marxistischen Mehrheit angesehen werden. „Il Globo“ (Auflage 7—8 000) ist das führende Wirtschaftsblatt der Hauptstadt. In englischer Sprache erscheint „The Rome Daily American“. Erwähnt sei endlich der „Osservatore Romano“, weiterhin das offizielle Organ des Vatikans.

Außerhalb der Hauptstadt hat sich das Bild der Tagespresse gegenüber früher nicht wesentlich geändert. Selbst die alten Titel sind meistens beibehalten worden, manchmal durch ein vorgeseztes „Nuovo“ (Neu) ergänzt. Die größte Zeitung des Landes ist weiterhin der Mailänder „Corriere della Sera“ (Auflage 250 000), der sich nach dem Umschwung zunächst „Corriere d'Informazione“ nannte und der jetzt „Il Nuovo Corriere della Sera“ heißt. Die bedeutendsten Zeitungen außerhalb Roms sind ferner „Corriere Lombardo“ (Mailand), „La Nuova Stampa“ und „Gazzetta d'Italia“ (früher „Gazzetta del Popolo“, Turin). „Il XIX. Secolo“ (Genua), „Il Gazzettino“ (Venedig), „Corriere dell'Emilia“ (früher „Resto del Carlino“, Bologna), „La Nazione“ (Florenz), „Il Giornale“ (Neapel) und „Il Giornale di Sicilia“ (Palermo). In Bozen erscheinen in deutscher Sprache die „Dolomiten“.

Eine der wesentlichsten Veränderungen gegenüber der früheren Zeit ist das weitgehende Abschwenken des Lesepublikums von den Tageszeitungen zu politisch-polemischen Wochenzeitungen. Der Grund dafür liegt in der Tatsache, daß die frühere Gleichförmigkeit auch nach dem Ende des Faschismus weiterhin das Bild der Tagespresse beherrschte, da der Papiermangel nur zweiseitige Ausgaben zuließ, in denen neben Nachrichten, Chronik und Anzeigen kaum noch Platz zur Erörterung grundsätzlicher Fragen blieb. (Auch heute erscheinen die Zeitungen nur zwei- bis dreimal die Woche mit vier Seiten, sonst zweiseitig). Der erste große Publikumerfolg war vor zweieinhalb Jahren „L'Uomo qualunque“, das Organ der bereits erwähnten rechtsoptionellen Bewegung. Die Zeitung, von dem Parteiführer *Guglielmo Giannini* mit scharfer Kritik und beißendem Spott herausgegeben, hat trotz vieler Nach-

ahmer noch immer die größte Auflage in dieser Gruppe (170 000). Fast alle ihre Nachfolger stehen ebenfalls in der Opposition zur Regierung, oft sich heftig untereinander bekämpfend. „Il Merlo Giallo“ („Die gelbe Amsel“, Auflage 93 000), geleitet von *Alberto Giannini*, bekämpft die gegenwärtigen marxistischen Führer und befürwortet einen demokratischen Sozialismus mit nationalistischem Vorzeichen. „La Rivolta Ideale“ (Auflage 90 000) dagegen ist antikommunistisch und anti-sozialistisch und wendet sich insbesondere gegen die frühere Militärkaste, die sie für die Niederlage in erster Linie verantwortlich macht. In starkem Gegensatz zu ihr steht die neue Zeitung „Rataplan“ (Auflage 60 000), die mit monarchistischer Tendenz an die Tradition des Risorgimento anknüpft und hinter der militärische Kreise, vor allem die Marine, stehen. Ihr Grundgedanke ist der Kampf gegen die Trennung des Volkes in Faschisten und Antifaschisten, wodurch Angriffe auf sie wegen „neufaschistischer Haltung“ besonders leicht sind. Erwähnt seien endlich die Organe der monarchistischen Opposition, „Azione Monarchica“ und „La Voce Monarchica“, die republikanische „Idea Repubblicana“, die sozialistischen „Compiti Nuovi“ („Neue Aufgaben“), die rechtssozialistische, *Giuseppe Saragat* nahestehende „Critica Sociale“ und die von dem kommunistischen Parteiführer *Togliatti* herausgegebene Monatsschrift „Rinascita“. Außerhalb Roms erscheinen „Meridiano“ in Mailand, „La Punta“ in Florenz und „Manifesto“ in Bari, sämtlich auf dem rechten demokratischen Flügel stehend.

Die letzte Gruppe auf dem Gebiet der politischen Presse ist die der humoristisch-satirischen Wochenzeitungen. Hier sind zu nennen der rechtsstehende, antikommunistische „Travaso“, der vor einigen Monaten mit großem Erfolg sein Erscheinen wieder aufnahm, der der politischen Mitte nahestehende „Orlando“, der monarchistische „Candido“, der republikanische, antikommunistische „Cantachiaro“ und der seit kurzem geschickt getarnt von den Kommunisten als Kampforgan gegen den politischen Einfluß der katholischen Kirche und gegen einen großen Teil des Klerus herausgegebene „Don Basilio“. Es sei erwähnt, daß durch die zuletzt genannte Zeitung und andere, weitgehend antiklerikale, nicht offiziell an Parteien gebundene Linksorgane zur Zeit eine starke Propaganda für die Einführung der in Italien verbotenen Ehescheidung gemacht wird.

Allen erwähnten Zeitungen und Zeitschriften ist die große Offenheit gemeinsam, mit der ohne jede Hemmung durch eine Zensur alle Probleme erörtert werden. Nur ein einziges Mal ist es in der letzten Zeit zu einem staatlichen Eingreifen gekommen, als *Alberto Giovannini*, der frühere Direktor der faschistischen „Ora“, in der ersten Nummer seiner neuen Zeitung „Rosso e Nero“ („Rot und Schwarz“) offen für Mussolinis sozialistisches Programm eintrat, wie es während der faschistischen Republik in den „Achtzehn Punkten von Verona“ aufgestellt wurde. Die Zeitung, die, wie schon der Name andeutet, eine Verbindung der sozialistischen Elemente innerhalb der ehemaligen Faschisten mit den Rechtssozialisten befürwortete, wurde daraufhin verboten und der Herausgeber auf eine Insel verbannt — was in Ermangelung neuer Verordnungen nach dem alten faschistischen Pressegesetz geschehen mußte.

Die heute tätigen Journalisten haben mit Ausnahme einiger weniger Emigranten bereits unter dem Faschismus in der Presse geschrieben, zum Teil sogar in führenden Stellen. Mit Ausnahme der etwa zehn führenden faschistischen Journalisten, die sich aber auch auf Grund der vor einigen Monaten erlassenen Amnestie alle in Freiheit befinden, sind praktisch alle früheren Journalisten wieder in der Presse untergekommen. Infolge der fast dreißigjährigen Herrschaft des Faschismus und der geringen Emigration gab es eben einfach keine nicht durch eine Zusammenarbeit mit dem Faschismus belasteten Journalisten. Dies gilt nicht nur für die Rechts-, sondern auch für die Linkspresse. So ist ein bekannter Mitarbeiter der früheren „Roma Fascista“ heute Herausgeber der kommunistischen „Unità“ in Neapel und der ehemalige Herausgeber der auch in Deutschland verbreiteten Zeitschrift „Tempo“ Sonderkorrespondent des



sozialistischen „Avanti!“. In der kommunistischen Presse schreiben unter anderen der Nordpolforscher Umberto Nobile und der bekannte ehemals faschistische Schriftsteller Curzio Malaparte.

Einschließlich der oft in ihren Zeitungen schreibenden Parteiführer sind, von links nach rechts gehend, die einflußreichsten und meistgelesenen Journalisten: bei den Kommunisten Palmiro Togliatti und Mauro Scoccimarro, bei den Sozialisten Pietro Nenni, Giuseppe Saragat, Ignazio Silone und der Gewerkschaftsführer Giuseppe Di Vittorio; bei der Aktionspartei Riccardo Lombardi und Emilio Lussu, bei den Republikanern Giovanni Conti und Randolfo Pacciardi, bei den Christlichen Demokraten der Erziehungsminister Guido Gonella, der vor kurzem aus Amerika zurückgekehrte Don Luigi Sturzo und der Generalsekretär Iginio Giordani, bei den Liberalen Benedetto Croce, Mario Lupinacci, Panfilo Gentile und Paolo Monelli, auf dem monarchistischen Flügel der Liberalen Enzo Selvaggi und Roberto Lucifero, beim „Uomo Qualunque“ Guglielmo Giannini und der General Bencivenga. Unter den nicht parteilich Gebundenen seien erwähnt Mario Missiroli („Messaggero“), Arturo Labriola („Tempo“), Carlo Scarfoglio und Giuseppe Piazzi („Giornale d'Italia“) und Salvatore Aponte („Giornale della Sera“).

Unter den übrigen, auf allen Gebieten erscheinenden Wochen-, Halbmonats- und Monats-Zeitschriften sind auf dem Gebiet der Außenpolitik die wichtigsten „Relazioni Internazionali“ und „Politica Estera“, auf kulturellem Gebiet „Nuova Antologia“ (Antonio Baldini), „La Critica“ (Benedetto Croce), „Civiltà Cattolica“ (herausgegeben von dem Jesuiten Giacomo Martegani) und die kommunistischen „Emporium“, „Humanitas“ und „Il Politecnico“ (Elio Vit-

torini). Auf dem Gebiet der Kunst sind zu nennen „Gazzetta delle Arti“, „Teatro“, „Successo“, „Musica“ und die Literaturzeitschriften „Fiera Letteraria“ (G. B. Angioletti), „Il Ponte“ (Pietro Calamandrei), „Letture“ (G. Valentini S. J.), „La Caravella“, „Lettere“, „Lettere d'Oggi“, „L'Italia Che Scrive“ und „Corriere del Libro“. In der Art von „Reader's Digest“ und der früheren deutschen „Auslese“ erscheinen „Il Mese“, „Mercurio“ und „Eco del Mondo“.

Buchstäblich unüberschbar aber ist die Zahl der bebilderten Zeitschriften: angefangen mit den großen Tiefdruck-illustrierten „Tempo“, „Oggi“ und „L'Europeo“, über die mit einer reißerischen, meist irgendein Verbrechen darstellenden Titelzeichnung versehenen Sonntagszeitungen „Corriere della Domenica“, „La Tribuna Illustrata“, „L'Illustrazione del Popolo“ und „L'Illustrato“, über die Sensationszeitungen, die sich überhaupt nur mit Verbrechen befassen (wie „Crimen“, „Cronaca Nera“, „Detective“, „Attualità“, „Supergiallo“), die zahllosen, meist auf erschreckend tiefem Niveau stehenden „Familienzeitschriften“ mit Romanen, sensationellen Fotos, Bildergeschichten nach amerikanischem Vorbild („Grand Hotel“ mit einer Auflage von angeblich nicht weniger als 400 000, „Zazà“, „Capricci“, „Intimità“ und andere), die Frauen- und Modezeitschriften (vor allem „Bellezza“), die zahlreichen Sport-, Kino- und Radioblätter bis zu den von der Kirche erfolglos bekämpften obszönen Zeitschriften und den vielen für Italien so typischen Kinderzeitschriften mit bunt illustrierten Bildergeschichten.

Die italienische Presse bietet ein ungemein vielfältiges und abwechslungsreiches Bild, spiegelt aber zugleich die ganze Zerrissenheit des heutigen Italien in Parteien und Gruppen, in Klassen und Stände, in Nord und Süd mit oft erschreckender Deutlichkeit wider.

## Die Zeitschriften in Frankreich

(Schluß)

LA RÉPUBLIQUE MODERNE. Verlag: Paris 10e, 19, rue de l'Echiquier. Preis 20 frs. Politische Monatshefte, die „Mensch und Land für einen neuen Sozialismus“ freimachen wollen. Nach Angaben von Paru erweist sich diese Zeitschrift unter der Leitung von Robert Aron als an einen liberalen Sozialismus in der Tradition von Spinoza und Proudhon gebunden.

LA RÉVOLUTION DE LA NUIT. Eine Veröffentlichung junger Schriftsteller, die Aragon als den „Konformisten im Dienste der Revolution“ bezeichnen und feststellen, man dürfe nicht „Greise mit dem Surrealismus spielen lassen“.

LA REVUE D'ALGER.

LA REVUE DE L'EST.

LA REVUE DOLORISME. Preis 15 frs. Die Zeitschrift des Dolorismus. Existentialismus und Dolorismus glichen sich zwar in einigen Punkten, seien aber gleichwohl, wie Gérard de Lacaze-Duthiers ausführt, sehr voneinander verschieden. (Nach der Definition von „Paru“ befaßt sich der Dolorismus mit der „philosophischen und künstlerischen Auswertung des Schmerzes.“) J. Teppe verteidigt den „rettenden Pessimismus“.

LA REVUE ÉCONOMIQUE ET SOCIALE. Redaktion: Paris, 5, rue de Voltaire. Die wichtige Monatsschrift druckte den im „Economist“ erschienenen Aufsatz „Eine neue Auffassung von Europa“ ab, der sich mit der Möglichkeit der Bildung eines Westblockes befaßt. René Hauriou schlägt einen neuen Ausgleich innerhalb einer wirtschaftlichen Demokratie vor durch „die Kollektivierung der anormalen wirtschaftlichen Macht, nicht zum Nutzen des Staates, aber zum Nutzen der Nation“. Ein Essay von Bazaire über die Theorie des öffentlichen Unternehmens.

LA REVUE INTERNATIONALE. Verlag: Paris 2e, 18, rue Favart. Monatsschrift, Preis 60 frs. Direktionskomitee: Bettelheim, Martinet, Nadeau, Bessagnet. Diese neue Revue vertritt den dialektischen Materialismus, will aber andere Meinungen nicht ausschließen. Sie befaßt sich mit Natur- und Geisteswissenschaften, insbesondere mit Philosophie, mit Kunst und Literatur. Die Zusammenhänge zwischen Marxismus und Phänomenologie werden von Tran Duc Thao und Jean Domarchi dargestellt. Eine energische Stellungnahme von Pierre Naville gegen das Eindringen des Existentialismus in den Marxismus. Eine Analyse der

Philosophie Heideggers von Alquié. In „Besitz als soziale Tatsache“ hebt Paul Mercier hervor, daß in den Negergemeinschaften der Privatbesitz fast völlig in sozialen Gemeinschaften aufgehe und so seinen individuellen Charakter verliere, den er auch in der Verstaatlichung (der Autor bezeichnet unsere Staaten als psychopathisch) noch behalte. Über den sibirischen Schamanismus schreibt Evelyne Lot-Falk.

LA REVUE SOCIALISTE. Monatsschrift, Preis 45 frs. Herausgeber: Ernest Labrousse. Doktrinäres und kulturelles Organ der sozialdemokratischen Partei. Der Titel stammt von einer Zeitschrift, die von Benoît Malon gegründet wurde und 1940 eingegangen war. Artikel von Bracke, Bourgin, Labrousse, Lévy-Brühl und Julien.

LA REVUE THÉÂTRALE. Verlag Bordas. Herausgeber Paul Arnold. Preis 65 frs. Neue Theaterzeitschrift. In einem Artikel schlägt Arnold vor, Dekorationen nach symbolischen Grundvorstellungen wieder einzuführen.

LA TABLE RONDE. Erscheint in Nancy und Paris.

LA TOUR DE FEU. Preis 50 frs. Eine Viermonatsschrift, die „der Poesie pure“ ebenso fern steht wie der Familie Sartre“.

LA TRAMONTANE. Diese roussillonische (Roussillon = alter Name für das Departement Pyrénées Orientales) Zeitschrift bringt katalanische Gedichte, Bemerkungen über Volksbräuche und einen Aufsatz zum hundertsten Todestag des katalanischen Dichters Jacint Verdaguer.

LA TRIBUNE DES NATIONS. Redaktion Paris, 150, avenue des Champs Élysées; Leitung: J. Dubois, F. Ferrand, L. Signorino. Preis 8 frs. Wichtige außenpolitische Wochenschrift, illustriert, im Zeitungsformat. Sie beschäftigt sich mit den politischen und wirtschaftlichen Problemen Europas und der Welt. Untersuchungen etwa über die Situation der Donaustaaten mit Artikeln dort führender Staatsmänner. Ein amerikanischer Korrespondent berichtet laufend über amerikanische Stellungnahmen zu inneramerikanischen Problemen. Die Wochenschrift enthält auch einen Kulturteil.

LA VIE FRANÇAISE. Verlag: Paris 9e, 1, rue de Caumartin. Große Finanz-Wochenschrift.



**LA VIE INTELLECTUELLE.** Les Éditions du Cerf, Paris 7e, 29, boulevard de Latour-Maubourg, Preis 40 frs. Die wichtige katholische Zeitschrift erscheint monatlich außer im August. Sie bringt unter anderem von Th.-G. Chiffot eine Untersuchung über den Wiederaufbau des deutschen Protestantismus. Über die Ehe in den Vereinigten Staaten sagt Gordon O'Neill: „Tut, was Ihr wollt, in den Vereinigten Staaten und sagt, daß Ihr Gott liebt“. J. Hypotithe stellt Valéry dem Existentialismus gegenüber. Kowalewsky über die orthodoxe Kirche in der Sowjet-Union und ihre Beziehungen zum Staat, zur kommunistischen Partei und den Gottlosen. Étienne Gilson: „Der Thomismus und die Existentialphilosophie“.

**LA VIE SPIRITUELLE.** Editions du Cerf, Paris 7e, 29, boulevard de Latour-Maubourg; Herausgeber: R. P. Plé O. P. und R. P. Hemy O. P. Im ersten Heft der Monatsschrift: „Zu welchem Heiligkeitstypus kommen wir?“

**LE FAIT DU JOUR.** Politisch-historisch-literarische Monatsschrift, Preis 15 frs.

**LE FRANÇAIS MODERNE.** Verlag: Paris, 17, rue de La Rochefoucault; Herausgeber: Albert Dauzat. Zeitschrift für das Studium der französischen Sprache. Erscheint im dreizehnten Jahrgang.

**LELIAN.** Literarische Monatsschrift. Preis 30 frs.

**LE LITTÉRAIRE.** Literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 4 frs.

**LE MAGAZIN DU SPECTACLE.** Édition Robert Laffont, Paris, 30–32, rue de l'Université; Herausgeber: Kleber Haedens. Preis 85 frs. Illustrierte Theater- und Film-Zeitschrift, die neue Stücke im vollen Text abdruckt (John Steinbeck: „Des souris et des Hommes“, Audiberti: „Le Malourti“). Enthält unter anderem ein Porträt Buster Keatons von Henriette Nizan. Einführung von Georges Pillement in seine „Anthologie du Théâtre du Boulevard“.

**LE MONDE ARTISTIQUE.** Künstlerisch-literarische Monatsschrift. Preis 15 frs.

**LE MONDE FRANÇAIS.** Redaktion: Paris 41, rue de la Bienfaisance; begründet von Albert und Paul Duchêne; Chefredakteur: C. A. Le Neveu. Preis 60 frs. Sehr wichtige politische Monatsschrift. Aus dem Inhalt: „Das Imperium und die Zukunft des alliierten Verkehrs“ (L. Bréguet); eine Rede von R. J. Watt, dem Abgeordneten der American Federation of Labour bei der „Conférence Syndicale Internationale“ in Paris über die Bestrebungen des Syndikalismus in den Vereinigten Staaten. M. Constantin-Weyher, „Die deutsche Seele“; R. P. Schwartz über das Problem der Reparationen und die Politik der Sieger in Deutschland.

**LE MONDE OUVRIER.** Politisch-soziale Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 4 frs.

**LES BELLES LECTURES.** Verlag: Paris 9e, 55, rue de Châteaudun. Literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 10 frs.

**LES CAHIERS DE LA LOGGIA.**

**LES CAHIERS DE L'EST.** Erscheint in Beirut; Leiter: Camille Aboussoum, ein Rechtsanwalt in Beirut. Aus dem Inhalt: Ein Artikel von M. Chiha über die Arbeitsmöglichkeiten im Libanon. Die Möglichkeiten einer Laufbahn seien gering, das Angebot an intellektuellen, Geistlichen und Kaufleuten übergroß. Eine Untersuchung von Saadeddine Bencheb über den Einfluß des französischen Geistes auf den modernen arabischen Orient. „Der französische Geist, der im Menschen das Bewußtsein seiner selbst entwickelt, läßt das arabische Denken seiner selbst bewußt werden; er ändert es nicht.“ Ein Artikel über den Einfluß der Schule von Bérte auf den Aufbau des römischen Rechtes. Eine Untersuchung des arabischen Bergson-Übersetzers Kamal Hage über die geistige Erneuerung des Ostens: der arabische Orient müsse verwestlicht werden; das beste Werkzeug für diese Erneuerung sei der französische Rationalismus.

**LES CAHIERS DE LA PLEIADE.** Éditions Gallimard; Herausgeber Jean Paulhan. Die Zeitschrift hat die Absicht, „besondere, bescheidene und ein wenig überflüssige Texte“ zu sammeln, die sonst Gefahr liefen, von den anderen Zeitschriften vernachlässigt zu werden. Aus dem Inhalt: Autobiographie des Theseus von André Gide, Texte von Paulhan.

**LES CAHIERS POLITIQUES.** Politische Monatsschrift, Preis 50 frs. Nummer 13 enthielt verschiedene Vorschläge zum Verfassungsproblem, die für durchaus verschiedene politische Meinungen sprechen (André Philip, Paul Bastid, Pierre Lebon).

**LES ÉTOILES.** Verlag: Paris 9e, 4, rue de Faubourg Montmartre; Herausgeber: Pierre Emmanuel. Wochenschrift für französisches Denken (im Zeitungsformat).

**LES LETTRES** (Poesie, Philosophie, Literatur, Kritik). Verlag: Librairie „des Lettres“, Paris 7e, 16, rue Bellechasse; Herausgeber: André Silvaire. Aus dem Inhalt: Ein Angriff Monnerots auf die Soziologie Dürkheimers. Eine Sondernummer 5/6 über die englische Romantik.

**LES LETTRES FRANÇAISES.** Redaktion: Paris 60, rue de Courcelles; Herausgeber: Claude Morgan; Chefredakteur Georges Adam; Gründer: Jacques Decours (†) und Jean Paulhan. Literatur-, Kunst- und politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 10 frs.

**LES NOUVELLES LITTÉRAIRES.** Redaktion: Paris 2e, 146, rue Montmartre; Herausgeber: André Gillon, Chefredakteur Frédéric Lefèvre. Literarisch-künstlerisch-wissenschaftliche Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 10 frs.

**LES OEUVRES LIBRES.** Editions Fayard. Aus dem Inhalt: Verschiedene literarische Texte, darunter „Doris“, Komödie von Marcel Thiébaud.

**LES QUATRES VENTS.** Herausgeber: Henri Parisot. Neu aufgefundene Texte von Herbert Melville, Philàrele und Chasles.

**LES TEMPS MODERNES.** Verlag: Paris 7e, 5, rue Sébastien-Bottin; Herausgeber: Jean Paul Sartre; Schriftleitung: Raymond Aron, Simone de Beauvoir, Michel Leiris, Maurice Merleau-Ponty, Albert Olivier und Jean Paulhan. Essays, Exposés und Lebensbeschreibungen, zunächst keine Poesie. Diese am meisten umstrittene Zeitschrift, das Organ der Existentialisten Sartre und Beauvoir, erscheint seit Oktober 1945. In seiner Einleitung zur ersten Nummer sagte Sartre: „Die Autonomie und die Rechte der Persönlichkeit zu verteidigen, hat sich unsere Zeitschrift zum Ziel gesetzt. Wir haben keine Lust zu sprechen, um nichts zu sagen“. Ein Aufsatz Sartres über die Verstaatlichung der Literatur kritisiert das Bedürfnis nach großen Männern, das sich in Frankreich zeige. Das Kriterium der Wahl scheine zu sein, ob man an der Résistance teilgenommen oder einer geheimen politischen Organisation angehört habe. Wie solle man (bei einem so ausgewählten Autor) wissen, ob sein Ansehen von seinen Jahren im Exil, im Gefängnis, in der Zwangsverschleppung, in der geheimen Tätigkeit oder von seinem Talent komme? Die Literatur sei der einzige Punkt, in dem Frankreich noch von fremden Ländern bewundert werde, daher werde der Schriftsteller gewissermaßen als Nationalgut für Propagandazwecke betrachtet. Die Kritiker brauchen sich bald nicht mehr die Mühe zu machen, eine Arbeit wirklich zu beurteilen, sondern sie hätten nur noch die nationale Wichtigkeit festzustellen. „Mißtrauen wir...“. Verschiedene Darstellungen der jüdischen Frage, darunter ein Aufsatz von Sartre: „Porträt eines Antisemiten“. Der Antisemit wolle „unerbittlich sein, ein zorniger Sturm, ein verheerender Blitz, alles — nur kein Mensch“. (Die Kritik zitiert Montaigne: „Wir gehen nicht, es treibt uns“, der Antisemit wolle nicht, sondern seine Leidenschaft reiße ihn fort. Sartre erinnere an einen der Rechtsanwälte, die den Faden verlören, die man aber trotzdem nähme, weil sie die Kunst verstünden, den Gegner mit Schmutz zu bewerfen.) Simone de Beauvoir schreibt über das Thema „Moralischer Idealismus und politischer Realismus“: „Der erste Irrtum des politischen Realismus ist, daß er die Existenz im Gewicht seiner eigenen Realität verkennt. Diese ist nicht gegeben, sondern sie ist das, was sie selber sein will.“ Ein weiterer Irrtum sei die Verwendung von Mitteln, die im Hinblick auf das Ziel zwar berechtigt scheinen, aber automatisch in anderer Weise weiterwirkten. Zu einer Moral, die sich im Namen der Reinheit in Abstraktionen und Utopie zurückziehe, meint die Autorin: „Eine Moral, die nicht an der Welt haftet, ist nur eine Sammlung toter Konventionen“, die echte Moral sei realistisch, daher mit Politik durchsetzt. (Sie versucht, wie die Kritik in „Esprit“ feststellt, dem idealistischen Subjektivismus und seiner Unwirksamkeit zu entkommen, und findet sich bei einem „realistischen Objektivismus und seiner Unmenschlichkeit.“) Weitere Autoren: Merleau-Ponty, Ilias Venezis, Roger Grenier, Tran Duc Thao. Eine Verteidigung der Rhetorik von Jean Paulhan. In einem späteren Artikel stellt Sartre dar, daß die Revolution nicht einen Materialismus, sondern die Bestätigung der Freiheit des Menschen in sich einschließe. René Maheu schildert das neue Italien als ein faschistisches Land ohne faschistisches Regime. Von Jean Genêt das Tagebuch eines homosexuellen Diebes mit philosophischen Neigungen.

**LES VIVANTS.** Verlag: Boivien et Cie, Éditeurs, Paris 6e, 5, rue Palatine. Der Direktion gehören unter anderen Maxim Cha-staing, Jean Garcia und Patrice de La Tour du Pin an. Les Vivants sind von ehemaligen Gefangenen und Deportierten veröffentlichte Hefte.

**L'ÉTERNELLE REVUE.** Während der Résistance heimlich von Paul Éluard gegründet. Leitung: Louis Parrot. Aus dem Inhalt: Gedichte von Éluard, Aragon, René Char, Pablo Neruda. Eine



große Fülle kurzer, meist poetischer Schriften (Gabriel Audisio: *Odysseus*, der Reiniger).

**L'HEURE NOUVELLE.** Die neue Zeitschrift will offenbar die Nachfolge des „Surrealismus im Dienste der Revolution“ übernehmen. In der Einleitung schreibt A. Adamow: „Unser Denken wird destruktiv sein“. Ausgeprägt anti-katholische Tendenz: „Alle modernen Verwirrungen finden ihren Ursprung in dem unbefriedigten Bedürfnis nach etwas Heiligem, dessen Zerrbilder zu werden man die Menschen anleitet.“

**LIBERTÉS.** Politische Wochenschrift. Preis 4 frs.

**LISEZ-MOI BLEU.** Literarische Halbmonatsschrift. Preis 15 frs.

**LISEZ-MOI ROUGE.** Literarische Halbmonatsschrift. Preis 15 frs.

**L'UNIVERS FRANÇAIS.** Ein aufschlußreicher Artikel von Jean Lescure über Lohn, Handwerk und Ausbeute in den UdSSR stellt fest, „daß die industrielle Entwicklung in Rußland für viele, die Regierungen einbezogen, die große Offenbarung dieses Krieges war“. Bouvier über die Revolution und die Kolonien.

**MAINTENANT** (Hefte der Kunst und Literatur). Verlag: Grosset; Herausgeber: Henri Poulaille. Texte, Untersuchungen, Dokumente und Zeugnisberichte. Ramuz über Dostojewskij, den er ablehnt. Poulaille über einen englischen Graphiker, Grangwin.

**MAPPEMONDE.** Literarisch-wissenschaftliche Zeitschrift. Preis 12 frs.

**MARSYAS.** Bringt französische und provenzalische Gedichte.

**MASQUES** (Revue der dramatischen Kunst). Im Komitee: Jules Romain, Louis Jouvét, Georges Neveu, Pierre Sorrel.

**MASSES.** Politisch-literarische Monatsschrift. Preis 15 frs. S. Rubac stellt die technischen Leiter der Produktion den Besitzern der Mittel zur Produktion gleich und zieht den Schluß, daß die Nationalisierungen die kapitalistische Ausbeutung nicht ausschließen. Der Staatskapitalismus sei immer kapitalistisch, nie sozialistisch.

**MÉDUSE.** Das Organ der „französisch-spanischen Front“, einer literarischen Bewegung der spanischen Emigranten.

**MINERVE.** Politisch-literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 8 frs.

**MONDES.** Politische und literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 6 frs.

**NOTRE PAROLE EN FRANÇAIS.** Jüdische politische Halbmonatsschrift im Zeitungsformat. Preis 7 frs.

**NOTRE PAROLE EN YIDDISH.** Jüdische politische Halbmonatsschrift im Zeitungsformat. Preis 3 frs.

**NOTRE VOIX EN YIDDISH.** Jüdische politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 4 frs.

**NOUVELLES SOVIÉTIQUES.** Politische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.

**PARU.** Les Éditions Odile Pathé, Monaco, 13 rue Florestine; Herausgeber sind die Gründer Alice Bergmann und Odile Pathé. Preis 40 und 60 frs. Monatshefte, in denen die Neuerscheinungen in französischer Sprache kritisch besprochen, Übersichten über die Literatur des Auslandes und gelegentliche Interviews mit Dichtern gegeben werden.

**PENSÉE ET ACTION** (Sammlung von Studien und Berichten). La Nouvelle Édition, Paris 7e, 213 bis, boulevard Saint-Germain; Herausgeber: Gaston Pignault. Zweimonatsschrift. Unter den Titeln: „Unsere Lebensauffassung“, „Für eine menschliche Lösung der Betriebsreform“, „Die Kunst“, „Der Wiederaufbau der Städte“, „Kultur und Beratung“, „Die Familie“, „Die Literatur von heute“, „Das französische Imperium und die Welt“ gibt die Zeitschrift ein Unterrichtsschema. Der Wiederaufbau-Artikel („Das städtische Wesen und die städtische Form“) von Gaston Bardet enthält einen heftigen Angriff gegen Le Corbusier. Die literarische Rubrik bringt einen Artikel von R. M. Alberès, „Die Zukunft der Verzweiflung“, in dem er nach einer Untersuchung der zeitgenössischen französischen Literatur feststellt: „Jeder Roman erscheint uns oberflächlich, wenn er nicht das Problem unseres Schicksals einschließt“. Die Sparte „Die Welt“ enthält einen Artikel von Dirlam, „Die jüngsten Tendenzen des amerikanischen Hochschulunterrichtes“, in dem darauf hingewiesen wird, daß das System, welches die Studenten zu übertriebener Spezialisierung bringe, in den Staaten selbst ernsthaft angegriffen werde. Die amerikanischen Universitäten versuchten aus finanziellen Gründen, unter Staatskontrolle zu kommen; davon sei Positives zu erwarten, wenn man bedenke, daß noch kürzlich ein Molkerei-Syndikat die Absetzung von Professoren durchgesetzt habe, die Butter und Margarine nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten verglichen hätten.

**PEUPLE.** Gewerkschaftswochenschrift im Zeitungsformat. Preis 3 frs.

**PLAISIR DE FRANCE.** Verlag: Les Publications de France, Paris 9e, 13, rue de Saint-Georges; Herausgeber: Olivier Quéant. Erscheint im zwölften Jahr. Allgemeine kulturelle Zeitschrift mit guten Reproduktionen.

**PLAISIR DE LIRE.** Sammlung von Novellen junger Schriftsteller.

**PLUME.** Literarische Schrift, erscheint unregelmäßig. Preis 120 frs.

**POÉSIE 47 (POÉSIE 45).** Verlag: Pierre Seghers, Éditeur, Paris 14e, 216, boulevard Raspail; Herausgeber: Pierre Seghers. Erscheint im siebten Jahr und ist die Nachfolgerin von „Poètes casqués“ („P. C. 39“), „Dichter im Waffenrock“. Der Titel zeigt jeweils das Erscheinungsjahr an. Erscheint zehnmal jährlich. Poésie 47 bringt neue Gedichte, Notizen über die Dichter, Aufsätze von Dichtern, kritische Darstellungen und Chroniken. Wenige Illustrationen. 1946 erschienen Aufsätze und Gedichte unter anderen von T. S. Eliot, Pierre Emmanuel, Stephen Spender, Robert Desnos (Gedichte im Argot), Henri Mondor (über die ersten Leser Valéry: Hugo, Gauthier, Flaubert, Baudelaire, Poe, Huysmans und Mallarmé), Supervielle, St.-Paul-Roux, Fondane, Gabriela Mistral, Dylan Thomas, Tristan Tzara, Tschun-Tschan-Jeh (eine Novelle) und Hugues Panassié.

**POLITIQUE.** Monatsschrift für politische Studien. Preis 45 frs.

**POLITIQUE ÉTRANGÈRE.** Veröffentlicht von „Centres d'Études Politiques Étrangères“, Paris 7e, 54, rue de Varenne. Preis 50 frs. Die Zweimonatsschrift will die Kenntnis der internationalen Probleme in Frankreich vertiefen. Vermeil über die Machenschaften der nationalsozialistischen Propaganda, die deutsche Gruppe in Moskau und die emigrierten Sozialisten und Katholiken, die nach Meinung des Autors nur eine Abtrennung deutschen Gebietes verhindern wollten, um mit der friedlichen Eroberung wieder beginnen zu können. Louis Rolling in „Spanische Unsicherheiten“: „Es wäre abenteuerlich, zu glauben, der Sturz General Francos werde die lobenswerte Eigenschaft zeigen, die Eintracht und Freiheit wieder mit sich zu bringen“.

**POPULATION.** Verlag P. U. F. Preis 100 frs. Eine Publikation, die sich mit demographischen Problemen befaßt.

**PORTE OUVERTE.** Literarisch-künstlerische Wochenschrift. Preis 150 frs.

**PROBLÈMES HUMAINS.** Hefte der französischen „Stiftung zur Untersuchung menschlicher Probleme“. Eine Nummer ist den Einwirkungen des Krieges auf die französischen Kinder gewidmet.

**PROXIMITÉS.** Hefte „der Generation, die während dieses Krieges zwanzig Jahre alt war.“

**QUADRIGE** (Denken, Kunst, Leben, Eleganz). Redaktion: Paris 9e, 68, rue de Caumartin; Herausgeber: René Huyghe. Im Komitee unter anderen: François Mauriac, André Siegfried, Paul Valéry (?), Mme. Joliot-Curie, Henri Mondor, Mme. Colette, Claude Aveline, Jean Cassou, Georges Auric, Pierre Bonnard, Henri Matisse. Luxuriös ausgestattete Monatsschrift (illustriert mit Reproduktionen), die über Wissenschaft und Literatur, bildende Künste und Theater, wirtschaftliches, politisches und soziales Leben, Mode und Luxus berichtet.

**QUATRIÈME INTERNATIONALE.** Monatsschrift. Preis 20 frs. Ein Trotzistisches Organ, sehr doktrinär. Die meisten Probleme werden rein theoretisch angegangen.

**REALITÉS.** Redaktion: Paris 14e, 87, rue de Gergovie; Herausgeber: Bernard Fricker; Chefredakteur: Jean Hoyaux. Preis 150 frs. Politische aktuelle Zeitschrift teilweise dokumentarischen Charakters.

**RÉFORME.** Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 7 frs.

**RENAISSANCES** (Monatsschrift für Information und Kultur). Verlag: Paris 7e, 284, Boulevard Saint-Germain; Herausgeber: P. E. Viard. Preis 60 frs. Gegründet 1943 in Algier. Dem Redaktionskomitee gehören unter anderen Christian Funck-Brentano, Gérard Jouve, Henri Laurentie, Jacques Soustelle an. Die wichtige Monatsschrift bringt zum Beispiel einen Artikel von Le Corbusier, ein Organisationsprojekt für das Moselgebiet, eine Reihe von Artikeln zum Kolonialproblem (Gouverneur Laurentie: Man müsse den Kolonialsinn aufgeben und die Kolonien in internationale Solidarität überleiten und ihnen damit den Zwischenzustand eines nationalen Egoismus ersparen). Claude Aveline verheißt in einer Rede an antinationalsozialistische deutsche Intellektuelle nicht, daß er kein großes Zutrauen zu ihren Landsleuten habe. Er glaubt, daß sich das deutsche Problem nur in einer Neuordnung der ganzen Welt lösen könne. Nummer 18 ist Amerika und den Amerikanern gewidmet. Notizen von Fitzgerald und Saroyan.

**RENCONTRES** (Leben und Geist, Literatur und Kunst). Verlag: Paris 10e, 13, rue d'Anguier. Leiter: Claude de Fréminville. Rencontres hat hauptsächlich junge Mitarbeiter und will Probleme des Films, der Literatur, der Plastik und ähnliche besprechen,



- ohne Partei zu ergreifen. Aus dem Inhalt: Georges Pillement über den Einfluß der italienischen Renaissance auf den spanischen Barock. Parodi über die Geschichte der französischen und italienischen Kulturgemeinschaft, Giacomo Deledenetti mit einem Angriff auf die italienische Literatur („Provinzlerische Literatur, Kunstnachahmung, Vorführung von Tönen, die gut bei Stimme sind, zuckersüß und zufrieden“ — die Darstellung des echten Leidens werde verweigert).
- RES PUBLICA. Monatsschrift für Außenpolitik. Preis 50 frs. Erscheint nach längerer Unterbrechung wieder. Propagiert föderative Ideen auf internationaler Ebene und den sozialen Frieden im Inneren. Sie gibt zahlreiche Chroniken über die Lage in fremden Ländern.
- REVEIL DES JEUNES. Jüdische politische Zweimonatsschrift. Preis 5 frs.
- REVUE COOPÉRATIVE ET PROFESSIONNELLE DES SPÉCIALISTES. Monatsschrift. Preis 30 frs.
- REVUE DE LA VIE TUNISIENNE. Monatsschrift. Preis 15 frs.
- REVUE DE MÉTAPHYSIQUE ET DE MORALE. Verlag: Librairie Armand Colin, Paris 5e, 103, boulevard Saint-Michel; Herausgeber: Dominique Parodi, Gründer: Xavier Léon und Elise Halévy. Erscheint alle drei Monate. Beiträge unter anderem von de Broglie über die Quantentheorie, Miroglio über das soziologische Werk von André Siegfried.
- REVUE DE DÉFENSE NATIONALE. Verlag: Berger Levrault. Preis 50 frs. Militärische Zeitschrift. Autoren sind Offiziere und Diplomaten. Oberstleutnant Bonnard prüft die Entwicklung der Infanterie zwischen 1939 und 1945. Er glaubt, daß die Infanterie die Hauptwaffe des Kampfes bleiben werde, und legt auch dar, daß die Moral von Dauer sei und die französischen Erfolge in Tunis, Italien, Frankreich und Deutschland begründet habe.
- REVUE DE PARIS. Verlag: Paris 8e, 114, avenue des Champs Élysées; Herausgeber: Marcel Thiébaud. Preis 50 frs. Dreiundfünfzigster Jahrgang, erscheint monatlich und bringt (nach der Kritik von „Renaissances“) keine systematischen Untersuchungen, keine kühnen Behauptungen über die Probleme unserer Zeit, aber gute Artikel“. Die wichtige Zeitschrift enthält einen Artikel von Claudel über das Greisentum nach der Heiligen Schrift, eine Reportage von Georges Duhamel über das Paradies. François-Poncet über Brünnings Niederlage, Julien Benda mit einem Artikel gegen die zeitgenössischen Schriftsteller. Augenzeugenberichte über Indien. Lucien Lelong verteidigt die Mode mit wirtschaftlichen Argumenten. Paul-Boncour über den Gewaltstreik im Rheinland. Pierre Bourdan über das englisch-russische Drama. Gedichte von de La Tour du Pin, der erste Akt von „Auprès de ma Blonde“ von Marcel Achard.
- REVUE DE PHILOLOGIE, DE LITTÉRATURE ET DE L'HISTOIRE ANCIEN. Verlag: Librairie C. Kluksiedt, 11, rue de Lille, Paris. Erscheint im neununddreißigsten Jahrgang.
- REVUE DES ÉTUDES GERMANIQUES.
- REVUE DES ÉTUDES LATINES. Verlag: Société d'édition „Les Belles Lectures“, Paris 95, boulevard Raspail; herausgegeben von der „Société des Études Latines“; Herausgeber: J. Maronzeau. Erscheint seit 1945.
- REVUE DE SYNTHÈSE. Verlag: Albin Michel. Philosophische und schöngeistige Zeitschrift, veröffentlicht eine Nummer mit dem Datum 1940–1945 mit einer Rundfrage: „Wie muß man die Philosophie auffassen?“, in der die individualistische und die universalistische Auffassung der Philosophie einander gegenübergestellt werden. Lévy-Brühl zeigt die Gefahren einer Geschichtsauffassung im Sinne Bergsons.
- REVUE D'ORGANISATION DU TRAVAIL. Verlag: Paris 8e, 6, rue de Moncau; Herausgeber: Jean Milhaud, Chefredakteur: Lucien Weitz. Erscheint monatlich.
- REVUE FRANÇAISE DU TRAVAIL. Verlag: P. U. F. Gewerkschaftliche Monatsschrift. Preis 35 frs.
- REVUE HISTORIQUE. Verlag: Librairie Félix Alcan; Herausgeber: Charles Bémont und Sébastien Charléty. Vierundsechzigster Jahrgang; erschien auch während des Krieges.
- REVUE MODERNE DES ARTS ET DE LA VIE. Künstlerisch-literarische Monatsschrift. Preis 35 frs.
- REVUE MUSICALE DE FRANCE. Monatsschrift. Preis 35 frs.
- REVUE PHILOSOPHIQUE DE LA FRANCE ET DE L'ÉTRANGER. Redaktion: Paris 5e, 49, boulevard Saint-Michel; Herausgeber: Émile Bréhier und P. Masson-Oursel, Presse Universitaire de France.
- REVUE POLITIQUE ET PARLEMENTAIRE. Monatsschrift. Preis 50 frs.
- RHYTHMES DU MONDE. Preis 45 frs. Eine neue Zeitschrift, die sich mit Fragen der christlichen Mission befaßt. Enthält einen Beitrag von Pearl S. Buck über die Berechtigung der christlichen Missionen.
- RIRE. Satirische Monatsschrift. Preis 25 frs.
- ROLET. Politische und literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.
- SAISONS.
- SCIENCE ET VIE. Verlag: Toulouse, 3, rue de l'Alsace-Lorraine. Monatsschrift für die Wissenschaften und ihre Verbindung mit dem modernen Leben. Preis 20 frs.
- SERVIR LA FRANCE. Gewerkschaftliche Monatsschrift. Preis 30 frs.
- SOIRÉES DE PARIS. Herausgeber André Boll. Autoren unter anderem: Gauthiers, Achard, Jouvett, Auric, Le Corbusier, Maulnier. Illustrationen und Reproduktionen.
- SOLIDARIDAD OBRERA. Spanische Wochenschrift für den Arbeiter. Preis 5 frs.
- SPARTACUS. Herausgeber: René Lefevre. Eine links-sozialistisch gerichtete Monatsbroschüre.
- SPECTATEUR DES ARTS.
- SYNDICALISME. (C. F. T. C.) Wochenschrift. Preis 3 frs.
- TEMOIGNAGE CHRÉTIEN. Politische und literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.
- TEMOIGNAGES. Hefte der Abtei Pierre-qui-Vire. Studien über die „Sendung des Mönches“, „Die heidnische Seele vor der christlichen Offenbarung“ und „Das Problem der Überlegenheit“.
- TEMPS PRÉSENTS. Politisch-literarische Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 5 frs.
- TERRE. Édition l'Oiseau de Feu, Preuilly-sur-Claise (Indre-et-Loire). Landwirtschaftliche Wochenschrift im Zeitungsformat. Bringt eine unveröffentlichte Schrift von Francis Jammes.
- TERRE DES HOMMES. Redaktion: Paris 2e, 27, rue de la Michaudière. Wochenschrift für internationale Information und Kultur (im Zeitungsformat).
- TERRE RETROUVÉE. Jüdisch-politische Halbmonatsschrift. Preis 10 frs.
- TERROIR. Preis 30 frs. Befaßt sich mit ländlichen Fragen. Comte d'Harcourt: „Größe und Dienst des Krautjunktens“, F. Boulard über „Die unbehagliche Situation der bäuerlichen Aristokratie und des bäuerlichen Bürgertums“.
- THÉÂTRE. Les Éditions du Pavois; Herausgeber: Arnold. Heft 2 ist dem englischen Theater heute und gestern gewidmet. Heft 3 befaßt sich mit dem französischen Theater, wobei Sartre, Camus, Cocteau und Crommelynk nicht berücksichtigt werden.
- TRAIT D'UNION. Monatsschrift. Preis 6 frs.
- TRIBUNE ÉCONOMIQUE. Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 8 frs.
- TROISIÈME CONVOI. Will den Surrealismus wieder beleben. „Jede Tradition, die uns von Lautréamont kommt, muß beachtet werden“ (Fardoulis-Lagrange). Jean Maquet hat dem Surrealismus allerlei vorzuwerfen, er bezeichnet Aragon als einen Schreier ohne Mut, Pascal als einen wimmernden Christen. Éluard als einen Kunsthändler, Rimbaud als einen Waffenhändler.
- UNE SEMAINE DANS LE MONDE. Politisch-literarische Wochenschrift. Preis 10 frs.
- UNIVERSITÉ LIBRE. Halbmonatsschrift. Preis 6 frs.
- VALEURS.
- VARIÉTÉS (Kunst und schöne Wissenschaften). Verlag: Paris 14e, 5 bis, rue Schoelcher; Herausgeber: Marie-Aimée Dopagne.
- VÉRITÉ. Wochenschrift der kommunistischen Partei. Preis 4 frs.
- VÉRITÉS. Politische und literarische Wochenschrift. Preis 8 frs.
- VERT ET ROUGE. Viermonatsschrift der Fremdenlegion. Preis 35 frs.
- VERVE. Éditions de la Revue Verve. Paris 6e, 4 rue de Fervu; Herausgeber: Tériade. Elegant aufgemachte Kunstzeitschrift, bringt zum Beispiel einen ganzen Band über Matisse mit den Skizzen für die geplanten Farben und ausgezeichneten Reproduktionen. Erschienen während des Krieges nicht.
- VIE FRANÇAISE. Allgemeine wirtschaftliche Wochenschrift im Zeitungsformat. Preis 8 frs.
- VIE SOVIÉTIQUE. Redaktion: Paris 8e, 75, avenue des Champs Élysées. Illustriert, im Zeitungsformat.
- VINGTIÈME SIÈCLE. Politisch-literarische Wochenschrift. Preis 8 frs.
- VISAGES DU MONDE. Herausgeber: Georges Pillement. Erscheint mit Nummer 83 nach mehrjähriger Pause wieder. Diese Nummer ist den Gärten gewidmet.

G. B.



## 1. JANUAR 1947:

Verstaatlichung der Kohlenbergwerke in Großbritannien.  
Ausländische Kaufleute dürfen die britische und amerikanische Zone Deutschlands zu geschäftlichen Zwecken besuchen.  
Die Wirtschaftsverwaltung der britischen und der amerikanischen Zone Deutschlands geht von alliierten Händen auf das Zweizonen-Wirtschaftsamt in Minden über.

## 2. JANUAR 1947:

Außenminister *Bevin* gibt vor dem britischen Kabinett den ersten Überblick über die Weltlage nach seiner Rückkehr aus New York. Ministerpräsident *Léon Blum* ordnet eine Preissenkung von fünf Prozent an, die sich auf alle Waren und Dienste bezieht.  
Abschluß eines polnisch-norwegischen Handelsabkommens für den Austausch von Waren im Werte von 22 Millionen Dollar.

## 3. JANUAR 1947:

Eröffnung der ersten Sitzungsperiode des neugewählten amerikanischen Repräsentantenhauses.  
Großbritannien erklärt sich mit den Vorverhandlungen zwischen Österreich und der Sowjet-Union über die Feststellung der deutschen Guthaben in Ost-Österreich als Grundlage der Reparationsleistungen nicht einverstanden, da die Feststellung dieser deutschen Guthaben nur durch die vier Großmächte gemeinsam erfolgen könne.  
TASS meldet die Aufdeckung einer staatsfeindlichen Verschwörung in Ungarn, die den Sturz der ungarischen Republik und die Wiedereinsetzung der Regierung *Horthy* zum Ziele hatte.

## 4. JANUAR 1947:

Der Chef des Empire-Generalstabes, Feldmarschall Lord *Montgomery*, stattet Moskau einen Besuch ab. Er ist Gast des sowjet-russischen Generalstabschefs, Marschall *Wassiljewskys*, und wird von *Stalin* in Privataudienz empfangen.  
Nach Beendigung ihres Griechenlandbesuches empfiehlt eine britische Drei-Parteien-Parlamentsabordnung in ihrem Bericht eine vollständig neue Politik in und gegenüber Griechenland.

## 5. JANUAR 1947:

Der britische Sozialpolitiker Lord *Beveridge* tritt eine vierwöchige Reise durch die drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands an. Abschluß eines ungarisch-jugoslawischen Handelsabkommens über den Austausch von Gütern im Werte von 15 Millionen Dollar.

## 6. JANUAR 1947:

Generalleutnant *Lucius D. Clay* wird als Nachfolger von General *Joseph T. McNarney* zum Militärgouverneur der amerikanischen Zone Deutschlands und Befehlshaber der Landstreitkräfte der Vereinigten Staaten in Europa ernannt. *McNarney* wird leitender Vertreter der amerikanischen Armee beim Militärausschuß der UN.

Der amerikanische Oberbefehlshaber in Österreich, General *Mark Clark*, tritt ein Kommando in den Vereinigten Staaten an und wird durch Generalleutnant *Geoffrey Keyes*, der zur Zeit die 3. amerikanische Armee befehligt, ersetzt.

Präsident *Truman* legt in einer Ansprache vor dem amerikanischen Kongreß vier Programmpunkte einer Arbeitsgesetzgebung vor und betont die Notwendigkeit einer allgemeinen militärischen Ausbildung.

Mit 99 gegen 52 Stimmen billigt das Allindische Kongreßkomitee den Vorschlag des Arbeitsausschusses, die britische Regierungserklärung vom 6. Dezember 1946 als Grundlage für die weitere Verfassungsarbeit anzunehmen.

## 7. JANUAR 1947:

Ein Vierjahresplan der französischen Regierung für Wiederaufbau und Modernisierung tritt für folgende sechs Industriezweige in Kraft: Kohlenbergwerke, Elektrizität, Eisen und Stahl, landwirtschaftliche Maschinen, Zement und Transport.

Österreichische Note an das britische Außenministerium mit der Bitte, Österreich auch zu den Vorbesprechungen für die Verträge mit Deutschland und Österreich zuzulassen.

## 8. JANUAR 1947:

Präsident *Truman* kündigt den Rücktritt von Außenminister *James F. Byrnes* an. Zu seinem Nachfolger wird *George Catlet Marshall* ernannt, der bisher persönlicher Botschafter *Trumans* in China war.

Der Vizepräsident der indischen Interimsregierung, *Pandit Nehru*, tritt für eine engere Zusammenarbeit zwischen Indien und der Sowjet-Union auf diplomatischem und wirtschaftlichem Gebiet ein.

## 9. JANUAR 1947:

Der amerikanische Finanzminister *John Snyder* händigt dem italienischen Ministerpräsidenten *de Gasperi* einen Scheck über fünfzig Millionen Dollar zum Ausgleich der von den USA-Truppen in Italien benötigten Besatzungskosten aus. Damit hat Italien von den Vereinigten Staaten insgesamt 260 Millionen Dollar in Lire erhalten.

Spaltung der italienischen Sozialistischen Partei in eine von *Pietro Nenni* geführte Gruppe, die die Politik einer engen Zusammenarbeit mit den Kommunisten gutheißt, und in eine Oppositionsgruppe, die von dem Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung, *Giuseppe Saragat*, geführt wird.

Der Weltgewerkschaftsbund spricht sich bei einer Konferenz in Paris über die Kohlenlage für die Einführung der Zwangsverpflichtung im Ruhrkohlenbergbau aus.

Unterzeichnung eines holländisch-belgischen Finanzabkommens, wonach Belgien den Niederlanden einen Kredit von einer Milliarde 700 Millionen Franken gewährt, für die Holland belgische Waren bis zum 1. September 1947 einkaufen kann.

## 10. JANUAR 1947:

Die Sowjet-Union fordert die Errichtung von sowjetrussischen Militärstützpunkten auf Spitzbergen und nimmt mit Norwegen Verhandlungen darüber auf. Die Sowjet-Union tritt dabei für eine Revision des Spitzbergen-Vertrages von 1920 ein, nach dem die Errichtung von Militärstützpunkten auf Spitzbergen untersagt ist.

## 11. JANUAR 1947:

Die Beschwerdeschrift Großbritanniens zu dem Streitfall Albanien-Großbritannien wird dem Weltsicherheitsrat übergeben mit dem Text der albanischen Antwort auf die britische Protestnote anlässlich des Zwischenfalls im Kanal von Korfu.

Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes zwischen der Türkei und Transjordanien.

Die Vereinigten Staaten bemühen sich um eine Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Besprechungen zwecks Bildung einer provisorischen Regierung für Gesamt-Korea.

## 12. JANUAR 1947:

Ministerpräsident Konteradmiral *José Alzamora* bildet ein neues peruanisches Kabinett.

## 13. JANUAR 1947:

Der französische Ministerpräsident *Léon Blum* führt Besprechungen mit der britischen Regierung über die Zukunft der britisch-französischen Beziehungen, über Fragen, die sich aus der Besetzung Deutschlands ergeben, und über die Verteilung der Ruhrkohle.

## 14. JANUAR 1947:

In London beginnen die Vorbesprechungen der Sondervertreter des Außenministerrates der vier Großmächte über den künftigen Friedensvertrag mit Deutschland und den Staatsvertrag mit Österreich.

Zum Präsidenten der französischen Nationalversammlung wird der Sozialist *Vincent Auriol* wiedergewählt. *Champetier de Ribes* wird wieder Präsident des Rates der Republik.

Die Regierung der Vereinigten Staaten gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten Italien im Jahre 1947 eine Anleihe von 100 Millionen Dollar zu gewähren bereit sind.

Erklärung des Arabischen Hohen Komitees, daß sich die Araber Palästinas entschlossen einer Teilung ihres Landes als Lösung des Palästina-Problems widersetzen.

## 15. JANUAR 1947:

Die „Prawda“ stellt die Behauptung auf, *Bevin* habe in seiner Rundfunkrede vom 22. Dezember des vergangenen Jahres das britische Bündnis mit Moskau verworfen.

Die Sowjetregierung lehnt eine Anregung der amerikanischen Regierung ab, wonach die vier Großmächte bei der polnischen Regierung in der Frage der polnischen Wahlen — gemäß dem Abkommen von Jalta — Schritte unternehmen sollen.

*Léon Blum* gibt bekannt, daß bei den Besprechungen des französischen Ministerpräsidenten mit der britischen Regierung eine Vereinbarung über ein britisch-französisches Bündnis erzielt worden sei.

## 16. JANUAR 1947:

Unter Leitung des ehemaligen britischen Premierministers *Winston Churchill* wird in London das britische „Pan-Europa-Komitee“ gegründet, das für die Bildung der „Vereinigten Staaten von Europa“ eintritt.  
Ministerpräsident *Blum* reicht den Rücktritt seiner sozialistischen Übergangsregierung ein.



Der neue argentinische Botschafter in Spanien, Dr. Pedro Radio, trifft in Madrid ein.

#### 17. JANUAR 1947:

Auriol beauftragt den bisherigen sozialistischen Justizminister Paul Ramadier mit der Bildung einer neuen französischen Regierung. Pietro Nenni tritt von seinem Posten als italienischer Außenminister zurück.

#### 18. JANUAR 1947:

Botschaft des britischen Außenministers Bevin an Marschall Stalin, in der er den Artikel der „Prawda“ über seine Rede am 22. Dezember vorigen Jahres richtigstellt.

Sechs Minister des griechischen Kabinetts Tsaldaris erklären ihren Rücktritt.

Französische Truppen landen auf den Paracel-Inseln im Südchinesischen Meer, auf deren Besitz sowohl Frankreich als auch China Anspruch erheben.

#### 19. JANUAR 1947:

Die Parlamentswahlen in Polen ergeben einen Sieg des Regierungsblocks mit 394 Sitzen. Die Bauernpartei des stellvertretenden Ministerpräsidenten Mikolajczyk erhält 28 Sitze, die Arbeiterpartei 12, die Unabhängige Bauernpartei 4 und die Partei der Unabhängigen Katholiken 3 Sitze.

Abschluß eines Handelsabkommens zwischen der britisch-amerikanischen Zone und der sowjetrussischen Zone Deutschlands zum gegenseitigen Austausch lebensnotwendiger Rohstoffe und Fertigwaren im Wert von 210 Millionen Mark.

#### 20. JANUAR 1947:

Der italienische Ministerpräsident de Gasperi bietet dem Staatspräsidenten de Nicola den Rücktritt seiner Regierung an. Den Sieg bei den allgemeinen Wahlen in Persien trägt die Demokratische Partei des persischen Ministerpräsidenten Ghavam es Sultaneh davon.

Nach Rücktritt des deutschen Wirtschaftssachverständigen in Minden, Dr. Rudolf Müller, wird der sozialdemokratische Wirtschaftspolitiker Dr. Viktor Agartz mit der Leitung des Zweizonenamtes für Wirtschaft beauftragt.

Das Land Lippe wird an das Land Nordrhein-Westfalen angegliedert.

#### 21. JANUAR 1947:

Veröffentlichung eines Interviews, das Marschall Stalin an seinem 67. Geburtstag dem Sohn des verstorbenen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Elliot Roosevelt, gewährte. Stalin tritt in dem Interview für eine gemeinsame amerikanisch-sowjetrussische Fernost-Politik ein.

Die französische Nationalversammlung wählt den Leiter der Radikal-Sozialistischen Partei, Edouard Herriot, zu ihrem Präsidenten. Der Führer der polnischen Bauernpartei, Mikolajczyk, fordert die Annullierung des polnischen Wahlergebnisses, da die Wahlen nicht frei vor sich gegangen seien.

Die chinesischen Kommunisten weisen das Angebot der Zentralregierung, wieder Friedensverhandlungen aufzunehmen, zurück.

#### 22. JANUAR 1947:

Paul Ramadier bildet ein neues französisches Kabinett unter Beteiligung aller führenden Parteien, nachdem die Republikanische Volkspartei sich bereit erklärt hat, an der Koalitionsregierung teilzunehmen. Georges Bidault gehört dem neuen Kabinett wieder als Außenminister an.

De Gasperi wird wieder mit der Bildung einer neuen italienischen Regierung beauftragt.

Expräsident Herbert Hoover nimmt die Einladung Präsident Trumans an, zur Untersuchung der Nahrungsmittellage und der damit zusammenhängenden Wirtschaftsprobleme in der britischen und amerikanischen Besatzungszone nach Deutschland und Österreich zu reisen.

Nach Vereinbarung der britischen und der amerikanischen Militärregierung werden mit Wirkung vom 1. Januar 1947 der Stadt- und der Landkreis Bremen sowie der Stadtkreis Wesermünde einschließlich Bremerhaven zum selbständigen Land Bremen innerhalb der amerikanischen Besatzungszone erklärt.

#### 23. JANUAR 1947:

Eine britische Note an die Sowjet-Union bestätigt Großbritanniens Treue zu seinem Bündnis mit der Sowjet-Union.

Handelsabkommen zwischen der anglo-amerikanischen Zone und der französischen Zone Deutschlands über einen Austausch von Waren im Werte von 66 Millionen Mark auf beiden Seiten für das erste Viertel des Jahres 1947.

#### 24. JANUAR 1947:

In einer schriftlichen Antwort an Ernest Bevin stellt Marschall Stalin fest, daß das anglo-sowjetische Bündnis nach wie vor in Kraft sei und von der Schaffung der Vereinten Nationen nicht berührt werde. Stalin deutet Vorbehalte zu einer Verlängerung des britisch-russischen Bündnisses an.

Die neue griechische Koalitionsregierung unter Führung des Ministerpräsidenten Maximos wird in Athen durch den König ver-

eidigt. Constantin Tsaldaris wird stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister.

In einer Antwortnote an die Vereinigten Staaten schlägt die französische Regierung einen Arbeitsvertrag auf freiwilliger Grundlage mit den 600 000 deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich vor.

Der Generalstabschef der Vereinigten Staaten, General Eisenhower, wendet sich gegen eine Herabsetzung der amerikanischen Besatzungstruppen in Deutschland und Japan.

#### 25. JANUAR 1947:

Unterzeichnung eines Handelsabkommens zwischen Holland und der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands in Den Haag, das einen Gütertausch im Werte von 875 000 Dollar vorsieht.

#### 26. JANUAR 1947:

Das Internationale Komitee zum Studium europäischer Fragen, in dem prominente Politiker und Wirtschaftler von fünf europäischen Ländern vertreten sind — so unter anderen Lord Brabazon, Lord Vansittart, Edouard Herriot und der ehemalige dänische Ministerpräsident Christian Moeller — erklärt, Deutschland betrüge die Alliierten und beute sie aus. Der Bericht beschuldigt Deutschland, finanzielle und industrielle Guthaben in neutralen Ländern unter dem Deckmantel dort registrierter Firmen versteckt zu halten.

Die ägyptische Regierung gibt ihre Absicht bekannt, die britisch-ägyptischen Revisionsverhandlungen abzubrechen und ihre Forderung auf Angliederung des Sudans den Vereinten Nationen zu unterbreiten.

#### 27. JANUAR 1947:

Wiederaufnahme der Palästina-Konferenz in London, bei der Vertreter von acht arabischen Staaten, Außenminister Bevin und Kolonialminister Creech Jones zugegen sind. Eine Delegation der Jüdischen Agentur ist nicht erschienen. — Der Führer der Palästina-Araber, Jamal Husseini, bringt die Entschlossenheit der Araber zum Ausdruck, sich einer Teilung Palästinas mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu widersetzen.

Längere Erklärung Bevins vor dem britischen Unterhaus zum Abbruch der anglo-ägyptischen Verhandlungen über eine Revision des Vertrages von 1936.

Die amerikanische Regierung billigt den französischen Vorschlag, aus den Reihen der 600 000 in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen freiwillige Arbeitskräfte zu verpflichten.

Der Präsident des Rates der spanischen Exilregierung, José Giral, überreicht dem Präsidenten der Exilregierung, Martinez Barrios, sein Rücktrittsgesuch.

#### 28. JANUAR 1947:

Das amerikanische Außenministerium teilt mit, daß die letzten polnischen Wahlen die Bedingungen der Abkommen von Jalta und Potsdam nicht erfüllt haben.

Auf der Konferenz in London schlägt der Delegierte der Sowjet-Union, Gusew, die Unterzeichnung des deutschen Friedensvertrages durch eine deutsche Zentralregierung vor.

Die Veröffentlichung des Buches von Viktor Gollancz „In darkest Germany“ findet in der gesamten Weltpresse große Beachtung. Gollancz stellt einen 14-Punkte-Plan für die britische Politik gegenüber Deutschland auf.

#### 29. JANUAR 1947:

Ein Übereinkommen über die künftige Verfassung Burmas wird zwischen den Delegierten Burmas und der britischen Regierung erzielt; darin wird die Unabhängigkeit Burmas vorgesehen.

Das amerikanische Kriegsministerium gibt bekannt, daß die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen, in China zwischen der Zentralregierung Tschiang-Kai-Scheks und den Kommunisten den Frieden zu vermitteln, einstellen.

Beginn der Verhandlungen in London über ein englisch-französisches Bündnis.

Außenminister Molotow unterzeichnet im Namen seiner Regierung in Moskau die Friedensverträge mit den fünf ehemaligen Vasallenstaaten Deutschlands.

Eintreffen von 47 Mitgliedern der Grenzuntersuchungskommission der Vereinten Nationen in Griechenland, die die Aufgabe haben, die griechische Behauptung nachzuprüfen, daß die Aufständischen in Griechenland bei fremden Staaten Unterstützung finden.

#### 30. JANUAR 1947:

In seiner Rede vor den Sonderbeauftragten der Londoner Konferenz hebt der österreichische Bundeskanzler Leopold Figl die internationale Bedeutung der völligen Wiederherstellung der österreichischen Unabhängigkeit und die Stärke der demokratischen Tradition des österreichischen Volkes hervor.

#### 31. JANUAR 1947:

Der alliierte Oberbefehlshaber im Mittelmeerraum, General Sir William Morgan, gibt die Auflösung der Alliierten Kontrollkommission in Italien mit Wirkung vom 31. Januar 1947 bekannt. Sir Alan Cunningham befiehlt die Räumung Palästinas von britischen Frauen und Kindern, nachdem über ein Drittel Palästinas das Kriegsrecht verhängt worden ist.



Churchill verlangt vor dem britischen Unterhaus die Aufgabe Palästinas und Übergabe des Palästina-Mandates an die Vereinten Nationen, wenn nicht die Vereinigten Staaten sich in die Verantwortung in Palästina mit Großbritannien teilen wollen. Die englische Königsfamilie begibt sich von London aus zu einem mehrwöchigen Staatsbesuch in die Südafrikanische Union. Der von dem Internationalen Gerichtshof in Nürnberg am 1. Oktober 1946 freigesprochene ehemalige Rundfunkkommentator Hans Fritzsche wird als Hauptschuldiger von der Nürnberger Spruchkammer zu neun Jahren Arbeitslager verurteilt.

#### 1. FEBRUAR 1947

Überreichung eines französischen Memorandums über die internationale Verwaltung der Ruhr an die drei Großmächte.

#### 2. FEBRUAR 1947

Nach Beendigung der italienischen Regierungskrise stellt *de Gasperi* dem Staatspräsidenten sein neugebildetes Kabinett vor, das bereit ist, den italienischen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Unabhängige Carlo Sforza übernimmt den Posten des Außenministers.

Das Internationale Komitee zum Studium europäischer Fragen veröffentlicht einen Bericht über geheime Naziaktivität in Deutschland.

Präsident Truman fordert die Verlängerung des Kriegsermächtigungsgesetzes um ein Jahr.

Auf der Jahresversammlung der britischen Zionisten in London setzt sich der Präsident der Jüdischen Agentur, Dr. Weizmann, für eine Teilung Palästinas ein.

#### 3. FEBRUAR 1947

Die britische Regierung protestiert gegen die Ergebnisse der polnischen Wahlen.

#### 4. FEBRUAR 1947

Vertagung der Palästina-Konferenz auf unbestimmte Zeit, da die arabischen Abgeordneten der Konferenz eine Teilung Palästinas in jeder Form endgültig ablehnen.

Die französischen Gewerkschaften fordern eine allgemeine Lohnerhöhung von 25 Prozent.

Umbildung des portugiesischen Kabinetts, das wieder von Antonio de Oliveira Salazar geführt wird. Minister des Äußeren wird Caero da Mata.

Der Hamburger Internationale Gerichtshof spricht elf Todesurteile aus gegen 15 Angeklagte des ehemaligen größten deutschen Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück.

Im Ruhrgebiet kommt es wegen der schlechten Ernährungsverhältnisse zu Arbeitsniederlegungen und Arbeiterdemonstrationen.

#### 5. FEBRUAR 1947

Der ehemalige Präsident der polnischen Nationalversammlung, Boleslaw Bierut, wird zum Präsidenten der polnischen Republik gewählt. — Der stellvertretende polnische Ministerpräsident und Führer der polnischen Bauernpartei, Mikolajczyk, reicht seinen Rücktritt ein.

In der Auslegung des Abkommens zwischen Indonesien und den Niederlanden, das die Vereinigten Staaten von Indonesien innerhalb einer Niederländisch-Indischen Union unter der holländischen Krone vorsieht, wird keine Einigung erzielt und das Abkommen nicht unterzeichnet.

Der Ausschuss für juristische Fragen des amerikanischen Repräsentantenhauses billigt einen Gesetzentwurf, der eine Amtszeit von höchstens acht aufeinanderfolgenden Jahren für den amerikanischen Präsidenten vorsieht. Harry S. Truman wird auf die Liste der Präsidentschaftskandidaten von 1948 gesetzt.

Aufnahme von Verhandlungen zur Frage einer Aufhebung des dänisch-amerikanischen Grönland-Abkommens

Konferenz der Weltorganisation der zivilen Luftfahrt, PICAO, in Montreal.

#### 6. FEBRUAR 1947

In einer Erklärung der Vietnam-Regierung wird die Regierung Frankreichs aufgefordert, sofort mit der vietnamesischen Regierung Verhandlungen zur Beendigung des Streites nach den Richtlinien des französisch-vietnamesischen Abkommens vom 6. März 1946 aufzunehmen.

Tod des britischen Erziehungsministers und einzigen weiblichen Kabinettsmitglieds, Miß Ellen Wilkinson.

#### 7. FEBRUAR 1947

Bildung einer neuen polnischen Regierung unter Führung des sozialistischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz.

Die UNRRA stellt einen Hilfsfonds von 35 Millionen Dollar bereit, um die kritische Ernährungslage in Österreich, Polen und Griechenland zu verbessern.

In einem Überblick über die außenpolitischen Ziele der Vereinigten Staaten erklärt Außenminister Marshall unter anderem, daß die Vereinigten Staaten erst dann allgemeine Abrüstungsabkommen eingehen wollen, wenn endgültige Friedensregelungen für Europa und den Fernen Osten getroffen worden sind.

#### 8. FEBRUAR 1947

Zum Präsidenten der italienischen Verfassungsgebenden Versammlung wird der Kommunist Umberto Terracini gewählt.

#### 9. FEBRUAR 1947

Generalissimus Stalin wird von allen sozialistischen Sowjetrepubliken zum Mitglied des Obersten Sowjets wiedergewählt.

Der Generalsekretär der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei, Rudolfo Llopi, bildet in Paris eine neue spanische Exil-Regierung.

Der rumänische Ministerpräsident Dr. Groza befürwortet den Plan einer Zollunion der Donauländer nach Unterzeichnung der Friedensverträge.

#### 10. FEBRUAR 1947

Unterzeichnung der Friedensverträge mit Italien, Rumänien, Bulgarien, Ungarn und Finnland in Paris.

Der von der britischen Regierung neu entworfene Palästina-Plan wird sowohl von den Juden als auch von den Arabern abgelehnt. Eine große Strom- und Kohlenkrise bedingt in Großbritannien weitgehende Stromeinschränkungen, wodurch zwei Millionen Menschen arbeitslos werden.

Die Vereinigten Staaten und Kanada treffen ein Fünf-Punkte-Abkommen über gemeinsame militärische Maßnahmen zur Verteidigung ihrer Staatsgebiete.

Unterzeichnung eines Abkommens zwischen der Tschechoslowakei und Italien, demzufolge 5000 italienische Berg-, Metall- und Landwirtschaftsarbeiter in die Tschechoslowakei einwandern dürfen, während Italien Kohlen von der Tschechoslowakei erhält. Die linksgerichtete EAM-Organisation schlägt in einem Memorandum an Ministerpräsident Maximos einen Waffenstillstand zwischen den Aufständischen und den griechischen Regierungstruppen vor.

Abschluß der ersten Sitzung der UN-Kommission für Menschenrechte in Lake Success mit der Schaffung der Grundlagen für das in Vorbereitung befindliche Gesetz über internationale Menschenrechte.

Der alliierte Oberbefehlshaber in Japan, General MacArthur, ordnet neue Wahlen in Japan an, um die Spannungen zwischen den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften und der mehr rechts gerichteten Regierung des Ministerpräsidenten Joschida zu beseitigen.

#### 11. FEBRUAR 1947

Als Nachfolger der verstorbenen Ellen Wilkinson wird der Arbeiterabgeordnete George Tomlinson zum britischen Erziehungsminister ernannt.

#### 12. FEBRUAR 1947

Großbritannien erkennt die bulgarische Regierung de jure an. Der Oberbefehlshaber der britischen Streitkräfte in Palästina, General Sir Evelyn Barker, legt sein Kommando nieder. Sein Nachfolger wird Generalmajor W. H. A. MacMillan.

Eine Entschließung der internationalen Schifffahrtskonferenz in London fordert freie Schifffahrt für alle Nationen im Sueskanal und die Erhaltung des Kanals als internationalen Wasserweg. Lord Vansittart spricht sich gegen das von Churchill gebildete Komitee der „Vereinigten Staaten von Europa“ aus.

Der deutsche Kardinal Conrad von Preysing stattet den Vereinigten Staaten einen Besuch ab.

#### 13. FEBRUAR 1947

Der Welt sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschließt, einen Abrüstungsausschuss zu schaffen, dessen Aufgabenkreis von dem des Atom-Ausschusses streng getrennt gehalten wird.

#### 14. FEBRUAR 1947

Bevin gibt im Unterhaus bekannt, daß Großbritannien das Palästina-Problem an die UN überweisen wird.

Veröffentlichung eines amtlichen Weißbuches der britischen Regierung über Verteidigungsfragen.

Das französische Kabinett billigt den französischen Entwurf für das geplante französisch-britische Bündnis.

Durch den Befehl zur Einstellung der Feindseligkeiten auf Java tritt das Abkommen zwischen indonesischen und holländischen Behörden vom 14. November 1946 in Kraft, das den indonesischen Inseln Selbständigkeit im Rahmen des holländischen Imperiums zusichert.

#### 15. FEBRUAR 1947

Das Komitee zum Studium europäischer Fragen schlägt als eine Basis für die deutschen Reparationen die Entsendung deutscher Arbeiter in Nachbarländer vor und fordert, daß Südschlesien bei Polen verbleibt, während es Brandenburg und Pommern für die Ernährung Deutschlands für wichtig hält.

Außenminister Marshall spricht sich gegen eine vorgesehene Kürzung der Beträge aus, die für die Unterstützung der von den amerikanischen Truppen besetzten Länder mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Gütern vorgesehen sind.

#### 16. FEBRUAR 1947

Die Sowjet-Union protestiert gegen die Äußerung des stellvertretenden amerikanischen Außenministers Dean Acheson, der die



gegenwärtige Politik der Sowjet-Union als „aggressiv und expansionistisch“ bezeichnet.

Sieben ehemalige deutsche Generale werden in Belgrad durch das Militärgericht zum Tode verurteilt, unter ihnen der ehemalige Befehlshaber Süd-Ost, Generaloberst *Loehr*.

Der finnische Staatspräsident *Paasikivi* erläutert Finnlands Bedeutung als militärische Schutzstellung für die Sowjet-Union und erklärt, Finnland werde bis zum äußersten gegen jede Macht kämpfen, die versuchen sollte, die Sowjet-Union über finnisches Gebiet anzugreifen.

#### 17. FEBRUAR 1947

Der Beschluß der britischen Regierung, das Palästina-Problem der UN vorzulegen, wird vom Exekutivrat der Jüdischen Agentur angenommen.

Der Präsident des slowakischen Nationalrates, Dr. *Lettrich*, spricht sich für einen tschechoslowakischen Einheitsstaat und gegen eine Autonomie der Slowakei aus.

#### 18. FEBRUAR 1947

Die Vereinigten Staaten fordern in einem Antrag an die UN die „strategische Treuhänderschaft“ über die 650 ehemaligen japanischen Mandatsinseln im Pazifik.

Außenminister *Marshall* weist den sowjetrussischen Protest gegen die *Acheson*-Erklärung zurück.

#### 19. FEBRUAR 1947

Die Ministerpräsidenten der deutschen Länder der britischen und der amerikanischen Besatzungszone setzen einen Ausschuß zu Vorbereitungsarbeiten an der deutschen Stellungnahme zum deutschen Friedensvertrag ein.

#### 20. FEBRUAR 1947

Premierminister *Attlee* gibt im britischen Unterhaus die Absicht der britischen Regierung bekannt, die Macht in Indien noch vor Juni 1948 in verantwortliche indische Hände zu legen. Mit Wirkung vom 1. März wird Admiral Lord Louis *Mountbatten* an Stelle Lord *Wavells* zum Vizekönig in Indien ernannt.

Bekanntgabe Staatsminister *Hynds*, daß die zwangsverschleppten Personen in der britischen Besatzungszone Deutschlands jetzt mit in den deutschen Arbeitsprozeß eingereiht werden, wenn sie nicht eine Rückkehr in ihre Heimatländer vorziehen.

Ein fünfjähriges Freundschafts- und Kulturabkommen wird von Polen und Frankreich in Paris unterzeichnet.

Unterzeichnung eines Handels- und Schiffsverkehrsvertrages sowie eines Güteraustauschabkommens zwischen der Sowjet-Union und Rumänien.

Nach einem Übereinkommen zwischen dänischen und sowjetrussischen Vertretern können 12 000 deutsche Flüchtlinge aus Dänemark in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands zurückkehren.

#### 21. FEBRUAR 1947

Herausgabe eines britischen Weißbuches, das die britische Wirtschaftsplanung für das Jahr 1947 darstellt.

Die politischen Führer Indiens begrüßen fast einmütig den Entschluß über die Zurückziehung Großbritanniens aus Indien spätestens zum Juni 1948.

*Molotow* erklärt, die Sowjet-Union wolle die Frage der Regelung der Schulden aus den amerikanischen Leih-Pacht-Lieferungen prüfen, die sich auf elf Milliarden Dollar beziffern.

Auf Befehl der britischen und der amerikanischen Militärregierung wird in den beiden Besatzungszonen Deutschlands eine große Verhaftungsaktion gegen Führer einer nationalsozialistischen Untergrundbewegung durchgeführt.

Unterzeichnung eines italienisch-argentinischen Einwanderungsvertrages, der als erste Einwanderungsquote für Argentinien 10 000 Italiener vorsieht, der dann monatliche Quoten von 5000 Einwanderern folgen.

Zwischen Belgien und der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands wird ein Abkommen für die Einleitung von Handelsbeziehungen in Brüssel unterzeichnet.

#### 22. FEBRUAR 1947

19. Jahreskongreß der Kommunistischen Partei Großbritanniens, auf dem zwölf ausländische Delegationen vertreten sind, unter anderen die deutsche Delegation unter Leitung von Max *Reimann*. Ein Zusatzantrag zu einer Entscheidung, der eine proletarische Revolution fordert und die Diktatur anstrebt, wird vom Kongreß mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

#### 23. FEBRUAR 1947

Tagesbefehl Marschall *Stalins* zum 29. Gründungstag der Sowjet-Armee.

Präsident *Truman* fordert vom amerikanischen Kongreß 350 Millionen Dollar für Hilfeleistungen in den bisher von der UNRRA betreuten Ländern.

Harold *Stassen*, künftiger republikanischer Präsidentschaftskandidat der Vereinigten Staaten, begibt sich auf eine zweimonatige Reise nach Europa, um die Wirtschaftslage auf dem Kontinent zu studieren.

#### 24. FEBRUAR 1947

Syrien und Libanon erklären sich bereit, in der Angelegenheit der britisch-ägyptischen Vertragsverhandlungen zwischen Großbritannien und Ägypten zu vermitteln.

*Bevin* bezeichnet die Forderung der Vereinigten Staaten auf jüdische Einwanderung nach Palästina als eine Beeinflussung der britisch-palästinensischen Verhandlungen.

In Erwidierung der Note der Vereinigten Staaten, in der die amerikanischen Behörden die Entlassung von 440 000 deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich spätestens zum 1. Oktober 1947 fordern, schlägt Frankreich vor, die Rückführung von 370 000 Gefangenen erst bis zum 31. Dezember 1947 durchzuführen; die restlichen 70 000 sollen in der ersten Hälfte des Jahres 1948 entlassen werden.

Der französische Ministerpräsident *Ramadier* ordnet eine weitere Preissenkung von fünf Prozent an.

Die Spruchkammer für Großfälle in Nürnberg verkündet als Entscheidung gegen den ehemaligen deutschen Diplomaten *von Papen* die Einstufung des Angeklagten in die Klasse der Hauptschuldigen und seine Einweisung in ein Arbeitslager für acht Jahre.

#### 25. FEBRUAR 1947

Die sowjetrussische Regierung billigt eine Übertragung der ehemaligen japanischen Mandatsinseln im Pazifik in die treuhänderische Verwaltung durch die Vereinigten Staaten.

Erklärung General *Marshall*, daß die amerikanische Deutschlandpolitik unverändert fortgeführt werde und daß die Grundzüge, die *Byrnes* in der Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 festgelegt habe, weiterhin gültig bleiben.

Großbritannien begrüßt den Vorschlag Syriens und des Libanon, zwischen Ägypten und Großbritannien zu vermitteln. Ägypten lehnt den syrisch-libanesischen Vorschlag ab.

Der Oberste Sowjet beschließt die Dezentralisierung der Gewalt von der Sowjet-Union auf die einzelnen Republiken des Staatsverbandes. Es wird unter anderem beschlossen, daß die Republiken ihre eigenen diplomatischen Vertretungen und eigene Streitkräfte haben sollen.

Herbert *Hoover*, der von seiner Reise durch Deutschland und Österreich zurückkehrt, schlägt zur Beseitigung der Auswirkungen der augenblicklichen Lebensmittelmangel in der britischen und amerikanischen Zone Deutschlands ein Hilfsexportprogramm in Höhe von 951 Millionen Dollar vor.

#### 26. FEBRUAR 1947

Konferenz des Internationalen Bundes demokratischer Frauen in Prag, auf der 21 Nationen — darunter auch die Sowjet-Union — vertreten sind.

Nach dem Rücktritt Andrej *Schdanows* wird Iwan *Parienow* Mitglied des Politischen Büros der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union.

Präsident *Truman* ernannt den Berater der Ministerialabteilung für die Militärregierung in Deutschland, Lewis William *Douglas*, zum Botschafter der Vereinigten Staaten in Großbritannien nach dem Tod des vor kurzem für diesen Posten vorgesehenen Oliver *Max Gardner*.

#### 27. FEBRUAR 1947

Der norwegische Außenminister Halvard *Lange* erklärt, die gegenwärtige internationale Lage mache es Norwegen unmöglich, diplomatische oder wirtschaftliche Schritte gegen Spanien zu ergreifen, da diese die norwegische Wirtschaft schwer schädigen würden.

Eine Delegation der griechischen Bevölkerung Cyperns legt der britischen Regierung den Antrag auf Vereinigung Cyperns mit Griechenland vor.

#### 28. FEBRUAR 1947

Das französische Außenministerium gibt seine ernste Besorgnis über die britischen Ruhrpläne zum Ausdruck und betont, daß eine Internationalisierung der Ruhr zugunsten einer deutschen Regierung im Gegensatz zu den französischen Plänen für eine internationale Sozialisierung der Ruhr stünde.

Island protestiert bei den Vereinigten Staaten gegen einen im Repräsentantenhaus gemachten Vorschlag, wonach Island aufgefordert werden soll, den Vereinigten Staaten als 39. Staat beizutreten.

Nikolai *Wosnessenskij*, Präsident des Haushaltsamtes und einer der zehn stellvertretenden Ministerpräsidenten, wird zum Mitglied des Politischen Büros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjet-Union gewählt.

Generalissimus *Stalin* tritt von seinem Posten als Kriegsminister zurück. An seine Stelle tritt General *Bulganin*.

Im Alliierten Kontrollrat in Berlin bezeichnet Marschall *Sokolowski* die britisch-amerikanische Zonenvereinbarung als eine Verletzung des Potsdamer Abkommens. Sir Sholto *Douglas* und General *Clay* weisen in ihrer Entgegnung entschieden darauf hin, daß die Sowjet-Union rechtzeitig informiert und zum Beitritt aufgefordert worden sei.

Mit Gesetz Nr. 46 des Alliierten Kontrollrates wird die Auflösung des preußischen Staates bekanntgegeben.



## Redaktionelle Anmerkung

Im Hinblick auf die in Moskau tagende Konferenz der Außenminister hielten wir es für zweckmäßig, in dieser Doppelnummer den weltpolitischen Hintergrund zu beleuchten, vor dem diese für Deutschland und Europa so bedeutsamen Besprechungen stattfinden. Wir glauben damit nicht von dem Zweck dieser Zeitschrift als Europa-Archiv abgegangen zu sein. Durch den überragenden Einfluß, den Großbritannien, die Sowjet-Union und die Vereinigten Staaten, insbesondere aber die beiden letzteren Mächte auf jede Phase der europäischen Entwicklung ausüben, gibt es keine europäischen Probleme mehr, die nicht auf die eine oder andere Weise mit Problemen anderer Kontinente verflochten wären. Diese Zusammenhänge übersehen, hieße das europäische Problem ungebührlich vereinfachen und damit bewußt oder unbewußt jenen Kräften nachgeben, die auf eine völlige Nivellierung der europäischen Eigenart hinarbeiten. In der Einleitung zur nächsten Folge, die auch auf manche durch unser erstes Rundschreiben aufgeworfenen Fragen Antwort geben wird, soll auf diese Tatsache näher eingegangen werden.

Die Beiträge des politischen Archivs und des Archivs für Verwaltung und Wirtschaftsaufbau sind in dieser Folge als Gemeinschaftsarbeit der Redaktion des Europa-Archivs entstanden und daher nicht im einzelnen gezeichnet mit Ausnahme des Beitrags über Ägypten, der von Fritz Steppat geschrieben wurde. An den Berichten über die Unabhängigkeitsbewegungen in Südostasien beteiligte sich Walter Persian. Von ihm stammen auch die Kartenskizzen auf Seite 371 und 386. Die übrigen Zeichnungen wurden von Wilfried Tenholt angefertigt.

Die Nachwirkungen des Winters und die durch die Osterfeiertage entstehende Verzögerung bringen es mit sich, daß auch diese Folge noch nicht so rechtzeitig in die Hände unserer Leser gelangen wird, wie wir es uns wünschen. Redaktion, Verlag und Druckerei sind jedoch mit allen Kräften bemüht, sobald als möglich diesem Übelstand abzuhelpen und die rechtzeitige Auslieferung des Europa-Archivs an alle Bezieher zu erreichen.

Aus Platzmangel war es uns nicht möglich, die vorgesehenen Beiträge über die Wirkung der Atombomben und die japanische Kriegswirtschaft in dieser Folge zu bringen. Der Beitrag über die Wirkung der Atombomben wird in der nächsten Folge erscheinen, während der Beitrag über die japanische Kriegswirtschaft vorläufig noch zurückgestellt bleiben muß.

Co.

---

### AN DIESER FOLGE ARBEITETEN MIT:

Gertrud Becker, Frankfurt am Main, geb. 27. August 1918  
Wolfgang Braunfels, Köln, geb. 5. Oktober 1911  
Wilhelm Cornides, Oberursel (Taunus), geb. 27. Juli 1920  
Fred von Hoerschelmann, Tübingen, geb. 16. November 1901  
Fritz Steppat, München, geb. 24. Juni 1923  
Wilfried Tenholt, Oberursel (Taunus), geb. 1. September 1915  
Sophie von Ungern Sternberg, Oberursel (Taunus), geb. 24. März 1922  
Hermann Volle, Oberursel (Taunus), geb. 8. April 1917

### BERICHTIGUNGEN

- Seite 242 Rechte Spalte; Professor Otto *Regenbogen* (klassische Philologie) hat einen Ruf nach Berlin erhalten, lehrt jedoch zunächst noch weiter an der Universität Heidelberg.  
Professor Bruno *Gleitze*, Dekan der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät, wurde irrtümlich als verstorben gemeldet.
- Seite 248 Rechte Spalte; Prof. Dr. med. *vom Hofe* ist Dekan der medizinischen, nicht der juristischen Fakultät.  
Prof. Dr. jur. *Schmidt* ist Dekan der juristischen, nicht der medizinischen Fakultät.  
Der Dekan der philosophischen Fakultät heißt *Wintgens*, nicht *Wingens*.
- Seite 335 Rechte Spalte, 4. Absatz von unten; Außenminister Gruber *verwies*, statt versicherte.
- Seite 366 Ergänze: DEUCALION, philosophische Zeitschrift, gegründet von Jean Wahl.
- Zeitregister Dezember 1946: 12. Dezember, 2. Absatz; streiche Pakistan.
- Seite 458 Linke Spalte, Zeile 9 von oben; „*Le Rêve et le Iambe*“, statt „*Le Rêve et le Jambe*“.



# INHALT

## POI TISCHES ARCHIV

### Die Weltmächte und ihre Einflußgebiete:

<i>Die Stellung der Weltmächte im Fernen Osten seit Potsdam (Archivbericht)</i>	369
<i>Die Unabhängigkeitsbewegungen in Südostasien</i>	371
<i>Burma</i>	371
<i>Siam</i>	373
<i>Indochina</i>	375
<i>Indonesien</i>	379
<i>Philippinen</i>	384
<i>Die Lage in China</i>	387
<i>Korea auf dem Wege zur Unabhängigkeit</i>	395
<i>Japan seit seiner Kapitulation</i>	397
<i>Dokumentarischer Anhang</i>	404
<i>Die Kairo-Konferenz</i>	404
<i>Abkommen über den Krieg der Sowjet-Union gegen Japan</i>	404
<i>Erklärende Verlautbarung durch Außenminister Byrnes</i>	404
<i>Auszüge aus dem Kommuniqué der Außenminister in Moskau</i>	404
<i>Das Ultimatum an Japan</i>	406
<i>Die japanische Kapitulationsurkunde</i>	406
<i>Text einer Erklärung des Weißen Hauses über die Besatzungspolitik in Japan</i>	407
<i>Die neue japanische Verfassung</i>	408
<i>Amerikanischer Entwurf für einen Vertrag über die Kontrolle Japans</i>	410
<i>Der chinesisch-sowjetische Vertrag mit Zusatzabkommen und Vereinbarungen</i>	411
<i>Wortlaut der Erklärung General Marshalls über die Lage in China</i>	414

<i>Der Modus vivendi zwischen Frankreich und Vietnam</i>	415
<i>Die Unabhängigkeit der Philippinen. Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika</i>	416
<i>Zum Gestaltwandel des britischen Weltreiches (Archivbericht)</i>	417
<i>Ägyptens Stellung im Empire</i>	417
<i>Australien und Neuseeland als Ordnungsmächte im Pazifik</i>	429

## ARCHIV FÜR VERWALTUNG UND WIRTSCHAFTSAUFBAU

### Wirtschaftsprobleme der Nachkriegszeit:

<i>Die Umstellung der Vereinigten Staaten auf die Friedenswirtschaft</i>	436
<i>Großbritanniens Kampf um seine Stellung in der Weltwirtschaft</i>	441
<i>Der erste Nachkriegs-Fünfjahresplan der Sowjet-Union</i>	445

## KULTUR-ARCHIV

### Frankreich:

<i>Die französische Literatur in den letzten zwanzig Jahren (Archivbericht)</i>	457
<i>Die Malerei im heutigen Frankreich (Archivbericht)</i>	465

### Italien:

<i>Die Presse in Italien (Archivbericht)</i>	469
--	-----

### Frankreich:

<i>Die Zeitschriften in Frankreich (Schluß)</i>	471
---	-----

## ZEITREGISTER

<i>Januar/Februar 1947</i>	475
----------------------------	-----

Nachdruck nur bei Quellenangabe „Europa-Archiv“ gestattet. Mit „Archivbericht“ gekennzeichnete Beiträge dürfen nur mit Genehmigung des Herausgebers wiedergegeben werden.

Schriftleitung: Wilhelm Cornides, Hermann Volle, Gertrud Becker.

Verlag: Europa-Archiv (Lizenz US-W 2007), Oberursel/Taunus, bei Frankfurt am Main.

Adresse des Verlags und der Redaktion: Oberursel/Taunus, Gartenstraße 12, Telefon 239.

Redaktion des Kulturarchivs: Frankfurt am Main, Kettenhofweg 113, Telefon 73907.

Das Europa-Archiv erscheint monatlich zum Preise von RM 4.-. Preis ausschließlich Zustellgebühren. Die Auslieferung des Europa-Archivs erfolgt durch die Firma R. Oldenbourg, München, Lotzbeckstraße 2b. Bestellungen und Abbestellungen sind nur nach München zu richten. Die Berechnung erfolgt vierteljährlich. Die Abnahme des ersten Heftes verpflichtet zur jeweiligen Abnahme aller in einem Vierteljahr erscheinenden Hefte. Lieferung ist nur über den Buchhandel möglich. Sie erfolgt auf Kosten und Gefahr des Empfängers. Zahlungen sind auf Postscheckkonto R. Oldenbourg, München Nr. 5155 oder Bayrische Hypotheken- und Wechselbank (R. Oldenbourg) zu leisten.



# EUROPA-ARCHIV

Zeitgeschichte · Zeitkritik · Verwaltung · Wirtschaftsaufbau

Herausgegeben von Wilhelm Cornides

## Zur Begriffsbestimmung unserer Arbeit

Mit der vorliegenden Lieferung beginnt das Europa-Archiv das letzte Vierteljahr seines ersten Jahrganges. Die noch ausstehenden Hefte haben Gestalt gewonnen, und es läßt sich in etwa überblicken, was bis zum Abschluß dieses ersten Jahrganges noch erreicht werden kann, was für später zurückgestellt werden muß und welche Veränderungen in der ursprünglichen Planung vorgenommen werden müssen. Da sich gleichzeitig aus vielen Antworten auf die Rundfrage in der Oktober-November-Folge — die wir, wenn wir sie auch noch nicht im einzelnen beantworten konnten, aufmerksam zur Kenntnis genommen haben — ein abgerundetes Bild der Wünsche und Erwartungen unserer Leser gewinnen läßt, erscheint der Zeitpunkt günstig, um auf die grundsätzlichen Fragen der Begriffsbestimmung und Abgrenzung unserer Arbeit etwas näher einzugehen.

Wir bezeichneten es im ersten „Leitfaden“ als Ziel des Europa-Archivs, eine Miniatur-Enzyklopädie für die wesentlichen Tagesfragen in Politik, Wirtschaft und Kultur zu schaffen und dabei durch die sachliche Gegenüberstellung der gegensätzlichen Standpunkte zur Klärung und zum Verständnis dieser Fragen auf einer möglichst breiten Basis beizutragen. In der Einleitung zur Rundfrage der Oktober-November-Nummer deuteten wir den Hintergrund an, aus dem sich nach unserer Ansicht diese Arbeit entwickeln mußte: Europa als die geistige Grundfarbe des Planeten — der ja erst im Zuge der europäischen Expansion zu einer Welt, zum mindesten in politisch-wirtschaftlicher Hinsicht, wurde — das Europäische als Maßstab, um die nationalen Forderungen zu messen und zu korrigieren, und als Vermächtnis an die Welt im Augenblick einer ihrer tiefsten Wandlungen. Anlässlich der Genfer Philosophentagung, auf die wir im Dezember-Heft hinwiesen, und der Gründungskonferenz der UNESCO, von der wir in der Januar-Folge berichteten, war dann noch einmal Gelegenheit gegeben, die damit aufgeworfenen Probleme am Rande zu streifen. Die geistige Auseinandersetzung mit diesen Fragen gehört an sich nicht in den Aufgabenkreis dieser Zeitschrift. Sie muß jedoch von Zeit zu Zeit auch hier sichtbar werden, da sie für die methodische Grundlage unserer Archivarbeit und damit auch für die Beurteilung ihrer Ergebnisse von wesentlicher Bedeutung ist.

Ein Europa-Archiv setzt eine Realität Europa voraus, die in Archivform festgehalten werden kann. Eine solche Realität Europa setzt aber wiederum Menschen voraus, die ihre Existenz in einem System von Beziehungen erleben und begreifen, das sie in einer wesentlichen Hinsicht als europäisch anspricht. Losgelöst von solchen Menschen kann es eine Gegebenheit Europa weder als geographischen Begriff noch als politische, wirtschaftliche oder kulturelle Einheit geben.

Die Ausbildung bestimmter Bewußtseinsinhalte, die gemeinhin als europäisch bezeichnet werden, ihre gedankliche Durchdringung und ihre Wandlung unter dem Einfluß anderer Bewußtseinsinhalte können wohl mittelbar aus den Organen der öffentlichen Meinung abgelesen und gegenständlich, etwa in Form von Zeitungsausschnitten und Rundfunk-

stenogrammen, festgehalten werden. Eine wie immer geartete Realität gewinnen diese Mitteilungen jedoch erst dadurch, daß sie Bestandteile einer im Fluß befindlichen geistigen Auseinandersetzung sind, die, so wie sie letztlich aus individuellen Erlebnissen hervorgehen, immer wieder in die Wahrnehmungen und Erinnerungen anderer Individuen eingehen, von diesen mit persönlichen Erfahrungen verknüpft und einem bestimmten Sinnzusammenhang eingeordnet werden. Erst dadurch wird etwa aus einer Sammlung von Zeitungsberichten über Triest ein „Problem der europäischen Friedensordnung“, aus den Reden von alliierten Staatsmännern über Deutschland „die Stellung der Weltmächte zur deutschen Frage“ — mit anderen Worten: Auch ein Archiv setzt das Vorhandensein lebendiger Erinnerungen und Wahrnehmungen voraus, es kann sie vertiefen, erweitern, klären, aber „den Gehalt findet nur der, der etwas dazugeben hat“.

Schon daraus ergibt sich, daß es einen statischen, für alle Zeiten in natürlichen und allgemein verbindlichen Grenzen festgelegten Begriff Europa nicht geben kann und nie geben wird. Die Realität Europa kann überhaupt nicht gedacht werden. Sie wird immer ein Beziehungssystem sein, das von Einzelnen oder Gruppen auf Grund zeitbedingter Wahrnehmungen, individueller Bewußtseinsinhalte und traditioneller oder neu erdachter Ordnungsbegriffe für verbindlich gehalten und gelebt wird. Man kann daraus so wenig eine „Weltanschauung“ für bestimmte „Eliten“ oder ganze Völker machen, wie man sie zu einer zeitlosen „Abendländischen Idee“ destillieren kann, die unabhängig von ihren Trägern und der jeweiligen Lage des Kontinents und der Welt existiert.

Wenn daher von einem „europäischen Maßstab“, vom „Europäischen als geistiger Grundlage des Planeten“ gesprochen wurde, so war damit eine in ihrer Wandlungsfähigkeit dauerhafte Art des Ausgleichs zwischen Individualität und Gruppenbewußtsein gemeint, eine besondere Art des geistigen Gleichgewichtes, das in verschiedenen Epochen der europäischen Geschichte von einzelnen wie von ganzen Völkern errungen wurde und dadurch auch heute als geistiger Anspruch und als Möglichkeit für die Zukunft vorhanden ist.

\*

Das Entscheidende und wahrhaft Europäische daran ist die Forderung, daß der Rahmen für jede geistige Auseinandersetzung weit genug gespannt sein muß, um alle Gegensätzlichkeiten, die ein Zeitalter zu bieten hat, in sich aufnehmen und ausgleichen zu können. Die Legende hat den großen Denker, der das gesamte theologische Wissen des Mittelalters und damit alles Wissenswerte dieser Zeit in seiner „Summa“ zusammenfaßte, mit einem Ochsen verglichen. Auch unsere Generation — die, wenn sie überhaupt noch eine Aufgabe hat, die Summe einer weltumfassenden geistigen wie materiellen Zerrüttung ziehen muß — wird um die geduldige geistige Kärnerarbeit, das zähe und sorgfältige Sammeln und Sichten von Tatsachen und Zusammenhängen, nicht herumkommen.



Dabei gibt es kaum einen fruchtbareren, aber auch kaum einen schwierigeren Ansatzpunkt als das deutsche Schicksal. „Jene, die das Elend nicht gekannt haben,“ schrieb Charles Péguy vor dem ersten Weltkrieg, „können sich loyalerweise und logischerweise vorstellen, daß im Leben der Gesellschaft die Leben der einzelnen, die in Sicherheit sind, und die Leben jener, die im Elend sind, Einheiten der gleichen Ordnung darstellen; daß sie in gleicher Weise gezählt werden und sich daher gegenüberstehen, sich gegenseitig aufwiegen und ausbalancieren können. Wir wissen, daß es nicht so ist. Die Leben jener, die im Elend sind, können individuelle Rückwirkungen auf jene, die in Sicherheit leben, haben oder auch nicht; es bleibt jedoch dabei, daß das Elend von Einzelleben auf das gesamte soziale Leben, auf die Gesellschaft, auf die Menschheit zurückwirkt. Eine Gemeinschaft, die von allen Seiten mit einer Ausnahme gesichert ist, ist keine Gemeinschaft; ein wirkliches Unglück eines einzelnen, das wirkliche Elend eines einzelnen vergiftet eine ganze Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft ist noch nicht gegründet, solange sie das Elend des einzelnen zuläßt, selbst wenn der Betreffende damit einverstanden wäre. Ein solches Einverständnis, eine solche Selbstaufgabe, die in der Moral der Nächstenliebe empfohlen wird, ist unvereinbar mit der Moral der Solidarität. Es handelt sich also nicht darum, eine Bilanz des Soziallebens aufzustellen, in der sich die gesicherten Einzelleben und die Leben jener, die im Elend sind, die Waage halten. Selbst wenn man eine solche Bilanz aufstellen könnte, wäre es umsonst, wenn die Glücklichen an Zahl die Elenden überträfen, denn die glücklichen Leben berühren das Leben der Elenden nicht, aber die Elenden rühren an die Glücklichen. Man kann aber diese Bilanz nicht aufstellen, denn die Leben der Glücklichen und die Leben der Elenden gehören nicht der gleichen Ordnung an und können nicht verglichen werden. Im sozialen Leben ist gegen das Elend noch nichts geschehen, solange nicht alles geschehen ist.“

So kann eine europäische Bestandsaufnahme, die am deutschen Problem nicht vorübergeht, grundsätzlich an keinem Geschehen in der Welt unbeteiligt bleiben, denn so groß die Meinungsverschiedenheiten in den gesicherten Ordnungen der Tradition und der Macht sein mögen, so groß sind die Einmütigkeit und der innere Zusammenhang in den Regionen des Elends und der Verzweiflung auf der ganzen Welt. Es braucht ja nicht betont zu werden, daß diese grundsätzliche Forderung nach Berücksichtigung aller Sozialprobleme in Anbetracht der technischen Schwierigkeiten, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll, nicht verwirklicht werden kann.

Auch hier gilt es, wenn wir unsere Arbeit richtig verstehen, einen Ausgleich zwischen Individualität und Gruppenbewußtsein zu finden. Bestimmend für die Auswahl der Probleme und die Art der Behandlung muß es sein, daß das gelieferte Material einem echten praktischen Bedürfnis eines großen Teiles unserer Leserschaft entspricht. Selbst innerhalb der damit gezogenen Grenze wäre dann jedoch eine solche Vielfalt von Problemen zu berücksichtigen, daß die Auswahl und die Technik der Bearbeitung im einzelnen immer erst durch die Schriftleitung bestimmt werden können. Eine möglichst enge Verbindung zwischen Schriftleitung und Leserschaft, wie wir sie schon in unserem ersten Rundschreiben angestrebt haben, kann dabei der Schriftleitung viele Entscheidungen erleichtern und andererseits den Lesern manche Lücken der Zeitschrift erklären.

Da wir keine Vollständigkeit anstreben können, ist es unser Bestreben, durch unsere Beiträge wenigstens auf die wichtigsten Zentren hinzuweisen, in denen heute die Fäden der europäischen Geschichte zusammenlaufen, und dem Leser die Hilfsmittel zu geben, die ihm dann weitere Studien ermöglichen können. Diese Zentren in ihrem inneren Zusammenhang und den davon ausgehenden Wirkungen zu verstehen und sie vor allem in der richtigen Perspektive zu sehen, ist eine Aufgabe, die wir unseren Lesern zwar erleichtern wollen, jedoch nicht abnehmen können. Bei der sorgfältigen Bearbeitung des gegebenen Tatsachenmaterials

stellt sich früher oder später eine Grenze heraus, die der Referent nicht überschreiten darf, will er sich nicht in das Feld der unbegründeten Verallgemeinerungen und vorschnellen Rückschlüsse begeben. Diese Grenze einhalten heißt aber andererseits vieles ungesagt lassen und vor vielen Fragen haltmachen, die gerade die Allgemeinheit beschäftigen. Hier kommt es uns allerdings zustatten, daß die Zeitschrift den Charakter eines Archivs trägt und damit auch die Eigenart von Archivalien für sich beanspruchen kann, die ja zu allen Zeiten ein gewisses beredtes Schweigen an den Tag legen.

\*

Wie wir aus den bisher eingegangenen Antworten auf unsere erste Rundfrage entnehmen konnten, wünschen etwa 41 Prozent der Einsender die vordringliche Behandlung der Probleme der europäischen Friedensordnung einschließlich der Frage der Beziehungen Deutschlands zu seinen Nachbarn. Etwa 18 Prozent wünschen, daß wir uns vordringlich mit der Sowjet-Union und dem europäischen Osten einschließlich den Ergebnissen der dortigen Agrarreform und Sozialisierung befassen sollen. Je etwa 10 Prozent wünschen die vordringliche Behandlung des Pan-Europa-Problems und der Probleme des Fernen Ostens. Etwa 9 Prozent wünschen, vordringlich über den europäischen Westen und die Westmächte einschließlich der Vereinigten Staaten und das Gedankengut der westlichen Demokratien unterrichtet zu werden. Etwa 5 Prozent wünschen insbesondere die Behandlung der Beziehungen zwischen Ost- und Westmächten.

Diese Leserwünsche hinsichtlich der Dringlichkeit der zu behandelnden Themen decken sich im wesentlichen mit der Auffassung der Schriftleitung. Unsere Leser, die die Februar-März-Folge in Händen haben, werden wissen, daß wir bemüht waren, Material über die Entwicklung des Fernen Ostens seit Potsdam zur Verfügung zu stellen. Als wir mit den Vorbereitungen für diese Folge begannen — es war im Oktober des vorigen Jahres — hatten wir gewisse Bedenken, ob unsere Leser mit einer so ausführlichen Behandlung der Probleme des Fernen Ostens einverstanden sein würden. Auch nach der Fertigstellung der Folge waren wir noch im Zweifel, ob der Versuch, die Moskauer Konferenz gleichsam aus dem Hintergrund zu beleuchten, auf allgemeines Verständnis stoßen würde. Nach dem vorläufigen Ergebnis unserer Rundfrage dürfen wir hoffen, damit doch einem weit verbreiteten Bedürfnis entsprochen zu haben.

Wir sind gerade dabei, an Hand der vielen Anregungen, die uns durch die Beantwortung der Fragebogen zugehen, und unserer eigenen Erfahrungen aus dem vergangenen Jahre den inneren Ausbau und gleichzeitig die schärfere Begrenzung unseres Arbeitsbereichs für das nächste Jahr vorzubereiten. Unsere Leser bitten wir, den Fragebogen der Oktober-November-Nummer, soweit es nicht bereits geschehen ist, zu beantworten.

Wenn wir die Probleme des europäischen Ostens und der Sowjet-Union bisher noch nicht so eingehend behandelt haben, wie viele Leser und auch wir selbst es wünschen, so liegt der Grund darin, daß es gerade auf diesem Gebiete besonders schwer ist, an das Quellenmaterial heranzukommen und es sorgfältig zu bearbeiten. Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Publizistik der Westmächte ist in den vergangenen Jahrzehnten nur selten eine objektive Berichterstattung über die Sowjet-Union angestrebt und durchgeführt worden. Erst der Kriegseintritt der Sowjet-Union an der Seite der Alliierten hat hier eine grundlegende Wandlung geschaffen. Die seither erschienenen Veröffentlichungen sind jedoch naturgemäß besonders schwer zu beschaffen und zu beurteilen. Außerdem darf wohl angenommen werden, daß die ausgereiften Ergebnisse dieser neuen Einstellung größtenteils erst in den kommenden Jahren in Erscheinung treten werden. Wir bitten daher unsere Leser, Geduld und Nachsicht zu üben, wenn wir in diesem Punkte, der uns, wie bereits betont, ganz besonders am Herzen liegt, erst langsam zu befriedigenden Ergebnissen kommen.

Co.